Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945

Dokumente



Bearbeitet
von
Hans-Joachim
Fliedner

Herausgegeben
vom Stadtarchiv
Mannheim

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart

DIE JUDENVERFOLGUNG IN MANNHEIM 1933-1945

DOKUMENTE

Bearbeitet von
Hans-Joachim Fliedner

Herausgegeben vom
Stadtarchiv Mannheim

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

VERLAG W. KOHLHAMMER
STUTTGART BERLIN KÖLN MAINZ

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

Alle Rechte vorbehalten. © 1971 Verlag W. Kohlhammer GmbH. Stuttgart Berlin Köln Mainz. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung W. Kohlhammer GmbH. Grafischer Großbetrieb Stuttgart. Printed in Germany.
ISBN 3-17-079033-1
Band 2: ISBN 3-17-079032-3



VERÖFFENTLICHUNGEN
DES STADTARCHIVS MANNHEIM

Band 2

Inhalt

Einführung in die Dokumentensammlung 7

I. Ein Einzelschicksal 11

II. Die israelitische Gemeinde 18

1. Aufbau und Organisation: Nr. 2–5 18

2. Die Auswirkung des Nationalsozialismus auf die Mannheimer Juden 24

Aufrufe und Betrachtungen: Nr. 6–14. – Äußerungen von Einzelnen: Nr. 15–17. – Die Gemeindearbeit vor und nach 1933: Nr. 18–25. – Schule für Judentumskunde: Nr. 26–27. – Handwerk und Berufsumschichtung: Nr. 28–32.

3. Deportation 71

Die Deportation polnischer Staatsangehöriger im Oktober 1938: Nr. 33 bis 35. – Deportation der Mannheimer Gemeinde am 22. Oktober 1940 nach Südfrankreich: Nr. 36–41.

4. Vorgänge aus Mannheim nach dem 22. Oktober 1940: Nr. 42–55 109

5. Schule 119

Verdrängung der jüdischen Lehrer aus den öffentlichen Schulen: Nr. 56 bis 61. – Verdrängung der jüdischen Schüler aus den öffentlichen Schulen: Nr. 62–70. – Jüdische Schule: Nr. 71–79.

6. Persönlichkeiten im Urteil von Zeitgenossen: Nr. 80–86 149

7. Auswanderung: Nr. 87–97 160

III. Die antijüdische Politik 174

1. Wirtschaft: Nr. 98–124 174

2. Nationaltheater, Kulturleben: Nr. 125–129 209

3. Die Stadtverwaltung Mannheim: Nr. 130–143 219

4. Arbeitsvermittlung, Schutzhaft und Lebensmittelversorgung von Juden: Nr. 144–170 239

5. Die Verdrängung der Juristen und Ärzte aus ihren Berufen: Nr. 171 bis 193 262

6. Die Verdrängung der Juden aus der Gesellschaft – Nürnberger Gesetze: Nr. 194–216 283

7. Aktionen gegen Juden 319

Herweckbad-Aktion: Nr. 217–221. – Kristallnacht: Nr. 222–232. – Kleinere Einzelaktionen: Nr. 233–236.

IV. Die antijüdischen Maßnahmen im Spiegel der Umwelt 344

1. Die Presse: Nr. 237–248 344

2. Die Kirchen: Nr. 249–260 355

3. Verhalten der Bevölkerung: Nr. 261–278 368

V. »Mischehen«, »Mischlinge«: Nr. 279–285 388

Bildverzeichnis 409

Abkürzungsverzeichnis 409

Einführung in die Dokumentensammlung

In einer sechsbändigen Publikation hat die Archivdirektion Stuttgart die Dokumentation (Darstellung und Quellen) über die Schicksale der jüdischen Bürger in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung für den Bereich des Landes Baden-Württemberg vorgelegt (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 16–20 mit Beiband, 1966–1969). Die Bände 16 und 17 dieser Reihe enthalten die »Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945«. Die Dokumentation des Landes sollte als Darstellung und Quellenpublikation eine Grundlage für entsprechende Arbeiten der einzelnen Gemeinden bilden. Unabhängig von der seitens der Landesregierung 1962 veranlaßten Dokumentation auf Landesebene hatte neben anderen Städten auch die Stadt Mannheim eine kommunale Dokumentation über die Verfolgung und das Schicksal ihrer jüdischen Mitbürger eingeleitet. Der gründlichen und umfassenden Publikation der zentralen Dokumentationsstelle in Stuttgart ist es zu verdanken, daß die Dokumentation der Stadt Mannheim sich auch im Quellenteil grundsätzlich auf das Mannheimer Geschehen beschränkt und bei darüber hinausgreifenden Geschehnissen auf das Werk des Hauptstaatsarchivs Stuttgart sich beziehen kann. Während also die Sammlung der Zeugnisse über die nationalsozialistischen Maßnahmen gegen die Juden auch beim Stadtarchiv Mannheim in einer gewissen Breite angelegt worden ist, konnte – und mußte – die Auswahl für eine Publikation von Textdokumenten nach einem vergleichsweise strengen Maßstab erfolgen; dies gilt stärker noch für die Bilddokumentation. Andererseits brachte die lückenhafte Überlieferung namentlich von Bildzeugnissen ungewollte Einschränkungen mit sich.

Aus der Abgrenzung gegenüber dem baden-württembergischen Quellenwerk ergibt sich, daß dort bereits enthaltene, als Mannheimer Vorgänge anzusehende Dokumente hier nicht nochmals abgedruckt sind. In derartigen Fällen wurde auf die Stuttgarter Dokumentation verwiesen, und zwar jeweils zu Beginn der einzelnen Kapitel, bei besonderen Fällen auch an Ort und Stelle. Wegen des Zusammenhangs oder des speziellen Mannheimer Bezugs wurden jedoch einige Dokumente nochmals wiedergegeben. Als zur Veröffentlichung geeignet wurden auch einige Dokumente angesehen, die über den Mannheimer Raum hinaus wichtig schienen und bisher nicht oder nur an entlegener Stelle gedruckt vorliegen, so z. B. Dokument Nr. 184 f.

Die Auswahl der Quellenzeugnisse war darauf bedacht, einen Querschnitt durch das

einschlägige Dokumentationsgut im erweiterten Sinne, also auch Erlebnisberichte einbeziehend, zu bieten. Nach Wert und Umfang sind jedoch, abgesehen von der erwähnten Verzahnung mit der von Paul Sauer bearbeiteten Publikation der Archivdirektion Stuttgart, die einzelnen Kapitel der Darstellung sowohl wie des Quellenteils unterschiedlich belegt. Bei der Auswahl des Stoffes wurde besonderer Wert darauf gelegt, die für viele Jüngere schwer zu fassende Atmosphäre des politischen, fast stets als Existenzfrage für den Betreffenden sich darstellenden Drucks jener Tage in Erscheinung treten zu lassen. Freilich scheint es sich hierbei um ein Phänomen zu handeln, das der Vorstellungskraft des Nicht-Zeitgenossen kaum zugänglich ist, sofern er nicht andernorts Erfahrungen hat sammeln müssen.

Wie zu den einzelnen Kapiteln der Darstellung die Quellen recht unterschiedlich fließen, so ließen sich auch im Quellenteil die einzelnen Kapitel hier und dort nicht ganz zur Deckung bringen. Ein Teil der Dokumente steht selbständig neben dem Text, um einen wichtig erscheinenden Sachkomplex, der im Text nicht behandelt oder nur berührt wurde, zu belegen oder zu verdeutlichen. So wurde z. B. die nationalsozialistische Rechtspflege in Band 1 nicht untersucht, mit dem Fall N. K. (Dok. 212) jedoch ein Beispiel aus diesem Bereich, der der Feder des Juristen harrt, vor Augen geführt.

Um dem Leser ein im wesentlichen am Textband orientiertes Quellenstudium zu ermöglichen, wurde der Quellenband in enger Anlehnung an den Textband gegliedert und zu Beginn eines jeden Kapitels oder auch bei einzelnen Dokumenten auf den Textband hingewiesen. Dabei war es unvermeidlich, einzelne Sachgruppen, die im Textteil getrennt behandelt sind, zusammenzulegen oder einzelne Dokumente in einen anderen Zusammenhang einzuordnen, um dem Quellenband eine innere Geschlossenheit und Folgerichtigkeit zu geben. Wo es notwendig erschien, wurden zur schnellen Orientierung kurze Zwischentexte eingefügt.

Die Dokumente werden zumeist in vollem Wortlaut veröffentlicht. Kürzungen wurden – als Auszug oder Punkte – angemerkt und nur dann vorgenommen, wenn der Inhalt dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt schien. Die einzelnen Dokumente sind fortlaufend numeriert, zusammengehörende Stücke haben dieselbe Nummer mit dem Zusatz eines Kleinbuchstabens. Erläuternde Angaben finden sich in Fußnoten. Formalien der Schriftstücke wurden in der Regel nur berücksichtigt, sofern sie für den Inhalt von Belang sind.

Folgende Einzelheiten sind zu vermerken. Die aus dem Hebräischen übernommenen Worte wurden bei unterschiedlicher Schreibweise in den Dokumenten im Index unter der gebräuchlichsten Umschreibung aufgeführt. In Briefen verwendete hebräische Buchstaben werden in deutscher Umschreibung wiedergegeben. Da es sich bei den meisten Vorlagen des Stadtarchivs um Durchschriften, Abschriften und Konzepte handelt, schien es schon aus diesem Grunde nicht erforderlich, jeden Schreibfehler oder jede Ergänzung einzelner Buchstaben durch eckige Klammern kenntlich zu machen. Derartige Unebenheiten wurden stillschweigend berichtigt, wenn die Ergänzung sich eindeutig ergab. Ließ die Schreibweise allerdings Rückschlüsse auf die Person des Schreibers zu (z. B. Unterschreiben eines Denunziationsberichts mit »Heil Hittler«), wurde die ursprüngliche Rechtschreibung beibehalten. Umlaute, die be-

sonders in nach 1945 im Ausland geschriebenen Briefen und Berichten als Doppelbuchstaben (ae, oe, ue) auftreten, werden einheitlich als ä, ö, ü wiedergegeben, ebenso ss gemäß »Duden« als ß. Eine Anzahl von Ausdrücken, die der Nationalsozialismus geprägt und häufig verwendet hat – wie Arisierung, Mischling, Rassenschande – wurde übernommen, da sonst längere Umschreibungen notwendig gewesen wären.

Ein sehr wichtiger Punkt bei einer zeitgeschichtlichen Publikation ist die Wahrung der Personenrechte. Unter diesem Aspekt wurden aus den Schriftstücken stammende Personen- und Straßennamen durch Abkürzungen unkenntlich gemacht. Der betreffende Vorgang ist hier hinsichtlich der Einzelperson weniger von Belang, soll vielmehr in seiner allgemeinen Bedeutung gesehen werden. Dadurch erfährt der Gegenstand, methodisch durchaus vertretbar, geradezu eine Typisierung.
Bei aller Straffung und Beschränkung des ausgewählten Quellenmaterials darf angenommen werden, daß die veröffentlichten Dokumente bereits als solche eine fundierte Auseinandersetzung insbesondere mit den Mannheimer Geschehnissen jener Jahre ermöglichen oder zumindest zu speziellen Fragen nach weiterem einschlägigem Material anregen, das im Stadtarchiv über die Publikation hinaus für die ernste Forschung in einem bestimmten Rahmen zur Verfügung steht.

Der Herausgeber

I. Ein Einzelschicksal

Nr. 1

Auszug aus einem Brief von Frau Bertha Dzialowski an das Stadtarchiv Mannheim vom April 1961 (Stadtarchiv Mannheim D 9–5 D)

Im ersten Teil des Briefes gibt die Verfasserin ihrer Verbundenheit mit der Stadt Mannheim Ausdruck und schildert besonders die ersten Eindrücke, die das Kulturleben der Stadt auf sie machte.

Als ich mich im Jahre 1919 verheiratete, eröffnete mein Mann eine Herrenschneiderei, die auch wegen seines großen Könnens und seines Fleißes gut florierte. Unsere Ehe war gesegnet mit drei Kindern, und nichts Trübes kam in unser Leben, es verlief harmonisch friedlich wie das Leben vieler Bürger in Mannheim. Da kamen wir an das Jahr 1933 heran, und da begann unser Leben eine neue Wendung zu nehmen. Wir mußten oft die drohenden Reden am Radio mit anhören und unsere Herzen begannen oft zu zittern. Wir fragten uns, was wollte man von uns. Wir beschwichtigten oft unsere verängstigten Seelen damit, wir leben doch in einem Kulturstaat, und das bedeutet doch für uns Sicherheit und diese bösen Geister, die da toben, werden sich wieder beruhigen. Aber im Laufe der Zeit wurde es immer schlimmer. Die Macht des Dritten Reiches wuchs heran, Gott und Glaube waren schon Dinge, die nicht mehr für sie existierten. Es wurden Gesetze erlassen, die unser Leben schon sehr bedrohten. Wir setzten fort, still und bescheiden zu leben mit ehrfürchtigem Gottvertrauen, aber das Böse hatte die Oberhand über diese Menschen, sie glaubten sich schon stärker als Gott und die Natur. Viele Menschen, die mit einem schwachen Charakter ausgestattet waren, verfielen ihrem Einfluß, der so verderblich war. Der Wille und Glaube in uns war so stark, alle Leiden durchzuhalten und in der Heimat zu bleiben, oder gab es doch keine Heimat für uns und waren wir verurteilt, nur unseres Glaubens wegen zu leiden. Wir wußten oft nicht ein und aus und unsere Kinder waren oft der einzige Trost in unserem beschwerten Leben. Kinder haben oft einen besseren Instinkt, und ihr Sinn richtete sich nach dem damaligen Palästina, dem heutigen Staat Israel. Besonders meine älteste Tochter sprach oft den Wunsch aus, nach Israel zu gehen. Wir konnten uns nicht entschließen, unser Kind weggehen zu lassen, aber die vorausgeeilten Ereignisse ließen uns erkennen, daß die Jugend den richtigen Weg wählte. So gaben wir 1937 mit schwerem Herzen unserer Tochter die Erlaubnis, nach Israel zu gehen.

Mit Begeisterung verabschiedete sie sich von uns mit folgenden Worten: »Wir werden die Erde dort bearbeiten für unsere nachkommende Generation, wir werden bodenständig werden und eine neue Heimat für die Jugend aufbauen.« So gingen wir weinend nach Hause, denn unsere Kinder waren der Sinn unseres Lebens und nun war uns schon etwas genommen, was tief einschneidend war in unser Leben. Aber bald folgten viele traurige Ereignisse. Die Deutschen, die diesem Treiben Einhalt zu bieten suchten, begann man schon in die Konzentrationslager einzusperren, die anderen waren unfähig, dagegen etwas zu tun, sie wurden im geheimen beobachtet und wehe dem Deutschen, der dabei erwischt wurde, einem Juden zu helfen; er konnte damit rechnen, sein Leben zu verlieren. So waren wir Juden diesen Menschen ohne Gnade und Erbarmen ausgeliefert. Da reifte auch in uns der Gedanke auszuwandern. Wir hatten uns in unser Schicksal ergeben, alles aufzugeben und in ein anderes Land zu gehen. Aber dazu sollte es nicht mehr kommen. Mein Mann wurde mit vielen anderen geholt, wie ein gemeiner Verbrecher in das Gefängnis eingeliefert und dann nach dem Konzentrationslager Buchenwald verbracht. Und so vegetierten wir unser verängstigtes Leben, getränkt von so vielem Leid, daß wir oft verzweifelt waren, und nur unser tiefer Glaube zu Gott war ein lichter Schein in unserem so schweren Leben. Unsere Kinder hatten nicht mehr das Recht, mit den christlichen Kindern in derselben Schule zu bleiben; so waren sie ausgestoßen aus der menschlichen Gemeinschaft. Wie ein trüber Schatten streifte diese neue Einschneidung in die tiefgetroffenen Seelen unserer Kinder. Wir gaben ihnen tausendfach Liebe mehr und lehrten sie trotz allem, den Nächsten zu lieben wie sich selbst. So fanden sich die Kinder damit ab, mit der Zeit in die jüdische Schule zu gehen, die sich in der damaligen Zeit in der Klaussynagoge befand. Ein unvergeßlicher Tag mit unfaßbarem Geschehen nahte heran, wie eine rollende gefährliche Lawine, mit unerbitterlicher Gewalt, darauf wartend, Zerstörung und Tod über die Menschheit zu bringen. Es war am Morgen des 10. November [1938], meine Kinder kamen mit verweinten und erschreckten Augen von der Schule zurück, sie waren so ergriffen von dem grausigen Geschehen, daß sie fast nicht sprechen konnten. Ich ahnte schon in meinem Herzen, daß es etwas Schreckliches sein mußte und nahm meine Kinder liebevoll in die Arme, und da löste sich ihr kindlicher Schmerz und wie ein Verzweifelungsschrei entströmt es ihrem Munde, Mama, man hat die Synagoge angezündet, unser Heiligtum. Man verbrennt die Bücher in den Straßen, man plündert die Wohnungen und man schleppt die Männer in die Konzentrationslager. Weinend sagten meine Kinder mir, Mama, wir haben solche Angst, wir wollen fort, weit weg, wo man uns in Ruhe leben läßt. Mit wehem und erstarrten Herzen tröstete ich meine Kinder, so gut ich konnte, ich selbst war dem Zusammenbruch nahe und mit allen Sorgen der Gegenwart und der Zukunft belastet, die ich auf meinen Schultern tragen mußte. Und doch durfte ich den Lebensmut nicht aufgeben, denn ich mußte ja für meine Kinder leben. Ich betete dann im stillen zu Gott, mich zu schonen, wenn die Männer kommen würden, um meine Wohnung zu zerstören. Viele verängstigte Menschen hatten sich an diesem Tage zu mir geflüchtet, und sie alle brauchten so eindringlich ein wenig menschlichen Trost, den ich ihnen, so gut ich konnte, auch gab, mit wehem und weinendem Herzen. Es

dauerte auch nicht lange, und sie kamen an diesem 10. November auch in meine Wohnung. Drei Mann hoch, jeder eine Axt in der Hand. Als ich die Tür öffnete, fingen sie gleich an, mich zu provozieren, aber ich antwortete mit größter Ruhe. Wo haben Sie Ihre Waffen? Die brauche ich doch nicht, ich habe keine Absicht, Menschen zu töten. Wo ist Ihr Geld? Da erwiderte ich, Sie haben ja schon meinen Mann von seiner Familie weggeschleppt, was wollen Sie noch von uns? Da waren auf einmal alle drei tiefbeschämt und schlichen sich wie gemeine Diebe davon. Meine Ruhe war auf einmal hin, ich sank erschöpft nieder und weinte so, daß die Wände hätten mit mir mitweinen können. Meine Kinder sprachen tröstend auf mich ein, und ihre Stimmen erweckten mich wieder zum Leben, das ein Leben ohne Freude und ohne Sonne geworden war. Denn jeder kommende Tag konnte uns etwas bringen, das uns in unserer tiefsten Seele so verwunden konnte, daß es niemals auszulöschen war. Von meinem Mann kam ab und zu eine Karte aus dem Konzentrationslager Buchenwald mit so trostlosem Inhalt, daß ich oft dem Verzweifeln nahe war. Ein Vater, der 20 Jahre lang gearbeitet und gestrebt hatte für seine Familie, mußte jetzt im Konzentrationslager schmachten. Wie konnte es in der Welt so viel Ungerechtigkeit geben? Wenn ich dann so durch die Straßen ging, oft die begeisterten Heilrufe »Heil Hitler« rufen hörte, so fragte ich mich oft, sind das noch Menschen? Was kümmert sie ein bekümmertes Herz, eine zerstörte Familie und die baldige Erwartung, auch noch heimatlos zu werden. Die unbarmherzige Macht des Molochs schritt mit unbarmherzigen und unaufhaltsamen Schritten weiter. Immer neue entmenschte Gesetze wurden ausgearbeitet, und das Blut vieler unschuldiger Menschen fing an zu fließen. Meine tiefste Hochachtung vor den Deutschen, die es wagten, sich gegen die wilde Horde zu stellen, mit größtem Mut die wahren Menschenrechte zu verteidigen, denn sie starben für das Höchste, was die Menschheit zu vergeben hat, und ihr Märtyrertum wird eingehen in die Geschichte für ewige Zeiten und solange noch der Himmel, die Sonne, der Mond, die Sterne und die herrliche Natur das Weltall beherrschen werden, wird es stumme Zeugen geben für alle Ungerechtigkeiten, die begangen wurden. Aber unsere zukünftigen Generationen werden daraus ihre Lehren ziehen und nicht dem Niedrigen zustreben, sondern immer das Große, das Wahre suchen zum Segen der Menschheit. So lebten wir immer weiter mit der Angst im Herzen, was wird noch kommen und geschehen. So näherten wir uns dem Osterfest 1940. Wenn man in die Natur spazierte zwischen Bäumen und Wiesen, so löste sich oft in uns das Starre und Unheimliche, das uns in unseren Gedanken eigentlich nicht mehr verlassen konnte. Wenn uns dann der laue Frühlingswind umschmeichelte, zart und leise, nicht zu verzweifeln, nicht die Hoffnung aufzugeben, so war es nur ein momentanes Betäuben für unsere verwundeten Seelen, da wir doch schon freie Gefangene und noch der zukünftigen Willkür ausgesetzt waren. Wenn man dann von einem solchen Spaziergang mit vielem Denken in die Wohnung zurückkehrte, beschlich uns von neuem das grausige Gefühl, was wird uns der nächste Tag bringen. So kam ein schwarzer Tag für uns heran. Es war um die Osterzeit, am 24. April 1940, ein Telegramm vom Konzentrationslager Buchenwald [kam an], das uns den Tod meines Mannes bekanntgab. Das Unglück war mit grausiger Härte über uns angebrochen, meine Kin-

der und ich konnten es nicht fassen, daß ein Mensch, der uns in der besten Gesundheit verlassen hatte, nicht mehr da sein sollte. Unsere Welt des Glaubens an die Menschheit war für den Augenblick zusammengebrochen, es war plötzlich so dunkel in meiner Seele, daß ich wochenlang weinte, weil ich in meinem Unterbewußtsein fühlte, daß ein schreiendes Unrecht geschehen war, oh, es hatte mich so tief getroffen, daß ich nicht mehr den Mut hatte, mein Leben fortzusetzen. Dr. Rothmund, unser Hausarzt, kam oft vorbei, um mich und meine Kinder zu trösten, denn zwanzig Jahre lang war er ein treuer Kunde meines Mannes [gewesen] und ich mußte selbst in meinem tiefen Schmerz bekennen, daß Dr. Rothmund solch ein edler Mensch war, auf den die deutsche Nation nur mit Achtung und Stolz herabblicken kann. Er lebt nicht mehr, aber seine Worte werden mir ewig unvergeßlich bleiben und immer in meiner Seele klingen, denn er sagte oft zu mir: »Bleiben Sie stark. Sie sind eine Mutter und müssen für Ihre Kinder leben, denn sie haben keinen Vater mehr, und Ihr Mann ist als ein großer Märtyrer für die Menschheit gestorben.« Eines Tages wurde ich auf das Polizeipräsidium gerufen, und was für ein niederschmetternder Schmerz erwartete mich dort. Ein Beamter übergab mir die Kleider meines verstorbenen Mannes. So schwer hatte ich in meinem Leben noch nicht getragen, meine ganze Seele lehnte sich gegen dieses schreiende Unrecht auf, Menschen, die keinem etwas zuleide getan hatten, so grausam dahinsterben zu lassen. Mein tiefer Schmerz übermannte mich so sehr auf diesem traurigen Wege, daß ich laut schluchzend durch die Straßen ging und die Menschen mich befremdet anschauten. So bitterlich weinend kam ich in meiner Wohnung an. Meine Kinder versuchten mich zu trösten, selbst mit Tränen in den Augen, aber es war uns doch nur das zurückgesandte Bündel Kleider und die trostlose Zeit geblieben mit den noch kommenden Ereignissen. Mein Sohn, wie alle Jungens, wollte ein wenig Detektiv spielen und untersuchte die Kleider meines Mannes. Er hatte die Weste aufgetrennt, und war die Watte innen getränkt mit Blut. Nun hatten wir die Gewißheit, daß mein Mann mißhandelt worden war. Meine Kinder und ich verbrachten wiederum ach so traurige Tage, und nur der eine Gedanke verließ mich nicht, warum mußte so ein braver und guter Vater solch ein tragisches Ende nehmen und mit ihm Millionen Menschen. Ich fragte mich immer wieder, wann wird diese unheilvolle Zeit ihr Ende haben. Aber während diese verirrten Menschen jubelten und scheinbar glücklich waren, wurden Maßnahmen gegen die Juden erlassen, die eine vollständige Ausrottung eines Volkes anstrebten, und so fragte ich mich, wie konnte ein gewisser Teil der Menschheit sich anmaßen, systematisch unschuldige Frauen, Kinder und Männer grausam der Vernichtung preiszugeben. Meine gepeinigte Seele begann oft zu zweifeln an der Gerechtigkeit des Lebens, das mit so unbarmherziger Gewalt sich über so viele unglückliche Menschen ausgebreitet hatte, und noch kein Ende war nahe, das eine Erlösung von diesem unseligen Geschehen andeutete. Im Gegenteil, eines Tages kam ein Befehl, daß die Juden nicht mehr in christlichen Häusern wohnen durften. Und so war ich gezwungen worden, meine schöne Wohnung, die sich gegenüber vom Tennisplatz, dem heutigen Theater, befand, zu räumen, um dann in einer bescheidenen Wohnung unser trauriges und ungewisses Leben fortzusetzen. Es bedrohte uns in unserem Denken und in unserem Leben, die

Angst vor dem Morgen war da, unerbitterlich, so leibhaftig vor unseren Augen, daß wir uns schon nicht mehr freuen konnten. Denn das Ahnen der kommenden Ereignisse hatte unsere Seelen ergriffen, und wir alle fühlten, der Tag ist nicht mehr fern und man wird mit uns nach Willkür verfahren. So kam dieser trübe Tag heran, traurig und unerbittlich. Es war der 22. Oktober [1940], dort wo die Natur schon am Scheideweg stand, Abschied nahm vom Sommer, um dann als Herbst in den Winter einzutreten. Für uns bedeutete es ein Abschied nehmen von allem, was uns das Leben gelassen hatte. Das Wort Heimat existierte nicht mehr für uns. Es sollte für uns ausgelöscht sein für ewige Zeiten, und es sollte wohl ein Abschied für immer sein. Mir war es auch so bange zu Mute und ich hatte schon jede Hoffnung aufgegeben, meine geliebte Heimat wiederzusehen. Meine Gedanken waren damit beschäftigt, wohin wird man meine Kinder und mich verschleppen, werden wir nicht frieren und hungern. So weinte mein Herz um alles das, was verloren war, und um die Zeiten, die da kommen würden und uns nur viel Trauriges bringen konnten. So wurden wir an diesem Tage mit wenig Gepäck und Geld in die K-Schule geführt. Viele neugierige Menschen waren auf den Straßen versammelt, wohl mancher unter ihnen hat bestimmt mit unserem Elend gefühlt, aber die Macht des Schweigens hatte diesen Menschen eine Lähmung auferlegt, und diejenigen, die mit verhärteten Herzen uns auf unserem traurigen Wege zusahen, fühlten schon nicht mehr die Schwere des Unglücks, das uns wehrlose Menschen, so schwer und so tief getroffen hatte, daß uns als einziger Trost nur geblieben waren die gegenseitig ausstrahlende Liebe und das gemeinsam zu tragende Leid, das zur Bürde unseres Lebens geworden war. Tiefe Nacht war über uns hereingebrochen. Den Gedanken, daß wir je im Leben noch einmal unsere Heimat sehen werden, sahen wir in tiefsten Nebel getaucht, und nicht ein kleiner Hoffnungsschimmer konnte uns die Gewißheit nehmen, daß wir sehr schlimmen Zeiten entgegengingen. Nur sehr wenigen war es vergönnt zurückzukehren, aber mit verwundeten und müden Seelen.

Oktober 1960

Am Sonntag, den 22. Oktober 1960, begann morgens um 6 Uhr unsere Wallfahrtsreise nach Frankreich. Es lagen zwanzig Jahre hinter uns, und wohl keiner von uns möchte diese Zeit zurückleben, denn sie hat in uns allen Spuren zurückgelassen, die wir zu vergessen suchen, aber mit welchen Opfern. Wir alle wußten, daß uns eine lange Reiseroute erwartete, die nicht ohne Strapazen, besonders für unsere älteren Mitglieder, sein würde. Aber ein Gedanke beseelte uns, wir fuhren dieses Mal als freie Menschen und nicht als Gefangene, einem unbekannten Ziel und Schicksal ausgeliefert. Vergangene Zeiten stiegen vor meinen Augen auf, und was schon längst in einer kleinen verborgenen Kammer beiseite gelegt worden war, kam wieder zum Vorschein. Noch sehe ich, wie die Männer kamen, um uns zu holen, und wie mein Herz beinahe versagte, als meine Kinder und ich sowie alle Juden von Baden zu hören bekamen, wir müßten fort. Eine Welt stürzte für uns ein. Ein heißes Gebet stieg zu Gott und mit einem Sch'mah-Israel mußten wir uns in unser Schicksal ergeben. Der Vater meiner Kinder war im Konzentrationslager Buchen-

wald verstorben, und jetzt wußte ich nicht, was mit uns geschehen würde. Der Gedanke war mir unfaßbar, daß man uns wegen der Religion soviel Leid antun konnte, aber die Gewalt überragte jedes gute Gefühl. Und doch will ich nicht ganz den Gedanken von mir jagen, daß es damals viele Deutsche gegeben hat, die niemals ihre Zustimmung gegeben hätten, arme wehrlose Menschen einem ungewissen Schicksal auszuliefern.
So waren wir damals gezwungen, unsere Heimat, unser Heim und was uns das Leben so gelassen hatte zurückzulassen. Man führte uns wie wehrlose Schafe, die man zum Schlachten bringt, an die Bahn. Ängstlich erstarrte Gesichter blickten mich an. Das Knattern der Räder wühlte unsere letzte Seelenkraft auf, ein großes Bangen überfiel uns. Ich erinnere mich weiter. Nach einer mühseligen Fahrt landeten wir in Gurs. Es war grausig, was sich da unseren Augen darbot. Leere kalte Baracken standen auf einem weichen Lehmboden, der in der Nacht so hart gefroren war, daß man kaum laufen konnte; nicht einmal Strohsäcke zum Schlafen. Als wir am ersten Morgen in Gurs halb erfroren aufstanden und ins Freie traten, begrüßte uns die herrliche Sonne des Südens, als wollte sie uns sagen, ich bleibe euer beständiger Freund, meine Sonnenstrahlen sollen Euch das ersetzen, was Euch die Menschen versagen. Waschen mußten wir uns in ungedeckten Duschen, was für viele Menschen bei der Kälte eine Qual war.
Nach einigen Tagen machten sich unter den armen Menschen die Folgen der Entbehrungen bemerkbar. Zwar bekamen wir nach längerer Zeit Strohsäcke, aber dies erst, nachdem eine Kommission vom Roten Kreuz das Lager besichtigt hatte, und ich höre sie heute noch sprechen: »Diese armen Menschen sind ja unmenschlich untergebracht«. In diesem armseligen Dasein waren wir ja schon glücklich, einen Strohsack zu haben, und wie oft habe ich das bißchen heiße Suppe geopfert und in eine Wärmflasche geschüttet, um mich von der nassen Kälte zu erwärmen. Das schrecklichste Bild bot die Krankenbaracke. Ein tiefes Mitleid hatte mich für diese armen kranken Menschen ergriffen. Es war ja unmöglich, ihnen Linderung zu bringen, es waren keine Medikamente da, nur als einziges [Des]Infektionsmittel Javelwasser. So übernahm ich damals die Nachtwachen. Ein unbeschreibliches Elend, der Typhus grassierte. In jedem zweiten Bett lag ein toter Mensch. Ich fragte mich oft im stillen, wie lange ich dieses entsetzliche Dasein noch fortsetzen könne.

Montag, 23. Oktober

Zurück zur Gegenwart, denn in ihr müssen wir leben und versuchen, über alles Leid hinwegzukommen. Unsere Reise führte uns über Weil bei Basel nach Frankreich. Stationen waren Belfort, Valance, Toulouse. In Nimes hatten wir längeren Aufenthalt. Wir streiften durch die Stadt Nimes, die einstmals von den Römern errichtete Stadt mit der weltberühmten Arena, in der heute die Stierkämpfe stattfinden und wo vor rund 2000 Jahren die römischen Gladiatoren zu den Wettkämpfen antraten. Und wir sahen die von der französischen Nation errichtete Pyramide, ein Denkmal für alle Deportierten. Ich empfand sofort eine große Bewunderung für die französische Nation, denn sie hat damit für die nachkommenden Generationen

etwas Außergewöhnliches geschaffen und zeigte die Zeit von 1940–1944 und war doch unser vergangenes Schicksal stark verbunden mit dieser Zeit. Wir stiegen hinab in das Innere der Pyramide, und was sich hier unserem Anblick bot, war erschütternd und tief ergreifend. Denn was hier ein großer Skulpteur zum Ausdruck brachte, war höchste Kunst, die unmenschlichen Leiden steigend bis zur äußersten Grausamkeit zum Ausdruck zu bringen. In ungezählten Skulpturen zeigt uns die vergangene Epoche das schreiende Unrecht, das an unschuldigen Menschen und Juden begangen wurde. Das Herz begann zu zittern, als die alten Erinnerungen auftauchten, und man konnte es nicht fassen, daß es Menschen waren, die in die tiefsten Abgründe hinabgestiegen waren und sich an den Mordtaten und den schwersten Mißhandlungen beteiligt hatten. So gibt es unter dem jüdischen Volk nicht eine einzige Familie, die nicht davon betroffen war und viele ihrer Familienmitglieder auf mörderische Art verloren hat. Wir konnten unsere Tränen nicht zurückhalten und beweinten auch unsere Märtyrer, die vielleicht dafür starben, daß die Menschheit endlich erwache, sich niemals mehr von dem teuflischen Satan, der um diese Zeit die Menschen in seinen Bann schlug, beherrschen ließe. Trotz unseres tiefen Leides, das wir hinter uns hatten, beherrschte uns kein Gedanke des Hasses, im Gegenteil waren wir bereit zum friedlichen Zusammenleben. Nur müssen diese Menschen, die so unzählige Sünden auf sich geladen haben, den Mut haben zu bekennen. Dann ist auch der erste Schritt zum Besserwerden getan, denn wahre und tiefe Reue sind der erste Weg zum Höheren und Besseren im Leben. So rufe ich allen Menschen zu: Legt diesen Samen zum Guten schon in die Wiegen Eurer Kinder. – Da auf einmal fiel unser Blick auf eine Urne, in der sich die Asche von in Buchenwald umgekommenen Menschen befand. Wie wehe es uns zu Mute war, ist nicht auszudrücken, denn wir hatten auch einen geliebten Menschen dort verloren, und mit blutendem Herzen verließen wir diese traurige Gedenkstätte. Aber sie sollte von vielen Menschen besichtigt werden, um dem menschlichen Leid, das über Millionen Menschen gebracht worden ist, näher zu kommen ...

Nicht vergessen möchte ich zu erwähnen, daß, als ich im Jahr 1949 zurückkam, sehr oft krank war und dauernd einen Arzt benötigte, ich von guten Bekannten zu Herrn Dr. Rack empfohlen wurde. Dieser Doktor behandelte mich jahrelang unentgeltlich und sagte mir gleich bei meinem ersten Besuch: »Ich will an Ihnen das Leid gutmachen, das man Ihnen zugefügt hat«. Es berührte mich sehr warm in meinem Herzen, und ich bin glücklich, meinen Mitmenschen bekanntzugeben, daß es im deutschen Volke wunderbare Menschen gibt. Diese edle Tat wird für ewige Zeiten in meinem Herzen eingraviert sein. Auch von einer deutschen Frau möchte ich noch sprechen mit dem Namen Kaus, denn sie hatte den Mut, unter eigener Lebensgefahr jahrelang ein jüdisches Mädchen bei sich versteckt zu halten. Was sie moralisch und seelisch in dieser Zeit gelitten hat, ist nicht zu beschreiben. So kann auch die deutsche Nation darauf stolz sein, solch stille und bescheidene Helden zu den ihren zu zählen. Solange noch solche Menschen unter uns leben, wird auch der Glaube an das Gute im Menschen in kommenden Zeiten nicht verwehen.

II. Die israelitische Gemeinde

1. AUFBAU UND ORGANISATION

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über den Aufbau der Gemeinde und nennt die Persönlichkeiten, die in der Verfolgungszeit dem Synagogenrat und der Gemeindevertretung angehörten. (Siehe auch Band I, S. 30 ff.)

Nr. 2
Israelitisches Gemeindeblatt 9. September 1936

Bevölkerungsbewegung und Altersaufbau der Gemeinde

Eine genaue Kenntnis von der Zahl der Mannheimer Juden erhalten wir erst seit Einführung der allgemeinen Gemeinde- und Volkszählungen im Anfang des 19. Jahrhunderts. Aufschluß über frühere Zahlen geben uns die städtischen Archive. Die in ihnen enthaltenen Angaben über die Juden Mannheims dienten allerdings nicht bevölkerungsstatistischen Gesichtspunkten, sondern sind zum Zwecke der Festsetzung von Steuern und Abgaben gemacht worden. Aus diesem Grunde sind keine Einzelpersonen, sondern nur Haushaltungen registriert. Wir können aber die Zahlen der Mannheimer Juden im 17. und 18. Jahrhundert ungefähr errechnen, wenn wir annehmen, daß eine Familie damals aus durchschnittlich 5 Köpfen bestanden hat.

Die ersten Angaben stammen aus dem Jahre 1680. Damals waren 78 jüdische Familien, also ca. 400 Juden in Mannheim ansässig. Im Jahre 1722 waren es 128 schutzberechtigte Familien; dazu kamen noch 45 Familien ohne Schutz, zusammen also 173 Haushaltungen mit insgesamt etwa 850 Seelen. Eine Angabe aus dem Jahre 1743 verzeichnet keine wesentliche Veränderung der jüdischen Bevölkerungsziffer, nämlich 178 Familien. Dagegen ist im Jahre 1765 die jüdische Bevölkerung auf 249 Familien angewachsen, und für das Jahr 1800 geben die Archive an, daß in Mannheim 181 Männer, 220 Frauen und Witwen und 539 Kinder, dazu Bedienstete und Angestellte, insgesamt also über 1000 jüdische Personen ansässig waren. Exakte Zahlen sind seit dem Jahre 1825 vorhanden. Damals waren in Mannheim 1456 Juden wohnhaft. Seit dieser Zeit bestehen auch genaue Angaben über das Verhältnis der jüdischen Einwohner zur Gesamtbevölkerung Mannheims. Es betrug der Anteil der Juden

im Jahre	1825	5,7 %	(1456)
	1875	8,3 %	(3853)
	1890	5,8 %	(4553)
	1900	3,9 %	(5478)
	1910	3,3 %	(6402)
	1925	2,8 %	(6972)
	1933	2,3 %	(6402)
	1936	1,8 %	(5000)

In dem Jahrhundert von 1825 bis 1925 war neben der anfänglichen natürlichen Bevölkerungsvermehrung ein dauernder Zuwachs durch Zuwanderung – hauptsächlich aus Nordbaden und der Pfalz – vorhanden. Diese Zunahme war aber weit kleiner als die allgemeine Bevölkerungsentwicklung Mannheims. Seit 1925 kommt zu dieser Abnahme des prozentualen Anteils auch eine tatsächliche Abnahme der Zahl der Mannheimer Juden und zwar von 1925 bis 1933 um 8 % und von 1933 bis 1936 um weitere 20 %.

Die Zahl der in Mannheim, d. h. der größten Stadt Badens wohnenden Juden beträgt ungefähr ein Drittel der in Baden ansässigen Juden. Baden gibt also im Kleinen die Bevölkerungsverhältnisse der Juden im Reich wieder, von denen ein Drittel in Berlin wohnhaft sind. Das war nicht immer so. Im Jahre 1825 lebten nur 8 % der damals insgesamt 17 600 badischen Juden in Mannheim, im Jahre 1875 waren es bereits 15 %. Als Ergebnis der seit dieser Zeit fortschreitenden Landflucht waren im Jahre 1925 von den 24 000 badischen Juden 29 % hier ansässig, und bei der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1933 wurden 31 % aller badischen Juden in Mannheim festgestellt.

Schuld an der fortschreitenden Abnahme der Zahl der Mannheimer Juden sind zwei Faktoren, nämlich Abwanderung und Überalterung.

Die seit 1933 einsetzende Abwanderung betrug bis 1. Juli 1936 ungefähr 1250 Personen. Über die Ziele der Auswanderung wird an anderer Stelle berichtet. Hier sei festgestellt, daß die Abwanderung am stärksten die bevölkerungspolitisch wichtigsten Altersklassen von 20 bis 40 Jahren und am zweitstärksten die Jugendlichen unter 20 Jahren betrifft, daß sie also dazu verhilft, die ohnehin bedeutende Überalterung der Mannheimer jüdischen Bevölkerung noch zu verstärken.

Die Mannheimer jüdische Bevölkerung weist seit Jahren schon einen Verlust von zur Zeit 1½% pro Jahr auf und zwar durch das Überwiegen der Sterblichkeitsüber die Geburtenziffern. Die Geburtenziffern waren in den letzten 5 Jahren [1]:

---

[1] Für die Jahre vor 1931 lauten die Geburtenziffern (nach einer Statistik des gleichen Autors IGBl. 8. 11. 1934)

Jahr	Anzahl der jüdischen Kinder	Jahr	Anzahl der jüdischen Kinder
1930	57	1925	98
1929	65	1924	96
1928	71	1923	102
1927	74	1922	104
1926	82	1921	117

1931	1932	1933	1934	1935
33	26	12	10	22

Die Sterbefälle im gleichen Zeitabschnitt betrugen:

1931	1932	1933	1934	1935
74	92	81	83	88

Durch diesen Vergleich ist ersichtlich, daß die Mannheimer jüdische Bevölkerung um 60–70 Personen jährlich durch Übersterblichkeit abnimmt.

Der Altersaufbau der Mannheimer Juden weicht wie der der gesamten jüdischen Bevölkerung in Deutschland wesentlich von der Norm ab. Das Bild der bekannten Alterspyramide ist nicht mehr anwendbar. Es fehlt den reiferen Jahrgängen die breite tragfähige Basis der Jugendlichen, es überwiegen die höheren Altersklassen... Der Altersaufbau ergibt sich aus nachstehender Tabelle, die die Mannheimer jüdische Bevölkerung hinsichtlich Geschlecht, Alter und Familienstand zahlenmäßig wiedergibt:

Alter (Jahre)	ledig		verheiratet		verwitwet		geschieden		zusammen	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
0– 5	101	80	–	–	–	–	–	–		
5–10	182	173	–	–	–	–	–	–	501	448
10–15	218	195	–	–	–	–	–	–		
15–20	130	135	–	–	–	–	–	–	140	135
20–25	260	201	–	9	–	–	–	–	260	210
25–30	296	181	24	81	–	–	–	5	320	267
30–35	208	111	84	161	–	6	1	6	293	284
35–40	125	65	126	211	–	8	2	11	253	295
40–45	49	54	149	188	1	6	6	10	205	258
45–50	47	38	200	197	5	25	4	6	256	266
50–55	43	40	232	163	6	54	4	7	285	264
55–60	32	35	224	169	15	80	2	5	273	289
60–65	19	20	142	95	15	70	2	3	178	188
65–70	18	12	103	51	15	73	1	2	137	138
über 70	10	15	102	21	47	169		2	159	207
zus.	1748	1355	1386	1346	104	491	22	57	3260	3249

Folgende Ergebnisse können dieser Tabelle entnommen werden:

1. Es gibt mehr ledige als verheiratete Juden in Mannheim, und zwar sind über die Hälfte der männlichen und über zwei Fünftel der weiblichen jüdischen Einwohner Mannheims ledig.

2. In der Altersstufe von 25–30 Jahren sind bei den Männern nur 7,5 %, bei der Altersstufe von 30–35 Jahren nur 29 % verheiratet. Die 35–40jährigen Männer sind noch zur Hälfte unverheiratet.

3. Es gibt im Alter von 40–60 Jahren fast so viele Personen als zwischen 20 bis 40 Jahren. Es sind mehr Personen über 60 Jahren vorhanden als Jugendliche bis 15 Jahre. Die Zahl der über 70jährigen ist mehr als doppelt so groß als die der Kleinkinder bis zu 5 Jahren.

Dr. Siegfried Bruchsaler

Bekanntmachung

Bekanntmachung, Neuwahl des Synagogenrats und der Gemeindevertretung betr.

Da die Dienstzeit der Mitglieder des Synagogenrats und der Gemeindevertreter am 1. Dezember 1936 abgelaufen ist, hat der Synagogenrat eine Neuwahl sämtlicher Mitglieder des Synagogenrats und der Gemeindevertretung angeordnet und gemäß § 71 der Wahlordnung bestimmt, daß beide Wahlen in einem Wahlgang stattfinden.

Es scheiden aus:

a. aus dem Synagogenrat:

Appel, Dr. Julius
Bauer, Eduard
Freiberg, Heinrich
Grünewald, Dr. Max
Löffler, Julius
Nöther, Otto
Staadecker, Dr. Julius
Stein, Dr. Berthold
Stiefel, Karl
Thalheimer, Gustav
Würzweiler, Gustav

b. aus der Gemeindevertretung:

Altstaedter, Emanuel
Bauer, Theodor
Billigheimer, Dr. Samuel
Blum, Dr. Otto
Bodenheim, Albert
Böhm, Hermann
Brader, Otto
Buchsweiler, Johanna
Cahen, Dr. Gustav
Darmstädter, Karl
Eichtersheimer, Karl
Erlanger, Josef
Erlanger, Max
Götzl, Dr. Hans
Greilsamer, Isaak
Hecht, Dr. Gustav
Hecht, Hermann
Heydecker, Hermann
Hirschbruch, Samuel
Jüdel, Frieda
Kahn, Dr. Carl
Kauffmann, Dr. Fritz
Lehmann, Dr. Arthur
Levi, Dr. Josef
Lewinski, Sary
Lußheimer, Dr. Paul
Marburg, Max
Mayer, Max
Mendel, Sally
Nahm, Hugo
Ohrenstein, Markus
Oppenheim, Ludwig
Retwitzer, Oscar
Simon, Dr. Otto
Stahl, Johanna
Steiner, Dr. Willi
Steinfeld, Dr. Julius
Strauß, Berthold
Strauß, Dr. Julius
Strauß, Moritz
Sulzberger, Max
Ullmann, Willi
Weill, Leopold
Würzburger, Dr. Michael

Der Oberrat hat auf unseren Antrag die Zahl der Mitglieder des Synagogenrats auf 9 und die der Gemeindevertretung auf 36 festgesetzt.

Für die Amtsdauer 1. Dezember 1936 bis 1. Dezember 1942 sind somit 9 Mitglieder des Synagogenrats und 36 Mitglieder der Gemeindevertretung zu wählen.

Tagfahrt zur Wahl wird auf Sonntag, den 13. Dezember d. Js., vormittags 9 bis 12 Uhr, in unserem Verwaltungsgebäude M 6, 12 anberaumt.

Stimmberechtigt ist jedes volljährige Gemeindemitglied, ohne Unterschied des Geschlechts, das in Mannheim seit einem Jahr seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hat und nicht gemäß § 2 der Wahlordnung vom 22. Juli 1930 vom Stimmrecht ausgeschlossen ist.

Wählbar in den Synagogenrat sind die Stimmberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Wählbar in die Gemeindevertretung sind alle volljährigen Stimmberechtigten.

Die Wahlzettel liegen im Wahllokal auf.

Mannheim, den 27. November 1936.

Der Synagogenrat: Dr. Grünewald. Simon

Aufruf!

Die Wahlen zum Synagogenrat und zur Gemeindevertretung betr.

Am 13. Dezember ds. Js. finden die Wahlen zum Synagogenrat und zur Gemeindevertretung statt.

In dem Bestreben, einen Wahlkampf zu vermeiden und dem Frieden unserer Gemeinde zu dienen, haben sich alle Parteien und Richtungen auf eine Einheitsliste geeinigt.

Alle Parteien und Richtungen haben im Interesse des Friedens und der Einigkeit unserer Gemeinde persönliche Wünsche zurückgestellt und sich dem großen Ganzen verständnisvoll untergeordnet.

Die Zahl der Mitglieder des Synagogenrats und der Gemeindevertretung erfährt eine dem Rückgang unserer Gemeinde entsprechende Verkürzung.

Unsere Wahlvorschläge selbst sind von dem Gesichtspunkt aus aufgestellt, der Gemeinde die Mitwirkung erprobter Kräfte zu erhalten und neue zuzuführen, um ihrem unermüdlichen Leiter durch arbeitsfähige und arbeitsfreudige Gemeinde-Organe einen Teil seiner Arbeitslast und Verantwortung tragen zu helfen.

Wir richten daher an unsere Gemeindemitglieder die Bitte, uns in ernster Zeit in unserem Bestreben, eine einige und deshalb starke Gemeinde zu erhalten und ihr Wohl mit allen Kräften zu fördern, dadurch zu unterstützen, daß sie für die Einheitsliste zur Wahl des Synagogenrats und der Gemeindevertretung ihre Stimme abgeben. Wir bitten um starke Wahlbeteiligung.

Mannheim, den 26. November 1936.

Religiös-liberale Vereinigung Mannheim.
Zionistische Ortsgruppe Mannheim.
Gemeindevereinigung Mannheim.
Konservative Gruppe.

Nr. 4
Israelitisches Gemeindeblatt 6. Januar 1937

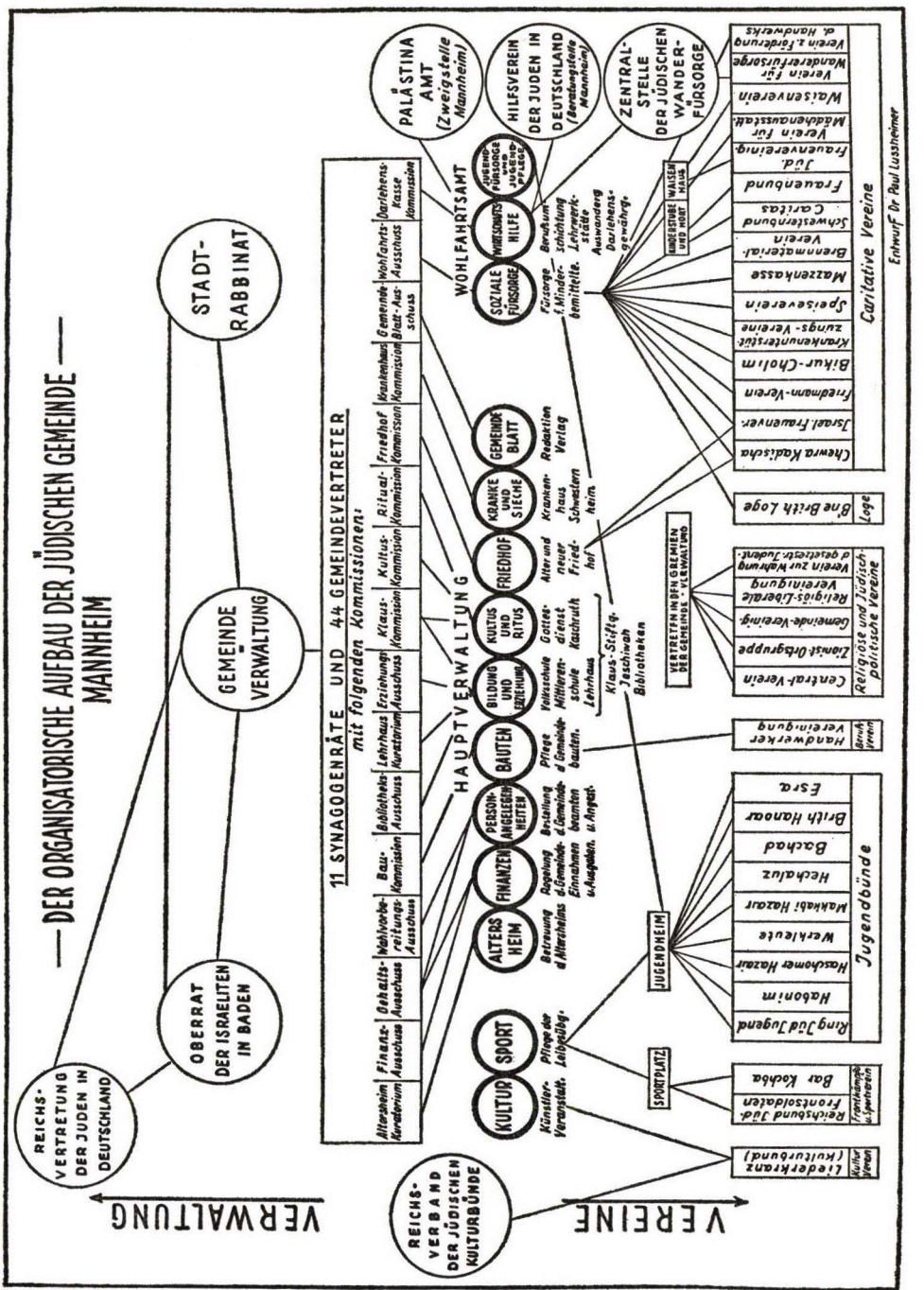
Bekanntmachung

Neuwahl des Synagogenrats und der Gemeindevertretung betr.

Bei der am 13. Dezember d. J. vorgenommenen Wahl der Mitglieder des Synagogenrats und der Gemeindevertretung wurden für eine sechsjährige Amtsdauer – 1. Dezember 1936/1942 – gewählt:

In den Synagogenrat:

1. Appel, Dr. Julius, Justizrat
2. Bauer, Eduard, Privatmann
3. Grünewald, Dr. Max, Rabbiner
4. Löffler, Julius, Fabrikant
5. Nöther, Otto, Dipl.-Ingenieur
6. Staadecker, Dr. Julius, Rechtsanwalt
7. Stein, Dr. Berthold, Chemiker
8. Stiefel, Karl, Hauptlehrer i. R.
9. Würzweiler, Gustav, Bankherr



Nr. 5 Israelitisches Gemeindeblatt 9. September 1936, Sondernummer

In die Gemeindevertretung:

1. Altstädter, Emanuel, Kaufmann
2. Billigheimer, Dr. Samuel, Prof.
3. Böhm, Hermann, Kaufmann
4. Buchsweiler, Johanna
5. Darmstädter, Karl, Prof. i. R.
6. Eisenheimer, Dr. Adolf, Arzt
7. Erlanger, Josef, Kaufmann
8. Erlanger, Max, Kaufmann
9. Fischel, Albert, Uhrmacher
10. Götzl, Dr. Hans, Prokurist
11. Hecht, Dr. Gustav, Rechtsanw.
12. Heydecker, Hermann, Bankdir.
13. Hirschbruch, Samuel
14. Kahn, Dr. Karl, Zahnarzt
15. Kälbermann, Manfred, Lehrer
16. Lehmann, Dr. Arthur, Wirtschaftsberater
17. **Levi, Dr. Josef, Zahnarzt**
18. Lewinski, Sery [auch Sary, Sara]
19. Licht, Dr. Kurt, Sekretär
20. Liebmann, Alfred, Kaufmann
21. Mayer, Max, Kaufmann
22. Nahm, Hugo, Kaufmann
23. Ohrenstein, Markus, Kaufmann
24. Rennert, Isak, Kaufmann
25. Retwitzer, Oskar, Fabrikant
26. Simon, Dr. Otto
27. Sonder, Alfred, Kaufmann
28. Sulzberger, Max, Kaufmann
29. Stahl, Johanna
30. Strauss, Berthold, Kaufmann
31. Strauss, Dr. Julius, Arzt
32. Strauss, Moritz, Malermeister
33. Ullmann, Willy, Bankdirektor
34. Weil, Julius, Kaufmann
35. Weill, Hans, Kaufmann
36. Würzburger, Dr. Michael, Arzt

Mannheim, den 14. Dezember 1936.

Der Synagogenrat: Dr. Grünewald. Simon

Nr. 5

Der organisatorische Aufbau der jüdischen Gemeinde Mannheim (s. S. 23)

2. DIE AUSWIRKUNG DES NATIONALSOZIALISMUS AUF DIE MANNHEIMER JUDEN

Die folgenden Beispiele für die Auswirkungen der *Machtergreifung* zeigen neben der »gewappneten Gemeinde« (vgl. Band I, S. 31 ff.) auch, daß Juden sich mit Einflüssen des Nationalsozialismus in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen hatten. So war sogar eine Mahnung an die Jugend, Imitationen der HJ zu unterlassen, notwendig (IBGl. 27. März 1934). Dokumentiert wurde diese Frage am Beispiel des Führungsprinzips durch einen vermutlich aus der Feder Max Grünewalds stammenden Aufsatz. Die Gemeindeleitung bemühte sich nach 1933 besonders intensiv, die Jugend in die Gemeindearbeit mit einzubeziehen. Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* (vgl. Band I, S. 42 f.) tat das Seine, um als »Mittler« zu wirken. Er nahm sich vor allem der nicht dem *Bar Kochba* (einem national-jüdischen Sportverein) angehörenden Jugendlichen an, stellte aber auch dem *Bar Kochba* seine Übungsstätten zur Verfügung. Daneben fungierte er auch als Schlichter in innerjüdischen Privatstreitigkeiten, damit diese in Mannheim nicht vor die Gerichte kamen und Anlaß zu Hetzartikeln hätten geben können.

Der geistigen Wappnung der Mannheimer Juden diente neben dem Lehrhaus (Band I, S. 56 f.) die ausgezeichnete jüdische Kulturarbeit, die in vielen Gemeinden erst durch den Nationalsozialismus erzwungen wurde, in Mannheim aber schon vor 1933 in Vereinen gepflegt wurde. In sozialer Hinsicht trat die Mannheimer Gemeinde mit dem Bau eines vorbildlichen Altersheims hervor. Neben die Krankenversorgung und Wohlfahrtsbetreuung trat nach Erlaß der Nürnberger Gesetze als neue Einrichtung die jüdische Winterhilfe.

Die großen Aufgaben der Mannheimer Gemeinde waren nur zu lösen bei entsprechenden Steuereinnahmen.
Die Selbstsicherheit der Gemeinde zeigt sich insbesondere bei der erstrebten Gründung der Schule für Judentumskunde. Die Gemeindeführer waren unter anderem bereit, dauernde finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen, die die größere Gemeinde Frankfurt nicht zu tragen bereit war. Neben der Schule zeigt insbesondere die Berufsumschichtungsarbeit, wie schnell sich die Gemeinde auf die neuen Verhältnisse eingestellt hatte. Trotz des darniederliegenden Handwerks wurden gleich 1933 eine große Anzahl Jugendlicher umgeschult. (Siehe auch Band I, S. 27 ff. und Sauer I, S. 261 ff.)

Nr. 6
Israelitisches Gemeindeblatt 4. April 1933

Glaubensgenossen! Brüder und Schwestern!
Eine Zeit herber Prüfungen ist über uns hereingebrochen. Was uns in unserer allgemeinen Not besonders hart trifft, ist die Erschwerung der Erfüllung unserer religiösen Vorschriften durch das Schächtverbot[2].
Schließen wir uns um so fester an an unseren Gott! Suchen wir Trost in unserem Glauben und in der gewissenhaften Erfüllung unserer Lehre. Zeigen wir uns unserer Väter würdig und bekunden wir durch unwandelbare Treue, daß wir auf jeden Genuß zu verzichten vermögen für unseren Glauben und für die Ehre unserer Religion.
Das Rabbinat

Nr. 7
Israelitisches Gemeindeblatt 4. April 1933

Pessach 5693[3]

Mit der in Deutschland vollzogenen Umwälzung hat Europa folgende Gestalt erhalten: Im Osten die sowjet-russische Republik, im Westen die Demokratien, Rußland benachbart eine Reihe von mehr oder minder ausgeprägten Militärregierungen, in Mitteleuropa ein faschistischer Block, in den man mit einiger Bestimmtheit auch Österreich eintragen kann. In der Stellung zur Judenfrage weisen diese Mächtegruppen die größtmögliche Verschiedenheit auf: Die Sowjets gewähren den Juden ein nationales Scheindasein innerhalb der Föderation der Sowjetrepubliken; in Wirklichkeit bringen sie die Wurzeln, aus denen das Dasein des Judentums erwächst, zum Absterben. Am Ende dieser Judenpolitik steht die Vernichtung des Judentums überhaupt. Im Westen (einschließlich Amerika) ist der Anteil der Juden am Staat unverkürzt, sie haben volle Bewegungsfreiheit, ihre religiöse Sonderexistenz und ihre Sonderbestrebungen in jüdisch-kultureller und nationaler Hinsicht

[2] Das Schächtverbot verwehrte den Juden, Schlachttiere in der rituell vorgeschriebenen Art zu töten.
[3] Siehe Band I, S. 45.

tun ihrer vollen Zugehörigkeit zum Staat keinerlei Abbruch. In den Militärrepubliken einschließlich der Tschechoslowakei, haben die Juden fast durchweg die Stellung einer nationalen Minderheit. Wenn damit auch ihr Verhältnis zum Staate keineswegs zur Ruhe kommt und vor allem wirtschaftlich die Möglichkeit einer Benachteiligung in keiner Weise gebannt ist (so in Polen), so ist ihnen doch zugesichert einmal die religiöse und kulturelle Freizügigkeit, ferner das Recht der Vertretung im Parlament und schließlich der Rückgriff auf den Völkerbund, in dem sie mit allen anderen Minderheiten zusammen einen gewissen Rechtsschutz haben. Das faschistische Italien hat die Juden in den neuen Staat mitgenommen, weder bei seiner Begründung noch in dem Vollzug seiner Forderungen hat es eine Judenfrage aufgeworfen. Innerhalb des hundertprozentig nationalen italienischen Staates haben die Juden dieselbe Freizügigkeit wie in den westlichen Demokratien.
Die völkische Freiheitsbewegung Deutschlands, die nunmehr in der nationalen Revolution zum Siege geführt worden ist, erblickt im Antisemitismus ein unveräußerliches Bestandstück ihres Programms. Die im Krieg und Frieden unter Beweis gestellte Loyalität der Juden vermochte sie bisher nicht darin zu erschüttern, daß die Wendung zum totalen Staat die Juden ausschließt. Vermittels eines – wissenschaftlich nicht bestätigten – Rassen- und Blutbegriffs erstreckt sich das negative Interesse des Nationalsozialismus auch auf solche »Juden«, die wir uns selbst nie zugerechnet haben und die in keiner tatsächlichen Beziehung zu uns stehen.
Es ist keine Frage, daß die nationale Revolution nunmehr in ihr zweites Stadium tritt. Aus diesem Grunde wollen wir davon absehen, über die Einzelfälle und Maßnahmen zu sprechen, die in wenigen Tagen die seelische Haltung auch der bisher am jüdischen Geschehen unbeteiligten Juden völlig verändert haben. Sie gehören in das erste Stadium. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich jetzt auf die Rechtsstellung der Juden in Deutschland und nicht nur unsere Aufmerksamkeit. Die ganze Welt, der die Leistungen des deutschen Judentums auf allen Gebieten der Kultur bekannt sind, erwartet mit Spannung die Erklärungen der neuen Regierung zur Judenfrage.
Wenn wir selbst auch vielleicht keinen wesentlichen Anteil an ihrer Entscheidung haben werden, so wird doch die Führung der deutschen Juden in diesen Tagen von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein. Es ist nicht die Zeit darüber zu klagen, wie mangelhaft ausgerüstet die deutsche Judenheit in die schwere Prüfung eintrat, wie groß das Versäumnis war, daß sie durch Jahre hindurch die einheitliche und ermutigende Leitung entbehrte. Es ist unsere Aufgabe, die Reichsvertretung als Vertretung anzuerkennen und zu unterstützen; es ist die Aufgabe der Reichsvertretung für die kommenden schweren Entscheidungen, die nicht nur über uns, sondern über das Leben der Nachkommenden entscheiden, durch Zuwahl und Auswahl sich so einzurichten, daß sie zu einem brauchbaren Instrument unseres Willens wird.
Es ist unmöglich, die zahlreichen, uns aufs tiefste bewegenden Fragen auch nur anzudeuten, vor die uns unsere Situation stellt. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Männer, die die Verantwortung für das Schicksal des Judentums in Deutschland tragen und diejenigen, die in Zukunft sie mittragen werden, diese Fragen

nicht in ihrem vollen Gewicht erkennen und auf ihre Lösung bedacht sind – soweit es in ihren Kräften steht.
Wir feiern Pessach. Seit Jahrhunderten haben wir in Deutschland ein solches Pessach nicht mehr erlebt, ein Pessach, das so nahe an Ägypten und die Wüste grenzt.
Wir erinnern uns, daß auch Pessach das Fest des Aufbruchs ist. Wir erinnern uns aber auch, daß dieser Aufbruch gekrönt und vollendet wurde erst in dem Akt der Gesetzgebung. Schowuoth ist darum azereth, das Schlußfest von Pessach. Die Tafeln der Gesetzgebung sind mit Buchstaben beschrieben, Buchstaben von Feuer, die noch keine Flut ausgelöscht hat.
Wir hoffen, daß das »Wiedererwachen der Leidenschaft in der Politik«, daß der nationale Aufbruch des deutschen Volkes gekrönt wird von einer Gesetzgebung, die ihre Ermächtigung nicht nur von unten, sondern auch von oben her hat, von dem, dessen Namen anzurufen, auch die Führer des nationalen Aufbruchs nicht müde werden. Dr. Max Grünewald

Nr. 8
Israelitisches Gemeindeblatt 22. Juni 1933

Ein Wort an die Pfalz

In den von der jüdischen Gemeinde in Mannheim eingerichteten Sprechstunden erscheinen viele Rat- und Hilfesuchende aus der näheren und weiteren Umgebung von Mannheim. Die größte Zahl der auswärtigen Besucher stellt naturgemäß die Pfalz. Aus Gründen, auf die wir hier nicht eingehen, ist der Notstand in der Pfalz und die Hilfsbedürftigkeit ihrer jüdischen Bewohner besonders groß. Es bedarf nicht erst einer Erörterung, daß eine Gemeinde wie Mannheim heute Verpflichtungen hat, die über das Örtliche und über die Landesgrenzen hinausgehen. Die Not kennt keine Grenzen. Dies sei vorausgeschickt, um den Eindruck zu zerstören, als dächten wir daran, uns auf einen Ressortstandpunkt zurückzuziehen. Wir wünschen zu helfen, wir wünschten, mehr helfen zu können. Überdies ist es so, daß vor allem in der Palästina-Beratung Mannheim der gegebene Vorort für die benachbarten Gemeinden ist. Ist so der gute Wille klargestellt, so gibt es doch Grenzen, die einfach in der Leistungsfähigkeit liegen. Ein jeder von uns ist nach vielen Seiten hin engagiert. Jeder Einzelfall soll besonders berücksichtigt und überdacht werden. Es besteht die Gefahr, daß wir einfach nicht mehr nachkommen. Dazu kommt ein weiteres. Es gibt Menschen, die uns besuchen, deren Angelegenheit einen Aufschub nicht verträgt, Menschen, die sich in bitterster Not befinden. Dieser Not gilt es dann zunächst zu steuern. Für die Behebung eines unmittelbaren Notstandes, für die auf den Augenblick gehende Beratung können die Mannheimer Stellen nicht eingesetzt werden. Nun ist es schon früher so gewesen, daß sich in solchen Fällen Juden aus der Pfalz, besonders aus Ludwigshafen, an uns gewandt haben. Das liegt nahe, wie eben Mannheim nahe liegt. Wir haben den begründeten Eindruck, daß es schon früher in der Pfalz an einer sachkundigen Behandlung der Fürsorge gefehlt hat. Die ehrenamtliche Betätigung ist nur dann zu begrüßen, wenn sie sich mit

wirklicher Sachkunde paart. Die Kenntnisse sind durch den guten Willen, den wir niemandem absprechen, nicht zu ersetzen. Wir glauben auch, daß mancher Umweg und mancher Aufwand sich erübrigt hätte, wenn die elementarsten Kenntnisse auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege vorhanden gewesen wären. Es würde zu unserer eigenen Entlastung und zur Behebung vieler Mißstände dienen, wenn die Pfalz daran ginge, einen Vorort zu schaffen, in dem alle fürsorgerischen Maßnahmen zusammengefaßt werden und eine vorbereitende und vorbeugende wohlfahrtspflegerische Arbeit geleistet werden würde. Diese Stelle muß mit einer sachkundigen Persönlichkeit besetzt werden. Das ist die Voraussetzung für eine erträgliche Zusammenarbeit der Pfalz mit unserer Gemeinde. Wir können auf sie nicht verzichten. Aber auch die Juden in der Pfalz können darauf nicht verzichten. Wir können uns jeden Tag davon überzeugen, wie verlassen sie sich fühlen. Mindestens die seelische Sicherheit sollte man ihnen geben. Wir wiederholen noch einmal: Wir wollen uns keineswegs entziehen, und wir würdigen die Schwierigkeiten, mit denen die pfälzischen Gemeinden und der pfälzische Landesverband zu kämpfen haben. Aber gerade darum ist die Frage der Organisation von grundlegender Bedeutung. Wir hoffen, daß dieser Aufruf, der ein Notruf ist, bei den verantwortlichen Männern der Pfalz Beachtung findet. Es geht so nicht weiter. Dr. Max Grünewald

Nr. 9
Israelitisches Gemeindeblatt 28. Juli 1933

Neue Wege des Lehrhauses[4] in Mannheim

Das Lehrhaus unserer Gemeinde ist seit seiner Gründung zu einem bedeutsamen Sammelpunkt jüdischen geistigen Lebens in Mannheim geworden und hat damit seine ursprüngliche Bestimmung gewahrt. Schöpferische Kräfte haben hier den Boden ihrer Entfaltung gefunden, mögen die Anlässe Gedenkfeiern mit ihrer Wirkung jüdischer Selbsterneuerung oder eine programmatische Behandlung mehr oder minder dringlich erscheinender Zeitfragen oder gar neue künstlerische Deutungsformen für alte religiöse Feste gewesen sein. Immer aber brachte das Lehrhaus in dem Feinhörigen den Zeiger für den Stand seelischer Sorgen des geistigen jüdischen Menschen zum Ausschlag. Der stetige Ablauf der Zeit hält aber auch diesen Zeiger in steter Bewegung. Die deutsche Umwälzung in den Märztagen hat ihm einen heftigen Ruck versetzt, den wir heute noch stark verspüren. Noch zuckt der Zeiger in seine frühere Richtung zurück, und ein kleiner Kreis treuer Hörer lauscht in die Weisheit Koheleths hinein.

Aber Scharen anderer Menschen, welche früher den Darbietungen des Lehrhauses ferner standen, drängen in seine Räume hinein. Unser bisheriges Bemühen, auf Zeitforderungen Antwort zu geben, sieht sich vor völlig neue Aufgaben gestellt. Der deutsche Jude der Gegenwart sieht sich in Nöten, die von seiner Beengung aus über seinen bisherigen Lebenskreis weiter hinausweisen denn je. Die genügsam be-

[4] Zum Lehrhaus siehe Band I, S. 56 ff.

kanntgewordene notwendige Umschichtung fordert mehr als bisher vielseitige Betätigungsmöglichkeiten des Betroffenen. Klarer denn je wird hierfür als notwendige Grundlage in den Kreisen der Erwachsenen die Kenntnis fremder Sprachen empfunden. Da das Lehrhaus von jeher als eine Stätte jüdischer Erwachsenenbildung galt, so geht es auch jetzt darum, sich den Forderungen der Umgestaltung bzw. »Umbildung« zu erschließen. Wir nehmen sie wahr als eine fruchtbare Erweiterung unserer ursprünglichen Bestimmung.

Angesichts dieser Tatsache konnten wir uns entschließen, die sich immer mehr häufenden Wünsche nach französischen und englischen Sprachkursen als Belange unseres jüdischen Lehrhauses anzusprechen. Die Kurse stehen im Dienste des jüdischen Menschen. In jener Zeit, in welcher das Lehrhaus eine Vortragsreihe über die Lage der Juden in den verschiedenen Kulturländern veranstaltete, ahnte keiner, daß das Bedürfnis nach einer Fortsetzung der Behandlung dieser Frage in Form sprach- und kulturkundlicher Kurse die Ausmaße von heute beanspruchen werde. Es ist verständlich und beachtenswert zugleich, daß in einer Zeit, in welcher Juden häufiger und leichter Gelegenheit zur Selbstbesinnung finden können als früher, der Andrang zu den hebräischen Sprachkursen ungewöhnlich stark ist. Die Gesamtzahl der Kursteilnehmer beläuft sich bereits auf nahezu 600.

Mit dem Dienst am jüdischen Menschen wird auch das Ziel für die französischen und englischen Sprachkurse anders als in den üblichen Sprachkursen bestimmt. Gewiß bleibt die Sprachfertigkeit und noch mehr die Erziehung des Ohres zum Verständnis der Fremdsprache stets im Blickfeld der Kurstätigkeit, aber als Voraussetzung für die praktische Land- und Kulturkunde, für das Verstehen der religiösen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Juden, die ihnen ihr charakteristisches Gepräge in den fraglichen Ländern verleihen.

Unter diesem Gesichtspunkt wurden die Sprachkurse organisiert, unter diesem Gesichtspunkt stehen schon die Aufgabe der Unterkurse, den Grund zu den sprachlichen Fertigkeiten zu legen, die Aufgabe der Mittelkurse, einfachere Formen des praktischen Lebens und des Alltags zu verstehen und sprachlich zu beherrschen. Diesem Gesichtspunkt unterstehen schließlich die Oberkurse, welche die Arbeit der Mittelstufe organisch fortführen und eine umfassende kulturelle und wirtschaftliche Perspektive zur Geltung bringen.

Die Durchführung eines solchen Bildungsplanes setzt ein ebenso einheitliches Wollen wie Können der Lehrkräfte voraus. Diese Voraussetzung ist bereits in einem erfreulichen Maße geschaffen. Aus den Besprechungen der Kursleiter reifte der Wille zu einer Arbeitsgemeinschaft der Kursleiter, die sich einer einheitlichen Zielsetzung und Ausgestaltung der fremdsprachlichen Kurse zugänglich erwiesen. Dies bewährte sich bereits in der Regelung der Lehrbuchfrage und der entsprechenden Ergänzungslektüre.

Die neue Lage stellt an Einrichtungen der Gemeinde neue Ansprüche. Die Gemeindebücherei wird mit den Mitteln aus gütiger Spenderhand ihren Bestand um bedeutsame Werke jüdischer Schriftsteller der englischen und französischen Literatur wie Disraeli, Zangwill, Stern, Palliére, Flég, um jüdische Zeitschriften der betreffenden Länder, um Wandkarten und Pläne zu mehren haben. Mit diesem Punkt

ist die Frage nach der Deckung der Ausgaben aufgeworfen. Die Tatsache, daß außer zwei Räumen des Gemeindehauses ein Raum der Loge (Kurzschrift), ein Raum des Jugendheimes und drei Räume der Klausschule beansprucht werden müssen, fordert eine grundsätzliche Regelung der Bestreitung der Unkosten. Diese ist nur auf dem Wege der Erhebung einer Kursgebühr möglich. Die Leitung des Lehrhauses hat sich vorbehaltlich der Genehmigung des Kuratoriums dahin geeinigt, vom 1. September an für jeden Kurs eine monatliche Gebühr von 1,50 RM zu erheben. Arbeitslose und Bedürftige werden von der Entrichtung der Gebühren befreit.
Auf einer anderen Grundlage ist der sogenannte Schülerkursus (Unterstufe) gebildet worden. Diejenigen Schüler, welche mit dem Beginn dieses Schuljahres in die Sexta einer höheren Schule nicht aufgenommen wurden, werden hier streng schulmäßig in die französische Sprache eingeführt. Schüler, welche in einer höheren Schule Aufnahme gefunden haben, kommen für die Teilnahme an dem Schülerkursus des Lehrhauses nicht mehr in Frage, da dieser nicht dafür bestimmt ist, einen Ersatz für Privatstunden zu bieten. Schülerkurse für andere Fremdsprachen, soweit deren Erlernung für außerschulische Gebiete in Frage kommt, werden nur bei einer Mindestzahl von 10 Teilnehmern eingerichtet. – Der nunmehr eingesetzte Umschichtungs-Prozeß brachte es mit sich, in unserem Werk jüdischer Erwachsenenbildung die Sorge um die Ausbildung praktischer Fertigkeiten wie z. B. derjenigen in Kurzschrift und Maschinenschreiben wahrzunehmen. Die hierfür angesetzten Kurse erfreuen sich eines starken Zuspruchs.
Die Ferien für das Lehrhaus beginnen Freitag, den 4. August, und schließen Sonntag, den 3. September. Der Schülerkursus schließt bereits am Freitag, den 28. Juli, und beginnt am Montag, den 11. September.
Nach dem Verlauf der ersten Kurswoche (Erwachsene) werden nur in besonderen Ausnahmefällen noch neue Kursteilnehmer zugelassen.
Der folgende Plan legt nun davon Zeugnis ab, daß das jüdische Lehrhaus mit einem neuen Gesicht neue Wege wandelt, ohne den Ausgangspunkt zu vergessen, der auch das Ziel bedeutet: verantwortungsbewußt helfende Antwort auf die seelischen Nöte des jüdischen Menschen. Bg. [Billigheimer]

Nr. 10
Israelitisches Gemeindeblatt 22. November 1933

Vom Führungsprinzip

Es ist begreiflich, daß Verbände und Gemeinschaften im deutschen Judentum sich an dem orientieren, was um sie herum vorgeht; daß sie geneigt sind, sowohl die Maßstäbe der Kritik am Vergangenen, als auch die Grundlagen für einen neuen Aufbau der im heutigen Deutschland geübten Kritik und dem im heutigen Deutschland betätigten Aufbau zu entnehmen. Es wäre aber nichts falscher als in eine sklavische Nachahmung zu verfallen. Wenn z. B. der in unseren Reihen geübte Parlamentarismus auch uns streckenweise arbeitsunfähig gemacht hat und Schuld an so manchen Mißständen trägt, so heißt das noch nicht, daß im Führungsprinzip auch

für uns schon die Rettung beschlossen wäre. Es mag deshalb von Nutzen sein, einige Sätze aus der Schrift von Karl Barth »Theologische Existenz heute« anzuführen, in denen sich der Verfasser dieser Schrift mit dem Führungsprinzip auseinandersetzt. Es heißt darin: »Wirkliche Führung – man wird diesen Begriff von dem der Regierung oder Leitung doch wohl unterscheiden müssen – kann auf allen Gebieten, wo sie in Betracht kommt, sicher nur als Ereignis wirklich sein. Wenn der Mann da ist, der faktisch führt, dann ist er der Führer. Auch ich denke jetzt an Adolf Hitler ... Führer gibt es nur, wo Führung vollendete Tatsache ist.« Wenn Karl Barth sich also gegen das Führungsprinzip als Widersinn wendet, so hat er im Hinblick auf das heutige Deutschland noch nicht einmal recht. Denn die vielen Führerschaften, die es in ihm gibt, sind doch nur Führung in bezug auf den Mann, dessen Führerschaft nicht bestritten ist, der die gesamte Führung ausübt und sie zugleich symbolisiert, in dem also, um mit Barth zu sprechen, Führung Ereignis geworden ist. Die Inhaber dieser Führerschaften entleihen von ihm, und nur von ihm, das, was sie an tatsächlicher Gewalt haben. Anders ist es bei uns, die einen solchen Führer nicht haben. Hier ist wirklich, wie Karl Barth sagt, das Führungsprinzip barer Unsinn.

Man hat sich dem neuen Staat noch nicht dadurch anbequemt, daß man eine seiner Formen einfach übernimmt. Es kann leicht sein, daß das, was im deutschen Staate Ausdruck, und zwar notwendiger Ausdruck, seines jungen Gestaltungswillens ist und damit eben organisch wirkt, in der Übertragung auf uns mehr ein technischer Behelf und eine Sache der äußeren Anpassung ist. Wenn der eine oder andere Verband von uns sich das Führungsprinzip nun doch zu eigen macht, etwa aufgrund von beglaubigten soldatischen Traditionen, so liegt kein Anlaß vor, dieses Prinzip, dessen logische Stichhaltigkeit wir jetzt außer acht lassen wollen, auch auf andere Organisationen, z. B. auf die jüdischen Gemeinden, zu übertragen, deren Traditionen ganz anderer Art sind. Man würde damit vielleicht eine äußere Marschordnung erreichen, aber nicht den Geist der Truppe verwandeln. Viel wichtiger ist es und auch wohl angemessener, die Ansätze echter und wohlerworbener Führung zu pflegen als auf dem Wege der Nachahmung der Kette historischer Irrtümer innerhalb der jüdischen Gemeinschaft einen neuen Irrtum hinzuzufügen.

M[ax] G[rünewald]

Nr. 11
Israelitisches Gemeindeblatt 16. Juli 1934

Die Reichsvertretung der deutschen Juden gibt bekannt:

In Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der deutschen Juden und unter Zustimmung der Vertreter aller Organisationen hatte die Reichsvertretung der deutschen Juden an die verschiedenen jüdischen Gruppen die dringende Mahnung erlassen, in dieser ernsten Zeit den polemischen Richtungskampf einzustellen. Die verschiedenen Gruppen hatten dann auch – ohne damit irgend etwas von ihrer Eigenart aufzugeben – bis vor kurzem diese gegenseitige Bekämpfung unterlassen. In

letzter Zeit ist aber wieder bedauerlicher Streit ausgebrochen. Die Reichvertretung muß daher mit allem Nachdruck feststellen:
Vaterländische Gesinnung und Zuverlässigkeit und Hingabe an das deutsche Vaterland sind, ebenso wie jüdische Gesinnung und Treue gegen das Judentum, kein Sonderbesitz irgendwelcher Gruppen der deutschen Judenheit. Die Anhänger keiner Gruppe des deutschen Judentums haben es an vaterländischer Treue fehlen lassen. Keine Gruppe darf es für sich allein beanspruchen, die Gesamtaufgaben des deutschen Judentums zu vertreten. Dieses Recht kommt der Reichsvertretung der deutschen Juden zu. Sie weiß es zu wahren und auszuüben. Baeck

Nr. 12
Israelitisches Gemeindeblatt 4. April 1933

Aufruf an die deutschen Juden!

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hat in diesen Tagen einige Erklärungen veröffentlicht, die aus vaterländischen Gründen und im Interesse der deutschen Juden notwendig waren. Wir sprechen die Bitte an die deutschen Juden aus, Disziplin zu bewahren, keine aus Unkenntnis der Situation und aus Unüberlegtheit erfolgenden Schritte zu tun. Im Interesse Deutschlands, der deutschen Juden und der deutschen Wirtschaft bitten wir, alle persönlichen Beziehungen ins Ausland wirtschaftlicher oder sonstiger Art dazu zu benutzen, um unwahre und übertreibende Berichte über die Zustände in Deutschland nach Möglichkeit zu verhindern und zu widerlegen.
Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten tut, ebenso wie andere Verbände, alles was in seinen Kräften steht für die Erhaltung der Rechte der deutschen Juden im deutschen Vaterland, für das wir unser Leben eingesetzt haben.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Bundesleitung

Nr. 13
Israelitisches Gemeindeblatt 22. Juni 1933

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Mitteilungen

Alle in Mannheim wohnenden Israeliten, welche an den Kämpfen im Baltikum, in Oberschlesien, gegen Spartakisten und Separatisten sowie gegen die Feinde der nationalen Erhebung teilgenommen, insbesondere auch einer Einwohnerwehr angehört haben, wollen sich raschmöglichst zwecks Feststellung bei Kamerad Dr. Karl Hauser, Augusta-Anlage 7, unter Angabe, welche der obigen Bedingungen zutrifft und welche Papiere hierüber vorhanden sind, schriftlich melden, und zwar Mitglieder und Nichtmitglieder.
Der Nationalsozialistische Reichsverband deutscher Kriegsopfer ist mit dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten übereingekommen, daß wir die israelitischen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen künftighin in eine besondere Gruppe für

Kriegsbeschädigte in unserem Bunde beitragsfrei aufnehmen, während der Nationalsozialistische Reichsverband deutscher Kriegsopfer deren Beratung und Unterstützung vornimmt. Alle israelitischen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beiderlei Geschlechts in Mannheim wollen sich schriftlich bei Dr. Friedrich Glaser, Rheinvillenstraße 2, anmelden, gleichviel, ob schon bisher Mitglied bei uns oder beim Reichsverband oder nicht, mit Angabe, ob kriegsbeschädigter Frontsoldat oder Kriegerhinterbliebener, welchen Verwandtschaftsverhältnisses zum Gefallenen und der bisherigen Bundeszugehörigkeit. Kriegsbeschädigte Frontsoldaten werden gleichzeitig beitragsfreie ordentliche Mitglieder unseres Bundes.

Alle israelitischen Frauen in Mannheim, welche im Kriege

a) in der Verwundetenpflege
b) im Bahnhofsdienst
c) im Dienst der nationalen Frauengemeinschaft

tätig waren, werden gebeten, sich bei Frau Vogel, S 6, 22, schriftlich zu melden, und dabei anzugeben, ob sie als Lazarettschwestern, als Angehörige des Roten Kreuzes oder im Vaterländischen Frauenverein tätig waren und ob sie mit der Roten-Kreuz-Medaille oder dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichnet waren.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Ortsgruppe Mannheim E. V.

Besitzurkunde

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers verleihe ich

dem Unteroffizier (Bergsteiger) Julius Jacob Appel.

der 6. Batterie Landwehr Feldartillerie Regiment № 15

geboren am 26. Januar 1881. zu Homberg.

das durch Allerhöchste Kabinetts Ordre vom 3. März 1918 gestiftete

Abzeichen für Verwundete
in schwarz.

Im Felde, den 27. August 1918.

Landwehr Feldartillerie Regiment № 15

Oberstleutnant & Regiments-Kommandeur.

Im Namen des Führers und Reichskanzlers

Dem

Jakob Julius A p p e l

Justizrat in M a n n h e i m

ist auf Grund der Verordnung vom 13. Juli 1934 zur Erinnerung an den Weltkrieg 1914/1918 das von dem Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg gestiftete

Ehrenkreuz für Frontkämpfer

verliehen worden.

Mannheim, den 19. Oktober 1934.

Nr. A 211 /34

Der Polizeipräsident

Absender: Appel Mannheim

Wohnort; auch Zustell- oder Leitpostamt

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk od. Postschließfachnummer

Postkarte

Am, den

6 6 Deutsches Reich

Schutzhaftjuden J. Appel

geb. 26. 6. 1881.

Dachau

Block 12 Stube 2

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer

Über Wesen und Wirken des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten bestehen zur Zeit Mißverständnisse, die zu klären mit den nachfolgenden Ausführungen versucht werden soll.

Der R. j. F. war seit seiner Gründung jeder Zeit bestrebt, den Grundsatz außer- und innerpolitischer Neutralität streng zu wahren. Ob ihm dies stets gelungen ist, besonders in den letzten Monaten ernster Schwierigkeiten, kann und soll hier nicht entschieden werden. Wo der R. j. F. den Boden gewissenhafter Neutralität verlassen haben sollte, mag die Zuspitzung der äußeren Verhältnisse, die zur Kritik herausfordernden Vorkommnisse verstehen lassen.

Die hiesige Ortsgruppe war stets bemüht, im innerjüdisch-politischen Leben die Neutralität zu wahren. Der Begriff »Neutralität« bringt allerdings oft die Zwangslage mit sich, nicht allen in gleichem Maße gerecht werden zu können. Zu sehr weichen die in unserer jüdischen Gemeinschaft drängenden Lebensauffassungen und Parteiprogramme voneinander ab. Der R. j. F. läßt jedem Kameraden die Freiheit seiner jüdisch-politischen Überzeugung, duldet aber nicht, daß in seinem Kreise inner-jüdische Kämpfe ausgetragen werden.

Wo der R. j. F. jüdische Belange nach außen hin zu vertreten hat, weil er in dem betreffenden Falle als der geeignete Dolmetscher erscheint, spricht er nur als Vertreter der jüdischen Gesamtheit. Nur als Mittler fühlt sich der R. j. F., als Mittler von Auffassungen, die als das Ergebnis ernster Aussprachen mit angesehenen Persönlichkeiten des jüdischen Gemeindelebens gelten können. Seine Eignung hierzu für eine begrenzte Anzahl von Fällen beruht auf der allgemein politischen Bewertung des Frontkämpfertums.

Mit anderen jüdischen Organisationen um die Führung streiten, liegt dem R. j. F. fern. Er ist zur Stelle, wenn man ihn braucht: er steht dem einzelnen und der Gemeinschaft jederzeit zur Verfügung.

Die politischen Vorgänge der letzten Monate haben viele Anmeldungen in unserer Ortsgruppe bewirkt. So aufrichtig wir uns über den Zugang so zahlreicher neuer Kameraden freuen, so sehr halten wir es für selbstverständlich, daß diese Neuanmeldungen nicht aus der Vorstellung heraus erfolgt sind, daß die persönlichen Interessen beim R. j. F. besser geschützt würden. Der R. j. F. lehnt solche Gedankengänge ab; sie widersprechen seiner Auffassung von der Haftung für die gesamte jüdische Gemeinschaft.

Wenn der R. j. F. auf dem Gebiete der Sportbewegung sich der aus den paritätischen Verbänden Ausgeschlossenen und ganz besonders der Jugend anzunehmen bestrebt ist, so geschieht dies nicht aus irgendeiner grundsätzlichen Ablehnung bereits bestehender jüdischer Sportorganisationen, sondern in der Annahme, daß es dem R. j. F. vielleicht eher gelingen wird, äußere Schwierigkeiten zu überwinden.

Zum Schlusse eine ernste Verwahrung: Man ist leicht geneigt, das Verhalten des R. j. F. daraufhin zu prüfen, ob bei den Beziehungen zu der nichtjüdischen Umwelt die Ehre und Würde des aufrechten Juden stets gewahrt wird. Mag das, was der

R. j. F. tut oder zu tun unterläßt, strenger Kritik unterzogen werden; in Fragen des Taktes und Ehrgefühles sei man mit seinem Urteil zurückhaltend.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Ortsgruppe Mannheim

Nr. 15

a) Schreiben des Mannheimer Gymnasialprofessors M. Morgenthal an seinen Kinderarzt Dr. W. H. vom 21. Juni 1931[5] *(Oberschulamt Nordbaden, Personalakten Morgenthal)*

Sehr geehrter Herr Doktor!

Es wäre gewiß klüger, wenn ich diesen Brief nicht schriebe, sondern stillschweigend den Schritt täte, von dem ich Sie hiermit in Kenntnis setzen möchte. Aber aus Gründen menschlicher und politischer Sauberkeit will ich ganz offen sein.

Sie haben heute zu der Tagung der Nationalsozialisten eine schwarz-weiß-rote Fahne ausgehängt. Das ist Ihr gutes Recht und zeigt, daß Sie sich nicht scheuen, Farbe zu bekennen. Ich glaube, in politischen Dingen Andersdenkenden gegenüber immer tolerant gewesen zu sein und hätte z. B. nie daran Anstoß genommen, wenn Sie an Tagen, die ich nicht feiere, die Fahne, die nicht meiner politischen Anschauung entspricht, hissen. Hier handelt es sich aber um etwas ganz anderes. Damit, daß Sie heute geflaggt haben, zeigen Sie offen Ihre Symphatie mit den Nationalsozialisten und damit negieren Sie meine bürgerliche Existenz. Mir als Juden verbietet es, wie Sie zugeben werden, die primitive Selbstachtung, weiterhin die Hilfe eines Arztes, der sich mit dem Nationalsozialismus identifiziert, in Anspruch zu nehmen. Auch durch den üblichen, mir nur zu gut bekannten Einwand, daß diese Gesinnung sich nicht gegen den einzelnen richten müsse, kann diese Auffassung nicht berührt werden.

Ich lege Wert darauf zu betonen, daß ich es sachlich und menschlich außerordentlich bedauere, mich zu diesem Schritt gezwungen zu sehen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener Morgenthal

b) Schreiben des Beauftragten des Sonderkommissars für das Arztwesen Dr. W. H. an den Ministerialrat Prof. K., Referent im Ministerium des Kultus und Unterrichts Karlsruhe, vom 26. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Ministerialrat!

Prof. Dr. O. U. hat in der Angelegenheit des Prof. Morgenthal mir gegenüber eine Vermittlung angebahnt. In meiner Antwort schrieb ich: »Gegen den Prof. Morgenthal habe ich persönlich gar keine Animosität, im Gegenteil ich halte ihn deswegen, daß er den Mut zu diesem Schriftstück gefunden hat (der bewußte bei Ihnen vor-

[5] Siehe Band I, S. 48 f.

liegende Brief vom 21. Juni 1931) charakterlich höher stehend als seine sämtlichen anderen Rassegenossen, die bis auf einen ebenfalls alle weggeblieben sind. – Wenn er zu mir kommen will, habe ich nichts dagegen, aber ihn extra dazu aufzufordern, habe ich keine Veranlassung.«

Nun ist Herr Prof. Morgenthal gestern bei mir gewesen und hat mir seine damalige Stellung entwickelt, die sich ungefähr mit dem deckt, was in beiliegendem Briefe von ihm vermerkt ist.

Er machte hier einen total entwurzelten und gebrochenen Eindruck, verurteilte hier schärfstens die Greuelpropaganda der Auslandsjuden, gegen die er aber wegen mangelnder Auslandsbeziehungen nichts machen könne und sah nur den völligen Zusammenbruch seiner wirtschaftlichen Existenz, an welcher auch noch diejenige seiner Geschwister und der Familie seiner Frau hänge, vor Augen.

Ich persönlich habe keinerlei Interesse, gerade diesen einzelnen Juden gänzlich wirtschaftlich zu erledigen, und, völkisch betrachtet, kommt diese Familie, die nur ein einziges jetzt etwa 8jähriges Mädchen besitzt, für die Zukunft nicht allzu sehr in Betracht. Wirtschaftlich könnte es bei Entwurzelung der Familie eintreten, daß sie hier in Deutschland noch unterstützt werden müßte.

Hiermit hätte ich meine Stellungnahme in der Angelegenheit Morgenthal umrissen und zeichne Mit deutschem Gruß Heil Hitler! Dr. W. H.

Nr. 16

Schreiben der C. V. Jugend Mannheim im Bund deutsch-jüd. Jugend – Ludwig-Tietz-Gruppe – an Professor Dr. Martin Buber vom 15. November 1934 (Nachlaß Martin Buber, Jerusalem, Nationalbibliothek)

Werter Herr Buber!

Wir wollen unseren Jüngeren und Mittleren einen jüdischen Weg in Deutschland zeigen. Aber mit den Menschen, die diesen Weg vorgehen sollen, ist es schlecht bestellt. Die meisten Führer unserer Gruppe haben in ihrem bisherigen Leben sich wenig um die jüdische Vergangenheit und um jüdisches Schrifttum bemüht.

Die Heimabende unserer Älteren – und Mittleren – Gruppen sollen die Menschen in jüdische Geschichte und Brauchtum einführen, und sie zum Selbstlernen anleiten. Als Material für diese Heimabende dienen uns die Übersetzungen der 5 Bücher Moses, die vielen neu erschienenen Geschichtsbücher sowie zu großem Teil Ihre werten Schriften. Ihre verehrten Übersetzungen Bücher und Reden sprechen eine solch anschauliche Sprache, daß wir alle den Wunsch haben, Ihnen einmal gegenüber sitzen zu können, um aus Ihrem Munde noch mehr und impulsiver Judentum in uns aufnehmen zu können.

Unsere Älterenschaft möchte Sie gern besuchen; haben Sie bitte die Freundlichkeit, uns Nachricht zukommen zu lassen, wann und wo wir Sie besuchen können, und ob dies bei Ihrer starken Inanspruchnahme überhaupt möglich ist.

Wir alle danken Ihnen im voraus für Ihre werte Antwort.

Adresse: Julius Keller, Mhm, B 6.10. Frieden! Julius Keller

Nr. 17

Auszug aus einer Hochzeitsrede gehalten im Jahre 1936 [?]
(Stadtarchiv Mannheim 16/67–30)

Nun zu Euch, mein lieber Herbert und l[iebe] Familie J.
Du, mein l[ieber] Herbert, entstammst einer Familie, die sowohl familiäre als auch berufliche Tradition aufzuweisen hat.
Du, l[iebe] Tenzi, und l[ieber] Wilhelm haben für die Erziehung, Lehre und Ausbildung keine Opfer gescheut.
Fünf Jahre, l[ieber] Herbert, konntest Du in Amerika verbringen, die nicht nur für Deine berufliche Vervollständigung, sondern auch für die Ausdehnung des Betriebes selbst nutzbringend gewesen sind.
Noch vor 2½ Jahren hatte die Familie das seltene Glück, das 75jährige Geschäftsjubiläum des von Deinem sel. Großvater gegründeten Betriebes zu feiern.
Die Firma J. dominierend in ihrem Fach, hat sich mit der bekannten Marke P. einen Weltruf erworben und zwar unter Deiner bewährten Leitung, mein l[ieber] Wilhelm. Uns Juden wird immer und immer wieder gerade in der Jetztzeit der Vorwurf gemacht, wir seien an dem handwerklichen Beruf vollständig desinteressiert. Hier aber kann die Firma J. den schlagenden Gegenbeweis liefern. Geht man durch die Fabrikräume und Werkstätten, so hat man das zweifelsfreie Bewußtsein, daß das, was hier an künstlerischem Schaffen geleistet wird, einzig dasteht.
Nun hat Dein l[ieber] Vater die Leitung dieses Betriebes neben sich auch der dritten Generation und damit Dir übertragen. Dafür bist Du Deinem Vater, l[ieber] Herbert, zu großem Dank verpflichtet; denn wieviel junge Leute verfügen noch über eine ähnliche Existenzmöglichkeit.
Viele unter uns Juden vertreten die Ansicht, wegen all den Bedrückungen und Demütigungen um jeden Preis das Land zu verlassen. Ich aber stehe auf gegenteiligem Standpunkt. Es hieße in diesem Fall, nicht das sinkende Schiff zu verlassen, sondern das noch fahrende Schiff selbst in den Meeresgrund versenken.
Nun liegt es an Euch, meine l[ieben] Kinder, diese traditionelle Überlieferung so weiterzuführen, daß sie nicht nur erhalten bleibt, sondern noch weiter ausgebaut wird.
Und wenn Dein begonnenes Werk, mein l[ieber] Herbert, nicht durch höhere Gewalt zerstört wird, zweifle ich keinen Augenblick an dem Gelingen; dank Deiner gesammelten Erfahrungen, Fleiß, Fähigkeiten und künstlerischem Geschmack, mein l[ieber] Herbert.
Macht Euch, mein l[iebes] Brautpaar, die Worte jenes großen Dichters zu eigen: Was du ererbst von deinen Vätern, besitze es, um es zu behalten.
Nun unternehmt Ihr, meine l[ieben] Kinder, die schöne und interessante Reise nach Amerika. Ich wünsche Euch gute Fahrt und besten Erfolg, aber nicht nur dafür, sondern auf allen Euren ferneren Lebenswegen zu Eurem und damit auch zu unserem Glück und Freude.

Nr. 18

Israelitisches Gemeindeblatt 23. September 1936 – Auszug –

Einweihung des neuen Heims des Liederkranz –
Jüdischer Kulturbund Mannheim

... Die Einweihung des dicht besetzten großen Saales[6], zu der u. a. die Rabbiner Dr. Grünewald, Dr. Geis und Dr. Lauer erschienen waren, erfolgte in ebenso schlichter wie würdiger Weise. Nachdem zunächst das Orchester der Instrumentalgemeinschaft unter der temperamentvollen Leitung von Kapellmeister Sinzheimer zwei Sätze aus dem interessanten, persönlichkeitsstarken Concerto grosso von Ernest Bloch wirksam zu Gehör gebracht hatte, nahm der 1. Vorsitzende des »Liederkranz«, Rechtsanwalt Dr. Hecht, das Wort. Als unsere Vorfahren vor zwei Menschenaltern das Heim des »Liederkranz« in F 5, 4 bauten, dachten sie nicht daran, daß ihre Enkel einst von diesem Hause Abschied nehmen müßten. In vollem Verständnis für das großzügige Projekt des Plankendurchbruchs habe man das Anwesen an die Stadt abgegeben, und es dann nicht ohne Wehmut der Spitzhacke zum Opfer fallen sehen. 1934 gelang es uns, dies Haus in O 2, 16 zu erwerben, das nun unter der umsichtigen, bewährten Leitung von Architekt Lehmann und mit einem Stab tüchtiger Handwerker zu diesem Heim umgestaltet wurde. Man habe sich dabei mit Sparsamkeit auf das Nötigste beschränkt. Die Wirtschaftsräume unten stehen allen Mitgliedern unserer Gemeinde wie jenen von Ludwigshafen und unserer Umgebung offen, und man habe zu dem Ökonomen Arthur Schloss das Vertrauen, daß er unsere Gäste gut versorgt. Im dritten Stock befindet sich der Probesaal für Chor und Orchester, um die durch acht Jahrzehnte gewahrte Idee der Pflege der Kunst fortzusetzen. Der Festsaal, der heute ein so zahlreiches Publikum sehe, werde der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht sein. Wie man die musikalischen Aufgaben des Kulturbundes verantwortungsbewußt vertrete, so werden auch kleine Theateraufführungen hier stattfinden. Der Redner dankt dann dem Synagogenrat für sein verständnisvolles Entgegenkommen in der Zwischenzeit, wodurch würdige und erhebende musikalische Aufführungen in der Hauptsynagoge möglich waren. Wenn auch der Liederkranz von je enge Beziehungen zur Gemeinde hatte, so habe man diese noch fester eingebaut, indem man in den Satzungen verankerte, daß der jeweilige Vorsitzende des Synagogenrates Mitglied unseres Vorstandes ist ...

Nach dieser, von starkem Beifall gefolgten Ansprache klang der 23. Psalm »Der Herr ist mein Hirte« von Heinrich Schütz durch den gemischten Chor des »Liederkranz« unter Herrn Sinzheimer in seiner ganzen melodischen Schöne auf, wobei man die erfreulich gute Akustik des neuen Saales konstatieren konnte ...

---

[6] Er faßte ca. 500 Personen.

Nr. 19

Neue Mannheimer Zeitung 26. Oktober 1931 – Auszug –

Das Israelitische Altersheim wird durch die Vertreter der Behörden besichtigt

Wer von der Friedrich-Ebert-Brücke aus die Collinistraße durchschreitet, wird bald hinter dem Theresien-Krankenhaus auf einen Gebäudekomplex aufmerksam werden, der sich trotz seiner Ausmaße sehr harmonisch in das Villenviertel einfügt. Es ist das Israelitische Altersheim, das von der Mannheimer israelitischen Gemeinde mit rühmenswertem Geschmack und vorbildlicher Fürsorge für ihre bejahrten Gemeindeangehörigen errichtet wurde. Am 1. April sind die ersten Insassen eingezogen. Von der damals geplanten Eröffnungsfeier mußte Abstand genommen werden. An ihre Stelle trat eine Besichtigung, zu der der Synagogenrat auf Sonntagvormittag die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden geladen hatte. Erschienen waren u. a. Landeskommissär Dr. Scheffelmeier, Polizeidirektor Dr. Bader, Regierungsrat Müller, Kreisratsvorsitzender Elbs, die Bürgermeister Böttger und Büchner, Stadtrat Dr. Jeselsohn, die Beigeordneten Zizler und Löb, die Rabbiner Dr. Oppenheim und Dr. Grünewald, Prof. Dr. Moses, der Vorsitzende des Synagogenrats, mit den Mitgliedern, R.-A. Dr. Hecht, der Vorsitzende des Gesangvereins Liederkranz, Dr. Benno Weil, Direktor Schorsch, mehrere Damen, u. a. Frau Bürgermeister Walli und Frau Jüdel, und der Schöpfer des Baues, Regierungsbaumeister Nathan-Frankfurt.

Professor Dr. Moses hieß in dem schmucken Speisesaal die Erschienenen im Namen der israelitischen Gemeinde herzlich willkommen. Die Geschichte des Heims, so führte er u. a. aus, spiegele das ganze Geschehen unserer Zeit wider. Am Anfang stand der Entschluß einiger Männer, auf dem Wege freiwilliger Spenden ein neues Krankenhaus zu errichten. Am Ende steht das Altersheim. Dazwischen liegen Kriegs- und Nachkriegszeit, die mehr, als der Außenstehende ahnt, auch in der israelitischen Gemeinde ihre vernichtenden Spuren hinterlassen haben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch den kostspieligen Plan der Errichtung eines Krankenhauses vereitelt.

Als ganz eigenartiges Problem der Nachkriegszeit drängte sich die Altersfürsorge in den Vordergrund. Es galt, für die unter familiärer Vereinsamung leidenden Alten eine von Sonne durchwärmte Stätte zu schaffen. Die israelitische Gemeinde hat diese Aufgabe mit großen Opfern in Angriff genommen, unterstützt durch die israelitischen Religionsgemeinschaften des Landes und ihrer Organe, den Oberrat und die Synode, ideell gefördert durch viele Beweise des Wohlwollens der staatlichen und städtischen Behörden.

Am 1. April sind die ersten Insassen eingezogen. Es war damals geplant, zu einer Einweihungsfeier einzuladen. Programme und Einladungen waren schon fertig. Mißhelligkeiten, die aus unserer Zeit heraus zu erklären sind, haben die feierliche Übergabe des Heimes verzögert, das ein Symbol für die Verbundenheit mit der allgemeinen und besonders der städtischen sozialen Fürsorge darstellen soll. Gestaltung und Lage des Hauses, das in seinem künstlerisch vornehmen Ebenmaß in eine schöne Wohngegend hineingestellt wurde, deuten schon äußerlich darauf hin. Der

Redner schloß seine warmherzigen Ausführungen mit dem Dichterwort: »Freude diese Statt bedeute!«
Regierungsbaumeister Nathan-Frankfurt nahm einen schriftstellerischen Ausspruch für seine hervorragende architektonische Schöpfung für sich in Anspruch: Ein ganz kleiner Funke Inspiration und der größte Teil Transpiration. Der Redner hob alsdann einige Einzelheiten der Baugestaltung hervor, wobei er betonte, daß er einen Bauplatz vorgefunden habe, wie er wohl noch nie für ein Altersheim gewählt worden sei, weil er einen besonderen Reichtum an Garten- und Freiflächen bot und weil seine Aufteilung wegen der Lage zur höheren, von Osten nach Westen gerichteten Straße und der Richtung nach der Sonne große Schwierigkeiten bereitete. Er habe deshalb die eigentlichen Insassenräume auf Straßenhöhe gelegt und um 3 Meter tiefer auf Gartenhöhe die Gesellschaftsräume, zu denen der Speisesaal, der auch feierlichen Anlässen und Gottesdiensten dient, Spiel- und Schreibzimmer usw. gehören. Infolge der Orientierung des Grundstückes von Osten nach Westen wurde die Vorderfront nach Süden gerichtet. Außerdem wurden zur Auflockerung des Kubus ein Ost- und Westflügel vorgeschoben, die nach beiden Seiten Sonne haben. Hier befinden sich auch die Haupträume der Insassen, während der Mittelbau auf der Südseite für den restlichen Teil verwendet wurde. Die Nordseite mit dem Gartengeschoß enthält die Gesellschaftsräume, die infolge ihrer Lage im Sommer sehr kühl sind. Im Innern sah der Redner seine Aufgabe darin, keine Anstalt zu schaffen, sondern ein Aneinanderreihen von Einzimmerwohnungen. In das Heim werden Herren und Damen, Ehepaare und Geschwister aufgenommen, die aus wirtschaftlichen und sonstigen Gründen ihre bisherige Wohnung nicht mehr beibehalten können. Es ist das erste Gemeinschaftshaus der Mannheimer israelitischen Gemeinde. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, in der auch Deutschland derartige Häuser nach amerikanischem Muster erhält.

Nr. 20
Schreiben von Frau Sara Lewinski, Tel Aviv, an das Stadtarchiv Mannheim vom 10. Mai 1967 (Stadtarchiv Mannheim D 9–3 L)

Bestätige dankend den Erhalt Ihres Schreibens vom 4. April, dessen Beantwortung sich verzögerte durch unsere Feiertage. Ich hoffe, Ihnen mit Nachstehendem dienen zu können, Orginalmaterial aus den Verfolgungsjahren besitze ich leider nicht mehr.
Das Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde Mannheim stand ursprünglich in E 5,9. Im Jahre 1934/35 bekam die jüdische Gemeinde von der N. S. D. A. P. die Auflage, das Krankenhaus zu räumen, da dieser Platz gebraucht wurde für die Errichtung des Parteihauses, das heutige Mannheimer Rathaus.
Die jüdische Gemeinde war und wurde gezwungen, ein neues Krankenhaus zu beschaffen. Sie entschloß sich, das im Jahre 1928 erbaute Altersheim zu teilen und es halb als Krankenhaus, halb als Altersheim zu belassen. Es wurden angebaut zwei Operationssäle mit den dazugehörigen Nebenräumen und eine Röntgenabteilung.

Ferner wurde eine Wöchnerinnenabteilung eingerichtet, da jüdische Wöchnerinnen in keinem arischen Krankenhaus mehr aufgenommen wurden[7]. Krankenhaus und Altersheim enthielten je 50 Betten.
Der jüdischen Gemeinde standen zur Erhaltung der beiden Häuser Steuerbeträge zur Verfügung, die die Gemeindemitglieder entrichteten, parallel zu ihren allgemeinen Steuern.
Der Umbau des Altersheimes wurde mit Hilfe des Badischen Oberrates Karlsruhe vollzogen, denn das Krankenhaus mußte für ganz Baden zur Verfügung stehen. Es gab von Würzburg bis Gailingen kein jüdisches Krankenhaus, und jüdische Patienten wurden in arischen Krankenhäusern kaum mehr aufgenommen.
Da das jüdische Krankenhaus streng rituell geführt wurde, waren wir gezwungen, uns Fleisch und derartiges aus dem Auslande zu besorgen, was immer schwerer wurde. Gemeindemitglieder, die schon ausgewandert waren, halfen uns dabei in vorbildlicher Weise.
Nach der Kristallnacht wurde auch die Belieferung anderer Lebensmittel sehr erschwert, so mußte uns unser Brot- und Mehllieferant heimlich beliefern, damit wir ausreichend Brot, das Notwendigste für Patienten und Personal hatten. Unser arisches Personal mußte aufhören, bei uns zu arbeiten, aber die außergewöhnliche Frau, unsere Oberin Pauline Maier[8], verstand es, mit zum Teil ungeschultem Personal, das Krankenhaus so aufrechtzuerhalten, daß die Patienten gut und sorgfältig betreut waren.
Nach der Kristallnacht, Nov[ember] 1938, hatten wir 350 Flüchtlinge aus der Pfalz in unserem Krankenhaus, für die ca. 10 Tage gesorgt werden mußte. Wir schlossen Operationsräume und Waschküchentrakt und schafften auf diese Weise Platz zur Unterbringung.
Die Stadt Mannheim griff nach 10 Tagen ein und verwies die jüdischen Flüchtlinge aus der Pfalz zurück, so daß das Krankenhaus wieder seiner Bestimmung zugeführt werden konnte.
Das Krankenhaus wurde nach einiger Zeit von der Partei beschlagnahmt, und Kranke und Alte wurden in das Haus B 7, das Elternhaus von Bankier Würzweiler, der es der jüdischen Gemeinde geschenkt hat, überführt, bis zur Überführung der Mannheimer Juden nach Gurs[9].
Über die Haushaltgestaltung der jüdischen Gemeinde nach 1933 kann ich Ihnen keine grundlegende Auskunft geben, hingegen überreiche [ich] Ihnen anbei die Adresse von Herrn Otto Noether, früher Mannheim. Er war Synagogenrat und maßgebend tätig in der Haushaltplanung der jüdischen Gemeinde. Er ist sicher bereit, Auskunft zu geben, soweit es ihm noch möglich ist. Originalmaterial aus der Zeit der Verfolgung steht mir leider nicht mehr zur Verfügung.

---

[7] Siehe Band I, S. 63.
[8] Pauline Maier vermachte vor ihrer Deportation ihre persönliche Habe den »arischen« Helferinnen des Krankenhauses (vgl. Nr. 43 und Nr. 83).
[9] Zur Beschlagnahme des Krankenhauses siehe Band I, S. 64.

Nr. 21

Bericht von Dr. Kurt Weigert vom April 1965
(Stadtarchiv Mannheim D 9–5 W)

Meinem von Ihnen erbetenen Bericht über die Mannheimer Juden 1933 bis 1945 halte ich es für nötig, einige Zeilen über mich und meine Möglichkeiten zur Dokumentation vorauszuschicken.

Im Juni 1881 wurde ich in Stettin als Kind jüdischer Eltern geboren. Einige Jahre danach legte der Oberlandesgerichtspräsident meinem Vater, damals Amtsrichter, nahe, Christ zu werden. Er habe dann Aussicht, zum Oberlandesgerichtsrat befördert zu werden. Mein Vater lehnte diesen Vorschlag ab, entschloß sich aber, seinen Kindern Gewissenskonflikte zu ersparen, wie er sie durchgemacht hatte. So wurden mein Bruder und ich als Kleinkinder getauft.

Nach dem Abitur 1899 studierte ich Medizin und erhielt im Februar 1904 die Approbation als Arzt. Nach vieljähriger Assistentenzeit an Universitätsinstituten und an größeren Krankenhäusern und 15 Monaten als Schiffsarzt ließ ich mich 1913 als praktischer Arzt in Sonthofen/Allgäu nieder, da die Gemeinde den Bau eines modernen Krankenhauses plante. Ich leitete zuerst das alte Distriktsspital mit Operationsgelegenheit, nach Eröffnung des neuen Krankenhauses auch dieses. Ich war beruflich gut beansprucht. Meine Praxis erstreckte sich auch ins nahe Tirol und das Vorarlberger Kleinwalsertal.

1933 wurde ich nicht behelligt. Meine jüdische Abkunft war wenig bekannt, wenn auch die Gemeindeverwaltung den Geburtsnamen meiner Mutter (Levysohn) wußte. Vom Boykott am 1. April 33 spürte ich nichts. Der Kreisleiter, ein Arzt, der mir oft bei Operationen assistiert hatte, deckte mich in meiner Stellung. Erst 1935 erklärte er, nicht mehr dazu imstande zu sein. Die Krankenhausleitung wurde mir zum 1. August 35 gekündigt. Ich blieb aber als prakt. Arzt weiter in Sonthofen tätig, bis meine Approbation nach der Vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 1. Oktober 1938 erlosch.

Meine Frau und ich erwogen auszuwandern und bereiteten uns darauf vor. Unsere drei Kinder waren inzwischen nach bestandenen Abiturprüfungen zur weiteren Ausbildung, ermöglicht durch Opfersinn befreundeter Holländerinnen, ins Ausland gegangen, wo sie hängen geblieben sind. Bei der »Kristallnacht« 1938 blieben wir wieder verschont. 1939 suchte das Israelitische Krankenhaus Mannheim einen Chirurgen als Nachfolger des nach Frankfurt berufenen Prof. Dr. Weil. Zwar war ich weder Glaubensjude, wie es die jüdische Gemeinde gern gesehen hätte, noch Facharzt. Doch der frühere Kinderarzt Dr. Neter, damals Leiter der Gemeinde, und Dr. Fuchs, Priv.-Doz. und ärztlicher Leiter des Krankenhauses, übertrugen mir den Posten. Der Reichsminister des Innern gestattete mir die »ärztliche Behandlung ausschließlich von Juden«. Ende Juli 1939 trat ich die Stelle an. In privilegierter Mischehe lebend waren wir in der Wohnungswahl nicht beschränkt. Wir mieteten eine uns zusagende Wohnung, Sofienstraße 10, Ecke Mollstraße, in der wir trotz erheblicher Kriegsschäden blieben, bis wir Mannheim im November 1945 verließen. Alle anderen sieben Mannheimer Wohnungen, in die zu ziehen wir erwogen hatten, waren bei Kriegsende zerstört.

Nach der Judenvertreibung 1940 nahmen wir das Hausmeisterehepaar Spiro, das durch die Verschleppung von Dr. Mann seine Bleibe verloren hatte, in unsere Wohnung auf, etwa ein Jahr später statt dessen den späteren Oberbürgermeister Dr. Cahn-Garnier und seine Gattin.
Nach ihrem Einzuge am Gründonnerstag 1945 erlaubten mir die USA-Army-Stellen, sofort wieder uneingeschränkt ärztlich tätig zu sein. Da nur noch ganz wenige Ärzte in Mannheim zurückgeblieben waren (die Gesamteinwohnerzahl soll von etwa 283 000 auf etwa 24 000 zurückgegangen sein), hatte ich sogleich reichlich zu tun, oft unter Schwierigkeiten, da die Patienten vielfach in Kellern von Ruinen wie Nomaden hausten. Im Sommer 1945 erreichten mich – die Post arbeitete noch nicht – Bitten aus Sonthofen, auf meinen alten Posten zurückzukehren. Doch erst anfangs November konnte ich hinfahren und verhandeln. Am 25. November 1945 verließen wir bewegten Herzens Mannheim, wo wir so viel Trauriges, aber auch Treue und Anhänglichkeit erlebt hatten. Am 1. Januar 1946 übernahm ich wieder die Krankenhausleitung und behielt sie neben Allgemeinpraxis bis zu meiner Zurruhesetzung am 1. Oktober 1956. Seitdem vertrat ich noch gelegentlich Ärzte in Sonthofen und seiner näheren und weiteren Umgebung. Ferner war ich noch jeden Winter beim Staatlichen Gesundheitsamt Sonthofen als Schularzt tätig bis Ende Oktober 1963. Im November 1963 verzogen wir aus Wohnungsgründen nach Heidelberg.
Im Oktober 1964 wurde ich (erster und bisher einziger) Ehrenbürger der Stadt Sonthofen, die jetzt etwa 15 000 Ew. zählt. Jetzt erhielt ich noch das Bundesverdienstkreuz. Ich erwähne es als nichtmaterielle Wiedergutmachung erlittener Schmach. Daher haben mich diese Ehrungen gefreut.
Über die Schicksale der Juden Mannheims kann ich also nur vom Juli 1939 bis Ende 1945 berichten, wobei mir die ärztliche Schweigepflicht Grenzen zieht. Ich besitze nur rein ärztliche Aufzeichnungen. Für weitere hätte die Zeit gefehlt, anfangs wegen des Umfangs der Berufsarbeit, später wegen der zunehmenden Bunkeraufenthalte, erst fast nur nachts, zuletzt auch untertags. Im ganzen darf ich mich auf mein Gedächtnis verlassen.
Das Israelitische Krankenhaus, etwa so groß wie das Sonthofer, war modern eingerichtet. Der Neurologe und Psychiater Dr. Mann, die Internisten Dr. Rosenthal und Dr. Fuchs, der Frauenarzt Dr. Wolff, sowie die Allgemeinpraktiker Dr. Marx (Schwiegervater von Dr. Fuchs) und ich arbeiteten gemeinsam und ersprießlich am Krankenhaus in gutem persönlichen Kontakt. Anfang 1940 wanderte Dr. Fuchs nach USA aus. Auf Wunsch meiner Kollegen übernahm ich an seiner Stelle die Leitung des Hauses, eine Formsache.
Anläßlich der Vertreibung der Juden Pommerns vor der Besetzung Dänemarks und Norwegens hatte die Reichsvereinigung der Juden, wohl auf Druck von oben, mitgeteilt, weitere Aussiedlungen seien nicht zu erwarten. Der Trost dauerte nicht lange. Am 22. Oktober 1940 wurde den Juden Badens und der Pfalz überraschend eröffnet – Dr. Neter hatte mir am Vorabend berichtet, es läge etwas Wichtiges in der Luft – soweit nicht in Mischehe lebend, sie hätten in zwei Stunden ihre Habe zum Abtransport mit unbekanntem Ziel zu packen, dürften nur einen kleinen

Geldbetrag mitnehmen und mußten ihr übriges Vermögen der Gestapo abliefern oder überschreiben zur Weiterleitung an die Reichsvereinigung der Juden. Die Betroffenen wurden auf Sammelplätze und von da auf einen nach Frankreich fahrenden Zug verbracht. Die Franzosen lieferten sie in das frühere Rotspanierlager Gurs, Département Basses Pyrénées, ein. Die Franzosen scheinen bemüht gewesen zu sein, die Juden so gut wie möglich zu versorgen, aber den primitiven Zuständen im Lager war ihre Organisationskunst nicht gewachsen. Erst nach einer Reihe von Monaten besserten sich die Verhältnisse etwas. Näheres ergibt der Bericht Dr. Neters [10].

Die Verschleppung wurde in Mannheim mit Härte durchgeführt. Einem Krankenhauspatienten mußte ich zum Transport den für ihn nötigen Dauerkatheter entfernen. Unter uns wohnte ein Bankier Eppstein und seine Frau, ehemalige Opernsängerin. Meine Frau versuchte, ihnen beim Packen zu helfen. Ein Polizist behandelte das betagte Paar barsch, ein Hilfspolizist beklagte sich, selbstverständlich in Abwesenheit des Grobians, bitter, zu solcher Aufgabe herangezogen zu sein. Frau Eppstein war völlig gebrochen und kopflos. Ähnliche Szenen dürften sich viele tausendmal abgespielt haben.

Im Israelitischen Krankenhaus herrschte ein Chaos. Mindestens dreiviertel der Kranken und der Alterspensionäre waren verschleppt. Dr. Neter, Vorstand der Kultusgemeinde, war freiwillig mitgegangen, ebenso die Oberin Schwester Pauline Maier, sogar entgegen dem Befehl der Gestapo, die erst nachgab, als die Oberin darauf beharrte, bei ihren Kranken zu bleiben. Von den anderen zehn Schwestern und Hilfsschwestern blieb nur eine, in Mischehe verheiratete, verschont, vom jüdischen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Küchenpersonal niemand. Die Küchenvorräte, insbesondere Butter, waren geplündert. Trotz des Ausmaßes der Deportation nahm die Belegzahl noch wesentlich zu! Zahlreiche Juden im weiten Umkreise Mannheims, besonders auch aus der Pfalz, hatten sich nämlich gegen die Verschleppung gesträubt, da sie zu krank seien. Die Polizei brachte sie in Scharen ins Krankenhaus, das Gesundheitsamt solle über ihre Transportfähigkeit entscheiden. Die hereinströmenden Kranken mußten mangels Betten z. T. in den Gängen auf Matratzen gelagert werden. Tags darauf [am 23. Oktober] erschien der Amtsarzt und erklärte die meisten von der Polizei Eingelieferten für beförderungsfähig. Teilweise wurden sie so schnell fortgebracht, daß noch nicht mal ihre Namen aufgeschrieben waren.

Um für die vielen Patienten Nahrung einzuholen, zu bereiten und sie ans Krankenbett zu bringen, organisierte die einzige verschonte Schwester, Frau Gödelmann, mit Hilfe einiger nichtjüdischer Hausgehilfinnen und jüdisch verheirateter Frauen (darunter Frau Marx und meiner Frau) einen Notdienst, um über die ersten besonders schwierigen Tage hinwegzukommen. – Mehrere der Verschleppten verstarben, hieß es, schon auf der Bahnfahrt, so ein 98 Jahre alter Herr Steiner und die betagte Witwe des Bankdirektors Hecht, die, seit langem an Herzmittel gewöhnt, sie nun plötzlich nicht oder nur unregelmäßig erhielt.

---

[10] Siehe Nr. 38.

Auch meine seit 1909 in Freiburg lebende Mutter wurde abtransportiert. Sie war 86 Jahre alt. Es war mir ein Trost, zu hören, daß Dr. Neter und die Mannheimer Kollegen sich hilfreich ihrer angenommen haben. Nach zehn Monaten unsäglicher Leiden in den primitiven, fensterlosen Holzbaracken ist sie in Gurs im 88. Jahre gestorben.

Dr. Marx und mir blieb noch genug zu tun, da vier unserer Kollegen auch nach Gurs gekommen waren. Von Zeit zu Zeit wurden weitere Transporte von Juden zusammengestellt und zwar nach dem Osten. Kurz nach ihrem Abzug schrieben uns die Unglücklichen noch. Aber bald trat ein beredtes Schweigen ein, für immer. Ein biederer Schuhmacher in U 5 oder U 6 erzählte mir, befreundete heimkehrende Soldaten hätten ihm geschildert, wie Juden Gräben hätten ausschaufeln müssen, an deren Rändern stehend sie reihenweise abgeschossen wurden.

Am 24. Dezember 1941 beschlagnahmte Himmler das Israelitische Krankenhaus für Polizeizwecke. Die Patienten kamen nach B 7,3 in ein altes Wohnhaus, die Leitung der jüdischen Gemeinde unter Herrn Hermann Hauser nach B 7,2. Operiert konnte nun nicht mehr werden. Doch nahm das Städtische Krankenhaus bei schweren Erkrankungen Juden auf. Dr. Heinz Frank (nun Memmingen) und namentlich Prof. Dr. Rudolf Zenker (jetzt Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik München) setzten sich verständnisvoll über entgegenstehende Vorschriften hinweg oder umgingen sie. Ich erlebte es am eignen Leibe, als ich 1944 von ihm bruch- und 1945 prostataoperiert wurde. Auch das Theresienkrankenhaus half uns durch Röntgen- und Laboruntersuchungen jüdischer Kranker.

1942 nahm sich mein Bruder, Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt, mit Frau und Schwiegermutter das Leben, als sie nach dem Osten verschleppt werden sollten, wissend, was ihnen dort zugedacht war. Von den damals Deportierten kehrte keiner heim. Mein Bruder hatte versucht, sein kleines Vermögen dem Zugriff der NSDAP zu entziehen, und es daher meiner nichtjüdischen Frau vermacht. Sie wurde alsbald auf die Gestapo Mannheim bestellt. »Wie kommen Sie dazu, einen Juden zu beerben?« »Er war mein Schwager.« »Ja, wenn Sie arisch wären, könnten Sie erben.« »Ich bin arisch.« »Wenn Sie mit einem Juden verheiratet sind, sind Sie selbst e Jud'. Sollten Sie irgendwie die Erbschaft beanspruchen, bekommen Sie es mit uns zu tun, dann verschwinden Sie.« So verlief das Gespräch nach dem Bericht meiner Frau.

1943 oder 1944 nahm die wiederholt ausgebombte Gestapo B 7,3 für sich in Anspruch (später wurde sie auch dort ausgebombt). Die noch übrigen Juden mußten sehen, bei anderen unterzukommen.

Wir »Krankenbehandler«[11] wurden nun angewiesen, in unsern Wohnungen Sprechstunden abzuhalten, entgegen dem bisherigen Verbot. Obwohl unsere Klientel stark geschrumpft war, fehlte es nicht an Arbeit. Die immer häufigeren Luftangriffe zwangen ohnehin, fortlaufend Schäden zu beheben, namentlich zu Glaserar-

---

[11] Ein Krankenbehandler war ein Arzt jüdischer Abstammung, dem durch die Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938 (RGBl. I, S. 969) die Approbation entzogen worden war.

beiten. Den »arischen« Mitbewohnern flickte ich Kinderwagen und Elektrogeräte. Die Rasse spielte keine Rolle. Andererseits half uns auch ein »Arier«, als eine Brandbombe in unserer Speisekammer gezündet hatte.
Inzwischen gingen die Deportationen weiter. Man nahm auch auf in Mischehe Verheiratete keine Rücksicht mehr. Zum Teil waren sie zu Aufräumearbeiten nach Berlin dienstverpflichtet worden. Einige mußten auf der Friesenheimer Insel aus den Großstadtabfällen noch brauchbare Dinge wie Metallreste herauslesen, eine widerlich schmutzige und staubige und wirtschaftlich sinnlose Arbeit. Am 5. September 1944 wurden mangels ausreichender Deckung neun dieser Juden durch eine Fliegerbombe getötet, die Herren Alfred Feldheim, Leopold Herzberger, Max Heynemann, Fritz Kaufmann, Ernst Loeb, Oskar Mayer, Ernst Nathan, Walter Nauen und Ignaz Stern. Hoffentlich wurden wenigstens die Hinterbliebenen ausreichend entschädigt, soweit das überhaupt möglich war, und die grob Fahrlässigen zur Verantwortung gezogen.
Auch die »jüdischen Mischlinge Ersten Grades«, ob aus privilegierten oder nicht privilegierten Ehen stammend, wurden in auswärtige Lager in Thüringen, Sudetengebiet und anderswo dienstverpflichtet.
Mitte Februar 1945 fand wieder eine Deportation unter dem Decknamen »Arbeitseinsatz« statt, auch für in privilegierter Mischehe Lebende, darunter auch Dr. Marx und ich. Da die meisten Ärzte eingerückt oder in einheimischen überbelegten Lazaretten tätig waren, hatte die Ärzteschaft gebeten, die restlichen Juden möchten ärztlich jüdischerseits betreut bleiben. So wurde ich als der ältere von uns beiden diesmal noch zurückgestellt, »bis zum nächsten Abtransport«, wie der Gestapokommissar hinzufügte. Die im Februar Verschleppten kamen nach Theresienstadt, wie man später erfuhr. Bis auf einen an Flecktyphus Verstorbenen [12] sind sie nach Kriegsende unversehrt heimgekehrt, so auch Dr. Marx.
Dem »nächsten Abtransport« kamen am Gründonnerstag, den 29. März, die in Mannheim einrückenden Amerikaner zuvor. Sie erlösten das kleine Häuflein der 60 in Mannheim verbliebenen »Nichtarier«.
Rückblick: Die Juden in Mannheim waren wie sonst im Reich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wehrlos preisgegeben. Sie wurden schmählich diffamiert, gedemütigt, völlig entrechtet, ständig von Konzentrationslager, Verschleppung und Tod bedroht. Viele nahmen sich das Leben. Viele wanderten aus, bis dies 1942 verboten wurde. Trotz der verzweifelten, aussichtslosen Lage blieben die meisten besonnen und gefaßt. Es freute mich zu sehen, wie ruhig und diszipliniert die Insassen und Alterspensionäre des Krankenhauses in der Collinistraße sich in den Luftschutzräumen bei Alarm benahmen. Eigentlich ist es kaum vorstellbar, wie einzelne diese Zeit aushielten und überlebten. Die in privilegierter Mischehe Lebenden hatten es wesentlich leichter. Die schlimmsten Gesetze und Verordnungen galten aber auch für sie.
Auf die allgemein bekannten Maßnahmen gegen die Juden, zumal die im Reichs-

---

[12] Manfred Weinberger; außerdem verstarb Dr. Kurt Michaelis auf der Rückreise von Theresienstadt nach Mannheim.

gesetzblatt veröffentlichten, gehe ich nicht ein. Die Vorschriften über das Tragen des Davidsterns, die erzwungenen hebräischen Vornamen, über den Einsatz jüdischen Vermögens, über Mietverhältnisse dürften auch heute noch in frischer Erinnerung sein.

Zahlreiche Vorschriften standen jedoch nur im Nachrichtenblatt der Reichsvereinigung der Juden, und/oder auf hektographierten Blättern, die den Mannheimern von der Karlsruher Zweigstelle zugingen. Die Vorschriften galten nur teilweise einheitlich. Judenbannbezirke gab es nur in Berlin. In Frankfurt/Main durften die Juden nur in bestimmten, von ihren Wohnungen oft weit abgelegenen Läden einkaufen [13], die mitunter erst erreicht werden konnten, nachdem die Waren ausverkauft waren. Dagegen waren in Mannheim nur die Einkaufszeiten beschränkt.

Nachstehend die wichtigsten Einschränkungen, wie sie die überwiegende Mehrzahl der Mannheimer Juden trafen. Gegen Verstöße wurden stereotyp »staatspolizeiliche Maßnahmen« angedroht. Von den Vorschriften gab es nur wenige, eng begrenzte Ausnahmen. Dagegen hatten einzelne Berufe wesentliche Erleichterungen. So durften jüdische Krankenbehandler, Krankenhäuser und Heime Fernsprechanschluß, Fahrräder, Kraftfahrzeuge, elektrische Geräte zur Krankenpflege behalten und benutzen, »Krankenbehandler« auch nachts ausgehen, sowie den Wohnbezirk jederzeit verlassen.

1. Verbote: Halten und Fahren von Personenkraftwagen und Motorrädern. Abwesenheit aus der Wohnung im Sommer nach 21, im Winter nach 20 Uhr. Verlassen des Wohngemeindegebiets ohne besondere, schwer erhältliche Genehmigung. Bei ausnahmsweise erlaubter Reise verboten: Benutzung von Speise- und Schlafwagen, von einer anderen als der niedrigsten Wagen- oder Schiffsklasse, von Warteräumen und Wirtschaften der Verkehrsbetriebe. Das Zusteigen in öfftl. Verkehrsmittel, wenn dadurch andere Personen zurückblieben, Einnahme von Sitzplätzen, wenn andere standen. Inanspruchnahme von Friseuren in deren Geschäften oder in eigner Wohnung. Beschäftigung nichtjüdischer Hausgehilfen, Wasch- und Zugehfrauen. Halten von Hunden, Katzen und Vögeln. Fernsprechanschluß und Benutzung öfftl. Fernsprecher. Halten und Einzelkauf von Zeitungen, Zeitschriften und Gesetzblättern. Besuch kultureller Veranstaltungen, wie Theatern, Konzerten, Lichtspielen, Sammlungen, Ausstellungen (eine Mannheimerin kam ins KZ, da sie ihre Kennkarte im Kino hatte liegen lassen!). Eingaben an Behörden. Bei behaupteter Dringlichkeit waren Eingaben von der Reichsvereinigung auf Zulässigkeit vorzuprüfen. Antwort auf behördliche Anfrage war erlaubt. Verboten Nennung früheren Titels wie Studienrat i. R. oder früherer Dienstbezeichnung wie Amtsrichter a. D. im Schriftverkehr und Behörden. Tragen von Orden und Ehrenzeichen. Betreten öfftl. Anlagen. Mitnahme von Messern, Gabeln, Scheren und Rasierklingen bei Deportationen. Benutzung von örtlichen Verkehrsmitteln wie Straßenbahnen und Omnibusse, außer für Juden im Arbeitseinsatz, wenn zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mehr als sieben km, für Schüler mehr als fünf km zurückzulegen waren, aber nur für den Hinweg. Verkauf von Büchern ohne Genehmigung.

---

[13] Vgl. Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden S. 442 ff.

Aufsuchen von Luftschutzkellern und -bunkern schien stillschweigend geduldet, obwohl man dort manch offenherziges Wort hörte. »Jetzt werde mir ausradiert«, rief eine Frau in Anlehnung an Hitlers Prahlerei, er werde die englischen Städte ausradieren.

Zu den Verboten und dem Verkehr mit Behörden noch einige kleine Erlebnisse.

Ich legte eine gefundene Geldbörse dem Polizeibüro vor nebst vorgezeigter Kennkarte. »Israel? Was soll das heißen? Das ist doch kein Vorname!« sagte der Schutzmann.

Wir versuchten, meiner Mutter ein Feldpostpäckchen mit einem Tuch auf der Hauptpost aufzugeben. Der Beamte fuhr uns an: »Nach Gurs? Das sind Jude und für Jude rühre mir uns nicht.«

Frau Weingart, eine ältere, noch rüstige Dame, Schwiegermutter eines Chefarztes an einem Duisburger Krankenhause, war von wohlhabenden Schweizer Freunden eingeladen, dauernd völlig unentgeltlich bei ihnen zu leben. Entsprechende Eingaben des Schwiegersohnes und der hilfsbereiten Schweizer wurden abgelehnt. Eine Einreise in die Schweiz widersprach wohl der »Endlösung der Judenfrage«. Frau Weingart wurde bald darauf nach Polen verschleppt.

Eine Engländerin, frühere Gouvernante in einer jüdischen Familie, mußte sich regelmäßig als Ausländerin bei der Polizei melden. Die Polizisten sprachen sich vor der Dame ganz offen über die Gestapo aus; sie als Beamte alten Schlags verachteten ihre Kameraden von der Gestapo. Als sich meine Frau auf der Polizei in Freiburg um die Habe einer alten Hausgehilfin kümmerte, sprachen sie auch dort von dem »verbrecherischen« Verhalten der Gestapobeamten.

Ablieferungspflichtig waren: Skier mit Stöcken (Nichtjuden wurden auch zur Abgabe aufgefordert, für Juden war es Zwang); Rundfunkgeräte; elektrische Geräte wie Heizöfen, Heizsonnen, Höhensonnen, Heizkissen, Kochtöpfe, Kochplatten, Staubsauger, Bügeleisen; Plattenspieler, Schallplatten; Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparate, Fahrräder mit Zubehör, Fotoapparate, Filmvergrößerungs- und Projektionsgerät, Belichtungsmesser. Pelze und Pelzwaren aller Art. Alle Spinnstoffe, wie alte und neue Kleider bis auf den dringendsten persönlichen Bedarf bei bescheidener Lebenshaltung, Krawatten, Strümpfe, Schürzen, Tücher, Schals, Bindfaden, Stoffreste, Wäsche. Juden erhielten keine Kleiderkarten außer bei besonders kleiderschädigendem Arbeitseinsatz. Sonst wurden sie bei Kleider- und Schuhbedarf auf Gegenseitigkeitshilfe und Altwarenhandel verwiesen. Abzuliefern waren ferner Schmuck und alle Gegenstände aus Edelmetall.

Die Ernährung regelte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft am 18. September 1942. Der Erlaß wurde meines Wissens in den Tageszeitungen verschwiegen. Danach erhielten jüdische Erwachsene weder Fleisch, Fleischwaren, Eier, Weizenerzeugnisse aller Art, Vollmilch, entrahmte Frischmilch, noch Zuteilung auf örtliche Bezugsausweise, oder auf Sonderaufrufe der Ernährungsämter auf freie Kartenabschnitte, noch Zulagen für Kranke (man denke an Zucker-, Nieren-, Tuberkulosekranke!), Gebrechliche, werdende und stillende Mütter!

Kartenfreie, nur vorübergehend ausreichend verteilte Lebensmittel waren an Juden nicht abzugeben außer Kohlrüben und einfachen Kohlarten.

Kinder bis zu sechs Jahren, also auch Säuglinge, erhielten täglich einen halben Liter entrahmte Frischmilch, über sechs Jahre die Fettration der Normalverbraucher, kein Kakaopulver, keinen Kunsthonig und nicht die den Altersstufen von sechs bis vierzehn Jahren zustehenden Zulagen an Marmelade, Kinder über zehn Jahre die Brotration der Normalverbraucher.
Geschenksendungen für Juden aus dem Auslande waren voll auf die Rationen der Empfänger anzurechnen. Die Zollstellen hatten Kaffee, Kakao, Tee usw. an Lazarette und andere Großverbraucher zu leiten, die Staatspolizei solche Sendungen sicherzustellen (wegen Einzelheiten siehe beigefügte Abschrift des Erlasses).
Einschneidend waren die Eingriffe vermögensrechtlicher Art von der 25 %igen Judenvermögensabgabe bis zum Wegfall steuerlicher Vorteile, Nichtersatz von Aufwendungen für Luftschutzräume, für Kriegsschäden usw. Bei dem großen Umfang dieser reichseinheitlichen Verfügungen gehe ich nicht darauf ein.
Auch über die recht betrüblichen Schulverhältnisse der voll-, halb-, und vierteljüdischen Kinder bin ich nicht orientiert. Nach meiner Erinnerung hatten Dr. Cahn-Garnier und Herr H. Hauser einen Privatunterricht organisiert.
Mein Bericht ist leider nicht erschöpfend, da mir viele Unterlagen fehlen. Die Not in Mannheim war wohl größer, als der Bericht es vermuten läßt. In den Konzentrationslagern und in der Verschleppung wird es freilich noch weit schlimmer gewesen sein.

Nr. 22
Israelitisches Gemeindeblatt 6. November 1935

Jüdische Winterhilfe 1935/36
Aufruf!

Die Juden sind in diesem Jahre am Winterhilfswerk des Deutschen Volkes nicht beteiligt. Sie werden durch das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes nicht betreut und sollen auch zu Spenden nicht herangezogen werden.
Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes hat die Betreuung der hilfsbedürftigen Juden der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden in Gemeinschaft mit den ihr angeschlossenen Stellen, in Berlin dem Wohlfahrts- und Jugendamt der Jüdischen Gemeinde, nach den von ihm genehmigten Richtlinien als Jüdische Winterhilfe überlassen.
Die Richtlinien für die Jüdische Winterhilfe sehen für die Gebenden Opfer von gleicher Art und Höhe, für die jüdischen Hilfsbedürftigen im Rahmen der aufzubringenden Mittel Leistungen gleicher Art und gleichen Umfanges wie das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes vor.
Damit steht die jüdische Gemeinschaft in Deutschland vor einer neuen großen moralischen, finanziellen und organisatorischen Aufgabe, die zu den bisherigen Verpflichtungen für die Durchführung konstruktiver Hilfs- und Aufbauarbeit hier und in Palästina hinzutritt.
In wenigen Tagen und Wochen muß ein Werk der gegenseitigen Hilfe und Solidarität errichtet werden, das dem letzten jüdischen Hilfsbedürftigen im kleinsten

Orte unsere Hilfe bringt und jeden zum Opfer für die Jüdische Winterhilfe heranzieht.

Die Leistungen zur jüdischen Winterhilfe

Außer Pfund- und Eintopfspenden erwartet die Jüdische Winterhilfe monatliche Geldspenden in demselben Umfang wie das Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Wir geben nachstehend eine Aufstellung, aus der jeder ersehen kann, welche Spende von ihm erwartet wird.

Die monatlichen Geldspenden:

a) Lohn- und Gehaltsempfänger zahlen während der sechsmonatigen Dauer des WHW 1935–36 (1. Oktober 1935 bis 31. März 1936) monatlich mindestens 10 % der abgeführten Lohnsteuer.

b) Lohn- und Gehaltsempfänger, die wegen ihres geringen Einkommens zur Einkommensteuer nicht herangezogen werden, entrichten ein Opfer von monatlich 0,25 RM.

c) Festbesoldete, die neben ihrer Lohnsteuerleistung noch zur Einkommensteuer veranlagt werden, entrichten neben ihrer monatlichen Spende in Höhe von mindestens 10 % ihrer Lohnsteuer ein monatliches Opfer in Höhe von 3 % ihres für das Jahr 1934 veranlagten Einkommensteuerbetrages an die JWH, soweit die Steuerschuld nicht durch Lohnabzug getilgt wird. Diese 3 % werden also lediglich von der Einkommensteuerschuld errechnet.

d) Gewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe sowie sonstige Einkommensbezieher, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, entrichten monatlich ein Opfer in Höhe von 3 % des für das Jahr 1934 veranlagten Einkommensteuerbetrages an die JWH.

e) Inhaber von offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften[14] entrichten monatlich 3 % des für das Jahr 1934 veranlagten Einkommensteuerbetrages an die JWH.

f) Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe sowie sonstige Einkommensbezieher, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden, opfern einen Mindestbetrag von monatlich 1 RM während der Dauer der Winterhilfe.

g) Steuerpflichtige, die nicht zur Einkommensteuer, wohl aber zur Vermögensteuer veranlagt sind, zahlen monatlich 3 % der für das Jahr 1934 veranlagten Vermögensteuer.

Nr. 23
Israelitisches Gemeindeblatt 4. März 1936

Die jüdische Winterhilfe im Rahmen der Wohlfahrtspflege

Wenn bis jetzt in den Spalten dieser Zeitung berichtet wurde über Form und Ergebnis jener werbenden Kraft, die dem Gedanken der »Jüdischen Winterhilfe« eigen ist, so soll mit der folgenden Darstellung das Bild ergänzt werden, gesehen aus der Perspektive des Wohlfahrtsamtes.

---

[14] Kommanditgesellschaften auf Aktien mußten ihre Beiträge ans Winterhilfswerk des deutschen Volkes abführen. Vgl. Band I, S. 51 f.

Die Mannheimer jüdische Winterhilfe ist bewußt so gegliedert, daß dem Büro der »Jüdischen Winterhilfe« die große organisatorische Arbeit zufiel, werbende und sammelnde Stelle zu sein. Die Ausgabe der gesammelten Mittel aber liegt ausschließlich in den Händen des Wohlfahrtsamtes, dem der allergrößte Teil der Winterhilfsempfänger durch seine Arbeit bekannt war und dem die sozial geschulten Fürsorgekräfte zur Verfügung stehen, um die Notstände nach sachlichen Gesichtspunkten zu klären. Man hat auf diese Weise nicht nur die unbedingt notwendige Anonymität der Bedachten gewahrt und sie einem größeren Helferkreis gegenüber nicht exponiert, sondern konnte auch jene Einheitlichkeit in Bewilligung und Ausgabe sicherstellen, die nach den Richtlinien des allgemeinen Winterhilfswerks festgelegt ist. Wohlfahrtsamt und Winterhilfe – räumlich nebeneinander untergebracht – arbeiten Hand in Hand, um die Aufgaben dieses außerordentlichen populär und sinnfällig gewordenen Teilgebietes jüdischer Wohlfahrtspflege zu lösen.

Wenn in Mannheim heute eine Zahl von rund 830 jüdischen Menschen in dem Genuß der Winterhilfe steht, so ist dies ein Kreis von Bedürftigen, dessen Einkommen über das nach den Richtlinien der allgemeinen Winterhilfe festgelegte Existenzminimum nicht hinausgeht. Bedürftigkeit im Sinne der Winterhilfe wird dann angenommen, wenn die Einkommensbezüge der Betreuten das $1^1/_2$fache des Richtsatzes der öffentlichen Fürsorge nicht überschreiten. Es liegt in der Natur der Sache, daß damit ein festgelegter Maßstab für den Begriff der Notlage angenommen ist und daß somit nur ein bestimmtes Teilgebiet akuten Notstandes von der Winterhilfe erfaßt werden kann. Damit ist gleichzeitig das Aufgabengebiet der jüdischen Winterhilfe umrissen. Sie darf und soll nicht an die Stelle der bisherigen Leistungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege treten. Sie will Härten ausgleichen, wo die Unzulänglichkeit der Wohlfahrtsmittel einen Notstand nicht ausreichend bekämpfen kann.

Dieser Charakter der ergänzenden Leistung kommt gerade in der inhaltlichen Festlegung der Winterhilfe zum Ausdruck. Es sollen möglichst Naturalien verabreicht werden, Kohlen, Kartoffeln, Lebensmittel, Kleidung. Geldmittel können nur im Sonderfall an die Stelle dieser Sachwerte treten. Der Umfang der Naturalleistungen ist durch die allgemeine Winterhilfe generell fixiert und wird im ganzen Reich nach bestimmten Richtlinien einheitlich eingehalten. Er ist so weitgehend bemessen, daß der durch die Winterhilfe Betreute vor den Auswirkungen des Winters, vor Hunger und Kälte geschützt ist. Mit der Winterhilfe ist also der Wohlfahrtspflege ein ungeheuer wesentliches Mittel in die Hand gegeben, dem akuten Notstand Herr zu werden, auf die Lebensbedürfnisse einkommensbeschränkter Menschen in einer gewissen Vielgestaltigkeit zu reagieren und sie innerhalb der Wohlfahrtspflege individuell zu beantworten. Eine Aufgabe, für die es sich lohnt, Menschen und Mittel auf den Plan zu rufen.

Das Wohlfahrtsamt hat es sich zur vornehmsten Aufgabe gemacht, auch das »Wie« der Gabe so zu gestalten, daß das Bedrückende, das jeder wohlfahrtspflegerischen Leistung anhaftet, möglichst genommen wird. Die Empfänger der nach Familiengröße festgelegten Lebensmittelpakete erheben ihren Anspruch nicht durch Gutscheine im Geschäft. Sie erhalten die im Großen durch die Winterhilfe eingekaufte

Ware im Lebensmittel-Ausgaberaum des Wohlfahrtsamtes. Dadurch ist jede Exponierung der Betreuten unterbunden. Wer sich das wohlgeordnete Lebensmittellager der Winterhilfe betrachtet, bekommt vielleicht den deutlichsten Eindruck von der Art und Weise, in der zu arbeiten versucht wird. Liegen Voraussetzungen vor, die eine Abholung der Leistungen nicht ratsam erscheinen läßt, so werden alle Spenden der Winterhilfe – auch die Lebensmittelpakete – durch Boten ins Haus gebracht. Diese Form der Zustellung mußte etwa bei der Hälfte aller Empfänger – hauptsächlich bedingt durch Alter und Krankheit – gewählt werden. Hiesige Firmen haben in besonders dankenswerter Weise hierfür ihre Lieferwagen zur Verfügung gestellt.

Nicht vergessen wurden bei diesem Hilfswerk auch die Bedürfnisse nach seelischer Entspannung und Aufrichtung. Den Betreuten der Winterhilfe wurde Gelegenheit gegeben, an der großen Chanukkafeier der Gemeinde teilzunehmen. Der Kulturbund stellte 150 Frei-Abonnements für die Teilnahme an seinen Veranstaltungen zur Verfügung.

Soweit kurz umrissen der äußere Rahmen der fürsorgerischen Leistung der Winterhilfe. Man würde aber der Bedeutung dieser uns zugeteilten Aufgabe nicht gerecht werden, würde man den großen Wert der bindenden Kraft übersehen, die sie erzeugt hat. Geber und Nehmer haben sich diesmal zu einer Gemeinschaft zusammengefunden. Ganz bewußt wurden auch die Empfänger der Winterhilfe bei den Sammelbesuchen der Eintopfspende in den Geberkreis einbezogen, und es ist begreiflich, mit welcher Genugtuung gerade der subtile Teil der Betreuten diese Gelegenheit zu einem Beitrag an der Aufgabe der Gemeinschaft wahrgenommen hat.

Und alle die ehrenamtlichen Helfer, etwa 200 an der Zahl, sie sind zum großen Teil erstmals eingeschaltet worden in die verantwortliche Leistung der jüdischen Gesamtheit gegenüber und sind beteiligt an diesem Werk des Aufrufs von Juden an Juden. Es sind bis jetzt unbekannte Fähigkeiten zum Vorschein gekommen und neue Maßstäbe für das, was man von einem Juden in dieser Zeit verlangen kann, angesprochen durch die gemeinsame Not. Das Ganze ist ein Erfolg von überzeugendem gemeinschaftsbildendem Wert.

Wir stehen bald vor dem Abschluß dieser Lösung eines neuen organisatorischen Problems innerhalb der jüdischen Wohlfahrtspflege. Aber die Not geht weiter und die Probleme der spezifisch jüdischen Aufgaben, die mit gleicher Dringlichkeit auf uns warten, verlangen weiter den ganzen Einsatz. Wir müssen von diesen neuen gesammelten Energien in die Zeit, die vor uns liegt, ohne besonderen Anruf mit hinübernehmen. Wir dürfen nicht über der Not des Alltags und des Winters vergessen, daß gerade jetzt Menschen auf uns warten, die vor dem Aufbau einer neuen Existenz meist in fremdem Lande stehen, denen mit Mitteln der Wohlfahrtspflege allein aber nicht geholfen ist. Wir müssen uns bereithalten für eine jetzt mehr und mehr in den Vordergrund tretende Aufgabe: die Versorgung der Alten, die von den auswandernden Jungen nicht mitgenommen werden können, sowohl materiell als auch rein pflegerisch. Wir müssen weiter denken an einen Mittelstand, der in immer weiterem Ausmaße hilfsbedürftig wird und dessen Lebensgrundlagen neu zu ordnen sind nicht ohne Einsatz weitgehender Mittel der jüdischen Allgemeinheit;

wir haben zu denken an die berufslos gewordenen, die nicht mehr jung genug sind für Umschichtung und Auswanderung, und nicht zuletzt an die Jugend, deren berufliche Versorgung sichergestellt werden muß. Für all diese Aufgaben brauchen wir nicht nur die Bereitschaft, sondern auch das Verständnis all derer, die sich uns bisher auf dem Wege der Hilfe nicht versagt haben. M. Neter

Nr. 24
Israelitisches Gemeindeblatt 18. August 1937

Die Zentralstelle für Jüdische Wanderfürsorge für Baden und Pfalz (Sitz Mannheim) kann in diesen Tagen auf eine 10jährige Tätigkeit zurückblicken. Hervorgegangen aus der seit Jahrzehnten bestehenden »Passantenkasse« hat die Stelle eine im Laufe der Jahre nach den Erfordernissen der Zeit wechselnde Tätigkeit ausgeübt. Gegenwärtig bildet die Betreuung der Durchwanderer in charitativem Sinne, ihre Rechtsberatung in Paß- und Personalangelegenheiten, sowie die Tätigkeit der Rückwanderung das Hauptarbeitsgebiet.
Nach der Statistik des vorigen Jahres wurden 660 Petenten mit Verpflegung, Fahrkarten, Bargeld, Kleidung aus alten Beständen und ärztlicher Hilfe betreut. Die segensreiche und notwendige Tätigkeit der Zentralstelle wurde durch die Gemeinde Mannheim und den Oberrat in Karlsruhe anerkannt, so daß die bekannte Mildtätigkeit der hiesigen Gemeindemitglieder sicherlich der Tätigkeit auch in den kommenden Jahren sich nicht verschließen wird. Dr. Otto Simon

Nr. 25
Rundschreiben des Synagogenrats Mannheim an die Gemeindemitglieder vom 20. Juni 1939 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–38)

Unter dem Druck zunehmender Anforderungen an unsere Wohlfahrtsstelle hat der Synagogenrat beschlossen: An Kultusbeitrag für 1939 wird erhoben: 1. Abgabe aus Einkommen und 2. Abgabe aus Vermögen.
Grundlage für die Berechnung zu 1. ist der Einkommenssteuerbescheid 1938, falls dieser noch nicht zugegangen ist, Ihre Steuererklärung 1938, sowie der Einkommenssteuerbescheid 1937. Bei Lohnsteuerpflichtigen die Bescheinigung des Arbeitgebers über die im Kalenderjahr 1938 an das Finanzamt abgeführte Lohnsteuer; zu 2. das Vermögen nach dem Stande vom 12. November 1938 (Judenvermögensabgabe) abzüglich 30 % (Verminderung).
Die Abgaben werden berechnet: 1. Aus Einkommen: wie bisher 21 % der Einkommensteuer. 2. Aus Vermögen (gestaffelt) Vermögen bis Mk. 5000.– abgabefrei, bis Mk. 30 000.– 1/4 %, bis Mk. 100 000.– 1/2 %, über Mk. 100 000.– 1 %.
Bereits geleistete Vorauszahlung für 1939 wird in Anrechnung gebracht. Wir bitten Sie, die Unterlagen für die Veranlagung uns bis zum 30. Juni 1939 vorzulegen, damit wir nicht gezwungen sind, von uns aus die Veranlagung durch Schätzung vorzunehmen.

Nr. 26

a) Auszug aus einem Schreiben von Max Grünewald an Martin Buber, Heppenheim, 19. Oktober 1933 (Nachlaß Martin Buber, Jerusalem Nationalbibliothek)

Verehrter Herr Professor,

... Für den Fall daß die Lehrerbildungsanstalt in Mannheim zustande kommt, möchte ich davon absehen, im Lehrhaus zu Frankfurt die Vorträge über den Beruf zu übernehmen, auch um der Konzentration willen, die Sie mir wünschen. Es bleibt auch so wenig Zeit, denn ich kann mich der Menschen nicht entziehen. Ich bin auch so noch nicht überzeugt, daß ich etwas Ordentliches zustande bringe. Wenn ich einmal etwas geschrieben habe, ist es ganz unerheblich geworden. Als man meinen Schwiegervater fragte, warum er so wenig schreibe, antwortete er: Warum soll ich schreiben, es ist doch alles Mist. – Sie glauben gar nicht, verehrter Herr Professor, wie schwer es mir fällt, auch nur die wenigen unansehnlichen Dinge, die ich geschrieben habe, dem Druck zu überliefern. Was ich schreibe, schreibe ich in mich hinein. Das aber tu ich gern. Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen etwas von mir schrieb.

Ich vergaß Ihnen zu Ihrer Erwiderung auf Kittel etwas zu sagen, was ich Ihnen seit geraumer Zeit schreiben wollte[15]. Es ist gewiß nicht möglich, Herrn K. zu sagen, daß nicht das Judentum zur Diskussion steht, sondern das Christentum. Jede Broschüre über das Judentum von christlicher Seite ist heute eigentlich ein Beweis für ein schlechtes christliches Gewissen. Das zu sagen ist nicht möglich. Aber heißt es nicht, den Herren K. und Genossen die Sache sehr leicht machen, wenn man die Fragen auf eine philologische Auseinandersetzung über den Ger[16] hinaus oder zurückführt. Denn sie sind seit langer Zeit und nur zu sehr geneigt, die Partei zu ergreifen in dem Streit, der um eine Sache geht, an ein Wort zu hängen und das Wort zu interpretieren, wie es ihrer Sache paßt. ...

Ich will jetzt sehen, die Raumfrage für die Lehrerbildungsanstalt zu Ende zu bringen.

Ich bin mit den besten Grüßen für Sie und für Ihre Gattin Ihr sehr ergebener

M. Grünewald

b) Auszug aus einem Schreiben von Martin Buber an Hermann Gerson vom 22. Oktober 1933

Lieber Hermann Gerson –

... Außer dem Frankfurter Lehrhaus, das in Gang zu kommen scheint, bereite ich, obgleich der Etat noch nicht gesichert ist, die »Schule für Judentumskunde« (Lehrerbildungsanstalt) vor und habe dieser Tage mit Grünewald Lehrsystem und Lehrkörper entworfen. ...

Gesundheitlich geht's mir nicht schlecht. Beste Grüße Buber

[15] Zur Kontroverse mit Gerhard Kittel siehe Martin Buber, Der Jude und sein Judentum, S. 621 ff.

[16] Ger = Fremdling.

c) Schreiben von Martin Buber an Otto Hirsch vom 5. Dezember 1933 – Abschrift –

Sehr geehrter Herr Dr. Hirsch –
Bei unserem gestrigen Gespräch sagte ich Ihnen zu, Ihnen eine kurze briefliche Darlegung zu senden, wie ich mir die von mir angeregte Lehrerbildungsanstalt – die ich am liebsten »Schule für Judentumskunde« genannt sehen möchte – denke.
Die Anstalt soll dazu dienen, die an jüdischen Schulen in Deutschland unterrichtenden und fernerhin unterrichten sollenden Lehrer, soweit ihre Kenntnis des geschichtlichen und gegenwärtigen Judentums unzureichend ist, darin auszubilden. Ich gehe dabei von der Voraussetzung aus, daß jeder an einer jüdischen Schule wirkende Lehrer mit den großen Gegenständen des Judentums vertraut sein muß, auch wenn sein Unterrichtsfach mit diesem keine oder nur geringfügige Berührung hat. Denn es kommt an unseren Schulen mehr als an irgendwelchen anderen und in unserer Zeit mehr als in vorangegangenen auf den auch außerhalb der spezifischen Unterrichtsobliegenheiten erfolgenden Kontakt zwischen Lehrern und Schülern an. Es kommt darauf an, wie der Lehrer dem Schüler auf eine gelegentliche Frage nach jüdischen Dingen antwortet, wie er, wo ein Anlaß es erwünscht erscheinen läßt, den Schüler spontan auf jüdische Zusammenhänge hinweist. Es kommt darüber hinaus auf die in einem echten Wissen um das Judentum wurzelnde jüdische Persönlichkeit des Lehrers an, die sich als solche auswirkt, die im Schüler ein positives Verhältnis zum Judentum erweckt und pflegt. Um solche jüdische Lehrerpersönlichkeiten auszubilden, genügt es freilich nicht, ihnen judaistische Kenntnisse zu vermitteln; dies muß vielmehr so geschehen, daß die Elemente jüdischen Wissens sich zu einem großen organischen Geisteszusammenhang verbinden, und ferner, daß die Ausbildung sich in einer Atmosphäre lebendiger jüdischer Gesinnung, jüdischer Existenz und jüdischer Zielsetzung vollziehe. Von einer solchen Atmosphäre muß die »Schule für Judentumskunde« erfüllt sein, um ihr Werk zu tun. Dabei ist es durchaus nicht notwendig, ja nicht einmal zweckentsprechend, daß an der Anstalt eine bestimmte Richtung, eine bestimmte Auffassung des Judentums herrsche; gerade die Verschiedenheit der Auffassungen kann, wenn sie nur auf dem gleichen festen Grunde des Glaubens an unsere Wesenheit und unsre Bestimmung ruhen, einen lebenswichtigen Eindruck von der einheitlich-vielfältigen Totalität des Judentums erzeugen.
Unter normalen Umständen wäre zu verlangen, daß die auszubildenden Lehrer etwa 2 Jahre an der Anstalt verbringen. Die gegenwärtigen Umstände gebieten eine Kürzung des Zeitraums auf 1 Jahr, bis eine verhältnismäßige Normalisierung eingetreten ist.
Den Unterricht an der Schule denke ich mir in 5 Hauptabteilungen aufgebaut: Sprachkunde, Bibelkunde, Gemeinschaftskunde, Geschichte und Glaubenskunde. Die Sprachkunde umfaßt einerseits Grammatik, andererseits Typologie und Entwicklungsgeschichte der hebräischen Sprache (ein Kurs für Anfänger soll außerhalb des regulären Stundenplanes stattfinden). Die Bibelkunde soll auf ein selbständiges

Verständnis des Textes nach seiner Form und nach seinem Gehalt hin gelehrt werden, wobei die jüdischen Exegeten mit ihrer das Gegebene ernstnehmenden Methode intensiv heranzuziehen sind. Die Gemeinschaftskunde setzt sich aus einer Soziologie der jüdischen Gemeinschaftsformen, einer Darstellung der sozialen Normen und des sozialen Lebens im Judentum sowie einer Untersuchung der gegenwärtigen jüdischen Gemeinschaftsprobleme zusammen. Geschichte soll nicht so getrieben werden, daß in das eine Jahr die Gesamtmaterie gepreßt würde, sondern daß in diesem Zeitabschnitt sich den Lernenden ein wesentliches und fruchtbares Verhältnis zu Charakter und Sinn jüdischer Geschichte, zu ihren führenden Gestalten und ihren entscheidenden Vorgängen und Entwicklungen eröffnet. In der Glaubenskunde schließlich soll unsere Religion als ein geschichtliches und gegenwärtiges Leben, als eine Wirklichkeit, an der die Person und die Gemeinschaft teil hat, als ein all unser Dasein tragendes Sein behandelt werden.

In allen Abteilungen soll nichts Geschichtliches als nur-geschichtlich und nichts Gegenwärtiges als nur-gegenwärtig gelehrt werden. Die Unterrichtsweise muß auf innigster Verschmelzung von Geschichte und Gegenwart, auf stetem Bezogensein der einen auf die andere sich gründen.

In jeder Abteilung müssen die Vorlesungen durch seminaristische Übungen unterstützt und ergänzt werden, wie überhaupt die aktive Teilnahme des Hörers an der Erarbeitung des Wissens für ihn nach Möglichkeit aufgerufen und gefördert werden soll.

Es erscheint mir wünschenswert, daß außer dem Unterricht in den genannten Gegenständen Kurse in allgemeiner Erziehungskunde (Individual- und Sozialpädagogik) an der Anstalt gehalten werden, selbstverständlich unter besonderer Berücksichtigung der jüdischen Situation und der jüdischen Aufgaben.

Im ganzen denke ich an 25 reguläre Wochenstunden, die sämtlich obligatorisch sein müssen; nur die pädagogischen Kurse dürften eventuell als fakultative gelten. –

Als Sitz der Schule habe ich, wie Sie wissen, und aus Gründen, die Sie kennen, Mannheim in Betracht gezogen. –

Für ein zielgemäßes Zustandekommen der Anstalt und ihre gedeihliche Entwicklung halte ich es für höchst wichtig, daß in allen Kreisen, aus denen sich die Schülerschaft rekrutieren soll, die fundierte Überzeugung herrscht, daß die Absolventen vorzugsweise für die zu besetzenden Stellen herangezogen werden. –

Meiner Ansicht nach muß die Schule, damit sie ihre Aufgabe erfüllen könne, nicht als privates Unternehmen, sondern als eine Sache und ein Werk der deutschen Judenheit entstehen. –

Ihre Frage danach, ob ich bereit wäre, die Leitung einer solchen Anstalt zu übernehmen, kann ich heute nicht mehr, wie ich es zu der Zeit, als ich sie zuerst anregte, tun konnte, mit einem einfachen Ja beantworten. Objektiv und subjektiv hat sich mancherlei gewandelt. Doch darf ich Ihnen dies zusichern, daß ich auch heute noch, wenn die konkrete Frage in Zusammenhang mit einer gesicherten Realisierung meines Plans an mich heranträte, aufs ernsteste prüfen würde, ob es mir möglich ist, mich zur Verfügung zu stellen.

Herzlich grüßend Ihr Buber

d) Auszug aus einem Schreiben Martin Bubers an Hermann Gerson vom 10. Dezember 1933

Lieber Hermann Gerson
In Eile:
2) Es trifft nicht zu, daß an der Lehrerschule »lauter nebenamtliche Dozenten« beschäftigt würden, ich habe einige hauptamtliche im Sinn.
3) Auf die Schwierigkeiten wegen der Hörer weise ich doch in meinem Brief an Hirsch nachdrücklich hin und habe es mündlich nochmals getan. Da müssen die Landesverbände eingreifen, aber sie werden es – das sagte auch H. [Hirsch] – nicht tun.
4) Nach den Verzögerungen ist es unmöglich, im Januar anzufangen. Ich hatte Hirsch seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß ich für diesen Fall bis Anfang November endgültigen Bescheid haben müßte. Erst nach durchgeführter Finanz[ierung] könnte ich mich an Lehrer verbindlich wenden. Wie sollen sie nur beisammen sein?
5) Für »Lebendiges Hebräisch« muß natürlich gesorgt sein.
6) Die ganze Sache ist mir problematisch geworden, namentlich im Zusammenhang mit mir. Ich habe gar keine Lust, ohne wirkliche Ermächtigung ganz institutionell zu agieren. Da ist es mir dann wichtiger, die mir wesentlichen Sachen schreiben zu können. Herzlich grüßend Ihr Buber

e) Schreiben der Reichsvertretung der deutschen Juden, Berlin-Charlottenburg, an Martin Buber vom 14. Dezember 1933

Sehr geehrter Herr Professor!
Ich freue mich, namens der Reichsvertretung der deutschen Juden aufgrund eines Beschlusses ihres Ausschusses hierdurch die Bitte an Sie richten zu dürfen, die Gründung und Leitung einer »Schule für Judentumskunde« zu übernehmen mit der Aufgabe, in ihr diejenigen Lehrer, die an jüdischen Schulen in Deutschland unterrichten und fernerhin unterrichten sollen und deren Kenntnis des geschichtlichen und gegenwärtigen Judentums unzureichend ist, darin auszubilden. Für diesen Zweck sollen Ihnen Mittel im Betrag bis zu RM 40 000.– zur Verfügung stehen, wobei wir davon ausgehen, daß diese Summe mindestens für ein Jahr ausreicht. Bei der Unsicherheit der eigenen finanziellen Unterlagen der Reichsvertretung vermögen wir darüber hinaus leider irgendeine Verpflichtung geldlicher Art nicht zu übernehmen.
Die Synagogengemeinde Mannheim hat sich durch Herrn Rabbiner Dr. Grünewald bereit erklärt, für den genannten Zweck kostenlos 6 Räume zu überlassen und für die laufende Verwaltung zu sorgen.
Wir hoffen, daß es möglich sein wird, darauf hinzuwirken, daß diejenigen Lehrer, die die zu gründende Anstalt mit Erfolg besucht haben werden, für die zu besetzenden Stellen vorzugsweise herangezogen werden. Dabei wird allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß eine erhebliche Anzahl neuer jüdischer Schulen

schon im Frühjahr 1934 ins Leben treten und daß es notwendig sein wird, auch noch an anderen Stellen, nämlich in Großstädten, in denen eine größere Anzahl von Studienreferendaren beschäftigt werden kann, Ausbildungskurse einzurichten.
Wenn Sie, wie ich bestimmt hoffe, der Berufung Folge zu leisten bereit sind, so darf ich Sie bitten, sich bei Ihrem weiteren Vorgehen mit uns in Verbindung zu halten und uns insbesondere auch die in Aussicht genommenen Lehrkräfte sowie die beabsichtigten Abmachungen über deren Honorierung, über das Schulgeld usw. mitzuteilen. Die Herren Prof. Dr. Elbogen, Ministerialrat Dr. Hirsch, Landgerichtsrat Dr. Lilienthal sowie der Unterzeichnete werden Ihnen im einzelnen gerne behilflich sein. Den Schriftwechsel bitte ich mit der Reichsvertretung führen zu wollen.
Indem ich der freudigen Hoffnung Ausdruck gebe, daß Ihre führende Mitarbeit in der grundlegenden Aufgabe der jüdischen Ausbildung der Lehrerschaft dem um seine Erhaltung und Gestaltung ringenden deutschen Judentum zum Segen gereichen möge, verbleibe ich mit herzlichen Grüßen Ihr Ihnen sehr ergebener Baeck

f) [In einem Schreiben vom 15. Dezember 1933 macht Ismar Elbogen Bedenken gegen die Schule geltend. Er hält eine zu eingehende Ausbildung der Lehrer in jüdischen Fächern nicht für nötig, weist auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin, da man vermutlich Ostern 1934 angesichts der geplanten jüdischen Schulen bereits viele Lehrer von der Schule für Judentumskunde abziehen müsse und bittet Buber, am 10. Januar mit dem Unterricht zu beginnen.]

g) Schreiben des Vorstands der Israelitischen Gemeinde Frankfurt/Main an Martin Buber vom 11. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Professor,
wir nehmen ergebenst Bezug auf die Unterhaltung, die der ergebenst Unterzeichnete gestern mit Ihnen in der Frage der zu gründenden Lehrerbildungsanstalt hatte. Es ist dabei die Frage erwogen worden, ob, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Weise diese Anstalt evtl. in Frankfurt a/Main anstatt in Mannheim gegründet werden könnte. Man war davon ausgegangen, daß hier größere Ausbildungsmöglichkeiten bestünden und sowohl das Lehrer – als das Schülermaterial sich leichter nach Frankfurt a/Main konzentrieren lasse als nach Mannheim.
Der Unterzeichnete beabsichtigt, die Angelegenheit sobald als möglich im Gemeindevorstand zur Sprache zu bringen. Für eine sachgemäße Besprechung des ganzen Planes ist aber die Vorlage ausreichender Unterlagen erforderlich. Wir wären Ihnen daher sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns möglichst postwendend diese Unterlagen beschaffen wollten, die sich beziehen müssen
1) auf die finanzielle Fundierung des ganzen Projekts,
2) auf den Lehrplan,
3) auf die Lehrpersonen, die hierbei mitwirken sollen,
4) auf die Art und Weise, wie die praktische Unterweisung gehandhabt werden

soll, insbesondere, ob und in welchem Umfang daran gedacht ist, hiesige Lehrinstitute und Lehrpersonen für das von Ihnen beabsichtigte Werk in Anspruch zu nehmen.
Wir bemerken, daß bei der gestrigen Besprechung Ihrerseits an die kostenlose Zurverfügungstellung von 6 Räumen nebst Heizung, Beleuchtung und Reinigung durch die hiesige Gemeinde gedacht war. Wir müssen schon heute betonen, daß jedenfalls irgendwelche wesentliche finanzielle Lasten durch die hiesige Gemeinde bei der Durchführung des Planes nicht übernommen werden können.
Wir dürfen Ihrer möglichst baldigen Mitteilung in der oben gedachten Richtung entgegensehen, damit wir die Sache möglichst schon in der nächsten Sitzung dem Gemeindevorstand unterbreiten können.

h) Schreiben des Synagogenrats Mannheim an die Reichsvertretung der deutschen Juden vom 12. Januar 1934 – Abschrift –

Unter Bezugnahme auf unsern Brief vom 25. Oktober v. J. an Herrn Ministerialrat Dr. Otto Hirsch in Stuttgart teilen wir Ihnen hierdurch nochmals ergebenst mit, daß wir für die Lehrerbildungsanstalt eine Wohnung[17], bestehend aus 6 geräumigen Zimmern zur Verfügung stellen. Sollten im Laufe der Zeit größere Räumlichkeiten benötigt werden, so werden wir in der Lage sein, Ihnen auch diese zur Verfügung stellen zu können. Wir erklären uns nochmals bereit, die Sekretariatsgeschäfte zu übernehmen. Moses

i) Schreiben der Reichsvertretung der Deutschen Juden an Martin Buber vom 25. Januar 1934

Sehr geehrter Herr Professor,
für Ihre freundliche endgültige Zusage vom 14. d. Mts., die Errichtung und Leitung der »Schule für Judentumskunde« zu übernehmen, sage ich Ihnen im Namen der Reichsvertretung verbindlichsten Dank. Ihre Anregung, der Leitung der Schule einen Beirat zur Seite zu stellen und in der von Ihnen bezeichneten Weise zusammenzusetzen, begrüße ich lebhaft. Anbei geht Ihnen noch Abschrift eines Schreibens des Synagogenrats, Mannheim vom 12. ds. Mts. zur gefälligen Kenntnisnahme zu.
Ferner gebe ich Ihnen mit der Bitte um unmittelbare Beantwortung Kenntnis von der in Abschrift beiliegenden Anfrage. Der zweite Teil ist hier erledigt worden.
Ich hoffe gern, daß es demnächst Gelegenheit zu einer persönlichen Besprechung gibt, und bleibe inzwischen mit angelegentlichen Empfehlungen [und] herzlichen Grüßen Ihr Ihnen sehr ergebener Baeck

[17] Luisenring 12.

j) Schreiben von Martin Buber an Leo Baeck vom 23. Februar 1934

Sehr geehrter Herr Doktor –
Es hat sich leider erwiesen, daß die »Schule für Judentumskunde« in der geplanten und von der Reichsvertretung bestätigten Weise gegenwärtig mit Aussicht auf wirklichen Erfolg nicht errichtet werden kann. Unter wirklichem Erfolg verstehe ich hier eine auch extensiv befriedigende Teilnahme von Lehramtskandidaten, wogegen ich eine – zweifellos zu erwartende – zahlreiche Beteiligung außerordentlicher Hörer als einen solchen nicht zu buchen vermöchte. Was aber die ersteren betrifft, so hat es sich gezeigt, daß der Südwesten überhaupt kein in Betracht kommendes Schülermaterial liefern würde, daß somit weitaus überwiegend an weiter abliegende Teile Deutschlands zu denken wäre. Um aber einen namhaften Besuch von dort zu ermöglichen, müßten zwei Voraussetzungen erfüllt werden können: erstens müßte zugesichert werden, daß die Absolventen der neuen Anstalt vorzugsweise an den jüdischen Schulen angestellt würden, und zweitens müßte ein Stipendienfonds geschaffen werden, der für mindestens 15 ordentliche Hörer einen Jahreszuschuß von mindestens je 1000 Mk. verbürgt. Beide Voraussetzungen sind nicht erfüllt und anscheinend zur Zeit nicht erfüllbar. Ich muß mich daher zu meinem Bedauern entschließen, gegenwärtig von der Errichtung der geplanten Anstalt abzusehen.
Dagegen halte ich es auch in diesem Augenblick für möglich, im Zusammenhang eines anderen, Ihnen gegenüber bereits vor einiger Zeit dargelegten Plans, für dessen Verwirklichung ich mir die Hilfe der Reichsvertretung erbitten möchte, einiges für die spezifische Ausbildung der für unsere Schulen in Betracht kommenden, aber mit den jüdischen Gegenständen nicht hinreichend vertrauten Lehrpersonen im Sinne meines vorigen Schreibens zu tun.
Ich denke, für das jüdische Erwachsenenbildungswesen im Reich eine Grundlage im Sinne einer einheitlichen und folgerichtigen volkserzieherischen Konzeption zu schaffen [18]. Ihren organisativen Ausdruck soll sie in einer Zentrale finden, die die Aufgabe hat, die jetzige Gestalt bestehender Anstalten und Einrichtungen – Volkshochschulen, Lehrhäuser, »Schulen der Jugend«, Kurse usw. – zusammenzufassen, einen steten Austausch von Erfahrungen und Anregungen herbeizuführen, selber Anregungen, Hinweise, Material aller Art überallhin zu liefern, in besonderen Fällen an Dozenten zu vermitteln, ferner für Ausgestaltung des noch unvollständigen oder sonst ungenügenden und für die Begründung neuer Anstalten in den ihrer bedürftigen Orten Sorge zu tragen. In diesem Zusammenhang ist auch der Gedanke, der mit der »Sch[ule] f[ür] Jud[entumskunde]« erfüllt werden sollte, weiter zu verfolgen. Demgemäß sehe ich als eine der wichtigsten Aufgaben der Zentrale an, als deren Sitz ich mir Frankfurt a. M. (in Verbindung mit dem dortigen Lehrhaus) denke, die Veranstaltung von judaistischen Lehrer-Nachschulungskursen an, und zwar in doppelter Form: 1) in den bedeutendsten Gemeinden sei es in selbständiger Form, sei es angelehnt an das jeweilige Programm einer volksbildneri-

[18] Zur Volkserziehung und Erwachsenenbildung siehe auch Martin Buber S. 602 ff.

schen Anstalt, 2) als Ferienkurse an hierfür geeigneten Orten. Beides würde die Zentrale programmatisch und personhaft vorzubereiten und zu leiten haben.
Die Arbeit der Zentrale könnte, wenn die nötigen Beschlüsse unverzüglich gefaßt werden, Anfang April beginnen. Die Verwirklichung des Plans würde dem ursprünglichen gegenüber Mehrkosten keinesfalls verursachen.

Herzlich grüßend Ihr Ihnen ergebener Martin Buber

Nr. 27
Israelitisches Gemeindeblatt 15. März 1934

Ein gescheiterter Plan

Die Notwendigkeit, jüdische Schulen zu errichten, wurde alsbald nach dem Umschwung in Deutschland als vordringlich erkannt. Gleichzeitig erhob sich die Frage nach einem jüdischen Lehrerstamm, der, auf die neuzugründenden Schulen verteilt, den pädagogischen Anforderungen dieser Zeit lebens- und wissensmäßig Rechnung tragen sollte. Auch diejenigen Lehrer, die ein nicht im eigentlichen Sinne jüdisches Fach lehren, sollten und mußten zum Judentum in einen engeren Kontakt kommen und ihr Wissen vom Judentum vertiefen. Es bestand sonst die Gefahr, daß der Gesichtspunkt einer konzentrischen jüdischen Erziehung vernachlässigt und die Schule nicht jüdisch wird. Diesem Bedürfnis kam der Plan entgegen, eine Schule für Judentumskunde zu errichten. Sie sollte in Mannheim ihre Stätte haben. Einen Teil der Mittel, die für eine Anlaufzeit der Anstalt nötig waren, hatte der verstorbene Ludwig Tietz mit seiner Energie und seiner Zielbewußtheit persönlich aufgebracht. Was zum Jahresetat fehlte, hatte nach längeren Verhandlungen die Reichsvertretung bewilligt. Die Gemeinde in Mannheim hatte sich bereit erklärt, die Räume zu stellen. Für die Leitung der Schule hatte sich Martin Buber zur Verfügung gestellt. Die Verhandlungen mit den Dozenten waren aufgenommen worden und trotz aller Schwierigkeiten zu einem Abschluß gediehen. Ein umfassender Lehrplan war ausgearbeitet worden. Man vertraute darauf, daß die Atmosphäre der Mannheimer Gemeinde besonders günstig sein würde für ein Experiment, das schon als Versuch ein mehr als oberflächliches Interesse in Anspruch nahm. Es liegen Anzeichen vor, daß hier neue Energien wirksam geworden wären. Es gab auch Einwände: Mannheim hat keine jüdische Schule, der Südwesten des Reiches kann nur ein geringes Kontigent an Lehrern stellen. Aber die Einwände hätten mit der Zeit an Gewicht verloren. Denn die jüdische Schule wird auch nach Mannheim kommen, und einen Stipendienfonds ferner für Hörer zu schaffen, war eine Sache des guten Willens.
Nach vielen Besprechungen und Briefen, nach unzähligen Versicherungen und Versprechungen kommen wir zu einem leider negativen Resultat. [E] In dreiviertel Jahr sind Zeit und Energie nutzlos vertan worden. Für den künftigen jüdischen Historiker sollte man eigentlich die Geschichte dieser Geschichte aufbewahren, sie ist eine Delikatesse. Man wird nunmehr den Gedanken, der diesem Plan zugrunde lag, in einer anderen Weise verfolgen. Schließlich ist doch Geld da. Nachdem man anfangs sich Sorgen machen mußte, wie man es bekommt, muß man sich heute darum sorgen, wie man es verwendet.

Das Kapitel der Lehrerbildungsanstalt in Mannheim darf als erledigt gelten. Pflichtgemäß wird hier davon Mitteilung gemacht. Dr. Max Grünewald

Nr. 28
Israelitisches Gemeindeblatt 14. März 1933

Das jüdische Handwerk in Not!

Im Inseratenteil dieser Ausgabe empfehlen sich die Mitglieder des Vereins selbständiger israelitischer Handwerker.

Die furchtbare Not der Zeit geht auch am jüdischen Handwerker nicht ohne Spur vorbei: jeder einzelne Betrieb hat um seine Existenz schwer zu ringen, da sich nicht allein die allgemeine wirtschaftliche Lage, sondern leider auch die politische Atmosphäre sehr ungünstig bemerkbar macht; man muß von einer besonderen Not im jüdischen Handwerk sprechen.

Die Not und der Beschäftigungsmangel im jüdischen Handwerk sind augenblicklich so groß, daß sich beispielsweise keiner der Meister entschließen kann, zu Ostern einen Lehrling einzustellen. Angesichts der von allen jüdischen Seiten als dringend erforderlich erachteten Notwendigkeit der Berufsumschichtung ist es die Pflicht jedes einzelnen, das jüdische Handwerk zu stützen und dadurch zu fördern; hierin einen gleichgültigen Standpunkt einzunehmen, hieße, auch das jüdische Handwerk dem Untergang preisgeben.

Dem Verein selbständiger israelitischer Handwerker sind Handwerker und Meister jeder Branche angeschlossen. Die verehrlichen Gemeindemitglieder werden gebeten, bei Neuaufträgen und Reparaturen, schon gelegentlich des jetzigen Umzugtermins, an die jüdischen Handwerker zu denken, die ihrerseits durch pünktliche und preiswerte Bedienung der Kundschaft das Möglichste bieten werden.

Nr. 29
Israelitisches Gemeindeblatt 17. Januar 1934

Verein zur Förderung des Handwerks und der technischen Berufe

Nach der Absicht seiner Gründer sollte der Verein der ungesunden und einseitigen Berufsschichtung der deutschen Juden entgegenwirken und die Jugend zur Handarbeit hinführen. Bedauerlicherweise wurde dem Rufe des Vereins, der schon über 40 Jahre besteht, seither nicht in genügendem Maße Folge geleistet. Durch die einschneidenden Umwälzungen dieses Jahres hat sich nun die Lage vollständig geändert. Die Berufsumschichtung ist für die meisten jungen jüdischen Menschen eine Notwendigkeit geworden und der einzige Weg, der zu einer Existenzmöglichkeit für sie führt.

So wurde unser Verein vor eine neue Aufgabe gestellt, die nicht nur die Lehrlingsausbildung, sondern auch die Berufsumschichtung umfaßt. Während wir zu Anfang des Jahres 1933 nur drei Lehrlinge zu betreuen hatten, gewähren wir jetzt etwa

fünfundzwanzig jungen Menschen durch unsere Beihilfen die Möglichkeit, sich in einem Handwerk oder in der Landwirtschaft auszubilden, und die Zahl der Umzuschichtenden, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind, ist noch beständig im Wachsen begriffen. Im Gegensatz zu unseren wachsenden Aufgaben hat die Zahl unserer beitragenden Mitglieder in den letzten Jahren beständig abgenommen, sodaß die Einnahmen des vergangenen Jahres kaum zur Hälfte die Ausgaben deckten. Dank der Voraussicht und unermüdlichen Werbetätigkeit unseres langjährigen Vorsitzenden, des Herrn Meyer-Gerngroß, verfügen wir zwar über einen kleinen Fonds. Aber wir waren genötigt, ihn schon in diesem Jahre anzugreifen. Er wird in nicht allzuferner Zeit erschöpft sein, und wir müssen unsere gerade jetzt so unentbehrliche Tätigkeit einstellen, wenn es uns nicht gelingt, zu den alten Mitgliedern, die uns treu geblieben sind, neue zu gewinnen.

Darum verbinden wir mit dem Dank an unsere bisherigen Mitglieder die Bitte, unseren Verein auch weiterhin nach Kräften zu unterstützen und neue Freunde für ihn zu werben. Wer Menschen zu einer Existenzmöglichkeit verhilft, übt die beste Form der Wohltätigkeit. Wir wollen nicht nur von der dringenden Notwendigkeit der Berufsumschichtung reden, sondern sie durch unsere Tat ermöglichen! Jeder, der dazu helfen will, leiste unserem Verein seinen angemessenen Beitrag!

Der Vorsitzende: B. Stahl, Hauptlehrer

Nr. 30

Israelitisches Gemeindeblatt 27. März 1934

Verein Jüd. Handwerker und Gewerbetreibender Mannheim

Am 7. März 1934 hielt der Verein jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender in den Räumen des Liederkranzes seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Versammlung, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute, wurde durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Gustav Grünfeld, eröffnet. Nach kurzen Begrüßungsworten übergab der Versammlungsleiter dem Geschäftsführer des Vereins, Herrn Wirtschaftstreuhänder Dr. Siegfried Marx, das Wort zu seinem Bericht über das verflossene Jahr. Der Berichterstatter führte unter anderem aus:

Die Vereinigung, die bereits auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken kann, hat ihre volle Bedeutung erst im vergangenen Jahre erhalten. Die Ereignisse des Jahres 1933 gaben den Anstoß zu einem engeren Zusammenschluß der Beteiligten und vor allem zu einer stärkeren Beachtung des jüdischen Handwerks. Ihren sichtbaren Ausdruck fand diese Tatsache in dem Anwachsen der Mitgliederzahl von ursprünglich 20 auf über 200. Die Vereinigung wurde zu den Arbeiten der Gemeinde herangezogen und hat vorwiegend auf dem Gebiet der Berufsumschichtung und Lehrlingsausbildung Anerkennendes geleistet. Eine nicht unbedeutende Zahl von Volontären und Lehrlingen konnten bei jüdischen Handwerksmeistern ausgebildet werden.

Der Verein war im übrigen bestrebt, die Interessen seiner Mitglieder nach innen und nach außen zu vertreten. Dank dem Entgegenkommen der jüdischen Gemeinde

war es möglich, im Gemeindehaus, M 6, 10, eine Beratungsstunde einzurichten, die jeweils Mittwochs von 1/2 12–1/2 1 Uhr durch den Geschäftsführer des Vereins, Herrn Dr. Marx, abgehalten wird. Durch eine intensive Werbung wurde dafür gesorgt, daß die Mitglieder des Vereins innerhalb der ganzen Gemeinde namentlich bekannt gemacht und empfohlen wurden. Der Berichterstatter bedauerte, daß der Erfolg leider in vielen Fällen noch nicht das gewünschte Maß erreicht hat. Groß war auch die Zahl der Klagen, die sich gegen die Einrichtung der Gemeinde (Altersheim, Krankenhaus etc.) hinsichtlich der Vergebung von Aufträgen und Arbeiten richtete. Wenn auch zugegeben wurde, daß manche, infolge persönlicher Verärgerung einzelner, etwas übertrieben waren, so liegt doch noch genügend Grund zu einer Kritik gewisser Maßnahmen vor, die der Abhilfe bedürfen.

Der Redner wies nicht mit Unrecht darauf hin, daß eine Ausbildung der jüdischen Jugend nur dann in vollem Maße gewährleistet werden kann, wenn ein entsprechendes Auftrags- und Arbeitspensum vorhanden ist. Er zweifelte nicht an dem guten Willen der in Frage kommenden Kreise und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo gewisse Vorurteile verschwunden sein werden und Einsicht und Verständnis ihre Einkehr halten.

Der Bericht wurde sehr beifällig aufgenommen. Der Vorsitzende dankte dem Redner, und übergab ihm die Leitung zur Vorstandswahl. Der einstimmig gewählte neue Vorstand setzt sich zusammen aus:

1. Vorsitzender: Architekt Lehmann.
2. Vorsitzender: Carl Fischel.

Schriftführer: Moritz Strauß und Fritz Westheimer.

Beisitzer: Alfred Frey, Max Gumberich, Alex Heilbrunn, Karl Major, Jos. Sonnenschein und Frau Strauß.

Die Gewählten nahmen alle ihr Amt an. Der neue Vorsitzende, Herr Architekt Lehmann, dankte für das ihm geschenkte Vertrauen, gleichzeitig auch namens der übrigen Vorstandsmitglieder, und würdigte mit anerkennenden Worten die Verdienste des Herrn Grünfeld. Zum Ausdruck des Dankes wurde Grünfeld einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Lebhaft begrüßt wurde die Anwesenheit von Herrn Prof. Dr. Billigheimer, der noch in später Stunde den Weg in die Versammlung gefunden hatte. Seine Ausführungen, die in der Forderung ausklangen, alles Trennende zu beseitigen, den Handarbeiter mit dem geistig tätigen Arbeiter zu verbünden, fanden die besondere Zustimmung der Anwesenden.

Im Anschluß daran, wurden mehrere Stimmen laut, die darauf hinwiesen, daß man es in Zukunft besonders gerne sehen würde, die Vertreter der Gemeinde in größerer Zahl bei den Veranstaltungen des Vereins begrüßen zu dürfen.

Unter anderem wurde auch auf den Verein zur Förderung des jüdischen Handwerks hingewiesen, der trotz Einladung leider keinen Vertreter entsandt hatte.

Nach angeregtem Verlauf trennten sich die Teilnehmer in mitternächtlicher Stunde.

Nr. 31
Israelitisches Gemeindeblatt 11. Dezember 1933

Die Berufsumschichtungsarbeit innerhalb der Gemeinde Mannheim

I. Die Voraussetzungen

Berufsumschichtung, plötzlich uns allen geläufig, für den jüdischen Menschen ein neuer, schwerer Anfang und eine neue Hoffnung zugleich.

Nach einer langen Epoche der äußeren und inneren Gleichberechtigung sind wir dem jüdischen Schicksal gegenübergestellt worden in differenzierter und konsequenter Form.

Gegen diese Konfrontierung mit dem jüdischen Schicksal gibt es keine Fürsorge und kein Schutzmittel als nur die Auseinandersetzung des einzelnen Menschen mit der neuartigen jüdischen Welt, in die er gestellt ist.

Es ist in erster Linie die Jugend – und zunächst die im Erwerbsleben stehende und ins Erwerbsleben tretende Jugend – für die solche Auseinandersetzung jene Form annimmt, die ihr künftiges berufliches Leben bestimmen wird und damit – im gesamten gesehen und auf lange Sicht – die soziale und geistige Struktur unserer Gemeinschaft.

Die Frage, wie wir jetzt beruflich umschichten und mit welch innerer Überzeugungskraft wir dies tun, geht daher weit über den Komplex wirtschaftlicher Erwägungen hinaus und wird mitbestimmend für unsere künftige geistige Existenzform.

Wollen wir eine klare und eindeutige Konsequenz aus der Entwicklung der letzten Monate ziehen, so kann sich das Berufsziel nicht mehr orientieren an dem Maß wirtschaftlicher Existenzsicherung. Es muß vielmehr dahin gesteckt werden, wo der junge Jude am besten die Möglichkeiten seines wirtschaftlichen Schicksals mit den Wechselfällen seines jüdischen Schicksals in Einklang bringen kann.

Die jüdische Jugend steht zur Zeit vor der Notwendigkeit, ihre berufliche Entscheidung unter solche Gesichtspunkte zu stellen. Und sie entscheidet tapfer, indem sie vorwärts schaut und die Kraft ihrer Hände in einem bisher nicht gekannten Ausmaße zu gebrauchen beginnt.

Wir sind heute viel zu sehr angefaßt von den Sorgen des Alltags, als daß wir das Maß von Mut und Einsicht voll bewerten können, das diese Generation aufbringen muß, die in geistiger Berufstendenz groß geworden, nun die entgegengesetzte Richtung einschlagen muß und einschlagen will. Nichts hören wir von der Schwere dieses Weges, der einfach und selbstverständlich begangen wird, weil – und das ist das Wesentliche – der jüdische Sinn dieser Entscheidung, die zunächst noch bei vielen eine Entsagung bedeutet, durch unsere Jugend verstanden wird.

Fragen wir nach den Quellen dieses gesunden Instinkts, so kann man nicht sagen, daß diese Haltung eine plötzliche, unvermittelte und nur durch die jetzige Entwicklung bedingte wäre. Beharrliche Ansätze zu einer beruflichen Hinneigung zu Handwerk und Landwirtschaft sind in der Berufsberatung der letzten Jahre in steigendem Maße zu beobachten. Nicht nur die kaufmännische Lehre, auch das Studium wurde in den letzten Jahren von manchen unserer Jugendlichen ganz offen nur als Notbehelf und ein Hinausschieben der letzten Berufsentscheidung gekennzeichnet.

Schon lange konnten all die Menschen, die mit der Jugend in den Jahren ihrer Berufsentscheidung den Weg gemeinsam gingen, beobachten, daß da eine Generation im Wachsen ist, die wohl im Geistigen groß geworden und stark verwurzelt ist, einmal andere Kräfte zur beruflichen Entfaltung bringen will, um eine regenerierende Kraftversorgung für den Bestand des Judentums herzustellen.
Zur Vorbereitung dieser Entwicklung hat vielleicht von außen her die Arbeit der Berufsberatungsstellen beigetragen. Von innen her aber ist es wohl in erster Linie die Jugendbewegung gewesen, die diese Basis untermauert hat, auf der unsere Jugend plötzlich so gefestigt steht, und es ist nicht zuletzt der Gedanke an den Aufbau Palästinas, der jeder Arbeit im Handwerklichen nicht nur einen beruflichen, sondern auch einen jüdischen Sinn verliehen hat. Die Jugendbewegung – von der Generation der Erwachsenen oft in falschem Lichte gesehen – ist es, die unsere Jugend mit der Vorurteilslosigkeit, der Illusionslosigkeit und dem Sinn für die jüdischen Notwendigkeiten des Berufslebens ausgestattet hat. Sie ist es auch, die in erster Linie jene Menschen geformt hat, die einen bisher nur vereinzelt und zögernd beschrittenen Berufsweg nun freudig und bejahend gehen.
Das muß einmal vom Standpunkt einer praktisch arbeitenden Berufsumschichtungsstelle aus gesagt werden, um solche Pionierarbeit der Jugend ins rechte Licht zu rücken. Alle, die Jugendlichen, die irgendwann einmal durch die Jugendbewegung hindurchgegangen sind, kommen mit völlig anderen Voraussetzungen an die Berufsumschichtung heran. Sie kommen von innen her dazu, und das ist das Entscheidende. Der Unterschied ist sehr deutlich zu beobachten. Bei ihnen stehen alle Tore offen für ein neues jüdisches Dasein. Und in der Ausbildung selbst ist das noch spürbarer. Ihnen ist die Eingliederung in die Gruppenausbildung, wie sie sich in der Landwirtschaft auf dem Lehrgut und im Handwerk in der Lehrwerkstätte vollzieht, eine Selbstverständlichkeit. Sie bringen den Sinn für die verpflichtende Gemeinschaft bereits mit, den die anderen erst unter inneren Opfern sich aneignen müssen oder nie entdecken. Von ihnen werden wir in erster Linie auch den Typ des jüdischen Handwerkers erwarten können, der die strukturelle Form eines neuen Judentums nicht nur beruflich, sondern auch geistig bestimmen wird.

II. Die praktische Umschichtungsarbeit

Wir glauben, den lebendigsten Eindruck vermitteln zu können, wenn wir diejenigen aus ihrem neuen Berufsleben heraus zu Wort kommen lassen, die bereits in der Umschichtung stehen. Der Berufsumschichtungsstelle stehen eine Anzahl solch brieflicher Berichte zur Verfügung, die wir weiter unten wiedergeben. Sie sprechen für sich.
Die nachstehenden statistischen Zahlen sollen nur eine kurze erläuternde Vermittlung herstellen zwischen dem oben Gesagten und den Schilderungen aus der Arbeit.
Die Berufsumschichtungsstelle hat innerhalb ihrer siebenmonatlichen Tätigkeit ihre Aufgabe darin gesehen, in erster Linie der Jugend und denen, die noch umschichtungsfähig sind, neue und andere Möglichkeiten durch ihrer Hände Arbeit zu erschließen.

Sie hielt es für wesentlich, ihre Bemühungen auf zwei Aufgabengebiete zu konzentrieren, die unterschiedliche Ziele haben:

1. Die Arbeit für diejenigen Menschen, die durch die Entwicklung der letzten Zeit aus ihrer Arbeit ausgeschieden sind und ihren Beruf wechseln müssen. Ihre eigentliche Berufsentscheidung war bereits getroffen, sie standen in Berufen, für die sie die bildungsmäßigen Voraussetzungen mitgebracht haben, die zum großen Teil für sie unverwertbar geworden sind. Sie müssen in Berufe umgeschichtet werden, die eine möglichst rasche neue Existenzgrundlage herbeiführen.
2. Die Arbeit für berufsreife Menschen, die noch vor der Berufswahl stehen und ein Handwerk wählen.

Beide Gruppen sind in ihrer ausbildungsmäßigen Erfassung durchaus verschieden zu beurteilen.

Bei der ersteren handelt es sich um die Ermöglichung einer Ersatzausbildung, die in irgendeiner Form, sei es im Volontärverhältnis, in Lehrwerkstätte oder Gruppen-Hachscharah[19], meistens zur Auswanderung vorbereiten soll. Auch hier muß unbedingt auf eine möglichst gründliche und sorgfältige Ausbildung Wert gelegt werden, aber es darf nicht übersehen werden, daß eine derartige Ersatzvorbereitung nur zum angelernten, aber nicht zum gelernten Handwerker führen wird.

Nur bei der zweiten Gruppe kann von einer normalen handwerklichen Lehrlings- und Gesellenausbildung gesprochen werden, die sich später im weitesten Sinne des Wortes erst als eine effektive Berufsumschichtung innerhalb unserer Gemeinschaft auswirken wird.

Messen wir die Mannheimer Zahlen an der Gesamtzahl der Umschichtenden in Deutschland, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der in Deutschland bisher in Angriff genommenen Berufsumschichtung kann wohl mit etwa rund 3000 angenommen werden, wovon etwa 1900 bis 2000 allein auf die Überleitung in die Landwirtschaft und Gärtnerei entfallen dürfen. Die Gesamtzahl der Umschichtung von etwa 3000 erscheint allerdings noch sehr gering im Vergleich mit der Zahl der jüdischen Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren, die sich auf rund 69 000 belaufen dürfte.

Von Mannheim aus wurden zur Umschichtung gebracht:

Stand vom 1. Dezember 1933:		126
davon	83 Männliche	
	43 Weibliche	

1. Gliederung der Umschichtenden nach der bisherigen Vorbildung und Tätigkeit:

Akademiker	6	
Lehrer	2	
Abiturienten	10	
Schulentlassene	13	
Aus kaufmännischen Berufen	80	
Sozialberufe	9	
Ungelernte	6	126

[19] Hachscharah = Umschulung.

2. Gliederung der Umschichtenden nach künftigen Berufen:

Landwirtschaft	31	
Gärtnerei	4	
Buchdrucker	1	
Maler und Tüncher	3	
Schuster	2	
Maurer	2	
Elektrotechniker	7	
Bäcker	5	
Koch	1	
Uhrmacher	2	
Polsterer	1	
Mechaniker	5	
Zigarrenmacher	3	
Autoschlosser	5	
Schreiner	3	
Schlosser	5	
Verschiedene	4	
Weibliche Berufe:		
Hauswirtschaft	21	
Haus- und Landwirtschaft mit Gärtnerei und Geflügelzucht	16	
Schneiderei	4	
Krankenpflege	1	126
Hiervon untergebracht in Mannheim:	52	
Außerhalb Mannheims:	74	126
Hiervon untergebracht in Einzelstellen	72	
In Gruppenausbildung:	36	
In Hachscharah-Zentren: (Zwischenform von Einzelstellen- und Gemeinschaftsausbildung)	18	126

Die Gruppenausbildungsstellen bzw. Lehrgüter, bei welchen die Obengenannten untergebracht sind, sind folgende:

Gut Ludwigshorst	1	
Gut Groß-Gaglow	2	
Gut Landwerk Neuendorf	6	
Gut Belzig/Mark	1	
Gut Gartenbauschule Ahlem	1	
Gut Silberberg, Saarow	7	
Gut Rodges-Hattenhof	1	
Gut der »Ort«-Gesellschaft, Libau	15	
Palästina-Heime	2	36

Zahl der zur Zeit noch vorgemerkten und noch nicht untergebrachten Umschichtenden: 41

Davon: Männliche 21
Weibliche 7 [?]

Zahl der Lehrstellensuchenden für handwerkliche Berufe: 34

Auch die praktischen Ausbildungsbestrebungen unserer Gemeinde versuchen es, die Berufsumschichtenden in vielgestaltiger Form ihrem Berufsziele näherzubringen; es sind dies vor allem die

Kurse zur beruflichen und hauswirtschaftlichen Fortbildung:

Nähkurs: Teilnehmerzahl	durchschnittlich 40
Kochkurse: Teilnehmerzahl bis 1. 12. 33	40
Bügelkurs: Teilnehmerzahl bis 1. 12. 33	6

Mia Neter

Nr. 32
Israelitisches Gemeindeblatt 21. Oktober 1938

Die Jüdische Anlernwerkstätte Mannheim entläßt ihre ersten Schüler

Mit einer Feier hat unsere Anlernwerkstätte am 21. September die erste Schülergruppe nach 2½jähriger Ausbildung entlassen. Ihr ging eine Abschlußprüfung voraus, in der sich die an der Schaffung und Gestaltung dieser Ausbildung beteiligten Menschen einen Überblick zu verschaffen suchten über Erstrebtes und Erreichtes.

Nicht nur der theoretische Teil dieser Prüfung, sondern auch die ausgestellten Prüfungsstücke konnten den Eindruck vermitteln, daß eine echte Bemühung ihre positive Bestätigung fand. Der Wissensstand der Schüler, der durch die Prüfung in den Fächern: Neuere jüdische Geschichte, Hebräisch, Englisch, Schlosser- und Schreinerfachkunde, Handelsfächern festgestellt werden konnte, war ein durchweg guter, teilweise sogar bemerkenswerter. Die praktischen Arbeiten zeigten zum größten Teil sehr beachtliche Leistungen, bei denen nicht nur die gute Werkarbeit, sondern auch eine gediegene geschmackliche Ausführung von der geeigneten Schulung durch die verantwortlichen Fachkräfte Zeugnis ablegte. Wer die gute Zusammenstellung der Prüfungsstücke im Schulraum unserer Werkstätte, die der Besichtigung der interessierten Kreise freigegeben war, einer kritischen Prüfung unterzog, der konnte den Eindruck gewinnen, daß hier jungen Menschen ein Berufsweg in eine Zukunft gezeigt wurde. Und diese Hoffnung fand auch bisher durch die Praxis ihre Bestätigung. Alle die Schüler unserer Werkstätte, die durch Auswanderung ihre Ausbildung vorzeitig beenden mußten, haben ohne Ausnahme sofort im Ausland Beschäftigung in ihrem Fach gefunden und bilden meist trotz ihrer Jugend den wirtschaftlichen Stützpunkt der Familie. Das lesen wir aus all den Berichten, durch die uns die ehemaligen Schüler Einblick in ihre berufliche und persönliche Entwicklung geben, und sie sind es auch, die uns zeigen, daß die Jugend ihren durch die Anlernwerkstätte vermittelten gründlichen Kenntnisstand selbst als einen brauchbaren empfindet.

Wir selbst sind uns dessen bewußt, daß der Weg, den wir mit einer kollektiven handwerklichen Berufserziehung beschritten haben, einen Versuch darstellt, der noch nicht auf irgendeiner Tradition aufbaut, nicht in Mannheim und nicht in anderen Gemeinden. Daß dieser Versuch aber auf einem befriedigenden Weg der Verwirklichung ist, davon hat der Grundzug gesprochen, von dem die Abschlußfeier beherrscht war. Neter

3. DEPORTATION

Die Massendeportationen von Juden, die während des Kriegs zur Perfektion gesteigert wurden, waren in Mannheim nur in zwei Fällen von der Öffentlichkeit wahrzunehmen. Von der ersten Deportation im Oktober 1938 berichtete die Presse ausführlich, die zweite Deportation vom Oktober 1940, die die überwiegende Mehrzahl der Juden aus der Stadt führte, konnte ebenfalls nicht geheim durchgeführt werden, wurde aber in der Mannheimer Presse nicht erwähnt.
Die Deportation vom Oktober 1938 erfaßte nur ehemals polnische Juden. Der NS-Staat wollte sich ihrer entledigen, da die polnische Regierung am 6. Oktober eine Verordnung erlassen hatte, daß bis zum 30. Oktober 1938 alle im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen ihre Pässe mit einem Gültigkeitsvermerk versehen lassen mußten. Dieser konnte versagt werden, wenn der betreffende Staatsbürger fünf Jahre keine Verbindung zu Polen gehabt hatte.
Der polnische Staat weigerte sich, die Deportierten aufzunehmen. Sie blieben zunächst unversorgt auf dem Grenzbahnhof. Einer der Mannheimer Deportierten, der dem *Hakenkreuzbanner* noch für eine höhnische Schlagzeile herhalten mußte, zerbrach – wie wir aus dem folgenden Brief eines Mannheimer Deportierten erfahren – unter dem Druck: er nahm sich das Leben. Das hier verübte Unrecht führte dann in direkter Kette zu der gewaltsamen Austreibung aller Juden: Herschel Grünspan, dessen in Hannover lebende Eltern auch von der Ausweisung betroffen worden waren, schoß aus Rache für das seinen Eltern und den deutschen Juden zugefügte Unrecht einen Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris nieder. Diese Gewalttat wurde von Goebbels dazu ausgenutzt, die Novemberpogrome des Jahres 1938 auszulösen.
Die Deportation vom 22. Oktober 1940 führte dann die Juden aus Mannheim, die nach den Novemberpogromen 1938 die Stadt nicht mehr hatten verlassen können. Nichttransportfähige Kranke, *Mischlinge*, Angehörige von *Mischehen* und ausländische Juden, soweit es sich nicht um Personen handelte, deren Heimatland mit Deutschland im Krieg lag oder von deutschen Truppen besetzt war, blieben verschont. (Siehe auch Sauer II, S. 231 ff. und Schicksale, S. 268 ff.)

Nr. 33
Neue Mannheimer Zeitung 29. Oktober 1938

75 Juden polnischer Staatsangehörigkeit haben gestern Mannheim verlassen und sind in ihre Heimat abgeschoben worden. Sie erhielten von der Polizei, die ihre Abbeförderung leitete, Reiseproviant bis an die Grenze mit. Dem Zug, in den sie verfrachtet wurden, wurden zwei Sonderwagen, in denen sich die abgeschobenen Juden aus Karlsruhe befanden, angehängt. Die weiblichen Familienangehörigen sind einstweilen noch hiergeblieben.

Nr. 34
Dokument Nr. 34 siehe die Reproduktion Band I nach Seite 208

Nr. 35
a) Brief von Otto Buchholz aus Zbaszyn an seine Familie vom 19. Dezember 1938 (Stadtarchiv Mannheim D 9–3, übersandt von Frau Honora Reiss)

Meine Lieben!
Ihr werd' wohl schon durch Cilli mein Schicksal erfahren haben. Am 27. Oktober dieses Jahres Donnerstag abends um 9 Uhr kamen zwei von der Kriminalpolizei, verlangten meinen Paß, dann legten dieselben mir ein Ausweisungsschriftstück vor zum Unterschreiben und befahlen mir, sofort mitzugehen. Cilli und Bernd waren schon im Bett. Ich hatte gerade meine Arbeit fertiggemacht und saß beim Essen, mußte mich aber sofort anziehen und mitgehen. Ich konnte vor lauter Aufregung noch kaum ein Wort sprechen. Diesen Moment werde ich nie in meinem Leben vergessen. Wurde dann gleich im Schloßgefängnis wie ein Schwerverbrecher eingesperrt. Das war eine böse Nacht für mich. Freitagmittag um 4 Uhr wurden wir dann unter strenger Bewachung von Polizei und SS nach dem Hauptbahnhof gebracht. Jeder bekam zwei Laib Brot und Margarine und wurde dann in die Waggons verladen. Das war ein Bild der Grausamkeit. Weinende Frauen und Kinder, herzzerreißende Szenen. Dann wurden wir unter strengster polizeilicher Bewachung in geschlossenen Waggons an die Grenze transportiert. Samstagmittag, um 5 Uhr an der Grenze angelangt, wurden wir über die Grenze geschoben. Ein neues grausames Schreckensbild war hier zu sehen. Drei Tage lang waren wir auf dem Bahnsteig und Bahnhofshallen, 8000 Menschen. Frauen und Kinder ohnmächtig, wahnsinnig, Sterbefälle, die Gesichter gelb wie Wachs. Der reinste Leichenfriedhof. Unter den Ohnmächtigen war ich auch. Nichts, als das trockene Gefängnisbrot ohne etwas zu trinken. Geschlafen überhaupt nicht, 2 Nächte auf dem Bahnsteig und eine Nacht in der Bahnhofshalle, wo ich zusammenbrach. Es war kein Platz mehr zum Stehen. Eine verseuchte Luft. Frauen wie Kinder halbtot. Am vierten Tag ist endlich Hilfe gekommen. Ärzte, Schwestern mit Medikamenten, Butter und Brot

vom jüdischen Comitee aus Warschau. Dann wurden wir in Baracken (militär. Viehställe) gebracht, welche mit Stroh bedeckt wurden, auf welches wir uns hinlegen konnten. Endlich ein warmer Schluck Tee, diese Freude. Der alte Fränkel [20], Möbel in F 2, hat sich hier vor Kummer auf die Schienen gelegt (tot) und viele Sterbefälle. Nach acht Tagen sind endlich Gulasch-Kanonen vom Roten Kreuz angekommen (warmes Essen). Ich bin glücklich, daß Cilli mit den lieben Kindern nicht hier ist wie von anderen Städten, und danke Gott dafür, denn diese Strapazen durchzumachen, muß man eiserne Nerven haben. Wir sind hier interniert. Jetzt sind es schon acht Wochen. Wir haben uns eine Privatwohnung gemietet. Wir waren 15 Personen in einem Zimmer und Küche, heute sind wir noch acht Personen, da die alten über 65 Jahre und Kranke zu ihren Verwandten abgewandert sind. Unter den acht sind noch: Kupfer, Obstfeld mit drei Söhnen, Scheiner, Salat und ich. Seit acht Tagen kochen wir selbst, und ich bin der Koch, schlafen auf dem Fußboden auf Strohsäcken. Es ist hier furchtbar kalt, starker Frost. Was mich persönlich anbetrifft, bin ich Gott sei Dank gesund. Habe mich in den letzten Tagen gut erholt, aber seelisch kaputt. Und die Sehnsucht nach Cilli und die Mokkelin. Das ist ein harter Schlag, so auseinander gerissen zu werden. Berndl schreibt mir goldig, und Ester kommt wahrscheinlich nach England? Hoffentlich klappts bald, daß wir uns zusammen bald sehen gesund und in Freude. Ich muß vorläufig in Zbaszyn aufs Visum warten. Wenn wir von hier fortkommen sollten, wof[ür] keine Aussicht besteht, ist mein Domizil Warschau, da dort sich das amerikanische Konsulat befindet. Es ist furchtbar, so weiter zu leben. Der Herr Gott möge sich erbarmen und uns allen bald helfen. In Mannheim waren furchtbare Pogrome. Die Synagoge, die Klaus und Friedhofshalle demoliert. Privatwohnungen wurden durch die Hitler aufgesucht, Einrichtungen demoliert und Wertgegenstände mitgenommen. Sämtliche jüdische Männer ohne Ausnahme der Staatsangehörigkeit wurden in die Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt. Bei der Else waren sie auch und haben Verwüstungen angerichtet. Der Cilli ihr Koffer erbrochen und die Ausstattung und komplettes Silberbesteck im Werte von 1400 M[ar]k der Ester mitgenommen. Cilli hat Ersatzansprüche gestellt, wurde aber bedroht, verhaftet zu werden, wenn sie darauf bestünde, daß es ihr Eigentum ist. Hat sich aber nicht abweisen lassen. Vielleicht hat sie Glück. Die arme Cilli, die kann auch viel erzählen. Sie hat es wirklich ehrlich verdient, schon dieses nicht mehr zu sehen. Josef war auch verhaftet und ist wieder zurück; Cilli hat an die Devisenstelle wegen [der] Lift[s] [geschrieben], hoffentlich haben sie es genehmigt. Bei mir in meiner Wohnung waren sie glücklicherweise nicht. Das wäre furchtbar, meine ganze[n] kompletten Auswanderungsgegenstände. Der Herr Gott hat uns beschützt. Hoffentlich auch fernerhin.
Die Mutter wohnt bei mir. Die liebe Cilli muß eben überall sein. Else, Josef, die Kinder, Auswanderung überall, Cilli. Es freute mich auch, daß Ihr Euch sehr bemüht. Hoffentlich hilft das Schreiben ans Konsulat und die Zusatzbürgschaft. Man muß alles anwenden, um die ganze Familie aus Deutschland rauszubekom-

---

[20] gemeint ist Heinrich Freinkel, dessen Sohn Adolf Inhaber des Möbelgeschäfts in F 2, 8 war.

men, denn die Lage ist nicht rosig. Man muß zum Herr Gott beten, daß alles gut abgeht und dem lieben Gott vertrauen. Wie geht es Euch? Was macht das liebe Jimmylein? Bitte um ein Bildchen. Leider bin ich gezwungen, eine Bitte, die nicht abzuschlagen ist, an Euch zu richten, da die Post von Mannheim keine Geldüberweisungen wegen Devisengesetz annimmt, mir auf schnellstem Wege 10 M[ark] zu senden. Ihr könnt es auch von Gerson verlangen, da – wenn ich dort bin und arbeite – [ich] es wieder zurückerstatte. Herzliche Grüße an Gerson, Frau und Kinder. Bitte Cilli zu schreiben, daß ich geschrieben habe. Schließe für heute mit den herzl. Grüßen Otto

b) Unvollständiger Brief der Cäcilie Buchholz aus Camp de Gurs an ihre Familie vom 11. September 1941

Liebe Honora, meine Lieben,
Euren lieben Brief vom 13. Aug. am 4. September erhalten. Noch bevor ich näher darauf eingehe, muß ich Euch leider folgendes eröffnen: Aus einem Brief von Esther vom 13. Aug.
Bitte süßes Muttile, ich muß Dich was fragen: Kann ich christlich werden? Ich glaube, daß diese Religion ist die einzige wahre Religion der Welt. Oh bitte, laß mich christlich sein, weil ich es so gern haben würde. Der Priest in unserer Kirche sagt, daß er mich konfirmieren will, wenn Du es willst. Die Dame, bei der ich jede Woche in der Kirche Christenlehre habe, ist so reizend (wohlweislich), und hat mich zum Kaffee eingeladen, etc.
Es sind jetzt sechs Tage, seit ich diesen Brief habe, und bin ich darüber noch so erschüttert, daß ich auch heute mir Mühe geben muß, mich auf einen anständigen Brief zu konzentrieren. Ich habe ihr gestern unter anderem geschrieben, daß es mir nie einfallen würde, meinen Glauben zu ändern, selbst wenn ich dadurch in die glänzendsten Verhältnisse käme und Millionärin würde. Ich habe mich absichtlich etwas dumm gestellt, um aus ihrer Antwort von ihrer Überzeugung zu erfahren. Ich habe sie gefragt, ob sie denn wirklich so schnell die schönen Schabbatte im Elternhause vergessen hat, die ich nie missen möchte. Und ferner, ob sie mir bei allem Leid und Kummer, wenn der Papa in Warschau in großer Not sei [21], und ich hier interniert und getrennt von ihnen, noch mehr Sorgen bereiten will. Ich schrieb noch: Wir alle haben einen Gott, sowohl Christen als Juden; und mein Standpunkt sei, daß jeder das bleibe, als was er geboren wurde, so auch sie. Zudem sei sie noch zu jung, sich jetzt schon ein Urteil zu bilden. Darüber würden wir uns unterhalten, wenn wir erst mal wieder beisammen sind. Keinesfalls darfst Du konfirmiert werden. Dann müßten wir letzten Endes auch Papas Urteil abwarten. Und sonst schrieb ich ihr ganz besonders lieb, um ihr Vertrauen mir gegenüber nicht zu verlieren. Habe ich erzählt, wie Tante Honora sich gefreut hat mit dem Schulbericht, den Miß R. ihr geschickt hat über sie, und daß Lotte Michel hier ihr Poesiealbum

[21] Der Vater Otto Buchholz befand sich im Ghetto Warschau.

zeigte und jeder entzückt war über ihr Gedicht und Schrift darin. Ich gab mir bei allem Schmerz Mühe, noch liebenswürdiger zu sein. Habe aber Esthers Brief hier Rabbiner Dr. Ansbacher gezeigt und ohne Eure Zustimmung abzuwarten eine Vollmacht erteilt, Esther aus Jones Haus zu entfernen. Es geht bereits ein Schreiben an Rabbiner Dr. Munk nach Nize in diesem Sinne mit Vollmacht, alles weitere zu veranlassen. Ich habe Eure Adresse angegeben und gebeten, alle Schritte, die unternommen würden, mit Euch zu verhandeln, da Ihr seit zwei Jahren wegen Unterbringung besorgt seid. Ich habe auch erzählt, daß nicht Jones, sondern die Krebs die Schuld trifft, die bei meiner Ablehnung, den Kindern Kirchenbesuch und Christenlehre beizubringen, mir einen frechen Brief geschrieben, und daß ich infolge der knappen Zeit, da ich am selben Tage einen fristlosen Ausweisbefehl erhielt, Euch den Brief einschickte und Euch alles Weitere überließ. Sagt bitte nicht, daß ich voreilig gehandelt habe. Esther ist überzeugte Christin. Es ist alles weit genug gediehen. Wahrlich dazu hätte ich die Krebs nicht gebraucht. Dazu hätte Prälat Bauer alles getan und sie auch nach England gebracht und in jeder Hinsicht ausbilden lassen [22]. Darauf kann ich verzichten. Ich muß nicht thoragelehrte Kinder haben, aber jüdische, und zwar hat mich dieser Zwischenfall gelehrt, daß es auch nötig ist, sie in jüdische Geschichte etc. einzuweihen. Ich habe mich zu viel durch Else leiten lassen. Ich weiß noch unseren Konflikt, als ich rücksichtslos in dem gleichen frechen Ton Frau Krebs antworten wollte, daß ich nicht die Kinder nach England geschickt habe, um sie in der Christenlehre zu unterrichten und so weiter – und daß es ein unbilliges Verlangen wäre, daß ich dies zugebe. Damals wollte ich mit dem Brief, den Ihr hoffentlich noch habt, zu Dr. Rosenthal gehen. Das war der netteste Rabbiner, der je in M[ann]h[ei]m amtiert hat. Da hat die gute Tante Else gestoppt, die mir in ihrem Wohlwollen schon so viel Unheil verschafft hat. Nun ist dem Übel schwerer abzuhelfen, und kann ich den Kindern diese seelischen Konflikte nicht ersparen, die damals hätten vermieden werden können. Es bricht mir ja das Herz, das Kind von Jones wegzunehmen, die ihr alles Schöne und Gute bieten, aber es muß sein. Rabbiner Munk soll ein feiner Mann sein, der viel für Kinder getan hat und weit und breit bekannt ist. Es kommt das neue Jahr, zu dem ich Euch Glück und Segen wünsche. Möge Euch Jimmy nie solchen Kummer bereiten, und mir möge Gott helfen, daß die Kinder nicht auf Irrwege geraten, daß sie als gesunde, geratene Menschen heranwachsen und uns allen Freude bereiten . . .

[22] Der Brief nimmt Bezug auf die Unterbringung jüdischer Kinder in England durch Prälat Bauer.

Nr. 36

Aus den zweimonatlichen Lageberichten der Staatsanwaltschaft Mannheim an den Generalstaatsanwalt vom 6. November 1940 (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim E 401 a, Bd. I 35/45)

C. Sonstiges

I. Am 22. Oktober 1940 vormittags wurden in Mannheim durch die Geheime Staatspolizei die Juden weggeschafft. Hierbei ereigneten sich in der Oststadt verschiedene Selbsttötungen. Es haben sich an jenem Vormittage das Leben genommen:

1. u. 2. die Eheleute Gustav Israel Lefo, 74 Jahre alter Fabrikant, und Luise Sara Lefo geb. Lindemann, 65 Jahre alt, in Mannheim, Werderstr. 20, durch Vergiftung mit Leuchtgas;
3. u. 4. Klara Sara Scharff geb. Strauss, 64 Jahre alt, und ihr Bruder, Otto Israel Strauss, 54 Jahre alt, in Mannheim, Hildastr. 6, durch Vergiftung mit Leuchtgas;
5. die 61 Jahre alte verheiratete Olga Sara Strauss, geb. Simons, Ehefrau des Rechtsanwalts Dr. Sigmund Israel Strauss, in Mannheim, Renzstr. 3, durch Vergiftung mit Schlaftabletten; der Ehemann Dr. Strauss hat ebenfalls einen Selbsttötungsversuch unternommen, der aber ohne Erfolg blieb;
6. die 47 Jahre alte ledige Professorin i. R. Jenny Sara Dreifuß in Mannheim, Lameystr. 13, durch Vergiftung mit Schlaftabletten;
7. die 73 Jahre alte Witwe Nanette Sara Feitler geb. Süßmann in Mannheim, Hebelstr. 21, durch Erhängen an der Klosettüre;
8. der 69 Jahre alte ledige Kaufmann Alfred Israel Bodenheimer in Mannheim, Hildastr. 6, durch Vergiften mit Schlaftabletten.

Nr. 37

Auszüge aus Briefen von Dr. Eugen Neter an seine Frau [23]

(Stadtarchiv Mannheim D 9 – 3 N)

29. 10. 40

Ein großes Geschehen zieht an mir vorbei, gleichsam eine Naturkatastrophe; vielleicht ähnlich zwangsläufig wie diese. Auch auf dem mageren Strohsack bedaure ich nicht, Zeuge dieser gewaltigen Gegenwart zu sein.

6. 11. 40

Der Eindrücke des Erlebens sind – trotz der Einförmigkeit des Lagerdaseins – zu viele, so daß ich mich nicht dazu bringe, etwas niederzuschreiben. Der Tag geht vorbei mit kleinen, ungeregelten Arbeitsleistungen. – Ich habe alle Ämter, auch das höchste, des Ilot-Chefs, abgelehnt, wurde aber fast in allem zu Rate gezogen. Vor

[23] Die Originale befinden sich im Besitz von Frau Wilhelmine Seith, Mannheim. Der Verfasser erhielt nicht die Erlaubnis, die Briefe einzusehen, sondern er bekam nur die auszugsweise wiedergegebenen Abschriften ausgehändigt. – Die Briefe wurden damals von Camp de Gurs in die Schweiz und von dort nach Deutschland geschickt.

allem stehe ich jedem einzelnen zur Verfügung; man findet mich auch dort, wo ich einmal etwas allein sein möchte. – Unser Block hat 500 Menschen, davon 2/3 Mannheimer. Die Mehrzahl der Mannheimer sind in benachbarten Blocks; ich habe bereits fast alle gesprochen. Du kannst Dir die gegenseitige Freude des Wiedersehens vorstellen. – Die Frauen sind – ebenso wie die Männer – in einigen Blocks untergebracht. Amalie in Ilot L.; es ist mir mehrfach gelungen, mit Amalie und vielen Mannheimer Frauen in dem L.-Block zusammen zu sein. Dora Grünbaum ist schwer erkrankt; es sei wenig Hoffnung vorhanden. – Amalie ist unverändert, wird oft als Mutter Behr angesprochen [24]. –

10. 11. 40

Gestern haben wir Dora Grünbaum [25] zur letzten Ruhe gebettet; sie erlag einer sehr rasch verlaufenden Hirnhautentzündung; ebenso rätselhaft wie die Krankheit ihrer Schwester und ihres Bruders vor Jahren. – Es fallen hier viele Früchte, die reif sind zum Abfallen, etwas früher ab durch den Sturm, der über das Schicksal der überalterten Gemeinschaft grausam fährt.

22. 1. 41

Es war erst nach Mitternacht, als wir gestern abend »heimkamen«. Die zu einer »Kulturkammer« sehr geschickt mit primitiven Mitteln umgeformte Baracke 7 war durch einen ersten Musikabend in Anwesenheit des Kommandanten eröffnet worden. Streichquartette und Männerchor boten sehr Gutes . . . –
Wir haben noch eine Anzahl Juden, die das Essen hier – weil nicht koscher – ablehnt. Von den Mannheimer Orthodoxen haben fast alle dem Zwang der Lage nachgegeben und essen Fleisch. In einigen Ilots ist es gelungen, eine separate koschere Küche durchzuführen; manches Opfer muß hierbei gebracht werden. – Vor einigen Tagen besprach ich mit einem Orthodoxen die Frage, ob man dem Sohn eines gestorbenen Mannes die Nachricht durch Kabel oder durch Luftpost zugehen lassen solle; da die Auslagen für die hiesigen Verwandten ungefähr 200 Frs betragen, Luftpost nur 14 Frs, war ich für Luftpost. Der Orthodoxe bestand auf Kabel, weil der Sohn mehrere Wochen früher Kaddisch [26] für seinen Vater sagen könne.

20. 1. 41

Der Sonnenaufgang hat ein noch nie geschautes Bild geboten, der ganze Himmel stand im Osten in einer feurigen Glut. Tief schwarz ragte seitlich das Gebirge hoch. Ein gewaltiges Schauspiel. Dazwischen murmelten mir Verse in den Ohren, die gestern ein armer Refugié in unserer Baracke als selbstgedichtete vortrug, und deren Refrain das ganze Elend dieser von Lager zu Lager gehetzten Menschen wiederspiegelt, . . .»Euch Pyrenäen, ich kann euch nicht mehr sehen.« – Unter Refugiés verstehen wir hier jene Emigranten, die zu Beginn des Krieges interniert worden sind, zeitweise freigelassen und immer wieder geholt worden sind, und jene Emigranten, die im Mai aus den besetzten Ländern geflüchtet sind und interniert wur-

[24] Amalie Behr war eine Schwester Eugen Neters.
[25] Zu Dora Grünbaum siehe Nr. 85.
[26] Kaddisch (Heiligung): ein Gebet, welches von den nächsten männlichen Verwandten zur Erinnerung an den Verstorbenen gesprochen wird.

den. Da die Verhaftungen zumeist plötzlich erfolgten, sind sie ohne jegliches Gepäck und zumeist ohne Existenzmittel. Wie arm und reich unterschieden wir Hinzugekommene uns von diesen armselig bekleideten und durch das für sie härter gewesene Lagerleben reduzierten Refugiés. Wenn unter ihnen auch solche sind, die unterdessen Hilfe bekommen haben, die Mehrzahl ist bejammernswert. Und man begreift den Schmerz, der in jenem Vers-Schluß zum Ausdruck kommt. Der Leidensweg von Belgien bis in die hiesige Gegend erscheint in den Berichten der Refugiés als eine der grausamsten Episoden.

5. 1. 41

Gestern traf ich in einem Ilot einen 98er[27]; Du kannst Dir vorstellen, wie ich mich gefreut habe. Was diese Leute seit ihrem Abtransport aus Brüssel (Mai 40) durchgemacht haben, kann man ihrem Gesicht und der armseligen Kleidung entnehmen. Berthold Strauss, mein einziger Mitarbeiter im Synagogenrat in den schweren Monaten November–Dezember 38, der auch diesen Leidensweg durchmachen mußte, ist nicht mehr zu erkennen. Wir standen gut zusammen und freuten uns, als wir uns dieser Tage wieder getroffen haben. – Nun hat bei uns die Tätigkeit der Quäker eingesetzt; es ist herzerfrischend, in dieser harten Gegenwart Leute an der Arbeit zu sehen, die so geräuschlos und so praktisch soziale Kleinarbeit im Großen leisten. Keinerlei Ankündigungen und Versprechungen; sofort wirkliche Leistung.

Nr. 38

Bericht des Mannheimer Kinderarztes Dr. Eugen Neter (29. 10. 1876–8. 10. 1966) über Camp de Gurs, verfaßt 1946 (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 5 N)

Mitte Oktober 1940 machte sich eine Beunruhigung in der Gemeinde Mannheim bemerkbar, verursacht durch das Gerücht, daß etwas gegen die Juden beabsichtigt sei. »Es liege etwas in der Luft.« – Was drohte, konnte niemand sagen, konnte ich trotz verschiedener Nachforschungen nicht feststellen, auch nicht andeutungsweise. Montag, den 21. Oktober berichteten mir mehrere, in den Fabriken beschäftigte jüdische Arbeiter, daß man ihnen ihre Papiere herausgegeben habe. Als Grund für die so plötzliche Entlassung aus der Arbeit wurde angegeben: »Befehl von politischer Amtsstelle«. Es bestand nun kein Zweifel mehr, daß in kürzester Frist, wahrscheinlich schon am nächsten Tag, etwas gegen die Juden erfolgen würde.
Dienstag, den 22. Oktober, wurde ich gegen 7 Uhr früh auf das Büro der Geheimen Staatspolizei gebeten, wo ein hoher SS-Offizier sich mir als Leiter der ganzen Aktion vorstellte und mir über das, was vor sich gehen sollte, Aufklärung geben wollte: Die Juden Badens und der Pfalz sollten abtransportiert werden, Endziel: Südfrankreich. Es sollen zurückbleiben: »Transportunfähige und Mischehen (Mann Jude, Frau Arierin).« Da ich selber in Mischehe lebe, erbat ich die Erlaubnis, als Präsident der Gemeinde diese begleiten zu können.

---

[27] Ehemaliges Regiment, bei dem Eugen Neter im Ersten Weltkrieg Stabsarzt war.

Unterdessen war bereits mit den Verhaftungen begonnen worden. Schutzleute erschienen in den Wohnungen und forderten die Juden auf, zu packen und nach kurzer Frist ihnen nach den Sammelplätzen (Turnhallen, Schulen usw.) zu folgen. Da die für das Packen zur Verfügung gestellte Zeit bei vielen sehr knapp war (nur ungefähr eine Stunde), und da die verursachte Aufregung vielen ein überlegtes Packen unmöglich machte, war das mitgenommene Gut nicht nur mengenmäßig, sondern auch in seiner Auswahl sehr mangelhaft, was sich später verhängnisvoll auswirkte. Die Vorschrift 50 kg Gepäck wurde nicht streng eingehalten; wer im Stande war, mehr zu tragen oder sich dabei helfen zu lassen, konnte mehr mitnehmen. Für die, welche mit Autos abgeholt wurden, war die Gepäckfrage etwas leichter zu erledigen.

Da ich auf freiem Fuß geblieben war und durch einige gemeindeamtliche Besorgungen in verschiedene Stadtteile kam, konnte ich das Verhalten des Publikums beobachten. Es war sehr verschieden von dem im November 1938; die Bevölkerung verhielt sich ernst und ablehnend.

Nach Erledigung meiner dienstlichen Geschäfte, von denen eines in der Abhebung eines hohen Geldbetrags aus dem Bankdepot der Gemeinde bestand, ging ich auf das Gemeindebüro. Wo sonst das große, im maurischen Stil gebaute Haus ein lebhaftes Kommen und Gehen sah, herrschte an diesem Morgen eine Grabesstille. Keine menschliche Seele mehr in dem vielstöckigen Gebäude. Einsam saß ich in meinem Amtszimmer und ordnete das Notwendige. Es kamen später noch einige Gemeindemitglieder (Ausländer), um sich Rat zu holen. Ich freute mich, jedem einen ungewohnten, hohen Geldbetrag mitgeben zu können.

Gegen ein Uhr verließ ich die mir in Freud und Leid liebgewordenen Räume. So wie ich, in Vorahnung meines Schicksales, manchmal gedacht hatte: wenn wir einmal fort müssen, schließt du als Präsident (als Parnes) die Tür hinter dem Letzten der Gemeinde, so erfüllte sich in dieser Stunde mein Traum. Alle waren sie bereits verhaftet und auf dem Wege des Abtransportes. Ich schloß als letzter die Türe.

Die Verhaftung und Ankündigung des Abtransportes bedeutete für die Betroffenen ein furchtbares Erleben. Es konnte nicht ausbleiben, daß manche Seele diese Prüfung nicht bestand. Im Laufe der ersten Stunden der Aktion erfolgten mehrere Fälle von Selbstmord und Selbstmordversuchen. In Mannheim waren es (bei 2500 Abtransportierten) ungefähr zehn Fälle, ebensoviel in Baden-Baden (bei kaum 100 Gemeindemitgliedern). Bei diesen Fällen von Selbstmord – auch während der Fahrt geschahen solche – handelte es sich fast ausschließlich um Juden, die dem Judentum fernstanden, ausgetreten oder getauft waren. Das Schicksal dieser Menschen hatte etwas Tragisches: der Weg ins Exil warf sie wieder dorthin (zum Judentum, zum Jude-sein) zurück, von wo ihr Streben sie sich hat entfernen lassen: sie wollten keine Juden mehr sein und mußten es nun sein.

Die nicht Transportfähigen wurden in Mannheim im Krankenhaus und Altersheim untergebracht; die Leitung dieser Anstalten übergab ich einem (wegen Mischehe) zurückgebliebenen, erprobten Mitarbeiter[28]. Durch zwei (in Mischehe lebende)

[28] Siehe Nr. 42

Ärzte wußte ich die Hilflosen zuverlässig versorgt. Die um das Krankenhaus hochverdiente Oberin sollte nach Weisung der Gestapo zurückbleiben; sie erbat die Erlaubnis, die Gemeinde in die Verbannung begleiten zu dürfen. Das Wirken dieser tapferen Frau wurde in Gurs ein Segen für viele, an Leib und Seele Hilfsbedürftige.

In fünf Extrazügen (französischen Personenwagen) erfolgte der Abtransport der ungefähr 7000 Baden-Pfälzer[29]; Baden und Pfalz waren evakuiert. In Mannheim blieben zurück: etwa 100 Transportunfähige und ungefähr 100 in Mischehe lebende Juden.

Es ging ins Exil, in die Verbannung. Jüdische Geschichte lebte in mir auf, als wir Mannheim verließen. Und ich dachte an jene bekannte Frage am Sederabend[30]: »Wodurch unterscheidet sich diese Nacht von allen anderen Nächten?« Jüdisches Schicksal. Aber wir werden an der Last dieses Schicksals schwerer tragen als unsere Väter, weil uns Juden des 20. Jahrhunderts die wertvolle Stütze der Religion, jenes unerschütterlichen Glaubens fehlt, der unsere Väter beseelte und ihnen die Kraft gab, auch das Schwerste zu tragen.

Der aus guten Personenwagen bestehende Zug brachte uns in zweitägiger Fahrt an unseren Bestimmungsort. Unterwegs wurden die zur Mitnahme bewilligten 100 Reichsmark in 2000 Francs umgewechselt.

Spät nachmittags kamen wir in Oloron an, von wo uns Camions[31] in kurzer Fahrt ins Camp de Gurs brachten. Es regnete. Der größte Teil des Gepäcks wurde gesondert gefahren. Dies brachte bedauernswerte Schwierigkeiten insofern, als es viele Wochen dauerte, bis es gelungen war, den Eigentümern ihre Koffer und sonstigen Habseligkeiten aus dem zu einem hohen Berg aufgestapelten Gepäck auszusuchen. Viele Sachen blieben vermißt; bei vielen konnten die Besitzer nicht ermittelt werden. Besonders schmerzhaft waren jene Verluste, die dadurch entstanden, daß das Gepäck im Freien lag und dem Regen ausgesetzt war.

Es war bereits dunkel geworden, als die Autos vor den Ilots (Blocks) hielten. Da standen sie, die Unglücklichen, die Vertriebenen nun bald in den Baracken, die ihre Unterkunft werden sollten auf unbestimmte Zeit. Werden es Monate, Jahre sein?

Vom Regen durchnäßt, frierend, von der langen beschwerlichen Bahnfahrt erschöpft, schauten sich die Menschen in den leeren Baracken nach einer Möglichkeit um zum Sitzen oder zum Liegen. Keinerlei Sitzgelegenheit bot sich ihnen. Am Boden Strohsäcke oder Stroh oder gar nichts! Auf ihrem Gepäck sitzend – soweit sie solches hatten – verbrachten viele, darunter über 70- und 80jährige Männer und Frauen, diese erste Nacht im Camp, körperlich und seelisch zerrüttet.

Es sei hier eine Bemerkung eingeschaltet, die auf die Eigenart der Altersschichtung der Evakuierten hinweisen soll: 60 % der Baden-Pfälzer waren über 60 Jahre alt (der älteste war 98, die älteste Frau 99 Jahre alt und fuhr im Herbst 1941 noch übers große Wasser zu ihren Kindern). In den ersten 6 Monaten starben 138 Baden-Pfälzer im Alter von über 80 Jahren. Diese Überalterung, diese Vergreisung

[29] 6504 Juden.

[30] Der erste Abend des Passah-(Pessach-)Festes ist der Sederabend.

[31] Camions = Französische Lastwagen.

im Altersaufbau der Baden-Pfälzer muß man sich stets vor Augen halten, wenn man ein richtiges Verständnis für die Vorgänge im Lager gewinnen will. Und noch eine zweite Tatsache beachte man: Das Überwiegen des weiblichen Geschlechtes. Von den ungefähr 7000 Baden-Pfälzern waren 4500, also fast zwei Drittel, weiblichen Geschlechtes.

Eine kurze Schilderung des Lagers schließe ich an: Das Lager ist groß und kann ungefähr 15 000 Insassen beherbergen. Die 1800 m lange Lagerstraße teilt das Lager in zwei gleiche Teile; an ihrem südlichen Ende befinden sich die Baracken der Verwaltung. Entlang der guten Straße liegen die in Ilots zusammengefaßten Baracken; durchschnittlich 25 Baracken bilden ein durch Stacheldraht in sich abgeschlossenes Ilot. Der Ausgang der Ilots wird durch einen Posten bewacht. Die Zahl der Ilots beträgt 13 (4 Frauen- und 9 Männer-Ilots). Dazu kommen noch die beiden Ilots: Hôpital-Centrale und Hôpital des Femmes, gleichfalls aus Baracken bestehend.

In den Ilots stehen die Baracken in vier bis fünf Reihen hintereinander, die Reihe zu fünf bis sechs Baracken, je acht Meter voneinander entfernt. Die Baracken sind 25 Meter lang und fünf Meter breit, ohne Decke, Holzfußboden. Nur die Infirmerie-(Kranken-)Baracke hat eine Holzdecke mit Dachboden und einige Fenster. Die Wohnbaracken haben nur Luken zum Lüften, so daß sie bei geschlossenen Luken völlig dunkel sind. Ende November erhielten die Baracken einen Ofen. Während der Nacht brennt eine der elektrischen Lampen; tagsüber ist der elektrische Strom abgestellt, was, da er abends erst spät eingeschaltet wird, eine sehr lang dauernde Dämmerung in der Baracke bewirkt.

Jedes Ilot hat zwei Latrinen, die etwas erhöht »als Hochstand« erbaut, nicht unzweckmäßig eingerichtet sind. Am Boden befinden sich zehn Löcher; 1½ m hohe Zwischenwände schufen, nach vorn durch eine gleich hohe Tür ergänzt, etwas Kabinenähnliches. Unter den Öffnungen standen eiserne Tonnen, die täglich abgeholt wurden. Daß im Laufe der kalten Monate das Holz der Zwischenräume gestohlen und verbrannt wurde, brachte eine unsympathische Situation.

Trotzdem die Einrichtung der Klosetts nicht zu beanstanden war, bedeutete sie doch eine starke Zumutung für die Älteren der Neuangekommenen. Diese Form des Klosetts erforderte, weil die Übung von Jugend auf fehlte, eine außerordentliche Kraftanstrengung bei den alten Leuten, unter denen, wie bereits betont, viele Hunderte über 80 Jahre alt waren. Aber auch für die Kranken aus den Baracken war die ungewöhnliche Einrichtung eine große Belastung, besonders wenn man berücksichtigt, daß es in den ersten Monaten hauptsächlich Darmstörungen waren, welche die geschwächten Kranken zum häufigen Gang nach dem Hochstand, auch nachts nötigten.

Die Beschaffenheit des Weges nach dem Hochstand konnte man, ohne zu übertreiben, als weglos, den Gang dahin als Martyrium bezeichnen. Die Bodenverhältnisse in den Ilots waren unbeschreiblich. Wer die ersten regnerischen Monate nicht erlebt hat, konnte sich später, nachdem 1941/42 die Ilots saniert, d. h. mit guten Wegen trockengelegt waren, den Sumpf, den Morast nicht vorstellen; ein Schrecken für uns alle, besonders aber für die Frauen. Sobald man die Baracke verließ, trat man bis zum Knöchel in den nachgiebigen Boden, an vielen Stellen sank man tiefer ein.

Wie oft kam ich gerade zurecht, um einen armen Menschen aus dem Dreck herauszuhelfen, aus dem er allein sich nicht mehr heraushelfen konnte. Sobald man die Lagerstraße, den einzigen soliden Boden, verließ und das Ilot betrat, begann der Kampf mit dem Boden. Und dieser Kampf war insofern sehr ungleich, als unsere »kultivierten« Schuhe diesem wilden Boden nicht gewachsen waren. Besonders die Damenschuhe, dem Asphalt der Straße angepaßt, waren nicht das geeignete Schuhwerk gegen diesen Morast; der Schlamm drängte in die Schuhe und ließ die Füße überhaupt nicht mehr trocken werden. Es dauerte noch viele Monate, bis man Gummischuhe und hohe Gummistiefel kaufen konnte, die mit dem schlammigen Erdreich eher fertig wurden. Eine solche kostspielige Anschaffung war aber nicht vielen möglich. – Ein jammervolles Bild boten die Essenholerinnen, die sich mit ihren schweren Kübeln durch den Morast durchkämpfen mußten; einen traurigen Anblick boten die alten Leute, wie sie auf einem unförmigen Holzknüppel sich stützend, mühselig auch die kürzesten Wege kaum bewältigten. Es regnete viel in jenem ersten Winter und schuf schweres Leid.

Wenn durch Frost oder bei gutem Wetter der Boden gangbar war und trocken, boten die Ilots einen ungewohnten Anblick. Man sah in den sonst wenig belebten Ilots ein ungekanntes Leben und Treiben, frohe Menschen, glücklich, wieder einmal aus den finsteren Baracken an das helle Sonnenlicht ins Freie sich wagen zu können. Februar–März 1941 wurden viele der Baden-Pfälzer in andere Camps (Noé, Récébédou, Rivesaltes) überführt; sie berichteten ausnahmslos dasselbe: Alle Verschlechterungen in den neuen Camps waren reichlich ausgeglichen durch die guten Bodenverhältnisse, die sie dort antrafen.

Im Winter 1940/41 beherbergte das Camp ungefähr 14 500 Menschen. Am längsten waren da die Spanier, fast nur Männer in jugendlichem Alter. Ende Oktober kamen ungefähr 4000 Männer, zum größten Teil Juden, aus dem Lager St. Cyprien, zumeist jugendlichen und mittleren Alters, Flüchtlinge aus Belgien und Paris. Die allermeisten waren Deportierte aus Belgien (deutsche und österreichische Emigranten).

Die Baden-Pfälzer Männer wurden auf drei leerstehende Ilots verteilt, die Frauen auf die vier von internierten Frauen bereits bewohnten Frauen-Ilots. Diese waren schon von Anfang an stärker belegt als die der Männer. Lange Monate waren bis zu 65 Frauen in den einzelnen Baracken untergebracht, eine Überfüllung, die sehr viele Unzuträglichkeiten mit sich brachte. Und doppelt hart wirkte sich die dichte Belegung aus auch dadurch, daß man mit Hinsicht auf den Morast draußen, die Baracke nicht verlassen konnte außer in dringendsten Fällen. Schwer mußte sich der Zwang eines solchen engen Zusammenlebens in der übervölkerten Baracke auf die Seele der Neuangekommenen legen.

Dazu die Dunkelheit in der Baracke! Wohl waren Luken vorhanden, ungefähr sechs auf jeder Seite. Da aber beim Öffnen der Luke die Kälte hereinkam, gab es oft Meinungsverschiedenheiten zwischen denen die Licht und denen, die warm haben wollten. Die Dunkelheit und die Kälte machten das Handarbeiten in den Baracken fast unmöglich und zwangen zu einem Nichtstun, zu einem »vor sich Hindösen«, das die bedrückte Seele noch mehr beschwerte. Den Durst nach Licht, nach

Sonne in den Baracken wird niemand vergessen, der in jenem langen Winter 1940/41 in den dunklen Baracken auf dem Strohsack frierend saß und hungerte. – Ganz langsam nur gelang es den Hébergés, die eine oder die andere Luke durch Vitrex-Glas zu schließen und so etwas von dem schmerzlich entbehrten Licht hereinzulassen. Sehr ernst mußten sich diese Verhältnisse auf die Gesundheit der Barackeninsassen auswirken; auch die Menschenpflanze kann nicht gesund bleiben, wenn man ihr das lebenspendende Licht allzulange entzieht.

Am Abend unserer Ankunft gab es Tee. Selbst bei diesem einfachsten Abendessen ergaben sich schon Schwierigkeiten dadurch, daß die meisten keine Gefäße hatten, um den Tee zu empfangen. Die wenigen Büchsen, Becher, Flaschen, die mitgebracht worden waren, mußten für die 50–60 Menschen der Baracke ausreichen. Dieser Mißstand – das Fehlen fast jeglicher Eß- und Trinkgefäße – dauerte viele Wochen hindurch. Mit zwei Kameraden hatte ich sechs Wochen hindurch zusammen einen Teller und einen Löffel. Es bestand keine Möglichkeit, Eßgeräte zu kaufen. Wie anders waren die Verhältnisse ein Jahr später, als jeder Neuankömmling eine Gamelle (Kochgeschirr) mit Einsatz, einen Becher, einen Löffel und eine Gabel empfing.

Jede Baracke hatte einen Ofen. Im Hinblick auf die Größe der Baracke und die undichten Holzwände genügte dieser eine Ofen in keiner Weise. An Brennmaterial war der Mangel größer als durch den Krieg bedingt. Die nassen und frostigen Monate besonders des ersten Winters waren harte Zeiten für uns und besonders für die alten Leute. Auch die Nächte fror man, da zu wenig Schlafdecken ausgegeben waren; zuerst nur eine Decke und erst viel später eine zweite. Die Decken waren zwar groß und schwer, gaben aber nur wenig Wärme. Nicht viele waren es, die eine eigene Decke mitgebracht hatten. Es konnte deshalb nicht ausbleiben, daß eine große Anzahl, besonders von den Alten, in ihren Kleidern schlief.

Um so wertvoller im Interesse der Körperpflege waren die Duschen. Sie gaben die Möglichkeit, sich warm zu waschen. Eine segensreiche Einrichtung, die von Anfang 1941 an alle 8 bis 14 Tage zur Verfügung stand.

Eine etwas überraschende Tatsache sei hier erwähnt: Der Aus- und Ankleideraum der Duschen war nicht geheizt und deshalb im Winter und in den Übergangsmonaten empfindlich kalt. Aus dem heißen, feuchten Duschraum kommend, mußte man in diesem kalten Raum sich abtrocknen und anziehen und, da die Zeit infolge der vielen Teilnehmer drängte, sofort ins Freie hinausgehen. Man hätte nun befürchten müssen, daß dieses ungesunde Verhalten zu Erkältungen oder zu anderen Krankheiten Veranlassung gäbe. Durch drei Winter hindurch konnte demgegenüber festgestellt werden, daß die befürchteten Folgen nicht eintraten, wie überhaupt Erkältungserkrankungen in unserem Camp nur selten zu beobachten waren. Das fast völlige Fehlen von Erkältungskrankheiten im Lager wird wohl mit dem Klima zusammenhängen. Das Klima hier wird als Höhenklima empfunden, trotzdem Gurs nicht hoch liegt. Vielleicht sind es die nahen Pyrenäen, welche der flachen Höhe, auf der das Camp liegt, den besonderen Charakter geben.

Die Pyrenäen! Als wir am ersten Morgen diese steilaufragenden, schneebedeckten Berge zum erstenmal sahen, bedeutete dieser Anblick ein tiefes Erlebnis, zugleich

aber auch eine Überraschung, weil wir nicht wußten, in welche Gegend uns das Schicksal geführt hatte. Lange Monate, Jahre sahen wir nun die Pyrenäen; in unvergleichlichen Farben und Tönungen liegt die Morgensonne auf den schneebedeckten Hängen, und im leuchtenden Feuer erglühen abends die Gipfel der Berge. Für viele der hinter dem Stacheldraht Lebenden ein schmerzlicher Anblick. Man begreift den im Camp oft gehörten Refrain: »Ich kann Euch nicht mehr sehen, Euch Pyrenäen.«

Jedes Ilot war durch Stacheldraht abgeschlossen; der am Eingang stehende Posten ließ nur gegen Ausweis heraus. Dem Ilot standen für die Insassen ungefähr 15 bis 25 solcher Ausweise zur Verfügung. Diese verteilten sich auf die viele Hunderte betragende Belegschaft des Ilots. Man kann sich ausrechnen, wie selten die Gelegenheit war, das Ilot zu verlassen, um z. B. Angehörige zu treffen. Es waren über zwei Wochen vergangen, bis es mir möglich war, einen Ausweis zu erhalten und meine Schwester aufzusuchen. Diese weitgehende Einschränkung des Verkehrs innerhalb des Lagers wurde als sehr drückend empfunden und hat zu einer Reihe von harten Zwischenfällen geführt. Wie streng die Absperrungen waren, zeigt das Bestehen einer sogenannten »Ilot-Post«; wo man sich nicht mündlich mitteilen konnte, was man sich zu sagen hatte, schrieb man sich durch Vermittlung der von dem »Ilot« eingerichteten »Ilot-Post«. Man nutzte jede Möglichkeit aus, sich außer der Reihe zu treffen. Dazu boten die Gottesdienste und Beerdigungen günstige Gelegenheiten. In den Männer-Ilots wurden Trupps (Corvées) gebildet und durch einen Begleiter zum Gottesdienst in ein Frauen-Ilot geführt (zur Schaffung eines Minjan). Nach dem Gottesdienst sammelten sich die Männer wieder, nachdem sie noch einige Zeit hatten, mit den Angehörigen zusammen sein zu können. Trotzdem oft 30 Männer und mehr mitgingen, kam manchmal das Minjan nicht zustande. Die Männer verbrachten die zur Verfügung stehende Zeit lieber bei ihren Frauen. – Ähnlich dienten auch die Beerdigungen dazu, die harte Maßnahme der Trennung der Familien etwas zu mildern. (Zum geflügelten Wort wurde ein Satz aus der »Ilot-Post« einer jungen Frau: »Lieber Otto, mach mir das Plaisir und komm heute Mittag zur Beerdigung.«)

Im Gegensatz zu anderen Lagern hatte unser Camp eine gewisse Selbstverwaltung in den Ilots. Die Insassen eines Ilots wählten sich ihren Chef, dem die Camp-Direktion weitgehende Führung seines Ilots überließ. Die Bedeutung dieser Selbstverwaltung wird zumeist nicht voll gewürdigt. Die Unterschiede zwischen gut und schlecht geführten Ilots zeigten, daß der Ilot-Chef innerhalb der ihm gewährten Bewegungsfreiheit noch genug Gelegenheit hat, zu zeigen, was Selbstverwaltung zu leisten vermag. – Jede Baracke hatte ihren Baracken-Chef. Seine Aufgabe, Ordnung und Frieden in der Baracke zu halten, war nicht leicht: 50–60 Menschen auf dem engen Raum einer dunklen Baracke unter den gegebenen Schwierigkeiten zu einem gegenseitigen Sichverstehen anzuhalten, erforderte eine Persönlichkeit. Ich hatte das Glück so manchen Baracken-Chef kennenzulernen, dem es mit Liebe, Geduld und Menschenkenntnis gelungen war, Vater seiner Baracke zu sein.

Jedes Ilot hatte eine Kantine in eigener Verwaltung. – Die Ilotküche spielte eine große Rolle im Leben der Internierten; stand doch die Ernährungsfrage im Vor-

dergrund ihres Interesses. Jede Küche hatte sechs bis acht Kessel, je 100–200 Liter fassend. Als Heizmaterial kam anfangs nur Holz in Betracht, später auch Kohle. Armselig war im Anfang die Ausrüstung der Küchen. Lange fehlte es fast an allem, von den Schöpflöffeln angefangen bis zu der Säge, um das gelieferte Brennholz klein zu machen. Es dauerte geraume Zeit, bis jede Baracke einen Behälter zum Essenholen hatte. Alles in der Küche Notwendige wurde allmählich auf mühseligen Wegen aus Mitteln der Internierten angeschafft.

Ebenso leer wie die Küchen und Baracken standen bei unserer Ankunft die Infirmerien, die Revierstuben der Ilots. Keinerlei Betten, keinerlei Material zur Pflege der Schwerkranken und zur Instandsetzung der Räume, keinerlei Medikamente und keine Instrumente. In den Frauen-Ilots hätten sogar die privat mitgebrachten Medikamente abgeliefert werden müssen. Der unermüdlichen Tatkraft der internierten (jüdischen) Ärzte gelang es, unter Überwindung großer Schwierigkeiten das Allernotwendigste an Material, Medikamenten und anderem Bedarf zu beschaffen (aus Mitteln des Ilots) und eine Unterkunft aufzubauen, die vielen, vielen Kranken eine schützende Zuflucht bot.

Die anfänglichen Mißstände auf gesundheitlichem Gebiet wirkten sich verhängnisvoll aus. Die Monate November/Dezember 1940 und Januar 1941 sahen ein grausames Massensterben. Eine ruhrartige Darmerkrankung hatte um sich gegriffen, nachdem die neuen, sehr schwierigen Lebensbedingungen die Menschen, besonders die vielen Alten körperlich und seelisch geschwächt und widerstandsunfähig gemacht hatten. Vergeblich fast war die überaus schwere Arbeit der Ärzte und das Mühen der sich aufopfernden Schwestern; zu sehr mangelte es an Arzneien, Diät, Nahrung und Pflegemitteln. In den kalten Behelfsbaracken mit 30–40 Durchfallskranken eine einzige Bettschüssel. Furchtbar war die Beschmutzung bei dem Mangel an Wäsche, unsagbar die dadurch körperlich und seelisch verursachte Qual. Was jüdische Schwestern und Helferinnen damals geleistet haben, kann voll nur würdigen, wer die ungünstigen Verhältnisse miterlebt hat, unter denen sie damals ihren schweren Dienst antreten mußten. In jenen drei Monaten starben ungefähr weit über 600 Männer und Frauen. Viele starben in den ersten Monaten ohne nachweisliche Erkrankung; das Herz, der ganze Körper ertrug die Umstellung nicht und versagte. Ebenso der Lebenswille, der gebrochen war durch das Furchtbare der neuen, unerträglichen Umgebung. Besonders dort war der Lebenswille geschwächt oder gänzlich vernichtet, wo der Mensch allein stand und wo ihm der Auftrieb fehlte, den die Hoffnung, seine Kinder oder Frau später nochmals wiederzusehen, dem Ermatteten zu geben vermag. – Mag die Mehrzahl der Gestorbenen auch schon einem Alter angehört haben, in welchem das Absterben des Menschen ein natürlicher Vorgang ist, so war doch der allgemeine Eindruck der, daß hier der Tod früher kam, als er unter anderen Lebensbedingungen erwartet werden müßte.

Eine sehr große Rolle spielte im Lager die Ernährungsfrage. Man kann vielleicht sagen, die größte Rolle. Die Bedeutung der Ernährung richtig abzuschätzen, erscheint mir nicht so einfach. Die Schwierigkeiten für die Beurteilung sehe ich darin, daß es genauer Prüfung bedarf, um die Bedeutung der anderen Einflüsse zu erkennen, jener Einflüsse, die ungünstig auf den Gesundheitszustand und auf die Seele

des Internierten wirkten: Welche Bedeutung kommt dem Leben in den Baracken und dem Mangel an Wärme zu? Wer diese beiden Schädlichkeiten unterschätzt, wird die Bedeutung der Ernährung überschätzen. Die schädliche Wirkung des Lebens in der kalten, lichtlosen Baracke kann nicht hoch genug eingeschätzt werden; auch bei genügender Ernährung hätte dieses trostlose, ungesunde Leben zu Störungen der Gesundheit führen müssen; zusammen mit einer Unterernährung mußte das Leben in lichtlosem Dunkel, in Kälte und Schmutz, sich verhängnisvoll auswirken. – Auch die besternährte Pflanze entwickelt sich nur ungesund im Dunkeln, beim Fehlen des lebens- und gesundheitspendenden Lichtes.

Die Stimmung des in der Baracke Eingeschlossenen (der Morast draußen beschränkte das Verlassen der Baracke auf das Äußerste) war sehr niedergedrückt. Schwer litt die Seele an dem Fehlen des Lichtes, an der Kälte und an dem engen Zusammensein mit so vielen anderen. Wir wissen, daß die Verdauung, die Ausnützung der Speisen bei trauriger Seelenverfassung wesentlich schlechter ist als bei guter heiterer Stimmung. Unmöglich konnte deshalb bei den so Unglücklichen die Ausnützung der Nahrung gut vor sich gehen. Zu dieser Verschlimmerung der Unterernährung kam noch die weitere Schädigung durch die vermehrte Abgabe von Körperwärme infolge der Kälte in der Baracke. Bekannt ist, daß wir im Winter mehr als im Sommer essen müssen, weil der Körper mehr Wärme an die kalte Umgebung abgibt. – Und so kamen zu der absolut unzureichenden Kost diese beiden Schädigungen hinzu: die verminderte Ausnutzung im Stoffwechsel des Körpers und die vermehrte Kräfteausgabe wegen der Kälte in der Baracke. Bei Licht und Wärme in der Baracke hätte die mangelhafte Ernährung keine so verhängnisvollen Auswirkungen gehabt. Vitrex und Brennholz hätten manchen Mangel in der Ernährung ausgleichen können. Von Anfang an war die den Ilots gelieferte Nahrung ungenügend nach Menge (Quantität) und nach Beschaffenheit (Qualität). Die Menge der wichtigsten Nahrungsstoffe, Fett, Eiweiß und Mehle (Kohlenhydrate) entsprach nur ungefähr einem Viertel der als notwendig betrachteten. Die Erfahrung aus dem Weltkrieg 1914/18 lehrte, daß Millionen Menschen jahrelang unterernährt werden konnten, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen. Was aber die damalige, durch den Krieg bedingte Unterernährung unterschied von der hier im Camp, war: Die den Herbergierten gebotene Menge der drei wichtigsten Nahrungsstoffe war noch geringer als die erwähnte im Weltkrieg. Zu dieser Unzulänglichkeit der Kost kam hinzu das Eintönige des Speisezettels. Wochenlang gab es z. B. nur Rüben, ebenso lange Wochen Kürbisse oder dann nur Kohl oder Topinambour. Diese Einförmigkeit stellte an den Geschmack und die Verdauungsorgane Anforderungen, denen viele nicht entsprechen konnten. Alles wurde dagereicht in Form von Suppen, die zumeist sehr dünn waren. Der Körper wurde von einer (sehr mineralsalzreichen) Flüssigkeit überschwemmt, welche auf die Dauer die Gesundheit untergraben mußte, eines Organismus, eines Körpers, der bereits durch die ungünstigen Lebensbedingungen in seiner Widerstandskraft geschwächt war.

Anfänglich ging es nur um eine Abnahme des Körpergewichtes, die schließlich nicht als bedenklich bezeichnet werden konnte. Ich selbst verlor in dem ersten Halbjahr 26 % meines Friedensgewichtes, hatte aber keinerlei Anlaß, den geschwundenen

Pfunden eine Träne nachzuweinen. Bei vielen Internierten führte aber im weiteren Verlauf die einseitige, unzureichende Ernährung zu einer Abnahme des Gewichtes, die über ein Drittel des früheren betrug und als ernst zu betrachten war, und führte weiterhin zu Krankheitserscheinungen, die unter der Bezeichnung »Hunger-Ödeme« (Wassersucht) als Begleit- und Folgeerscheinungen weitgehender Unterernährung bekannt sind. Die Behandlung der großen Zahl dieser Ödemekranken bot außerordentliche Schwierigkeiten, da das einzige Medikament, eine nicht einseitige, genügende Ernährung trotz anerkennenswerter Unterstützung durch die Quäker nicht zur Verfügung stand. Die Sterblichkeit der schwerleidenden Ödemekranken war nicht so groß, als die Erscheinungen hatten befürchten lassen. Diese Feststellung erfährt aber eine Unsicherheit dadurch, daß ein Teil der Ödemekranken noch vor ihrer völligen Wiederherstellung aus dem Lager abtransportiert wurde und ihr weiteres Schicksal unbekannt blieb.

Wenn die Ernährungsfrage der Hébergés im großen und ganzen auch während der weiteren Jahre keine nennenswerte Änderung aufwies, d. h. ziemlich gleichmäßig ungenügend und einseitig blieb, zeigten die gesundheitlichen Verhältnisse doch ein anderes Bild als in der Anfangszeit. Die von der Allgemeinheit und auch ärztlicher Seite geteilten Befürchtungen traten nicht ein. Man hatte große Sorge, daß bei der weiteren Unterernährung die Abnahme des Körpergewichtes fortschreite, die Widerstandskraft der geschwächten Menschen nachlassen werde. Gegen alle Erwartungen besserten sich, trotz Gleichbleibens der unzureichenden Ernährung, die gesundheitlichen Verhältnisse im Camp. Die Internierten zeigten fast keinerlei Neuerkrankungen an Hungerödemen, fast keine weitere Abnahme des Körpergewichtes und eine immer geringer werdende Sterblichkeit. Wer sich freihielt von einer Überwertung der Ernährungsfrage (der Kalorien) und durchdrungen war von den weitgehenden Schädigungen durch die unheilvollen Lebensbedingungen (der Bodenverhältnisse, der Lichtarmut und der Kälte) war nicht überrascht von der gesundheitlichen Entwicklung vom Sommer 1941 ab. In diesem Sommer begannen die äußeren Bedingungen sich wesentlich zu bessern. Die Ilots wurden zum Teil trockengelegt, der Sommer hatte das segenspendende Licht gebracht und auch einen Teil der Luken durch Vitrex ersetzt. Kräfteverlust durch Kälte kam in Wegfall (Bettdecken 3 und anderes). Und durch all die erfolgten Verbesserungen der Lebensbedingungen war die seelische Verfassung der Barackeninsassen nicht mehr so gedrückt wie in der ersten Zeit, wo ein hartes Schicksal die Unglücklichen aus ihrem Wohlstand auf den Boden einer kalten, dunklen Baracke geworfen hatte. Die mitgebrachten körperlichen Reservekräfte (die meisten hatten ein zu hohes Körpergewicht) waren nicht gleichbedeutend mit größerer Widerstandskraft. Der Übergang von guten in schlechte Lebensverhältnisse erwies sich (erfahrungsgemäß) als viel schwerer und kostete viel mehr Opfer als das Durchhalten, nachdem der Körper sich den neuen Verhältnissen angepaßt hatte. Ein lehrreiches Beispiel sei hier angeführt:

An der Grippe (der spanischen Krankheit) der Jahre 1918/19 starben (nach Mitteilung von Prof. Nageli in Zürich) ungefähr 2 Millionen Menschen in den von ihr heimgesuchten Ländern. Die statistische Untersuchung ergab die überraschende Tat-

sache, daß das Land mit der kleinsten Sterblichkeit Deutschland war. Das ausgehungerte Deutschland hatte die größte Widerstandskraft gezeigt gegenüber der verheerenden Seuche.

Die Unzulänglichkeit der Kost, ihre Einseitigkeit, ihre Einförmigkeit wirkte grausam auf die hungernde Seele der Internierten. Selbstverständlich kann die Ernährung in einem Camp während eines Blockade-Krieges nicht vollwertig sein; sie kann vor allem nicht Menschen genügen, die zu Hause in Friedenszeiten gut und reichlich zu essen gewohnt waren. Aber der Hunger, den die Unzulänglichkeit der Camp-Nahrung unseren Hébergés auferlegte, ging doch wohl beträchtlich über das Maß hinaus, das durch den Krieg bedingt war. Unsagbar litten all diejenigen an Hunger, denen es nicht möglich war, an dem armseligen Marché-Noi – den dringendsten Zuschuß zu den armseligen Wassersuppen zu beschaffen. Tags und nachts bildete der Hunger den Hauptgegenstand der Gespräche. In den Briefen spukte überall der Onkel »Raaf« (Hunger). Die Zensur wurde stutzig, da fast alle Briefschreiber einen Onkel dieses Namens hatten und verbot schließlich die Anwendung der hebräischen Sprache. Während daheim mancher schlecht schlief, weil ein zu reichliches Abendessen ihn beschwerte, schliefen hier viele schlecht, weil sie Hunger hatten. Bei manchen war das Hungergefühl ins Krankhafte gesteigert; sie aßen unglaubliche Mengen armseliger Abfälle und tranken viel dazu. – Diese vor nichts sich ekelnde Vielesserei führte zu schwerem Rückgang der Körperkräfte und, wenn nicht Einhalt geboten werden konnte, zum Tode. Auffallend war der fast unersättliche Appetit bei den alten Leuten; ein interessantes Beispiel, das zeigte, wie falsch es ist, wenn man Hunger und Nahrungsbedürfnis gleich setzt. Wir haben in Friedenszeiten weit über das Nahrungsbedürfnis unseres Körpers gegessen, nicht zum Nutzen für unsere Gesundheit, wie schon das Sprichwort sagt: Messer und Gabel haben schon mehr Menschen getötet als das Schwert! Und so war es auch im Camp de Gurs, der Hunger war immer größer als das Nahrungsbedürfnis.

Was den Hunger besonders scharf empfinden ließ, war die Langeweile, die in ihrer vielfachen Auswirkung schwer auf den früher so rührigen Menschen lastete. Die im Ilot notwendigen Arbeiten boten bei der starken Belegschaft nur einem kleinen Teil der Insassen Arbeitsgelegenheit; alle anderen waren zum Nichtstun verurteilt. Durch die Absperrung in den Ilots war die Bewegungsfreiheit auf das äußerste eingeschränkt. Lesen und Handarbeiten waren nur in geringem Maße möglich (mangels Tageslicht in der kalten Baracke). In niederdrückender Langeweile saß man auf den Strohsäcken und wartete von einer armseligen Mahlzeit auf die andere.

Anders diejenigen, die vollbeschäftigt waren; diese vergaßen oft über ihrer Arbeit den Hunger.

Lange Zeit verging, bis die Frage der Arbeit in ihrer Bedeutung für die körperliche und seelische Gesundheit die ihr gebührende Aufmerksamkeit gefunden hatte. In Wirklichkeit erfolgte aber keine Änderung.

Der Hunger war hart; es war vielen nicht gegönnt, in langen Monaten und Jahren sich auch ein einziges Mal satt zu essen mit dem, was die Verwaltung stellte. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß ein Internierter, der nur von dem sogenannten Kommandanturessen hätte leben müssen, verhungert wäre. Denjenigen, die ohne

Beistand von außen (Geld, Pakete) waren, kam die Unterstützung durch die hier segensreich wirkenden »Oeuvres« zu Hilfe: SECOURS SUISSE, SECOURS QUAKER, O.S.E., SECOURS NATIONAL und C.C.A. haben in der Ernährungsfrage Außerordentliches geleistet.

Die Fürsorge für die Gesundheit der Internierten war gut durchgeführt, nachdem die großen Schwierigkeiten in den ersten Monaten überwunden waren. Jedes Ilot hatte einen oder zwei Ärzte oder Ärztinnen. Die Kranken wurden entweder in ihren Baracken behandelt oder in der Infirmerie (Revierbaracke) aufgenommen, nötigenfalls einem der beiden Hospitäler überwiesen. Spezialärztliche Untersuchung und Behandlung erfolgte, soweit sie nicht bereits im Camp durchgeführt werden konnte, in einer benachbarten Stadt, ebenso die Operationen. Die Geburtshilfe lag in den Händen eines bewährten internierten Frauenarztes. Die zahnärztliche Behandlung wurde in weitgehendem Maße gewährt; die Wohlfahrtspflege des C.C.A. übernahm die Kostendeckung.

Den Ärzten stand in guter Kameradschaft ein geschultes und ungeschultes Pflegepersonal zur Seite und erfüllte die Forderungen ihres Dienstes, der besonders in der ersten Zeit recht schwer war, als alles nur behelfsmäßig geschafft werden konnte. Die Schwestern stammten zumeist aus dem Mannheimer Jüdischen Krankenhaus. Was dessen einstige Oberin als Ilotschwester hier vorbildlich geleistet hat, wird in der Geschichte des Camp des Gurs eines der wenigen lichtvollen Kapitel bilden.

Einige nicht uninteressante Beobachtungen auf dem gesundheitlichen Gebiete des Lagerlebens seien hier kurz erwähnt. Trotz des zeitweisen Mangels an Insulin ging es den Zuckerkranken im großen und ganzen nicht schlecht, trotzdem jegliche Diätkost fehlte. Es war immer wieder erstaunlich, wenn man sah, wie gut die Zuckerkranken die Allgemeinkost vertrugen. – Sogenannte Erkältungen gehörten hier im Camp zu den Seltenheiten. Trotzdem die geschilderten, sehr ungünstigen Lebensbedingungen das Auftreten von Erkältungskrankheiten begünstigten, sah man nur wenige Erkrankungen an Angina, Bronchialkatarrh, Lungenentzündung; auch Nieren-Erkrankungen waren nur selten beobachtet. Und Neuerkrankungen an Rheumatismus waren so gut wie unbekannt. Wurmkrankheiten waren viel seltener, als man bei der starken Verschmutzung, besonders während der ersten Zeit, hätte befürchten müssen. Dafür trat als Folge der anfangs sehr mangelhaften Körperpflege bald die Ungezieferplage auf; zuerst die Läuse, dann die Flöhe und später die schlimmsten Plagegeister, die Wanzen, die fast aus allen Kämpfen als Sieger hervorgehen. Auch die Rattenplage sei hier nicht vergessen. – Die als Lagererscheinung bekannte Amenorrhöe (das Ausbleiben der Periode) wurde auch bei einem hohen Prozentsatz (ungefähr 70 %) der Frauen beobachtet. Eine ursächliche Erklärung der dauernd oder nur zeitweise auftretenden Amenorrhöe fehlt noch immer.

Allgemein nahm man an, eine Zunahme der Nervosität feststellen zu können. Selbstverständlich erscheint eine solche Auffassung in Hinsicht auf die unsagbaren Anforderungen, welche die Not des Camplebens an die Nerven gestellt hat. Daß die Menschen sich hier im Lager viel häufiger nervös gezeigt haben als zu Hause in normalen Friedenszeiten, ist noch kein einwandfreier Beweis, daß die Nervosität zugenommen habe. Man kann diese Tatsache auch auf andere Weise erklären: viele

Menschen erschienen als nervös, als gereizt, als krankhaft empfindlich, weil aus verschiedenen Gründen jene Hemmungen wegfielen, die das zivile Leben in normalen Zeiten wesentlich beherrschen. So mancher Nervöse, der zu Hause zu seiner Familie ohne Hemmungen ist, sich gehen läßt und so seine wahre Nervenverfassung zeigt, beherrschte sich draußen im Umgang mit der Welt so gut, daß man einen falschen Eindruck gewinnt und nichts von seiner Nervosität erkennt. Hier im Lager muß bei dem engen und dauernden Zusammenleben in der Baracke der Mensch sich gleichsam nackt den Kameraden preisgeben und zeigt so einen wahren Menschen, den zu verhüllen er früher bemüht war unter den normalen Verhältnissen des täglichen Verkehrs mit der Außenwelt. Und so erklärt sich manche Nervosität als ein Leiden, das nicht erst im Camp entstanden, sondern schon alt ist, aber dem Außenstehenden nicht erkennbar war. – Außenstehende gibt es in einem Camp nicht. – Als Nervosität wird oft auch ein Verhalten gedeutet und nachsichtig beurteilt, das nichts anderes ist als ein Sich-gehen-lassen. Viele Rücksichten, viele Anforderungen an das gesittete Leben, denen man im bisherigen zivilen Leben genügen mußte, fielen im Campleben leider für sehr viele fort. Man gab Erregungen und Empfindlichkeiten nach, die man sonst im Alltagsleben durch Selbstbeherrschung am Durchbrechen verhindert hat. – Beim engen Zusammenleben in der Baracke stießen sich überall und allzuoft die verschiedenen Interessen, entstanden allzuhäufig Gegensätze und Streitigkeiten, so daß sich reichlich Gelegenheit bot zu seelischen Explosionen, die einem nervösen Zustand zu entspringen schienen. Und zu all diesem der ewige Hunger, der die Nerven ebenso erregt, wie ein gutes Essen mit einer nachfolgenden Zigarre aufgeregte Nerven beruhigen kann. Der Hunger quält und macht den Menschen gereizt. – Nervenkranke und Geistesgestörte hatten wir leider viele unter uns. Neuerkrankungen kamen aber hier nicht häufiger zur Beobachtung als in normalen Zeiten. Auf manchen Nervösen und seelisch Kranken wirkte das Leben in der Gemeinschaft günstig ein.

Einen wohltuenden Anblick boten die Kinder und die Jugendlichen. Ihr Gesundheitszustand war fast ausnahmslos während der ganzen Jahre ungestört, ihr Aussehen gut, Gewicht normal. Nur die männliche Jugend zeigte anfangs Gewichtsverluste. Am besten gediehen die ganz Kleinen (unter 2 Jahren). Die Säuglinge waren mit ihren Müttern in eigenen Baracken untergebracht. Die Pflege durch die Mutter hat wohl den Hauptverdienst an dem guten Gedeihen der Kleinen, die keinerlei Erscheinungen zeigten, wie man sie sonst in Säuglingsheimen als Hospitalismus zu beobachten pflegt. Die Schweizer Hilfe unter Schwester Elsbeth hat Außerordentliches hier bei den Kindern und Jugendlichen geleistet.

Am Nordrand des Camps liegt der weit sich ausdehnende Friedhof. Anfangs ein morastisches Gelände, das die Beteiligung an einer Beerdigung sehr mühselig machte. Jetzt betritt man einen Gottesacker, der mit Sorgfalt gepflegt wird. Für alle Gräber ist ein einheitlicher Grabstein vorgesehen, bei einem Teil der Gräber ist er bereits aufgestellt. Die Kommandantur vermittelt die Aufstellung der Grabsteine.

Wie bereits ausgeführt, gab das enge und stete Zusammenleben in der Baracke die Möglichkeit, seinen Mitmenschen ganz anders, viel besser kennenzulernen, als es in

normalen Zeiten möglich war. Diese Tatsache ist bedeutungsvoll auch für die viel erörterte Frage: Hat die Not des Lagerlebens die Menschen schlechter gemacht, als sie vorher waren? Für sehr viele ist dies überhaupt keine Frage mehr; sie sind der festen Überzeugung, daß der Aufenthalt im Camp mit seinen Bedrängnissen und Versuchungen viele Menschen moralisch verdorben hat. So natürlich und selbstverständlich diese Ansicht auch sein mag, so muß doch etwas anderes berücksichtigt werden, wenn man ein zutreffendes Urteil gewinnen will. Ein altes Sprichwort sagt: die Not gleicht dem Regen, auf fruchtbaren Acker fallend, bringt der Regen hundertfältigen Segen, im Schlamm wird er selber zum Schlamm, oder anders ausgedrückt, die Not macht den Starken stärker, den Schwachen schwächer. Wer schon im gewöhnlichen Leben unsozial war, wurde im Lager noch selbstsüchtiger, der Geizige wurde noch geiziger, der sittlich Schwache noch haltloser, der Gute wurde besser und der Tatkräftige stärker. Wenn die Richtigkeit des Sprichwortes den Erfahrungen im Lager zu widersprechen scheint, so erklärt sich dieser Widerspruch einfach dadurch, daß wir unsere Mitmenschen (und vielleicht uns selbst) hier im Zusammenleben mit den anderen genau kennenlernten. Dies war früher nicht möglich, höchstens vielleicht den nächsten Familienangehörigen. Ein jeder trug im gewöhnlichen Leben gleichsam eine Maske, die sein wahres Wesen den Außenstehenden verbarg. Es war ja auch schließlich niemand verpflichtet, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, was man zu gern verbergen wollte. Unter dem Schutz der gesellschaftlichen Tünche erschienen die meisten anders, als sie in Wirklichkeit waren. In dem engen Zusammenleben einer Ehe fiel so manche Maske und zeigte den Menschen ganz anders, als er den Außenstehenden erschien. – Das Gemeinschaftsleben in der Baracke, Tag und Nacht, riß diese Maske, die Tünche ab und zeigte den Mitmenschen in seiner ganzen seelischen Nacktheit. Und man war oft überrascht über das Bild, das sich bot, wenn das Verschwinden der Maske die nackte wirkliche Seele bloßlegte. Die Ärzte, welche in langen Praxisjahren den Menschen in seiner körperlichen und seelischen Nacktheit kannten, erlebten hier im Lager keine besonderen Überraschungen auf dem Gebiete der Menschenkenntnis und konnten nur immer wieder die Richtigkeit des erwähnten Sprichwortes bestätigen. – So mancher, dessen selbstsüchtige Denkart früher sich verbarg unter einer sozialen Betätigung, die keine Opfer von ihm forderte, dafür aber oft Ehre brachte, zeigte hier im Lager unter dem Druck der Not seinen wahren Charakter und suchte in mehr oder weniger schmutziger Weise seinen Vorteil auf Kosten der anderen. Der und jener galt in der Gesellschaft als ein starker Mann; hier erwies er sich als kleiner, schwacher Mensch, da die Stütze fehlte, die ihm daheim die Stellung, der Beruf, das Geld geboten hatte. Wie wenig wußte im allgemeinen der Außenstehende von den Männern und Frauen, die es mit der ehelichen Treue nicht allzu streng hielten; diese wahrten ja den Schein. Hier im Lager, wo es einen Ausschluß der Öffentlichkeit kaum gibt, boten sich unschöne Bilder hemmungsloser Treulosigkeit, an denen nicht altmodische Zimperlichkeit Anstoß nahm, sondern ein gesundes Empfinden, das diese menschlichen Schwächen den Augen der Kinder und Jugendlichen nicht preisgeben wollte. Leicht ist man, wie erwähnt, geneigt, dem Lagerleben die Schuld an der »Verwilderung der Sitten« zuzuschreiben. In Wirklichkeit

handelt es sich wohl hauptsächlich darum, daß hier im Camp in aller Öffentlichkeit vor sich geht, was in geordneten Verhältnissen im Verborgenen sich abspielt. Und noch eines, im Lagerleben fallen viele Hemmungen fort, die im gesellschaftlichen Leben zur Einhaltung wenigstens der äußeren Form gezwungen haben.
In diesem Zusammenhang kann die bedeutungsvolle Frage erwähnt werden: Wie war die Moral im Camp?
Wie schon erwähnt, hatten die Internierten eine gewisse Selbstverwaltung. Männer und Frauen in den leitenden Stellen und die Funktionäre entnahmen die Ilots den eigenen Reihen. Was die Technik der Selbstverwaltung betraf, konnte man dieser eine weitgehende Anerkennung nicht versagen. Was aber die Sauberkeit dieser Verwaltung anging, mußte leider von einer Moral gesprochen werden, die anders war als die von früher gewohnte. Unzählige Male sprach man von einem Tiefstand der Moral, gebrauchte Ausdrücke, die sehr, sehr hart waren, ohne übertrieben oder ungerecht zu sein. Die Gelegenheit sich zu bereichern an Geld, Lebensmitteln und vielen sonstigen Vorteilen bot sich zu oft und wurde ausgenutzt. Der verwaltete Posten verlieh Einfluß und Stellung, und es waren der armseligen Gernegroße zu viele, die zum erstenmal »an der Macht« sich als üble Diktatoren aufspielten. Die – bereits angedeuteten – Beziehungen der beiden Geschlechter zueinander wirkten sich durch unsachliche, ganz persönlich ausgerichtete Erledigung wichtiger Angelegenheiten als traurige Unterrock-Politik oft schlimm aus und schufen Zustände, die empörend waren – ein sehr bitteres Kapitel.
Das Zusammenleben der fast nur aus Juden bestehenden Belegschaft des Camps bot viele unschöne Bilder; diese haben aber mit der Eigenart der Rasse nichts zu tun, sondern waren die Auswirkungen der ungünstigen Lebensbedingungen des Zusammenseins auf engstem Raum in höchster Not. In gewissem Sinne ein ständiger Kampf um die primitivste Existenz, ein nackter Kampf ums Brot. Es ist vielleicht kein Zufall, wenn in der hebräischen Sprache die Worte Brot (Lechem) und Kampf (Milchama) dieselbe Sprachwurzel haben. In nichtjüdischen Camps boten sich dieselben Bilder. In oft schamloser Weise kamen die menschlichen Schwächen zutage; jegliche Scheu fiel weg, wenn es sich zum Beispiel um das Stillen des unerträglichen Hungers oder des quälenden Verlangens nach Zigaretten handelte. So manches Häßliche, was das Campleben mit sich brachte, war in Wirklichkeit nur ein Menschliches, Allzumenschliches. Wenn man davon überrascht war, so erklärt sich dieser Irrtum dadurch, daß man all das viele Unschöne des Lagerlebens im früheren gesellschaftlichen Leben nicht kannte, weil es sich vor der Öffentlichkeit verbergen konnte. Hier im Lagerleben war die Öffentlichkeit nirgends ausgeschaltet, sie konnte den Mitmenschen bis in seine tiefsten geheimen Regungen und Betätigungen verfolgen.
Wo nicht starke Nächstenliebe Verständnis schuf und Nachsicht für seinen Mitmenschen in seiner Drangsal, seinen Schwächen, da entwickelte sich Ablehnung bis zum Haß und Ekel sich steigernd über all das Unschöne, was das Lager bot.
Laut und sichtbar drängte sich das Häßliche und Gemeine an die Öffentlichkeit, still und nur wenigen Menschen kennbar blieb das Große und Schöne, was gutes Herz und edler Sinn der Hébergés geleistet. Es ist schon richtig das Wort, daß die Not

den Starken stärker macht. Es fehlten uns gottlob nicht die Starken, die Guten, die Gütigen; von ihrem Tun, von dem Segen, der aus ihrer Arbeit hervorging, erfuhr die Öffentlichkeit nur wenig. Und es bot sich diesen tapferen, willigen und opferbereiten Männern und Frauen reichlich Gelegenheit zur Hilfeleistung in körperlicher und seelischer Not. Ihnen, den Anonymen, schulden wir Dank ganz besonders auch dafür, daß sie in das graue Bild des Camps wohltuende Farbtöne gebracht haben.

Gut ausgebaut in den Ilots war die Wohlfahrtspflege. Die notwendigen Gelder wurden durch die Selbstverwaltung der Ilots aufgebracht. Eine wertvolle Unterstützung fand die Wohlfahrtspflege durch den sogenannten C.C.A. (COMITE CENTRAL D'ASSISTANCE), einem Comité, das vom Camp-Rabbinat ausgehend in raschem Aufbau zu einer segensreichen Wohlfahrtseinrichtung sich entwickelte. – In weitgehendem Maße hatte die O.S.E. sich ihrer Aufgabe, der Sorge für die Kinder, gewidmet. – Der ORT hatte leider erst sehr spät nützliche Werkstätten eingerichtet. – Der SECOURS SUISSE hatte Großes geleistet. Jahre hindurch lieferte er den Kleinsten, Kleinen und Jugendlichen die notwendige Nahrung an Milch und deren Produkten. – Die Quäker hatten in einem umfassenden Unterstützungswerk einen Zuschuß zu der ungenügenden Campkost gewährt, ohne den viele der Unterernährten und besonders der Ödemekranken wohl nicht durchgehalten hätten. Sie vermittelten auch Spenden von Kleidungsstücken aus Amerika. Im Jahre 1942 übernahm der SECOURS NATIONAL die Lieferung eines Teiles der Zusatznahrung. – Die ASSISTANCE CATHOLIQUE und PROTESTANTE erfüllten ihre besondere Aufgabe. Ganz besonders geschätzt war die sehr reichhaltige und gute Leihbibliothek der Assistance Protestante. – Das CROIE ROUGE FRANCAISE hat sich mit seinen Vorträgen, Kursen, Konzerten und Unterhaltungsabenden, vor allem durch die Gestellung eines warmen Aufenthaltsraumes viel Anerkennung verdient.

Vor 20 Jahren hatte ich in einer Schrift versucht die Frage zu beantworten: welchen Einfluß hatte das gewaltige Geschehen des Weltkrieges auf das religiöse Leben? Wie die anderen Autoren, die dieses Problem behandelten, kam auch ich zu keiner klaren Antwort. Ähnlich ergeht es mir heute, wenn ich aussagen soll über den Einfluß des Camplebens auf die religiöse Haltung der Internierten. Es ist sehr schwer in jene Tiefe der Seele vorzudringen, wo die religiösen Empfindungen, oft sehr scheu verborgen, ruhen. Die äußerliche Betätigung, das kirchliche Leben, läßt sich überschauen, erlaubt aber kein Urteil über die wahren religiösen Gefühle. Wie im Anfang des Weltkrieges, so waren auch hier im Beginn der Not die Gotteshäuser voll von Menschen, die erbarmungslos gepackt von dem grausamen Geschehen, den Weg zu Gott wiederfanden, den man in guten Zeiten nicht gesucht hatte. Man konnte daraus den Schluß ziehen, daß die harte Notzeit ein Sich-Zurückfinden zur Religion bewirkt habe. Der weitere Verlauf hatte eine solche Annahme nicht als zutreffend erwiesen (wie im Weltkrieg).

Der jüdische Kultus war durch die unermüdliche Arbeit des sehr verdienten und beliebten Camp-Rabbiners gut ausgebaut worden. Jedes Ilot hatte seine täglichen Gottesdienste (anfangs sogar viele Baracken für sich allein); auch in den Frauen-

Ilots wurde regelmäßig Gottesdienst abgehalten. Brithmiloth-Barmizweh und Trauungen wurden gefeiert, die hohen Feiertage, Pessach überall gehalten. Eine Beerdigungs-Bruder- und Schwesternschaft übernahm den Ehrendienst bei den Verstorbenen. Vorträge religiösen und jüdisch-historischen Inhalts suchten das Interesse am Judentum zu fördern.

Mehr als die Frage des Kultus trat die Frage der kulturellen Bestrebungen in den Vordergrund. Bei dem bedeutenden Anteil, den die Juden in den einzelnen Ländern an dem kulturellen Leben nahmen, konnte es nicht überraschen, daß die Zahl derer nicht klein war, die auf diesem Gebiet sich zu betätigen imstande waren. Jedes Ilot hat sich eine Kulturbaracke eingerichtet, die Vorträgen, Vorstellungen, Konzerten, Ausstellungen und Festlichkeiten dienten. Die Darbietungen sollten die im Einerlei des Lagerlebens gedrückte Seele herausheben auf eine Ebene des Sich-Frei-Fühlens von Stacheldraht und eigenen Sorgen, sei es auch nur für die kurze Zeit einiger Stunden.

Der Sport wurde sehr vernachlässigt. Im ersten Sommer etwas Fußball. Äußere Schwierigkeiten stellten sich einer Ausweitung des Sportes entgegen. Immerwährender Hunger ist auch nicht geeignet, den Sport zu fördern.

Die Erziehung der Kinder lag sehr im argen. Bis zum 14. Lebensjahr blieben die Kinder bei der Mutter, die Knaben jenseits dieser Altersgrenze beim Vater. Den Kindern bot das Leben in der Baracke vieles, was für sie zwar sehr unterhaltsam, aber erzieherisch nicht gerade nützlich war. Bevor die anfänglichen Versuche, die Kinder schulmäßig zu erfassen, unter erfolgreicher Unterstützung durch die Schweizer Hilfe sich weiter entwickeln konnten, kam die Mehrzahl der Kinder (März 1941) in ein anderes Camp (Rivesaltes). Ein kleiner Teil der Jugendlichen blieb hier. Auch den Jugendlichen gereichte das Lagerleben nicht zum Vorteil für die charakterliche und berufliche Erziehung.

Wie schon erwähnt, handelte es sich bei den Internierten, von den Spaniern abgesehen, fast ausschließlich um Juden, zumeist aus Deutschland und Österreich; sie waren entweder direkt aus dem Reich gekommen (Baden-Pfalz) oder nur auf dem Wege über Belgien, Holland und dem besetzten Frankreich. Die deutsche Sprache war vorherrschend. Erst gegen Ende 1942 stieg durch Neueinweisungen die Zahl der Ostjuden, von denen die meisten bereits seit längerer Zeit in Paris, Brüssel, Amsterdam und Antwerpen gewohnt hatten. Ungarische, türkische, rumänische, griechische und russische Juden trugen dazu bei, daß die französische Sprache als gemeinsame in den Vordergrund trat. – Im Zusammenleben führte die Verschiedenheit des ost- und westjüdischen Wesens zu Differenzen. Der unparteiliche Beobachter mußte feststellen, daß die beiderseitige Überheblichkeit nicht begründet war.

Die bitterste Episode im Camp de Gurs bildeten die im August 1942 und später durchgeführten Abtransporte ins Unbekannte (sans adresse). Die hier geübten grausamen Härten überraschten selbst den, der schon von früher her an mancherlei gewöhnt war.

Durch die Todesfälle, Liberierungen, Übersiedlung in andere Läger und durch die Abtransporte ist die Zahl der im Camp de Gurs Internierten auf knapp 1000 zu-

rückgegangen. Von den einstigen Baden-Pfälzern sind nur noch ganz wenige hier. Leer stehen die Ilots, einsam liegt die Lagerstraße. Diejenigen, die noch hier sind, um die nötigen Lagerarbeiten zu verrichten, haben es sich in den hellgewordenen Baracken bequem gemacht und denken nur mit Grausen an die erste Zeit ihres Hierseins im Camp de Gurs. Die einstige »Hölle« hat viel von ihrem Schrecken verloren; geblieben ist: der Hunger und der Stacheldraht.

Nr. 39
Auszüge aus Briefen der Quäker

Die Briefe wurden dem Stadtarchiv von Frau M. Lachmund zur Verfügung gestellt. Es sind Abschriften der Originalbriefe im Besitz von Frau L. Sentemann, Bad Pyrmont. Alles, was die Quäker einander damals über die Hilfsarbeit mitteilten, wurde möglichst ohne Namensnennung gesandt.

a)[32] Am Montagabend kam die Schwester meiner Freundin von der Arbeit aus der Gemeindefürsorge und berichtete: den jüd. Arbeitern in den Betrieben ist gesagt worden, sie brauchten morgen nicht zu kommen, es käme hoher Besuch. Einem Auswandernden, der am Dienstag reisen wollte, hat ein befreundeter Partei-Genosse dringend geraten, schon am Montag zu fahren. Es geht das Gerücht, die ganzen badischen Juden würden morgen nach Südfrankreich evakuiert. Wir haben angefangen, unsre Koffer zu packen. Wir haben es nicht geglaubt, trotz Stettin. Es schien uns unwahrscheinlich, daß man vorher derartiges durchsickern ließ, und wir waren völlig beruhigt, als die Nacht [21./22. Oktober 1940] ereignislos verlief.
Um 9 Uhr wurde Dr. Neter, als Leiter der Gemeinde, durch die Polizei verständigt, und gleichzeitig ging uniformierte Polizei in die einzelnen Wohnungen in unsrer Gegend. Die ersten wurden angewiesen, innerhalb einer Stunde bereit zu sein, mit 100 Mark und bis zu 50 kg Gepäck die Wohnung zu verlassen, dabei eine oder mehrere Decken und Lebensmittel für 14 Tage (zum Teil hieß es auch für mehrere Tage) mitzunehmen.
Pünktlich um 10 Uhr wurden die ersten Leute geholt und die Wohnungen sichergestellt von 2–3 Polizisten und einem Mann in Zivil. Die Polizei war durchweg anständig und zuvorkommend. Wo alten und schwächlichen Leuten die Koffer zu schwer wurden, trugen sie zum Teil die Beamten. Die Leute wurden zunächst in Schulen gesammelt, gegen halb 12 Uhr geholt, und mit Militärwagen an die Bahn gefahren. Wo viele alte Leute zusammen wohnten, wurden sie dringend im Auto an die Bahn gebracht. Der Zug, der sie aufnahm, bestand aus etwa 20 französischen Wagen; die Wagen waren geheizt. Die Bevölkerung sah im wesentlichen ruhig zu, es fielen einige Bemerkungen wie »sie können einem ja leid tun« und »Auszug der Kinder Israel«. Die Auswandernden durften im Beisein der Polizei ihren arischen Freunden und Dienstmädchen noch schenken, was sie wollten. Arier, die irgendwie Hilfe leisteten, wurden durchweg mit ruhiger Freundlichkeit behan-

[32] Die Briefe 39a bis 39c wurden von Frau Eva Hermann verfaßt. Zur Hilfstätigkeit von Frau Hermann siehe auch Band I, S. 106 f. und Band II, Nr. 276.

delt. Einem jungen Mädchen machte der begleitende Polizist fast eine Liebeserklärung und bat, sie wiedersehen zu dürfen. Auf die erstaunte Frage, ob er nicht gehört habe, daß sie die Dame Tante nannte, antwortete er ärgerlich: darauf käme es doch nicht an, unsereiner hat doch auch ein Herz. Ein 14jähriges Mädelchen mit zwei dicken blonden Zöpfen, herrschte ein Polizist an: sie sei doch gewiß arisch? Was sie hier zu suchen hätte, ob sie meine, es mache ihrem Deutschtum Ehre, Juden zu helfen? Ja, das meine sie! Ob sie etwa glaube, diese Juden würden ihr helfen, wenn es ihr schlecht ginge? Ja, das glaube sie! Darauf wurde er wesentlich freundlicher, unsereiner ist ja auch ein Mensch. – Dr. Neter, der seiner arischen Frau wegen bleiben durfte, schloß sich freiwillig diesem Transport an. Wer ihn im Amt gesehen hat und weiß, mit welch glühender Liebe und Verehrung man an ihm hing, der kann auch ermessen, welch ungeheure Hilfe es für die Auswandernden bedeutet, daß er mitgegangen ist. Seine nicht sehr kräftige Frau zwang er zu bleiben. Wenn sie durchaus mit wolle, zwinge sie ihn, nicht zu fahren, denn das könne er nicht verantworten.
Die Haltung der Fortwandernden war von bewundernswerter Ruhe und Würde. Unsere Freunde überlegten, am Vorabend, ob sie fortfahren sollten, etwa nach Frankfurt – und lehnten es ab: man geht seinem Schicksal nicht aus dem Weg und es ist besser, innerhalb der eigenen Gemeinde zu stehen, als später mit Fremden fortzugehen.
Nie habe ich vorher so um die Größe Israels gewußt wie in dieser schweigenden Stunde neben einer sehr müden, sehr traurigen Frau. Sie half mir mehr als alles andere wieder zu glauben, daß Gott errettet nicht aus der Not, sondern in der Not. Und ich will gern weiter mit Israel im Kalten, aber unter Gottes freiem Himmel stehen, wenn wir dessen gewürdigt werden.

b) Du fragst nach der Sorge für die Zurückgebliebenen. Das sind bei uns zunächst die Schwerstkranken. Sie sind alle im Krankenhaus und werden dort versorgt. Das Personal besteht aus zwei Ärzten, die in Mischehe leben, und einigen andern Leuten, die aus dem gleichen Grund verschont geblieben sind. Die in Mischehe lebenden sitzen unbehelligt in ihren alten Wohnungen. Das Büro Grüber [33] hat sofort damit angefangen, diese alle nach Möglichkeit statistisch zu erfassen, besonders soweit sie hilfsbedürftig sind. Natürlich ist das eine wochenlange Arbeit. Etwa 120 Familien sollen noch hier sein, die bisher von der Gemeinde unterstützt wurden und jetzt dessen um so mehr bedürfen, als eine sehr billige Volksküche aufgehört hat zu existieren. All diese Menschen haben sich zunächst im Krankenhaus eine Unterstützung holen dürfen. Übrigens hat Herr Dr. Neter auch allen, die nicht die erlaubten 100 Mark im Hause hatten (und wer hat das schon?) das Fehlende aus den Gemeindemitteln gegeben. Wie die Unterstützung weiter gehandhabt werden kann, ist noch unklar, ich berichte Dir später noch einmal darüber.

---

[33] Zu dieser Hilfsarbeit siehe Heinrich Grüber, Zeuge pro Israel, Käthe Vogt-Verlag, Berlin o. J. [1963].

Es ist gut, daß Du nach dem Gepäck fragst. Hier hat niemand gewagt, mehr zu nehmen, als er tragen konnte. Meine Freunde z. B. auch nur eine Decke, während die Polizei zu zweien und eventuell Kissen zuriet. In Karlsruhe hat ein wohlhabender Mann, nach Eisemanns Bericht, sechs Koffer mitgenommen und durch seine arische Dienerschaft an die Sammelstelle tragen lassen. Es ist nicht dagegen protestiert worden. Es ist auch nicht protestiert worden, wenn zurückbleibende Verwandte und Freunde älteren und kränklichen Leuten beim Tragen geholfen haben. Man sollte das wissen und nach Möglichkeit verbreiten. Natürlich ist es durchaus möglich, daß es sich an anderen Orten völlig anders abspielt. Aber ich kann nur den Zurückbleibenden raten, möglichst viel zu wagen, ohne Furcht, daß es ihnen selbst schaden könnte. Man nimmt niemanden mit, der nicht auf den Listen steht, und man sperrt niemanden ein, der Anteilnahme beweist.
Wie man für 14 Tage Lebensmittel mitnimmt, war allen Beteiligten ebenso unklar, wie Dir und mir. Man hat das scheint's an verantwortlicher Stelle eingesehen, es gab unterwegs warme Verpflegung.
Das Ausland scheint informiert, aus USA kam die erste telegrafische Anfrage . . .
Trotzdem ja jetzt etwas Beruhigung eingetreten ist, wird doch keiner von uns sie für endgültig halten, und sich in törichter Sicherheit wiegen. Aber wir sind dankbar für das Aufatmen.
Die Vertriebenen sind also in Lagern am Nordfuß der Pyrenäen. An der Grenze, wo sie durch deutsche Beamte den französischen Beamten übergeben wurden, seien sie von den dortigen Rabbinern sowie durch das Rote Kreuz und die Quäker empfangen und betreut worden. Tags sei es schön, nachts kalt. Gutes Lungenklima 900 m hoch, Winteraufenthalt relativ günstig.
Von den 100 Mark, die sie hatten mitnehmen können, seien ihnen 85 Mark und 1700 Franc ausgehändigt worden.
Briefe, Päckchen, Pakete in die unbesetzte Zone sind zugelassen.
»Interniertensendung, unbesetzte Zone, Frankreich, kostenlos.«

c) Mannheim, 19. November 1940
Von den Zurückgebliebenen sind, soweit sie in Mischehen leben, und die Kinder oder der arische Teil der jüdischen Gemeinde angehören, viele auf die Gestapo bestellt worden, wo ihnen zugeredet wurde, die Kinder taufen zu lassen und selbst wieder ihrer früheren Religionsgemeinschaft beizutreten. Unter anderem blieb hier auch ein Mann zurück, der mit Frau und Kind unmittelbar vor der Auswanderung stand und in Auswanderungsangelegenheiten auswärts war. Frau und Kind wurden mit ausgewiesen. Der Versuch, nach Südfrankreich nachzufahren, schlug fehl: die Aktion in Baden sei abgeschlossen. Dagegen durfte er nach langem Bemühen die versiegelten Koffer, die das bereits abgefertigte Auswanderungsgut für Frau und Kind enthielten, zurückkaufen! Heute höre ich, daß Frau und Kind die Erlaubnis zur Rückkehr bekamen und alle drei sich bereits auf dem Wege nach Osten befinden. Auch andere, unmittelbar vor der Auswanderung Stehende, sollen die Erlaubnis zur Rückkehr und ordnungsgemäßen Auswanderung bekommen haben.

Aus Frankfurt höre ich, daß eine leise Hoffnung besteht, daß Amerika Besuchsvisen ausstellt für solche, die in Frankreich, Holland und Belgien gefährdet seien. Grundsätzlich sind nichtarische Eltern und Elternteile von arisch geltenden Kindern hier gelassen worden. Es sind aber Irrtümer dabei vorgekommen, und z. T. haben sich die arischen Kinder erst gründlich zur Wehr setzen müssen, vor allem bei Witwen und geschiedenen Frauen. Es war aber durchaus von Erfolg, sich zu wehren. In einem Falle sind hier zwei Kinder (19 und 16 Jahre) allein zurückgelassen worden, deren nichtarische Mutter nach dem Tode des Vaters einen Nichtarier geheiratet hatte. Andrerseits ist in der Nachbarschaft ein junger Lehrer zurückgeblieben, dessen Kind seit Monaten schwer krank in der Heidelberger Klinik liegt; man wollte die Familien nicht trennen.

d) Namensliste von Deportierten, an die die Quäker vornehmlich ihre Gaben schickten. Man erwartete von den Beschenkten, daß sie die empfangenen Gaben gerecht weiterverteilten.

Name	Anschrift	Geburtsjahr
Dr. Alfred Wolff	hôpital Général	1885 [1876]
Dr. Eugen Neter	Ilot G. Baraque 16	1878
Frl. Adele Marx	Ilot M. Baraque 16	1892 [1888]
Frau Maria Krehbiel [34]	Ilot L. Baraque 11	[1892]
Albert Wolff	Ilot G. Baraque 14	1884
Frau Irma Platz	Ilot L. Baraque 13	1895
Schwester Gert[h]a Baum	Ilot M. Baraque 17	1889
Schwester Hella [Hertha] Jakobowitz	Ilot M. Baraque 17	1903
Schwester Meta Bach	Ilot M. Baraque 17	1898
Schwester Meta Fey	Ilot M. Baraque 17	1900
Schwester Paula Tuteur	Ilot M. Baraque 17	1905
Schwester Paula Pfeiffer	Ilot M. Baraque 17	[?]
Schwester Margot Löwenstein	Ilot J. Infirmerie	1921 [1922]
Oberin Pauline Meyer [35] [gemeint: Maier]	Ilot J. Infirmerie	1877

e) Brief aus Camp de Gurs vom 20. November 1940

Meine Lieben, hocherfreut erhielt ich vor drei Tagen Eure lieben Zeilen, zumal es die ersten sind, die ich seit Ende April von Euch empfangen konnte. – Einige Be-

[34] Die von Maria Krehbiel vor ihrer Deportation nach Auschwitz geschriebenen Briefe wurden von Walter Schmitthenner 1970 im Lambert Schneider-Verlag, Heidelberg, unter dem Titel »Maria Krehbiel-Darmstädter, Briefe aus Gurs und Limonest 1940–1943« herausgegeben.

[35] Zu Pauline Maier siehe Nr. 43 und Nr. 83.

kannte aus der näheren Heimat konnte ich bereits sprechen, während der Chef, der in einem anderen Teil des Lagers liegt, mir bisher nur die Grüße erwidern konnte, denn wir hier in Ilot C befinden uns seit Ankunft in Quarantäne – wegen eines Typhusverdächtigen – und dieser Zustand wird [sich sobald nicht ändern]. Wir dürfen also unser Ilot nicht verlassen, auch keinen Besuch empfangen ... Mit Freuden nahm ich die Mitteilung entgegen, daß mir Röschen eine kleine Unterstützung zusenden will. Ich kann Euch nur sagen, daß mich diese im Augenblick mehr erfreuen würde als irgendein schriftlicher Gruß, denn der, welcher hier von außen keine Hilfe bekommt, wird bestimmt verrecken. Entschuldigt vielmals dieses harte, rohe Wort, aber es entspricht der Gesamtlage, in der wir uns hier seit Anfang November befinden. So traurig wie heute habe ich meinen Geburtstag noch nie begangen. Auf drei Tage hat man uns das Brennholz entzogen, weil einige unverantwortliche Elemente Baumstämme, die als Brücken über die Wassergräben dienten, gestohlen haben. Dafür werden wir bestraft und müssen bei diesem Wetter frieren. Das gehört auch zur Kultur der großen Nation! Nach wie vor kann ich Euch nur versichern, daß ich sowohl von Euch wie von meiner lieb. Friedel erst in diesem Monat die erste Post seit meiner Gefangenenzeit bekam ... Mehr denn je ist jeder von uns hier auf die Hilfe und Unterstützung von Verwandten und Freunden außerhalb dieses Landes angewiesen. Wenn hier einer kein Geld zum Zubuttern hat, wird er unweigerlich auf der Strecke bleiben, da die Ernährung um mehr als fünfzig Prozent schlechter ist als in Cyprien. In diesem Zusammenhang gebe ich Euch eine am 13. November amtlich veröffentlichte Liste der Nahrungsmengen in rohem Zustand und in Gewichtsmengen wieder, die wir als unser tägliches Brot bezeichnen müssen. Die Mahlzeiten sehen also wie folgt aus: 3 g Kaffee, 16 g Zucker, 13 g Fett, 250 g Gemüse, 50 g Reis oder Erbsen, 60 g Fleisch, 325 g Brot. Morgens um 7 Uhr eine Tasse Kaffee, um 11 Uhr Brotausgabe, um 12 und 6 Uhr etwas mehr als je ½ Teller dünner Suppe mit Reis oder Karawanzen, einer Art spanischer gelber Erbsen, die sehr hart sind. Soweit ich mich an Eure Mahlzeiten erinnern kann (wie gern tue ich das, und wie weh wird einem dabei), Euer Spülwasser mittags und abends enthält mehr Fett als unsere sog[enannten] Suppen, und mit etwas Salz versehen, schmeckt es bestimmt besser als das heiße Wasser hier, ganz zu schweigen vom Fleisch, zu dem man beglückwünscht wird, wenn man mal bei der Austeilung ein Stückchen erwischt. Meist ist es aber so hart und alt, daß man es gerne wieder ausspuckt. Abgesehen davon, daß in Cyprien das Essen quantitativ und qualitativ besser war und durch die tägliche Obstverteilung eine wesentliche Ergänzung erfuhr, hier fällt diese wichtige Zubuße fort, und wir sind ausschließlich auf die wäßrige Nahrung angewiesen. Soweit es noch möglich war, habe ich weitere Habseligkeiten aus meinem Bestand veräußert, nur um mir ein wenig Obst und andre eßbare Waren zu verschaffen, aber in diesen Tagen wird wohl das Geld aufgezehrt sein. Ihr könnt Euch denken, daß die kürzlich evakuierten Menschen sehr unter dieser Ernährung leiden, noch mehr als wir, und täglich sterben 15–20 Menschen an Entkräftung. Auch in anderer Weise macht sich die Unterernährung bemerkbar, genau wie 1917/18 haben etwa 70 Prozent aller Insassen mit einer Art Furunkulose zu tun, ähnlich wie bei Kleinkindern, aber ziemlich schmerzhaft und eiterig.

Helfen kann da laut Arzt nur Milch, Fett und Eier, etwas, was man hier nicht bekommt. Vielleicht aber könnt Ihr mir ein kleines Päckchen mit solchen Wunderdingen senden. Wie das Essen ist, so sind die Baracken, die WCs, die Waschgelegenheiten usw. Alles mehr als primitiv, bei uns einfach unbekannt, verboten, nirgends mehr vorhanden, auch in keinem Zuchthaus. Ihr glaubt ja gar nicht, was für eine Sehnsucht nach einem Bett wir haben, in dem man sich ausgezogen hinlegen kann. Ist es Euch möglich, mir etwas warme Unterwäsche, vor allem Hosen und lange Wollstrümpfe zu senden? Als Beigabe wäre ich für getrockn[ete] Aprikosen, Apfelringe oder Mischobst, etwas Kasseler Haferkakao oder Flocken, Feldzwieback oder irgendein markenfreies Brot (Pumpernickel), Büchsenmilch und Lebkuchen dankbar.

f) Liebe Freunde!
Ich wollte, ich könnte diesem schlimmen Brief eines Altinternierten, der nach G[urs] überführt wurde, einen der schönen Briefe von Dr. N[eter] gegenüberstellen, die so voll Ruhe und Klarheit sind, auch der, in dem er den unerwarteten Tod seiner Schwester meldet, die, völlig gesund, eines Tages mit Herzschlag umsank. Er schreibt, überraschenderweise bekämen sie auch direkt Post, sogar Päckchen und Pakete. D. h., daß Sendungen ankommen. Angenommen werden solche in München, Bremen (Päckchen bis 1 kg am Postschalter ohne Einschaltung des Zollamts), Elberfeld, Pyrmont (?). Von der Schweiz aus dürfen nach neueren Informationen Lebensmittel mit Genehmigung ausgeführt werden, aber keinerlei Kleidung, auch keine alten Sachen. Stuttgart hat für kurze Zeit Devisengenehmigung für nahe Anverwandte gehabt, sie inzwischen aber wieder entzogen bekommen. Ich wüßte gern, wie es an anderen Orten ist. Auf direktem Wege geschickte Internierten-Post kommt hier jetzt z. T. zurück.
Dies geht nach: Frankfurt, München, Göttingen, Berlin, Anklam, Elberfeld, Pyrmont, Bremen, Stettin. Darf ich Frau Jordan bitten, ihn an die anderen Freunde weiterzugeben? Mit Freundesgruß E[va] H[ermann]

g) Liebe Freunde!
Der Brief aus Gurs ist, wie ich glaube, längst durch bessere Nachrichten überholt. Vielleicht ist aber die Quarantäne daran schuld, daß dieser Schreiber noch nicht von den Verbesserungen erfahren konnte? L. K., der Sonntag bei unsrer Bezirksvers[ammlung] war, gab uns folgende Berichte: In Südfrankreich arbeiten jetzt 50 Quäker (20 Amerik. und 30 Franzosen). Sie speisen täglich 25 000 Menschen und außerdem noch 10 000 Kinder mit Milch. Es gibt morgens Bohnenkaffee und 300 g Brot, mittags sehr dickes Eintopfgericht und abends wieder Suppe. So ist anzunehmen, daß das eine wesentliche Verbesserung bedeutet. Die Baracken sind alle geheizt. Die Frauen und Kinder schlafen bereits in Betten, die dort selbst gezimmert sind. Man hat jetzt um warme Unterkleidung gebeten; wieweit man das bisher erfüllen konnte, steht noch nicht fest.

An uns kamen bisher noch keine Päckchen zurück, aber Empfangsbestätigung kam auch noch keine; ich legte jedem Päckchen Blanko-Postkarten und Briefpapier bei. Wir schicken weiter Päckchen und hoffen, daß sie ankommen. Wir sandten vor Weihnachten größere Pakete mit sehr guten warmen Sachen nach dem Osten, und es ist alles gut angekommen. In unsrer Nähstube, in der uns hauptsächlich unsre n[icht] a[rischen] Freunde jeden Montag helfen, arbeiten wir viel schöne brauchbare Sachen für den Versand. Auf diese Weise ist es uns möglich, jede Woche Pakete abzusenden. Mit Freundesgruß [Eva Hermann?]

Nr. 40

Mahnung des Mannheimer Nervenarztes Dr. Ludwig Mann (23. Januar 1874–9. März 1946), verfaßt 1945, (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 5 M)

Heldentum in Gurs

Aus der Tiefe eines dunklen Daseins spricht diese Stimme zu Euch. Aus dem zerrissenen, aus dem hungernden und frierenden Europa, dessen Wunden bluten.

Diese Stimme eines der Heimatlosen, die herumziehen müssen und nicht wissen, wohin sie gehören.

Ich bitte Euch, leset es nicht zum Frühstück wie früher die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt oder die Kölnische Zeitung.

Denn dies ist die Stimme eines alten Juden, der in der Frühe seines Lebens die ersten Ausbrüche des deutschen Antisemitismus und in den Jahren beginnender Betagtheit den schauerlichen Wahnsinn der deutschen politischen Pubertäts-Psychose erlebte.

Diese Stimme, meine Stimme, ist die eines Mannes von 72 Jahren, den Gnade und Schicksal aus dem Martyrium gerettet hat.

Lasset uns, ehe ich weiter schreibe, derer gedenken, die dahingerafft wurden.

Ich habe viele von ihnen gesehen. Man hat sie im Frankreich Lavals und Petains aufgestöbert, gehetzt, gefangen, in Gurs gesammelt, und ich bin zu ihnen in das Ilot gegangen, in dem sie zusammengepfercht in den düsteren Baracken rastlos und ratlos umherliefen oder mit leerem Blick vor sich hinstierten.

Junge Menschen, alte Menschen, aus allen europäischen Ländern, die meisten aus der ehemaligen deutschen Heimat, Landsleute aus der engeren Heimat, hinter die Stacheldrähte innerhalb des Camps zusammengetrieben wie Vieh zum Markttag. Und von da, von Gurs aus, wurden die Elendstransporte nach Drancy geleitet.

Fragt nicht wie! Ihr würdet in Euren warmen Stuben die Zeitung weglegen und in der angeborenen Trägheit des menschlichen Herzens nicht weiter lesen können!

In Drancy war die Hauptauftriebstelle für diese menschliche Schlachtware. Von dort aus ging es quer durch Deutschland, in die Lager, die Ihr aus den Suchannoncen und den Todesanzeigen kennt. Wir wußten nicht, was da bevorstand. Wir ahnten wohl Schlimmes. Und wir fühlten, daß dieser Abschied zu keinem Wiedersehen führen werde. Aber anfangs wußten wir das nicht.

Es wurde mancherlei erzählt, alles »aus sicherer Quelle«; einige Male wurde berichtet, ein deutscher Eisenbahner, der in die Schweiz geflohen sei, habe erzählt, er habe es nicht mehr ertragen, Züge zu fahren, in denen die Juden vergast werden. Aber das glaubten wir nicht, wir konnten uns das einfach nicht vorstellen. – Bobards nennt man solche Berichte französisch, und Lagerbobard wurde diese Meldung von uns genannt.

Man kommt zur Arbeit weg, die Deutschen brauchen Arbeiter, hieß es dann wieder. Man wußte nichts und wußte darum alles. Man fühlte es. Es lag in der Luft.

Aber eines Tages wurde ich stutzig. Aus meiner Infirmerie für nerven- und geisteskranke Frauen war eine hochbetagte, geistig und körperlich verfallene Frau auf einer Bahre zur Transportsammelstelle gebracht worden. Als ich das erfuhr, interpellierte ich sofort den Chefarzt des Camps, der mir antwortete: »Wollen Sie lieber, daß junge Menschen ihr Leben verlieren?« Die Frau wurde von der Transport-Behörde zurückgewiesen, und ein Unglücklicher – wer weiß, welcher? – mußte als Ersatz geliefert werden. Jawohl, »geliefert«, wie auf dem Viehmarkt »geliefert«.

Aber nun war ich nicht mehr stutzig, sondern wissend geworden. Und wegen dieses Wissens versuchte ich alles mögliche, als man den Bruder meiner Frau zum Transport holte, mitten aus einem Gespräch mit mir heraus, ganz plötzlich, trotzdem er 64 Jahre alt war und die obere Grenze angeblich 60 Jahre betrug.

Es gelang mir nicht, ihn freizubekommen; er hätte sich auch nicht befreien lassen, weil er es nicht ertragen hätte, daß ein anderer an seiner Stelle deportiert würde. Denn er war einer von den stillen Helden, die niemand für einen Helden hält. Als er in Drancy merkte, zu welchem Ziel es ging, schrieb er uns einen letzten Gruß, eine einfache Postkarte mit den einfachen Worten: »Que Dieu vous benisse!« Seither denken wir jeden Tag an diesen gottesgläubigen Mann. Meine Frau und ich.

Und wegen dieses Wissens erlebte ich erschüttert das Heldentum von drei Männern und einer Frau. Lest nicht einfach darüber weg, merkt wohlauf! Es gab sicher noch viel mehr Heldentum in diesen finsteren Tagen des Versteckens vor den Häschern, nur wissen wir nichts davon. Wir wollen auch derer gedenken, von denen wir nichts wissen. Wir wollen aller gedenken, auch derer, die verzweifelt waren und weinten.

Ach, ich sehe wieder den Trubel in den dunklen Baracken, ich sehe wieder die Kranken und Pfleger meiner Männer-Infirmerie, die, ohne daß ich es wußte, weggeführt worden waren, ich höre wieder die Stimmen, die mich baten, dahin oder dorthin, irgendwohin eine Nachricht zu schicken. Ich sehe alles wieder, hier in dem kleinen Centre, wo wir in Zimmern wohnen und wieder in Betten schlafen. Ich will es nicht vergessen, und Ihr sollt es in all Euren Geschäften und Sorgen auch nicht vergessen! Darum erzähle ich. Aus Mitleid mit den Schwachen und aus Ehrfurcht vor den Helden!

Die Frau war eine Ärztin. Klein, blaß, mit gutem Blick und reinen Augen, aus denen die Klarheit der Kinder leuchtete, die sie, die Kinderärztin, in Heidelberg betreut hatte. Ich kannte sie seit vielen Jahren. Die unerlebte Mutterschaft des Leibes wuchs in Gurs zum Erlebnis einer seelischen Mütterlichkeit aus. Die Frauen des Ilots

fühlten das Geborgensein in ihrer Nähe, und wer in die Infirmerie des Ilots verlegt wurde, vergaß, daß er in Gurs war. Es war ein gutes Krankenhaus, obwohl man in einer Baracke lag, aus dünnen Brettern zusammengezimmert. Johanna Geissmar und ihre drei Helferinnen schalteten und walteten da unbefangen, hingebend und in heiterer Harmonie, als ob es kein Gurs gäbe. Niemand wollte sie auf den düsteren Weg schicken, auch die Lagerleitung nicht. Der Chefarzt des Lagers und sein Stellvertreter versuchten sogar, sie zurückzuhalten. »Vielleicht gelingt es mir, meine Geschwister dort zu finden«, sagte sie mir. Sie wußte, die waren von München deportiert worden. »Es ist auch gut, wenn ein Arzt mitgeht.« Noch in der Autohalle, von der aus die Camions zum Bahnhof fuhren, kam der und jener zu ihr, jeder suchte sie umzustimmen. Es war nichts zu machen. Sie wollte die Ihren suchen, sie wollte die ärmsten Kameraden nicht verlassen, sie wollte dort unten in der Halle auch nicht, daß ein anderer zuletzt noch für sie geholt werde. Sie blieb fest. Sie schlief noch eine Zeitlang, auf einem Stuhl sitzend, und stieg dann mit den andern in den Lastwagen.

Man hat nie mehr etwas von ihr gehört. Auch von ihren Geschwistern nicht, die sie finden wollte. Ruhig und entschlossen ging sie den Weg, der zu ihren Geschwistern oder in den Tod führen mußte.

Unter den vielen Frauen und Männern, die draußen in der sogenannten Freiheit »geraffelt« worden waren und im Sammelilot in Gurs eingesperrt hinter doppeltem Stacheldraht und bewacht von SS-Milizen saßen, fand ich immer wieder Bekannte.

Mein Amt als Chefarzt der internierten Ärzte ermöglichte mir den Zutritt. In all dem Elend freute man sich des Wiedersehens und plauderte drauf los. Im ersten Moment vergaß man, wo man war und erzählte sich die Erlebnisse seit dem 22. Oktober 1940 oder seit der Liberation aus Gurs. Aber bald war die Wucht des Schicksals wieder da und preßte alles Denken zusammen zu dem einen Gedanken, der der Gedanke aller war: was wird aus uns, wo kommen wir hin? Ins Ghetto nach Theresienstadt? Vielleicht nach Lublin? Irgendwohin zur Arbeit in der Kriegsindustrie in Oberschlesien? In Sachsen? In der Steiermark? In Südbayern? Irgendwohin!

Eines Tages war die Frau meines Jugendfreundes Julius Strauß, des früheren Kinderarztes in Mannheim, dabei mit der Frau meines Bundesbruders Leo Spiegel, des ehemaligen Rechtsanwalts in Konstanz. Sie waren aus irgendeinem privaten Heim in der Nähe von Pau von der Miliz herausgeholt, zur Sammelstelle geschleppt und von da mit einem großen »Transport« nach Gurs verbracht worden. Da fand ich sie, die armen Frauen, die noch nicht ganz 60 Jahre alt waren. Beide mit einem enorm hohen Blutdruck, beide halb verzweifelt, halb hoffnungsvoll, weil wir uns trafen. Einmal saßen sie auf den Strohsäcken, einmal liefen sie unruhig herum, und ein andermal standen sie unter der Barackentür oder am Stacheldraht und lauerten, ob ich komme.

Ob wir den Männern telefonieren sollten, daß sie kommen? Aber es war schwierig, die Erlaubnis zu bekommen. Schließlich wurde das überflüssig, denn am andern Morgen waren die Männer da.

Aus der Tiefe der Seele heraus kamen die Worte, die wir sprachen. Wie die Wellen des Meeres aus den Strömungen der Tiefe. Gehoben von den Strömungen und Wirbeln im Innern zerstäubten die Wogen der Worte hinaus ins Endlose. Losgelöst waren die Worte von den wirbelnden Stürmen der Seele, die sie hochtrieben. Losgelöst waren sie, daß die Antwort niemals mehr das Innere des Fragenden traf. Trotz alles Redens blieb man immer allein in Frage und Antwort, in Zweifel und Planung und wußte nur um die einsame Gemeinsamkeit in einem Schicksal, in dessen Dunkel das Leben versank. Der Chor, der die Helden der antiken Tragödie begleitete und das Fatum besang, das, unfaßbar dem menschlichen Geiste, über sie wegschreiten werde, er fehlte. Aber im Geiste der Menschen sang dieser Chor. Ohne Worte. Er sang die Not des Schicksals dieser Frauen; die zum unbekannten Ziele weggeführt werden sollten, in ein Land, »von des Bezirk kein Wandrer wiederkehrt«, kam fast auf meine Lippen.

Die Männer frugen mich: »Was meinst Du, sollen wir mitgehen?« Ich hörte Frauenstimmen sagen: »Doktor, mein Mann soll dableiben.« »Doktor, soll ich allein gehen?« »Doktor, ich bin doch krank.« »Doktor, sagen Sie es doch dem Chefarzt.« Aber alles war schon mehrfach versucht worden, immer vergeblich. Sie wußten so gut wie ich, daß alles vergeblich sein werde, aber die Angst frug immer wieder.

Wer will Menschen in solcher Gefahr Wünsche versagen, deren Inhalt schon sinnlos geworden ist? Wer will auf die Not und Unfaßlichkeit eines Schicksals die Qual der Verlassenheit aufpfropfen?

Ich ging alle Wege der Aussichtslosigkeit und ertrug gern das Demütigende unwilliger Ablehnung. Viel schwerer war das Überbringen der Botschaft, die mich dann aus den in der Trostlosigkeit leergewordenen Augen der todgeweihten Frauen ansah. Und schließlich kam auch die Frage der Freunde, vor der mir angst war: »Männle« – das war mein Name der Studentenzeit –, »Männle, soll ich mitgehen? Männle, was würdest Du tun?«

Ach, diese Frage, die jeder gefragt hätte, ich auch, war schwer. Ich weiß schon, daß man sagen kann, solche Fragen darf man gar nicht stellen. Ich weiß auch, daß die meisten einer Antwort ausgewichen wären. Soll ich leugnen, daß etwas wie Unwillen durch meine Seele huschte, nur einen Moment, werft meinetwegen Steine auf mich, es war so etwas über mich gehuscht. Nicht lange, nicht tief, nur einen Augenblick, bis ich an meine Frau dachte und dann sagte: »Einen Rat kann man doch nicht geben.« »Was würdest Du tun?« Da sah ich meine Frau vor mir und antwortete die Wahrheit, die gefährlich war: »Ich könnte sie nicht allein lassen. Das ist aber mein persönlicher Standpunkt, nach dem sich niemand zu richten braucht, der eben für uns der richtige wäre.«

Ich sagte nicht, daß ich mir die Ausrede einreden würde, ein Elternteil wenigstens müsse für die Kinder erhalten bleiben. Ich weiß, daß es für unsere Kinder in allem Unglück beruhigend und erhebend gewesen wäre, wenn der Vater die Mutter auf dem Weg des Martyriums begleitet hätte. Eltern sind für Kinder eine Einheit, die nur der Tod zerreißen darf, aber kein Schicksal, das eine Wahl zuläßt.

Ich weiß auch und wußte es, als ich es aussprach, daß diese Einstellung auf meine

Freunde einwirken kann und wohl auch eingewirkt hat. Denn sie verließen ihre Frauen nicht, sie gingen mit, Strauß als der Arzt des Transportes. Sie mußten keinem Befehl folgen, sie folgten ihrem Gewissen und gingen mit. Sie gingen freiwillig mit, und man hat von ihnen, von allen dieses Transports nie mehr etwas gehört.
Auch Ihr, fremde Leser, ehret diese Männer, die sich selbst besiegten. Aus Treue!
Ich weiß wohl, daß meine Antwort auf den tragischen Entschluß eingewirkt haben kann, auch das wiederhole ich, ich weiß, daß diese Antwort wohl auch eingewirkt hat. Ich muß das tragen. Aber nur der unter Euch darf einen Stein auf mich werfen, der solche Tragik selbst miterlebt hat. Er stehe auf wider mich. Ich werde nicht wanken, ich würde heute wieder ebenso handeln.
Die Dahingegangenen leben in mir, ihr Andenken klagt mich nicht an, und der oberste Richter, mein Gewissen, spricht mich frei. Außer diesem Gewissen aber ist kein Richter in dieser Sache vorhanden auf dieser Welt.
Jetzt aber folgt mir zur letzten Szene dieses kleinen Ausschnitts aus der großen Tragödie, die sich vor der ganzen Welt abgespielt hat, deren Held das ganze jüdische Volk ist. Folgt mir: ich führe Euch in eine Baracke, deren dunkler Raum voller Menschen ist.
Aus der Masse des Hintergrundes ist nur eine kleine Anzahl als Menschen zu erkennen. Sie starren mit rätselhaft suchenden, mit fragenden, mit matten, mit traurigen Augen in den helleren Vordergrund. Aus manchen Augen zucken schon die Lichter einer anderen Welt. Sie wissen alle, wozu sie aufgerufen werden, wenn die Camions da sind.
Die Luft ist auch im beleuchteten Raum finster, staubig, stickig. Seht Ihr die Frauen, wie sie sich weinend aneinanderklammern? Seht Ihr die Männer, die auf Gepäck gestützt dort im grauen Halbdunkel auf dem Boden liegen, den Kopf auf Decken, auf Schachteln, auf Koffern?
Seht Ihr da vorne rechts etwas abgesondert eine Frau sitzen, die still und bitterlich in sich hineinweint? Ist sie abgesondert worden? Ist etwas Besonderes mit ihr? Was ist mit dieser verhärmten Frau?
Seht, jetzt geht der Chef der Sûreté auf sie zu, noch bevor er die Liste der Opfer zur Kontrolle aufruft. Man sieht, er spricht leise und eindringlich auf sie ein. Dann verliest er einige Namen. Die Namen der Glücklichen, die wieder zurückgeschickt werden. Sie sind für diesmal gerettet. Aber er heißt sie noch warten.
Seht Ihr dort den blassen, abgemagerten jungen Mann? Er hat zwei hellblaue Augen, die trotz der Befreiung traurig aussehen. Er ist sehr schwach, ich kenne ihn aus einer der Baracken, in denen die Leute mit Hungerödemen untergebracht sind. Ich kenne ihn auch von der Bühne. Er ist Schauspieler. Man spielte auf Bretterpodien mit ein paar Lagerdecken als Kulissen, gemalten Pappendeckeln als Hintergrund und Seitenwände. Man atmete dort die schwere Atmosphäre des gedrängt vollen Zuschauerraums und folgte nur mit traumhaftem Empfinden den Vorgängen auf der Bühne, immer beeindruckt von der grotesken Situation. Theater in Gurs!
Ich sah diesen jungen ausgehungerten Menschen in einem Stück, dessen Namen ich nicht mehr weiß, auch den Namen des Schauspielers weiß ich nicht. Er war damals der Sprecher der Toten des Weltkriegs, die aus den Gräbern heraufgestiegen waren

und Klage und Mahnung in eindringlicher Todesmonotonie den Lebenden und dem Leben zuriefen. Es war ein ergreifender Chor und der Mann ein ergreifender Sprecher, in dem das, was er sprach, erlebt worden war, bevor er es aussprach. Das sah man, man hörte es, und man fühlte es.

Der steht nun unter denen, die befreit sind. In einem kläglichen Zustand. Die überraschende Befreiung hat nichts an dem bitteren Ausdruck des eingefallenen Gesichts geändert. Die großen, blassen Augen sehen verwundert ins Leere. Er hört nicht zu, wie der Chef der Sûreté auf die abseits sitzende Frau weist und nun laut fragt, ob jemand von den Befreiten an die Stelle der Weinenden zu treten bereit sei. »Sie hat heute ein Telegramm bekommen, daß ihr Mann nach Jahren wiedergefunden ist und morgen ins Lager kommt. Meldet sich niemand?« – »Dann muß die Frau jetzt fort.«

Eine fürchterliche Schwere liegt in der Luft. Minutenlang. Minutenlang der Druck des Schweigens. Jeder hofft auf ein erlösendes Ja von irgendwoher, jeder fürchtet das Wort der Aufforderung, das Ja zu hören. Furcht und Hoffnung versinken in das Schweigen hinein zu einer qualvollen Spannung.

Irgend jemand sieht auf den Schauspieler. Er ist ledig. Alle anderen Befreiten sind verheiratet, aber das ist nicht bekannt, und doch richtet ein unsichtbares Etwas die Blicke der Schweigenden auf den Schauspieler, der still und in sich gekehrt dasteht. Er ist wohl in die Tiefe von Erinnerungen hinabgestiegen und träumt von einer anderen Freiheit, die schöner war als die eben wiedergewonnene.

»Meldet sich also niemand?« zerreißt die Stimme des Chefs das angst- und hoffnungsvolle, das ratlose Schweigen und fährt nach kurzer Pause fort, zu der Weinenden hin: »Dann müssen Sie also mit.«

Aber schaut hin, der Befreite blickt auf einmal auf. Die Stimme ist doch nicht an ihm abgeprallt. Sie hat ihn geweckt, und er sieht fragend herum, auch zum Chef, und der antwortet auf die unausgesprochene Frage des Erwachten: »Wollen Sie für die Arme mit?«

In langem Schweigen geht der Kopf des Angesprochenen hin und her; langsam. Man sieht den schweren, inneren Kampf. Er sieht ins Leere, er sieht umher, sein Leben kämpft mit ihm, und schließlich schüttelt er leise, verneinend den Kopf.

Ach, wie ist man bedrückt, ach, die schluchzende Frau sinkt zusammen. Ach, schweigend versteht man den jungen Mann, schweigend versteht man die zerbrochene Frau, keiner kann in sich selbst eine Entscheidung finden. Da hört man kurz und präzis die Worte: »So, jetzt fertig machen.«

Es beginnt die Unruhe des Aufstehens, des Gepäckordnens, aber auch eine Unruhe der durch das unverständliche Schicksal bewegten Seelen beginnt. Und trotzdem hat Wort und Bewegung etwas Erlösendes in die wortlose Traurigkeit gebracht.

Der Befreite aber steht da, wie ein Ausgestoßener. Niemand stößt ihn aus, und er ist doch ein Ausgestoßener, ausgestoßen aus der wimmelnden Gemeinschaft derer, die ohne ihn nun in die gemeinsame Dunkelheit wandern müssen.

Was geht in dem jungen Mann vor? Er reckt mit einem plötzlichen Ruck den Kopf in die Höhe. Seine Augen fangen an zu leuchten! Was geht in ihm vor? Einen Augenblick lang furcht sich die Stirne. Zieht eine Sorge über ihn weg?

Unter den Falten strahlen immer noch die Augen ihr unirdisches Licht, der Unirdische redet. Aus einer anderen Welt spricht seine Stimme plötzlich sanft und laut zugleich, jedes Wort einzeln, getrennt von den andern. Nur drei Worte hat die Botschaft: »Ich gehe mit!«
»Ich gehe mit!« klingt es durch Hunderte von Herzen. »Ich gehe mit« erschüttert alle. Allen, die ins Elend wandern müssen, wird es leichter ums Herz. Die in den Tod gehen, strecken ihm die Hände entgegen, die Erlöste kniet nieder und küßt die von ihren Tränen benetzten Hände.
Es werden die Namen aufgerufen, die Opfer steigen mit ihrer armseligen Habe ein. Auch der Unirdische, der Trost und die Aufrichtung aller.
Die Camions fahren weg, in die Nacht hinaus, zum Bahnhof von Oloron, von Oloron nach Drancy und von dort – wer weiß wohin?!
Fragt in Theresienstadt, in Mauthausen, in Auschwitz, in Buchenwald, fragt überall herum. Ihr werdet nichts erfahren! Sie sind verschollen, sie sind erschossen, sie sind gehängt, sie sind vergast, sie sind verbrannt! Und Ihr werdet sie nie mehr sehen, nie mehr etwas von ihnen hören, von niemandem dieses Transports. Auch von den vier Helden nicht.
Wir wollen schweigen und ihrer gedenken, sie werden in unser aller Erinnerung leben, solange unser Leben währt. Dann gehen sie ein in die Masse der unbekannten Märtyrer der erschütterndsten Tragödie der Menschheit, in das gewaltige Heldentum des jüdischen Volkes in den Jahren der nationalsozialistischen Verbrecherherrschaft in Europa, das diese Herrschaft zuließ, als sie noch sehr leicht zu brechen war.

Nr. 41
Aufruf von Kurt Norbert Berg aus dem Jahr 1940
(Stadtarchiv Mannheim D 9 – 5 B)

Kurt Norbert Berg (1. 3. 1910–13. 11. 1960) leitete die 9. »Aufbauklasse« der Gemeinde und von 1938 bis 1940 das Lehrhaus. Am 1. Mai 1940 emigrierte er mit seiner Familie in die USA. Von seinem Emigrantenschicksal zeugen seine im AZ-Verlag, Mannheim, erschienenen lyrischen Reflexionen »Führe mich zur Abendinsel«.

Rettet die Kinder!

Nach vielen gleichlautenden Berichten aus dem nun schon weltberüchtigten Camp de Gurs, Südfrankreich, wohin man fast sämtliche Juden Badens und der Pfalz verschleppt hat, befinden sich dort auch über 500 Kinder und Jugendliche, für die man jetzt sogar – wie ich direkt von dort höre – eine Art Notschule im Barakkenlager errichtet hat. Dort erhalten sie täglich etwa drei Stunden Unterricht, damit sie nicht ganz sich selbst, d. h. den niederschmetternden Eindrücken des Lagers, überlassen bleiben. Als früherer Lehrer (gerade auch dieser Kinder, oder doch eines guten Teils von ihnen) weiß ich, welche ungeheure Kraftanstrengung es bedeuten muß, unter solchen Verhältnissen zu unterrichten. Und ich muß meine ehemaligen Kollegen ehrlich bewundern, die dies zu leisten vermögen, wo doch jeder einzelne von persönlichen Sorgen schwer belastet ist. Denn vielleicht bedarf es zum fruchtbaren Unterricht noch größerer seelischer Kraft und Reserven, als selbst zur Kran-

kenpflege unter solchen Umständen. Wie lange können auch die Tapfersten da durchhalten? Das ist die bange Frage, die sich uns allen aufdrängt, denn wir jüdischen Einwanderer aus Deutschland haben ja fast alle dort mehr oder minder nahe Verwandte oder doch Freunde und Bekannte.

Alle, die mich kennen, wissen, daß es nicht meine Art ist, mich in den Vordergrund zu drängen oder ein Geschrei zu erheben. Doch diesmal kann ich nicht an mich halten, da Schweigen in dieser Situation geradezu schuldhaft wäre. – Wird denn auch wirklich alles getan, um zu helfen, zu retten? Und wenn es schon unmöglich sein sollte, alle herüberzuholen, so wenigstens doch die Kinder?! Ich richte keinerlei Vorwurf gegen irgendwelche jüdischen Stellen und Organisationen; denn ich bin überzeugt, daß sie auch diesmal ihre Pflicht tun werden. Aber das ist es gerade, Pflicht scheint jetzt nicht mehr genug zu sein. Es müßte versucht werden, das scheinbar Unmögliche möglich zu machen. Ich kenne, wie gesagt, viele jener Jugendlichen, und weiß daher, daß unter ihnen viele prächtige Menschen sind, jüdische Jungens und Mädels, einst voll Hoffnung und Lebensfreude. Soll auch das alles von der Berserkerwut von Unmenschen niedergetrampelt werden? Um das zu verhindern, dürfte keine Anstrengung zu groß sein.

Ist es denn so ganz unmöglich, ein Schiff etwa nach Lissabon zu senden, ein Schiff, das auf dem Rückweg diese 500 Kinder und Jugendlichen mitnähme? Die meisten von ihnen haben ohnedies Verwandte oder Freunde hier, die ihnen schon Affidavits gestellt haben, und für den Rest müßte es in dieser Lage ein Kleines sein, die nötigen Bürgschaften noch aufzutreiben, wenn schon jüdische Instanzen nicht kollektiv für sie zu bürgen vermöchten. Die Einwanderungsquote wird ohnehin schon lange nicht mehr erreicht mangels Passage-Möglichkeiten, und von Wartenummern redet Washington selbst, wenigstens in Notfällen, schon nicht mehr so laut. –

War man nicht bereit, Tausende von englischen Kindern, die meines Erachtens zumindest nicht mehr gefährdet waren, für die Dauer des Krieges hier einzulassen? Ein Plan, der meines Wissens nur daran scheiterte, daß die Engländer nicht genügend Schiffe für diesen Zweck freimachen konnten. Während des russisch-finnischen Krieges im vergangenen Winter z. B. waren die skandinavischen Länder, obwohl selbst auch damals schon in keiner beneidenswerten Lage, alle bereit, Tausende von finnischen Kindern auf unbestimmte Dauer aufzunehmen. Warum ist es dort gegangen? Weil ein Wille da war, und wo ein Wille ist, findet sich meistens auch ein Weg! –

Aber gerade an diesem Willen müssen wir nachgerade anfangen zu zweifeln. Schöne Hoffnungen erwecken (Evian!), hohe Gefühle zum Ausdruck bringen, ist gefährlich und billig zugleich, wenn nicht die leuchtende und beweisende Tat darauf folgt. Schon G. E. Lessing sagte in seinem »Nathan«, wie viel leichter es ist, »andächtig zu schwärmen« als »gut zu handeln«. Wir dürfen nicht mehr kommen als schüchterne Bittflehende, wir haben ein Recht zu fordern. Wer ist denn in Europa überzeugter eingetreten für den Gedanken der Demokratie als wir deutschen Juden? Und wer hat dafür mehr Schläge erhalten als wir deutschen Juden? Will man denn das nicht wissen, will man denn das nicht sehen?! Sagt das gewissen Leuten, die nicht als Chamberlains gelten wollen, ins Gesicht. Wenn sie darauf nicht

reagieren, dann freilich, dann haben wir unser Äußerstes getan, und die Betreffenden werden einmal ihre Haltung vor anderer Stelle zu verantworten haben, dann freilich, wenn es zu spät ist. Die Trägheit des Herzens ist eine furchtbare Krankheit unserer Zeit, und viele sagen, es sei die Bürger-Krankheit schlechthin. Doch am fürchterlichsten wirkt sie sich aus in den Herzen der Staatsmänner, denn nicht nur sie selbst, nein, ganze Völker müssen dafür büßen (vgl. Chamberlain!). Denn nur der kann wirklich tapfer und erfolgreich für seine und seines Volkes Sache einstehen, der ein gutes Gewissen hat. – Hier also ist Gelegenheit, »gut zu handeln«, wehe dem, der sie versäumt . . .
500 Kinder warten. Ihr Glaube an die Menschheit, den wir trotz allem in ihr empfängliches Herz einpflanzen durften, steht auf dem Spiel. Und ich glaube, das ist nichts Geringes! Ihre fragenden Augen sehen mich an; ich durfte nicht schweigen. Mögen die nun handeln, denen zu handeln die Macht gegeben, und mögen sie schnell handeln!

4. VORGÄNGE AUS MANNHEIM NACH DEM 22. OKTOBER 1940

Die Mannheimer Juden waren in die südfranzösichen Lager deportiert worden, bevor die Mehrzahl der judenfeindlichen Gesetze und Verordnungen erlassen worden war. Diese trafen jetzt nach und nach die in Mannheim zurückgebliebenen (vgl. oben den Bericht von Dr. Kurt Weigert Nr. 21). Neben der weiteren Einschränkung der Lebensmöglichkeit und neben der weiteren Deportation veranlaßte der Staat in dieser Zeit die Verwertung des Vermögens der Ausgewiesenen. (Siehe auch Sauer II, S. 267 ff.)

Nr. 42
Vollmacht zur Geschäftsführung der Israelitischen Gemeinde Mannheim, vertreten durch Eugen Neter, für Hermann Hauser vom 23. Oktober 1940 (aus Privatbesitz Hermann Hauser, Mannheim)

Ich übergebe hiermit Herrn Hermann Israel Hauser, Mannheim, B 7. 9 die Geschäfte der Gemeinde mit allen Vollmachten.

Nr. 43
Handschriftliches Testament[36] der Oberin des Israelitischen Krankenhauses. Verfaßt vor der Deportation nach Gurs. (Stadtarchiv Mannheim 31/70)

Die Möbel in meinem Schlafzimmer und Wohnzimmer mit allem Inhalt, Wäsche, Bücher etc., das Buffet (Eichenholz) und Sofa sowie Bilder im Schwestern-Eßzim-

[36] Derartige Vermächtnisse wurden vom Polizeipräsidenten Mannheim – Abteilung jüdisches Vermögen – weisungsgemäß nicht anerkannt. Ebenso wurde das Vermögen von Personen, die sich durch Freitod einer Deportation entzogen hatten, einbehalten (vgl. auch Nr. 55).

mer sind mein Eigentum, ich schenke dies den im Hause tätig gewesenen arischen [37] Mädchen.
Mannheim, den 23. 10. 1940 Pauline Sara Maier

Nr. 44
Schreiben der A. G. an den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 22. Februar 1941 (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Als Schwester der oben angegebenen, am 23. Oktober aus Deutschland ausgewiesenen und nach Gurs verbrachten Frau M. S. K. Wwe. geb. M. erlaube ich mir folgende ergebenste Bitte vorzutragen:
Meine Schwester, die Witwe und vollständig alleinstehend und [68] Jahre alt ist, wurde erst am 23. Oktober ausgewiesen, und es wurde ihr nur eine Stunde Zeit gegeben, ihr Gepäck zu richten. Der Polizeibeamte blieb dabei stehen, bis sie fertig war. Meine Schwester war infolge der Aufregung nicht im Stande, etwas Vernünftiges einzupacken, sie wäre auch nicht fähig gewesen, ein größeres Gewicht zu tragen. Sie hat infolgedessen nur ein einziges Kleid bei sich, das sie damals auf dem Leibe trug, und es fehlt ihr auch die allernotwendigste Wäsche.
Sie hat mich durch Vermittlung durch die Schweiz dringend gebeten, ihr wenigstens folgende Gegenstände aus ihrem umfangreichen Bestand an Wäsche und Kleidern für sie zu erbitten:
2 dünne Hemden, Größe 48
1 dünne graue Bluse, Größe 48
1 Nachthemd, Größe 48
2 Paar Strümpfe.
Meine Schwester befindet sich in äußerster Not und ist vollständig hilflos. Wir haben keine Verwandten im Ausland, die irgend etwas für meine Schwester tun könnten. Der einzige Sohn meiner Schwester lebt völlig mittellos und ohne Arbeit in Brasilien. Die einzige Tochter meiner Schwester ist geisteskrank und befindet sich in einer Anstalt.
Für den Fall der Freigabe der Gegenstände bitte ich auch um die Erlaubnis, ihr diese Gegenstände nach ihrem Aufenthalt in dem unbesetzten Frankreich zusenden zu dürfen.
Für die freundliche Bewilligung meiner Bitte danke ich im voraus auf das herzlichste.

[37] »arischen« wurde von Pauline Maier offensichtlich später eingefügt.

Nr. 45

Schreiben des Leiters der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Karlsruhe, an die Staatspolizeileitstelle Karlsruhe vom 1. April 1942 – betr.: Abwanderung (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Ich habe bereits dorthin berichtet, daß mit der Abwanderung derjenigen Personen, die bisher alte und gebrechliche Verwandte gepflegt haben, sich die Notwendigkeit ergibt, Letztere unterzubringen. Die genaue Zahl der heimbedürftig werdenden Personen vermag ich im Augenblick noch nicht anzugeben, die untenstehende Aufstellung enthält nur die mir bereits jetzt bekannt gewordenen Fälle.

Eine Unterbringung in dem Hause Karlsruhe, Kronenstraße 62, das für unsere Zwecke noch zur Verfügung steht, läßt sich nicht ermöglichen, da das Verwalterehepaar dieses Hauses zur Abwanderung bestimmt ist. Die heimbedürftigen Personen müssen daher, sofern nicht die Aufrechterhaltung unseres Heimes in Konstanz, Sigismundstraße 21, möglich ist, sämtlich im Altersheim mit Krankenabteilung Mannheim B 7. 3 untergebracht werden. Dieses Haus ist bereits stark belegt, weil vor kurzem das moderne und geräumige Krankenhaus in Mannheim, Collinistraße 47–53, für Reichszwecke in Anspruch genommen und von uns geräumt worden ist. Die Zahl der zur Abwanderung zu bringenden Heiminsassen, die überwiegend über 63 Jahre alt sind, ist geringer als die Zahl derjenigen Personen, die neu untergebracht werden müssen. Das Altersheim Mannheim wird also voraussichtlich bis zur Höchstgrenze ausgenutzt werden müssen, wodurch die von der Stadtverwaltung Mannheim aus wohl erwogenen Gründen verlangte Platzreserve wegfällt. Angesichts der Tatsache, daß sich bereits jetzt in unserem Heim in Konstanz fünf alte und gebrechliche Personen befinden, die bei ihrem Zustande jetzt nicht nach Mannheim überführt werden können, da es beabsichtigt gewesen ist, zur Entlastung des Mannheimer Heimes einige Insassen, die vorübergehend von Konstanz nach Mannheim überführt worden sind, nach Konstanz zurückzuverlegen, daß in Konstanz selbst nach der Abwanderung weitere drei Personen heimbedürftig werden, sehe ich mich in die Notwendigkeit versetzt, erneut die Bitte vorzutragen, die Weiterführung des für unsere Zwecke dringend benötigten Heimes in Konstanz, Sigismundstraße 21, dadurch ermöglichen zu wollen, daß das Verwalterehepaar Siegfried Israel Birn (Listennummer 16 und 114) das weitere Verbleiben gestattet wird. Vielleicht kann die dortige Behörde vor ihrer Entschließung über meinen Antrag mit dem zuständigen Sachbearbeiter der Stadt Mannheim, Herrn Stadtoberrechtsrat Dr. Sp., ins Benehmen treten. Wenn der Herr Oberbürgermeister der Stadt Mannheim keine Bedenken dagegen erhebt, daß heimbedürftige Juden aus dem Lande Baden, solange Raum vorhanden ist, im Altersheim Mannheim untergebracht werden, hätte die Schließung des Hauses Sigismundstraße 21 in Konstanz nicht die schwerwiegenden Nachteile im Gefolge, die ich im Augenblick befürchten muß. Allerdings wird, wenn das Heim in Konstanz aufgegeben werden muß, in der Zukunft die Unterbringung weiterer heimbedürftig werdender Personen schwierig sein.

Folgende Personen kämen für die sofortige Unterbringung in Mannheim in Frage:
[Es folgt eine Liste von 15 Namen]

Nr. 46

Schreiben des Leiters der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an die Schulabteilung der Reichsvereinigung in Berlin vom 14. April 1942 – betr.: Abwanderung; hier: die jüdische Schule in Mannheim (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Ich nehme auf die gestrige fernmündliche Anfrage Bezug und bestätige, daß der Schulleiter Arthur Israel Auerbacher zum Abwanderungstransport eingeteilt ist. Ich habe bereits mündlich und schriftlich der Behörde vorgetragen, daß Lehrer Auerbacher die einzige Lehrkraft in Baden ist und daß ich genötigt wäre, die Zuweisung einer Lehrkraft von außerhalb Badens zu beantragen, da auch nach Abfertigung des Abwanderungstransports 24 Schulkinder in Mannheim beschult werden müssen. Die Behörde hat mir ihre Entschließung zu dem Antrag auf Freistellung des Lehrers Auerbacher bis zur Stunde nicht eröffnet, es entzieht sich meiner Beurteilung, ob mit Rücksicht auf das von mir Vorgetragene die Lehrkraft belassen wird.

Nr. 47

Schreiben der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an Dr. Fritz Cahn[-Garnier], Mannheim vom 15. August 1942 – betr.: Abwanderung (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Auf Weisung der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe haben wir bei der Vorbereitung eines Abwanderertransports mitzuwirken. Die einzelnen Abwanderer sind zwecks Abschlusses von Heimeinkaufverträgen [38] aufzusuchen und außerdem bei ihren Reisevorbereitungen zu unterstützen. Wir bitten Sie, die uns obliegenden Aufgaben für die Städte Heidelberg und Wiesloch zu übernehmen.

---

[38] Die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I, S. 722) hatte in § 3 (1) bestimmt: »Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit ... verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich«. Juden verloren mit der Deportation die deutsche Staatsangehörigkeit. Da somit dem Staat das Vermögen der Juden zufiel und nicht der SS, mußte diese darauf sehen, v o r der »Abwanderung« möglichst viel Geld von den Juden zu erhalten. Ein solches Mittel waren die »Heimeinkaufsverträge«. Die Reichsvereinigung der Juden als Instrument der SS übernahm mit dem Abschluß eines solchen Vertrags die Verpflichtung, »dem Vertragspartner auf Lebenszeit Heimunterkunft und Verpflegung zu gewähren, die Wäsche waschen zu lassen, ihn erforderlichenfalls ärztlich mit Arzneimitteln zu betreuen und für notwendigen Krankenhausaufenthalt zu sorgen«, doch hieß es bereits im Anschluß an diese Verpflichtung doppeldeutig: »Das Recht der anderweitigen Unterbringung bleibt vorbehalten«. Weiteres siehe bei H. Krausnick, SS-Staat II, S. 397 ff.

Nr. 48

Schreiben der Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Karlsruhe, an die Verwaltungsstelle der jüdischen Gemeinde Mannheim vom 21. September 1942 – betr.: Abwanderung (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Wir übersenden Ihnen einen Abdruck des heute an die 45 Teilnehmer des Abwanderungstransports versandten Rundschreibens nebst einem Verzeichnis der zur Abwanderung bestimmten Personen. Wir bitten Sie, die in Mannheim wohnhaften Abwanderer alsbald aufzusuchen, und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Herrn Dr. Cahn bitten wir, die Betreuung von Fräulein Hachenburg zu übernehmen.

Soweit den Transportteilnehmern Ausrüstungsgegenstände oder Geldmittel fehlen, wolle in der früher geübten Weise ausgeholfen werden, jedoch muß vermieden werden, daß in den Fällen eine geldliche Unterstützung gewährt wird, in denen Vermögen vorhanden ist. Da das Vermögen der Einziehung verfällt und da eine Vermögensbeschlagnahme rückwirkend vom 1. August an ausgesprochen ist, dürfen Teilnehmer nicht etwa über ihr Geld zugunsten Dritter verfügen und dann aus jüdischen öffentlichen Mitteln die notwendigen Geldbeträge verlangen.

Auf die gewissenhafte Ausfüllung der Vermögenserklärungen ist Wert zu legen, wir legen für alle Fälle noch Vordrucke bei, die wir pfleglich zu behandeln und nur dann zu verwenden bitten, wenn wirklich ein Vordruck unbrauchbar geworden ist. Die nicht verbrauchten Vordrucke müssen wir zurückgeben.

Wir bitten, der Spendenleistung auf Sonderkonto W ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Abwanderer über die vorgeschriebenen 25 % hinaus das gesamte Restbarvermögen der Reichsvereinigung zuweisen [39]. Die beiliegenden Bank- und Sparkassenaufträge bitten wir doppelt für einfach ausfüllen zu lassen. Sie wollen die Formulare so bald wie möglich uns einsenden, damit wir sie von hier aus den Banken bzw. Sparkassen zuleiten können. Sofern die Vordrucke nicht ausreichen, bitten wir solche dort anzufertigen.

Auf die Möglichkeit, Urkunden, die sich nicht auf Vermögenswerte beziehen, bei der RV. aufbewahren zu lassen, weisen wir besonders hin. Die Abmeldebescheinigungen des Ernährungsamts wollen Sie geschlossen durch Boten am 26. September nachmittags hierher bringen lassen. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch die eingesammelten Vermögenserklärungen vollständig hier eingetroffen sein.

In Zweifelsfragen wollen Sie hier anrufen.

---

[39] Die »Abwanderer« zahlten eine Abgabe von 25 % ihres Vermögens (H. Krausnick, SS-Staat II, S. 383) v o r der Deportation und wurden zu Spenden auf das »Sonderkonto W« angehalten. Diese Gelder dienten angeblich dazu, die »Transporte mit Lebensmitteln und Geräten« auszurüsten (H. Krausnick, SS-Staat II, S. 398), standen aber indirekt dem Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamts zur Verfügung.

Nr. 49

Bestätigung über den Empfang eines Judensterns (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Ich bestätige hierdurch den Empfang von 1 Judenstern. Mir sind die gesetzlichen Bestimmungen über das Tragen des Judensterns, das Verbot des Tragens von Orden, Ehrenzeichen und sonstigen Abzeichen bekannt.
Auch weiß ich, daß ich meinen Wohnort nicht verlassen darf, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei mir zu führen.
Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen. Abschrift dieser Quittung ist in meinem Besitz.
Mannheim, den 29. September 1941
Name: F.
Wohnort und Wohnung: Mannheim, Collinistraße 47
Kennort: Offenburg Kennummer: Az. 00254

Nr. 50

Verfügung des Reichsministers der Justiz an die Generalstaatsanwälte und Oberlandesgerichtspräsidenten vom 10. Januar 1942 – Nr. 1121 – Va 45/42 (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim, Generalakten AZ 112)

Einzelfälle geben mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Anrede »Herr« Juden und Polen gegenüber nicht angebracht ist.

In Vertretung: gez. Dr. Freisler

Nr. 51

a) Abschiedsbrief der Helene Waldeck (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I a Js 922/42)

Ich scheide freiwillig aus dem Leben, das ich nicht mehr ertragen kann. Es ist zu viel für einen Menschen von 80 Jahren, der stets anständig durchs Leben ging.
Hoffentlich gelingt mir mein Vorhaben, ich habe die Tabletten schon viele Jahre bei mir, schon bei dem Freitod meiner Tochter, mit der ich damals hätte gehen sollen, da wäre mir viel erspart geblieben.
Dem Hause, in dem ich zuletzt versorgt war, danke ich für alles, die Pflegerinnen, die Herren, der Arzt waren fürsorglich und gut zu mir, aber gegen die Hetze waren sie machtlos.
Daß ich meine Kinder nicht mehr sehe, erschwert mir mein Vorhaben, aber sie werden mich verstehen. Helene Waldeck

b) Personalien bei gewaltsamen Todesfällen

Des erfolgten Todes:	*Ort:* Mannheim, Jüdisches Krankenhaus B 7, 3 (mit Straße und Hausnummer) *Tag und Jahr:* 19. 8. 1942 *Stunde* (bzw. Zeitraum, in welchem der Tod eingetreten ist): 19.40 durch Tablettenvergiftung
Des Verstorbenen:	*Familienname*: Waldeck geb. Rosenfeld (bei Frauen auch der Mädchenname) *Vorname:* Helene Sara (Rufname unterstreichen) *Stand oder Gewerbe:* Witwe, *Religion:* Israelitisch *Geburtstag:* 13. 10. 1862 *Geburtsort:* Bruchsal: Amtsgerichtsbezirk: Bruchsal *Wohnort:* Mannheim B 7, 3 (mit Straße und Hausnummer)
Seines Ehegatten:	*Vorname:* Hermann *Familienname* (oder Vermerk, daß der Verstorbene ledig, verwitwet oder geschieden): Waldeck *Tag und Ort der Eheschließung:* unbekannt
Des Vaters des Verstorbenen:	*Vorname:* Samuel *Familienname:* Rosenfeld *Stand oder Gewerbe:* *Wohnort:*
Der Mutter des Verstorbenen:	*Vorname:* Rachel *Familienname:* Lewisohn *Stand oder Gewerbe:* *Wohnort:*

Mannheim, den 19. August 1942 gez. K., Krim.-Sekr.

Nr. 52

a) Aufruf an die Männer und Frauen von Theresienstadt; erlassen am 6. Mai 1945 (Stadtarchiv Mannheim 16/67-10)

Nach mehreren kleineren Transporten Mannheimer »Nichtarier« während des Kriegs wurden am 14. Februar 1945 noch 49 Personen nach Theresienstadt deportiert und bald darauf von russischen Truppen befreit.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat den Schutz von Theresienstadt übernommen. Dem Vertreter dieses Komitees, Herrn Dunant, steht die Führung von Theresienstadt zu. Er hat die unterschriebenen Mitglieder des bisherigen Ältestenrates mit der Leitung der Selbstverwaltung betraut.
In Theresienstadt seid Ihr sicher! Der Krieg ist noch nicht beendet! Wer Theresienstadt verläßt, setzt sich allen Kriegsgefahren aus.

Theresienstadt hat die Betreuung der Märtyrer aus der kleinen Festung übernommen. Das verlangt vermehrte Arbeitsleistung, die auch zur Vorbereitung der Rücktransporte notwendig ist. Es muß weiter gearbeitet werden! Wer die Arbeit verweigert, darf einem Rücktransport nicht eingereiht werden.
Der Postverkehr ist nunmehr ohne Zensur und sonstige Beschränkungen in jeder Sprache gestattet. Zur Einleitung dieses Verkehrs wird jeder Einwohner von Theresienstadt, der es wünscht, eine frankierte Postkarte erhalten, sobald solche in genügender Zahl zur Verfügung stehen werden.
Es werden Zeitungen angeschafft und öffentlich angeschlagen werden.
Die schweren Krankheiten, die augenblicklich hier noch herrschen, machen eine strenge Einhaltung der Quarantäne-Vorschriften notwendig. Darum haltet sie genauestens ein!
Nach Beendigung des Krieges werden die Rücktransporte raschestens beginnen und nach Maßgabe der von der Regierung zu erlassenden Vorschriften durchgeführt werden.
Haltet Ruhe und Ordnung! Helft uns bei der Arbeit, die Eure Rückreise ermöglichen soll! Geht jeder der ihm zugewiesenen Arbeit auf seinem Platze nach!
Dr. Leo Baeck, Dr. Alfred Meissner, Dr. Heinrich Klang, Dr. Eduard Meijer
Theresienstadt, am 6. Mai 1945.

b) Handschriftlicher Vermerk auf dem Aufruf vom 6. Mai 1945

Sonntag Mittag 12 Uhr wurde die tschechoslowakische Fahne gehißt, da angeblich Waffenstillstand. Später wieder entfernt, da Theresienstadt unter Schutz des Roten Kreuzes steht, also quasi »international« ist.

c) Eingabe von Berthold Chaim, Eugen Klinger, Alfred Frey und Kurt Corty an den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim aus Theresienstadt vom 2. Juni 1945 – betr.: Rückführung der Mannheimer Juden aus dem Konzentrationslager Theresienstadt

Wie Ihnen bekannt ist, wurden die lt. beiliegender Liste verzeichneten Mannheimer durch die Geheime Staatspolizei am 14. 2. 45 angeblich zum Arbeitseinsatz hierher verbracht. Seit dieser Zeit sind wir gezwungen, uns hier aufzuhalten, jede Verbindung mit unseren Familienangehörigen ist unterbunden.
Das Konzentrationslager Theresienstadt ist seit Anfang Mai von den Russen besetzt. Während andere Nationen, z. B. Tschechoslowaken, Franzosen, Belgier und Holländer Theresienstadt zum Teil verlassen haben bzw. in diesen Tagen verlassen werden, besteht zur Zeit keine Aussicht, daß auch wir Reichsdeutschen nach unserem Heimatort Mannheim zurückkehren können, weil die Verkehrsmittel fehlen. Am zweckmäßigsten wäre eine Rückführung mittels Omnibus oder Lastauto. Es kämen also für den Mannheimer Transport ca. 55–60 Personen mit Gepäck in Betracht.

Der russische Kommandant verlangt für die Freigabe des Transportes die Erfüllung der am Ende dieses Briefes angeführten Formalitäten. Wir richten daher an Sie die dringende Bitte alles daran zu setzen, um uns Mannheimer auf schnellstem Wege nach dort zurückzuholen, denn wir sind der festen Überzeugung, daß unsere Angehörigen, die seit Monaten von uns nichts gehört und über deren Ergehen auch wir keinerlei Nachricht bekommen haben, unser dringend bedürfen. Nachdem wir in den letzten Jahren so viel Schweres durchgemacht haben, wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Angelegenheit beschleunigt erledigen würden.

d) Maschinenschriftliche Nachschrift auf der Eingabe vom 2. Juni 1945

Nach soeben erhaltenen Informationen des russ. Kommandanten sind noch keine definitiven Anweisungen für den Rücktransport der Deutschen ergangen. Es wird jedoch in den nächsten Tagen der Fall sein. Wir werden Mittel und Wege finden, die Stadtverwaltung in Kenntnis zu setzen, damit unsere Abholung erfolgen kann. Es dürfte jedoch angebracht sein, inzwischen bereits Vorkehrungen zu treffen über die Bereitstellung von Wagen und Treibstoff.

Nr. 53
Niederschrift einer Besprechung beim Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 8. November 1940 – betr.: Verwertung jüdischen Vermögens (Stadtarchiv Mannheim 16/67-8)

In einer heute beim Herrn Polizeipräsidenten stattgefundenen Besprechung wurde die Frage der Erwerbung von Teilen jüdischen Vermögens durch die Stadt eingehend besprochen. Anwesend waren: Der Herr Polizeipräsident, der Herr Oberbürgermeister, Herr B. (Sachbearbeiter beim Polizeipräsidenten), Herr Assessor G. (Handelskammer), Direktor S.

Es wurde grundsätzlich festgelegt, daß Wäsche, Kleider und Schuhe mit sofortiger Wirkung durch den SHD aus den Wohnungen abgefahren und in das Lager des Fürsorgeamts verbracht werden sollen. Dort werden diese Gegenstände nach Gruppen und nach Güteklassen unterteilt (neu, wenig gebraucht, stark gebraucht). Pelzmäntel, teuere Herrenmäntel usw., an deren Erwerbung die Stadt kein Interesse hat, werden ausgeschieden und dem Polizeipräsidenten zur Verfügung wieder zurückgegeben.

Eine Schätzung der von der Stadt zu übernehmenden Gegenstände wird erst nach Sortierung derselben und genauer Feststellung der Zahlen vorgenommen.

Von der neuen Wäsche soll ein Teil für das Polizeilazarett abgezweigt werden.

Die zu übernehmende Wäsche, Kleider und Schuhe werden zwischen der NSV und der Stadt geteilt, wobei die besonderen Bedürfnisse der Stadt in bezug auf die Versorgung von Wolhyniendeutschen berücksichtigt werden sollen.

Die Gegenstände gehen erst dann in das Eigentum der Stadt über, wenn die Schät-

zung und die Eigentumsübertragung erfolgt sind. Die Stadt hat weiter das Vorkaufsrecht für Betten, ganze Schlafzimmer, einzelne Schränke, Tische, Stühle, von Küchenmöbel und von Küchengeschirr. Da beabsichtigt ist, die Gegenstände der Listen 2 und 4 in den Wohnungen zu versteigern, wird das Vorkaufsrecht der Stadt dadurch ausgeübt, daß jeweils vor der Versteigerung die Stadt die Möglichkeit haben soll, die Gegenstände noch einmal zu bezeichnen, die sie wünscht. Maßgebend soll der Schätzungswert sein.
Hierdurch wird erreicht, daß die Arbeit der eingesetzten 10 Kommissionen sehr beschleunigt werden kann.
Flaschenweine, Schnaps, Likör, Sekt, Konserven, eingemachte Früchte und Waschmittel werden zusammen mit Wäsche usw. vom SHD abgefahren. Dafür wird ein besonderes Lager in der Neckarschule errichtet, das die Stadt verwalten soll. Ein Eigentumsrecht an diesen Sachen erwirbt sie jedoch nicht, auch sie werden versteigert werden.

Nr. 54
Aus der Niederschrift über die nicht-öffentliche Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ratsherren am 13. Februar 1941 (Stadtratsprotokolle 1941, S. 41)

Der Oberbürgermeister gibt bekannt, daß die Einweisung der Fliegergeschädigten in die Judenwohnungen in der Hauptsache abgeschlossen sei [40]. Eine Anzahl von Judenwohnungen müsse für diejenigen Familien bereitgehalten werden, die infolge der Räumung der J-Quadrate dort ihre Wohnung aufgeben müssen. Im allgemeinen sei diese Aktion befriedigend abgeschlossen worden. Welche Schwierigkeiten sich beim Polizeipräsidium in bezug auf die Versteigerung des Judengutes ergeben, berühre die Stadt nicht.
Dient zur Kenntnis; Meinungsäußerungen erfolgen nicht.

Nr. 55
Bekanntgabe des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim vom 12. April 1941 – betr.: Anmeldung der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten der am 22. Oktober 1940 aus Baden ausgewiesenen Juden (Stadtarchiv Mannheim 16/67-13)

Nach einer Bekanntmachung des Bad. Ministers des Innern vom 4. April 1941 hat der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern das gesamte Vermögen der aus Baden ausgewiesenen Juden beschlagnahmt. Alle Verfügungen der genannten Juden über ihre zurückgelassenen Vermögenswerte gelten als nicht erfolgt, soweit sie am 22. Oktober 1940 oder später getroffen

[40] Die Einweisung von Fliegergeschädigten in Judenwohnungen war bereits in der nichtöffentlichen Beratung vom 19. Dezember 1940 bekanntgegeben worden.

worden sind; auch Rechtsnachfolger der ausgewiesenen Juden sind insoweit nicht mehr verfügungsberechtigt.

Mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen in Baden wurde der Bad. Minister des Innern beauftragt, welcher zur Verwaltung des gesamten derart zurückgelassenen Vermögens den Generalbevollmächtigten für das jüdische Vermögen in Baden in Karlsruhe, Kaiserstr. 76, bestellt hat. Die Abwicklung des beschlagnahmten Vermögens erfolgt in Mannheim durch den Polizeipräsidenten, Abteilung jüdisches Vermögen.
Binnen einer vom 5. April 1941 ab laufenden Ausschlußfrist von einem Monat sind Forderungen gegen die aus Baden ausgewiesenen Juden bei dem Polizeipräsidenten in Mannheim schriftlich unter Beifügung der zum Beweis erforderlichen Unterlagen anzumelden. Umgekehrt haben alle Personen, die an die aus Baden ausgewiesenen Juden Leistungen irgendwelcher Art schulden oder Vermögenswerte, die diesen Juden gehören, in Besitz haben, diese Verbindlichkeiten und Vermögenswerte binnen drei Monaten, vom 5. April 1941 ab gerechnet, obiger Stelle ebenfalls anzuzeigen. Im Zweifelsfall hat Anmeldung oder Anzeige auf alle Fälle zu geschehen.
Falls hiernach Anmeldungen oder Anzeigen vorzunehmen sind, ersuche ich diese zu veranlassen und mir hierüber zu berichten. Fehlanzeige ist erforderlich.

5. SCHULE

Die Nationalsozialisten nahmen sogleich im Frühjahr 1933 eine einschneidende Maßnahme vor: sie »reinigten« den Öffentlichen Dienst von Sozialdemokraten, Zentrumsangehörigen und – soweit es sich nicht um Beamte handelte, die vor dem 1. August 1914 ins Beamtenverhältnis berufen worden waren oder als Frontkämpfer anerkannt waren – von Juden. Diese Maßnahmen sind hier am Beispiel der Handelshochschule verdeutlicht. Besonders für jüngere Beamte bedeutete die Entlassung auch materiell ein schwer zu tragendes Schicksal. Die aus dem staatlichen Schuldienst entfernten Lehrer wurden zum Teil der von der Mannheimer Gemeinde ins Leben gerufenen jüdischen Schule zugewiesen.
Wie auch bei der Verdrängung der Lehrer die gesetzlichen Maßnahmen zunächst nur einen Teil der Pädagogen betrafen, so auch bei den Schülern. Die Auswirkungen der Lehre des Nationalsozialismus waren jedoch derart, daß dem bewußt jüdischen, charaktervollen Schüler das Verbleiben an der staatlichen Schule schwer fiel. Ein ausführlich dargelegter »Fall«, der Disziplinarfall Fischel/Eppstein am Lessing-Gymnasium, zeigt nicht nur beispielhaft die Konflikte der Schüler – die sogar der NS-Staat nachträglich als berechtigt anerkannte –, sondern auch in den Konferenzprotokollen am Beispiel des Lehrkörpers der Schule die Haltung des überwiegenden Teils der Beamtenschaft. In dieser Umwelt wurde, gefördert durch das Karlsruher Kultusministerium, die jüdische Schule aufgebaut. (Siehe auch Band I, S. 65 ff.; Sauer I, S. 112 ff., 228 ff., 322 ff.; Schicksale, S. 64 ff.)

Nr. 56

Bericht der Kommissare der Stadt Mannheim an das Badische Kultusministerium vom 23. März 1933 – betr.: Handelshochschule Mannheim (GLA 235/30891)

Wir traten mit dem Rektor der hiesigen Handelshochschule, Herrn Prof. Dr. Sommerfeld, in Verbindung und baten denselben uns mitzuteilen, welche Herren des Lehrkörpers unter den Ihnen mitgeteilten Gesichtspunkten werden ausscheiden können. Wir erlauben uns, Ihnen beigeschlossen die uns zur Verfügung gestellte Liste mit der Bitte zu überreichen, die darin verzeichneten Dozenten und Professoren, die für uns untragbar sind, mit dem Zwecke der Dienstentlassung beurlauben lassen zu wollen und wären Ihnen verbunden, wenn die diesbezügl. Maßnahmen sofort durchgeführt werden könnten, da in der Studentenschaft in der Handelshochschule große Beunruhigung besteht, da die Juden immer noch ihres Amtes walten. Herr Prof. Dr. Sommerfeld bittet uns, bei Ihnen anzuregen, daß ein einheitliches Vorgehen bei allen badischen Hochschulen gesichert bleibt.
Wir schließen gleichzeitig die Satzungen der Handelshochschule und ein Vorlesungsverzeichnis bei.

Nr. 57

Beschluß der Kommissare der Stadt Mannheim, der dem Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts mit Schreiben vom 8. April 1933 mitgeteilt wurde – betr.: Handelshochschule Mannheim (GLA 235/30891)

In Vollzug der Verordnung des Reichskommissars für das Land Baden vom 5. ds. Mts. geben wir von der in der Anlage beigefügten Abschrift eines Beschlusses der Kommissare der Stadt Mannheim Kenntnis.

I. Beschluß

Aufgrund der Verfügung des Reichskommissars Robert Wagner für das Land Baden werden alle Juden an der Handelshochschule Mannheim mit sofortiger Wirkung beurlaubt, um Einzelaktionen gegen Juden und damit verbundene erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu verhüten. Jegliche Tätigkeit in den Diensträumen, insbesondere die Mitwirkung an Prüfungen ist untersagt:

1. dem ordentlichen Professor Dr. Otto Selz [41] (Institut für Psychologie und Pädagogik),
2. dem ordentl. Honorarprofessor Dr. Sigmund Strauß, Rechtsanwalt,
3. Frau Dr. Käthe Bauer-Mengelberg,
4. dem Privatdozenten und Assistenten Dr. Paul Eppstein,

---

[41] Zu Selz siehe auch die Dissertation von Hans Seebohm, Otto Selz, Ein Beitrag zur Geschichte der Psychologie, Heidelberg 1970.

5. dem Privatdozenten und Assistenten Kurt Sigmar Gutkind,
6. dem nebenamtl. Professor Dr. Arthur Blaustein, Syndikus der Handelskammer Mannheim,
7. dem n[eben]a[mtlichen] Prof. Dr. Jos. Koburger, Direktor der Atlas-Versicherungsbanken Ludwigshafen,
8. dem Dr. Ludwig Mann, Nervenarzt in Mannheim,
9. dem na. Prof. Dr. Julius Moses, prakt. Arzt.

II. Herrn Ersten Bürgermeister Dr. Walli zum Vollzug.

Kommissare der Stadt Mannheim Carl Renninger.

Nr. 58

Verfügung des Badischen Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz – Abt. Kultus und Unterricht – an den Rektor der Handelshochschule Mannheim vom 26. Mai 1933 – betr.: Mitwirkung von Dozenten nichtarischer Abstammung an Hochschulprüfungen (GLA 235/30905)

Dozenten nichtarischer Abstammung, die aus sicherheitspolizeilichen Gründen aufgrund des Erlasses vom 6. April 1933 Nr. A. 7642 oder in Vorbereitung der Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums beurlaubt oder gekündigt sind, haben sich jeglicher Diensttätigkeit zu enthalten. Sie sind daher auch nicht berechtigt, an Prüfungen der Hochschulen mitzuwirken. Grundsätzlich kann es daher nicht gestattet werden, daß Doktorarbeiten, die unter Anleitung eines beurlaubten oder gekündigten Dozenten nichtarischer Abstammung begonnen wurden, unter Anleitung des Dozenten nichtarischer Abstammung zu Ende geführt werden, oder daß Dozenten nichtarischer Abstammung, die beurlaubt sind oder denen gekündigt wurde, irgendwie an der Vorbereitung und Durchführung von Hochschulprüfungen mitwirken. In ganz besonders gelagerten Fällen behalte ich mir vor, auf begründete Eingaben Ausnahmen zu bewilligen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die Arbeit muß bereits so weit vorgeschritten sein, daß ihre Aufgabe für den Doktoranden arischer Abstammung eine unbillige Härte und eine schwere Schädigung bedeuten würde.
2. Die Übernahme der Arbeit durch einen Dozenten arischer Abstammung muß unmöglich oder doch vollkommen unzweckmäßig sein.
3. Die Fertigstellung der Arbeit darf voraussichtlich nicht mehr länger als vier Monate beanspruchen.
4. Die Arbeit konnte ohne Verschulden des Doktoranden arischer Abstammung bisher nicht fertiggestellt werden.

Gesuche der erwähnten Art sind von Doktoranden durch Vermittlung der Fakultät einzureichen. Bei der Vorlage ist eine Äußerung der Fakultät anzuschließen, ob die unter Ziffer 1–4 angegebenen Voraussetzungen für vorliegend erachtet werden, wann der Doktorand das Thema erhalten hat und wann die Arbeit tatsächlich

begonnen worden ist. Es wird erwartet, daß die Genehmigung nur in ganz besonders gelagerten Fällen erbeten wird; hierbei muß die Möglichkeit eines Mißbrauchs durch die Persönlichkeit der Beteiligten ausgeschlossen sein.

Nr. 59

a) Anfrage von Ministerialrat K. bei der Schriftleitung des Hakenkreuzbanners vom 7. Juni 1933 (Oberschulamt Nordbaden, Personalakten T.)

Werte Parteigenossen!
In der Nr. 132 des 3. Jahrgangs vom 1. Juni ds. Js. veröffentlichen Sie einen Artikel »Des Juden wahres Gesicht«. Sie behaupten darin, daß Sie für alles, was in dem Artikel gegen Professor Dr. O. T. vorgebracht ist, eidesstattliche Unterlagen vorlegen können. Da wir noch nicht genügend Unterlagen haben, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns Ihre eidesstattlichen Unterlagen zusenden wollten; Sie können versichert sein, daß wir diese Sache mit aller Schärfe betreiben werden.
Heil Hitler!

b) Schreiben der Schriftleitung des Hakenkreuzbanners an das Kultusministerium zu Händen von Prof. E. F. vom 27. Juni 1933 – betr.: Prof. Dr. O. T.

Mein lieber Ernst!
Der Herr Ministerialrat Prof. K. hat uns zu Anfang des Monats ein Schreiben zugeschickt mit der Bitte, wir möchten die eidesstattlichen Unterlagen zu dem am 1. Juni 1933 im »Hakenkreuzbanner« erschienenen Artikel »Des Juden wahres Gesicht« an ihn schicken. Wir tun das hiermit. Ich schicke die Unterlagen mit Absicht an Dich, da Herr Ministerialrat K. ja zur Zeit nicht in Karlsruhe anwesend ist und da ich annehme, daß Du die Angelegenheit behandeln wirst, zumal Du mir ja gelegentlich erklärt hast, daß Dich K. beauftragt hat, seine Post zu erledigen. Verwende also bitte ein bißchen Aufmerksamkeit auf den Herrn T. und tue bitte das, was in dieser Angelegenheit zu tun ist: Schmeiße diesen Lumpen hochkant aus dem Schuldienst hinaus.
Um eines bitte ich Dich aber noch, nämlich: den Namen der Frau Prof. H.-D. zunächst nicht zu nennen, da, wie ich erfahre, sie noch unter dem gewaltigen Eindruck des Terrors steht, den dieser Jude auf sie ausgeübt hat. Sie erklärt mir beispielsweise, daß T. von jener jüdischen Rachsucht besessen ist, wie sie im »Kaufmann von Venedig« ihren Ausdruck gefunden hat, und von seinen Schülern wird behauptet, daß er sich in seiner Wut benehme wie ein Tier. Bändige also diese Bestie!
In alter Kameradschaft, Dein Dr. Kattermann

Nr. 60

a) Vermerk des Bad. Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, hier: Lehramtsassessor Dr. S. R., vom 8. Dezember 1933 (Oberschulamt Nordbaden, Personalakten Dr. S. R.)

I. Hierher wird bemerkt: Die Angelegenheit R. wurde in der Sitzung vom 6. Dezember ds. Js. unter dem Vorsitz des Herrn Ministers in Anwesenheit des Herrn Ministerialdirektors, der Abteilungsleiter und der juristischen Referenten des Ministeriums behandelt. (Referent D 4 war an der Teilnahme verhindert.)
Referent B 5 hat vorgetragen, daß der Lehramtsassessor Dr. R. nichtarisch sei. R. sei aber Kriegsteilnehmer. Da der Herr Minister bei der Behandlung des Falles B. entschieden hat, daß nichtarische Personen, wenn sich Möglichkeiten außerhalb des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ergeben, entlassen werden sollen, wird auch Lehramtsassessor Dr. R. zu entlassen sein.
Da K.-B. als Kriegsteilnehmer die Gelegenheit gegeben werden soll, um seine Entlassung selbst nachzusuchen, empfiehlt es sich, auch bei R. mit Rücksicht auf seine Kriegsteilnehmerschaft diesen Weg zu gehen.

b) Gesuch des Lehramtsassessors Dr. S. R. an das Bad. Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz vom 21. Dezember 1933 – betr.: Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Nachdem mir von seiten des Herrn Ministerialrats K. meine bevorstehende Entlassung angekündigt wurde, ersuche ich vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung des Ministeriums um Genehmigung einer Unterstützungsbeihilfe aufgrund meiner im folgenden geschilderten Verhältnisse.
Ich bin verheiratet und habe ein Kind. Weder meine Frau noch ich besitzen Vermögen. Es besteht für uns auch nicht die Möglichkeit, Unterstützung von seiten von Verwandten zu erhalten. Ich bin vielmehr genötigt, meinem seit langer Zeit erwerbslosen Bruder gelegentlich Zuwendungen zu machen. Mein Vater ist 72 Jahre und Invalidenrentner.
Ferner erlaube ich mir, pflichtgemäß das Ministerium darauf hinzuweisen, daß mir vom Verband akademischer Kriegsteilnehmer und der Darlehenskasse des Deutschen Studentenwerks im Hinblick auf meine zu erwartende Verwendung im Staatsdienst zur Vollendung meines Studiums ein Darlehen von 1010,– Mark gewährt worden war. Dieses Darlehen ist zu verzinsen und soll vom kommenden Jahre an zurückgezahlt werden. Außerdem habe ich zur Sicherung des Betrages auf Veranlassung der Kassenverwaltung eine Lebensversicherung aufgenommen. Da für mich unter den bestehenden Verhältnissen nur geringe Aussicht besteht, in kurzer Zeit wieder einen nennenswerten Verdienst zu erhalten, bitte ich das Ministe-

rium eine Entscheidung treffen zu wollen, die mir die Erfüllung meiner Verpflichtungen gegenüber dem Studentenwerk ermöglicht.

c) Entlassung von Lehramtsassessor Dr. S. R. durch den Bad. Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz vom 6. Januar 1934, Nr. B 53063

Aufgrund des § 4 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 13. Februar 1931 in Verbindung mit § 8 Abs. 2 der Vollzugsverordnung zum Beamtengesetz wird Ihnen Ihr derzeitiges Dienstverhältnis auf 1. April 1934 gekündigt. Von diesem Zeitpunkt ab sind Sie aus dem staatlichen Dienst entlassen. Vom Tag der Eröffnung dieses Erlasses an bis zum 31. März 1934 gelten Sie als beurlaubt.
Wegen etwaiger Bewilligung eines widerruflichen Unterstützungsgehaltes folgt Entschließung nach.

d) Schreiben des Bad. Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz an das Polizeipräsidium Mannheim vom 25. Januar 1934 – Vermerk: »Bald«

Ich ersuche, über die Einkommens-, Erwerbs- und Vermögensverhältnisse des Lehramtsassessors Dr. S. R., zuletzt an der Tulla-Oberrealschule Mannheim, in schonender Weise möglichst eingehende Erhebungen zu veranlassen und über das Ergebnis derselben alsbald zu berichten.

e) Bericht des Leiters des Polizeiamts Berlin-Lichtenberg an den Bad. Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz vom 12. Februar 1937 – betr.: Führung des Dr. S. R.

Der Jude Dr. S. R., 13. März 1895 in Schwetzingen geb., Berlin-Karlshorst, Gundelfinger Straße 25, II, als Mieter wohnhaft, ist seit dem 28. März 1936 ohne Unterbrechung als deutscher Reichsangehöriger, mosaischer Religion und ohne Strafzeichen polizeilich gemeldet. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von 1/2 und sechs Jahren. Seine Wohnung besteht aus 3 1/2 Zimmern, deren monatlicher Mietpreis 85 RM beträgt. Die Wohnung ist nur ärmlich eingerichtet. Ein Zimmer benutzt R. als Arbeitsraum. Für die »Auergesellschaft«, Berlin, O. 17, Rother Straße, stellt er Experimente an, die zu einer erheblichen Verbesserung der elektr. Glühbirnen und Leuchtröhren führen sollen. Für diese Tätigkeit will er nur eine kleine Entschädigung der Unkosten, wie Miete für den Raum, Licht usw. erhalten. Diese Entschädigung dürfte 100 RM monatlich nicht übersteigen. Die erforderlichen Chemikalien und Apparate liefert die Firma. Er hofft, daß seine Tätigkeit Erfolg haben wird und er dann mit einer Stellung rechnen kann. Zunächst ist es

ihm nicht gelungen, irgendwo eine Stellung zu erhalten und ist weiter auf die ihm vorläufig bewilligte staatliche Unterstützung angewiesen. Seine bisherige Lebensweise läßt darauf schließen, daß sein Einkommen äußerst bescheiden sein muß, daher werden seine gemachten Angaben nicht bezweifelt.
In sittlicher, moralischer und politischer Beziehung ist er bisher noch nicht nachteilig in Erscheinung getreten. Anscheinend führt er ein harmonisches Familienleben. Von den anderen Hausbewohnern lebt die gesamte Familie ganz zurückgezogen.

Nr. 61

a) Entlassung des Hauptlehrers Ludwig Marx durch den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts vom 9. Dezember 1935, Nr. C 43938 (Oberschulamt Nordbaden, Personalakten Marx)

Aufgrund des § 4 Absatz 2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichgesetzblatt I, Seite 1333) treten Sie mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Als Frontkämpfer erhalten Sie vom 1. Januar 1936 bis zur Erreichung der Altersgrenze die vollen, zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge (d. i. das derzeitige Grundgehalt, Wohnungsgeldzuschuß nach Ortsklasse B und gegebenenfalls Kinderzuschlag und Kinderbeihilfe); ein weiteres Ansteigen in den Dienstaltersstufen erfolgt jedoch nicht. Die Höhe Ihrer Ruhestandsbezüge wird Ihnen vom Rechnungsamt des Finanz- und Wirtschaftsministeriums mitgeteilt werden.
Die Entlassungsurkunde folgt nach.
Sie werden ersucht, auf dem Dienstweg anher mitzuteilen, wo Sie Ihren künftigen Wohnsitz (Ort, Straße und Hausnummer) zu nehmen gedenken.
II. Nachricht hiervon dem Stadtschulamt in Mannheim, mit dem Auftrag zur sofortigen Aushändigung der Anlage gegen umgehend hierher vorzulegende Bescheinigung, in der auch die oben verlangten Angaben über den künftigen Wohnsitz anzugeben sind.
Gegen die weitere Unterrichtserteilung Marx an den Judenklassen wird von hier aus keine Einwendung erhoben. Hiervon ist Marx von dort aus schriftlich Eröffnung zu machen.

b) Schreiben des Bad. Ministers des Kultus und Unterrichts an das Stadtschulamt Mannheim vom 8. Januar 1935, Nr. C 443

I. An das Stadtschulamt Mannheim.
Der Oberrat der Israeliten teilt hierher mit, daß die Hauptlehrer i. R. Stahl, Marx und Kaufmann trotz Zurruhesetzung bereit sind, weiterhin Unterricht in den dort errichteten Judenklassen zu erteilen.

c) Urkunde über Leistung des Diensteids durch Ludwig Marx vom 24. September 1934

Leistung des Diensteides

Der Unterzeichnete Marx, Ludwig, Hauptlehrer Rh[1] Mannheim hat heute den Diensteid in der vorgeschriebenen Weise geleistet, indem er die linke Hand auf das Herz legte, die rechte Hand emporhob und die nachstehende Eidesformel laut sprach:

»Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen. So wahr mir Gott helfe!«

Mannheim, den 24. September 1934 Ludwig Marx

Nr. 62

Erlaß des Bad. Ministers des Kultus und Unterrichts an die Direktion der Elisabethschule in Mannheim vom 14. September 1924, Nr. B 24099 – betr.: Das Fernhalten der Politik von der Schule (Antisemitische Bewegung I)

Die in der Sitzung des Mannheimer Bürgerausschusses vom 1. Juli 1924 und im Landtag vorgebrachten Klagen über das Tragen und Anbringen von Abzeichen politischen Charakters durch Schülerinnen der Elisabethschule und über Äußerungen einzelner Schülerinnen dieser Anstalt, die eine ausgesprochen antisemitische Einstellung verrieten, haben sich zum Teil als richtig herausgestellt. Dagegen ist es nach den angestellten Erhebungen nicht zutreffend, daß Lehrer der Anstalt durch taktloses Auftreten oder durch ungeeignete Aussprüche im Unterricht eine Einwirkung auf das Verhalten der Schülerinnen in dieser Richtung ausgeübt hätten. Auch die Direktion hat in jedem Einzelfall, der zu ihrer Kenntnis gekommen ist, rechtzeitig und nachdrücklich eingegriffen.

Immerhin hat sich aus der Untersuchung ergeben, daß einzelne Schülerinnen, anscheinend unter häuslichen oder äußeren Einflüssen, die Meinung bekundet haben, durch ihre Haltung eine bestimmte politische Auffassung zum Ausdruck zu bringen, die geeignet war, Andersdenkende zu verletzen.

Diese Beobachtung gibt mir erneut Veranlassung, die Direktionen und Lehrer der höheren Schulen nachdrücklich und aufs allerernsteste darauf hinzuweisen, daß jede politische Betätigung von der Schule fernzuhalten ist. Im Sinne des § 148 der Reichsverfassung ist im Unterricht und überhaupt im Verkehr der Lehrer mit den Schülern jener Geist der Gemeinschaft zu pflegen, der von vornherein eine Verletzung der Empfindungen Andersdenkender durch Lehrer oder Mitschüler vollkommen ausschließt. Einwirkungen auf die Schüler von außenher dürfen unter keinen Umständen dazu führen, daß die Schule selbst zum Schauplatz politischer Gegensätze wird. Aufgabe des Lehrers als Erzieher ist und bleibt es, bei der Besprechung politischer Fragen innerhalb und außerhalb der Schule, z. B. im Geschichtsunter-

richt und auf Wanderungen, die gärende Leidenschaft der Jugend nicht noch aufzupeitschen, sondern ihr die Mäßigung einer gereiften Selbstbesinnung entgegenzustellen. Die Direktoren aller Schulen müssen unermüdlich dafür besorgt sein, ihre Anstalten mit solchem Geist zu erfüllen und agitatorische Elemente zu einem reineren Pflichtbewußtsein zu erziehen.

Nr. 63
Neue Mannheimer Zeitung 1. April 1933

Ein neuer Schulerlaß

Die Pressestelle teilt mit: Der Staatskommissar für die Unterrichtsverwaltung hat die Lehrer darauf hingewiesen, daß Beschimpfungen jüdischer Schulkinder durch ihre Mitschüler nicht geduldet werden können. Ein derartiges Vorgehen entspräche nicht dem Geist der christlichen und nationalen Erziehung, wie sie das neue Deutschland wünsche. Der Kampf gegen die Auswüchse des Judentums, insbesondere auch der Abwehrkampf gegen die Greuelpropaganda und die Boykottbewegung des Auslandes, müsse in den von den verantwortlichen Stellen angeordneten Maßnahmen wohldiszipliniert durchgeführt werden. Diese Maßnahmen richten sich nicht gegen einzelne [42], vor allem auch nicht gegen die jüdische Schuljugend. Auch in der Schule müsse die nationale Bewegung unbedingt Disziplin halten.

Nr. 64
Neue Mannheimer Zeitung 24. Mai 1933

Überfremdung der Hochschulen

Die Städtische Pressestelle teilt mit:
Zur Durchführung des Gesetzes gegen die Überfremdung der Hochschulen verhandelte der Führer der Mannheimer Studentenschaft mit dem Rektor und anderen Vertretern des Senats. Für die Gesamtzahl der Juden, die an der Handelshochschule zugelassen sind, wird die Zahl auf 1,5 v. H., d. h. z. Z. 7 Studenten, festgesetzt. Für das Dolmetscherinstitut werden aus außenpolitischen Gründen in Zukunft keine Juden mehr zugelassen. Studenten, die jetzt vor dem Abschluß der Studien stehen, dürfen ihr Studium vollenden. Übersteigt die Zahl der Bewerber die der Zugelassenen, so werden in Zukunft die Studenten, deren Väter Frontkämpfer waren, gemäß den reichsrechtlichen Bestimmungen bevorzugt, und zwar die Studenten den Studentinnen. Die Handels-Hochschule ist in der glücklichen Lage, daß die Höchstziffer noch nicht erreicht ist.

---

[42] Vgl. Nr. 15.

Nr. 65

a) Auszug aus dem Konferenzprotokoll des Lessing-Gymnasiums vom 24. Juli 1933 – betr.: Disziplinarfall Eugen Eppstein und Kurt Fischel[43]*, beide Klasse U 2 b (Akten Lessing-Gymnasium XV r)*

Eppstein hat heute nicht durch Erhebung der Hand gegrüßt. Professor N., der in der Klasse war, kehrte nochmals zurück. Alle haben gegrüßt, Eppstein nicht. Er sagte, er könne den Gruß nicht annehmen. Der Klassenlehrer sagte dann, er solle es sich überlegen, denn sonst müßte er die Folgen tragen.
Heute mittag, als Studienrat R. die Klasse betrat, hob er wieder nicht die Hand, ebenso Fischel. Trotz Ermahnungen wurde der Gruß am Schlusse der Unterrichtsstunde wieder nicht geleistet.
Der Direktor hat die Schüler suspendiert und den Vater Eppstein telefonisch bestellt.
Diskussion:
Prof. Dr. S. bezeichnet Eppstein als widerspenstig.
Prof. N.: Der Schüler stellt sich außerhalb der Gemeinschaft, müßte also die Schule meiden. Von einer Einwirkung des Vaters verspricht er sich nichts, ein Sohn sei waschechter Kommunist. Nach den Gesprächen mit dem Schüler legt derselbe gar keinen Wert auf das Verbleiben in der Schule.
Prof. Dr. St. glaubt, daß das nicht der einzige Fall in Baden bleibt, so daß die Strafen sicher noch vom Ministerium erlassen werden.
Prof. B. bemerkt, daß doch Eppstein immerhin noch einen gewissen Charakter gezeigt habe, während andere die Hand sofort in die Höhe heben, während sie im Herzen ganz anders gesinnt sind. Trotzdem müsse strenge Bestrafung eintreten.
Prof. Dr. S.: Der Schüler fügt sich nicht der Schulordnung, deshalb muß er auch die Konsequenzen ziehen. Der Fall Fischel ist genau so schlimm, denn er hat die Ermahnungen, die Prof. N. gab, mitangehört.
Prof. Se. schlägt vor, den Schüler vor die Konferenz zu laden und ihm das Ungehörige vorzuhalten. Wenn er nicht reagieren sollte, dann sofort ausweisen.
Prof. K. bezeichnet Eppstein, der weiß, was er will, als sehr intelligent; er ist ein widersetzlicher Bursche. Er beantragt sofortige Abstimmung.
Studienrat R. bezeichnet Eppstein als fleißig, er hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen. Prof. N. bezeichnet ihn auch als ordentlich und fleißig. Er weiß, was er tut, deshalb ist er nicht für Vorladung. Wenn er aber nicht macht, was vorgeschrieben ist, dann soll er gehen.
Prof. Dr. H.: Der Schüler hat gegen die Verordnung des Ministeriums verstoßen, also muß er die Folgen tragen. Man halte sich mit dem Falle viel zu lange auf.
Der Direktor erwähnt, daß er verpflichtet ist, alles vorzubringen, auch das, was für einen Schüler, der sich vergangen hat, spricht, zumal der Nachmittagsfall vielleicht nicht vorgekommen wäre, wenn man ihm den Schüler vormittags nach dem ersten Vorfall sofort vorgeführt hätte. Die Konferenz habe über die Frage zu ent-

[43] Siehe Band I, S. 48 f.

scheiden, ob das bedauerliche Vorkommnis sofort mit der schärfsten Strafe – der Ausweisung – zu belegen sei, oder etwa, nach Erhalt gewisser Garantien gegen Wiederholung, nur mit Androhung der Ausweisung und einer sehr hohen Karzerstrafe.
Prof. N. und K. weisen darauf hin, man müsse vermeiden, daß über die Schule in der Hinsicht gesprochen wird, daß sie nicht straff genug sei.
Prof. Dr. H. ist auch für scharfes Vorgehen, schon wegen des Ansehens der Schule und des Lehrerkollegiums.
Prof. Se. und der Direktor schließen sich auch der Ausweisung an. Der Direktor betont, daß die Diskussion doch den Vorteil gebracht habe, daß über die Tragweite der Verfehlungen der beiden Schüler allseits Klarheit herrsche.
Bei der folgenden Abstimmung wird die Ausweisung des Schülers Eppstein wegen »Widersetzlichkeit gegen eine ministerielle Anordnung« einstimmig beschlossen.
Kurt Fischel, der trotz der Warnung, die in der Ermahnung des Eppstein durch den Klassenlehrer am Vormittag lag, nachmittags ebenfalls die Hand nicht hob, und nach Ermahnung durch Studienrat R. am Schlusse der Unterrichtsstunde wieder den deutschen Gruß verweigerte, wird ebenfalls wegen »Widersetzlichkeit gegen eine ministerielle Anordnung« einstimmig mit der Ausweisung bestraft.

b) Niederschrift des Gymnasialprofessors H. N. vom 25. Juli 1933
– Abschrift –

Als ich am Montag, 24. Juli, das Klassenzimmer der U 2 b verließ, mußte ich beanstanden, daß einige Schüler zu der vorschriftsmäßigen Grußform nicht die gehörige Haltung einnahmen. Ich trat deshalb nochmals von der Türe her ins Klassenzimmer zurück, worauf sich die Klasse nochmals in ordentlicher Haltung aufstellte und den Gruß wiederholte. Dabei fiel mir der Schüler Eugen Eppstein auf, der sich in der vordersten Reihe befand: Er stand mit herabhängenden Armen ruhig da. Darauf fragte ich: »Nun, Eppstein, und Sie?« Er schwieg. Ich nochmals: »Ja, wollen Sie nicht grüßen?« Er: »Nein.« »Warum nicht?« – Er: »Ich kann den Gruß nicht anwenden.« Ich: »Eppstein, überlegen Sie sich das, dann müssen Sie auch die Konsequenzen tragen. Zuvor möchte ich aber persönlich nachher mit Ihnen sprechen.«
Zu dieser persönlichen Aussprache kam es nicht, weil die Klasse zu der Zeit, als ich den Schüler Eppstein holen lassen wollte, mit dem Turnlehrer auf dem Sportplatz weilte.
Soweit ich Augen- und Ohrenzeuge war, kann ich nach bestem Wissen sachlich nur diese Aussage machen.

c) Äußerung des Kurt Fischel zu dem Vorfall, 25. Juli 1933, 7 Uhr 35

Ich habe mich dem Eppstein angeschlossen, weil es doch einen schlechten Eindruck bei den Mitschülern gemacht hätte, wenn von zwei Juden zwei sich verschieden (deutsch – nichtdeutsch) verhalten. Ich gebe zu, daß ich gestern nachmittag zweimal, sowohl zu Beginn als zum Schlusse der Stunde, den Deutschen Gruß verweigert habe.

d) Schreiben der Direktion des Lessing-Gymnasiums an das Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 25. Juli 1933, Nr. 2034 – betr.: Einführung des Hitlergrußes in den Schulen

Die jüdischen Schüler der Klasse U 2 b Eugen Eppstein und Kurt Fischel haben gestern, der erstere einmal vor- und zweimal nachmittags, der letztere zweimal nachmittags sich trotz Warnung ausdrücklich geweigert, sich an dem mit Verfügung vom 19. Juli l. J. in den Schulen eingeführten Deutschen Gruß zu beteiligen.
Die ebenfalls gestern nachmittag abgehaltene Gesamtkonferenz hat einstimmig beschlossen, gemäß § 34 der Schulordnung die beiden Schüler wegen Widersetzlichkeit gegen eine ministerielle Anordnung aus der Anstalt auszuweisen.
Wegen des politischen Charakters des Vorfalls sehe ich mich veranlaßt, dem Unterrichtsministerium hiervon nicht erst nach Erledigung durch den Beirat, sondern sofort Kenntnis zu geben.
Da mir der Fall des § 34, Ziffer 5 der Schulordnung gegeben schien, habe ich noch gestern nachmittag die einstweilige Entfernung der Schüler vom Unterricht verfügt.

e) Niederschrift des Dr. S. vom 25. Juli 1933

Als ich gestern, Montag, den 24. 7. 33, in der dritten Stunde das Klassenzimmer der U 2 b betrat, erhob sich die Klasse vorschriftsmäßig, stand still und grüßte mit erhobener Hand. Ich blieb an der Türe stehen und grüßte ebenfalls mit erhobener Hand. Als ich an der Klasse vorbei zum Katheder ging, nahmen die Schüler die Hand herunter und setzten sich. Beim Vorbeigehen sah ich, daß die beiden Schüler Eppstein und Fischel die Hände schon unten hatten. Da ich nicht sicher war, ob sie vorher richtig gegrüßt und die Hände bereits heruntergenommen hatten, sah ich von einer sofortigen Beanstandung ab. Den Klassenlehrer wollte ich darüber sprechen. Bevor ich aber dazu kam, wurde in der Konferenz, die am gleichen Tage stattfand, mitgeteilt, daß die beiden Schüler den vorgeschriebenen Gruß offen verweigert hätten. Da machte ich sofort auch von meiner Wahrnehmung Meldung.

f) Erklärung des Gymnasialprofessors H. N. vom 12. September 1933 – betr.: Das Schreiben des Herrn Eppstein vom 31. 7. 1933

Der Vater des Schülers Eugen Eppstein, Herr Oskar Eppstein, legt in seinem Schreiben besonders Gewicht auf meine Bemerkung, daß ich den Schüler E. »noch persönlich wegen seines Verhaltens sprechen wolle« und sucht das Beharren seines Sohnes in seiner Haltung besonders damit zu begründen, sogar als »folgerichtig« zu rechtfertigen, daß diese persönliche Unterredung aus zufälligen Gründen nicht stattfand. Ich gehe deshalb zunächst auf diesen Punkt besonders ein:
Die von mir gemachte Bemerkung bedeutet durchaus nicht, wie Herr Eppstein ihr unterlegen will, einen Vorbehalt »meiner endgültigen Stellungnahme« zu dem Verhalten seines Sohnes. Meine Stellungnahme war schon aus meiner Beanstandung und dem Hinweis auf die Konsequenzen deutlich zu ersehen und als mißbilligend und verurteilend klar genug zu erkennen. Ich hatte aber die Absicht, keine Aktion vor den Mitschülern zu veranstalten und wollte mir deshalb Eppstein persönlich und allein kommen lassen und eventl. gleich dem Schulleiter, der für die Durchführung des Erlasses in erster Linie verantwortlich ist, vorführen. Aber setzen wir selbst den Fall, E. habe infolge meiner Bemerkung (die er übrigens doch, laut den eigenen Worten des Herrn O. E., »gar nicht oder nicht genau gehört« haben soll!) sich quasi »noch in der Schwebe befunden«: Dann ist die Verweigerung des Grußes in der Zeichenstunde am Nachmittag durchaus nicht »doch nur folgerichtig«! Einer gesunden und nicht überspitzten Logik entspricht hier nur eines: bei einer vorhandenen »Unsicherheit« über sein Handeln nicht in dem als anstößig und straffällig (Hinweis auf die Folgen) gekennzeichneten Verhalten zu verharren, sondern bis auf weitere Belehrung und bis zum Erhalt endgültiger Sicherheit sich der anstößigen Handlung zu enthalten und nach der, wenn auch noch nicht zweifelsfrei verstandenen Verordnung zu handeln: gegebenenfalls konnte er in der Zwischenzeit sich bei dem Vater, dem Schulleiter oder einem Lehrer oder sonst einer autoritären Persönlichkeit Gewißheit verschaffen. Dazu bestand reichlich Gelegenheit. Zur gleichen logischen Schlußfolgerung muß man meines Erachtens auch kommen bei den anderen von Herrn O. E. angeführten Gründen für die »innere Unsicherheit« seines Sohnes. Der Wortlaut des Erlasses ist an sich schon klar genug. Eine besondere Belehrung der jüdischen Schüler erübrigte sich, mag sie auch an anderen Anstalten erfolgt sein. War sich der Schüler noch am Samstag, 22. Juli, dem Tage, an dem der Erlaß verlesen wurde, darüber unklar, so hatte er, wie alle anderen jüdischen Schüler, bis Montag, 24. Juli, Gelegenheit genug, sich bei dem Vater, Lehrer oder Schulleiter Belehrung zu verschaffen. Wenn das Nichtrügen der Unterlassung des Grußes am Montag durch Koll. K. seine »Unsicherheit« noch vermehrte, so gilt für diesen Fall das gleiche. Die anderen jüdischen Schüler, von denen wir doch reichlich viele an der Anstalt haben, wußten sich jedenfalls im Zweifelsfalle Sicherheit zu verschaffen!
Zum Schlußpassus im Briefe des Herrn O. E. noch eine Bemerkung: Wenn die Strafe, die das Lehrerkollegium e i n s t i m m i g (mit Einschluß der zwei jüdischen Lehrer) als richtig befand, »wegen eines Verstoßes gegen einen ministeriellen Erlaß«

ausgesprochen wurde, so ist dies m. E. eine, wenn auch genügende, so doch nur (eine) gewissermaßen formaljuristische Begründung. »Unlautere oder unehrenhafte Beweggründe« wurden von uns in dem bestraften Handeln weder erblickt noch für das Strafmaß in die Waagschale geworfen. Man kann die Beweggründe sogar als charaktervoll und persönlich lauter betrachten. Das Kollegium hatte aber über ein Verhalten zu urteilen, in der eine für das Bekenntnis zum Volksganzen symbolische Handlung (das ist der wahre Sinn) bewußt und demonstrativ abgelehnt wurde, und sein Urteil stellte ganz folgerichtig nur einen Schüler außerhalb einer deutschen Schule, der sich selbst bewußt von diesem Ganzen ausschloß. Eine mildernde Abänderung dieses Urteils aber ist m. E. nicht Sache der Logik oder Gerechtigkeit, sondern der Gnade einer höheren Instanz allein.
Mannheim, den 12. September 1933.

g) Beurkundung der Gesamtkonferenz des Lessing-Realgymnasiums vom 13. September 1933

Einziger Punkt der Tagesordnung: Disziplinarfall Eugen Eppstein und Kurt Fischel, beide Klasse U 2 b.
Der Direktor verliest die von den Vätern der beiden Schüler an den Beirat der Anstalt gerichteten Schreiben vom 31. Juli bzw. 3. August 1933.
Er stellt fest, daß der Wortlaut der die Einführung des Hitler-Grußes an der Anstalt anordnenden Verkündigung des Direktors an die Klassen im Umlaufbuche vom Samstag, dem 22. Juli, sich eng an den Wortlaut der Bekanntmachung des Herrn Ministers des Kultus und Unterrichts und der Justiz vom 19. Juli 1933 anlehnt und durchaus unmißverständlich war.
Hierauf wird folgender Beschluß einstimmig angenommen: Die Lehrerkonferenz ist der Ansicht, daß die Ausführungen der Gesuche der Herren Eppstein und Fischel ihr keinen hinreichenden Anlaß geben können, den im Verfahren gegen die beiden Schüler gefaßten Konferenzbeschluß vom 24. Juli abzuändern.

h) Schreiben der Direktion des Lessing-Gymnasiums an 1. Herrn Bankdirektor O. Eppstein, 2. Herrn Uhrmachermeister Carl Fischel vom 25. September 1933, Nr. 2443/4– betr.: Austritt

Nachdem Sie Ihren Sohn abgemeldet haben, ist das Verfahren gegen ihn niedergeschlagen worden. Ich übersende Ihnen anbei das Abgangszeugnis, das wir in nach Möglichkeit milder Form ausgestellt haben, um ihm die Zukunft, für die wir ihm alles Gute wünschen, nicht weiter zu erschweren. Zeugnisbüchlein und Arbeitshefte folgen nach.

Nr. 66

Schreiben von Frau Hildegard Bachert an das Stadtarchiv Mannheim vom 12. Januar 1967 (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 3 B)

Besten Dank für Ihren Brief vom 11. November 1966. Ich gebe Ihnen gerne die gewünschte Auskunft, soweit es mir möglich ist.
Da ich schon im August 1936 auswandern konnte, habe ich die schlimmsten Judenverfolgungen nicht erlebt. Einen gewissen Antisemitismus habe ich mein ganzes Leben in Deutschland (wo ich, bis ich 15 war, lebte) von Zeit zu Zeit empfunden. Schon vor 1933 haben uns oft Kinder auf der Straße »Judemädel« und ähnliches nachgerufen. Nachher verschärften sich solche Ausfälle. Zum Beispiel: meine Klasse war, ab Quinta, in die U-Schule verlegt worden, den Religionsunterricht hatten aber alle Parallelklassen zusammen in der Liselotteschule. Auf dem Weg zwischen den beiden Schulen gab es öfters Schlägereien zwischen christlichen und jüdischen Kindern, die von antisemitischen Bemerkungen und physischen Angriffen ausgelöst worden waren. Ich hatte vor dem Weg immer Angst.
Je mehr der Nationalsozialismus sich festigte, desto mehr mieden die »arischen« Kinder die jüdischen. Es war eine klar zu erkennende Entwicklung. Um 1934 und später war ich kaum mehr mit christlichen Kindern außerhalb der Schule zusammen; sicher hatten die meisten Angst, Juden zu grüßen. Man war ziemlich isoliert.
Ich könnte von keinem meiner Lehrer und Lehrerinnen behaupten, daß sie sich nicht korrekt mir gegenüber benommen hätten. Doch wurde man als jüdische Schülerin, besonders ab 1934–35, eben nur »korrekt« behandelt, als ob man aussätzig wäre. Auch wußten wir von den Brüdern unserer Freundinnen, daß es in den Bubenschulen jüdischen Kindern gegenüber viel gröber und grausamer zuging. Man hatte Angst. Im Frühjahr 1935 wurde es meinen Eltern klar, daß sich die Situation weiter verschärfen würde, auch rieten ihnen befreundete Lehrer, mich aus der Schule zu nehmen, da es friedlich nicht mehr lange mit den jüdischen Kindern gehen werde. Ich verließ daher nach dem ersten Tertial der Obertertia, im Juli 1935, die Liselotteschule.
Ich glaube, um diese Zeit haben fast alle jüdischen Kinder die Schule verlassen; bald danach war es ihnen ja nicht mehr erlaubt, öffentliche Schulen zu besuchen. Ich weiß nicht mehr, wer gleichzeitig mit mir austrat, außer meiner Freundin Gretel Baumann (jetzt Mrs. Ernest Sohn, wohnt in New York), mit der ich wohl 3–4 Monate zusammen Privatunterricht von Dr. Dr. Reiss (Jude) hatte, der zu diesem Zweck in ihre oder unsere Wohnung kam. Wir hatten sicher Englisch, Deutsch, Geographie – vielleicht noch andere Fächer. Am 1. Januar 1936 wanderte Gretel mit ihrem Bruder Hans Baumann nach New York aus. Ich hatte weiter Unterricht bei Dr. Reiss, wohl bis April oder Mai 1936. Außerdem mußte ich ein- oder zweimal die Woche die Fortbildungsschule besuchen. Dort war ich zwar völlig isoliert behandelt worden, begegnete aber keinem unkorrekten Verhalten.
Als jüdisches Kind lebte man in Mannheim von 1933 oder 1934 ab ständig unter einem Druck der Feindschaft von außen: man sah die Schilder an manchen Läden und den meisten Restaurants; man war sich bewußt, fast überall bestenfalls »un-

erwünscht« zu sein; es gab auch einige antisemitische Zwischenfälle, die man mitmachte, und täglich hörte man von Verhaftungen dieses oder jenes Menschen; das Auswandern war das Ziel der meisten, nur wie und wohin?
Ich war nie in der Kunsthalle, nie im Theater, einmal in einem Konzert im Nibelungensaal, obgleich mich schon damals all das brennend interessierte; vor 1933 war ich zu jung, nachher »unerwünscht.« Meine Eltern ließen mich manchmal ins Kino gehen, da dort keine Schilder angebracht waren.
Zu dieser Zeit, wie Sie sicher wissen, war die jüdische Gemeinde ungeheuer regsam: im Kulturbund gab es interessante Vorträge, im Liederkranz sehr gute Konzerte. Unter dem Druck der Feindschaft von außen fanden sich die Juden, alt und jung, in verschiedenen Organisationen zusammen, kamen sich in jeder Hinsicht, durch gemeinsames Schicksal und Ziele (z. B. Zionismus) nah. Meine »Bildung« hat daher auch nach dem Verlassen der Liselotteschule in gewisser Hinsicht nicht gelitten, im Gegenteil, durch die sympathische, warme Umgebung (die in der öffentlichen Schule völlig fehlte, und die Kälte dort hatte den Unterricht selbst zum Zwang gemacht), sowie dem Ernst der Situation, den ich dann schon ganz verstand, wurde ich zum erstenmal im Leben lern- und wißbegierig. Innerhalb meines kleinen Kreises von Gleichaltrigen und Gleichgesinnten war ich glücklich. Doch jede Woche wurde der Kreis kleiner, da jeder, der konnte, auswanderte. Die Abschiede waren entsetzlich. Viele meiner Freunde und Freundinnen konnten Deutschland rechtzeitig verlassen; mit einigen bin ich heute noch befreundet.
Ich weiß nicht, ob diese Schilderung irgend etwas Neues für Sie enthält. Sollten Sie noch besondere Einzelheiten wissen wollen, so stehe ich, wenn möglich, gerne zu Ihrer Verfügung. Ich möchte wünschen, daß Ihre Arbeit dazu beiträgt, die Tatsachen und Geschehnisse der furchtbaren Zeit bekannt zu machen und, vor allem, daß die Menschen die richtige Lehre für die Zukunft daraus ziehen.
Mit den besten Wünschen für das Gelingen Ihrer Bemühungen

Hildegard Bachert

Nr. 67
Auszug aus einem Schreiben von Fred J. Warner (früher Werner Feibelmann), USA, an das Stadtarchiv Mannheim vom 15. März 1967 (Stadtarchiv Mannheim D 9 –3 F)

Bezgl. Ihrer Anfrage stehe ich Ihnen natürlich sehr gerne mit solchen Informationen, die ich Ihnen bekanntgeben kann, zur Verfügung. Zunächst jedoch muß ich darauf hinweisen, daß ich Schüler des damals getauften »Adolf-Hitler«-Real-Gymnasiums war . . .
Was das Verhalten der Mitschüler und der Lehrer anbetrifft, so war dies kaum, was man als angenehm betrachten konnte. Speziell werde ich niemals das Verhalten meines Turnlehrers vergessen können, der sich täglich die größte Mühe gab, mir meine Schulstunden zu verekeln und mich als den »Juden« öfters der Klasse vorstellte. Die restlichen Lehrer und auch die Mitschüler taten eben das, was von ihnen als »Hitlerjugend« und Parteimitglieder erwartet wurde. Des öfteren mußte ich

mich auf dem Heimweg verhauen lassen, weil ich eben der einzige war und mich nicht gut gegen eine solche Überzahl verteidigen konnte. Einige Narben hiervon sind bis jetzt noch an meinem Körper, aber die sind nicht so schlimm, wie die Erinnerungen der Schulzeit und der »schönen« Jugendtage in der alten Heimat nach 1933, die leider nie heilen werden.

Nr. 68

Bekanntmachung des Bad. Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz – Abt. Kultus und Unterricht – vom 31. Dezember 1933, Nr. B 220 – betr.: Schulordnung; hier: Hitlergruß und Flaggenehrung in Schulen (Antisemitische Bewegung I)

In teilweiser Abänderung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1933 (Amtsblatt 1933 Seite 117 f.) wird gemäß den Leitgedanken des Herrn Reichsministers des Innern zur Schulordnung angeordnet:
Lehrer und Schüler erweisen einander innerhalb und außerhalb der Schule den deutschen Gruß (Hitlergruß).
Der Lehrer tritt zu Beginn jeder Unterrichtsstunde vor die stehende Klasse, grüßt als erster durch Erheben des rechten Armes und durch die Worte »Heil Hitler«; die Klasse erwidert den Gruß durch Erheben des rechten Armes und durch die Worte »Heil Hitler«. Der Lehrer beendet die Schulstunde, nachdem sich die Schüler erhoben haben, durch Erheben des rechten Armes und die Worte »Heil Hitler«; die Schüler antworten in gleicher Weise.
Sonst grüßen die Schüler die Mitglieder des Lehrkörpers im Schulbereich nur durch Erheben des rechten Armes in angemessener Haltung.
Wo bisher der katholische Religionsunterricht mit dem Wechselspruch »Gelobt sei Jesus Christus« »In Ewigkeit Amen« begonnen und beendet wurde, ist der deutsche Gruß zu Beginn der Stunde vor, am Ende der Stunde nach dem Wechselspruch zu erweisen. – Gleiches gilt für den evangelischen Religionsunterricht, sofern bisher zum Eingang bzw. zum Beschluß des Unterrichts Bibelsprüche, Liederverse u. a. üblich sind.
Den nichtarischen Schülern ist es freigestellt, ob sie den deutschen Gruß erweisen oder nicht.
Zum Beginn der Schule nach allen Ferien und zum Schulschluß vor allen Ferien hat eine Flaggenehrung vor der gesamten Schülerschaft durch Hissen bzw. Niederholen der Reichsfahnen unter dem Singen einer Strophe des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes stattzufinden. Nähere Weisungen zur Flaggenehrung folgen.

Nr. 69

Schreiben des Bad. Ministers des Kultus und Unterrichts an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin, vom 21. September 1935 – betr.: Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen, Vermerk: »Heute« (Normalia, Rassentrennung)

In der Erkenntnis, daß Kinder jüdischer Abstammung in der nationalsozialistischen deutschen Volksschule ein störendes Hemmnis für die Durchführung der Jugenderziehung sind, habe ich schon im Frühjahr 1934 damit begonnen, die jüdischen Kinder von den übrigen abzusondern. So wurden zu Beginn des Schuljahres 1934/35 – aus diesen völkischen Gründen und nicht etwa aus Rücksichten auf die Bekenntniszugehörigkeit – die neuaufgenommenen jüdischen Kinder der Volksschule in Mannheim in Sonderklassen zusammengefaßt, die jüdischen Hauptlehrern übertragen wurden. Das gleiche geschah weiterhin auch in den Städten Heidelberg und Emmendingen. Die jüdischen Sonderklassen der Volksschule in Mannheim umfassen nunmehr bereits drei Schulklassen der Grundschule in Mannheim.

Infolge der Errichtung dieser jüdischen Sonderklassen war es mir möglich, schon im vergangenen Schuljahr die in Baden noch vorhandenen 6 jüdischen Hauptlehrer, welche als Frontkämpfer vom Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums unberührt blieben, aus dem Dienst der allgemeinen öffentlichen Volksschule herauszuziehen und für diese Sonderklassen einzusetzen.

Das dortseits beabsichtigte Vorgehen begrüße ich deshalb in besonderem Maße als eine Zuendeführung der von mir eingeleiteten schulischen Maßnahmen [44]. Gesetzliche Hindernisse aus dem badischen Schulrecht scheinen mir nicht entgegenzustehen, da die fremdrassigen Kinder als nicht unter den Begriff der reichsdeutschen Kinder fallend angesehen werden, auch wenn ihre Eltern dem deutschen Staatsverband angehören.

Wenn beim Vorhandensein von etwa 20 nichtarischen Kindern bereits eine Absonderung im Sinne des dortigen Schreibens vorgenommen werden soll, werden nach einer hier vorliegenden – allerdings veralteten – Statistik, die auch nur die volljüdischen Kinder erfaßt, etwa 1200 nichtarische Schüler und Schülerinnen aus den öffentlichen Volksschulen zu Beginn des kommenden Schuljahrs abgesondert werden können. Zur Beschulung dieser Kinder sind wenigstens 25 Lehrkräfte erforderlich, da in etwa 10 Fällen Landorte mit einer Schülerzahl von kaum über 20 nichtarischen Schülern in Frage stehen. Die Besoldung der erforderlichen Zahl von Lehrkräften erfordert schätzungsweise einen Betrag von RM 100 000,–. Hieraus würde sich ergeben, daß für den einzelnen Schüler ein personeller Schulaufwand von rund RM 80,– jährlich entstehen würde.

Da z. Z. 6 jüdische Hauptlehrer vorhanden sind, die sich noch im aktiven Schuldienst befinden, würde allerdings vorerst nur ein personeller Mehraufwand für 19 Lehrkräfte entstehen. Wenn diese 19 Lehrkräfte aus dem Kreis jener Lehrer ent-

---

[44] Siehe Band I, S. 76, Anmerkung 53 und Band II, Nr. 72.

nommen werden können, welche aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt oder entlassen wurden und vom Staate deshalb Ruhegehalt oder Unterstützungsgehalt beziehen, dann würde als personeller Mehraufwand für eine gewisse Übergangszeit lediglich der Unterschiedsbetrag zwischen Ruhe – bzw. Unterstützungsgehalt und aktivem Dienstgehalt bei 19 Lehrkräften in Frage kommen. Nach einer oberflächlichen Berechnung würde die Belastung des einzelnen Schülers in diesem Falle etwa die Summe von RM 30,– jährlich erreichen. Es muß aber hierbei in Rechnung gestellt werden, daß es sich nur um eine Übergangszeit, während welcher diese Lehrkräfte noch vorhanden sein werden, handeln kann, und daß später der ganze persönliche Aufwand getragen werden muß.
Ich möchte deshalb vorschlagen, eine reichsgesetzliche Regelung der Frage der Rassentrennung auf den öffentlichen Volksschulen in dem Sinne zu treffen, daß
1. eine Absonderung der nichtarischen Schüler im Umfange des dortigen Schreibens vom 10. September ds. Js. überall da zu erfolgen hat, wo an einem Schulort oder innerhalb eines Schulbezirks wenigstens 20 solcher Kinder vorhanden sind,
2. daß neben den noch vorhandenen jüdischen Lehrkräften die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ausgeschiedenen als Lehrpersonen verwendet werden sollen,
3. der durch die Staatskasse in Form von Aktiv-, Ruhe- und Unterstützungsgehalt nicht gedeckte Besoldungsaufwand auf die Eltern der Schüler umzulegen und von diesen als Schulbeitrag zu erheben ist.
Für die 6 im aktiven Schuldienst stehenden planmäßigen jüdischen Hauptlehrer erhält die badische Staatskasse von den Anstellungsgemeinden Schulbeiträge. Diese Beiträge werden fortbestehen können. Sie werden allerdings in Wegfall kommen, sobald diese Lehrer infolge Krankheit oder Alters aus dem aktiven Schuldienst ausscheiden. Darüber hinaus die Gemeinden zu Beiträgen für die neuzuerrichtenden jüdischen Volksschulen heranzuziehen, erscheint mir aus politischen Gründen bedenklich. Dagegen werden die Gemeinden den sachlichen Schulaufwand, wie das bei allen Schulen der Fall ist, auch bei diesen bestreiten müssen und sie werden die Schulräumlichkeiten zur Verfügung zu stellen haben.
In dem dortigen Rundschreiben wird schließlich um Feststellungen über die Rassezugehörigkeit der die Schule z. Z. besuchenden Kinder nach einem Muster ersucht. Dieses Muster lag aber dem dortigen Schreiben nicht bei, weshalb ich um nachträgliche beschleunigte Zusendung bitten möchte.

Nr. 70

Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Mannheim vom 3. Juni 1937 – betr.: Besuch von Handelsschulen durch nichtarische Schüler(innen)[45]*; hier: Handelsschülerin Lea Mandelbaum*

Eine Verfügung, wonach jüdische Handelsschulpflichtige vom Besuch der Pflichthandelsschule befreit und der jüdischen Fortbildungsschule zum Schulbesuch über-

[45] Siehe Band I, S. 81.

wiesen werden, würden wir sehr begrüßen. Wir werden von Schulseite darauf aufmerksam gemacht, daß Lehrkräfte an Handelsschulen in weltanschaulicher Hinsicht im Unterricht sehr gehemmt sind, wenn auch nur ein Jude am Unterricht teilnimmt.
Sowohl die der Wirtschaft wie die der Schule angehörenden Mitglieder unseres Bildungsausschusses sind übereinstimmend der Auffassung, daß der Anregung, welche der Umfrage zugrunde liegt, ohne weiteres stattgegeben werden könne und solle.

Nr. 71
Israelitisches Gemeindeblatt 22. Juni 1933

Jüdische Erziehung in der »Golah«

Golah heißt Verbannung. Jüdische Erziehung in der »Verbannung« soll also scheinbar ein Programm sein, das über der Kluft jüdisch-politischer Weltanschauung sein Unwesen treibt. Derer, die sich verbannt fühlen, und derer, die sich »zu Hause« fühlen. Oder es scheint ein Programm zu sein, das sich auf dem Boden der Temperamentsverschiedenheiten ausbreiten will. Derer, die »aufwärts ziehen« wollen und derer, die da bleiben wollen. Keines von beiden. Nicht über Differenzen soll gebrütet werden, es soll eine gemeinsame Haltung in einer alle angehenden Sturmzeit errichtet werden. Derer, die hier sind, weil sie immer dableiben wollen und derer, die hier sind, weil sie vorerst dableiben müssen.
Gemeinsam ist ihnen die Situation. Eine Welt ist zusammengebrochen; die deutschjüdische Welt auf dem Boden liberaler Emanzipation und individueller Assimilation. Man sieht nicht einmal mehr – welcher Undank! – auf die Trümmer. Man steht bereits hinter der Schwelle, über die der Weg ins Neue führt. Wir haben zu dieser Stunde auch noch nicht eine Ahnung davon, wie dieses Neue politisch für uns aussehen wird. Wir stehen aber ganz unter dem Eindruck, daß es wirtschaftlich für uns an der Grenze zwischen Erhalten und Scheitern von Existenzen spielen wird.
Fest steht, daß wir dieses Neue nur dann leben können, wenn wir jedem seiner Anrufe Antwort, jedem seiner Anhiebe Rückwehr geben können. Anrufe und Anhiebe gerichtet gegen das Bestehenkönnen; aus einer Welt voll anderem an uns, die Gesonderten. Es ist darum nötig, daß wir in dieses uns Besondere ganz einziehen, unsere neue Welt darin errichten und von da her die Welt des anderen sehen, besuchen, behandeln lernen. Diese Erziehung zum Judentum ist mit der Erziehung in der »Golah« gemeint.
Ausbildung zu solchem Judentum schien früher ein Privileg derer zu sein, die den einst schweren Weg wählten, nach Palästina zu gehen. Sie ist auch jetzt wieder vielleicht besondere Forderung an die, die den heute härteren Weg einschlagen: an die, die ihre Welt in der Umwelt des anderen errichten wollen. Je weniger das Äußere – Land und seine Leute – uns Unsriges zuströmen läßt, desto intensiver müssen wir es uns selbst eingraben und eingießen. Uns machen nicht der Alltag und seine Stimmen jüdisch, wir müssen ihnen von uns her Jüdisches aufprägen.
Damit haben wir bereits das Ziel solcher Erziehung benannt; klarer als es uns in

»besseren« Zeiten vorstellbar gewesen wäre. Was wir erreichen wollen, das ist der jüdische Mensch im jüdischen Kollektiv. Die politische Gestalt dieses Kollektives steht hier nicht zur Diskussion. Gemeint ist nur – wenn man so sagen kann – ein kulturell-psychisches Kollektiv. Oder aber mit unseren obigen Worten: Wir wollen Menschen bekommen, die Einheimische sind in unserer, der jüdischen Welt.

Natürlich hat man auch früher zum Judentum erzogen. Positives Judentum und wertvolles Arbeiten dafür sind älter als die nationale Revolution. Und doch darf eine klare Akzentverschiebung nicht verkannt werden. Man erzog früher zum Staatsbürger jüdischer Art – heute will man dazu erziehen, in der Welt als Jude leben zu können. Nicht mehr ist Judentum eine Sache neben der übrigen Welt, ein Fach neben übrigen Unterrichtsgegenständen – Judentum ist heute die Welt und der Brenn- und Sammelpunkt alles Wissens und Erfahrens von der Welt.

Das bedeutet keine Verengung und Abblendung des Weltbildes, sondern allein eine Erfassung und Erfüllung des Judentums dorthin, was es immer schon und ohne uns war. Weil Judentum keine Sache ist, an die man – als Jude – auch mal denkt, sondern ein Strömen ist, in dem man lebt – darum ist Judentum so weit wie das Leben. Und weil eine ganze Welt sich anschickt, mit ihren eigenen Ohren die Symphonie der Weltstimmen zu hören und nach eigenen Maßstäben die Geschehnisse zu beurteilen, darum dürfen wir Juden nicht versäumen, unser eigenes Sehen und Hören einzuschalten. Wir verfallen damit gewiß nicht in den Fehler, nur das Jüdische sehen zu wollen; wir bewahren uns aber davor, stets eine Talmi-Welt vor uns zu haben, ein Weltbild, das wir erlernen, aber nicht zu dem unsrigen machen können. Die ganze, weite Welt ist gerade groß genug, um an ihr jüdisches Sein und Denken erfahren zu können.

Von selbst ergeben sich die Inhalte, die diese unsere jüdische Erziehung vermitteln soll. Die Provinzen des jüdischen Kollektives werden die Provinzen der jüdischen Erziehung zu sein haben. Es gibt da welche, die mehr an der Peripherie gelegen sind und welche, die im Zentrum des Seins ihren Platz haben. Wenn wir jetzt diese Provinzen abwandern, so soll das weder eine vollkommene Schau vermitteln, noch ein »pädagogischer Leitfaden« sein; es soll eine Wanderung mit vielleicht neuen Augen sein.

Man scheint nichts Neues zu benennen, wenn man in einem jüdischen Erziehungsprogramm Behandlung der Geschichte des Judentums an die Spitze stellt. Es ist aber ein Unterschied, wer Geschichte treibt, wozu man sich in sie vertieft und vor allem, wie sie selbst aussieht. Wenn man draußen bei den anderen Geschichte studiert, so geschieht dies, um den Gang des Werdens zu verfolgen. Man lauscht gleichsam die Schläge des Neuen ab, die immer wieder aus dem Alten getrieben wurden. Man sieht, wie eine Zeit nach der andern gerad gut genug war, einem ganz Neuen Ausgangspunkt zu sein, bis dieses Neue selbst wieder ein Gewesenes, Vergangenes wird.

Nicht so bei uns. Gewiß, es werden Kulissen gewechselt. Es werden Akteure ausgetauscht – das Spiel bleibt aber im Grunde immer dasselbe. Wir stehen und nehmen immer wieder nur altneue Schläge wahr. Jüdische Geschichte ist eine Geschichte des Bleibens, des Verharrens – nicht des immer wieder Neuen.

In diesem ewigen Spiel der Jahrtausende gibt es zwei ewige Partner: Die Umwelt und wir. Fast ebenso gleichbleibend ist die Rollenverteilung; mit verschwindenden Ausnahmen waren wir die Figuren, und unsere Umwelt stellte die Spielenden. Politische, außenpolitische Aktivität war nicht auf unserer Seite; eben die wenigen Zeiten etwa von Moses bis Salomo und die der Makkabäer ausgenommen.
Wir waren darum keine passiven Gäste des Geschehens. Sei es, daß wir freiwillig oder weniger aus eigenem Wollen unsere Aktivität verlagerten, genug, wir taten es. Das heißt nicht in den altliberalen Hang zu geraten, aus jüdischer Geschichte eine Ideen- und Literaturgeschichte zu machen. Hinter dem Buch des Juden steht ein Ringen mit der Welt, und das Denken des Juden ist umspült von einem rückhaltlosen Lieben, von einem schonungslosen Bannen. Und zwischen seiner Liebe und seinen Bannschlägen ersteht jüdische Welt.
Dieses Bild zeigt uns unsere Gemeinde nicht, wenn wir sie – wie bisher – zu einem Zusammensetzspiel degradieren. Hier ein Steinchen aus hellenistischer Zeit, dort eines aus Spanien, dann wieder eines aus Deutschland. Es gilt einmal, das ganze große Bild zu sehen. Es gilt, die »Treue« des gelben Fleckes zu sehen, wie es gilt zu begreifen, wie nahe Jahrtausende innerhalb jüdischen Geschehens stehen. Es gilt zu sehen, daß überall zumindest eine im Grunde gleiche Aufgabe gestellt ist. Die Lösung hängt von der Fülle der jüdischen Substanz derer ab, die sie lösen sollten.
So gesehen, soll Geschichte Wehr nach außen, noch mehr aber Spiegel nach innen sein. Keiner, der schmeichelt, sondern einer, der richtet.
Dicht neben der Kunde davon, wie Juden einst lebten, wohnt das Wissen darum, wie und wo Juden heute leben. Erst als die unmittelbar letzten Ereignisse uns nach weiteren und anderen Lebensräumen ausschauen ließen, drang in größere Kreise das Bedürfnis dessen ein, was man Soziologie des Judentums nennen kann. Die Geburtsstunde dieser Wissenschaft liegt vor der Geburtsstunde der öffentlichen Nachfrage nach ihr. Das Geschehen im Judentum bedarf der jüdischen Menschen, und darum muß es wesentlich sein, zu sehen, wo Menschen wohnen und wirken, die diesem Judentum Träger sein können. Die wirtschaftliche Struktur der jüdischen Gesellschaft schien uns eine nur nach gewissen Richtungen hin mögliche. Deshalb ist es nötig zu erkennen, daß nichts von menschlicher Beschäftigung jüdischem Arbeiten fremd ist und fremd zu sein braucht. Umschichtung ist uns kein einmaliges Wagnis; sie wird uns zukünftig immer wieder begegnen. Aus diesem Grunde ist es nötig zu wissen, wohin und wie dieses Umstellen erfolgen muß. Wanderung wird der äußere Rahmen unserer wirtschaftlichen Zukunft nach doppelter Richtung sein; einmal Auswanderung, dann aber auch Binnenwanderung. Beide unter dem Gesichtspunkt des Noch-Existieren-Könnens. Somit darf uns der Menschen und der Juden Tun in aller Welt kein gleichgültiges sein; vielleicht entscheidet sich da und dort schon morgen unser Schicksal. Und schließlich wird nichts die jüdische Zukunft ausschlaggebender bestimmen als die Bevölkerungsbewegung. Wir kennen doch die große Not der Golah, daß sie sich anschickt – unabhängig von aller und vor aller Politik –, ihr Menschenmaterial einschrumpfen, aussterben zu lassen. Die für ewig von uns Gehenden in welch unheimlicher Überzahl gegenüber denen, die neu uns geboren werden!

Im Rahmen dieser Arbeit wird für alle – gleich welcher jüdisch-politischen Farbe, gleich welcher persönlichen Pläne – Palästinakunde einen besonderen Platz erhalten müssen. Es braucht dessen Notwendigkeit für alle die, deren persönliche Zukunft in Palästina liegen soll, nicht erst begründet zu werden. Nur muß auch ihnen gesagt werden, daß man sich gerade diese Dinge nicht zu leicht machen sollte. Es genügt im Grunde genommen für einen solch entscheidenden Wechsel der Lebensverhältnisse nicht, sich nur beruflich vorzubereiten. Geistige, wissensmäßige und lebenshaltungsmäßige Voreinstellung ist dringend erfordert. Denn schließlich ist es gar nicht so einfach, aus einem Mitteleuropäer ein Orientale zu werden. Vor allem aber darf eines nie vernachlässigt werden: Verstehenlernen der Araber.

Den Dableibenden aber – ist erstens einmal dieses Dableiben nie etwas endgültig Gesichertes. In diesem Sinn gilt auch für sie Palästinakunde als ganz persönliche Zukunftskunde. Und selbst davon abgesehen, es liegt heute für keinen von uns außerhalb der Interessen- und Entscheidungssphäre, was sich »im Lande« tut. Und wenn wir schon uns nicht als Galuth-Juden fühlen, dort erfolgt doch eine ganz allgemein einschlagende Arbeit an jüdischem Schicksal. Sind wir auch nicht Kolonien von dort, so sollte doch das Judentum ewiger Problematik sich Strahlungen nicht verschließen, die von einem Judentum ausgehen, das mindestens wirtschaftlich – und das ist schon viel! – auf gesunder Grundlage und darum unproblematisch sein will. Wer aber wirklich Einheimischer in unserem »Kollektiv« wird, dem braucht man nicht erst Richtung dorthin zu weisen; er schaut von selbst. Was er erschauen will, ist mehr als Stoff für eine Wissenschaft und geht ihn tiefer an. Wieviel er erschauen kann, ist vielleicht gleichgültig gegenüber dem, daß er überhaupt irgendwohin schauen kann.

Von selbst bringen wir uns so in die Provinz jüdischer Erziehung, die heute vielleicht am stärksten im Lichte der Konjunktur steht: Sprachliche Erziehung. Zwei Teilgebiete müssen hier unterschieden werden: Hebräische Sprache und die Sprachen der Länder, die nun plötzlich so nahe in unsere Lebensgestaltung eintraten.

Für das Hebräische scheint es großer Begründungen nicht zu bedürfen. Und doch muß eine ganz kleine Bemerkung auch hierzu an alle die neuen Jünger hebräischer Zunge gerichtet werden. Keine Sprache sollte nur Verständigungsmittel sein – wenn wir nicht aus Sprechenden Maschinen, aus Geistesgebilden Mechanismen, aus Menschlichem Technisches machen wollen. Wenn aber Juden einziehen wollen in die hebräische Sprache – dann sollten sie es doch wahrlich nicht ausschließlich darum, um sagen zu können: Gib mir Brot! Auch darum gewiß; aber dazu genügte vielleicht, englisch stammeln zu können, oder auch deutsch. Man lernt die hebräische Sprache nicht, wenn man nicht die Seele kennen lernt, die sich diese Sprache schuf.

Gerade darum, weil das Hebräische viel mehr ist als ein Mittel zur Verständigung, ist es auch mehr als ein Vehikel für »drüben«. In-Besitz-Nehmen des Hebräischen heißt nicht, nun in ein inneres Ghetto einziehen. Es heißt aber Anschluß-Finden. Und Aufgeschlossenwerden. Es soll jedem möglich werden, sich von eines Wortes Klang zurauschen zu lassen: Du bist nicht allein; mit Dir leben und vor Dir lebten Dir unkündbar Eigene. Auch Sprache ist Heimat. Lernen heißt hier Heimfinden.

Der neue Geist schuf Ziele und Arbeiten neuer Geistigkeit. Bemerkenswert vor

allem die Institution eines »Geistigen Olympia« durch Dr. Goebbels. Es wird nicht die Schönheit der Sprache gemessen; die Totalität, die ihre Menschen in sie hineinzutragen vermögen, soll den Preis erringen. Die Denkmäler und Güter der eigenen Sprache sind eines Volkes Eigenstes. Hier kann man uns nicht enteignen – wenn wir es nicht selbst tun. Die Welt, wie wir sie sehen, das Leben, wie wir es erfuhren, das Schicksal, wie wir es beantworten, können uns ungehindert und ohne Gefahr zu laufen, Autodafés Nahrung zu geben, in unserer Sprache entgegentreten. Und meinen wir bei allem Sprechen und Schreiben nicht viel mehr das Unaussprechbare, das über den Worten atmet? Das dann vielleicht noch etwas eingefangen wird, wenn sich zum Wort die Musik findet, in jener allereigensten Gegend unserer Sprachheimat, im Lied. Unsere Kinder wollen auch singen, ohne dabei in innere Zerissenheit geraten zu müssen, weil der Welt Lieder so vielfach politische Lieder sind. Wir haben aber unsere Lieder.

Schicksalhaft kann in kommenden Zeiten der Besitz einer uns allein eigenen Sprache dann werden, wenn wir erst die Mitgabe der Wanderschaft erfahren: Die Vielsprachigkeit. Es wird nötig sein, auf diese Vielsprachigkeit hinzuarbeiten. Man darf aber eines dabei nicht verkennen: Mit jeder Sprache, die wir in uns aufnehmen, nehmen wir zwar auch ein Stück Welt auf, verlieren aber ein Stück Einheitlichkeit und Geschlossenheit in uns. Über die Notwendigkeit, die anderen Sprachen zu erlernen, soll hier nichts gesagt werden; aber ihr gegenüber soll noch einmal betont sein, wie wichtig es dann sein muß, eine Sprache zu haben, die unser ist.

Natürlich ist heute für uns hier die deutsche Sprache das Bett unseres Denkens und Fühlens; und nicht als Apologetik gegen Wünsche deutscher Studentenschaft sei das gesagt. Erfassung der deutschen und weiter der Umweltskultur überhaupt ist eine Seite für sich innerhalb der Erziehung von Juden in der Golah. Unser heutiger Rahmen will aber nur die jüdische Erziehung umspannen; als Grundstock, bei weitem aber nicht als Ausschließliches.

Es sei darum auch hier ein weiteres Mißverstehen ausgeschaltet; Erziehung hinein in die neue notwendige Berufssituation ist allgemein gefordert. Sie steht aber auch nicht unmittelbar dort, von wo her wir heute jüdische Erziehung begehen.

Noch bleibt uns aber eine letzte Provinz zu erschließen. Viele gerade derer, die mit Freuden sich der Wanderung durch jüdische Erziehung anschließen, halten es für statthaft, für notwendig, an dieser Provinz vorüberzugehen. Andere werden wohl mit eintreten wollen, ohne aber vielleicht der Eigenart dessen, was zu erschließen und der Absicht, in der zu erschließen ist, sich ganz bewußt zu werden. Diese letzte – wollte ich dem Range nach sprechen, ich würde sagen: diese erste und innerste – Provinz ist nur sehr schlecht benannt, wenn sie mit Erziehung zur Religion bezeichnet wird. Wir haben aber kein anderes Wort – und vielleicht versteht man uns so noch am leichtesten.

Was soll und darf sich hier nicht tun? Es darf hier sich nicht darum handeln, »objektive« Tatbestände kennenzulernen. Es gibt hier keine Namen und Daten, es gibt hier keine Vorlesungen über »Zeremonialkodices«, wie sie – man entschuldige! – in Kellner- oder Lakaienschulen am Platze sein mögen. Es geht aber auch gar nicht darum, Lebensart zu erlernen, um jüdische »Tracht« leben zu können.

Zweifach soll hier der Schlußstein gefügt werden. Es soll das Judentum davor gerettet werden, ein Gebilde der Zeit und der Hausse zu werden. Es soll das Judentum davor bewahrt werden, ein Geschenk der Politik zu bleiben. Man soll nicht das Sichereifernde, wohl aber das Sichverstehende der Exemplarität, der Andersartigkeit des Jüdischseins erfahren. Der Tag des Geschehens soll zum Ausspruch des Bestehens werden. Begreifen dessen soll über uns kommen, daß nicht das Land und nicht die Sprache und nicht die Blutsverbundenheit allein aus uns Juden machen; daß sie alle nur Träger sind. Tragen sie davon, was ihnen gemeint ist, dann sind sie das Haus unseres Judentums. Sind sie aber nicht Träger, sondern selbst schon Gehalt – dann sind sie Dutzendware. Dann sind sie schön oder häßlich – im anderen Falle echt und wahr. Das Judentum ist wahrlich nie jenseitig verhaftet, verlangt aber unanrührbar: Ernst zu machen! Es haben bei uns keine Führer Platz, sondern nur Hinführer; es geschieht bei uns nie etwas nur Heutiges, sondern es soll immer das Ganze getan werden.

Darum ist auch dem einzelnen Juden eines nicht erlaubt: Sich selbst zu verträumen und zu versäumen. Er soll sich selbst entdecken und in dieses Tun des Ganzen einstellen. Er soll ganz den Alltag leben und erleben, aber er soll sich nicht an ihm ververlieren. Jüdischer Tag und jüdisches Leben sind nichts als Rettungsinseln, die uns selbst uns schenken sollen. Ein überlebter Individualismus? Nein, auch wieder nur ein Ernstmachen mit sich selbst und ein Ahnen dessen, daß Leben nicht ein Zufälliges, sondern eine sinnvolle Aufgabe sein muß.

Und das soll erzogen werden? Nicht die eben ausgeführten Sätze. Sie sollten nur die Stellung jener Provinz uns geben und das uns sagen, was unausgesprochen uns vorschweben muß, wenn wir in sie einführen. Hier sollten wir vielleicht wirklich den Wanderstab weglegen – und den Hut aufsetzen. Wir sind bei uns angelangt.

Hier erfahren wir, wie man bei uns lebt – und vielleicht auch, wozu. Wir vernehmen davon, was Mitmensch uns heißt, genau so wie davon, was es heißt, in aller Kreatur Seine Geschöpfe zu sehen. Verstehen lernen wir die Sprache des Körperhaften – und lernen mitsprechen und mitsingen das Lied des Lebens und Wachsens und Reifens. Und dann soll uns erst klar sein können, daß dies alles ein ganzes, ein einziges Hiersein bedeutet. Ganz hier, ganz Mensch, ganz Jude – und wissend: Vor wem!

Dr. Heinrich Lemle

Nr. 72

a) Schreiben des Oberrats der Israeliten Badens an den Bad. Kultusminister vom 27. März 1934 – betr.: Errichtung einer jüdischen Schule in Mannheim (Schuldienst I)

Bei der Unterredung, die der Leiter der Volksschulabteilung, Herr Ministerialrat Gärtner, am 26. März unseren Beauftragten, Stadtrabbiner Dr. Grünewald in Mannheim und Oberregierungsrat a. D. Dr. Weißmann, gewährte, haben wir feststellen dürfen, daß – unbeschadet der zu erwartenden grundsätzlichen Regelung durch die Reichsgesetzgebung – bei dem Ministerium Geneigtheit besteht, unsere Bestrebungen zur Errichtung einer jüdischen Schule in Mannheim bereits für das Schuljahr 1934 zu unterstützen.

Gemäß den Besprechungen mit Herrn Ministerialrat Gärtner bitten wir deshalb zu gestatten, daß im kommenden Schuljahr diejenigen jüdischen Schüler und Schülerinnen der ersten Volksschulklasse in Mannheim, deren Erziehungsberechtigte einen entsprechenden Wunsch äußern, unter Leitung im staatlichen Volksschuldienst verbleibender jüdischer Lehrer räumlich zusammengefaßt werden und daß innerhalb des Lehrplans der badischen Volksschulen im Rahmen eines erweiterten Religionsunterrichts für die Behandlung jüdischer Werte und Lehrgegenstände Raum gewährt wird.
Nach unseren bisherigen Feststellungen kommen hierfür etwa 50–60 Schüler und Schülerinnen des kommenden ersten Schuljahres in Betracht.
Im einzelnen ließe sich dieses Ziel wohl am leichtesten dadurch erreichen, daß
1. für die Zusammenfassung der Schüler durch das Stadtschulamt Mannheim im Benehmen mit dem Stadtrabbinat daselbst geeignete Räume ausgesucht werden,
2. die Hauptlehrer Stahl und Marx für den Unterricht an den geplanten Klassen bereitgestellt, und daß
3. für einen erweiterten Religionsunterricht Lehrer Kälbermann vorgesehen wird, der bisher bereits an den Volks- und höheren Schulen Mannheims jüdischen Religionsunterricht erteilt hat.
Herr Kälbermann ist seminaristisch gebildet. Abschriften seiner Zeugnisse sind angeschlossen. Die Besoldung von Herrn Religionslehrer Kälbermann würde wie bisher vom Synagogenrat Mannheim getragen werden, während sich an der staatlichen Besoldung der beiden anderen Lehrkräfte nichts ändert. Eine stärkere Belastung des Staates würde durch die von uns erbetene Regelung infolgedessen nicht eintreten.
Da Herr Ministerialrat Gärtner bei den Besprechungen vom 26. März besonders darauf hingewiesen hat, daß derartige Veränderungen während des Schuljahres aus pädagogischen Gründen nicht empfehlenswert seien, wären wir dem Ministerium zu besonderem Dank verpflichtet, wenn die Neuregelung, unbeschadet einzelner, etwa später noch nötig werdender Anordnungen, bereits bei Beginn des neuen Schuljahres Platz greifen könnte.

b) Schreiben des Bad. Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz an das Stadtschulamt Mannheim vom 9. April 1934 – betr.: Errichtung einer jüdischen Schule in Mannheim – Kanzleivermerk: »Eilt sehr«

In der abschriftlich angeschlossenen Eingabe vom 27. März ds. Js. bittet der Oberrat der Israeliten um Absonderung der im kommenden Schuljahr in die erste Grundschulklasse gelangenden jüdischen Schüler und Schülerinnen, soweit die Erziehungsberechtigten einen entsprechenden Wunsch äußern.
Aus völkischen Gründen und nicht etwa aus Rücksichten auf die Bekenntniszugehörigkeit trage ich keine Bedenken, eine solche Absonderung bis zu einer etwaigen Reichsregelung zu gestatten. Die darnach besonders zu bildende Schulklasse oder

Schulklassen bleiben aber nach dem derzeit geltenden Schulrecht ein Teil der Mannheimer Grundschule. Auch finden auf sie die bestehenden Vorschriften ausnahmslos Anwendung. Dies gilt auch für den Lehrplan. Gegen eine Erweiterung des Religionsunterrichts durch einen Lehrplan des Oberrats und den Beizug des vom Oberrat zu besoldenden Lehrers Kälbermann für diesen erweiterten Religionsunterricht wird dabei keine Einwendung erhoben. Ich ersuche demnach, im Benehmen mit dem Herrn Oberbürgermeister in Mannheim die Errichtung dieser Sonderklasse auf Schuljahrsbeginn durchzuführen. Für den Unterricht sind die Hauptlehrer Stahl und Marx anzuweisen. Über die Errichtung ist mir s. Z. zu berichten. Ebenso wolle mir s. Z. über die gemachten Erfahrungen Bericht erstattet werden.

Nr. 73

Bericht des Stadtschulamts Mannheim an den Bad. Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz – Abteilung Kultus und Unterricht vom 7. Mai 1934 – betr.: Errichtung einer jüdischen Schule in Mannheim (Schuldienst I)

In der Grundschule Mannheim ist auf Beginn des Schuljahres 1934/35 (16. April) eine kombinierte Sonderklasse des 1. Schuljahres für die auf Ostern 1934 schulpflichtig gewordenen hiesigen jüdischen Knaben und Mädchen errichtet worden. Sie wird von dem israelitischen Hauptlehrer Baruch Stahl geführt und ist in der zentral gelegenen Luisenschule untergebracht. Die Einweisung in die jüdische Sonderklasse erfolgte nur insoweit, als die Erziehungsberechtigten es wünschten; jedoch haben fast alle Erziehungsberechtigten von dieser Möglichkeit der Sonderbeschulung Gebrauch gemacht. Die Knabenabteilung zählt 32, die Mädchenabteilung 30 Kinder.

Der Religionsunterricht wird mit 3 Wochenstunden je Klasse ausschließlich von dem im Erlaß vom 9. April genannten, durch den Oberrat der Israeliten besoldeten Lehrer Kälbermann zusätzlich erteilt. Hauptlehrer Stahl gibt keinen Religionsunterricht in der Klasse, sondern verwendet 2×15 Stunden auf den sonstigen Unterricht der beiden jeweils nacheinander zum Unterricht erscheinenden Klassen. Unterrichtet wird von Montag bis Freitag. Der Samstag bleibt wegen des Sabbat auf allgemeinen Antrag der Elternschaft schulfrei. Das einzelne Kind erhält in der Woche $15+3 = 18$ Unterrichtsstunden.

Aus völkischen Gründen wird in der jüdischen Sonderklasse nicht die Neuausgabe, sondern die bisherige Auflage der Goebelbecker'schen Fibel »Das Jahr voller Freude« benützt.

Nach unseren Feststellungen ist die beteiligte Elternschaft und die israelitische Gemeinde mit der getroffenen Anordnung zufrieden; es sind uns weitergehende Wünsche weder von Elternseite noch von seiten des Synagogenrats bekannt geworden.

Nr. 74

Bericht des Stadtschulamts Mannheim an den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts vom 9. September 1935 – betr.: Errichtung einer III. jüdischen Klasse an der Grundschule Mannheim (Schuldienst I)

Mit Bezug auf mehrfache fernmündliche Verhandlungen von Ende August und den am 29. v. Mts. durch Herrn Oberregierungsrat Dr. Denz dem Unterzeichneten fernmündlich erteilten ministeriellen Auftrag berichten wir unter Vorlage eines Abdrucks unseres Rundschreibens an die Rektoren vom 29. August, daß auf 4. ds. Mts. im Anschluß an die Ostern 1934 und Ostern 1935 gebildeten jüdischen Klassen der I. und II. Stufe nunmehr eine III. jüdische Klasse errichtet worden ist, die von dem jüdischen Hauptlehrer Hermann Kaufmann geführt wird. Damit sind nunmehr alle drei jüdischen Lehrer unseres Dienstbezirks in jüdischen Klassen verwendet.

Die neuerrichtete Klasse zählt 34 Knaben und 25 Mädchen, die nacheinander von Kaufmann unterrichtet werden und ihren Religionsunterricht von besonderen jüdischen Religionslehrern erhalten. Mit dem von den anderen jüdischen Lehrern und den Handarbeitslehrerinnen erteilten Unterricht zusammen erhält die Knabenabteilung wöchentlich 21, die Mädchenabteilung wöchentlich 22 Unterrichtsstunden, das sind bei den Knaben 3, bei den Mädchen 4 Stunden weniger, als die Normalstundentafel für die III. Klassen der hiesigen Grundschule angibt.

Ausweislich der Schulstatistik vom 15. Mai 1935 sind in der Grundschule Mannheim 266 jüdische Schüler und in der Hauptschule 144 jüdische Schüler vorhanden gewesen. In den Sonderklassen nach § 5 des Schulgesetzes befinden sich 3 Schüler. Die Schüler verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Klassenstufen:

Grundschule:		Hauptschule:	
Klasse I:	51	Klasse V:	44
Klasse II:	80	Klasse VI:	36
Klasse III:	58	Klasse VII:	35
Klasse IV:	77	Klasse VIII:	29
	266		144

Dazu in den Sonderklassen nach § 5 des Schulgesetzes 3 Schüler.

Von diesen 413 Kindern sind nunmehr 171 durch die drei jüdischen Klassen erfaßt und zwar besuchen von

51 Kindern der I. Stufe 46
80 Kindern der II. Stufe 66 und von den am 15. 5. gezählten
58 Kindern der III. Stufe 58
die jüdischen Klassen.

Weitere Lehrkräfte zur Bildung der von der israelitischen Gemeinde angestrebten Klassen IV bis VIII stehen uns nicht zur Verfügung.

Nr. 75

Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Regierungspräsidenten vom 4. November 1935 – betr.: Anstellung von jüdischen Lehrkräften (Normalia, Rassentrennung)

Da die künftige Gestaltung des jüdischen Schulwesens z. Z. nicht übersehen werden kann, ersuche ich, bis auf weiteres von der endgültigen Anstellung jüdischer Lehrkräfte an öffentlichen jüdischen Volks- und mittleren Schulen abzusehen. Dieser Erlaß ist nicht zu veröffentlichen.

Nr. 76

Auszug aus dem Israelitischen Gemeindeblatt 10. Februar 1938

Das 9. Schuljahr

Es ist außerhalb Mannheims noch zu wenig bekannt, daß die einzige 9. Klasse, die in Baden und der Pfalz besteht, die durch die Israelitische Gemeinde Mannheim bereits im Frühjahr 1936 eingerichtete Aufbauklasse ist. Sie erstrebt die oben angedeuteten Ziele durch folgenden Lehrplan zu verwirklichen:

Hebräisch, Biblische Geschichte, Judentumskunde insgesamt	5 Wochenstunden
Jüdische Geschichte und Palästinakunde	2 Wochenstunden
Deutsch (Literatur)	3 Wochenstunden
Englisch	5 Wochenstunden
Allgemeine Geschichte	2 Wochenstunden
Erdkunde	1 Wochenstunde
Mathematik, Geometrie	2 Wochenstunden
Chemie, Physik, Körperkunde (Gesundheitslehre) je	1 Wochenstunde
Gegenwartskunde	1 Wochenstunde
Turnen und Turnspielen	4 Wochenstunden
außerdem für Knaben:	
kaufm. Rechnen, Buchführung und Wirtschaftskunde je	1 Wochenstunde
Werkunterricht (Holz-, Papp- und Tonarbeiten)	3 Wochenstunden

und für Mädchen:

Handarbeit und Hauswirtschaftskunde je 3 Wochenstunden; Stenographie- und Schreibmaschinenkurse werden bei entsprechender Beteiligung wahlfrei angegliedert werden.

Alle näheren Auskünfte erteilt der Leiter der Jüd. Aufbauklasse Mannheim: Dr. Kurt Berg, Mannheim.

Nr. 77

Auszug aus einem Bericht des Stadtschulamts Mannheim an den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts vom 3. Januar 1939 – betr.: Schulunterricht an Juden (Schuldienst I)

Der persönliche Aufwand für die im Schuljahre 1937/38 an den für jüdische Schüler eingerichteten Klassen wurde, weil die 7 Lehrerstellen nach den seinerzeit gegebenen Bestimmungen gesetzlich waren, vom Land getragen. Die Stadt Mannheim trug die Schulbeiträge von je 1000,– RM = 7000,– RM.
Der persönliche Aufwand für die in je 2 Kursen mit zusammen 20 Wochenstunden zu unterrichtenden fortbildungspflichtigen Knaben und Mädchen wurde, da es sich um gesetzliche Unterrichtsstunden handelte, vom Land getragen.

Nr. 78

Bericht des Stadtschulamts Mannheim an den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts vom 27. Januar 1941 – betr.: Wiedereröffnung der jüdischen Volksschule in Mannheim (Schuldienst I)

Die Israelitische Gemeinde e. V. Mannheim hat mit Schreiben vom 25. Januar 1941 um die Erlaubnis zur Wiedereröffnung der jüdischen Schule hier nachgesucht. Der Unterricht soll künftig im Gebäude B 7. 2 stattfinden; dort sei ein genügend großes Klassenzimmer sowie ein Raum zur Aufbewahrung der Lehrmittel vorhanden. Auch stehe ein großer Hof zur Verfügung. In Betracht kommen etwa 30 Schüler-(innen) und zwar 22 aus Mannheim und die übrigen aus der näheren Umgebung Mannheims. Den Unterricht würde der staatl. geprüfte Lehrer Salomon Wetzler, früher Studienrat, Mannheim, Collinistraße 47 wohnhaft, und Arthur Israel Auerbacher, in Weinheim wohnhaft, erteilen. Dieser hat die Abschlußprüfung am Lehrerseminar in Kassel abgelegt.
Wir geben hiervon Kenntnis mit der Bitte um weitere Entschließung.

Nr. 79

a) Schreiben der Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Karlsruhe, an den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts vom 12. Juni 1942 – betr.: Unterrichtserteilung an schulpflichtige jüdische Kinder in Mannheim (Schuldienst I)

Der Herr Minister des Kultus und Unterrichts hat mit Erlaß Nr. C 3511 vom 11. Februar 1941 die Wiedereröffnung der jüdischen Schule in Mannheim genehmigt und gegen die Erteilung des Unterrichts an jüdische Kinder und an Mischlinge 1. Grades, die zur Zeit des Inkrafttretens der Nürnberger Gesetze der jüdischen Religion angehört haben, demnach als Juden gelten, keine Einwendungen erhoben.

Die seinerzeit genehmigten Lehrkräfte sind in der Zwischenzeit auf behördliche Anordnung abgewandert. Pädagogisch vorgebildete Lehrkräfte sind nicht mehr vorhanden. Infolgedessen sind 22 schulpflichtige Kinder einzuschulen, und zwar 2 jüdische Kinder, 5 Mischlinge, die jetzt noch der jüdischen Religion angehören und 15 weitere Mischlinge, die zur Zeit des Inkrafttretens der Nürnberger Gesetze der jüdischen Religion angehörten, demnach als Juden gelten. Um die Kinder nicht ohne Unterricht zu lassen, beabsichtigt die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die dortige Genehmigung vorausgesetzt, den Unterricht durch nicht pädagogisch vorgebildete Kräfte, die m. E. zur Unterrichtserteilung geeignet sind, abhalten zu lassen:

1. In der Unterstufe (Schuljahre 1–4) den gesamten Elementarunterricht durch Hermann Israel Hauser, Leiter der Verwaltungsstelle Mannheim,
2. in der Oberstufe (Schuljahre 5–8)

a) Englisch und Rechnen durch Hermann Israel Hauser,
b) Deutsch durch Hermann Israel Hauser und Dr. Fritz Israel Cahn,
c) Geschichte und Erdkunde durch Fritz Israel Cahn,
d) Naturkunde durch Dr. Kurt Israel Weigert.

Ich wäre dankbar, wenn die Genehmigung zur Abhaltung des Schulunterrichts in der vorgesehenen Form erteilt und auch das Stadtschulamt Mannheim von der dortigen Entschließung verständigt werden könnte.

b) Schreiben der Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an den Bad. Minister des Kultus und Unterrichts vom 22. Juni 1942 – betr.: Jüdische Schule in Mannheim

Meine Eingabe vom 12. Juni, in der ich darum gebeten habe, die Unterrichtserteilung durch nicht pädagogisch vorgebildete Lehrkräfte genehmigen zu wollen, hat sich erledigt, weil die jüdischen Schulen zum 30. Juni geschlossen werden müssen.

6. PERSÖNLICHKEITEN IM URTEIL VON ZEITGENOSSEN

Nr. 80
Aufzeichnung über die Tätigkeit von Prof. Dr. Samuel Billigheimer, niedergeschrieben von Rabbiner Dr. Max Grünewald am 15. März 1938 (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 3 B)

Herr Prof. Dr. Samuel Billigheimer war an der Gründung des Jüdischen Lehrhauses in Mannheim beteiligt. Seine große pädagogische Erfahrung und seine nicht gewöhnlichen Kenntnisse, die er in dem Unterricht an den oberen Klassen des Les-

sing-Realgymnasiums bewiesen hatte, sein Interesse an der Religionsphilosophie sowie sein Verständnis für die Inhalte und Werte des Judentums ließen es angezeigt erscheinen, ihn für eine Arbeit zu gewinnen, in der er seine vielseitigen Fähigkeiten auch für die jüdische Erwachsenenbildung nutzbar machen konnte. Nach dem Umbruch hat Herr Dr. Billigheimer die Gesamtleitung des Jüdischen Lehrhauses übernommen. Es ist ihm allein zuzuschreiben, daß das Jüdische Lehrhaus zu einem wirksamen Instrument innerhalb der pädagogischen Bestrebungen geworden ist. Er hat während dieser Zeit seine große Kunst zu organisieren bewiesen, er hat Gründlichkeit mit der Anpassung an das von der Zeit Geforderte vereinigt. Während dieser Jahre stand er als pädagogischer Anreger und Berater in einem dauernden Kontakt mit der Lehrerschaft und mit der Jugend. Über den engeren Rahmen des Lehrhauses hinaus hat er an der Gestaltung der Lern- und Freizeit der Jugend durch Einrichtung von Kursen, von gemeinsamen Freitagabendfeiern, von künstlerischen Aufführungen entscheidend mitgewirkt. Unter seiner Leitung ist das Lehrhaus aufgeblüht. Sein besonderes Augenmerk hat Herr Dr. Billigheimer der Einrichtung und Ausgestaltung der fremdsprachlichen Kurse zugewandt. Die Berichte ehemaliger Hörer aus den verschiedenen Teilen der Welt lassen erkennen, wie erfolgreich diese Arbeit gewesen ist. Es war Herrn Dr. Billigheimer besonders darum zu tun, auch in dem Unterricht der fremdsprachlichen Fächer den Zusammenhang mit den Zeugnissen und Dokumenten der jüdischen Geistesgeschichte zu betonen und in der Wahl der Quellen und Übungsstücke das eine mit dem anderen zu verbinden. Zu wiederholten Malen ist vom Synagogenrat und von der Gemeindevertretung die Leistung, die von Herrn Dr. Billigheimer vollbracht worden ist, anerkannt worden. Bei meinem Weggang von Mannheim betrachte ich es als eine Ehrenpflicht, dem langjährigen Mitarbeiter, der in einer unermüdlichen Weise und auf so vielen Gebieten der Gemeinde und ihren Institutionen gedient hat, Dank und Anerkennung auszusprechen und ihm im Interesse unserer Gemeinschaft auch für die Zukunft ungebrochene Arbeitskraft zu wünschen.

Nr. 81
Israelitisches Gemeindeblatt 15. Dezember 1937

Dr. med. Siegfried Bruchsaler

Dr. Bruchsaler verläßt in diesen Tagen die Gemeinde Mannheim, um sich in Amerika eine neue Existenz aufzubauen. Damit scheidet aus unserer Gemeinde ein Mann, der es verstanden hat, sich durch seine jüdische und soziale Einstellung einen Namen zu schaffen, der es rechtfertigt, ein Wort des Dankes an dieser Stelle auszusprechen.

Dr. Bruchsaler, der es immer abgelehnt hat, sich in ein repräsentatives Amt wählen zu lassen, hat sich nie entzogen, wenn es galt, eine Tätigkeit zu übernehmen, die Anforderungen an Arbeitskraft und Verantwortung stellte. Die Leitung der Jüdischen Winterhilfe hatte er seit ihrem Bestehen in kollegialer Zusammenarbeit mit Frau Direktor Grünbaum mit Erfolg inne. Er hat daneben als Vertrauensarzt des

Jüdischen Waisenhauses und der Anlernwerkstätte gewirkt und es verstanden, sich schnell das Vertrauen der von ihm Betreuten zu erwerben. Den Schülern der 9. Klasse hat er die Grundbegriffe der Gesundheitslehre vermittelt. Besonders hervorzuheben ist schließlich diejenige Tätigkeit, mit der er zuerst in der Gemeinde hervortrat, nämlich seine Arbeiten als Gemeindestatistiker. Seine aufschlußreichen Aufsätze über die Bevölkerungsbewegung in der Gemeinde in diesem Blatt, insbesondere in der Sondernummer 1936, werden für die Geschichte der Gemeinde von immerwährender Bedeutung bleiben.

Nr. 82
Israelitisches Gemeindeblatt 7. April 1938

Zum Weggang Dr. Grünewalds

Als die israelitische Gemeinde Mannheim auf 1. April 1925 den jungen Rabbinatskandidaten Dr. Max Grünewald als Rabbinatsvertreter berief, konnte wohl niemand ahnen, welche Bedeutung diese Berufung nicht nur für die Gemeinde Mannheim, sondern für die ganze badische Landessynagoge erhalten sollte. Wenn Dr. Grünewald Mannheim verläßt, scheidet er aus den Ämtern als Stadtrabbiner der israelitischen Gemeinde Mannheim, als Mitglied der Religionskonferenz des Oberrats aus, und er ist vor wenigen Wochen aus einem Amte ausgeschieden, das vor ihm noch kein Rabbiner der Gemeinde bekleidet hatte, aus dem Amte des Vorsitzenden des Synagogenrats. Schon dieser äußere Verlauf der Dinge, der den kurzen Zeitraum von 13 Jahren umfaßt, zeugt von einer ungewöhnlichen Persönlichkeit. Hier soll nur in wenigen Strichen seine Wirkung innerhalb der Landessynagoge gezeichnet werden.

Bereits vor seiner Ernennung zum Konferenzrabbiner gingen von ihm zahlreiche und fruchtbare Anregungen aus. So war er einer der ersten Vorkämpfer für die Errichtung jüdischer Schulabteilungen. Er hat sich aber nicht damit begnügt, daß Schulen für jüdische Kinder geschaffen wurden. Unermüdlich hat er sich immer dafür eingesetzt, daß diese Schulen auch jüdische Schulen seien, daß sie von jüdischem Geist getragen sind und jüdisches Gedankengut übertragen. Ebensosehr lag ihm die Frage der Erwachsenenbildung und der Fortbildung der Lehrer am Herzen. Für seine Betätigung auf sozialem Gebiete war die Verbindung des Vorsteheramts mit dem des Rabbiners von größter Bedeutung.

In seine Amtszeit als Vorsteher fiel der Umbau des Altersheims und der Einbau des neuen Krankenhauses, dessen mustergültige Ausgestaltung in diesem Zusammenhang wohl zu erwähnen ist, da diese Einrichtung auch von vielen Kranken außerhalb Mannheims als großer Segen empfunden wird. Das gleiche gilt für die von ihm mit ins Leben gerufene Anlernwerkstätte in Mannheim. Sie bildet junge Menschen als Schreiner und Schlosser aus und soll ihnen damit die Möglichkeit geben, nach ihrer Auswanderung eine Existenzgrundlage zu schaffen. Als im Jahre 1935 der Sitz eines Konferenzrabbiners im Oberrat frei wurde, war es selbstverständlich, daß hierfür Dr. Grünewald berufen wurde. Leider durfte sich der Oberrat nur kurze Zeit dieser engeren Mitarbeiterschaft erfreuen. Dr. Grünewald hat die in ihn

gesetzten Erwartungen voll erfüllt, die Beratungen des Oberrats mit seinem reichen Wissen und seiner Tatkraft gefördert und hinterläßt auch hier durch seinen Weggang eine schwer zu schließende Lücke.
Über die schmerzlich empfundene Trennung von diesem hervorragenden Mitarbeiter, der allen, die mit ihm in Berührung kamen, auch Gefühle der persönlichen Zuneigung und Freundschaft einflößte, muß die tröstliche Hoffnung hinweghelfen, daß Dr. Grünewald in seinem neuen Amte der badischen Landessynagoge verbunden bleibt und dort in der Lage ist, noch mehr als bisher für die Gesamtinteressen des Judentums in Deutschland zu wirken. Oberrat der Israeliten Badens

Nr. 83

a) Bericht über die Tätigkeit von Oberin Pauline Maier, zur Erinnerung verfaßt von Sara Lewinski, Tel-Aviv 1961 (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 5 M)

Pauline Maier wurde am 21. Oktober 1877 in Baiertal (Kreis Heidelberg) als dritte Tochter eines israelitischen Händlers geboren. Seit 1913 arbeitete sie am Mannheimer jüdischen Krankenhaus, dessen Verwaltung sie 1922 übernahm. Nach der Verlegung des Krankenhauses im Jahre 1935 in die Räume des jüdischen Altersheims übernahm sie auch dessen Leitung. (Vgl. auch Paul Sauer, Schicksale, S. 279 f.)

Bis eine Krankenschwester den Rang einer Oberin erreicht, muß sie, neben einer Anzahl Dienstjahre, sich bewährt haben als eine Persönlichkeit mit Pflichtbewußtsein, Einsatzbereitschaft und Opferfreudigkeit. All diese Eigenschaften vereinten sich in der Person der Oberin Pauline Maier.
Pauline Maier stammte aus Wiesloch, lernte als Krankenschwester in den Breslauer und Berliner Krankenhäusern und bewährte sich schon in ganz jungen Jahren als eine besonders zuverlässige und verantwortungsbewußte Krankenschwester.
Nach Vollendung ihrer Lehr- und Lernjahre zog es sie wieder in die badische Heimat und sie nahm Stellung an im jüdischen Krankenhaus Mannheim. Sie wurde für die ambulante Krankenpflege eingesetzt. Diese Tätigkeit ist besonders schwer, da jeder neue Krankheitsfall eine erneute Einstellung auf den Privatpatienten und seine Umgebung verlangte. Schwester Pauline hatte eine besonders gute Einfühlung, sie umgab ihre Patienten mit einem Maß von Selbstlosigkeit, daß sie bald bekannt war als eine gütige, verstehende und zuverlässige Schwester. Auch ihre Organisationsbegabung wurde rasch bekannt, und schon nach kurzer Zeit wurde sie in die Leitung des Krankenhauses gewählt.
Es kam der erste Weltkrieg; Schwester Pauline war eine der ersten Schwestern des Krankenhauses, die sich freiwillig zur Verfügung stellte. Sie war während des ganzen Krieges tätig an der Front, in Kriegslazaretten, in Verwundetenzügen; ihre Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft halfen ihr, sich rasch durchzusetzen und sich einen Namen zu machen, wie sie ihn dann zeit ihres Lebens behielt.
Nach Kriegsschluß kehrte sie nach Mannheim zurück. Niemand war geeigneter als Schwester Pauline, die Führung des Krankenhauses zu übernehmen. Es wurde ihr die Tätigkeit als Oberin für das Haus übertragen.

Sie erkannte rasch die Notwendigkeit einer Reorganisation und fing an, das kleine Krankenhaus, das nur 35 Betten hatte, so umzubauen, daß es bald den Namen eines sehr gut geführten Hauses hatte.
Man muß das alte Haus gekannt haben in seiner Primitivität und Unzulänglichkeit, um die Leistung der Oberin Pauline beurteilen zu können. In kurzer Zeit schaffte sie eine so gute Atmosphäre, daß die Zusammenarbeit von Schwestern und Hauspersonal reibungslos war, was sich besonders gut auf die Patienten auswirkte. Die Belegung des Hauses war demzufolge eine gute, laut Statistik 60 % Nichtjuden, 40 % Juden.
Oberin Pauline gewann sich das Vertrauen ihrer Mitarbeiterinnen durch ihre gütige, verstehende Art, es kam nie vor, daß sie sich nicht Zeit nahm, um ihren Schwestern und ihrem Personal Hilfe und Trost zu sein und Ratgeberin in den vielen großen und kleinen Zwischenfällen des täglichen Lebens.
Ihren beiden eigenen Schwestern war sie, obwohl die Jüngere, die Helferin, sie blickten zu ihr auf wie zu einer Mutter.
1935 sah sich die jüdische Gemeinde gezwungen, ein neues Krankenhaus zu errichten. Sie teilte das bestehende Altersheim, und dem Teil des Krankenhauses wurden Operationstrakt und die sonst nötigen Räumlichkeiten zugebaut. In ihrem neuen Arbeitsgebiet entfaltete Schwester Pauline ihre ganze Persönlichkeit. Sie war nicht nur Oberin, sie war Vertraute der Patienten, Hilfe für das Personal und die Mutter ihrer Mitschwestern. Sie machte das Krankenhaus zu einem Mittelpunkt, in dem nicht nur körperlich kranken Menschen geholfen wurde.
In der Kristallnacht war sie vielen Hilfe und Rettung. Innerhalb weniger Stunden hatten wir 350 Flüchtlinge im Haus, sie mußten untergebracht und verpflegt werden, es mußte ihnen geholfen werden. Sie sorgte dafür, daß jeder Hilfesuchende eine Unterkunft hatte, natürlich mit Hilfe aller derjenigen, die damals hilfsbereit und dazu berufen waren, so daß all diese armen Menschen nach kurzer Zeit wieder ihren Häuslichkeiten oder anderen Orten zugeführt werden konnten.
Die Abwanderung der Hilfskräfte setzte ein, die akuten Krankenfälle wurden weniger, bedingt durch die politischen Verhältnisse und Maßnahmen. Die Oberin verstand das Krankenhaus unter großen Schwierigkeiten weiter zu führen und gab durch ihr Vorbild ihren wenigen Mitarbeiterinnen Halt und Stütze. Es kam die Verschickung der badischen Juden nach Gurs. Die Schwestern der Oberin waren auch unter den Verschickten. Der Wirkungskreis wurde immer kleiner, so daß sie sich freiwillig entschloß mit dem Rest der jüdischen Gemeinde und ihren beiden Schwestern nach Gurs zu gehen.
Dort wurde sie rasch wieder die Zufluchtsstätte von vielen. Sie arbeitete unermüdlich in der Infirmerie, ihre Organisationsbegabung schaffte viele Erleichterungen und brachte manchem Trost und Hilfe in der Ausweglosigkeit. Sie kannte keinen anderen Gedanken als Hilfe für ihre Nächsten. Viele ihrer ausgewanderten Freunde bemühten sich, ihr persönlich zu helfen, aber sie wies alle diese Versuche weit von sich, für sie galt nur die Hilfe, die sie brachte.
Oberin Paulines Schwestern wurden zum Abtransport bestimmt, aber Pauline konnte sie und all die Menschen, die ihrer bedurften, nicht allein gehen lassen, frei-

willig schloß sie sich ihnen an und ging mit ihnen in voller Opferbereitschaft ins grausige Dunkel, aus dem es kein Zurück gab.
Wer Oberin Pauline kannte und mit ihr arbeitete, wird sich immer an sie erinnern als an einen Menschen, den man nie vergißt.

b) Bericht über die Tätigkeit von Oberin Pauline Maier, verfaßt von Dr. Eugen Neter

Es sei mir, als letztem Präsidenten der Israelitischen Gemeinde Mannheim, gestattet, vorstehende Ausführungen von Frau Lewinski zu vervollständigen.
Als am 22. Oktober 1940 die Juden Mannheims deportiert wurden, hatte Oberin Pauline Maier von der Gestapo die Weisung erhalten, zurückzubleiben und ihren Posten weiter zu versehen. Die Oberin aber wollte ihre Gemeinde in die Deportation begleiten. Nach längeren Verhandlungen erreichte sie, daß die Gestapo ihrem Wunsche entsprach.
Im letzten Transportzug fuhren wir, Oberin Pauline und ich, gemeinsam, unsere Gemeinde begleitend, ins »Unbekannte«. Im Camp de Gurs hatte Oberin Pauline in ihrem Frauenblock (ungefähr 600 Insassen) rasch eine Krankenbaracke notdürftig eingerichtet und den Pflegedienst in dem Block aufgenommen. Es war eine sehr harte, schwierige Arbeit, diese Fürsorge für Leib und Seele der unsagbar schwer bedrängten Frauen, eine Fürsorge mit den ärmlichsten Hilfsmitteln unter den schlimmsten Lebensbedingungen. Es fehlte an allem. Wer diese »Hölle von Gurs« damals miterlebt hat, begreift, mit welchem Gefühl der Erlösung die hilfsbereite und helfende Oberin von den Unglückseligen, schwer geprüften Menschen begrüßt wurde, wo und wann immer sie in den armseligen Baracken auftauchte. Wie oft sah ich die nicht mehr junge Oberin, mit einem langen Bergstock durch den tiefen Morast stapfen, von einer Baracke zur anderen, Trost und Hilfe bringen, das Bild einer wahren Helferin. Zwei Jahre lang unermüdlich tat Oberin Pauline diesen Dienst. Der Name »Oberin Pauline« hatte einen guten Klang, er drang vor bis zur Kommandantur des Lagers. Bei einer Begegnung sprach der (französische) Kommandant mir gegenüber mit großer Ehrfurcht von Oberin Pauline. Als im Winter 1942 die Deutschen die Lagerinsassen nach dem Osten abtransportierten, befahl der Lagerkommandant, daß Oberin Pauline zurückbleibe. Doch wiederum bestand die unvergleichliche Oberin auf ihrem Willen, die zur Deportation Kommenden zu begleiten. Doch diesmal nicht ins Unbekannte, sondern in den sicheren Untergang. Tief in meiner Erinnerung haftet jener Augenblick, als ich Abschied nahm von den beiden Frauen, die f r e i w i l l i g ihre Leidensgefährten auf dem Weg zur Vernichtung begleiteten. Als letzte stiegen sie auf das Lastauto, das sie forttragen sollte nach dem Osten: Oberin Pauline Maier und die Ärztin Dr. Johanna Geissmar, Heidelberg.

Nr. 84

»Erinnerung an Paul Eppstein« – verfaßt von Dr. Max Grünewald (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 3 E)

Die zwanziger Jahre sahen eine starke Belebung der jüdischen Gemeinden. Der Weltkrieg und seine Folgen, ein wachsender Antisemitismus und ein vielgestaltiger Zionismus verwandelten das Bild der Gemeinden. Es gab neue religiöse, soziale und kulturelle Antriebe, neue Einrichtungen und neue Träger der Gemeindearbeit. In wenigen Jahren entwickelte sich eine reich gegliederte Jugendbewegung. Auch da, wo sie außerhalb der Gemeinden operierte, hatte sie einen starken Einfluß auf die Politik und Arbeit der Gemeinden. Zu den amtierenden Rabbinern traten Jugendrabbiner, zu der Religionsschule die Erwachsenenbildung. Die Wohlfahrtsämter führten neue Methoden ein. Elternheime, Krankenhäuser, Gemeinde- und Gotteshäuser bereicherten auch das Bild der Städte, in denen sie erwuchsen.

In jenen Jahren begegneten einander das Krisenhafte und das Schöpferische, eine verstärkte Assimilation und eine entschiedene Wendung zu jüdischen Inhalten. Es war die letzte jüdische Rennaissance auf europäischem Boden. Nur eine kurze Zeit war ihr beschieden, aber einiges von dem, was sie schuf, und einige ihrer geistesmächtigen Führer überdauerten die Katastrophe.

Diese knappe Darstellung des Wandels im jüdischen Leben trifft auch auf die Gemeinde in Mannheim zu, auf ihre Institutionen und auf die Männer und Frauen, die in ihr wirkten. Dabei darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß wie jede andere Großgemeinde auch Mannheim ihre individuellen Züge beibehielt. Die süddeutsche jüdische Tradition verwischte sich auch nicht in der modernen Industrie- und Handelsstadt. Und die örtliche Eigenwilligkeit beugte sich weder vor dem Oberrat in Karlsruhe noch vor dem Einfluß Berlins.

In dieser Umgebung wuchs Paul Eppstein heran. Ich lernte ihn durch meine Arbeit in der Jugendgemeinde kennen. Diese war nicht an die in Deutschland vertretenen Jugendverbände angeschlossen. Sie hatte ihr Eigenleben, ein weit gespanntes Arbeitsprogramm und eine Zeitlang auch ihr eigenes Presseorgan. Paul Eppstein, der später in dem neutralen Jugendverband Deutschlands die führende Rolle spielte, bot seine Mitarbeit unaufgefordert an. Er war damals Assistent von Prof. Altmann und später Dozent an der Handelshochschule. Er war aus den Schulen der großen Soziologen Deutschlands hervorgegangen, von vielseitiger und gründlicher Bildung, einfallsreich und schöpferisch. Er half uns in der Schaffung von Sprechchören und in der musikalischen Gestaltung. Er entwarf Programme für unsere Arbeitstagungen, die von Vertretern anderer Jugendorganisationen außerhalb Mannheims beschickt wurden. Seine Vorträge, Ergebnisse gewissenhaften Denkens, sind mir in lebhafter Erinnerung. Aus der Mitarbeit entwickelte sich Freundschaft, in der er, wie ich glaube, nicht nur Gebender, sondern auch Empfangender war. Der Weg ins Judentum fing damals für ihn an und damit auch in seiner Persönlichkeitsbildung der Weg vom Abstrakten zum Konkreten, zu echter und nicht nur hingeträumter Gemeinschaft. In der Zeit, in der ich ihn kennenlernte, gehörte er zu den besten Hoffnungen der jungen Generation.

Ich erinnere mich an ein schicksalhaftes Gespräch, das ich im Friedenspark mit ihm hatte. Das war im Jahre 1934. Er las mir einen Brief von Max Warburg vor, in dem dieser ihn einlud, nach Berlin zu kommen, und sich an der Arbeit der Zentralwohlfahrtsstelle zu beteiligen. Gegen meinen Rat nahm er die Einladung an. Ich sah ihn dann nur gelegentlich, wenn ich zu Sitzungen der Exekutive der Reichsvertretung nach Berlin kam. Er hatte mehrfach Gelegenheit, im Ausland eine seiner Vorbildung und seinem Können angemessene Tätigkeit an Hochschulen zu finden. Er weigerte sich aber, den Rest der deutschen Juden zu verlassen. Über jene letzten Jahre, über seine Tätigkeit in der Reichsvereinigung, sein Amt als Judenältester in Theresienstadt und seine Erschießung ist vieles und Widersprechendes geschrieben worden. Ich wollte dem nur das Bild eines jungen Menschen gegenüberstellen, wie es mir in Erinnerung geblieben ist, eines uneigennützigen, hilfreichen, eines bewegten und bewegenden Freundes.

Nr. 85
Mia Neter über ihre Lehrerin Rosa Grünbaum (1881–1942), (Stadtarchiv Mannheim D 9–5 G)

Rosa und Viktoria (genannt Dora) Grünbaum (1879–1940) begannen um die Jahrhundertwende jene Kinder in der Mannheimer Innenstadt zu sammeln, die durch die Berufstätigkeit der Mutter einerseits und den zunehmenden Verkehr andererseits gefährdet schienen. Die Jüdische Gemeinde stellte den Schwestern in F 1, 11 Räume zur Verfügung. Aus diesen bescheidenen Anfängen entwickelte sich das Mannheimer Kindergartenwesen. Rosa Grünbaum leitete einmal hilfswillige Mädchen an und bildete sie aus, zum anderen mußten ständig neue Kindergärten gegründet werden. Bis zum Ersten Weltkrieg war aus der Hilfstätigkeit neben zahlreichen Kindergärten ein Kindergärtnerinnenseminar hervorgegangen, welches zu den ersten und besten Einrichtungen dieser Art in Deutschland gehörte. Bis zum Jahre 1933 hatte Rosa Grünbaum erreicht, daß sowohl das Seminar, als auch die Kindergärten von der Stadt Mannheim unterstützt wurden. Sie selbst und ihre Schwester erhielten von der Stadt ein festes Gehalt. Damit war die materielle Not, unter der sowohl sie wie auch ihr Werk anfangs sehr litten, überwunden. Des weiteren war es den Schwestern gelungen, das Karlsruher Kultusministerium für ihre Arbeit zu interessieren, so daß sie ihren Schülerinnen nach abgeschlossener Ausbildung ein staatliches Zeugnis aushändigen konnten. Nachdem Rosa Grünbaum im Jahre 1933 die Leitung der von ihr ins Leben gerufenen Anstalt genommen worden war, übertrug ihr die israelitische Gemeinde Lehraufgaben und die Organisation der Jüdischen Winterhilfe. Beide Schwestern wurden am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Dort verstarb Viktoria. Rosa wurde am 10. August 1942 nach Auschwitz gebracht – und ist seither verschollen.

Ich will von ihr als ihre Schülerin sprechen. Vielleicht tue ich es für die, die vor mir waren, und die vielen, die nach mir kamen.

Rosa Grünbaum war meine erste Begegnung mit dem von mir gewählten Beruf, von dem ich nur eine blasse Vorstellung hatte; denn ich kam direkt von der engen Schulwelt des kleinen badischen Städtchens Hartheim nach Mannheim.

Diese kleine grazile Gestalt mit der leisen Stimme, deren seelischer Unterton uns aufhorchen ließ, wie rasch wurde sie für uns alle in der Klasse zu jener stillen, fast könnte man sagen ungewollten Autorität, die man als junger eindrucksfähiger Mensch mit aller Aufgeschlossenheit wahrnimmt. Sie gehörte zu jenen seltenen Er-

ziehern, die einfach durch ihr Dasein und Sosein wirkte und uns gar nicht zu sagen brauchte, »wie man's macht«. Ich erlebte sie mitten unter den Kindern im Kindergarten, und ich erlebte sie als Lehrerin im Seminar. Wer liebte sie nicht? Wenn sie unter den Kindern stand, und war ihre Schar noch so überlebhaft, so entstand sofort ein Horchen, Aufhorchen und Gehorchen. Ich hörte sie nie ihre Stimme erheben; aber wir spürten in ihrer Haltung, daß das Interesse des Kindes ihr tiefstes Anliegen war.

Und wenn sie vor uns Schülerinnen auf dem Katheder saß, so erlebten wir das Stoffliche in einer unsagbar eindrucksvollen, konturenstarken Weise, daß es in uns blieb, nicht als Lehrstoff, sondern in die Persönlichkeit einging. Wir Schülerinnen wußten uns damals nie zu deuten, aus welcher Quelle ihre selbstverständliche Autorität kam, die sie wohl nie bewußt benützte.

Und wenn wir später, als wir schon in »Amt und Würden« waren, Menschen aus dem ehemaligen Lehrerkollegium von ihr sprechen hörten, dann geschah es unter dem gleichen Fluidum dieser anerkannten und begnadeten Erzieherpersönlichkeit.

Es war wohl eine diesem Seminar eigene Erscheinung, daß ein großer Teil des praktischen Lehrer-Nachwuchses aus den ehemaligen Schülerinnen hervorging. Man blieb gerne in ihrem Schatten, weil sie nie überschatten wollte. Es war nur Schutz.

So ungefähr sah ich, sahen wohl viele Jahrgänge von Schülerinnen diese einzigartige Pädagogin, die auch später meine berufliche Entwicklung über die Jugendleiterin hinaus als Fürsorgerin mitbestimmte.

Das Gründungsjahr des Fröbelseminars ist mir nicht mehr gegenwärtig. Ich weiß nur, daß ich es von 1912 bis 1914 besuchte, daß es aus einem anfänglich bescheidenen Kindergarten, den die beiden Schwestern Rosa Grünbaum als die Führende und Dora Grünbaum als ihre treue Helferin gründeten, entstanden ist.

Es wurde in wenigen Jahren über Mannheim hinaus als eines der besten Seminare bekannt und wurde später als »Städtisches Fröbelseminar« von der Stadt Mannheim übernommen, mit Rosa Grünbaum als Leiterin und dem ganzen inzwischen gewachsenen Lehrkörper. Das Mannheimer Seminar war damals die drittgrößte Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen in Deutschland.

Unter Hitler wurde die Gründerin und Schöpferin des Seminars mit allen jüdischen Mitarbeitern und Dozenten im Jahre 1933 entlassen.

Im Jahre 1940 wurden Rosa und Dora Grünbaum zusammen mit den badischen und pfälzischen Juden nach Gurs verschickt. Dora Grünbaum starb im Konzentrationslager Gurs. Rosa Grünbaum wurde nach Auschwitz verschickt und fand dort den Tod in Hitlers Gaskammern.

Ein grausiges Schicksal hat einen unersetzlichen Menschen mitten in voller Schaffenskraft vernichtet. Der Erziehergeneration, die durch ihre Hände ging, bleibt sie ein Vorbild.

Mia Neter, Tel Aviv, 1960

Nr. 86
»Professor Dr. Julius Moses [1869–1945] zum Gedenken« – verfaßt von Mia Neter im Dezember 1960 (Stadtarchiv Mannheim D 9 – 5 M)

Professor Moses wirkte von 1896 bis 1934 als Arzt in Mannheim. Von 1921 bis 1933 leitete er die Beratungsstelle für schwererziehbare Kinder des Fürsorgeamts Mannheim und hielt Vorlesungen an der Handelshochschule und am Kindergärtnerinnenseminar. Vom 4. Oktober 1923 bis 31. März 1934 amtierte er als Vorsitzender des Synagogenrats der Israelitischen Gemeinde Mannheim; dann verließ er Mannheim und siedelte nach Palästina über.

Wann ich Prof. Moses zum erstenmal begegnet bin, ich weiß das Datum nicht, weiß nur, daß es im Zusammenhang mit meiner Arbeit, mit Fragen der Fürsorge war.
Und der Inhalt dieser ersten Begegnung, der unzählige folgten, mag charakteristisch sein für den Ablauf dieses Lebens überhaupt, das im Jahre 1869 in einem kleinen Pfälzer Städtchen als Sohn eines Lehrers begann und im Jahre 1945 in Israel seinen Abschluß fand. Dies war es, was seinem Leben Richtung gab: Neben allem fachlich-beruflichen Interesse, neben seiner forschenden Arbeit als Arzt stand für ihn vor allem der Mensch – eben nicht nur als Arzt –, dem er sich nie versagte.
Es ist nicht von ungefähr, daß er seine Praxis im Jungbuschviertel aufschlug und nie in der Gegend der Wohlhabenden tätig war. Dort fanden ihn die, die sich nicht selber helfen konnten, und die, die auch nicht nur als Arzt seinen Rat suchten. Und dies führte ihn ganz natürlich in die Probleme der Fürsorge für Menschen hinein, der er sich verschrieben hatte mit all seiner Kraft und seinem Können, seiner Geduld und seinem klaren Blick. Er kannte die Sprache des Volkes, und das Volk fand ihn, zu dem der Weg des einfachen Menschen selbstverständlich wurde.
Sein Interesse galt vor allem der Forschung und Hilfe für das schutzbedürftige, das psychopathische, das schwer erziehbare Kind. Als bekannter Fachmann dieses Gebiets leitete er die Städt. Beratungsstelle für Schwererziehbare und Psychopathen des Städt. Jugendamts Mannheim, und diese Arbeit führte mich zum erstenmal mit ihm zusammen. Er war Dozent an der Mannheimer Handelshochschule und am Städt. Seminar für Kindergärtnerinnen. In enger Zusammenarbeit mit dem damaligen Stadtschulrat Sickinger gehörte er mit zu den Schöpfern des zu einem Fachbegriff gewordenen »Mannheimer Schulsystems«. Von seiner Persönlichkeit gingen dazu entscheidende Anregungen aus. Dies war der fachliche Teil, der sein Leben ausfüllte.
Aber daneben und mit der gleichen Hingabe vollzog sich sein Dienst an seiner engeren Gemeinschaft als Jude. Tief und sehr bewußt im Jüdischen wurzelnd, aus einer sehr ernsten Synthese von Sorge und Gläubigkeit allem gegenüber, was Judentum und Judesein für ihn bedeutete, fand Prof. Moses sehr früh den Weg zu verantwortlicher Arbeit in der jüdischen Öffentlichkeit und zugleich zur zionistischen Antwort auf sein Judesein. Wir sehen ihn im kleinen Kreis der ersten deutschen Zionisten, im persönlichen Kreis Herzls, des Begründers des Zionismus.
Seine Führerqualitäten erkennend, übertrug man ihm den Vorsitz der jüdischen

Gemeinde Mannheim, wählte ihn in den Oberrat der Bad. Israeliten. Man übertrug diese Ämter dem Zionisten Prof. Moses, weil man von ihm Verjüngung und jüdische Belebung erwartete. So schuf er in planmäßigem Aufbau einen Gemeindeapparat, der ausgerichtet war auf das, was sich schon in den ersten Jahren seiner Führung an bedrohlicher Entwicklung schon vor dem »Umbruch« abzeichnete. Der allgemeinen Entwicklung weit vorauseilend, schuf er im Jahre 1926 das Jüdische Wohlfahrts-Jugendamt, das die weitverzweigten Wohlfahrtsorganisationen der Gemeinde zu vereinigen hatte, und dessen Leitung er mir übergab. Er gab allen jugendbildnerischen Fragen breiten Raum, machte die Gemeinde zu einer Keimzelle für eine jüdische Berufsumschichtung, den Notwendigkeiten einer späteren Entwicklung tätig begegnend.

Als im Jahre 1933 die Hitler-Diktatur in erster Linie auf die Juden und die jüdischen Gemeinden niederfiel, da fühlte sich unsere Gemeinde nicht hoffnungslos preisgegeben, denn ihre Führung durch Prof. Moses war intakt; er stand mit festem Herzen in dieser völlig unsicher gewordenen Welt. Mit seinem Bereitsein in Würde, Klarheit und Güte fühlten die damaligen verantwortlichen Mitarbeiter der Gemeinde ihre Kräfte wachsen für eine Aufgabe, wie sie vordem nie gestellt und völlig unüberschaubar war. In einer durch ihn seelisch vorbereiteten Gemeinsamkeit ohnegleichen entstanden dann alle jene Hilfsorganisationen der Gemeinde, die dem schutzlos gewordenen Einzelnen Weg und Ausweg zu zeigen hatten in der Wirrnis seiner Lage. Der plötzlich gewachsene Kreis seiner Mitarbeiter fand in seinem erfahrenen Rat Stütze und Mut.

Mit dem Weggang von Prof. Moses nach Israel [46] (damals noch Palästina) schloß ein Kapitel jüdischer Geschichte, das immer mit seinem Namen verbunden bleiben wird.

Folgerichtig setzte sich das drüben begonnene Werk in Israel fort. Half er dort den Gehenden, empfing er hier die Kommenden, jene Menschen, die nach dem, was sie mitgemacht hatten, nach ihren schweren Erfahrungen, Auge in Auge mit einem neuen, harten Leben standen. Und es war fast keine Unterbrechung in seinem Wirken zwischen hier und dort.

Die persönliche Einordnung zurückstellend, stand Prof. Moses wieder mitten in den Problemen des Aufbaus und der Fürsorge für die Einwandernden. Mit einer Aufgeschlossenheit ohnegleichen hat er die Nöte und Sorgen der Kommenden zu seinen eigenen gemacht, erkannte, wo einzusetzen war, um dem Strom derer, die hilflos ankamen, den Weg in ein völlig unbekanntes Leben zu erleichtern und zu bahnen.

Unter seinem Vorsitz entwickelte sich die erste Fürsorgestelle für die Einwandernden im Lande in Tel Aviv und wurde unter den schwierigsten organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen zur führenden Fürsorgestelle für den immer stärker werdenden Strom der Ankommenden.

---

[46] Julius Moses war einer der ersten und bedeutendsten Mannheimer Zionisten der »älteren Generation«. Zu den frühen, leitenden Mannheimer Zionisten siehe die aufschlußreichen Ausführungen bei Rahel Straus, Wir lebten in Deutschland, Erinnerungen einer deutschen Jüdin, Stuttgart, ²1962, S. 99 f.

Und der Arzt Prof. Moses wurde auch hier der Gutachter für alle schwierigen Erziehungsfälle, die beim einwandernden Kind auftauchten.
Was aber dieser »offiziellen Tätigkeit« ebenbürtig an die Seite zu stellen war, das war sein beispielloses Bereitsein für jeden einzelnen Menschen, der seines Rates und seiner Hilfe bedurfte. Für alle, die ihn von drüben kannten, war der erste Weg zu ihm ein selbstverständlicher, und jeden einzelnen beschenkte er in diesem gejagten Dasein mit dem Gefühl, als sei seine Zeit ungemessen. In einem ausgesprochenen Sinn für Maß und Größenverhältnisse und in unverletzlicher Liebe zu der Schönheit und den Wachstumsschwierigkeiten unseres Landes wußte er das Mögliche zurechtzurücken und ihm im Schicksal des einzelnen Richtung zu geben. So fanden wir Prof. Dr. Moses trotz seiner vorgerückten Jahre wieder jung sein mit dem Aufbau unseres Landes, mit seiner Sprache, die für ihn ein tiefes Bekenntnis zum Jude-sein war und in der er sich bald bewegte wie in einer neuen, eigenen Welt.
Das Schicksal wollte es, daß er die Gründung des jüdischen Staates nicht mehr erlebte. Er hätte dies wohl als die Krönung seines Lebens empfunden.
Aber es kann keine bessere Bestätigung einer Lebensarbeit geben, als daß ihre einzelnen Teile nichts von ihrem Wert an den unerbittlichen Ablauf der Zeit abgegeben haben.

7. AUSWANDERUNG

Die Auswanderung war für die Juden lebensnotwendig. Unmittelbar nach 1933 stand Palästina im Mittelpunkt des Interesses. Die deutschen Behörden erlaubten bis ins Jahr 1940 den Juden, das Land zu verlassen.
Das Beispiel aus dem Jahr 1941 zeigt einen im Krieg noch benutzbaren Weg, aus Deutschland herauszukommen; es zeigt aber gleichzeitig auch, wie unsicher die Möglichkeiten waren, das Reich zu verlassen. Im vorliegenden Fall gelang es Gentil allerdings noch, diesem begüterten Klienten – der Schriftverkehr umfaßt ca. 4000 Blatt – und seiner in Gurs internierten Ehefrau die Ausreise zu ermöglichen. Offiziell wurde die Auswanderung von Juden aus Frankreich »im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage« im Juni 1941 verboten (Sauer II, Nr. 371). (Siehe auch Band I, S. 98 ff. und Sauer II, S. 95 ff. sowie Schicksale, S. 118 ff.)

Nr. 87
Israelitisches Gemeindeblatt 22. Juni 1932

Als Jude staatenlos

Der bekannte französische Politiker Leon Blum hat einmal gesagt: »Ein Mensch ohne Papiere ist kein Mensch.« Dieses, leider allzu wahre Wort enthüllt seine Tragik in vollem Umfange an der Ahasver-Figur des staatenlosen Juden. Diese Leute haben zumeist weiter nichts verbrochen, als daß sie schuldlose Opfer des Weltkrieges sind und an dessen Folgen jetzt noch zu leiden haben. Als Folge des Weltkrieges sind neue Staaten buchstäblich aus der Erde gewachsen. Sehr oft haben Juden,

die nach dem Westen emigriert waren, nicht mehr die Möglichkeit oder den Willen gehabt, in Verhältnisse zurückzukehren, deren Bestand in der ersten Zeit wenigstens, gegenüber der scheinbar gesicherten Existenz im Westen recht zweifelhaft erschien. Es sei an den bekannten Aufruf Ludendorffs »An meine lieben Jidden in Paulen« erinnert [47]; aufgrund seiner Zusage sind viele Tausend Juden nach Deutschland gekommen, mit mehr oder weniger Gewalt, die dann dort blieben und – staatenlos wurden. Die Zahl der Staatenlosen insgesamt ist etwa 30 000, davon kommen auf Deutschland als das Durchgangsland etwa 10 000. Das Schicksal des Staatenlosen ist eine Tragödie. Er wandert ruhelos, kein Konsulat schützt ihn, keine Behörde hat für ihn Sympathie, hat er ein Land verlassen, dann ist Rückkehr so gut wie unmöglich. Er ist, besonders als Jude, ein Mensch vierter Klasse ... Daß aus der Zahl der Staatenlosen infolge ihrer Verzweiflung und Aussichtslosigkeit politische Mörder und Verbrecher hervorgegangen sind, ist nur zu leicht zu verstehen ...

Die Symphonie des Leides und der Not spricht tagtäglich aus dem Unglück der Staatenlosen, das mit besonderer Schwere den staatenlosen Juden bedrückt. Zum Glück haben wir hier in Mannheim das Wohlfahrtsamt der Gemeinde und die Wandererfürsorge, die Hilfe zu bringen versuchen, bevor es zu spät ist.

Dr. Otto Simon

Israelitisches Gemeindeblatt 30. Juli 1934

Mannheimer in Erez Israel

Wer in dieses Land einwandert, muß sich vergegenwärtigen, daß »A l i j a« nicht allein den Fachausdruck für die Einwanderung nach Palästina darstellt, sondern auch »Hinaufsteigen« im eigentlichen und übertragenen Sinne bedeutet. Die Einwanderer sind die Olim, die Hinaufsteigenden. Es liegt in diesem sprachlichen Gebrauch mehr als eine äußerliche linguistische Tatsache, er birgt in sich eine Verpflichtung, der sich der Zuwandernde in jedem Augenblick bewußt bleiben muß. Das »Hinaufsteigen« ist für gar wenige der Neueinwanderer, besonders der jetzigen deutschen Olim, ein w i r t s c h a f t l i c h e r Aufstieg. Letzterer kann erst in langsamem Vorwärtsdringen genommen werden, wenn auch der jetzige Einwanderungsstrom, wie es auch sicher bei der vorigen, der vierten Alija, der Fall war, manche Glücksritter mit sich schwemmt, Beherrscher und Nutznießer der vielfältigen Konjunkturen, die ein im Aufbau begriffenes Kolonialland offen und verborgen bietet. Man kann in einem solchen Land, besonders bei der gegenwärtigen »Prosperity« Bedürfnisse und damit Konjunkturen künstlich erzeugen. Es lag die geringe Zeitspanne von knapp einem halben Jahr zwischen meinem vorigen Aufenthalt in Tel Aviv und meiner jetzigen Ankunft: während dieser Zeit sind nicht

[47] Es handelt sich um einen von der Obersten Heeresleitung im Winter 1914/15 erlassenen Aufruf, der den Juden gleiche staatsbürgerliche Rechte verhieß und sie an ihre »heilige Pflicht« gemahnte, an der Befreiung von den Russen mitzuarbeiten. Dieser Aufruf führte in Polen zu schweren Judenmißhandlungen, vor denen viele nach Deutschland flohen. Andere wurden, zum Teil zwangsweise, als Arbeitskräfte nach Deutschland verpflichtet.

nur neue Wohnviertel in einem sonst wohl nirgends gekannten Ausmaße entstanden, moderne Kaufläden – das erste Warenhaus ist vor einigen Tagen hier eröffnet worden –, Gast- und Vergnügungsstätten stehen da wie aus dem Dünensand gestampft; um den Mugrabi, die Oper, herum – wie in Berlin rings um die Gedächtniskirche – und am Strand gruppierten sich die Cafés, Kinos, Hotels usw., in denen sich auch die verwöhntesten Berliner, die diesen »Lokalen« das Gepräge geben, nicht langweilen dürften. Man täte indes den Juden aus dem übrigen Deutschland Unrecht, wenn man nur die Berliner als Gründer und Genießer solcher Gelegenheiten bezeichnen wollte. Ich war neulich unfreiwillig Zeuge eines Gespräches, das ein Sprößling unserer Mannheimer Gemeinde mit einem Freunde führte, dem er den feinstausgeklügelten Plan zur Errichtung einer Tanzdiele in großem Stile mit Bar usw. hier in der jüdischen Stadt Tel Aviv entwickelte. Das ist auch ein »Aufsteigen«, aber in anderem Sinne als der unserer traditionellen Verpflichtung diesem Lande gegenüber. Aber mag für den nur auf die Oberfläche blickenden Zuschauer in Tel Aviv, dieser europäisierten Stadt, in der man alle kulinarischen und geselligen, aber auch, wenn man der hebräischen Sprache kundig ist – die deutschen Olim sind übrigens die eifrigsten Studierenden der Sprache –, alle geistigen und kulturellen Bedürfnisse eines modernen Großstädters befriedigen kann, nichts von dem Drang nach innerem Aufstieg sichtbar sein, für den, der sich in enge Fühlung setzt mit dem werktätigen Teil der Bevölkerung, insbesondere mit der schwer unter der Glut der morgenländischen Sonne arbeitenden Jugend, offenbaren sich reichliche Ansätze zum inneren Aufstieg, zum Ringen um die Erhebung und Erhöhung des inneren Menschen. In Jerusalem und in Haifa, den Städten, die wegen ihrer landschaftlichen Lage ein ständiges »Aufsteigen« im physischen Sinne verlangen, fehlt es auch nicht an Konjunkturrittertum, aber das Eingeschlossensein in eine nichtjüdische Umwelt läßt dort die Verpflichtung zum Neugestalten der jüdischen Persönlichkeit viel stärker empfinden. Im ganzen darf man sagen, daß mit geringen Ausnahmen, die sehr bald auffallen, die deutsche Alija von einer gesunden Einstellung zu der neuen Umgebung und zu den neuen Aufgaben erfüllt ist. Das wahre Chaluztum, den Willen zu einer Erneuerung des eigenen Lebens durch die Verbundenheit mit der Arbeit und mit dem Boden, finden wir in den landwirtschaftlichen Siedlungen. Zu ihnen muß man sich von Zeit zu Zeit flüchten, wenn man in der Stadt »europamüde« wird. Man steht jedesmal vor einem großen W u n d e r; was jüdische Hände hier geleistet haben und noch leisten, gehört zu den größten Aufbauwerken der Menschheitsgeschichte.

In dieses Land, voller Ungleichheiten und Unfertigkeiten, in dieses Leben voller Widersprüche (aber Land und Leute zusammengehalten durch einen eisernen Willen zum nationalen Eigenleben) sind jetzt schon viele Menschen aus unserer M a n n h e i m e r Gemeinde eingebettet; ich habe wohl die meisten von ihnen gesehen; nach denen, die ich nicht persönlich sehen konnte, habe ich mich erkundigt. Ich habe oben von einem unerfreulichen Erlebnis mit einem Mannheimer berichtet; das ist eine Ausnahme, die nur die Regel bestätigen soll. Wir haben von dem Aufbauwillen und der Einfügung unsrer Mannheimer in Stadt und Land den vorzüglichsten Eindruck bekommen. Wir Mannheimer sind doch durch eine gute Schule

gegangen. Nicht, als ob alle, die aus Mannheim hierher kamen, überzeugte Zionisten in Deutschland gewesen seien, aber alle, besonders aber die Jungen, haben des guten jüdischen Geistes, der die Mannheimer Kehillah beseelt, mehr als einen Hauch verspürt. Es hat sich in unserer Heimatgemeinde seit Jahren eine innere Revolutionierung der jüdischen Weltanschauung und eine Verinnerlichung des jüdischen Lebens vollzogen, gewiß nicht ohne Widerspruch der Ewig-Gestrigen, aber doch getragen von der breiten Masse unserer jüdischen Bevölkerung. Die Früchte dieser lebendigen Bewegung genießen wir hier im Lande. Bei den Älteren fällt mir vor allem auf der Drang nach einer Gestaltung des religiösen Lebens, wie es sich in Mannheim während der letzten Zeit entwickelte. Die Jüngeren aber haben aus dem Mutterboden ihrer Gemeinde die Kraft gesogen, in schwerster Arbeit unter größten Verzichten dieses Land zum Wohle und zum Ruhme des jüdischen Volkes aufbauen zu helfen. Ich habe viele gesehen und gesprochen von diesen jugendlichen Pionieren: Mancher von ihnen hatte die Bürgschaft für seine Bewährung schon in seinem Tornister mit hierher gebracht; andere sah man von Mannheim aus nur mit gemischten Gefühlen nach Erez ziehen; aber sie haben alle Befürchtungen zunichte gemacht. Es gewährt dem früheren Vorsitzenden der Gemeinde große Freude, die schwielige Hand eines Chaluz von dem Giwat Brenner zu drücken oder in das gebräunte Gesicht eines Mädchens von der Hühnerfarm zu blicken, den armen gedemütigten ostjüdischen Jüngling aus der Unterstadt stolz auf dem Wagen mit seinen Pferden fahren und den ehemaligen eleganten Buchhalter halbbekleidet auf dem Bau arbeiten zu sehen. Ich glaube, wir Mannheimer werden bei aller Anpassung an das Land und sein Leben uns allmählich hier zu einer Gemeinschaft zusammenfinden, treu und dankbar dessen gedenkend, was uns die Gemeinde geschenkt hat. Und die Namen von z w e i Menschen aus der Mannheimer Gemeinde höre ich immer wieder nennen von den Mannheimern in Erez Israel; den Namen eines Mannes, der in Gemeinschaft mit seinen Mitarbeitern allen so unendlich viel mitgegeben hat auf den schweren Weg und der geistig und ideell diese Mannheimer Gemeinschaft auf heiligem Boden zusammenhält und den Namen von Frau M i a N e t e r, deren gütiges Verstehen und unermüdliches Bereitstehen zur Hilfe vielen erst ermöglicht hat, das Land der Väter zu ihrem eignen zu machen.

Tel Aviv, 25. Juni 1934. Dr. Moses

Nr. 88

Hakenkreuzbanner 27. September 1933

Aus unserer schwarzen Mappe

Es geht wieder einer! Wie wir erfahren, wird die herrschaftliche Wohnungseinrichtung in der Villa in L 7, 8, die dem jüdischen Arzt R. Gumperz (Hals und Nasen) gehört, meistbietend versteigert. Die Villa ist »günstig« zu verkaufen oder zu vermieten. Der Jude selbst wandert traditionsgemäß weiter, da er anscheinend eingesehen hat, daß die glückliche Zeit der kapitalen Schröpfung am deutschen Volkskörper vorbei ist. Wie wir weiterhin hören, will er jetzt Palästina heimsuchen, woselbst er Muße und Gelegenheit haben wird, an der Klagemauer von Jerusalem seinem verlorenen Rebbach nachzuweinen. »Glückliche Reise«!

Nr. 89

Eingabe des Kurt Dublon, Mannheim-Waldhof, an das Utenriksdepartementet Oslo vom 22. Oktober 1935 (übersandt von der Königlich Norwegischen Botschaft, Bonn)

Hiermit erlaube ich mir, Ihnen wegen einer Sache zu schreiben, in welcher Sie mir äußerst behilflich sein könnten. Der Weg zu Ihnen ist mir selbst von einem Norweger empfohlen worden, mit dem Hinweis, bei Ihnen Gehör zu finden.
Ich bin deutscher Jude und am 31. 7. 1914 geboren. Ostern 1934 bestand ich in Mannheim mein Abiturientenexamen und arbeitete dann als Maurer. Denn ich bin Zionist und habe mich entschlossen, als Arbeiter nach Palästina auszuwandern. Doch mußte ich nach einem Jahr meine Handwerkerausbildung aufgeben als Jude und bin bis jetzt ohne Arbeit geblieben.
Vor einigen Monaten machte ich eine Reise durch Norwegen, und wurde daselbst in dem Eindruck bestärkt, bei Ihnen eine vorzügliche Zimmermanns- und Maurerausbildung zu erlernen. Doch mußte ich zu meinem Leidwesen erfahren, daß Ausländer bei Ihnen keine Arbeit bekommen können, oder sie müßten eine Arbeitserlaubnis besitzen.
Ich kam wieder zurück nach Deutschland und bekam hier als Jude keine Arbeit, und gleichzeitig erlebte ich die Tragikomik, als Deutscher bei Ihnen nicht arbeiten zu können.
So wie es mir geht, geht es ähnlich einem Freund, und deshalb schreibe ich Ihnen mit der Bitte, mir und diesem Freunde eine Arbeitserlaubnis zu besorgen. Wir wollen nur arbeiten, um uns auszubilden, und nichts verdienen. Nur hätten wir den Wunsch, bei einem Meister arbeiten zu können, wo wir gleichzeitig Kost und Logis haben. Denn die Devisenverordnungen erlauben es nicht, Geld aus Deutschland herauszubekommen, und so würden wir es versuchen, mit unserer Hände Arbeit diese Kost und Logis zu bezahlen.
Ich arbeitete ein Jahr und mein Freund drei Jahre als Zimmermann. Unsere Lage ist sehr schwierig, sonst würde ich nicht an Sie schreiben. Helfen Sie uns deshalb, damit wir in Norwegen eine gute Ausbildung bekommen, um danach als gute Arbeiter nach Palästina gehen zu können.

Nr. 90

a) Gesuch des Kaufmanns L. O., Mannheim, an den Reichsinnenminister vom 24. Oktober 1935 durch Rechtsanwalt Joseph Gentil – betr.: Auswanderungsgenehmigung nach Österreich (Stadtarchiv Mannheim 18/65–96)

Ich lege Vollmacht für den Gesuchsteller L. O. vor, der die Absicht hat, mit seiner Frau M. und seiner Tochter L. so bald als möglich nach Österreich auszuwandern, weil er in Mannheim nicht mehr die Möglichkeit hat, sich zu ernähren, weil er fer-

ner völlig vermögenslos ist und weil sein in Salzburg wohnender Sohn sich erboten hat, dort für ihn, seine Frau und Tochter zu sorgen. Das Finanzamt Mannheim-Stadt hat auf meinen Antrag hin die in Urschrift beiliegende Unbedenklichkeitsbescheinigung vom 21. Oktober lfd. Js. ausgestellt.
Zur Begründung des Gesuches habe ich dem Finanzamt Mannheim-Stadt folgendes vorgetragen, das ich mit kleinen Ergänzungen heute wiederhole:
»Der Gesuchsteller L. O. ist geboren am 27. Dezember 1871 in Mannheim. Er hat hier das seit mehreren Jahrzehnten unter der Firma L. O. bestehende väterliche Geschäft übernommen und fortgeführt. Er ist verheiratet mit M. geb. D., geboren am 28. April 1883. Aus der Ehe sind vier Kinder hervorgegangen.
[Es folgt Liste]
Da die Kinder bisher erheblich zur Bestreitung des gemeinschaftlichen Familienhaushaltes beigetragen haben, aber nunmehr selbst ihre Existenz in Deutschland verlieren und auswandern, fällt für den Gesuchsteller L. O. und seine Frau eine weitere Einnahmequelle weg. Ebenso hören die Einnahmen aus Untervermietung auf, da die bisherige Untermieterin Frl. N. K., die seit Jahren bei O. wohnte, und monatlich 35,– RM Miete bezahlte, seit 1. Juni 1935 bei der Firma T. Warenhaus in Ludwigshafen entlassen worden ist, so daß sie genötigt war, das Untermietsverhältnis am 31. August lfd. Js. zu beenden und vorerst besuchsweise nach Berlin überzusiedeln.
Schwierigkeiten für den Gesuchsteller ergeben sich nunmehr auch daraus, daß er im Hause L 14. 1 eine Wohnung mietweise innehat, die monatlich 130,– RM Miete kostet und an welche der Gesuchsteller bis zum 1. April 1936 vertraglich gebunden ist. Eigentümer des Hauses sind die Baumeister G. P. Erben, zur Zeit vertreten durch den Hausverwalter Architekt N. Der Gesuchsteller hat diesem gegenüber die Wohnung fürsorglich auf 31. Dezember 1935 gekündigt. Der Hausverwalter hat die Kündigung unter der Bedingung angenommen, daß es ihm gelingt, auf diesen Tag einen neuen Mieter zu finden, andernfalls müßte er die Wohnung bis zum 1. April 1936 bezahlen.
Der Gesuchsteller O. und seine Ehefrau sind vollständig vermögenslos. Ihre Wohnungseinrichtung gehört nicht mehr ihnen, sie ist durch die beiden anliegenden Verträge vom 15. November 1929 und 7. Dezember 1929 an Herrn M. D. in Salzburg übereignet, und zwar durch den ersten Vertrag zur Sicherung für ein Darlehen von 2000,– RM, durch den zweiten Vertrag zur Sicherung für eine Bürgschaft von 10 000,– RM, aus welcher der Bürge M. D. von der Deutschen Bank als Gläubiger für einen Betrag von etwa 5000,– RM in der Tat in Anspruch genommen worden ist. L. O. schuldet also dem genannten M. D. etwa 7000,– RM samt Zinsen, und es ist bei den heutigen Verhältnissen völlig ausgeschlossen, daß er in die Lage kommen wird, diese Schuld zu bezahlen. Aus der Sicherungsübereignung ist also ein volles Eigentum für M. D. in Salzburg geworden. Das geschäftliche Einkommen des Gesuchstellers ist, wie dem Finanzamt bekannt ist, fortgesetzt stark zurückgegangen und ist jetzt nur noch sehr gering.
Dadurch, daß den jüdischen Pferdehändlern kaum mehr die Möglichkeit gegeben wird, Pferde vom Ausland einzuführen, und da sie große Schwierigkeit haben, im

Inland Pferde zu kaufen, da auch ihre alte Kundschaft sich vollständig von jüdischen Geschäften abgewendet hat, ist die geschäftliche Tätigkeit des Gesuchstellers so gut wie vollständig erledigt und würde sicherlich binnen kurzem vollständig aufhören.«

Ich ersuche demnach um die Genehmigung zur Auswanderung der Eheleute O. und Tochter nach Österreich und um eine Anweisung an das Polizeipräsidium Mannheim, daß die Eheleute O. und Tochter die Reise nach Österreich antreten können und von der Entrichtung der Einreisegebühr von 1000,– RM befreit werden.

Die beiliegende Bescheinigung des Finanzamtes Mannheim-Stadt erbitte ich mir zurück. Die Reisepässe werden die Eheleute O. dem Polizeipräsidium Mannheim vorlegen.

Zum Schlusse bemerke ich noch, daß die fragliche Wohnung inzwischen per 30. November lfd. Js. anderweitig vermietet wurde und daß O. bis dahin endgültig die Wohnung räumen muß.

b) Bescheid des Reichs- und Preußischen Innenministers an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 29. Oktober 1935 – Nr. I 9209/24. 10 Oest. Sdbef. – betr.: Reise nach Österreich, Eingabe vom 24. Oktober d. J.

Aufgrund des § 3 des Gesetzes über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Österreich vom 29. Mai 1933 – Reichsgesetzbl. I, S. 311 – erkläre ich mich mit der Befreiung des Herrn L. O. in Mannheim und seiner Ehefrau sowie seiner Tochter L. von der Reisegebühr (§ 1 a.a.O.) für e i n e Reise ausnahmsweise einverstanden, wenn O. der zuständigen Sichtsvermerksbehörde [!] die Ernsthaftigkeit seiner Absicht, dauernd nach Österreich überzusiedeln, durch geeignete Unterlagen nachweist. Unter Abgabe dieses Schreibens ist bei der genannten Sichtsvermerksbehörde die Erteilung des Befreiungsvermerks (§ 4 der I. Durchführungsverordnung zu dem erwähnten Gesetz vom 29. Mai 1933; RGBl. I, S. 312) zu beantragen. Eine Anlage der Eingabe folgt anbei zurück.

Nr. 91
Israelitisches Gemeindeblatt 24. Januar 1936

Neue Auswanderer-Beratungsstelle des Hilfsvereins in Mannheim

Der Hilfsverein der Juden in Deutschland e. V., Berlin, das Zentralbüro für Jüdische Auswanderungsangelegenheiten, hat im ganzen Reich 13 örtliche Beratungsstellen errichtet.

Für den Bezirk Mannheim, Pfalz, Saarpfalz und Südhessen südlich der Linie Alzey, Worms, Lorsch, Bensheim, Fürth, Wahlen, Waldmichelbach, einschließlich dieser Orte, erfolgt die Auswandererberatung des Hilfsvereins durch die Zweigstelle in Mannheim, M 6, 12, die unter der Leitung von Herrn Dr. jur. Franz-Ludwig Auerbach steht.

Die Beratungsstelle des Hilfsvereins gibt über die Auswanderung nach allen Ländern, außer Palästina, Auskunft. Der gesamte Schriftwechsel in der außerpalästinensischen Auswandererberatung für den genannten Bezirk ist zu richten an den Hilfsverein der Juden in Deutschland, Zweigstelle Mannheim, Mannheim, M 6, 12.

Nr. 92

Auszug aus einem Brief der Frau F. K. an Rechtsanwalt Josef Gentil vom 12. Oktober 1937 (aus Privatbesitz Frau Gentil)

Perth Ainboy N. J., 12. Oct. 1937
213 State Street

Sehr geehrter Herr Gentil,
ein halbes Jahr ist es nun her, daß ich Ihnen in dem L-Quadrat versprach, einmal zu schreiben und heute komme [ich] erst dazu. Die Zeit vergeht hier zu rasch, manchmal kommt es mir vor, als wenn [ich] schon Jahrzehnte aus Deutschland ausgewandert wäre. Und was haben wir schon alles hier erlebt! Wir wohnten die ersten Monate in der harten Stadt New York. Ernst erlebte zwei Monate lang eine Enttäuschung nach der andern, von des morgens bis des nachts fuhr er mit der Untergrundbahn, von einer Besprechung zur andern, nichts kam dabei heraus. Seine Stimmung können Sie sich vielleicht vorstellen. Porter, so eine Art Reiniger oder Disheswasher, Geschirrspüler, das kann man stets bekommen, wird auch ganz anständig bezahlt, aber Ernst wollte Englisch lernen und eine Stelle haben. Durch Zufall erfuhren wir den Namen eines Freundes (Christ) meines lieben verstorbenen Mannes und der Herr besorgte Ernst eine Stelle als kleiner Buchhalter mit einem kleinen Salär. Acht Tage darauf – auch durch Zufall – erhielt er hier die Stelle in Perth Ainboy N. J., 3/4 Stunde von New York entfernt. Es ist dieselbe Branche wie Jos. Nöther & Co., und seit zwei Monaten wohnen wir nun zusammen mit unseren mitgebrachten Möbeln hier in dem kleinen Städtchen mit großer Industrie. 53 000 Einwohner, 5000 Juden aus Ungarn, Rußland, Polen vor so 50 Jahre zurück, Eingewanderte, auch einige deutsche Familien sollen hier wohnen, und Freitag sind wir bei einem Herrn Dr. S. eingeladen, welcher in Mannheim-Neckarau an den Kabelwerken beschäftigt war. Perth Ainboy ist so ähnlich wie Feudenheim, nicht so elegant, liegt an der Meeresbucht; hat viele kleine Villen, Holzhäuser, alles amerikanisch natürlich. Jeder hat sein Auto hier (wir natürlich nicht), der Schlosser sowie der Anstreicher, und was für Autos, fabelhaft! Als »Zerstreuung« gibts hier »Movies«, d. h. Kinos, vier Stück an der Zahl. – Wir gehen, außer Freitag, Samstag, Sonntag, in die »night school«, kostenlos wird dort Englisch gelehrt, auch accounting und Stenographie und Schreibmaschine. Auch Bücher, Bleistift, Papier, alles ist frei, und tüchtige Lehrkräfte; überhaupt kosten Schulen hier fast nichts. Heute haben wir frei, Columbus' Geburtstag ist heute. Eingewöhnt habe [ich] mich auch schon, in einem großen store (dort kaufe [ich] öfters ein) bin ich die Mrs. German und bedient werde [ich], als wenn so ein »Maharadscha« käme. Ich bin Wasch-, Bügel-, Putz-, Koch- und Nähmädchen alles in

einer Person, denn Ernst verdient noch nicht so viel, daß es ausreicht. Wohl für Wohnung und Essen langt es, aber da muß noch Gas (sehr billig hier), Elektrisch (teuer) und so manch anderes noch bezahlt sein. Wir haben eine bildschöne Wohnung (die habe ich von New York aus, fuhr öfters hierher) auch gemietet, drei Zimmer, Küche mit Frigidaire, kalt und warmes Wasser, Bad auch stets warmes Wasser, über 2 Stiegen, praktisch sowohl für Ernst – er muß zwar jeden Morgen um 1/2 6 Uhr aufstehen – als für meine Einkäufe gelegen. Nun schreibe [ich] Ihnen noch von New York, vielleicht interessiert es Sie. Der Amerikaner ist gewandt, liebenswürdig, verbindlich, falsch. Die Amerikanerin fesch, gibt sehr viel aufs Äußere, ist besser gekleidet als die Französin, geht jede Woche mindestens 1mal in den »beauty parlor«, d. h. Friseur, sie ist fleißig und verdient Geld.
In den Straßen New Yorks ist ständig ein Autorennen ohne Unterbrechung, in der subway = Untergrundbahn fahren oft fünf Züge nebeneinander, übereinander ebensoviele. Unter dem Hudson fabelhafte Autostraßen, subway fährt auch. Ein Rasen, ein Rennen, ein Jagen, Tag und Nacht, Wochen- oder Sonntage gleich. Alles rast nach dem Dollar ... Eine Unmenge Mannheimer sprachen wir in New York, so annähernd 200, und über 500 sollen allein dort sein. Sie hören alle Sprachen der Welt in der subway und sehen allerlei Menschenrassen ... Hier in Amerika ist vieles anders als in Deutschland. Man wird selbstbewußter, selbständiger und stolz. Hier in Perth Ainboy könnte ein deutscher Arzt sein Glück machen, wenn er tüchtig ist. Wissen Sie vielleicht einen Herrn? Natürlich Sprach- und Staatsexamen muß er in Amerika machen. Raten Sie bitte allen Auswanderern ab, sie sollen nach New York nicht gehen, nach Florida oder Kalifornien, hier ist alles schon zu überlaufen. Nun ist's mittlerweile spät geworden, und morgen muß auch ich 1/2 6 Uhr aufstehen! Grüßen Sie bitte unbekannterweise Ihre werte Gattin von mir und mit recht freundlichen Grüße[n] bin [ich] Ihre Frau F. K.

Nr. 93
Schreiben des Rechtsanwalts Josef Gentil an M. W. vom 21. März 1940 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–35)

Auf meinen Antrag vom 24. Februar hat mich Herr Regierungsrat Dr. Schneider vom Polizeipräsidium gebeten, bei ihm vorzusprechen. Bei dieser soeben stattgefundenen Unterredung hat er mir mitgeteilt, daß der Minister des Innern in Karlsruhe mein Gesuch abschlägig beschieden hat.
Eine Ausnahmebewilligung könnte nur im Wege des Gnadenerweises durch den Führer und Reichskanzler persönlich erfolgen. Es besteht aber ein Runderlaß des Reichsministers des Innern in Berlin vom 12. Dezember 1938, daß der Führer es grundsätzlich ablehnt, Juden in solchen Fällen eine Ausnahme zu bewilligen. Die Weitergabe an den Führer ist daher zwecklos und unterbleibt.
Wenn Ihre Tochter aber die Möglichkeit und die Absicht hat, jetzt sofort auszuwandern, so kann ihr die Auswanderung und die Einreise nach Bolivien dadurch aus besonderem Entgegenkommen ermöglicht werden, daß man ihr das deutsche

Ausreisevisum erteilt, ohne ein J in ihren Paß hineinzustempeln [48]. Diese Vergünstigung wäre aber nur möglich, wenn die Ausreise binnen ganz kurzer Zeit erfolgt. Außerdem müßte diese Vergünstigung als ein ganz besonderes Entgegenkommen streng vertraulich behandelt werden, Ihre Tochter und Sie dürften also mit niemand darüber sprechen. Wenn Ihre Tochter das Ausreisevisum braucht, so muß sie sich persönlich bei Herrn Regierungsrat Dr. Schneider auf Zimmer 44 des Polizeipräsidiums melden. Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, was Sie tun wollen.

Nr. 94

a) Aus einem Schreiben der Jüdischen Mittelstelle, Stuttgart, an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 4. Januar 1941 – betr.: E. M., früher Mannheim (Stadtarchiv Mannheim 18/65–81)

Es ist uns zwar bekannt, daß Berliner amtliche Stellen erklärt haben, die Weiterwanderung sei nicht nur möglich, sondern sogar sehr erwünscht. Abgesehen von den an und für sich bestehenden Schwierigkeiten, befürchten wir aber, daß für die [in Gurs] Internierten eine besondere Erschwerung dadurch entsteht, daß sie nicht im Besitze ihrer Pässe sind. Sie sollen zwar bei ihrem Abtransport Ausweispapiere erhalten haben, die aber u. U. von den ausländischen Konsulaten nicht als vollgültige Personalausweise angesehen werden könnten. Nachdem die Leute von den zuständigen Behörden ausdrücklich als »Ausgewiesene« bezeichnet werden, ist zu vermuten, daß sie von ihren bisherigen Heimatbehörden keine Pässe mehr ausgestellt erhalten.

b) Schreiben der Jüdischen Mittelstelle, Stuttgart, an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 17. Januar 1941 – betr.: E. M., früher Mannheim

Wir erhielten Ihre Anfrage vom 15. Januar 1941 und erwidern darauf, daß über die Ausreise-Möglichkeit von Herrn M. heute noch gar nichts gesagt werden kann, nachdem noch nicht einmal feststeht, bis zu welchem Zeitpunkt Herr M. reisebereit sein wird. Ob bis dahin die Flugverbindungen von Juden benützt werden dürfen oder nicht, kann heute keine Stelle sagen. Sicher ist, daß im Monat Februar Juden die Fluglinie nach Spanien nicht benützen dürfen. Soweit z. Z. Juden noch Flugscheine erhalten, geschieht dies aufgrund von früheren Buchungen und besonderer Genehmigung, aber nur für diesen Monat.
Im übrigen sind wir der Ansicht, daß diese Frage gar nicht so wesentlich ist, da Herr M. gegebenenfalls eben mit der Bahn reisen muß. Bekanntlich verkehren von Berlin nach Lissabon besondere Auswandererzüge in unregelmäßigen Abständen aber mehrmals im Monat. Ob Herr M. die Erlaubnis bekommt, sich in Zürich aufzuhalten, muß von dem für seinen früheren Wohnsitz zuständigen Schweizer Konsulat in Mannheim beantwortet werden. Ob eine Fluglinie Zürich–Lissabon besteht, wissen wir nicht.

[48] Siehe Band I, S. 55.

Wir möchten aber nicht versäumen, nochmals zu betonen, daß unserer Ansicht nach in erster Linie erforderlich ist, Herrn Ms. Auswanderung perfekt zu machen und bei den Behörden die nötigen Schritte einzuleiten, daß er aufgrund dieser Tatsache von der Schutzhaft verschont wird. Wir sind bereit, unsere Hilfe hierbei zur Verfügung zu stellen, falls Sie dies wünschen.

Nr. 95

Beschwerde beim Reichswirtschaftsminister in Berlin vom 10. Juli 1940 betr.: Ablehnungsbescheid des Oberfinanzpräsidenten – Devisenstelle – Ludwigshafen/Rhein vom 6. Juli 1940 betreffend Unterstützungszahlungen nach der Schweiz – Aktenzeichen der Devisenstelle Ludwigshafen, Sachgebiet I F Nr. 12392, Ludwig Israel Strauss (Stadtarchiv Mannheim 18/65–134)

Auf den Antrag, den ich als die rein deutschblütige Mutter meines in der Schweiz sich aufhaltenden minderjährigen Sohnes Herbert Israel Strauss am 5. lfd. Mts. bei dem Herrn Oberfinanzpräsidenten – Devisenstelle – Ludwigshafen/Rhein eingereicht hatte, habe ich einen Ablehnungsbescheid vom 6. lfd. Mts. erhalten, wonach meinem Antrag aufgrund der zur Zeit geltenden Bestimmungen nicht entsprochen werden könne. Gegen diesen Ablehnungsbescheid lege ich hiermit ergebenst B e s c h w e r d e ein, und bitte gemäß meinem Antrag vom 5. lfd. Mts. zu entscheiden.

Zur B e g r ü n d u n g beehre ich mich folgendes vorzutragen:

Wie ich den mündlichen Unterredungen mit den Herren Beamten der Devisenstelle entnehme, geht die Devisenstelle von der Ansicht aus, daß mein Sohn ausgewandert sei. Diese Ansicht ist nicht richtig. Mein Mann und ich haben unseren Sohn, der am 6. Juli 1922 geboren ist, im April 1937, demnach als er noch nicht 15 Jahre alt war, nach der Schweiz geschickt, um dort eine Schule zu besuchen und sich in fremden Sprachen auszubilden. Wir hatten die Absicht, ihn nach Vollendung seiner Ausbildung wieder zu uns hierher zu nehmen und später gemeinschaftlich mit ihm auszuwandern.

Im Januar 1939 wollten wir ihn nach Mannheim zurückkommen lassen, die Erlaubnis wurde uns aber hierzu von der Geheimen Staatspolizei nicht erteilt, indem man geltend machte, daß er über seinen 16ten Geburtstag hinaus in der Schweiz verblieben sei. Wenn er nach Deutschland zurückkehre, so müsse er sofort in ein Schulungslager, etwa nach Dachau, verbracht werden. Unsere Einwendungen blieben erfolglos. Da wir aber unseren Sohn nicht in ein Schulungslager verbringen lassen wollten und konnten, so mußten wir ihn notgedrungen in der Schweiz belassen. Wir würden ihn gerne auch heute noch zu uns nach Mannheim zurückkommen lassen, und, sobald das möglich ist, gemeinschaftlich mit ihm auswandern. Die Vorbereitungen zur Auswanderung sind eingeleitet, bei dem amerikanischen Konsulat in Stuttgart sind wir längst angemeldet. Wir hoffen in wenigen Monaten zur Erteilung des Visums nach Stuttgart vorgeladen zu werden.

Wenn es uns gestattet wird, unseren Sohn hierher zu uns nach Mannheim zu nehmen, und wenn nicht die Gefahr für ihn besteht, daß er in ein Schulungslager verbracht wird, so wäre unser Antrag vom 5. lfd. Mts. erledigt.
Da aber kaum Aussicht besteht, daß meinem Sohne die ungehinderte Rückkehr und Niederlassung in Deutschland genehmigt wird, und da er andererseits ohne deutsche Geldunterstützungen in der Schweiz nicht leben kann und von dort ausgewiesen wird, wenn er nicht eine laufende ausländische Geldunterstützung nachweist, so bleibt mir kein anderer Weg, für die Existenz meines Sohnes zu sorgen und ihn vor einem schlimmen Schicksal zu bewahren, als daß ich ihm aus meinem restlichen kleinen deutschen Vermögen wenigstens bis Ende dieses Jahres eine monatliche Unterstützung von RM 100.– zukommen lasse.
Ich bitte, den vorgetragenen Gründen, die mir als Mutter besonders am Herzen liegen, zu entsprechen und auf meine heutige Beschwerde hin meinem Antrag vom 5. lfd. Mts. stattzugeben.
Ich bin bereit, den Nachweis meiner rein deutschblütigen Abstammung zu erbringen, wenn dies gewünscht wird.

Nr. 96

Vertrauliches Rundschreiben des Generalstaatsanwalts Karlsruhe an die Oberstaatsanwälte in Baden vom 21. Juli 1944 – betr.: Beihilfe zur illegalen Auswanderung von Juden aus dem Reich (Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim – Generalakten Staat und Rasse, Az. 112)

In einem Einzelfall hat der Herr Reichsminister der Justiz am 13. Juli 1944 (IV g 10 e 4492/44 g) als seine Auffassung bekanntgegeben, daß Beihilfe zur illegalen Auswanderung von Juden aus dem Reich objektiv den Tatbestand der Feindbegünstigung (§ 91 b StGB) erfülle und daher mindestens die Prüfung des Sachverhalts dem Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof überlassen bleiben müsse.
Ich bitte deshalb, falls künftig derartige Ermittlungsverfahren anhängig werden, sie an den Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof abzugeben.

Nr. 97

Aus dem Rundschreiben Nr. 320 der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland an die Beratungsstellen im Reich vom 13. Juli 1939 – betr.: Bearbeitung von Auswanderungsanträgen nichtarischer Christen und Dissidenten (Stadtarchiv Mannheim 16/67–35)

Über die Bearbeitung von Auswanderungsanträgen nichtarischer Christen und Dissidenten ist mit dem Büro Pfarrer Grüber, dem St.-Raphaels-Verein und der Society of Friends eine Vereinbarung getroffen worden, die wir in Ergänzung zu

der Mitteilung über die Regelung der Aufbringung der Auswanderungskosten für diesen Personenkreis (Rundschreiben A Nr. 274 vom 13. 7. 1939) nachstehend zusammenfassend wiedergeben.

I. Grundsätzliche Zuständigkeit

Die Bearbeitung von Auswanderungsanträgen von Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes, die nicht der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören, erfolgt grundsätzlich
bei nichtarischen Katholiken durch den St.-Raphaels-Verein
bei nichtarischen Protestanten durch das Büro Pfarrer Grüber
bei nichtarischen Dissidenten durch die Society of Friends
unter Berücksichtigung folgender Sonderregelungen:

II. Sonderregelungen

1. Konfessionelle Mischehen. Bei konfessionellen Mischehen gilt ebenso wie für den Fall, daß Kinder gemeinsam mit den in einer konfessionellen Mischehe lebenden Eltern auswandern, folgendes:
a) Es kann zwischen denjenigen Organisationen gewählt werden, die konfessionell für eins der Familienmitglieder zuständig sind, mit der Maßgabe, daß die Bearbeitung dann ausschließlich durch die einmal gewählte Organisation vorgenommen wird.
b) Die Übernahme der Bearbeitung durch eine der genannten Organisationen soll erst erfolgen, nachdem durch Rückfrage bei den beiden anderen festgestellt ist, daß dort eine Bearbeitung nicht erfolgt.
c) Bei konfessionellen Mischehen soll eine Bearbeitung durch das Quäker-Büro grundsätzlich nicht in Betracht gezogen werden.

2. Rassenmischehen. Bei Rassenmischehen ist für die Bearbeitung von Auswanderungsanträgen für die ganze Familie grundsätzlich diejenige Stelle zuständig, die für den nichtarischen Ehegatten zuständig ist, es sei denn, daß ein Fall vorliegt, in dem Ziffer II. 1 a Anwendung findet.

3. Dissidenten
a) Bei Ehepaaren, bei denen beide Ehegatten Dissidenten sind, erfolgt die Bearbeitung durch das Quäker-Büro.
b) Ist ein Ehegatte katholisch, ist eine katholisch-kirchliche Trauung erfolgt und sind Kinder aus einer solchen Mischehe katholisch, erfolgt die Bearbeitung grundsätzlich durch den St.-Raphaels-Verein.
c) In allen übrigen Fällen von Mischehen mit Dissidenten gilt folgendes:
Wenn ein Ehegatte katholisch oder evangelisch ist, erfolgt die Bearbeitung (vgl. Ziffer II a) durch den St.-Raphaels-Verein, das Büro Pfarrer Grüber oder durch die Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung (Hilfsverein) nach Wahl des Antragstellers, wobei die Organisation, die die Bearbeitung übernimmt, bei den beiden anderen Organisationen durch Rückfrage festzustellen hat, ob bereits eine anderweitige Betreuung erfolgt ist.
d) Ledige volljährige Dissidenten, die allein auswandern, werden grundsätzlich

von der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung (Hilfsverein) vorberaten. Wenn besondere Umstände dies angezeigt erscheinen lassen, können diese Fälle durch die Abteilung Hilfsverein einer der drei Organisationen (Büro Pfarrer Grüber, St.-Raphaels-Verein oder Quäker-Büro) zur Bearbeitung zugewiesen werden.
e) Anträge von Mischlingen, die Dissidenten sind, werden durch das Quäker-Büro bearbeitet.

4. Allein auswandernde Kinder

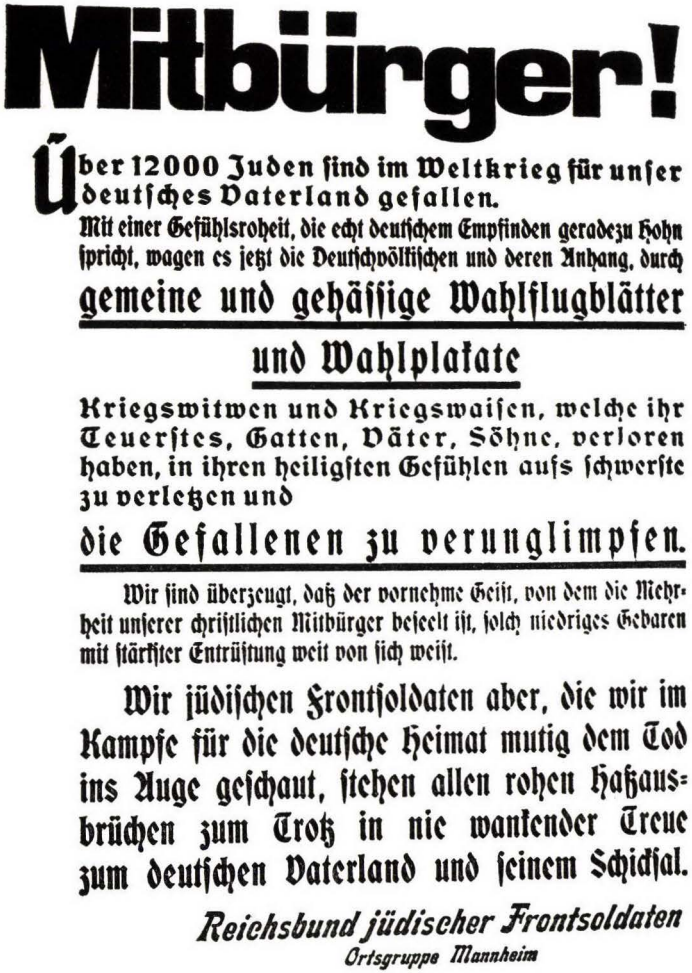
a) Für die Bearbeitung von Auswanderungsanträgen von Kindern, die ohne die Eltern auswandern, ist zuständig für evangelische Kinder das Büro Pfarrer Grüber, für katholische Kinder der St.-Raphaels-Verein, für Dissidenten die Abteilung Kinderauswanderung der Reichsvereinigung.
b) Die Durchführung von Kindertransporten erfolgt jeweils in Verbindung mit der Abteilung Kinderauswanderung der Reichsvereinigung.

III. Die antijüdische Politik

1. WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft kannte offiziell bis 1938 keinen *Arier*paragraphen. Die Beeinflussungsmöglichkeiten lagen vor allem in dem Verlangen an öffentliche Bedienstete und Parteiangehörige, jüdische Geschäfte zu meiden, in der Beeinflussung der Käufer durch die Parteipresse und in Eingriffen von Parteiorganen in den Arbeitsablauf der jüdischen Geschäfte.
Die hier vorgelegten Dokumente sollen einige Einblicke vermitteln. Die erste Gruppe bringt einige Belege zum Druck, der durch Presseverlautbarungen, die zu Pressionen aufrufen oder davon berichten, ausgeübt wurde; darüber hinaus sind einige nationalsozialistische »Dränger« zu Wort gekommen. Die Auswirkung auf die jüdischen Geschäftsleute, deren Existenzgrundlage und Lebenswerk vernichtet wurde, ist kaum irgendwo quellenmäßig faßbar. Das Nr. 107 abgedruckte Schreiben vermittelt nur einen unzureichenden Eindruck. Die zweite Gruppe von Dokumenten gibt einige Vorgänge aus dem Bereich der Stadtverwaltung wieder, die dritte Gruppe wirft einige Schlaglichter auf die Behandlung der *Arierfrage* – vor allem der Arisierung – durch die badischen Behörden. (Siehe auch Band I, S. 111 ff. und Sauer I, S. 145 ff.)





Mitbürger!

Über 12000 Juden sind im Weltkrieg für unser deutsches Vaterland gefallen.

Mit einer Gefühlsroheit, die echt deutschem Empfinden geradezu Hohn spricht, wagen es jetzt die Deutschvölkischen und deren Anhang, durch

gemeine und gehässige Wahlflugblätter

und Wahlplakate

Kriegswitwen und Kriegswaisen, welche ihr Teuerstes, Gatten, Väter, Söhne, verloren haben, in ihren heiligsten Gefühlen aufs schwerste zu verletzen und

die Gefallenen zu verunglimpfen.

Wir sind überzeugt, daß der vornehme Geist, von dem die Mehrheit unserer christlichen Mitbürger beseelt ist, solch niedriges Gebaren mit stärkster Entrüstung weit von sich weist.

Wir jüdischen Frontsoldaten aber, die wir im Kampfe für die deutsche Heimat mutig dem Tod ins Auge geschaut, stehen allen rohen Haßausbrüchen zum Trotz in nie wankender Treue zum deutschen Vaterland und seinem Schicksal.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
Ortsgruppe Mannheim

Nr. 98
Hakenkreuzbanner 16. März 1933

Volkssturm gegen Warenhäuser

Nach Abschluß der Feier im Schloßhof anläßlich der Anwesenheit des Kommissars Robert Wagner strömten die Menschenmassen in die Stadt zurück. Die SA zog geschlossen ab. Immer dichter aber wurden die Menschenknäuel in den Hauptverkehrsstraßen der Stadt.

Es ist kurz nach 5 Uhr, da meldet uns die Telefonwache der Standartenführung, daß sich in verschiedenen Warenhäusern der Stadt gewaltige zivile Demonstra-

Bekanntmachung

Wahlberechtigung zur Reichstagswahl.

1. Nach dem Gesetz über das **Reichstagswahlrecht** vom 7.3.1936 sind zum Reichstag wahlberechtigt **sämtl. deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes,** die bis zum Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach den allgemeinen Bestimmungen (Entmündigung oder Verlust der bürgerl. Ehrenrechte) vom **Wahlrecht** ausgeschlossen sind oder sofern nicht ihr Wahlrecht ruht.

2. **Nicht wahlberechtigt sind also Juden, d. h. solche Männer und Frauen die von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großelternteilen abstammen.**

3. **Ferner sind <u>nicht</u> wahlberechtigt die von 2 volljüdischen Großeltern abstammenden jüdischen Mischlinge (Männer und Frauen),**

   die am 30. 9. 1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben oder nach dem 30. 9. 1935 in sie aufgenommen sind

   oder

   die am 30. 9. 1935 mit einem Juden verheiratet waren oder sich nach dem 30. 9. 1935 mit einem Juden verheiratet haben.

4. **Sämtliche Juden,** sowie diejenigen jüdischen Mischlinge, auf die die vorgenannten Voraussetzungen zutreffen, **haben sonach der Wahlurne fernzubleiben.** Geben Sie dennoch eine Stimme ab, so setzen sie sich nach § 2 des Ges. über das **Reichstagswahlrecht schwerer Bestrafung** aus.

tionsgruppen gebildet hätten, die in Sprechchören die sofortige Schließung der Warenhäuser und der jüdischen Kaufhäuser forderten.
Standartenführer Feit begab sich sofort mit seinem Stab an Ort und Stelle, wo er sich überzeugte, daß tatsächlich die empörte nationale Bevölkerung eindringlich und unmißverständlich die Forderung nach einer Schließung der jüdischen Ramschbuden erhob. Da unter den Ansammlungen auch kommunistische und sozialdemokratische Elemente beobachtet wurden, die die Gelegenheit für günstig hielten, um hier im Trüben zu fischen, und unter dem Deckmantel einer nationalsozialistischen Aktion zu provozieren und ihre finsteren Pläne zu verwirklichen, sah sich Standartenführer Feit gezwungen, die Warenhäuser von der SA räumen zu lassen. Dies geschah denn auch ohne Zwischenfälle. Sehr viele Kaufhäuser und jüdische Firmen zogen es vor, freiwillig die eisernen Läden herunterzulassen. Nach einer halben Stunde hatte die SA unter der umsichtigen Leitung des Standartenführers Feit die Ordnung wieder hergestellt.
Ganz entschieden möchten wir den Darstellungen der Mannheimer Presse entgegentreten, als ob es sich um eine vorbereitete Aktion der SA gehandelt hätte. Wir haben es nicht nötig, durch Einzelaktionen die öffentliche Ruhe zu gefährden. Denn wir wissen, daß die Regierung die notwendigen Maßnahmen von sich aus ergreifen wird.
Im übrigen kommen wir auf die Sache noch ausführlich zurück.

Pressestelle der Standarte 171

Nr. 99
Hakenkreuzbanner 27. März 1933

Ahnungsvolle Engel . . . bei der Mannheimer Handelskammer.
Wie wir erfahren, hat, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, Herr Präsident Dr. Lenel der Handelskammer mitgeteilt, daß er sein Amt als Vorsitzender und Mitglied sowie der mit dem Vorsitz in Verbindung stehenden Ehrenstellen niedergelegt hat. Gleichzeitig haben die Herren M. Rotschild und Dr. B. Weil als Mitglieder des Vorstandes ihre Sitze und Ämter niedergelegt. Außerdem haben eine Anzahl Kammermitglieder ihren Rücktritt erklärt. Herrn Prof. Dr. Blaustein ist auf sein Ansuchen Urlaub erteilt worden.

Nr. 100
Neue Mannheimer Zeitung 1. April 1933

Aktionskomitee des Kreises
Das Städt. Nachrichtenamt teilt mit:
Leiter des Aktionskomitees ist der stellvertretende Kreisleiter, Studienrat Schmidt. Seine Mitarbeiter sind: Der Leiter des Kampfbundes für Handel und Gewerbe Pg. Behme, der Leiter des nationalsozialistischen Juristenbundes Pg. Rechtsanwalt Friedrich Ludwig Meyer, der Leiter des nationalsozialistischen Ärztebundes Pg.

Dr. Schütz, der Leiter des nationalsozialistischen Beamtenbundes Pg. Mutter, die Leiterin der Deutschen Frauenschaft, Frau Dr. Roth.
Das Aktionskomitee gibt allein die Anweisungen für die Durchführung der Boykottbewegung an die SA, SS und die Ortsgruppen. Unterorganisationen oder einzelne Parteigenossen, die auf eigene Faust örtliche Aktionen durchführen, werden wegen Disziplinlosigkeit aus der Partei ausgeschlossen. Der Aktionsausschuß erteilt folgende Anweisungen:
1. Alle Geschäfte, die ganz oder zum Teil in jüdischen Händen sind, oder ganz oder zum Teil mit jüdischem Geld betrieben werden, sind gekennzeichnet durch schwarze Plakate mit gelbem Aufdruck »Jüdisches Unternehmen«. Die Inhaber dieser Firmen tragen die volle Verantwortung dafür, daß diese Plakate an sichtbaren Stellen bis zum Abbruch des Boykotts angebracht sind.
2. Vor den Eingängen jüdischer Geschäfte nehmen SA und uniformierte Amtswalter, mit Plakaten ausgerüstet, Aufstellung. Ihre Aufgabe ist, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß das von ihnen überwachte Geschäft jüdisch ist. Den Wachen ist verboten, tätlich vorzugehen und die Geschäfte zu schließen.
3. Jüdische Ärzte und jüdische Rechtsanwälte führen an ihren Büros ebenfalls schwarze Plakate mit dem Aufdruck »Jüdisches Unternehmen«.
4. Deutsche Geschäfte bringen an ihren Schaufenstern an sichtbarer Stelle rote Plakate mit der Aufschrift »Kaufe hier im deutschen Geschäft« an. Deutsche Geschäfte, die das Aufhängen von Plakaten ablehnen, gelten als jüdische Geschäfte.
5. Wer Plakate abreißt oder beschädigt, wird verhaftet.
6. Nationalsozialisten oder deren Angehörige, die jüdische Unternehmen betreten, werden sofort aus der NSDAP ausgeschlossen und im Hakenkreuzbanner veröffentlicht.
7. Firmen, bei denen Zweifel bestehen, ob sie jüdisch sind, fallen vorläufig nicht unter den Boykott. Das Aktionskomitee untersucht und entscheidet darüber.
8. An die Bevölkerung ergeht die Aufforderung, dem Aktionskomitee M 1, 2 a zu melden: a) jüdische Firmen, die durch uns noch nicht überwacht sind;
b) jüdische Geschäfte, die unsere Anordnungen zu sabotieren versuchen.
9. Ausländische Firmen und Niederlassungen, z. B. Woolworth (nicht zu verwechseln mit der jüdischen Firma Wohlwert), sind aus außenpolitischen Gründen nicht zu belästigen.
10. Die Aktion geht ausschließlich gegen die deutschen Juden. Nichtjüdische Geschäfte, Konsumvereine usw. dürfen nicht boykottiert werden.
11. Deutsche Geschäftsinhaber und deutsche Volksgenossen werden aufgefordert, durch Spenden an unsere Sammler oder auf unser Postscheckkonto Nr. 11 059 NSDAP-Ludwigshafen unsere Boykott-Aktion zu unterstützen.
12. Rückfragen bei zu unrecht erfolgter Bezeichnung als jüdische Geschäfte sind zu richten an das Aktions-Komitee M 1, 2 a.

Nr. 101
Hakenkreuzbanner 27. September 1933

Aus unserer schwarzen Mappe

Die Zeichen der Zeit hat die Frau des städt. Oberverwaltungs-Inspektors Ferd. Brentano, Meerwiesenstr. 52, auch noch nicht verstanden! Es ist zu erwarten, daß die Gattin eines Mannes, der im städt. Verwaltungskörper sitzt, nicht in jüdischen Geschäften kauft, sondern ihr Geld bei ihrer Bedarfseindeckung dahin trägt, woher es ihr Mann auch verdient – in deutsche Geschäfte!

Nr. 102
Hakenkreuzbanner 24. Februar 1934

Die Kreisbetriebszellenleitung zum Fall Alsberg [1]

Die Ortsgruppenleitung der NSBO hatte mit dem Juden Alsberg schon lange einen erbitterten Kampf auszufechten. Der Jude glaubte, durch ergangene Verordnungen nunmehr wieder seine alten Frechheiten und Unverschämtheiten weiter treiben zu können. Er besaß sogar die Unverschämtheit, dem Betriebszellenobmann und 1. Betriebsvorsitzenden zu kündigen, obwohl hierzu gar keine gesetzliche Handhabe vorhanden ist. Er drangsalierte und bekämpfte die Betriebszellen der NSBO dermaßen, zeigte sich seinen Angestellten gegenüber so unverschämt und unsozial, daß sich die Kreisbetriebszellenabteilung (NSBO) nunmehr genötig sah, beim Polizeipräsidium den Antrag zu stellen, den Juden in Schutzhaft zu nehmen. Die Kreisbetriebszellenabteilung (NSBO) hofft, durch diesen Fall andere unsoziale Arbeitgeber darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß sie nicht gewillt ist, ihre Aufbauarbeiten durch derartige Subjekte stören zu lassen.

Nr. 103
a) Schreiben der NSDAP, Kreisleitung Mannheim, an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister (Gewerbeausübung I)

In der Anlage übersenden wir Ihnen einen uns zugegangenen Stimmungsbericht zur Kenntnisnahme. Wir bemerken hierzu, daß wir des öfteren derartige Berichte erhalten, und entsprechen die Schilderungen ganz der Einstellung eines großen Teiles der Mannheimer Bevölkerung.

---

[1] Siehe Band I, S. 228 f.

b) Schreiben des H. B. an die Redaktion des Hakenkreuzbanners vom 10. März 1934

Der Jude lacht uns aus. So überschrieben Sie dieser Tage einen Artikel.
Jawohl, mit Recht lacht er. Dumme Deutsche kaufen vom Juden den Ramsch für teures Geld, das der Jude dann ins Ausland bringt. Die früher von mir geäußerten Befürchtungen haben sich nur zu schnell erfüllt. Wenn man glaubte, daß der Jude seine Lehren zieht und sich Zurückhaltung auferlegt, so hat man sich schwer getäuscht, Jude bleibt Jude – siehe den Fall Alsberg. Ich wollte, so mancher, der in falschem Humanitätsdusel mit den »armen Juden« Mitleid hatte, hätte einmal Gelegenheit, eine Unterhaltung von Juden unter sich anzuhören, selbst in den Kaffees, wo sich die Judenjüngelchen, genau wie früher, herumflegeln, fallen billige Witze über die Bewegung.
Kein Arierparagraph in der Wirtschaft, das ist der Triumph des Juden. Kein jüdisches Geschäft darf boykottiert werden, aber der Jude ist solidarisch im Boykott der – deutschen Geschäfte. Keinem Juden würde es einfallen, bei einem Deutschen zu kaufen, was er beim Rassegenossen haben kann. Warenhäuser dagegen konnten ihren Umsatz um 30–40 % steigern. Und die Behörden. – Bei ihnen gehen die Juden ein und aus. Bauräte, Bauinspektoren, Bürgermeister, die früher von dem Judengesindel verfolgt und mit Dreck beworfen wurden, setzen sich heute mit jüdischen Fabrikanten und Vertretern an den Verhandlungstisch und kaufen Material für Tausende gute deutsche Mark. Zum Abschied drücken sie ihm noch die Hand, trotzdem der Jude stolz darauf ist, den deutschen Gruß zu verweigern. Zu Hause erklären sie den deutschen Angestellten, Betriebsobmännern etc., stolz darauf zu sein, der koscheren Nation anzugehören, genieren sich nicht, ein Jahr nach der deutschen Revolution Angestellte und Arbeiter anzuschreien und mit Entlassungen zu drohen – der Deutsche aber läuft in die Judengeschäfte. SA-Leute in Uniform kommen zum Juden und betteln um Ausstand oder um Arbeit, der Jude, seiner Macht bewußt, lehnt kaltlächelnd ab.
Wenn der Deutsche in der Abwehr der Juden so einig wäre wie der Jude in der Abwehr des Nationalsozialismus, so wäre die Hälfte der jüdischen Geschäfte schon in deutschen Händen. Wenn die Behörden unter den jetzigen Verhältnissen an Juden Aufträge geben mit Rücksicht auf die dort beschäftigten Arbeiter, so müßte ihm vor allem klar gemacht werden, daß die Bestellung nur der Arbeiter wegen erfolgt, nie aber sollte es vorkommen, daß Behördenvertreter mündlich mit einem Juden verhandeln. Verhandlungen sollten nur durch deutsche Vertreter geführt werden, dann käme auch dieser wieder zur Geltung und der Jude müßte notgedrungen sich eines solchen bedienen. Viele Stellungslose kämen dadurch wieder zu Brot. Dadurch, daß die Juden wieder zu den Behörden Zutritt haben, ist ihnen gewaltig der Kamm geschwollen und der Gefahr der Korruption auf den Rathäusern ist Tür und Tor geöffnet.
Die Stadt Frankfurt machte da eine sehr schöne Ausnahme, sie lehnte rundweg Verhandlungen mit jüdischen Fabrikanten ab, trotzdem es sich teilweise um bedeutende Firmen handelte. In Ermangelung behördlicher Aufträge werden Judenge-

schäfte bald wertlos und sind um so schneller in andere Hände zu überführen, das müßte man sich vor Augen halten, wenn man zu einer deutschen Wirtschaft kommen will.
Oder muß es erst soweit kommen, daß die Behörden und Firmen durch den deutschen Arbeiter erzogen werden, die sich weigern, beim Juden gekaufte Geräte zu benutzen, wie mir dies aus einem Fall in der Pfalz bekannt ist.
Ich hoffe von der kommenden Arbeitsfront, daß sie für Aufklärung in ihren Reihen sorgt. Kein Jude, und sei er auch Unternehmer, darf Führer sein, sollte er sich auch noch so loyal gebärden, wir trauen nicht mehr dem Wolf im Schafspelz. Jedes jüdische Geschäft, und sei es noch so klein, müßte einen deutschen Vertrauensmann haben zum Schutze des Personals und Überwachung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung, ist es doch bewiesen, daß vornehmlich der Jude sich mit allen Mitteln vom Steuerzahlen und der Einhaltung der Tarife drückt, um sich zu bereichern oder zu unterbieten.
Wenn der Jude aus dem deutschen Handel, seiner angestammten Domäne, nicht so schnell verschwinden wird, aus der deutschen Industrie, wo er sich, trotzdem er kaum über technisches Verständnis verfügt und die Arbeit seiner Ingenieure kaum beurteilen kann, in den letzten 10 Jahren eingenistet hat, muß er heraus, das wäre von den Behörden durch Erteilung der Aufträge an Deutsche und Vermeidung jeder Verbindung mit Juden in kürzester Frist zu erreichen.
Die deutschen Banken aber müßten dafür sorgen, daß tüchtige deutsche Angestellte Betriebskapital erhalten, damit die Judenbetriebe bald in deutsche Hände überführt werden können oder stillgelegte Fabriken zur Belieferung der Behörden wieder in Betrieb genommen werden können.
So wie die Verhältnisse heute liegen, ist der Jude der Nutznießer der Arbeitsschlacht und hat genug Grund zum Lachen.
Ich bin bereit, alles Gesagte durch Tatsachen zu belegen und zu erhärten.

Mit deutschem Gruß Heil Hittler! H. B.

Nr. 104
Abschrift eines Schreibens der Deutschen Arbeitsfront vom 9. Februar 1935 an Herrn . . ., versandt als Rundschreiben der Schuhmacher-Einkaufsgenossenschaft Mannheim an die Mitglieder ihres Vorstands und Aufsichtsrats (Gewerbeausübung I)[2]

Zurückkommend auf die von mir gewünschte Vorstands- und Aufsichtsratssitzung der Schuhmacher-Einkaufsgenossenschaft, möchte ich folgenden Standpunkt mitteilen: Es ist jedem Parteimitglied und auch Mitgliedern der Untergliederungen der Partei, in diesem Falle der NS-Hago (Deutsche Arbeitsfront) verboten, jegliche geschäftliche Tätigkeit mit Juden zu unterstützen. Da in Ihrer Genossenschaft immer noch ein Jude als Geschäftsführer tätig ist, so ist dies mit den Grundsätzen in

[2] Siehe Band I, S. 133 f.

obiger Ausführung nicht mehr zu vereinbaren. Ich wäre gezwungen, gegen Sie ein parteiliches Verfahren einzuleiten, da Sie gegen die Parteidisziplin verstoßen. Sie müssen sich jetzt bekennen, ob Sie den Juden auch fernerhin unterstützen, daß er als Geschäftsführer der Schuhmacher-Einkaufsgenossenschaft bleibt, oder zu der Überzeugung gekommen sind, daß dem Geschäftsführer auf den nächsten Termin gekündigt wird. Ich will hiermit nicht sagen, daß ein Druck auf Sie ausgeübt werden soll, sondern Sie sollen als Deutscher in gerechter Weise in dieser Sache entscheiden. Der eine Weg ist der, daß Sie von dem Amt als Aufsichts- oder Vorstandsmitglied zurücktreten. In einer dann folgenden Mitgliederversammlung müßte dann der Aufsichtsrat neu gewählt werden, der über die weitere Verwendung des jüdischen Geschäftsführers Stellung nehmen müßte.
Da die Sache nun endlich bereinigt werden muß, bitte ich um baldigste Zusendung Ihrer Stellungnahme.

Nr. 105
Auszug aus Hakenkreuzbanner 19. August 1935

Judenreklame unter falscher Flagge

Ein Gipfelpunkt jüdischer Frechheit / Die jüdische Zigarrenfabrik Heinrich Jacobi in Q 7, 12 b, propagiert »edelreife H.-J.-Zigarren« / Die Polizei greift ein –
Die Kreisleitung der NSDAP teilt uns mit: Vor einigen Tagen erhielten wir Klebestreifen der hiesigen jüdischen Zigarrenfabrik Hch. Jacobi, auf denen zu lesen stand: »Raucht edelreife H.-J.-Zigarren«.
Diese Verhöhnung und Herausforderung unserer Staatsjugend konnte nicht unbeantwortet bleiben. Eine sofortige Anzeige beim Polizeipräsidium hatte zur Folge, daß der gesamte, nicht gerade kleine Bestand an diesen Klebestreifen beschlagnahmt wurde.
Dies möge allen skrupellosen jüdischen Geschäftemachern ein für allemal zur Warnung dienen . . .
Der Fall Jacobi in Mannheim ist eine letzte Warnung an die jüdischen Geschäftemacher. Die Maßnahme der Polizei war gewissermaßen nur »ein Tropfen Fegefeuer«. Man möge die Dinge nicht auf die Spitze treiben, damit wir nicht eines Tages eine noch deutlichere Sprache sprechen müssen. F. H.

Nr. 106
a) Hakenkreuzbanner 27. August 1935

Und daran sollt ihr sie erkennen!

Wo man auf den Juden verzichtet / Mannheimer Geschäftsleute, die nur deutsche Volksgenossen bedienen / Beispiele machen Schule –
In vielen Einsendungen wurde uns schon von seiten der Mannheimer Bevölkerung bitter geklagt über einen geradezu unhaltbaren Zustand in der Mannheimer Geschäftswelt.

Es war – und ist auch heute leider noch in vielen Fällen so, daß der rassebewußte Volksgenosse kaum die Möglichkeit hat, die in rein nationalsozialistischem Sinne geleiteten Geschäfte von jenen zu unterscheiden, deren Besitzer absolut keinen Wert auf eine Trennung – deutsch oder jüdisch – zu legen scheinen. Der charaktervolle Mannheimer hat ein berechtigtes Interesse daran, gerade diese Art von Geschäftsleuten kennenzulernen, denn er bedankt sich zukünftig bestens dafür, sein Glas Bier oder seine Tasse Kaffee in der Gesellschaft arroganter, mauschelnder Judensipplinge trinken zu müssen.
Gerade hier war ein Reinigungsprozeß – eine klare Trennung – dringend notwendig, und es ist erfreulich, daß bereits eine ganze Anzahl Mannheimer Gast- und Unterhaltungsstätten dazu übergegangen ist, ihre Unternehmen streng vom Judentum zu trennen.
Immer zahlreicher tauchen jetzt die Schildchen auf:
Juden sind hier unerwünscht . . .
Juden werden hier nicht bedient usw.
Man wird durch diese begrüßenswerte Maßnahme – die hoffentlich recht bald zum Allgemeingut aller deutschen Geschäfte in Mannheim werden wird – endlich einmal wissen, wo man daran ist.
Judenfreunde haben also jetzt die Möglichkeit, ihre wahre Gesinnung in aller Öffentlichkeit zu dokumentieren.
Wir behalten uns vor, in einiger Zeit zur Abwechslung einmal diejenigen Geschäftsleute namentlich zu veröffentlichen, die besonderen Wert auf jüdische Kundschaft legen!
Heute setzen wir die Liste derjenigen Volksgenossen fort, die ihre Unternehmen äußerlich gekennzeichnet haben – die also keinen Wert auf jüdische Kundschaft legen – und daran sollt ihr sie erkennen:
Ballhaus, Friedrichspark, Deutsches Haus, C 1, »Fliegender Holländer«, C 3, 20, Weinhaus »Badenia«, C 4, Schneeberg, D 4, Bürgerkeller, D 5, Weinhaus Treutle, E 4, »Zwischenakt«, B 2, 10, »Schwarzer Adler«, D 5, Café Korso, Breite Straße, »Zum Neckarstrand«, am Meßplatz, »Zum Engel«, am Meßplatz, Café Börse, »Pergola«, Friedrichsplatz 9, Café Weller, Luisenring, Café Schmidt, K 2.

b) Schreiben des W. L. an den Führer der Standarte 171, Mannheim, vom 26. März 1936 (Stadtarchiv Mannheim 20/71)

Sie führen in Ihrer Boykottliste mein Lokal »Zum weißen Bären« L 6, 7, unter der Rubrik »Jüd. Wirtschaften.« Mit welchem Recht? Es sind noch andere c h r i s t l i c h e Lokale für Ihre SA und SS verboten, aber die stehen unter der Rubrik »judenfreundlich«. Warum machen Sie bei mir eine Ausnahme? Bis jetzt habe ich gegen das Verbot für Ihre SA und SS nicht protestiert, obwohl für eine Boykottierung auch keine gesetzliche Handhabe vorhanden ist; a b e r wie diese Boykottierung gehandhabt wird, dafür muß ich Verwahrung einlegen. Das ist geschäftsschädigend, nicht weil Ihre SA und SS für mich verloren sind, sondern Sie vertreiben mir auch meine übrigen Gäste noch. Ein Skandal in höchster Vollendung.

Wenn Sie Näheres in dieser Sache wissen wollen, dann stehe ich jederzeit persönlich zur Verfügung. (Siehe Ludwigshafener Kundgebung am 25. III. 36.)
Da ich annehmen muß, daß Sie über meine Person und Verhältnisse nicht richtig informiert sind, dienen Ihnen folgende Ausführungen: Ich bin 55 Jahre alt, rein arischer Abstammung (1000jähr. westfälischer Bauernstamm), k a t h. Religion, deutschnational e r z o g e n und geblieben, trotz meiner Stimme f ü r Adolf Hitler; habe mich nie politisch betätigt, keine Strafen. 1899 freiwillig zum Militär, Oktober 1900 wurde ich Obergefreiter, April 1901 Unteroffizier. Nach 4jähriger aktiver Dienstzeit in den Bad. Staatspolizeidienst eingetreten. 4 Jahre Krieg, ab 4. Mobilmachungstag als etatsmäßiger Feldwebel in vorderster Front mitgemacht. Württembergische Verdienst-Medaille, Eisernes Kreuz II. Klasse und seit 1912 die Landwehr-Verdienst-Auszeichnung II. Klasse. Ich ernähre meine Familie redlich, beschäftige 3 Angestellte und bezahle meine Steuern und Abgaben pünktlich. Also ein Staatsbürger, wie er eigentlich sein soll.
Meine Frau, auch 55jährig, die ich vor 30 Jahren, am 18. März 1936 waren es genau 30 Jahre, aus reiner Liebe, als Bad. Polizei-Beamter geheiratet habe, ich habe damals kein Verbrechen begangen, ist allerdings nicht rein arisch, also Mischling. Ihre Mutter, übrigens ein unglücklich verwachsener Mensch, Frl. Rose B. aus Waibstadt in Baden, meine Frau ist ein uneheliches Kind, war Jüdin. Dagegen der Vater meiner Frau, ein hiesiger Malermeister, war Arier, aber ein Verbrecher, der die Mutter meiner Frau, die als Schneiderin bei seiner Frau tätig war, vergewaltigt und genotzüchtigt hat. Die Strafakten sind beim hiesigen Gericht einzusehen. Also meine Frau ist wirklich da, ist doch auch ein Mensch, sogar ein sehr wertvoller Mensch, eine tüchtige Hausfrau, gute Mutter und eine w a h r h a f t d e u t s c h e Frau. Soll ich heute, nachdem wir 30 Jahre glücklich verheiratet sind, meine Frau verstoßen, was soll die arme, alte Frau ohne mich, ohne ihre Kinder, allein anfangen? Dieses kann doch nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, ebensowenig, wie es im Sinne des Gesetzgebers sein kann, daß man mir meine E x i s t e n z zugrunde richtet. Meine Frau ist wohl im jüd. Glauben erzogen, sie konnte ja nicht anders erzogen werden, da ja ihr a r i s c h e r Vater im Zuchthaus saß, aber seit meine Frau meine Frau ist, ist sie keine Jüdin mehr. Meine Kinder, eine Tochter 26jährig gestorben, nur ein Sohn, 24jährig, sind katholisch getauft und christlich erzogen. Mein Sohn war sogar, nachdem er schon seit seinem 12. Lebensjahr in der Bismarckjugend war, seit 1931 Parteimitglied der NSDAP gewesen.
Über meine und meiner Familie politische Zuverlässigkeit dürfte wohl kein Zweifel bestehen. Warum also diese Gehässigkeit gegen mich und mein Geschäft? Ist es Unwissenheit Ihrerseits? (Entschuldigen Sie, ich kann bald nicht mehr schreiben, so aufgeregt bin ich.) Ich habe Sie ja nun aufgeklärt. Ist es Mißgunst oder Geschäftsneid meiner nachbarlichen Kollegen? Oder was gibt Ihnen das Recht, s o gegen mich vorzugehen? Ich bin Kriegsteilnehmer und verlange ungestörte Führung meines Geschäfts. Sie haben civilrechtlich keine Handhabe, mir meine Gäste aus dem Lokal holen zu lassen. Wenn Sie mein Lokal in Zukunft weiterhin boykottieren lassen wollen, dann bitte auf eine anständige, unauffällige Art und Weise. Aufgrund meiner heutigen Ausführungen möchte ich Sie hiermit bitten, das Verbot auf-

zuheben. Bei mir kann jeder anständige Deutsche mit ruhigem Gewissen verkehren. Ich wünsche, Sie würden mich kennenlernen, um endlich von meiner Güte und Zuverlässigkeit überzeugt zu sein. Heil Hitler! W. L.

[Trotz der Bemühungen des Wirts, seine Wirtschaft weiterhin zu betreiben, wurde er durch entsprechende Maßnahmen gehässiger Nachbarn und der Partei gezwungen, das Lokal aufzugeben.]

Nr. 107

a) Schreiben des H. M., Frankenthal, an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 15. November 1935 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–4)

Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich mit einer Gleichgültigkeit Ihre Briefe liegen lasse bzw. nicht erledige. Ich befinde mich aber in einer derartigen Gemütsverfassung, daß mir bald alles egal ist, da ich doch zu schwach bin, um gegen das jüd. Schicksal aufzukommen. Ich habe heute beiliegenden Brief an Herrn Direktor B. geschrieben. Schon seit 14 Tagen wollte ich dies tun, konnte aber mich nicht dazu aufraffen. Was ich bzw. was Sie für mich vorbringen können, habe ich in dem Brief geschrieben. Die Monate August und September waren derart grauenhaft, daß ich bei einem monatlichen Umsatz von 650,00 M ca. 200,00 M brutto verdient habe. Alles andere können Sie sich selbst zusammenräumen[!]. Wenn Posten vor dem Geschäft stehen, wagt es niemand, zu mir zu kommen. Der Monat Oktober war wieder besser, ich hatte einen Umsatz von 2200,00 M, einen Bruttoverdienst von 650,00 M ca., November ist ungef. in der gleichen Höhe. Wenn die angek[ündigten] Gesetze einigerm[aßen] günstig werden, denke ich wieder auf 5–6000,00 M im Monat zu kommen, und kann ich dann alles erfüllen.

b) Schreiben von H. M. an O. B., Direktor der Firma H. & Co. GmbH, Mannheim, vom 18. November 1935 – im Original unvollständig

Ich gestatte mir, mit folgendem mich an Sie direkt zu wenden.
Ich hatte s. Z. von meinem Vater und meinem Bruder nach deren Ausscheiden die Firma H. M. als alleiniger Inhaber mit allen Aktiven und Passiven übernommen. Sie waren damals so entgegenkommend, mir von der Schuld der OHG mit M 5009,96 M 1000,00 nachzulassen, und ist dieser Betrag bis heute abgetragen bis auf M 750,00 ca. Für M 350,00 haben Sie 2 Zessionen, die nach einem von Ihrer Firma aufgestellten Zahlungsplan regelmäßig bezahlt werden. Für mich kommen noch M 400,00 zuzüglich von M 500,00 ca. für Zinsen, nach einer von Ihrer Buchhaltung aufgestellten Staffel. Es ist mir z. Z. nicht möglich, die von Ihrer Eisenabteilung verlangten Raten von M 50,00 im Monat zu zahlen. Sie können versichert sein, daß es kein böser Wille von mir ist. Ich kann Ihnen aufgrund meiner Bücher beweisen, daß, bei den derzeitigen Umsätzen als jüdische Firma, ich kaum den Le-

bensunterhalt für meine Familie bestreiten kann. Trotz aller Bitten hat aber Ihre Eisenabteilung kein Einsehen und hat mich verklagt, Termin soll nächsten Donnerstag sein. Ich ließ Ihnen durch meinen Vertreter als Sicherheit für Ihre Forderung eine Hypothek anbieten auf das Anwesen eines Kunden, die mir durch Urteil des Landgerichts Frankenthal zugesprochen wurde. Auch hatte ich gebeten aus den Ihnen oben angeführten Gründen, von den Ratenzahlungen befreit zu werden, bzw. diese auf eine für mich tragbare Höhe festsetzen zu wollen. Ebenso hatte ich gebeten, von den Zinsen etwas nachgelassen zu bekommen, da ich doch so schon schwer zu kämpfen habe. Aber leider waren alle Bitten vergebens und wo ich so schon mit jedem Pfennig rechnen muß, werde ich durch den Prozeß noch einen Haufen Kosten zahlen müssen. Ich hatte Ihnen erklärt, daß ich gar nicht bestreite, daß ich Ihnen noch die eingangs genannten Summen schulde. Ich verlangte nur Nachsicht. Als 4½jähriger Frontsoldat habe ich die Hoffnung, daß die vom Herrn Reichswirtschaftsminister vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den Nürnberger Judengesetzen angekündigten wirtschaftlichen Ausführungsbestimmungen uns Frontsoldaten die Existenzmöglichkeit geben, um so mehr, als die Reichsregierung den jüdischen Beamten, so weit diese Frontsoldaten waren, doch auch sehr weit entgegenkam. Sollten diese Bestimmungen einigermaßen sein, so hoffe ich, das Geschäft weiterbetreiben zu können, denn bei den heutigen Schwierigkeiten und Anordnungen ist es meiner alten Kundschaft ja direkt verboten, bei mir zu kaufen.
Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Dir. B., den Termin abbestellen zu wollen und mir keine unnötigen Kosten und Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Ich wäre Ihnen für Ihr Entgegenkommen ewig dankbar.

Nr. 108
Schreiben von Frau B. K. an Firma J. H. & Söhne, Hockenheim, vom 9. Januar 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–13)

Bezugnehmend auf das Schreiben Ihres Anwalts Joseph Gentil, Mannheim muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß ich nicht in der Lage bin, irgendwelche Zahlungen leisten zu können. Der Verdienst meines Mannes ist dermaßen gering, daß wir ohne Unterstützung von Verwandten nicht leben können. Außerdem hat mein Mann in der letzten Zeit noch 2 Firmen verloren, wodurch unser Verdienst noch geschmälert worden ist. In dieser Zeit ist es für uns doppelt schwer, da mein Mann keine neue Vertretung bekommen kann, denn sogar die jüdischen Firmen ziehen christliche Vertreter vor. Sollte sich unsere Lage in der nächsten Zeit bessern, werde ich selbstverständlich auch an Sie denken.

Nr. 109

Bericht des Blockwarts O. G. an die Kreisleitung vom 5. September 1933 – betr.: Betätigung nichtarischer Makler für die Stadtgemeinde Mannheim (GLA, Doc. center)

In der Mitgliederversammlung vom 30. August in der Mannheimer Liedertafel wurde von Hausbesitzern der oben benannten Quadrate die Mitteilung gemacht, daß bei ihnen jüdische Makler vorgesprochen hätten mit der Eröffnung, daß sie im Auftrage der Stadtgemeinde Mannheim die Häuser zwecks Abbruch aufkaufen sollen.
Der Ortsgruppenleiter C. hat mich beauftragt, der Angelegenheit nachzugehen und Bericht zu erstatten.
Ich habe folgendes festgestellt:
Es ist beabsichtigt, unter Führung der Stadtgemeinde, insbesondere unter Führung des Herrn Oberbürgermeisters Renninger die Sanierung der Altstadt durchzuführen, das heißt, daß beabsichtigt ist, die vorhandenen alten, zum Teil baufälligen Häuser abzureißen und an deren Stelle neue gesunde Wohnhäuser zu erstellen.
Die mit der Ausarbeitung betrauten Architekten waren der irrtümmlichen Meinung, daß es in Mannheim nur jüdische Makler gibt, und haben den nichtarischen Makler J. S. Kaufmann, L 15, 13 damit beauftragt, bei den Hausbesitzern vorzusprechen und die Verkaufsverhandlungen einzuleiten. Kaufmann hat natürlich als Helfer nur andre jüdische Makler beauftragt.
Ich habe mit dem Beauftragten, Herrn Architekt W. L., L 13, 12 a verhandelt und mit ihm die Ausschaltung der Juden bei diesem Geschäft vereinbart. Herr L. hat sofort den jüdischen Maklern die Beauftragung entzogen und mich selbst gebeten, die Sache betreffs des Aufkaufes der Häuser zu übernehmen. Da ich selbst Makler bin und auch die Genehmigung vom Bezirksamt habe, so habe ich den Auftrag angenommen.
Getreu dem Grundsatz, nach Möglichkeit vielen Volksgenossen Arbeit und Brot zu geben, habe ich in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Reichsverbandes deutscher Makler, Ortsgruppe Mannheim, Herrn Dr. G. folgendes Maklerkonsortium gebildet:
[Es folgen sieben Namen mit Anschriften und Angabe der Mitgliedschaften in NS-Parteiorganisationen. Ferner folgt die Bitte, den Vorschlag zu genehmigen.]

Nr. 110

a) Abschrift eines Briefes des Wochenblatts »Der Stürmer«, Nürnberg, an das Städtische Gaswerk Mannheim vom 17. Juni 1935 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–13)

Es wurde uns heute von zwei Gewährsmännern folgender Vorfall unterbreitet:
»Ein Staatsbeamter (sicher früher bei der alleinseligmachenden Zentrumspartei) kauft sich einen Herd über das Städt. Gaswerk beim Juden. So etwas ist möglich

im nationalsozialistischen Deutschland. Der Fall liegt nicht allein. Sind denn Judenfirmen überhaupt bei Ratenzahlungen über das Städt. Gaswerk zugelassen?«
Wir bitten Sie, zu diesen Äußerungen Stellung zu nehmen und uns bald Bescheid zu geben.

b) Antwortschreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an die Schriftleitung des Wochenblatts »Der Stürmer«, vom 5. Juli 1935

Zu Ihrem Schreiben vom 17. Juni 1935 an die Direktion der Städtischen Werke habe ich folgendes zu bemerken:
Als ich nach dem Umbruch als nationalsozialistischer Oberbürgermeister die Geschäfte der Stadt Mannheim übernahm, war meine erste Handlung die, für sämtliche Amtsstellen und für alle städtischen Bediensteten den Einkauf bei jüdischen Firmen zu verbieten, dienstlich sowohl als auch privat. Des weiteren untersagte ich meinen Bediensteten jeglichen Empfang von jüdischen Vertretern, Agenten und dergl. Nun möchte ich nicht unterlassen, Sie davon zu verständigen, daß in einem Falle – und zwar handelte es sich hier um eine jüdische Apotheke – meine Maßnahme durch einen Erlaß des Reichsministers des Innern wieder aufgehoben wurde; ferner darf ich Sie noch an die bekannte Verordnung des Reichswirtschaftsministers erinnern. Trotzdem bin ich in dieser Hinsicht hart geblieben und habe nur fünf jüdischen Firmen, die alle einen größeren Stab von arischen Angestellten beschäftigen, die Genehmigung zum Verkauf von Gas- und Stromverbrauchsgeräten gegen Ratenzahlung (über das Gas- und Elektrizitätswerk) erteilt, weil ich mir bewußt war, daß, wenn ich dem nicht nachkomme, ich ähnlich wie im Fall der jüdischen Apotheke meine Maßnahme auf höhere Weisung wieder aufheben müßte. In der Zwischenzeit ist nun glücklicherweise, wenn auch nicht durch offizielle Anordnung, so doch fühlbar, eine Wende eingetreten, und ich habe daher auch den genannten fünf jüdischen Geschäften die besagte Genehmigung entzogen. Dies zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme.

Nr. 111
Rundschreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an sämtliche städtische Amtsstellen vom 10. September 1935 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–4)[3]

Es ist mir bekannt geworden, daß immer noch einzelne städtische Bedienstete in jüdischen Geschäften kaufen bzw. mit Juden verkehren. Dies gibt mir Veranlassung, ausdrücklich anzuordnen, daß den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten der Einkauf in jüdischen Geschäften und in Einheitspreisgeschäften und die Inanspruchnahme jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte wie überhaupt jeder Ver-

[3] Siehe Band I, S. 117 f.

kehr mit Juden untersagt ist. Die Bediensteten sind dafür verantwortlich, daß dieses Verbot in vollem Umfange auch von ihren Familienangehörigen beachtet wird.
Es sind auch Fälle bekannt geworden, in denen deutsche Volksgenossen ungewollt in jüdischen Geschäften gekauft haben, weil aus der Firmenbezeichnung das betreffende Geschäft als jüdisches Geschäft nicht erkenntlich war. Um den deutschen Volksgenossen in seinem Bestreben, nur in deutschen Geschäften zu kaufen und jüdische Geschäfte zu meiden, zu unterstützen, muß daher verlangt werden, daß deutsche Geschäftsinhaber ihre Geschäfte auch als deutsche Geschäfte deutlich kenntlich machen. Geschäftsinhaber, die mit Rücksicht auf jüdische Kundschaft diese Forderung nicht beachten, müssen es sich gefallen lassen, daß sie von dem deutschen kaufenden Publikum gemieden werden.
Ich erwarte daher von allen städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten, daß sie nur solche Geschäfte berücksichtigen, die durch Aufschrift in deutlicher Weise als arische Geschäfte erkenntlich sind. In Mannheim sind deutsche Geschäfte daran erkenntlich, daß sie ein Schild führen, das sie als Mitglied der Deutschen Arbeitsfront ausweist.
Diese Verfügung ist sämtlichen Bediensteten gegen Unterschrift zu eröffnen.

Nr. 112
Vertrauliches Rundschreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an die städtischen Amtsstellen vom 25. März 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–13) [4]

Bei der Vergebung öffentlicher Aufträge sind jüdische Firmen nicht zu beteiligen.
Für die Beurteilung der Frage, wann ein Betrieb als jüdisch anzusehen ist, gelten einstweilen folgende Grundsätze:
1. Der Gewerbebetrieb einer Einzelfirma gilt als jüdisch, wenn der Inhaber Jude ist.
2. Der Gewerbebetrieb einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft gilt als jüdisch, wenn ein persönlich haftender Gesellschafter Jude ist.
3. Der Gewerbebetrieb einer juristischen Person gilt als jüdisch
a) wenn sich unter den gesetzlich zur Vertretung berufenen Personen Juden befinden,
b) wenn von den Mitgliedern des Aufsichtsrats mehr als ein Viertel Juden sind oder
c) wenn Juden nach Kapital oder Stimmrecht entscheidend, d. h. in solchem Maße beteiligt sind, daß ohne ihre Zustimmung Beschlüsse des obersten Verwaltungsorgans (Hauptversammlung, Gesellschaftsversammlung usw.) nicht gefaßt werden

[4] Dieses vertrauliche Rundschreiben beseitigte für die städtischen Ämter die Unsicherheit, wann ein Gewerbebetrieb als jüdisch anzusehen war. Es erschien ein Vierteljahr vor der entsprechenden staatlichen Verordnung (Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938, RGBl. I, S. 627 f., abgedruckt bei Sauer Band I, S. 147 f.).

können; entscheidende Beteiligung liegt nicht vor, wenn die Zustimmung der Juden nur für solche Beschlüsse erforderlich ist, für die das Gesetz eine besondere Mehrheit vorschreibt.
Sind bei einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien bei Erlaß dieser Anordnung unter den Vorstandsmitgliedern keine und unter den Mitgliedern des Aufsichtsrats nicht mehr als ein Viertel Juden, so kann in der Regel angenommen werden, daß Juden nach Kapital oder Stimmrecht nicht entscheidend beteiligt sind.
4. Eine Gewerbebetrieb gilt darüber hinaus dann als jüdisch, wenn er tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß von Juden steht.
In Zweifelsfällen ist bei der zuständigen Industrie- und Handelskammer Auskunft einzuholen.
Ich ersuche um Beachtung dieser Anweisung. Zur Veröffentlichung ist sie nicht bestimmt.

Nr. 113

a) Anfrage der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke beim Oberbürgermeister der Stadt Mannheim vom 7. September 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–13)

Bei der Vergebung von Aufträgen hat sich ergeben, daß die Ehefrau eines arischen Mitinhabers der Autozubehörgesellschaft S. & H. Jüdin ist. Wir bitten um Entscheidung, ob auch in solchen Fällen eine Sonderbehandlung eintreten soll. Als jüdische Geschäfte sind solche Firmen nach der Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters vom 25. 3. 1938 nicht anzusehen.

b) Vertrauliche Weisung des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an die Direktion der Städtischen Werke Mannheim vom 20. September 1938

Nachdem die Ehefrau eines arischen Mitinhabers der Firma S. & H. Jüdin ist, sind diesem Unternehmen keine Aufträge zu erteilen [5].

Nr. 114

Antrag der Rechtsanwälte v. L. und Sch. an das Badische Landesarbeitsgericht Mannheim vom 2. November 1933 – Aktenzeichen ABR 49/33 – betr.: Lewin gegen Wronker wegen Lehrvertragserfüllung (Stadtarchiv Mannheim 18/65-68)

Zunächst bitte ich den fürsorglich gestellten Antrag der Klägerin, Berufungsklägerin, als unbegründet zurückzuweisen und beantrage auch hierwegen kostenpflichtige Klageabweisung.
Die ursprüngliche Klage lautete auf Erfüllung des Lehrverhältnisses. Es wird über-

[5] Siehe Band I, S. 137.

haupt bestritten, daß das Lehrverhältnis heute noch besteht. Der Lehrvertrag mag ja früher auf drei Jahre geschlossen worden sein. Dieser Lehrvertrag ist aber unter dem damaligen Geschäftsführer E. dahingehend abgeändert worden, daß die Lehre schon nach zwei Jahren beendet sein sollte. Wäre die Umstellung nicht erfolgt, so wäre heute die Klägerin Angestellte und nicht mehr Lehrmädchen. Der neuen Geschäftsleitung gegenüber ist diese nachträgliche Vereinbarung, für die ich mich zum Beweise auf den Zeugen Kr. berufe, wohlweislich seitens der Klägerin verschwiegen worden. Und warum ist sie verschwiegen worden? Nur aus dem Grunde, damit die Klägerin ihre Ansprüche jetzt gegen die Firma geltend machen kann.
Die Beklagte ist nach wie vor gerne bereit, die Klägerin zu beschäftigen. Sie lehnt es aber ab, jedwede Verantwortung für den Schaden zu übernehmen, der der Klägerin durch die aufgebrachte Belegschaft entstehen kann und mit hundert Prozent Sicherheit entstehen wird. Wenn die Klägerin es auf ihre eigene Verantwortung übernehmen will, kann sie heute bei der Beklagten anfangen. Sie hat es sich aber selbst zuzuschreiben, wenn sie zu ihrem persönlichen Schutz vor Mißhandlungen in Schutzhaft genommen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in Mannheim den Judenboykott noch lange nicht beendet haben. Die Verordnung, die die Gegenseite für Westfalen vorgelegt hat, gilt noch lange nicht für Baden. Wir hier in Baden, und dies gilt ganz besonders für Mannheim, leben in ganz anderen Verhältnissen. Wir dürfen nicht vergessen, daß sich in Mannheim das Judentum ganz besonders breit gemacht hat, und sich fast in sämtliche Berufe hereingedrängt hat. Ich brauche hier keine Beispiele anzuführen. Gerade deswegen ist hier in Mannheim die Stimmung eine andere. Hier in Mannheim und in Baden gilt nur das, was in Karlsruhe von der Gaubetriebszellenleitung befohlen wird, und die Gaubetriebszellenleitung hat in einer von dem Gaubetriebszellenleiter Pg. Plattner geleiteten Versammlung am 6. August 1933 in einem Vortrag ausdrücklich erklären lassen, daß die jüdischen Angestellten zu entlassen sind, wenn es die Belegschaft verlangt. Auch noch heute steht die Gaubetriebszellenleitung auf demselben Standpunkt und verlangt die Eliminierung jüdischer Angestellter, wenn es die Belegschaft verlangt. Ich bitte, hierüber notfalls eine Auskunft bei der Gaubetriebszellenleitung in Karlsruhe, Lammstraße 15, einholen zu wollen, die dies bestätigen wird, und die dies dem Unterzeichneten bei einer Besprechung am 28. Oktober 1933 wirksam bestätigt hat.
Ich betone nochmals, daß die Beklagte es ablehnt, irgend eine Entschädigung an die Klägerin zu zahlen, denn das Verlangen der Belegschaft stellt, wie ich bereits betont habe, einen Grund zur fristlosen Entlassung dar, und es kann keineswegs für die Beklagte daraus die Verpflichtung zur Zahlung der vereinbarten Vergütung hergeleitet werden, um so weniger kann diese hergeleitet werden, da die Entlassung der Klägerin nur erfolgt ist, damit der Klägerin durch die Belegschaft kein Schaden zugestoßen wird[!].
Bei dieser Sachlage lehnt es die Beklagte auch ab, irgendwelchen Vergleichsvorschlag zu machen oder auf irgendeinen Vergleichsvorschlag einzugehen.
Bemerken möchte ich noch, daß die von der Gegenseite angezogene Verordnung vom 18. Mai 1933 für Baden durch die Äußerung des Gaubetriebszellenleiters außer Kraft gesetzt sind [ist] und für Baden niemals Geltung habe [hat].

Aber auch ganz abgesehen davon stellt auch das übrige Verhalten der Klägerin, welches ich bereits in meinem Schriftsatz vom 13. Oktober 1933 ausführlich geschildert habe, für die Beklagte einen wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung dar. Ich beantrage nochmals fürsorglich wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Falles, bei Aufhebung des Urteils erster Instanz, den Rechtsstreit für revisionsfähig zu erklären.

Nr. 115
Neue Mannheimer Zeitung 2. Januar 1934

Die Rassenfrage in der Gesetzgebung

Zum 1. Januar 1934 bringt die Deutsche Juristenzeitung einen Artikel von Reichsminister Dr. Frick über die »Rassenfrage in der deutschen Gesetzgebung« zum Abdruck.

Minister Frick weist auf die von Adolf Hitler aufgestellten Grundsätze hin, in denen die Bedeutung der Rassenfrage für jedes Volk klar gekennzeichnet sei. Wohl sei richtig, daß das deutsche Volk kein »reinrassiges« Volk und in dem Sinn ist, daß in ihm eine Rasse ausschließlich verkörpert wäre. Über unsern alten Erdteil Europa seien so viele Völkerstürme weggebraust, daß nur wenig ganz reinrassiges Volkstum vorhanden sei. Wohl aber überwiege im deutschen Volk der Einschlag der nordischen und der fälischen Rasse so stark, daß das deutsche Volk, obwohl in ihm auch die dinarische, ostbaltische, östische und westische Rasse vertreten seien, als »nordisch bestimmt« angesehen werden dürfe.

Eine Gefahr für das deutsche Volk bedeuteten aber die von allen diesen Rassen sich scharf abhebenden Juden. Obwohl sie nur 1,5 v. H. der deutschen Bevölkerung ausmachten, so hätten sie doch in den letzten Jahrzehnten, besonders aber seit 1918, durch den Zustrom von Juden aus dem nahen Osten, in Deutschland einen unverhältnismäßig großen Einfluß auf wirtschaftlichem, finanziellem und politischem Gebiet erlangt. Die dadurch gegebene Gefahr habe der Nationalsozialismus von Anfang an erkannt.

Der Minister bezeichnet es als selbstverständlich, daß die rassischen Grundsätze sich auch in der Gesetzgebung äußern müssen, und verweist insbesondere auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit seinem § 3, dem sogenannten Arierparagraphen. Wegen des Arierparagraphen im Kirchengesetz hätten sich bald schwerwiegende Bedenken dogmatischer Art ergeben. In der katholischen Kirche seien derartige Versuche überhaupt nie unternommen worden. Auch internationale Abmachungen könnten der Durchführung der Ariergesetzgebung entgegenstehen, wie z. B. das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 11. Juni 1922. Andererseits werde es eine besonders wichtige Aufgabe des künftigen Staatsbürgerrechtes sein, sich mit der Rassenfrage auseinanderzusetzen.

Der Arierparagraph im Berufsbeamtentum sei hinsichtlich der darin enthaltenen Gedanken auch übertragen worden auf kulturelle Gebiete und vor allem auf die freie Wirtschaft. Spielte bei beiden Gesetzen ein starkes öffentliches Interesse an der Ausschaltung nichtarischer Einflüsse mit, so schieße es doch über das Ziel hin-

aus, wenn, wie es manchmal geschehen sei, die Grundsätze des Arierparagraphen wahllos und kritiklos auf Gebiete übertragen werden, für die sie nicht bestimmt seien, und wenn dabei womöglich noch nicht einmal die Ausnahmen zugelassen werden, die der erwähnte § 3 und die Durchführungsbestimmungen vorsehen. So lasse es sich z. B. kaum rechtfertigen, wenn jüdische Angestellte eines Warenhauses in nicht leitender Stellung entlassen werden, selbst wenn sie Frontkämpfer sind.
Derartige Bestrebungen verkennten, daß es auch in der Ariergesetzgebung Grenzen gebe, die beachtet werden müßten und seien deshalb auch von der Regierung schon wiederholt mit Nachdruck abgelehnt worden. Der Minister geht noch auf die positive Rassenpflege durch Erbgesundheitspflege ein und verweist auf seine amtliche Erklärung, daß die deutsche Rassengesetzgebung in keiner Weise ein Werturteil über andere Rassen abgeben wolle.

Nr. 116

a) Gesuch des Emil Feibelmann an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 6. April 1936 (Gewerbeausübung I)

Laut Bescheinigung des Herrn Polizeipräsidenten von Mannheim vom 24. Oktober 1934 F 333/34 ist mir das Ehrenkreuz für Frontkämpfer verliehen worden.
Ungeachtet dessen wird mir, der ich seit Kriegsende, also schon fast 18 Jahre als Handelsvertreter tätig bin, die wirtschaftliche Existenz immer schwieriger teils dadurch, daß die Fortdauer meines Vertretungsverhältnisses bei arischen Firmen sehr ungewiß ist, teils dadurch, daß die bisherigen Kunden in zunehmendem Maße sich mir gegenüber ablehnend verhalten.
Da nach der wiederholt bekundeten Stellungnahme der Reichsregierung die wirtschaftliche Betätigung der Juden nicht unmöglich gemacht werden soll, wäre ich, um den für mich bestehenden Schwierigkeiten begegnen zu können, für eine diesbezügliche Bescheinigung sehr dankbar.

b) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers an den Gesuchsteller vom 5. Juni 1936

Bescheinigung der gewünschten Art können von mir aus grundsätzlichen Erwägungen nicht ausgestellt werden.

Nr. 117

a) Schreiben des Schweizerischen Konsulats für Baden und die Rheinpfalz, Mannheim, vom 23. Oktober 1936 an die Bad. Staatskanzlei in Karlsruhe (Gewerbeausübung I)

Die schweizerische Zigarrenfabrik Hediger & Söhne in Reinach, Kanton Aargau, hat vor einigen Jahren 51 % der Anteile der hiesigen Zigarrenfabrik Gebrüder Feibelmann übernommen. Die früheren jüdischen Inhaber sind inzwischen aus dem Unternehmen ausgeschieden, aber noch mit 49 % als stille Gesellschafter daran be-

teiligt. Die Firma heißt jetzt Hediger & Co., Zigarrenfabriken vorm. Gebr. Feibelmann.
Wie ich höre, sollen Gerüchte im Umlauf sein, wonach es sich bei dieser Firma um ein getarntes jüdisches Unternehmen handelt. Da in der Firma nicht unbeträchtliche schweizerische Werte investiert sind, bitte ich um gefällige Mitteilung, ob es Richtlinien gibt, die ein eindeutiges Urteil über den arischen oder nichtarischen Charakter eines Unternehmens ermöglichen. Insbesondere wäre mir daran gelegen zu erfahren, ob es nach Auffassung der maßgebenden Stellen zulässig ist, eine Firma, auf die der oben erwähnte Tatbestand zutrifft, als getarntes jüdisches Unternehmen zu bezeichnen. Für Ihre Auskunft spreche ich Ihnen im voraus meinen besten Dank aus.

b) Abschrift eines Schreibens des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers, Berlin, vom 3. Dezember 1936 an die Bad. Staatskanzlei – Außenstelle Berlin – betr.: Zigarrenfabrik Hediger & Co., vormals Gebr. Feibelmann, Mannheim

Gesetzliche Richtlinien darüber, wann eine Firma, die sich im Eigentum einer juristischen Person befindet, als jüdisch oder nichtjüdisch anzusehen ist, bestehen einstweilen nicht. Es hat sich jedoch hinsichtlich der Beurteilung solcher Tatbestände beim Reichs- und Preuß. Wirtschaftsministerium eine Praxis herausgebildet, hinsichtlich deren auch ein vorläufiges Einvernehmen mit dem Herrn Reichs- und Preuß. Minister des Innern und dem Stellvertreter des Führers erzielt worden ist. Danach gelten Kommanditgesellschaften nur dann als jüdisch, wenn einer der persönlich haftenden Gesellschafter Jude ist oder wenn der Betrieb unter der tatsächlichen Leitung von Juden steht. Die Tatsache, daß einer oder mehrere der Kommanditisten Juden sind, ändert hieran nichts, wenn in der Geschäftsführung ein jüdischer Einfluß nicht besteht.
Nach den übersandten Unterlagen betreffend die Firma Hediger & Co. bestehen daher keine Bedenken, anzuerkennen, daß es sich jetzt um eine nichtjüdische Firma handelt. Von einer »Tarnung« jüdischen Einflusses kann keine Rede sein; den Ausführungen des Rechtsanwalts Zutt ist insofern durchaus zuzustimmen.

Nr. 118
Rundschreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten und des Generalstaatsanwalts, Karlsruhe, an die Landgerichtspräsidenten und den Oberstaatsanwalt, Mannheim, vom 16. Oktober 1936 – Nr. 2041 – 1.24045 – betr. Bankverbindungen von Beamten, Angestellten usw. (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim, Generalakten Beamtenpflichten, Az 204)

Wir ersuchen, bei der dortigen Gerichtskasse vertraulich festzustellen, ob Angestellte der dortigen Justizbehörden ihre Bezüge auf eine jüdische Bank überweisen lassen. Als solche Banken werden z. B. in Frage kommen:

1. für Mannheim:

Bankgeschäft Franz Darmstädter, Mannheim, E 4. 12/18
Getreide-Kreditgesellschaft, Mannheim, D 7. 6
Industrielle Kreditgesellschaft mbH Mannheim, Lameystr. 27
Fritz W. Lefo, Mannheim, Werderstr. 15
Mannheimer Privatbank Friedrich Strassburger, Mannheim D 2. 1
Marx & Goldschmidt, Mannheim, C 2. 23
Otto Neuhäuser, Mannheim, P 7. 19
Gustav Würzweiler, Mannheim, D 2. 1
Fritz Rose, Mannheim, D 1. 3

2. [Es folgen jüdische Bankgeschäfte in anderen badischen Städten]

Die Unterhaltung derartiger Geschäftsbeziehungen wäre mit der Stellung eines Angestellten des nationalsozialistischen Staats unvereinbar. Gegebenenfalls wären, einer Anregung des Herrn Reichsjustizministers entsprechend, die Angestellten in geeigneter Weise zu belehren. Dabei wäre auf besondere Verhältnisse im Einzelfall Rücksicht zu nehmen. Selbstverständlich müßte vermieden werden, daß z. B. ein Angestellter, der in Darlehensverhältnissen zu einer jüdischen Bank stehen sollte, durch plötzliche Lösung des Verhältnisses in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriete.

Falls ein Angestellter der Staatsanwaltschaft, eines Notariats oder eines Gerichtsgefängnisses in Betracht kommen sollte, wolle der Dienstvorstand verständigt und ihm das Weitere überlassen werden.

Über das Ergebnis der Feststellung und der etwaigen Einwirkung wolle, gegebenenfalls im Benehmen mit den Oberstaatsanwälten, dem Ersten Staatsanwalt in Pforzheim und den Vorständen der Gerichtsgefängnisse bis 15. November 1938 berichtet werden.

Nr. 119
Schreiben des Karl Herzberg an das Bad. Wirtschaftsministerium vom 10. November 1937 (GLA 237/35 739)[6]

Ich nehme Bezug auf die gestern mit Ihnen gehabte Unterredung und erlaube mir, Ihnen folgendes nochmals mitzuteilen:

Ich betreibe in der Mittelstr. 16 ein Kurz-Weiß-Wollwarengeschäft und beschäftige momentan 18 Angestellte. Das Geschäft habe ich mit meiner Frau, die gelernte Verkäuferin war, im Jahre 1921 gegründet, nachdem ich in der Branche gelernt und außerdem fast 20 Jahre in verschiedenen Positionen tätig war. Ich war lange Verkäufer, Lagerist, Regie-Chef und zuletzt Einkäufer in einem der ersten Warenhäuser Süddeutschlands. Außerdem war ich Kriegsteilnehmer und drei Jahre an der Front. Ich bin Deutscher, habe die preußische und früher badische Staatsangehörigkeit; mein Geburtsort ist Danzig, und hat schon mein Urgroßvater sich durch seinen

[6] Siehe Band I, S. 139.

freiwilligen Eintritt in den Freiheitskriegen (1813/14) Auszeichnung erworben. Ich habe drei Kinder von 10–16 Jahren, und ist meine Frau Arierin, ich Jude.
Mein Geschäft habe ich stets in einwandfreier Weise betrieben. Vor einigen Jahren war hier in der Neckarstadt der größte Teil der Arbeiter arbeitslos, und war ich damals gezwungen, einen großen Teil des Kapitals zu opfern, um meine Fabrikanten voll zu befriedigen.
Dieses Bestreben habe ich auch heute und immer gehabt und möchte nicht, daß irgend jemand an mir auch nur einen Pfennig verliert, um meinen ehrlichen Namen zu behalten. Seit Monaten werden mir aber große Schwierigkeiten gemacht, die sich von Woche zu Woche steigern. An den letzten Samstagen hat man die Kunden, die aus dem Geschäft herauskamen auf der Straße zur Rede gestellt; falls der Name nicht zu ermitteln war, ist man den Leuten in die Wohnung nachgegangen. Auch wurde verschiedentlich fotografiert. Außerdem stellen sich immer eine Reihe Neugieriger dazu, so daß es fast unmöglich ist, das Geschäft heute noch unter diesen Umständen weiter zu führen.
Ich habe bereits der Polizei und der Polizeidirektion Mitteilung gemacht und denselben die Vorgänge persönlich geschildert, ohne daß jedoch Abhilfe geschaffen werden konnte.
Da ich mich heute gezwungen sehe, das Geschäft zu verkaufen und bereits Verkaufsverhandlungen führe, bitte ich nochmals dringend die hiesigen Stellen zu veranlassen, daß diese Maßnahmen aus obengenannten Gründen unterbleiben; damit ich die Fabrikanten, welche mich zur Zeit drängen, befriedigen kann und den Angestellten ihr Arbeitsplatz erhalten bleibt.
Zu den Verkaufsverhandlungen habe ich noch zu bemerken, daß das Geschäft verschiedenen Vermittlern anhand gegeben wurde und ich auch bereits in drei Zeitungen inseriert habe. Es waren auch schon verschiedene Interessenten da. Ich bitte höflichst um Mitteilung, wohin ich mich evtl. bei Wiederholung der Ihnen geschilderten Vorgänge wenden soll.

Nr. 120

a) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers an den Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister, Berlin, vom 14. April 1938 – betr.: Gummiwarenfabrik Hutchinson Mannheim – Vermerk: »Heute« (Gewerbeausübung I)[7]

In der Anlage beehre ich mich, ein Schreiben der Industrie- und Handelskammer Mannheim vom 31. März 1938 – unter Vorbehalt gefälliger Rückgabe – zur Kenntnisnahme zu übersenden. Da es sich um eine Frage grundsätzlicher Art handelt, bitte ich um Mitteilung der dortigen Auffassung, ob der Erlaß vom 4. Januar 1938 auf ausländische Unternehmungen nur insoweit angewandt werden soll, als es sich um die in Deutschland bestehenden Zweigniederlassungen oder sonstiger Betriebe ausländischer Firmen handelt.
Für eine baldige Mitteilung wäre ich dankbar.

[7] Siehe Band I, S. 170 f.

b) Schreiben des Reichswirtschaftsministers, Berlin, an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 15. Juli 1938

Die in Ihrem Schreiben aufgeworfene Frage beantworte ich dahin, daß meine Richtlinien über den Begriff des jüdischen Gewerbebetriebs grundsätzlich in gleicher Weise für ausländische wie inländische Unternehmen gelten sollen. Für die Beurteilung des Charakters von inländischen Niederlassungen ausländischer Unternehmen sind daher die Verhältnisse bei der ausländischen Gesellschaft wesentlich.

Für die Betrachtung des vorliegenden Einzelfalles ergibt sich, daß die Gummiwarenfabrik Hutchinson in Mannheim als jüdischer Gewerbebetrieb anzusehen ist, wenn das Pariser Unternehmen Merkmale eines jüdischen Gewerbebetriebs aufweist. Das ist nach den übersandten Ausführungen der Industrie- und Handelskammer in Mannheim offenbar der Fall: denn dem Verwaltungsrat, der die Befugnisse des Vorstandes und Aufsichtsrats des deutschen Aktienrechts in sich vereinigen soll, gehören mindestens zwei Juden an. Nach der neuesten Fassung meiner Richtlinien, wie ich sie in den letzten Tagen herausgegeben habe, ist eine Aktiengesellschaft aber bereits als jüdisch anzusehen, wenn ihrem Vorstand oder Aufsichtsrat auch nur ein Jude angehört.

Diese Auffassung habe ich auch dem Betriebsführer des Mannheimer Unternehmens, Herrn Dr. H., gegenüber zum Ausdruck gebracht, der dieser Tage hier vorsprach. Nach dessen Ausführungen bildet der Mannheimer Betrieb eine selbständige wirtschaftliche Einheit. Er bezieht seine Rohstoffe auf dem deutschen Markt und setzt seine Erzeugnisse selbst ab. Die Pariser Geschäftsleitung nimmt kaum Einfluß auf die Führung des Betriebs. Die Beziehungen zwischen Mannheim und Paris scheinen sich im wesentlichen im Besitz der Anteile zu erschöpfen. Die in Mannheim erzielten Gewinne gelangen nicht nach Paris, sondern werden einem Sperrmarkkonto zugeführt. Der Mannheimer Betrieb ist nach den Ausführungen von Herrn H. in Geschäftsführung und Gefolgschaft rein arisch. Bei dieser Sachlage erscheint es mir geboten und auch aussichtsreich, die Frage einer Loslösung des Mannheimer Unternehmens von Paris und seiner Überführung in die Hände von Deutschen aufzurollen. Dies erscheint mir um so mehr erforderlich, als nach Herrn H.s Auffassung nicht damit zu rechnen ist, daß das Stammhaus H. eine Änderung in seinem Verwaltungsrat vornehmen wird und andererseits der Niedergang des anscheinend blühenden Mannheimer Unternehmens infolge einer Einordnung als jüdischer Gewerbebetrieb nach Möglichkeit vermieden werden muß.

Ich habe daher Herrn Dr. H. folgende Anregung gegeben: Er möge sich alsbald nach Paris begeben, der dortigen Geschäftsleitung bedeuten, daß der Mannheimer Betrieb wahrscheinlich wegen der Zugehörigkeit von Juden zu dem Pariser Verwaltungsrat für jüdisch erklärt werde und ihr vor Augen führen, welche Auswirkungen diese Einordnung bei den deutschen Verhältnissen haben würde. Er möge darauf hinwirken, daß die Pariser Geschäftsleitung bei dieser Sachlage dem Gedanken eines Verkaufs des Mannheimer Betriebes an Deutsche nähertrete.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie sich in die Weiterbehandlung der Angelegenheit in geeigneter Weise einschalten würden. Ich bin der Auffassung, daß die Pariser

Firma den Mannheimer Geschäftsbetrieb zu günstigen Bedingungen verkaufen wird, weil sie andernfalls damit rechnen muß, daß der Betrieb nach seiner Einordnung als jüdisches Unternehmen bald zum Erliegen kommt.
Ich halte es für vertretbar, daß zur Erleichterung dieser Pläne vorderhand jede amtliche Charakterisierung des Unternehmens als jüdischer Gewerbebetrieb unterbleibt.
Für eine Unterrichtung über den Fortgang der Angelegenheit wäre ich dankbar.

c) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums an die Außenstelle der Badischen Staatskanzlei in Berlin vom 21. Juli 1938 – betr.: Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 – Vermerk: »Eilboten«

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat in seinem abschriftlich anliegenden Schreiben vom 15. Juli 1938 – III J d 871 38 – in einem Einzelfall auf eine – allerdings vor der Bekanntgabe der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 6. 1938 (RGBl. I, S. 627) ergangene – Anfrage ausgeführt, daß die Richtlinien über den Begriff des jüdischen Gewerbebetriebes grundsätzlich auch für ausländische Unternehmen gelten, und daraus in diesem Einzelfall die Folgerung gezogen, daß man auf eine Überführung dieser Betriebe in deutsche Hand hinarbeiten soll.
Die hier aufgerollte Frage geht in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung weit über den Einzelfall, um den es sich hier handelt, hinaus. Ich befürchte, daß, sobald bekannt wird, daß bei der Anwendung der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz zwischen Ausland und Inland keinerlei Unterschied gemacht wird, eine Welle von Beunruhigungen und Störungen über die ausländischen Betriebe geht; denn die Möglichkeit, daß im Ausland in den ausländischen Gesellschaften, die an deutschen Betrieben beteiligt sind, irgendwo Juden im Vorstand oder Aufsichtsrat vertreten oder mit Kapital beteiligt sind, ist bei der internationalen Verflechtung dieser Unternehmungen nicht selten gegeben.
Man wird in solchen Fällen auch nicht etwa mit Ausnahmeanträgen gemäßt § 5 der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz Abhilfe schaffen können – ganz abgesehen davon, daß diese Ausnahmen bis zum 1. 4. 1940 befristet sind und sich nicht auf die Fälle der Kapitalbeteiligung erstrecken –, denn die meisten dieser Unternehmungen werden es rundweg ablehnen, einen solchen Antrag zu stellen, und weit eher sich entschließen, ihre deutschen Betriebe zum Schaden der deutschen Gesamtwirtschaft stillzulegen.
Der Herr Badische Ministerpräsident und Finanz- und Wirtschaftsminister hatte Gelegenheit, über diese gerade für das Grenzland Baden wegen seiner engen wirtschaftlichen Beziehung zur benachbarten Schweiz hochwichtige Frage mit Herrn Reichswirtschaftsminister Funk aus Anlaß seines Besuchs in Karlsruhe zu sprechen. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß die Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz gegenüber den ausländischen Beteiligungen nach Richtlinien gehandhabt werden müsse, die eine solche Schädigung ausschließen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß »aus außen-

politischen Gründen« die ausländischen jüdischen Staatsangehörigen von der Anmeldung ihrer deutschen Vermögen befreit worden sind (Erlaß des RWM vom 23. Juni 1938 III Jd 2465).

Für das Grenzland Baden ist dieser ganze Fragenkomplex, wie ich schon dargelegt habe, von geradezu ausschlaggebender wirtschaftlicher Bedeutung. Entlang dem badischen Hochrhein bestehen seit vielen Jahrzehnten die engsten kapitalmäßigen und wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Schweiz. Um nur ein Beispiel zu nennen, so dürften allein in der Textilindustrie Oberbadens etwa 20 große Betriebe mit mehr oder weniger starker Beteiligung der Schweiz geführt werden. Ähnliches gilt für andere Wirtschaftszweige. Ich darf nur daran erinnern, daß das große Rohaluminiumwerk Rheinfelden, das Aluminiumwalzwerk Singen, das Eisen- und Stahlwerk vorm. Fischer in Singen sowie die Maggi-Werke und der Lonza-Konzern, Betriebe, die aus der gesamtdeutschen Wirtschaft kaum wegzudenken sind, ganz oder überwiegend in Schweizer Hand sind. Diese Beispiele lassen sich noch beliebig vermehren. Von diesen Betrieben kann in ganz überwiegendem Ausmaß gesagt werden, daß sie sich so der deutschen Wirtschaft eingefügt haben, daß man sie nicht mehr als ausländische Betriebe empfindet. Die große Mehrzahl dieser Unternehmen ist bei der deutschen Wirtschaftskrisis von den Schweizern mit erheblichen Opfern durchgehalten worden. Ebenso darf von ihnen gesagt werden, daß sie in sozialer Hinsicht meist mustergültig und nach nationalsozialistischen Grundsätzen geführt werden.

Bei der großen Mehrzahl dieser Betriebe ist m. E. die Lage so, daß irgendwelche Bemühungen, sie in deutsche Hand zu überführen, aussichtslos sind. So wie ich die Verhältnisse beurteile, würden in den meisten Fällen die Schweizer Unternehmer weit eher diese Betriebe stillegen, anstatt sie zu veräußern. Ich sehe den großen Wert vieler dieser Betriebe für die gesamtdeutsche Wirtschaft darin, daß hier die fortschrittlichen Erfahrungen und Erfindungen des Auslandes in deutschen Betrieben in die Tat umgesetzt werden. Der gesamtdeutschen Wirtschaft dürfte dies, wenn man die Frage bis aufs letzte durchdenkt, nur von Vorteil sein. Wirtschaftspolitisch darf bei diesem ganzen Fragen-Komplex gegenüber der Schweiz auch nicht übersehen werden, daß die gesamte deutsche Wirtschaft auf ein Zusammenarbeiten mit der schweizerischen Wirtschaft in den Fragen der Schiffbarmachung des Hochrheins und des Ausbaus der Wasserkräfte unbedingt angewiesen ist.

Nach der wirtschaftlichen Struktur betrachtet, sind bei den ausländischen Beteiligungen drei Gruppen zu unterscheiden:

A. Unternehmungen, die als reine Filialbetriebe geführt werden; ihre Zahl dürfte verhältnismäßig klein sein;

B. Betriebe, welche die Gestalt einer selbständigen juristischen Person des deutschen Rechts haben, bei denen aber ausländisches Kapital unmittelbar entscheidend beteiligt ist;

C. Betriebe, die in Form einer selbständigen juristischen Person deutschen Rechts geführt werden, bei denen das ausländische Aktienpaket in Händen einer juristischen Person des ausländischen Rechts liegt. Diese Fälle dürften praktisch die bedeutsamsten sein (Beispiele: Aluminium, Lonza, Maggi, Brown Boveri usw.).

Will man die schon im Eingang angedeuteten Schädigungen vermeiden, so wird man m. E. die Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 6. 1938 auf ausländische Unternehmungen nach Richtlinien anwenden müssen, die auf die besonderen Verhältnisse Rücksicht nehmen, ohne damit dem Grundgedanken der Verordnung zuwiderzulaufen. Denn letzten Endes geht das Ziel der Verordnung doch nur dahin, die deutsche Wirtschaft von jüdischem Einfluß frei zu machen. Ich darf vertraulich bemerken, daß man für diesen Gedanken auch in Schweizer Wirtschaftskreisen weitgehendes Verständnis finden wird. Was aber auf einen unüberwindlichen Widerstand stoßen dürfte, wäre das Verlangen, in Anwendung der Verordnung auf die Schweizer Wirtschaft dahin einzuwirken, daß sie die deutschen Grundsätze auf ihre eigenen schweizerischen Gesellschaften überträgt.

Praktisch ließe sich m. E. diese insbesondere für die Wirtschaft des Grenzlandes Baden tiefgreifende Frage etwa in folgender Weise lösen:

In den Fällen der Gruppe A (reine Filialbetriebe ausländischer Unternehmungen) müßte man darauf dringen, daß diese Betriebe nach Möglichkeit in solche mit selbständiger deutscher Rechtspersönlichkeit umgewandelt werden. Dem Vorstand dieser deutschen Gesellschaften sowie ihrem Aufsichtsrat dürften Juden nicht angehören. Soweit sich diese Umwandlung aus irgendwelchen Gründen nicht durchführen läßt, müßte wenigstens – wie im Einzelfall der Gummiwarenfabrik Hutchinson-Mannheim – gewährleistet sein, daß die deutsche Betriebsleitung selbständig ist, auch gegenüber dem ausländischen Verwaltungsrat oder dergleichen, sofern diesem Juden angehören, und daß der Exponent dieses ausländischen Vorstandes oder Verwaltungsrats, der die Verbindung mit der deutschen Niederlassung herstellt, Nichtjude ist.

Dagegen sollte man auch in diesen Fällen jede Nachforschung darüber, ob etwa an dem ausländischen Unternehmen Juden beteiligt sind, m. E. unterlassen, zumal da sich zuverlässige Feststellungen hierüber kaum treffen lassen.

In den Fällen B (Betriebe in Form einer deutschen Rechtspersönlichkeit) sollte man selbstverständlich darauf dringen, daß weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat dieser Betriebe Juden angehören. Dagegen sollte man auch hier aus den zu A erwähnten Gründen davon absehen, Untersuchungen hinsichtlich der Kapitalbeteiligung zu führen.

In den Fällen der Gruppe C (Betriebe in selbständiger juristischer Form deutschen Rechts, deren Kapital in Händen einer juristischen Person des Auslandes ist) müßte man ebenfalls daran festhalten, daß im Vorstand und Aufsichtsrat der deutschen Gesellschaft Juden nicht tätig sind. Dagegen sollte man auch hier die Kapital- und Stimmrechtsfrage beruhen lassen. Man wird in diesen Fällen auch nicht verlangen können, daß aus dem Vorstand und Aufsichtsrat der ausländischen Gesellschaft, die am Kapital der deutschen Gesellschaft beteiligt ist, etwa vorhandene Juden ausscheiden müssen, denn diese Forderung ist praktisch nicht durchsetzbar.

Ich ersuche, über diese Frage mit der zuständigen Stelle des Reichswirtschaftsministeriums im Sinne der obigen Anregungen alsbald zu verhandeln und über das Ergebnis zu berichten. Der Herr Reichswirtschaftsminister wird diesen Fragenkomplex, wenn nicht eine große Beunruhigung Platz greifen soll, baldigst regeln müs-

sen. Bei der tiefeinschneidenden Bedeutung dieser Frage für die badische Wirtschaft darf ich erwarten, daß ich schon bei der Aufstellung der Grundsätze eingeschaltet werde. Ein Durchschlag dieses Schreibens ist angeschlossen.

d) Schreiben der Außenstelle der Bad. Staatskanzlei in Berlin an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 18. August 1938 – betr.: Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938

Die vorstehende Angelegenheit wurde erst jetzt mit dem Sachbearbeiter im Reichswirtschaftsministerium (Ministerialrat Krüger) erörtert, weil dieser einen früheren Termin nicht hatte angeben können.
In der Unterhaltung, in welcher von dem Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 15. Juli 1938 betr. Gummifabrik Hutchinson in Mannheim ausgegangen war, hatte der Referent zunächst die grundsätzliche Haltung eingenommen, daß die in Deutschland interessierten ausländischen Betriebe sich eben nach dem deutschen Recht richten müßten, denn es sei ihm vom Auswärtigen Amt ausdrücklich bestätigt worden, daß im umgekehrten Fall stets das ausländische Recht gelte. Wie im Laufe der längeren Aussprache dann aber geklärt wurde, handelte es sich bei dieser Haltung indessen nur um eine grundsätzlich programmatische Auffassung, hinsichtlich welcher der Referent zugab, daß sie zur Zeit noch nicht voll durchgesetzt zu werden brauche. Er erklärte sich damit einverstanden, daß zur Zeit es genüge, wenn bei den in Frage kommenden Betrieben deutschen Rechts die in Deutschland befindlichen Organe – also Vorstand und Aufsichtsrat – den geltenden Richtlinien entsprechen und es könnte davon abgesehen werden, Nachforschungen über die Verhältnisse der ausländischen Beteiligten anzustellen oder Konsequenzen aus der Lage dieser ausländischen Beteiligungen zu ziehen. Soweit Niederlassungen in Deutschland ohne eigene Rechtspersönlichkeit vorhanden wären, solle versucht werden, sie in solche eigenen Rechts umzuwandeln, wenn zuverlässige Kenntnis darüber bestehe, daß der ausländische Inhaber Nichtarier wäre. Im ganzen hatte ich den Eindruck, daß der Referent nicht damit rechnet, die Anwendung der scharfen deutschen Richtlinien könnte in absehbarer Zeit gegenüber ausländischen nichtarischen Beteiligungen durchgesetzt werden. Erwähnt sei noch, daß nach Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums die Ausnahmegewährung gemäß § 5 der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz auf Einzelfälle beschränkt sein müsse.

Nr. 121

a) Ziffer II eines Aktenvermerks des Mannheimer Bankhauses B. vom 12. Oktober 1939, der mit Schreiben vom 30. Oktober 1939 an das Rassenpolitische Amt der NSDAP, Gauleitung Baden, Karlsruhe, gesandt wurde – Abschrift – Vermerk: »streng vertraulich« (Jüdisches Vermögen, Einzelfälle)[8]

II. Entwicklung der Geschäftsverbindung

Für die Erlangung der Bescheinigung, daß es sich bei der Firma N. um ein nichtjüdisches Unternehmen handelt, hatte Frau N. der Industrie- und Handelskammer gegenüber u. a. die eidesstattliche Erklärung abgeben müssen, daß ihr Mann, der Jude O. N. vom Übernahmevertrag an weder direkt noch indirekt für sie tätig ist. Um in der kaufmännischen Führung einen evtl. Einfluß des Juden auszuschalten, haben wir uns für die Erledigung dieser Seite des Geschäfts derart eingesetzt. – Dabei brachten wir von Anfang an der Frau N. gegenüber zum Ausdruck, daß es ein unmöglicher Zustand sei, daß sie mit ihrem jüdischen Ehemann weiterhin in häuslicher Gemeinschaft lebe und legten ihr nahe, sich von dem Juden scheiden zu lassen. Schon hier berührte es uns eigenartig, daß Frau N. brüsk und auf das entschiedenste eine Scheidung ablehnte. Frau N. scheute sich sogar nicht, sich gemeinsam mit ihrem jüdischen Ehemann sehen zu lassen. Aus Kundenkreisen wurde uns sogar folgendes Vorkommnis geschildert: Frau N. ging am Arme ihres jüdischen Ehemanns auf der Straße spazieren und grüßte in unverfrorenster Weise laut mit »Heil Hitler«! Eine weitere Unverschämtheit leistete sich Frau N., als sie kurz vor Weihnachten nach der Rückkehr ihres Mannes aus Dachau, wohin dieser anläßlich der Judenaktion im November 1938 gebracht worden war, äußerte, daß sie nun »ihr schönstes Christkindel« erhalten habe. Ob dieser Äußerung befremdet und empört, wurde Frau N. nochmals aufs schärfste auf den unmöglichen Zustand des Zusammenlebens mit dem Juden N. hingewiesen, worauf sie jedoch wiederum zum Ausdruck brachte, daß sie ihren Mann nie verlassen würde.

Durch diese Vorfälle und überhaupt durch die im Verlauf des Zusammenarbeitens mit Frau N. zutage tretende Erkenntnis, daß der Einfluß des Juden keineswegs völlig ausgeschaltet war, kamen wir zu dem Entschluß, daß eine Geschäftsverbindung auf dieser Basis weiterhin nicht möglich war und für die nächste Hopfensaison eine neue Grundlage zu schaffen war. Dieser Entschluß wurde bestärkt durch das uns immer weniger gefallende Geschäftsgebaren der Frau N. bzw. des dahinter steckenden Juden O. N. Im Besitz der Bestätigung der Industrie- und Handelskammer und unter dauernder Berufung auf verschiedene Persönlichkeiten von Partei und Staat wie z. B. Herrn Dr. Nuß, Mannheim, und Herrn Oberregierungsrat Stöckinger, Karlsruhe, bei denen sie ein- und ausgehe und jegliche Unterstützung erfahre, fühlte die Firma N. & Co. sich sicher und glaubte nun, die Direktiven des Juden O. N. durchführen zu können. In diesem Zusammenhang erscheint es auch eigentümlich, daß sämtliche telefonischen Hopfenabschlüsse nicht etwa im Büro der

[8] Siehe Band I, S. 164 f.

Firma N. & Co., sondern in der Wohnung getätigt wurden, und daß die Hopfenmuster nicht etwa vom Lager aus, sondern ebenfalls von der Wohnung aus abgesandt worden sind.
Nach abermaligen Bemühungen gelang es uns, im Kreise unserer Geschäftsfreunde zwei Interessenten zu finden, die bereit waren, mit einer Beteiligung als Kommanditisten in die Firma N. & Co. einzutreten. Bei den Vorverhandlungen mit Frau N. ergab es sich, daß die alte Firma N. noch gar nicht gelöscht war. Hierüber befragt, gab Frau N. nur unklare Auskünfte, so daß die Vermutung nicht von der Hand zu weisen ist, daß in der Familie N., wenn auch auf längere Sicht gesehen, der Wunsch auf ein etwaiges Wiederaufleben der alten jüdischen Firma vorhanden ist.
Nachdem mit Vorverhandlungen mit beiden Seiten, also sowohl mit den beiden neueintretenden Kommanditisten als auch Frau N. Einigung über alle Fragen erzielt war, wurde auf Wunsch und im Einverständnis von Frau N. eine Unterredung mit unserem Juristen, Herrn Rechtsanwalt Dr. G., Mannheim, herbeigeführt, in der alle Punkte, die zu einem Vertragsabschluß führen sollten, festgelegt wurden. Der daraufhin verfaßte Vertragsentwurf liegt bei.
Die Vorverhandlungen wegen der Aufnahme von zwei Kommanditisten hatten bereits im Juli 1939 eingesetzt. Durch die politischen Spannungen und den darauffolgenden Ausbruch des Krieges und die damit verbundenen Einberufungen verschiedener Beteiligten hatten eine Verzögerung des endgültigen Vertragsabschlusses herbeigeführt. Wir hatten jedoch der Firma N. & Co. die Zusage gegeben, solange nicht die Neuregelung getroffen sei, ihr die nötigen Kredite für den diesjährigen Hopfeneinkauf zur Verfügung zu stellen und zur Besicherung die Bestimmungen des während der vorjährigen Saison am 21. November 1938 geschlossenen Vertrages gelten zu lassen. Auch die technische Abwicklung der Geschäfte sollte auf die gleiche Art wie im Vorjahr vorgenommen werden, die z. B. vorsah, daß Zahlungsaufträge seitens der Firma N. & Co. nur unter gleichzeitiger Vorlage der für die betreffende Partie ausgestellten Hopfenschlußscheine ausgeführt werden. Frau N. hatte uns jetzt Zahlungsaufträge hereingegeben, ohne jedoch die Schlußscheine beizufügen. Lediglich für einen späteren, kleineren Auftrag lagen diese vor. Auch auf unsere Anforderung hin erhielten wir die benötigten Schlußscheine nicht, so daß eine sofortige Ausführung der Aufträge nicht möglich war, während der mit den Schlußscheinen versehene Auftrag zwecks Ausführung in die dafür zuständige Abteilung gegeben wurde.
Dies vorausgeschickt, mußten wir nunmehr feststellen, daß nachdem Frau N. sich noch am Mittwoch, den 21. September 1939, mit allen Punkten des Vertrages einverstanden erklärt hatte und sogar noch telefonisch einige Angaben, die zur Vervollständigung des Vertrages benötigt wurden (wegen Handelsregistereintragung, Geschäftsjahr etc.), machte, am 22. September 1939 die in Photokopie beiliegenden Briefe schrieb, in denen sie persönlich wie auch die Firma N. & Co. die Geschäftsbeziehungen zu der Firma B. & Co. abbricht. Hierzu ist ausdrücklich zu bemerken, daß Frau N. in den Vorverhandlungen nie Einwände bezüglich der einzelnen Punkte geltend gemacht hat.

Wir haben in Erwägung der vorerwähnten Gründe bewußt darauf hingearbeitet, die Majorität der Firma nicht in den Händen einer jüdisch versippten Familie zu belassen, sondern ihr den maßgeblichen Einfluß durch die Aufnahme von zwei arischen Kommanditisten zu entziehen. Die Tatsache des daraufhin erfolgten Abbruchs der Geschäftsverbindungen ist der beste Beweis dafür, daß der Jude seinen Einfluß unter keinen Umständen preisgeben, sondern erhalten will.
Der Gipfel der Unverschämtheit war jedoch, daß Frau N. sich nun Gelegenheit nahm, bei ihrer neuen Bankverbindung, der Badischen Bank, Filiale Mannheim, uns gegenüber mit unwahren Angaben zu argumentieren, indem sie behauptete, das Bankhaus B. & Co. habe ihr »untragbare Zumutungen« gestellt und sie durch Nichtausführung von Zahlungsaufträgen in eine schwierige Lage gebracht. Aus den vorstehenden Ausführungen dürfte jedoch klar ersichtlich sein, daß es der Firma N. & Co. lediglich darauf ankam, jeden Einfluß von dritter Seite zu unterbinden, um so ihre jüdischen Geschäftsmethoden ungestört fortführen zu können.

b) Schreiben der Badischen Bank – Direktion – an das Bad. Finanz- und Wirtschaftsministerium vom 29. Januar 1940

Wir erlauben uns, Ihnen anbei ein Schreiben unserer Filiale Mannheim vom 25. Januar 1940 zu übergeben. Der vorliegende Tatbestand ist außerordentlich unerfreulich, wenn man berücksichtigt, unter welchen Gesichtspunkten wir seinerzeit auf Ihre Anregung hin den Kredit gewährt haben. Das Verlangen der früheren kreditgebenden Bank nach einer Beteiligung am Gewinn des Kreditnehmers entspricht Maximen, die man früher als ausgesprochen jüdisch bezeichnet hat, vollends in einem solchen Fall, in dem der Kredit eine Hilfeleistung an eine um ihre Familie schwer ringende Frau ist. Wir hoffen, daß es Ihnen gelingt, die vorliegende Denunziation niederzuschlagen.

Nr. 122
a) Eingabe der Frau Martha Netter und des Prokuristen R. an das Geheime Staatspolizeiamt, Karlsruhe, vom 15. November 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–9)

Paul Netter, Juwelier aus Mannheim, Alleininhaber der Firma Netter & Co., Mannheim, befindet sich seit 10. November in Schutzhaft. Der unterzeichnete arische Prokurist R. der Firma Netter & Co. und die Ehefrau Martha Netter, geb. Braun, stellen hiermit den Antrag auf Entlassung des Paul Netter aus der Schutzhaft und begründen dies wie folgt:
Schon vor der Inhaftnahme schwebten Verhandlungen mit dem mitunterzeichneten Prokuristen R. wegen Arisierung der Firma. Zum Abschluß dieser Verhandlungen ist die persönliche Mitwirkung des Inhabers der Firma des Paul Netter dringend notwendig. Die Eigenart des Juwelengeschäftes und die Vielseitigkeit des Warenlagers an Juwelen und edlen Metallen bedingen die persönliche Gegenwart

des Inhabers bei den Verhandlungen. Es sei bemerkt, daß es sich sowohl um volkswirtschaftliche Werte als um devisenbringende Werte handelt. Durch die Inhaftnahme ist die Schließung des Geschäftes notwendig geworden, und die sechs Angestellten des Betriebes, sämtlich arisch, sind dadurch z. Z. beschäftigungslos.
Es sei des ferneren bemerkt, daß Paul Netter im Jahre 1881 geboren ist, also im 58. Lebensjahr steht und lt. beiliegendem ärztlichen Attest ernstlich gallenleidend ist. Paul Netter hat den Weltkrieg mit Auszeichnung mitgemacht.
Wir ersuchen daher ergebenst das Geheime Staatspolizeiamt aus den oben geschilderten dringlichen Gründen die Entlassung des Paul Netter verfügen zu wollen.

b) Antrag des H. T. auf »Arisierung« des Juweliergeschäfts Netter, Mannheim, an den Präsidenten der Handelskammer Mannheim vom 1. Dezember 1938 (Jüdisches Vermögen, Einzelfälle)

Ich nehme auf die heute morgen stattgehabte Besprechung Bezug und beantrage hiermit die erforderliche Genehmigung zur Arisierung der vorgenannten Firma dergestalt, daß ich das Recht erhalte, diese Firma zu übernehmen und künftig unter meinem Namen zu führen.
Unter Hinweis auf die unter dem 24. 11. 1938 ergangene Verordnung über die Arisierung von Einzelhandelsgeschäften gestatte ich mir darzulegen, daß im Falle der Firma N. besondere Umstände vorliegen und das Bedürfnis für das Fortbestehen des bisher jüdischen Einzelhandelsgeschäfts durchaus zu bejahen ist. Die bisherige Firma N. konnte selbst noch in den letzten Jahren, in denen der Geschäftsbetrieb durch die Tatsache, daß die Firma in jüdischen Händen war, bereits erheblich behindert war, noch immer als das ausgesprochen führende Fachgeschäft, besonders für den Umsatz großer und wertvoller Stücke, am Platz Mannheim bezeichnet werden. Diese Tatsache ist zurückzuführen auf den langjährig gleichgebliebenen Zuschnitt des Geschäftes, das sich damit einen großen Kundenkreis zahlungsfähiger Abnehmer geschaffen hatte und deren größtes Vertrauen besaß. Zum Beweis dessen führe ich die ermittelten Jahresumsatzzahlen an:

1935 Mk. 245 000,–
1936 Mk. 168 000,–
1937 Mk. 157 000,–
1938 bis zur Schließung des Geschäfts Mk. 185 000,–

Wie ich selbst festgestellt habe, hat selbst in den letzten Jahren noch eine große Anzahl rein arischer, wirtschaftlich und sozial prominenter Persönlichkeiten, weiter in der Firma – meist allerdings unter Deckrechnung – gekauft, weil eben das Lager und die hervorragenden Stücke der Firma noch immer Ruf hatten.
Die Bedeutung der Firma Netter war schon bisher nicht auf den Platz Mannheim beschränkt, die Firma hatte vielmehr einen großen Kundenkreis außerhalb Mannheims, wie sie z. B. in Baden-Baden eine ständige Filiale unterhielt, bis die Kurverwaltung Baden-Baden der Firma als jüdischem Unternehmen die vermieteten

Räume aufkündigte. Von dem oben aufgeführten Umsatz im Jahre 1938 im Gesamtbetrag von RMk. 185 000,– wurden mit am Platz Mannheim wohnhaften Kunden nur RMk. 85 000,– umgesetzt, während die restlichen RMk. 100 000,– auf auswärtigen Umsatz entfielen. Ich betone ausdrücklich, daß es mir völlig fernliegt, nach erfolgter Arisierung dem bestehenden einschlägigen Facheinzelhandel Mannheim etwa insofern besondere Konkurrenz zu machen, daß ich etwa nunmehr den Verkauf kleiner Stücke, Gebrauchsuhren oder ähnliches, als einen neuen Zweig des von mir in Aussicht genommenen Unternehmens forcieren will. Die Gründe, die mich zum Antrag auf Arisierung des jüdischen Geschäftes veranlassen, gehen vielmehr auf andere Ursachen, die in meinem Werdegang und meiner sozialen Stellung liegen, zurück. Ich war früher im Bankfach tätig und in dieser Eigenschaft zwei Jahre an einer Bank an der Riviera, die in der Hauptsache die Geschäfte von Privateinzelkunden betrieb, die dort ihre Villen hatten und der großen Gesellschaft angehörten. Nach meiner Verheiratung zog ich mich auf einen Landsitz in der Nähe von Buchen zurück und lebte ohne weitere Berufsausübung als Rentner. In diesen Jahren habe ich mir als Liebhaber und Sammler von Pretiosen gerade auf diesem Gebiet eingehende Kenntnisse erworben, so daß der von mir gewählte Geschäftszweig für mich durchaus nicht fachfremd ist. Darüber hinaus verfüge ich über weitreichende gesellschaftliche Verbindungen im In- und Ausland.
Ich führe beispielsweise an:
[Es folgt eine Aufstellung gesellschaftlicher Beziehungen]
Ich bin der Ansicht, daß es mir aufgrund der geschilderten Beziehungen rein gesellschaftlicher Art unschwer möglich ist, die jetzige Bedeutung der Firma Netter durch zusätzliches, in keiner Weise an den Platz Mannheim gebundenes Geschäft, wesentlich steigern zu können. Dabei beabsichtigte ich, wie bereits betont, mich ausgesprochen dem Geschäft in größeren und großen Stücken zuzuwenden. Als Fachmann für den Geschäftszweig werde ich den bisherigen Einzelprokuristen der Firma, Herrn R., übernehmen und durch einen langfristigen Vertrag verpflichten.
Abgesehen von dem inländischen Geschäft hatte die Firma Netter früher erhebliche Exportbedeutung. So konnte ich aus den Büchern feststellen, daß im August 1928 die Firma Netter mit dem Bruder des Königs von Siam, dem Prinzen Rangsit von Siam, einen Abschluß über ein großes Perlensautoir zum Preis von RMk. 358 500,– gemacht hat. Im Jahre 1929 wurden zu den Collier noch zwei große Perlen zum Preis von RMk. 131 300,– geliefert. Die Bezahlung erfolgte jeweils in englischer Währung. Der König von Schweden sowie der Zar von Bulgarien waren früher Käufer der Filiale Baden-Baden. Nach der Machtergreifung ging dieses Exportgeschäft fühlbar zurück. Im Jahre 1934 konnten immerhin noch nennenswerte Geschäfte abgeschlossen werden, die vom Standpunkt der Devisenpolitik deswegen günstig waren, weil die Ausländer die Edelsteine von sich aus stellten und die Firma die Bearbeitung durchführte, so daß die Devisenerträgnisse praktisch reines Arbeitsentgelt darstellten. Es konnten im Jahre 1934 noch Aufträge im Betrag von RMk. 13 000,– bewerkstelligt werden. In den letzten Jahren konnte das Auslandsgeschäft, das persönliche Bearbeitung der Kundschaft voraussetzt, schon deswegen nicht mehr gepflegt werden, weil Anträge des Juden auf Devisen zu Reise-

zwecken keine Genehmigung mehr fanden. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß im Falle des Erlöschens dieses Einzelhandelsbetriebes die früheren Exportbeziehungen vernichtet wären, weil es den übrigen in Mannheim ansässigen Einzelhandelsfirmen des Fachs nicht möglich ist, die Beziehungen nunmehr für ihren Betrieb wieder anzuknüpfen ...

[Es folgen weitere Ausführungen über den beabsichtigten Kaufvertrag und über die Notwendigkeit, die ausgesprochen günstig gelegenen Geschäftsräume in D 1, 5/6 ebenfalls käuflich zu erwerben.]

Zum Schluß meiner Ausführungen darf ich noch darauf hinweisen, daß ich Parteigenosse bin und jederzeit auch den Nachweis dafür antreten kann, daß ich längst in den Jahren vor der Machtergreifung mich für die Bewegung aktiv eingesetzt habe. Über meine politische Zuverlässigkeit vermag die Kreisleitung Mannheim und die für mich zuständige Kreisleitung Buchen jederzeit Auskunft zu geben.

Nr. 123

a) Gesuch des jüdischen Spenglermeisters S. R. aus Mannheim an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 10. Dezember 1938 (Jüdisches Vermögen, Einzelfälle)

Endesunterzeichneter, geb. am 4. August 1894 in Mannheim, von Beruf Spengler und Installateur, übt dieses Handwerk seit 1920 in hiesiger Stadt selbständig und ohne fremde Arbeitskräfte aus. Infolge der neuesten Verordnung muß ich meine Werkstätte am 31. d. Mts. schließen. Ich habe bereits seit längerer Zeit die feste Absicht, aus Deutschland auszuwandern. Seit August d. J. bin ich auch nachweisbar im Besitze einer ordnungsgemäßen Bürgschaft für USA. Leider erfolgt die Visumserteilung durch das amerikanische Konsulat nicht in der Zeit, die für jeden Auswanderer sehr wünschenswert wäre. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß man sich als Klein-Handwerker absolut keine Vermögensreserve ansammeln konnte, infolgedessen bei Arbeitslosigkeit in eine sehr bedrängte Lage käme. Ich erlaube mir daher, an Sie das höfl. Ersuchen zu richten, mir bis zu meiner Auswanderung eine vorläufige Weiterarbeit zu genehmigen. Zur näheren Illustration meiner Person und Verhältnisse gestatte ich mir, noch Folgendes anzuführen: Meine Kundschaft besteht ausschließlich aus Nichtariern. Ich selbst genieße einen guten Leumund, meine Verpflichtungen habe ich auch immer mit großer Pünktlichkeit und Genauigkeit erfüllt; ebenso habe ich noch nie öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen. Während des Weltkrieges bin ich im August 1914 als Kriegsfreiwilliger beim Inf. Regiment Nr. 40 eingetreten und habe ununterbrochen bis zum 19. Dezember 1918 bei verschiedenen Formationen meine Pflicht erfüllt und erhielt überall die Führungsnote gut und sehr gut, wie ich durch meinen Militärpaß jederzeit nachweisen kann. Meine politische Gesinnung ist und war ebenfalls immer einwandfrei und makellos, wofür ich ebenfalls einwandfreie Beweise erbringen kann. Aus all diesen angeführten Gründen ersuche ich Sie um eine wohlwollende Prüfung und Genehmigung meines Gesuches.

b) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers an S. R. vom 20. Dezember 1938 – Nr. 37799

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 10. Dezember 1938 teile ich Ihnen mit, daß eine Möglichkeit, Ihren Handwerksbetrieb über den 31. Dezember 1938 hinaus weiterzuführen, nach Art. II § 5 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung der V[er]o[rdnung] zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 23. November 1938 nicht besteht. Eine Ausnahmebewilligung hierfür ist nicht möglich.
Falls Sie Ihren Betrieb in arische Hände überführen sollten, wäre dazu meine Genehmigung unter Vorlage von drei Fertigungen des Kaufvertrages einzuholen.

Nr. 124

a) Der Polizeipräsident der Stadt Mannheim an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 17. April 1939 – betr.: Schenkungsvertrag vom 15. Dezember 1938 – Aktenzeichen: 7 H 1432/38 des Notariats Mannheim (Stadtarchiv Mannheim 16/67–12)

Der Schenknehmer A. K. ist Halbjude. Er wird als politisch unzuverlässig bezeichnet.
Wirtschaftliche Interessen Dritter würden nach den vom Kreiswirtschaftsberater getroffenen Ermittlungen nicht verletzt werden.

b) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums an den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 5. Mai 1939 – betr.: Schenkungsvertrag vom 15. Dezember 1938 – Aktenzeichen 7 H 1432/38 des Notariats Mannheim

Da nach den mir vorliegenden Richtlinien eine Übertragung jüdischen Vermögens auf Mischlinge 1. Grades zulässig ist[9], ersuche ich noch um Mitteilung, ob die Beurteilung des Schenknehmers als politisch unzuverlässig lediglich auf den Umstand zurückzuführen ist, daß er Halbjude ist, oder ob darüber hinaus gegen ihn noch besondere politische Bedenken bestehen.

---

[9] Laut Erlaß des Ministerpräsidenten, Generalfeldmarschall Göring – Beauftragter für den Vierjahresplan – vom 28. Dezember 1938 St.M.Dev. 1763 g / Erlaß veröffentlicht: Dokument PS 069 (IMT Band XXV, S. 101).

c) Der Polizeipräsident der Stadt Mannheim an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 30. Mai 1939 – betr.: Schenkungsvertrag vom 15. Dezember 1938 – Aktenzeichen 7 H 1432/38 des Notariats Mannheim

Die Beurteilung des Schenknehmers als politisch unzuverlässig ist auf den Umstand zurückzuführen, daß er Halbjude ist. Nach Mitteilung des Kreiswirtschaftsberaters ist ein Jude oder Halbjude grundsätzlich als unzuverlässig zu bezeichnen [10].
Bei der dortigen Entschließung wäre noch zu berücksichtigen, daß dem Gesuchsteller mit Erlaß vom 4. Mai 1939 Nr. 26 220 die Genehmigung erteilt wurde, im Hause U 1. 11 hier ein Herren- und Knabenkonfektionsgeschäft zu betreiben.

2. NATIONALTHEATER, KULTURLEBEN

Der Kampf, der in Mannheim zur Herrschaft der Nationalsozialisten führte, ist kaum zu verfolgen. Mit welcher Heftigkeit er geführt wurde – welchen Rückhalt aber auch das als Stadt der Marxisten und Juden geschmähte Mannheim jüdischen Bürgern bot – zeigt sich am Kampf um das Nationaltheater. Nach der Machtergreifung hatte der Intendant Maisch den Mut, das Moissiensemble spielen zu lassen und die Mannheimer Theatergemeinde war bereit, trotz des angekündigten Skandals die Vorstellung zu besuchen. Die Partei konnte sich keine Prügelszene leisten, sondern sie mußte sich noch mit einer Drohung an die Polizeibeamten, die ihre Pflicht getan hatten, begnügen. Wie sehr sich die Atmosphäre in wenigen Jahren im nationalsozialistisch inspirierten Kulturleben geändert hatte, zeigt wohl am besten die Äußerung (Nr. 128): »es kommen bestimmt keine Juden in Ihren Vortrag herein. Außerdem sind Diskussionen und Zwischenrufe heute nicht mehr an der Tagesordnung.«

Nr. 125
a) Hakenkreuzbanner 6. Januar 1933

Herr Maisch wünscht wieder einen Skandal!
Das Theaterbüro läßt uns folgende Notiz zugehen:
Am Freitag der kommenden Woche wird Alexander Moissis Ensemble ein Gastspiel geben, und zwar Bernhard Shaws neue Komödie »Zu wahr um schön zu sein«.
Es gibt Leute, die etwas spät merken, sehr spät sogar! Es gibt aber auch Leute, die nichts merken! Und es gibt Leute, die nichts merken wollen! Zu dieser Kategorie dürfte unbedingt der Mannheimer Intendant Maisch gehören. Es ist eine unglaubliche Provokation gegenüber der nationalen Bevölkerung Mannheims, diesen jüdischen »Schauspieler« mit seiner Mischpoke nach Mannheim zu laden. Dieser Moissi

[10] Handschriftliche Randbemerkung des Sachbearbeiters im Finanz- und Wirtschaftsministerium: »Nein!«.

(wahrscheinlich richtig Moses!) ist nämlich jener »berühmte Künstler«, der einen Skandal dadurch inszenierte, daß er ohne Einwilligung einer Mutter dem Geburtsakt in einer Klinik beigewohnt hat, um die »seelischen Reaktionen zu studieren«. Und so ein schamloser Hebräer erfrecht sich jetzt das Schandstück des »englischen« Juden Shaw hier aufzuführen. Herr Moissi hat schon einmal erleben müssen, daß ihm das Publikum ganz unzweideutig seine Einstellung zu seiner »Kunst« klargelegt hat. Bei ihm liegt es, ein zweites Innsbruck zu verhüten. Unsere Parole für dieses »Gastspiel« heißt: Fort mit dem Juden Moissi!
Ein sehr bezeichnendes Licht wirft diese ganze Angelegenheit auf den Intendanten Maisch. Wir haben zwar kein Geld, unseren Theaterberichterstatter mit dem Schauspiel-Ensemble zur Aufführung der »Marneschlacht« nach Berlin zu senden, wie es die Mannheimer Judenpresse zum »höheren Lobe Maischs« getan! Aber wir vertreten hier in Mannheim die Belange der nationalen Bevölkerung. Wir haben Herrn Maisch schon verschiedentlich beleuchten müssen. Unsere Anhänger wissen Bescheid. Es genügt für heute, hinzuzufügen, daß der »Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten« sich gegen eine Berufung Maischs, des mehrfach verwundeten Frontoffiziers ausgesprochen hat.
Mannheim wird Moissi würdig empfangen!

b) Hakenkreuzbanner 11. Februar 1933

Moissi-Gastspiel unter Polizeischutz

Die Mannheimer Bevölkerung gibt Herrn Maisch und der jüdischen Clique die gebührende Antwort. Das ganze Theater mit Kriminalpolizei besetzt. Vor dem Theater Überfallkommando, großer Aufwand an uniformierter Polizei. Das Theater muß bei beleuchtetem Hause spielen. Fortgesetzte »Pfui«- und »Raus«-Rufe machen das Spiel unverständlich und zum Schluß unmöglich. Das Publikum war über die Schweinerei empört. Bei offener Szene mußte zeitweise der Vorhang geschlossen werden. Vor dem Theater sammelten sich mehrere hundert deutscher Volksgenossen, die fortwährend in die Rufe ausbrachen »Deutschland erwache« und »Juda verrecke«, so daß diese Rufe im Theater gehört wurden. Vier empörte Volksgenossen wurden aus der Vorstellung heraus verhaftet.
Herr Maisch, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen! Das letzte Wort sprechen wir!
Ausführlicher Bericht folgt.

c) Hakenkreuzbanner 13. Februar 1933

Moissis unverschämte Provokation!
Solche Schweinereien läßt Maisch spielen!

Wir hatten bereits in unserer Samstag-Ausgabe Gelegenheit, auf die unerhört herausfordernde Tendenz des Stückes sowie auf die Persönlichkeit des Moissi hinzuweisen.

Hier einige Kostproben aus dem Skandal»werk«:
»Glaube ist Schwindel, aber er wirkt!«
»Seidenschlüpfer von moderner Kühnheit! Welches Thema für eine Predigt!« (Ausspruch des einbrechenden Geistlichen!)
»Das traute Heim ist ein Gefängnis für Mädchen und ein Arbeitshaus für die Frau!«
»Ich kann alles predigen: Wahres und Falsches!« (der Geistliche!)
»Dabei mag ich instinktiv fühlen, daß es ein schauderhafter Unsinn ist!«
»Eine Liebesangelegenheit soll nur aus Flitterwochen bestehen. Und die kann man sich nur sichern, wenn man die Männer fortwährend wechselt. Denn ein und derselbe Mann bleibt niemals auf der Höhe!«
Ein Mörder, der einen Polizisten erschlägt, wird folgendermaßen entschuldigt:
»Harry war wirklich kein schlechter Kerl! Er hat dabei keine bösen Absichten gehabt!«
Ein Mädchen aus bester englischer Gesellschaft:
»Wir sind nichts als unwirksame Düngemittel. Wir tun nichts, als gute Nahrung in Kehricht verwandeln. Wir sind wandelnde Kehrrichtfabriken!«
» . . .ist ein Weib nicht mehr als eine Marmeladedose, die man zuerst benützt und dann wegwirft!«
»Mißbrauchen Sie den Namen Ihres Gottes nicht. Es ist Blasphemie, wenn Sie an ihn glauben, und Unsinn, wenn Sie nicht an ihn glauben!«
Dann teilt dieser Jude den Menschen ein in: ein oberes Stockwerk und ein Erdgeschoß!!!
Es folgen einige Lobgesänge auf den Juden Einstein, den Pazifismus und Bolschewismus, und dann geht es weiter:
»Wir waren (im Krieg) alle ein Haufen Narren, die einander für nichts und wieder nichts umbrachten!«
»Es sollte keine Mütter geben. Ich möchte die Klette Mutter abschaffen!«
»Das Nächstschlimmste nach einer Mutter: ein Vater!«
»Ich will eine Welt ohne Eltern! In meinem Traum ist kein Platz für sie!«
»Ich will mein Lebtag nie wieder an etwas glauben!«
Diese Beispiele aus dem Sumpf jüdischer Zersetzungsarbeit mögen genügen! Wir können noch lange fortfahren! –
Die Antwort auf diese Schweinerei blieb denn auch nicht aus!
Wie es zum »Skandal« kam . . . Eine dumpfe, drückende Atmosphäre lag über dem äußerst schlecht besuchten Theater. Im Parkett: Lücken! In den Rängen teilweise gähnende Leere! Fast lauter bekannte Gesichter! Die obligatorische Judenclique, die »geladenen Gäste«, der Herr Oberbürgermeister, Theaterausschuß, das Mannheimer Theaterpersonal und Vertreter der Asphalt- und Provinzpresse! (Am Nationaltheater kann nämlich jeder Judenjunge für ein hinterwäldlerisches »Weltblatt«: » . . . bacher Anzeiger« seine Freikarte bekommen. Diese Unkosten spart man damit wieder ein, daß man den nationalsozialistischen Zeitungen Mannheims und Ludwigshafens nicht dasselbe Entgegenkommen wie den anderen Blättern in Form eines ständigen Platzes gewährt!!!)

Als dann die ersten Schweinereien fielen, war der anständige Teil des Publikums nicht mehr zu halten. Pfui- und Raus-Rufe ertönten. Pfiffe schrillten durch diesen Judentempel, und ein gewisses Publikum bekam eine unnatürliche helle Gesichtsfarbe.

Mehrere Besucher verließen aus Protest gegen die unbändigen Beschimpfungen aller ethischen, christlichen und völkischen Grundsätze durch den Juden Shaw das Theater.

Die hiesige Theaterleitung hatte scheinbar selbst recht wenig Vertrauen in den »Erfolg« des Schmarrens, denn eine unverhältnismäßig große Anzahl von Kriminalbeamten in Zivil war im Theater verteilt. Nach den ersten Pfui-Rufen wurde sogar das Überfallkommando alarmiert.

Etwa 20 protestierende Volksgenossen wurden aus dem Theater verwiesen, 6 empörte Deutsche, die die Ehre ihres Volkes verteidigten, wurden verhaftet und bis gegen Morgen des nächsten Tages wie Verbrecher eingesperrt.

Die Mannheimer Polizei mußte den Schutz für diese jüdische Zersetzung und anekelnde Schweinereien übernehmen! Pfui Teufel! Während man einigen Beamten anmerkte, daß sie sich in dieser ihnen aufgezwungenen Rolle gar nicht wohl fühlten, konnten andere nicht genug tun, ihren »Heldenmut« zu beweisen!

Es ist traurig, daß man auf die Denunziation einiger schmieriger Judenweiber hin Verhaftungen vornahm.

Da der Lärm nicht nachließ, mußte bei Beleuchtung gespielt werden. Trotzdem mußte der Vorhang mitten in den Szenen fallen!

Diese Beleuchtung hatte auch ihr Gutes! So hatte man den ungetrübten Genuß, zu sehen, wie bei jeder neuen Zote der Herr Oberbürgermeister vor lauter Beifallklatschen fast aus seiner Loge fiel!

Auch die Zentrumsmitglieder des Theaterausschusses fühlten sich bewogen, angesichts des einbrechenden Geistlichen durch Klatschen zu dokumentieren, wie sehr sie ihre christlichen Belange vertreten!

Die hinausgeworfenen Volksgenossen warteten vor dem Theater den Schluß ab. Allerdings hatten die Juden mit einem derartigen Empfang nicht gerechnet. Denn nach Schluß hatte sich eine nach mehreren Hunderten zählende, erregte Volksmenge eingefunden, die diese unangenehme Menschenrasse nicht gerade mit zarten Kosenamen empfing und fortwährend in Heilrufe auf den Reichskanzler Adolf Hitler ausbrach. Auf das Verhalten verschiedener Polizeibeamten hierbei kommen wir noch besonders zurück! Ebenso werden wir uns ausführlich mit der Stellungnahme der Mannheimer Presse auseinandersetzen!

Nun hat die Polizei das Wort: Störung der Vorstellung im Nationaltheater: Im Nationaltheater wurde die gestrige Vorstellung (Gastspiel Moissi) durch Zwischenrufe und Werfen von Stinkbomben gestört. Eine Reihe von Personen mußte durch die Polizei aus dem Zuschauerraum entfernt werden. Es erfolgten sechs Festnahmen. Die Vorstellung konnte zeitweise bei beleuchtetem Zuschauerraum durchgeführt werden. Gegen Ende der Vorstellung fanden vor dem Theater Ansammlungen, teilweise uniformierter Personen statt, welche Sprechchöre veranstalteten. Die das Nationaltheater umgebenden Straßen wurden polizeilich geräumt.

So, Herr Maisch! So haben Sie es gewollt! Hier haben Sie die Quittung für Ihr taktloses Benehmen!
Der Wind hat umgeschlagen! Er wird zum Sturm werden!
Und dieser Sturm muß Sie hinwegfegen!
Herr Maisch, Ihre Zeit ist abgelaufen! Wir werden wie das böse Gewissen hinter Ihnen her sein!
Mögen Sie eine Marneschlacht gewonnen haben! Wir werden die Entscheidungsschlacht gewinnen!
Das war ein Fanal!
Wir rasten nicht, bis das Nationaltheater unser ist! Und wir werden siegen, weil das anständige deutsche Volk mit uns ist! Habsheim.

Nr. 126
Auszug aus dem Hakenkreuzbanner vom 16. Februar 1933

Das jüdische Nationaltheater!
Wenn man das Wort »national« hört, bringt man es unbewußt in Verbindung mit Heimat und Vaterland ... Was uns heute auf unserer Bühne geboten wird, ist eine Beleidigung für alle, die deutsche Kunst und Kultur lieben. Und dafür, daß man aus unserem National-Theater ein Amüsieretablissement für Juden und ihnen Gleichgesinnte macht, erhält der Herr Intendant Maisch noch 2000 Mark im Jahre mehr! Das Defizit beträgt ja auch nur 2 Millionen Mark, da können wir uns so Sachen leisten!
Die Stadt hätte wirklich besser daran getan, die 2000 Mark an die in großer Menge vorhandenen Witwen, Waisen, Arbeitslosen und Ausgesteuerten zu verteilen, oder der Pensionskasse des Theaters zu überweisen.
Wenn man auf der einen Seite aus Dankbarkeit für die hervorragende »künstlerische« Leistung dem Herrn Intendanten die Gage um ein ganz Erkleckliches aufbesserte, so ist man auf der anderen Seite bemüht, abzubauen, natürlich nicht bei den überreichlich an unserer Bühne vertretenen Juden, sondern bei den deutschstämmigen Künstlern.
Herr Könkert ist gekündigt, der Jude (holländischer Nationalität) de Vries bleibt selbstverständlich.
Die Herren Joos und Neugebauer müssen verschwinden, der Jude Friedmann, dessen Qualitäten nicht einmal für das Klein-Brettl genügend sind, wird auch weiterhin Mannheimer Publikum »beglücken«. Der Schauspieler Linn ist gekündigt, der Jude Kolmar ist nicht entbehrlich. Herr Voisin, der überall Verwendbare, wird pensioniert und welcher Jude wird uns an seiner Stelle in Zukunft beglücken? Herr Godeck hat um seine Pensionierung nachgesucht. Wahrscheinlich ist ihm der Betrieb an unserem »National-Theater« zum Ekel geworden. Zu verdenken wäre es ihm nicht. Was an dem Gerücht betreffs Liquidierung eines größeren Vorschusses an Herrn Maisch wahr ist, wird noch aufzuklären sein. Ebenso hartnäckig kursiert die Kunde, daß in absehbarer Zeit eine größere Anzahl des Theaterpersonals (tech-

nisches wie künstlerisches) entlassen werden soll. Dies würde ja ganz im Sinne des Sparkommissars liegen und würde zu der Gehaltsaufbesserung des Herrn Maisch großartig passen. Geradezu auffallend ist die Behandlung des großen Künstlers Enderlein, der scheinbar nicht nur von dem Theaterleiter, sondern auch von der Judenpresse her kaltgestellt werden soll. Nur so ist es zu erklären, daß der Theaterreferent der »Neuen Badischen Landeszeitung« die großartigen und vom Publikum bejubelten Leistungen des Könners mit Satzfragmenten, wie »Lohngrin-Erik Enderlein!« abtut! Hierin liegt System! Aus den hier angeführten Beispielen ist ganz offensichtlich zu erkennen, welch einseitige Personalpolitik an unserem Theater getrieben wird. Alt-Mannheim soll verschwinden, damit Neu-Juda kommen kann.
Mannheimer, die ihr den Judenschwindel am hiesigen Nationaltheater durchschaut, hinein in den Kampfbund für deutsche Kultur! Hinein alle die, denen daran liegt, daß unser National-Theater wieder das wird, was sein Name besagt.
Kämpft auf unserer Seite mit, daß alle die verschwinden, die nicht würdig sind der Tradition unserer Bühne. Für jüdische Schmierstücke ist unsere Bühne und auch unser Geld zu schade. Wenn man dort unser Volk seiner Art entfremden will, dann soll lieber das Theater geschlossen werden, für das freiwerdende Geld ist tausendfache Verwendung da. Wir unterstützen kein Institut, welches sich zum Sklaven des Judentums macht.
Schärfster Kampf gegen die Juden. Tausende von deutschrassigen Künstlern liegen auf der Straße, während man den Juden die besten Stellen mit den höchsten Gagen gibt. Deutschland gehört den Deutschen und die deutsche Bühne den deutschen Künstlern.

Nr. 127
Hakenkreuzbanner 20. März 1933

Schluß mit der Juderei in Mannheim!

Nach dem Intendanten Maisch und dem Generalmusikdirektor Rosenstock vom Nationaltheater, deren Beurlaubung bereits berichtet wurde, hat es nun auch einen anderen Träger kulturbolschewistischer Tendenzen erfaßt: Herr Direktor Hartlaub von der Kunsthalle und seine Assistentin, die Jüdin Kronberger-Frentzen, sowie die Angestellte Dr. Barnaß, wurden von den Kommissaren bis auf weiteres beurlaubt. Mit diesen neuerlichen Beurlaubungen findet eine neue Epoche der übelsten Unterdrückung der deutschen Kunst und Künstler ihren vorläufigen Abschluß. Die Zukunft wird es erweisen, inwieweit dem Ansehen der Stadt Mannheim noch größerer Schaden entstanden ist, als wie er sich bis jetzt übersehen läßt. Die Kommissare haben sich mit der Beurlaubung der beiden Personen keineswegs begnügt, sondern eine ganze Reihe von Akten unter Siegel gelegt, um der Verschleuderung städtischer Gelder zugunsten von Kulturbolschewisten und Judenknechten auf den Grund zu gehen.
Nach einem einzigen Beispiel, dessen Objekt in der Völkischen Buchhandlung P 5, 13 a ausgestellt wird, kann man sich in den nächsten Tagen auf allerhand gefaßt machen, das bisher das Licht der Öffentlichkeit mit gutem Grund gescheut hat.

Mit der Beurlaubung des Intendanten Maisch und des Juden Rosenstock ist im Nationaltheater der Anfang zu einer generellen Säuberung gemacht: An der weltbekannten Bühne des Nationaltheaters werden in Zukunft Juden und jüdisch Infizierte nichts mehr zu sagen haben. Am Samstagvormittag nahm Kommissar Pg. Wetzel die Gelegenheit wahr, vor dem versammelten Personal des Nationaltheaters eine Erklärung abzugeben, die auf die Notwendigkeit der Beurlaubung des Intendanten und des Generalmusikdirektors hinwies. Darüber hinaus stellte Kommissar Wetzel fest, daß mit der Beurlaubung eine gleichzeitige Kürzung der Bezüge notwendig gewesen wäre, um der Not der Bühne zu steuern. Ausdrücklich unterstrich Pg. Wetzel, daß auf keinen Fall eine Störung des Bühnenbetriebes eintreten dürfe.
Anschließend nahm Pg. Dr. Roth, der Leiter des »Kampfbundes für deutsche Kultur« in Mannheim, das Wort und wies besonders auf das Theater als deutsches Kulturinstitut hin. Beim Neuaufbau der Bühnen müßten kulturelle und soziale Maßnahmen Hand in Hand gehen und im Spielplan in allererster Linie die deutschen Belange ihre Berücksichtigung finden. Wir Nationalsozialisten würden dafür sorgen, daß das Gute an der Bühne des Nationaltheaters nach oben, das Schlechte aber nach unten befördert werden würde. Beifällig wurde die Feststellung von Pg. Dr. Roth aufgenommen, daß an eine Kürzung der Löhne der Arbeiter und der kleinen Angestellten nicht gedacht werde, lediglich die Riesengagen würden einen Abbau erfahren, so daß es nicht so komme, daß auf der einen Seite der Intendant eine Zulage zu seinem fürstlichen Gehalt bekommen würde, während die Arbeiter kaum mit ihrem Lohn das Leben fristen könnten.
Unter Voranstellung des Gesamtwohles würde in Zukunft verfahren werden und der Spielplan die Gestaltung unter dem Gesichtspunkt der Auferstehung des deutschen Volkes erfahren.
Mit dem Wort »Nichtswürdig ist die Nation, die nicht alles setzt an ihre Ehre«, schloß Pg. Dr. Roth seine Ausführungen, worauf die Versammlung ohne Aussprache auseinanderging.

Nr. 128
Schreiben von R. an Prof. Dr. von M. vom 27. Januar 1936 zur Vorbereitung eines musikhistorischen Vortrags (Stadtarchiv Mannheim 16/67–22)

Sehr geehrter Herr Professor!
Vielen Dank für Ihren Brief, den ich umgehend beantworte. Hinsichtlich der von mir angeschnittenen Frage des Diebstahls am geistigen Eigentum von seiten der jüdischen Komponisten können Sie ganz unbesorgt sein, es kommen bestimmt keine Juden in Ihren Vortrag herein. Außerdem sind Diskussionen und Zwischenrufe heute nicht mehr an der Tagesordnung. Außerdem glaube ich nicht, daß hinsichtlich des Falles Wagner jemand anderes die gleichen, genauen Beobachtungen gemacht hat wie Sie. Die Sache kann vollständig unerwähnt bleiben. Für sehr wich-

tig und dringend notwendig halte ich es jedoch, auf das spekulativ-konstruktive Element bei Schönberg mit Beispielen zu sprechen zu kommen (geboren aus einer schöpferischen Unfähigkeit), andererseits aber auch Typen wie Korngold mit ihrer schmalzigen oberflächlichen Musik musikalisch illustriert näher zu beleuchten. Für den Fall Mahler halte ich den Trauermarsch aus der cis-Moll-Symphonie – ich glaube es ist die Fünfte –, für sehr geeignet, außerdem einen Satz aus der 4. oder 6.(ein Adagio), das sich vollständig aus der Parsifalmusik zusammensetzt. Bitte schreiben Sie mir umgehend Ihre Meinung. Ferner benötige ich die genaue Angabe aller Stücke, aus denen etwas gespielt bzw. musikalisch demonstriert wird.

Nr. 129

a) Gesuch des Kammermusikers H. L. an das Kulturamt der NSDAP – Gau Baden – in Karlsruhe vom 22. September 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–22)

Zur Klarstellung meiner Angelegenheit bringe ich Nachstehendes zur Kenntnis:
Mein Vater, rein arischer Abstammung, hat vor 54 Jahren, um seinen vier verwaisten Kindern aus erster Ehe im Alter von 2 bis 8 Jahren, wieder eine Mutter zu geben, eine Frau geheiratet, die der Rasse nach Jüdin war, aber seit ihrem 13. Lebensjahr der katholischen Religionsgemeinschaft angehörte. Aus dieser zweiten Ehe sind 12 Kinder hervorgegangen. Ich bin als dritter Sohn am 2. August 1887 geboren. Wir Kinder lebten in dem Glauben eine deutsche, christliche Mutter zu besitzen. Am Würzburger Konservatorium lernte ich Harfenspiel und kam im September 1912 nach erfolgtem Probespiel als zweiter Harfenist an das Nationaltheater Mannheim.
Im August 1914 war ich als Gefreiter der 3. Komp. des Brig. Ers.-Bat. 58 an den Kämpfen in den Vogesen und in der Schlacht vor Nancy-Epinal beteiligt. Nach meiner Entlassung aus dem Lazarett im Januar 1915 kämpfte ich mit der 6. Komp. des 7. Bad. Inf.-Reg. 142 auf der Lorettohöhe, dann bei Liévin, Loos, Ablain, Souchez und in der Arrasschlacht, ferner bei Commelles vor Reims, und als das 2. Bat. des Regiments in der Herbstoffensive bei Souplet-St.-Marie à Py eingesetzt wurde. Nach dieser Schlacht wurde ich Unteroffizier und bekam das EK 2.
Als Berufsmusiker wurde ich dann zur Musikkapelle des gleichen Regiments im Felde kommandiert und war da bis 1918. (Beiliegend darüber beglaubigte Ausweise: 1. Militärdienstzeitbescheinigung, 2. Bescheinigung meines Regimentskommandeurs im Felde, Generalmajor a. D. Teschner.)
Nach dem Kriege kehrte ich zu meinem Arbeitsplatz beim Nationaltheater Mannheim zurück. Durch die 1933 nötig gewordene Beantwortung von Fragebogen habe ich erst erfahren, daß ich mütterlicherseits nicht arischer Abstammung bin. Weil mir nun mütterlicherseits der arische Abstammungsnachweis nicht voll möglich ist, hat man meinen Ausschluß aus der Reichsmusikkammer veranlaßt, worauf der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim zum Beginn meines 25. Arbeitsjahres am 1. September 1936 meine fristlose Zurruhesetzung verfügte, ohne Rücksicht auf die höchsten

Anweisungen, öffentlichen Erklärungen und Bestimmungen aus dem Frühjahr 1933, wonach Frontkämpfer und Personen, die bereits am 1. August 1914 in ihren Stellungen waren und sich politisch in keiner Weise staatsfeindlich betätigt haben, nicht entfernt werden sollten. Mein nochmaliger Versuch um Aufnahme in die Reichsmusikkammer (Gesch.-Zeich. IV. 4693/36) ist lt. Schreiben vom 3. Februar 1937 vom Herrn Präsidenten der Reichskulturkammer zurückgewiesen worden. Mein weiteres Gesuch vom 18. Mai 1937 an den Herrn Stellvertreter unseres Führers mit der Bitte um Entscheidung in meiner Angelegenheit ist leider nicht bis zu dem Herrn Reichsminister Rudolf Heß vorgedrungen, sondern wurde vom Stab des Stellvertreters des Führers an die Reichskulturkammer zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet, und das an den Herrn Stellvertreter unseres Führers gerichtete Gesuch mit der Bitte um Entscheidung wurde von dem Präsidenten der Reichskulturkammer im Auftrag gez. Hinkel unter dem 26. Juli 1937 wiederum abgelehnt (Gesch.-Zeich. I K 518/3424).

Eine besondere Benotung erhält mein Ausschluß aus der Reichsmusikkammer und damit meine Ruhestandsversetzung dadurch, daß meine Eltern während des Krieges 1914–1918 sieben Frontkämpfer stellten und schon aus diesem Grunde meine Zurruhesetzung eine ganz besondere Härte darstellt. Von diesen sieben Frontkämpfern sind zwei an den Folgen des Krieges gestorben, einer war schwer verwundet, während vier von ihnen neben anderen Auszeichnungen auch das EK II erhielten.

Frei von marxistischem Geist und frei von jeder antinationalen Betätigung habe ich mich stets, getreu des in meiner Familie herrschenden nationalen Gedankens, zur Sache des deutschen Volkes bekannt. Und welcher Geist in dieser Hinsicht in unserer Familie herrschte, geht schon daraus hervor, daß meine beiden jüngsten Brüder (Zwillingsbrüder) vom Gymnasium aus freiwillig ins Feld zogen, obwohl sie dieser Pflicht, mit Rücksicht auf ihre fünf schon im Felde befindlichen Brüder, enthoben waren. Von diesen Zwillingsbrüdern ist der eine an den Folgen des Krieges im Januar 1919 gestorben, der andere beteiligte sich sofort aktiv an der Niederkämpfung der Spartakisten in Würzburg im April 1919, ferner wendete er sich dem Deutschen Schutz- und Trutz-Bund zu und war außerdem bis Juli 1920 noch aktives Mitglied eines Freikorps und während der Bolschewisten-Aufstände Zeitfreiwilliger bei der Reichswehr. Das war und ist der Geist, der uns alle in der Familie beseelte und auch heute noch uns allen eigen ist, denn auch ich und meine Frau haben bei den verschiedenen Wahlgängen schon vor 1933 für die NSDAP und ihren Führer unsere Stimmen abgegeben. Nun macht man mir den völlig unbegründeten Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit, wogegen ich mich ganz entschieden verwahre.

Seit 16 Jahren bin ich mit einer deutschen Frau rein arischer Abstammung verheiratet und habe drei Kinder im Alter von 15, 12 und 4 Jahren, die nach den bestehenden Gesetzen nur rein arische Ehen eingehen dürfen. In der Erziehung meiner Kinder halte ich an der im Elternhaus genossenen, bereits oben erwähnten treudeutschen Erziehung und Gesinnung fest, fühle mich aber in meiner großen seelischen Not den Kindern gegenüber als Vater mißachtet. Ich habe wohl ein meinen Dienstjahren entsprechendes Ruhegehalt, doch handelt es sich um die Ehre der

Arbeit und das Recht der Berufsausübung, was mir, als ehemaligem Frontsoldat, durch die ebenfalls bereits oben erwähnten Verfügungen unseres Führers aus dem Frühjahr 1933 zugesagt ist.
Die mir bekannten Fälle der unbehinderten Berufsausübung innerhalb der Reichsmusikkammer sind die Bestätigung der in Kraft befindlichen Verfügung unseres Führers, wonach auch mir das Recht zur Berufsausübung innerhalb der Reichsmusikkammer zusteht, weshalb ich mein Gesuch um Zulassung erneut zur Vorlage bringe.
Meine jederzeit bewiesene Einsatzbereitschaft für die deutsche Volksgemeinschaft bestimmt mich, Sie zu bitten, meine Rückkehr zu meinem Arbeitsplatz befürwortend zu unterstützen, zumal mein Ausschluß aus der Reichsmusikkammer und meine dadurch erfolgte frühzeitige Ruhestandsversetzung offensichtlich auf einem Irrtum beruht.

b) Bescheid des Kulturamts – Gau Baden – an H. L. vom 10. November 1938 – 2994 – 38 / Mü/S – betr.: Ausschluß aus der Reichsmusikkammer

Ihre Eingabe und sämtliche beigefügten Unterlagen habe ich mit einem entsprechenden Begleitschreiben an den Herrn Reichskulturwalter weitergeleitet.
Nunmehr erteilt mir der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda den Bescheid, daß er nicht in der Lage ist, den verfügten Ausschluß aus der Reichsmusikkammer aufzuheben bzw. Ihnen eine Sondergenehmigung zur weiteren Berufsausübung zu erteilen.

c) Stellungnahme des Kreismusikerschaftsleiters Mannheim zu einem erneuten Gesuch des H. L. vom 13. Juli 1940 – Abschrift –

Der Obengenannte ist uns als hervorragender, feiner Musiker bekannt. Er hat seinen Posten sowohl als Harfenist wie als 2. Geiger mit großem Können und äußerstem Pflichtbewußtsein ausgefüllt und sich als Mensch die besten Sympathien erworben. Wir kennen ihn als einen stillen, liebenswürdigen und charaktervollen Mann, der seinen Beruf sehr ernst nimmt, von dem wir wissen, daß er unter der Härte seines Ausschlusses aus der RMK sehr leidet. Von einer politischen Unzuverlässigkeit ist uns nichts bekannt. Wir können eine Wiedereingliederung in die RMK sowohl in menschlicher wie in künstlerischer Hinsicht wärmstens befürworten.

d) Genehmigung des Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda an H. L. vom 6. August 1940

Hierdurch wird Ihnen die jederzeit widerrufliche Sondergenehmigung zur weiteren Berufsausübung im Rahmen der Reichsmusikkammer erteilt.

Die Stadt Mannheim tat das Ihre, den Bediensteten die »Absonderungs- und Schutzmaßnahmen« zu erläutern und ihnen gegenüber zu rechtfertigen. Das Verbot der Bäder auf dem Verordnungswege wurde bald durch den von Parteiinstanzen verhängten Judenbann über verschiedene Erholungsstätten oder gar Stadtteile ausgedehnt. Diese Maßnahmen wurden im Jahre 1940 dann ebenfalls durch Verordnungen gedeckt und erweitert, so daß zum Zeitpunkt der Deportation im Oktober 1940 im Grunde die Mannheimer Juden bereits aus der Stadt, die sie mit geprägt und gestaltet hatten, verdrängt waren.
Die sichtbaren Zeugen des jüdischen Gemeindelebens, die Synagoge und die Friedhöfe wurden von der Stadt Mannheim übernommen. (Siehe auch Band I, S. 172 ff.)

Nr. 130
Hakenkreuzbanner 6. Januar 1933

Angriff auf Mannheim

Im Jahre 1932 sind für die politische Geschichte Mannheims eine Reihe bedeutender Ereignisse gefallen. Mannheim, die Handelsmetropole am Rhein, galt seit den Tagen der Revolution als rote Stadt. Wenn die marxistischen Parteien, die Demokraten und Juden ihre Stimmen zusammenzählten, dann wußten sie:
Mannheim gehört uns! Uns, den Marxisten und Juden!
Parteigenossen und Parteigenossinnen! Greift an! Wir werden die roten Herren in Mannheim im Jahre 1933 aus ihren Sesseln werfen. Im Jahre 1933 muß Herr Heimerich fallen und mit ihm seine Trabanten. Dann wollen wir die Stadtverwaltung ausmisten, die Bonzenpaläste säubern. Dann wollen wir den jüdischen Banken und ihren Ausbeutern auf die Finger klopfen, damit der Arbeiter und der deutsche Mittelstand wieder aufatmen kann und die Fabriken ihre Tore wieder öffnen können. Dann wollen wir an den Aufbau gehen bis es wieder heißt: Die Einheitsfront aller Stände, geeint unter den Fahnen Adolf Hitlers, hat Mannheim wieder deutsch gemacht.
Freiheit! Arbeit! Brot! Der Kreisleiter: Otto Wetzel, M. d. R.

Nr. 131
Auszüge aus einer Flugschrift (insgesamt 98 Seiten), die in verschiedenen Folgen im Jahre 1935 erschien und den Bediensteten der Stadt Mannheim z. T. gegen Unterschrift zur Kenntnis gegeben wurde (Stadtarchiv Mannheim 16/67–46)

Die Juden im neuen Deutschland

Tag für Tag verlassen die Lügenfabriken der Emigrantenzentralen in Prag, Paris, der Schweiz usw. neue Schauermärchen über Judenverfolgungen im nationalsozia-

listischen Deutschland, wird die Welt mit Mitteilungen über blutige Bedrückungen und Folterungen der in Deutschland lebenden Juden überschüttet.

Die Emigrantenlügen und die wirkliche Lage des Judentums

Das deutsche Volk aber muß zur gleichen Zeit die Feststellung machen, daß die gemäß den Auslandsnachrichten so sehr geknechtete Judenheit immer mehr aus der einmal für kurze Zeit geübten Zurückhaltung hervortritt und wieder in einer Form aufzutreten beginnt, als ob es keinen 30. Januar 1933 und die sonst damit verbundenen Veränderungen in unserem Staat gegeben hätte.

Der Jude drängt wieder vor

Als in den Märztagen des Jahres 1933 die nationalsozialistische Revolution ihren Siegeszug in Deutschland begann und den in Auflösung begriffenen Weimarer Staat liquidierte, saßen jene, die heute glauben Morgenluft zu wittern, in Furcht und Bangen, was kommen würde. Nun, da sie sehen, daß der Führer und die nationalsozialistische Bewegung großmütig darauf verzichtet, die einst erduldeten Drangsale und die von dieser Seite mit allen Mitteln gemeinster Niedertracht geführte »Kampfes«-Weise zu vergelten, erleben wir es, daß dieser Verzicht, Gleiches mit Gleichem heimzuzahlen, diese Leute scheinbar dazu anreizt, im eigenen Auftreten wieder kühner zu werden.

Die Ursachen dieses Vordrängens: eine Folge der Duldsamkeit des nationalsozialistischen Staates

Geht man den Ursachen dieser fast überall gegebenen Tatsache eines wieder stärker in Erscheinung tretenden Vordringens des jüdischen Elements nach, so ergeben sich zwei Feststellungen. Einmal, daß diese Anmaßung des jüdischen Elements, wie schon bemerkt, zweifellos eine Folge der Duldsamkeit des nationalsozialistischen Staates gegenüber diesem Fremdkörper im deutschen Volk ist; zum anderen ist leider aber auch die Wahrnehmung zu machen, daß das Verhalten vieler Volksgenossen dieses Treiben der Juden erst ermöglicht oder begünstigt. Gewiß, der national-

Begünstigung durch das Verhalten vieler Volksgenossen

sozialistische Staat, seine Gesetzgeber und die sonst dafür in Frage kommenden Stellen haben die Aufgabe, durch entsprechende Maßnahmen den Einfluß und das gesamte Leben der Juden überhaupt auf die ihnen gebührende Stellung zurückzuführen, und sie werden diese Aufgabe, soweit es in ihre Hand gegeben ist, erfüllen. Solche Maßnahmen sind auch bereits in einer Reihe von Fällen getroffen worden. Es sei hier nur an das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, an

den Arierparagraphen in der Wehrmacht und im Sport, an die Säuberung unserer Bühnen, Filmateliers, Presse usw. erinnert!

Der Staat schafft die Gesetze, das Volk muß in ihrem Geist leben

Es ist aber ganz falsch zu glauben, daß der Staat allein in der Lage wäre, mit Hilfe von Gesetzen und ähnlichen Maßnahmen diese Aufgabe restlos zu lösen. Solange der einzelne Volksgenosse nicht selbst in seinem Tun dem Sinn und Geist dieser Maßnahmen gemäß handelt, solange es Zehntausende von Hausfrauen gibt, die immer und immer wieder in jüdische Geschäfte laufen und glauben, nur dort ihre Einkäufe tätigen zu können, solange noch Tausende von Bauern glauben, nur mit einem Abraham oder Moses ihre Viehgeschäfte erledigen zu können, solange noch Tausende von Kaufleuten sich des Juden als Lieferanten bedienen usw. usw. werden auch die besten Gesetze und Maßnahmen immer zu einem Teil wirkungslos bleiben müssen . . .

Erziehung des Volkes; Aufklärungsarbeit

Die Frage der Bedeutung oder Nichtbedeutung der Stellung des jüdischen Elements in Deutschland findet somit ihre Beantwortung darin, inwieweit eine planmäßige Erziehung und Aufklärung des Volkes in dieser Richtung schon Ergebnisse zu verzeichnen hat und wie weit diese Erziehung und Aufklärungsarbeit schon fortgeschritten ist. Es ist dabei notwendig, mit der gerade auf diesem Gebiet zu verzeichnenden Gedankenlosigkeit im Verhalten zahlreicher Volksgenossen aufzuräumen, wie auch eine durchaus unangebrachte Humanität und Gefühlsduselei zu beseitigen.

Für unsere Kampfmittel

Wer dabei glaubt, daß die für diesen Kampf zur Anwendung gebrachten Mittel zu hart seien, dem sei entgegenzuhalten, daß unsere Angriffe und Mittel, deren wir uns zu diesem Angriff bedienen, sich nicht nach unserem Denken richten müssen, ob

Man erwehrt sich des Juden nicht mit schöngeistigen Auseinandersetzungen

wir sie unschön oder hart empfinden, sondern daß dieser Angriff mit Mitteln geführt werden muß, welche für den Gegner, den wir angreifen, passen. Man kann den Juden nicht mit der Feinheit arischen Seelenadels bekämpfen, da er hierfür kein Verständnis hat.

Der Führer hat die Judenfrage zu einer Sache des Volkes gemacht

Es ist das Verdienst des Führers, die Judenfrage zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes gemacht zu haben. Was bis zu diesem Zeitpunkt in völkischen Verbänden, Gruppen usw. versucht wurde, an Aufklärung über den Weltfeind zu verbreiten, konnte deshalb nicht von großer Bedeutung sein, da der Kreis jener, die davon erfaßt wurden, nur ein sehr beschränkter war. Adolf Hitler schuf in seiner Bewegung das Instrument, das über den Rahmen dieser Gruppen hinweg den Blick der Nation auf diese Frage richtete und ihre Lösung als die Voraussetzungen für eine Wendung des deutschen Schicksals herausstellte... Einzig die unverbesserlichen Neun-

Die Besserwisser

malklugen glauben, über die Erkenntnisse lachen zu können. Sie schwätzten, während das neue Deutschland in schärfstem Kampf lag, gedankenlos von der »Suche nach einem Sündenbock« [11], sie blieben selbst im rasenden Sturz in den Abgrund noch »objektiv« und stellten fest, daß der Jude doch »auch ein Mensch wie jeder andere sei« und was dergleichen Unsinn mehr ist. Diese Sorte Menschen hat auch heute noch nichts dazu gelernt. Es sind jene, die zwar grundsätzlich jeder Aufklärung aus dem Weg gehen, dafür aber um so »sachverständiger« daherschwätzen...

Katholische Kirche und Judentum

Berühmte Kirchenväter und Bischöfe, wie Ambrosius, Chrysostomus und Augustinus haben den Juden und die von diesen drohende Gefahr erkannt und darum in Wort und Schrift zum Kampf gegen die Juden aufgefordert. Ja, es gab auch Zeiten, in denen die Kirche selbst in absoluter Kampfstellung gegen das Judentum stand. So, als der Kirchenvater Hieronymus, der heimlich bei einem Rabbi hebräisch lernte, sich öffentlich wegen des Umgangs mit den Juden rechtfertigen und eine Erklärung abgeben mußte, daß er die Juden unsagbar verachte, verabscheue und hasse, weil sie Christus in den Synagogen verfluchten.

In dem Buche »Mission und Ausbreitung des Christentums« (I. Band) wird gesagt, daß das folgende Urteil über die Juden die Ansicht der alten Kirche gewesen sei: »Die Juden sind das schlimmste, gottloseste und gottverlassenste Volk unter allen Völkern, das eigentlich Teufelsvolk, die Synagoge des Satans, die Genossenchaft der Heuchler.«

Und heute? Heute bittet die katholische Kirche in ihrer Karfreitagsliturgie »pro perfides[!] Judaeis« (für die perfiden, treulosen Juden), daß Gottes Barmherzigkeit sich ihrer annehme und die Verblendung von ihnen nehmen möge.

Und weiter gilt gegenüber dem Judentum der folgende dogmatische Standpunkt der katholischen Kirche: »Die Juden werden die ihnen von der Vorsehung gestellte Aufgabe lösen müssen, bis die Vollzahl der Heiden in das Reich des Herrn eingegangen ist, um dann auch selbst einzugehen.«

[11] Ein Beispiel für den Juden als Sündenbock siehe Nr. 144.

Oder: »Sie (die Juden) sind doch mit ihren heiligen Büchern ein Zeugnis für die Wahrheit des Christentums; sie sollen fortbestehen bis ans Ende und dereinst sich mit der Kirche vereinigen.«
Die Kenntnis dieser geistigen Ausrichtung der Kirche läßt es dann nicht mehr verwunderlich erscheinen, wenn diese Kreise im Juden ein verfolgtes, unschuldiges Lamm sehen, wie z. B. in einer 1920 erschienenen Missionszeitschrift für entschiedenes Christentum, welche schrieb: »Es durchweht uns bitteres Weh, wenn wir sehen, wie dieses arme Volk hin- und hergejagt und ständig verfolgt wird... Nie haben die Juden uns Schaden getan ...«
Man fragt sich, was die Juden noch alles tun müßten, damit auch Schreiber von der Art jener Missionszeitschrift endlich aufwachen und feststellen, daß die Juden doch Schaden tun.

Das Judentum in der Beamtenschaft

Jude und Beamter

Auch in dem für alle Welt vorbildlichen deutschen Beamtenapparat hatte es der Jude mit der ihm eigenen Zähigkeit verstanden, sich einzunisten. Aber auch hier nicht in den unteren Stellungen, wo es bei schmalem Verdienst schwere Arbeit und große Verantwortung zu tragen gilt, sondern in den oberen und obersten Stellungen. So waren von den leitenden Beamten nur 0,7 % der Gesamtbevölkerung Nichtjuden, dafür aber 2,6 % Juden.

Jude und Justiz

Ein besonderes Wirkungsfeld war für den Juden im Rahmen des deutschen Beamtentums die Justiz. Hier saß ja der Jude an jener Stelle, von der aus es ihm möglich war, sein Denken, seinen Willen in einem besonderen Maße dem ihm Gastrecht gewährenden Volke aufzuzwingen und damit an der Erreichung seiner Ziele zu arbeiten.

Rechtsanwälte

Ein noch schlimmeres Bild der jüdischen Vorherrschaft ergab sich im Rechtsanwaltsberuf. Der Zulauf des Judentums zu diesem Berufsstand kam nicht von ungefähr. Hier hatte das Judentum die Möglichkeit, in Verdrehungskünsten, Verdunkelungen usw., also in Dingen, die seiner Wesensart besonders liegen, sich hemmungslos auszutoben: Von den in Berlin tätigen 3400 Rechtsanwälten waren 1850, also 54 % Juden!

Der Jude als Arzt

Nicht geringer war der Einfluß und die Machtstellung des Judentums in der deutschen Ärzteschaft. So waren in Berlin, um nur ein Beispiel anzugeben, 48 % der Ärzte Juden. Interessant ist dabei die Feststellung, zu welchen ärztlichen Spezial-

Welche Spezialfächer erfreuten sich der besonderen Beliebtheit der Juden?

berufen sich der Jude besonders hingezogen fühlte. Besonders beliebt waren unter diesen Spezialfächern: Die Kinderheilkunde, die Nervenheilkunde, das Fachgebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten und die Frauenheilkunde.
Warum sich der Jude gerade dieser Gebiete bemächtigt hatte, braucht wohl nicht erst näher dargestellt zu werden. In der Behandlung des Kindes sah er eine erste Möglichkeit der Einwirkung in dem von ihm gewünschten Sinne. In den Nervenkranken, die sich seiner Behandlung anvertrauten, waren ihm meist mehr oder weniger willenlose Geschöpfe in die Hand gegeben; die teure Behandlung auf dem Gebiet der Haut- und Geschlechtskrankheiten erbrachte den entsprechenden Gewinn, und darüber hinaus lag gerade diese Art der Krankenbehandlung dem erotischen Sinn des Juden am nächsten. Restlos auf seinem Gebiet aber war er in der Frauenheilkunde. Hier hatte er nicht nur den materiellen Gewinn, sondern in seinen Patientinnen auch die Opfer für seine seelische und leibliche Vergiftungsarbeit... Wieviele Fälle (Eingriff in das keimende Leben) sind gerade auf diesem Gebiet seit der Machtübernahme ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden, in denen sich – Menschen kann man diese Kreaturen nicht mehr nennen – diese asiatischen Lüstlinge nicht scheuten, die sich ihnen anvertrauenden Frauen in der brutalsten und gemeinsten Weise auszunutzen. Den Opfern wurde für die sträfliche Tat nicht nur ungeheures Geld angenommen, sondern sie mußten, und wenn sie auch nur wenige Tage vor der Entbindung standen, ihren jüdischen »Helfern« zur Befriedigung der tierhaften Veranlagung dienen.

Der Jude in der Kunst, Literatur und Presse

Wer die Natur des Juden erkannt hat, wird sich nicht darüber wundern, daß dieser gerade auf dem Gebiet der Kunst sich eine Vormachtstellung geschaffen hatte, die es ihm gestattete, alles, was nicht in seine Linie paßte, rücksichtslos niederzuhalten. Gerade auf diesem Gebiet traf er ja jene beiden Voraussetzungen an, nach denen ihm der Sinn stand: einmal die Möglichkeit der Volksvergiftung, auf dem Wege des gesprochenen Worts, der bildhaften Darstellung, und zum anderen war hier die Möglichkeit zur ungehinderten erotischen Hemmungslosigkeit gegeben. Ob es die Musik, das Theater, der Film oder der Rundfunk war, es gab nichts, was nicht unter absoluter jüdischer Herrschaft stand.

Musik

Daß gerade auf dem Gebiet der Musik es nicht unserer Zeit und vor allen Dingen nicht, was man manchmal hört, dem Laien vorbehalten geblieben ist, auf den zer-

setzenden Einfluß des Judentums in der Musik hinzuweisen, beweist uns eine Schrift eines der ersten deutschen Musiker, des Schöpfers unsterblicher Opern und unsterblicher Musik: Richard Wagner. Dieser wies in einer 1850 herausgegebenen Schrift »Das Judentum in der Musik« auf die zersetzenden Einflüsse, die durch den Juden in deutsche Musik getragen wurden, hin. Wohin dieser Einfluß geführt hat, konnten wir bis zum Jahre 1933 an jenen geistigen und musikalischen Produkten erkennen, die als »Opern« usw. über die deutsche Bühne gingen. Wir erinnern uns an den »Fröhlichen Weinberg«, der eine rohe und gemeine Verhöhnung des religiösen Empfindens brachte, an »Jonny spielt auf«, das eine Verherrlichung des tierhaften Triebes enthüllte, das seinen Höhepunkt fand in jener Stelle, als ein Schwarzer eine weiße Frau brutal in seinen Willen zwang.

Theater

In noch deutlicherem Maße trat die jüdische Zersetzung im Theater in Erscheinung. Das deutsche Theater, einst eine Stätte wirklicher Erbauung und Erholung, wurde als Folge des überragenden jüdischen Einflusses herabgewürdigt zu einer Schaustätte niedrigster Leidenschaften ... Die seit Januar 1933 vergangene Zeit hat bewiesen, daß die deutsche Bühne, nachdem sie nicht mehr eine jüdische Welt ist, sich wieder im Aufstieg befindet, und zwar im Aufstieg befinden muß, weil das Element der Zerstörung, der Jude, beseitigt ist. Daß der Jude schauspielerische Gaben besitzt, daran wollen wir nicht zweifeln. Denn sein ganzes Leben und Wirken geschieht ja ausschließlich hinter der Maske ... Von der Bühne herab wurde die Ver-

Auflösung jeder sittlichen Ordnung

giftung des Volkes systematisch und konsequent geführt. Mit Zoten und Perversitäten sollte die sittliche Lebensführung der Nation unterhöhlt und zum Einsturz gebracht werden. Dieser Massenverschleiß von Gemeinheiten wurde dann Aufklärung genannt.

Welche Maßnahmen hat der nationalsozialistische Staat gegenüber dem Judentum ergriffen?

Was ist nun bisher in Deutschland hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung unternommen worden? Bei einer Betrachtung dieser Maßnahmen muß auch der letzte Volksgenosse und auch der letzte Ausländer zugeben, daß der nationalsozialistische Staat in keiner Weise Unbilliges gefordert oder bestimmt hat. Er hat sich in seinen erlassenen Bestimmungen des Übergreifens und der Überheblichkeit einer im Gesamtvolk verschwindenden Minderheit erwehrt und hat Sorge für den Schutz des ihm anvertrauten deutschen Volkes vor diesen jüdischen Übergriffen und Überheblichkeiten walten lassen.

Berufsbeamte

Die Korrekturen des früheren Zustandes wurden eingeleitet durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Gemäß den in diesem Gesetz aufgestellten Grundsätzen wurden die Nichtarier unter den Beamten in den Ruhestand versetzt oder aus dem Ehrenamtsverhältnis entlassen. In Anlehnung an dieses Gesetz sind für eine Reihe anderer Berufsgruppen entsprechende Maßnahmen durchgeführt worden, insbesondere für die Rechtsanwälte (die Notare sind als solche Beamte), die Patentanwälte, die in öffentlichen Krankenkassen tätigen Ärzte und

Anwälte, Notare, Ärzte, Wehrmacht

Zahnärzte und die Träger von Ehrenämtern in der Sozialversicherung. Auch auf die Angehörigen der Wehrmacht ist der »Arierparagraph« ausgedehnt worden.

Ausnahmebestimmungen

Es sind durchaus nicht alle Nichtarier aus den erwähnten Berufen ausgeschieden worden. Von der für Nichtarier geltenden Regel sind nicht betroffen worden alle diejenigen, die bereits am 1. August 1914 in ihrem Beruf tätig waren: die Frontkämpfer des Weltkrieges, die Kinder, Eltern und Witwen gefallener nichtarischer Frontkämpfer.
Ausdrücklich ausgenommen sind ferner die Beamten der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften. Desgleichen bleiben die Verhältnisse der jüdischen Lehrer und Ehrenbeamten, die an jüdischen Schulen amtieren oder aufgrund besonderer gesetzlicher Bestimmungen in ihrer Eigenschaft als Juden berufen sind, von der Rassegesetzgebung unberührt.
Die Rassengesetzgebung mußte außer den geschilderten Maßnahmen natürlich auch dafür Sorge treffen, daß der einmal eingedämmte jüdische Einfluß in Zukunft in erwünschten Grenzen gehalten wird.

Schulwesen/Hochschulstudium

Eine weitere, die Juden betreffende Regelung ist im Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 getroffen worden. Dieses Gesetz wendet sich gegen das Mißverhältnis zwischen dem Bedarf der Berufe an höher gebildetem Nachwuchs, und der tatsächlichen Besucherzahl der höheren und der Hochschulen. Dabei ist die zulässige Höchstzahl an jüdischen höheren Schülern und Studenten durch die sogenannte Anteilszahl auf 1,5 % festgelegt.
Diese Ziffer liegt noch etwas über dem Anteil der Juden an der gesamten deutschen Bevölkerung, der 0,9 % beträgt. Die zukünftige Gestaltung bei den übrigen Berufen ist der Regelung für die Beamten nachgebildet. Als Ausnahme ist lediglich zu

Schriftleiter

vermerken, daß als Schriftleiter auch die Ehegatten nichtarischer Personen zugelassen werden können, wenn die Ehe schon vor dem 4. Oktober 1933 geschlossen worden ist. Daß für jüdische Zeitungen jüdische Schriftleiter zugelassen werden, entspricht ohne weiteres dem Sinn des Gesetzes, ist aber im Schriftleitergesetz noch ausdrücklich festgestellt.

Hofgesetz

Eine Sonderregelung ist allein für den neuen Bauernstand im Sinne des Reichserbhofgesetzes gegeben. Diesem Gesetz gemäß ist nicht bauernfähig, wer jüdisches Blut hat, wobei als Stichtag der 1. Januar 1800 gilt. Die schärfere Anforderung an die Reinheit des Blutes von jüdischer Beimischung stellen aber in diesem Fall keineswegs eine besondere Härte für den Juden dar. Denn nur 1,7 % aller deutschen Juden sind in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Und auch von diesen würde ohnehin nur ein kleiner Teil die sonstigen Voraussetzungen für die Bauernfähigkeit erfüllen.

Schächten

Schließlich ist in dieser Zusammenfassung noch das Gesetz vom 21. April 1933 wesentlich, demgemäß die jüdisch-rituelle Schlachtweise von Tieren (Schächten) nur nach vorheriger Betäubung der Tiere vorgenommen werden darf.
Zu diesen Maßnahmen treten noch die vom Reichstag in Nürnberg beschlossenen »Nürnberger Gesetze« vom 15. September 1935. Im Reichsbürgergesetz wird bestimmt, daß nur der Reichsbürger der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze ist und daß Reichsbürger nur der Staatsangehö-

Reichsbürger

rige deutschen oder artverwandten Blutes sein kann, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen. In dem weiter erlassenen Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der

Eheverbot

deutschen Ehre werden Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes verboten und weiter auch der außereheliche Verkehr zwischen Juden und Deutschblütigen.

Nr. 132
Auszug aus dem Stadtratsprotokoll 18. Juli 1935, S. 56

7. Umbenennung des Herschelbades

Rechtsanwalt Reinmuth: Der alte Herschel war ein Jude. Wir haben uns daher entschlossen, das Bad umzubenennen, und zwar in Städtisches Hallenbad. Ich glaube, daß es keine weiteren Konsequenzen haben wird. Der Deutsche Gemeindetag, den wir um eine gutachtliche Äußerung angegangen sind, hat sich wie folgt geäußert:

»Fälle der vorliegenden Art sind dem Deutschen Gemeindetag aus anderen Gemeinden nicht bekannt geworden. Ich kann Ihnen infolgedessen keine Mitteilung über die Stellungnahme der Gerichte in dieser Frage machen.

Unter Bezugnahme auf den vorletzten Absatz Ihres Schreibens möchte ich darauf hinweisen, daß m. E. die Anwendung des § 2195 BGB nicht in Betracht kommt. Wohl aber könnte man zu dem Ergebnis kommen, daß nach § 2196 die Vollziehung der Auflage unmöglich geworden ist, da die Beibehaltung des bisherigen Namens für die Anstalt mit der herrschenden Anschauung des Volks unvereinbar ist. Da man weiterhin sagen kann, daß der Umstand, durch welchen die Vollziehung der Auflage unmöglich geworden ist, nämlich die Wandlung in der Auffassung des Volkes von dem durch die Auflage Beschwerten, der Stadt Mannheim, nicht zu vertreten ist, so würde auch die Verpflichtung zur Herausgabe des Erlangten nach den Vorschriften der ungerechtfertigten Bereicherung entfallen.

Diese Auskunft ergeht nach bestem Wissen, jedoch ohne Übernahme einer Haftung.«

Wir schlagen vor, das Bad »Städtisches Hallenbad« zu nennen. Diese Bezeichnung führte das Bad bereits als Untertitel.

Oberbürgermeister: Im übrigen haben wir bereits veranlaßt, daß die Juden nicht mehr im Hallenbad selbst baden dürfen, Kabinen werden jedoch noch abgegeben. In Übereinstimmung mit dem Herrn Polizeipräsident haben wir in sämtlichen Bädern eine Tafel angebracht, wonach den Juden das Betreten des Bades verboten ist. Sie kennen ja das ungebührliche Benehmen der Juden im Herweck-Bad [12]. In unserem Bad wollen wir Ordnung halten. Im Interesse der allgemeinen Ruhe und Ordnung haben wir daher mit dem Polizeipräsidenten abgesprochen, daß die entsprechenden Tafeln angebracht werden. Wir mußten vorbeugen, damit sich nicht die Vorkommnisse vom Herweck-Bad wiederholten.

Frage des *Gemeinderats Schick:* Ist ein direktes Verbot ausgesprochen worden?

Oberbürgermeister: Die Tafel trägt die Aufschrift: »Juden ist der Zutritt verboten [13]. Der Oberbürgermeister.« Die Aufseher sind mit entsprechenden Weisungen versehen worden.

Gemeinderat Köhler regt an, auch die noch vorhandenen jüdischen Straßennamen,

---

[12] Zur Herweckbadaktion siehe Band I, S. 195 ff. und die Dokumente Nr. 217 ff.

[13] Das in dieser Form ausgesprochene Badeverbot für Juden war nach dem Erlaß des Badischen Ministers des Innern vom 27. Mai 1936 Nr. 50478 unzulässig. Siehe Sauer I, Nr. 71.

die Karl-Ladenburg-Straße und die Spinozastraße und die nach dem Sozialisten Blum benannte Blumstraße umzuändern.
Oberbürgermeister teilt mit, daß die Karl-Ladenburg-Straße bereits umgetauft worden sei. Die Spinozastraße werde noch umbenannt; die Blumstraße sei nach dem 48er Kämpfer bezeichnet.
Weitere Meinungsäußerungen erfolgen nicht.
Entschließung des Oberbürgermeisters: In Abänderung des Stadtratsbeschlusses vom 6. März 1913 wird dem städtischen Schwimmbad – Herschel-Bad – mit sofortiger Wirkung der Name »Städtisches Hallenbad« erteilt.

Nr. 133
Hakenkreuzbanner 6. August 1935

Den Juden wird der Marsch geblasen

Es dürfte allmählich auch bei den dickfälligsten Juden kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß uns ihr Auftreten in der Öffentlichkeit ganz und gar unerwünscht ist und daß sie sich so verhalten sollen, daß wir uns nicht durch sie belästigt fühlen.
Wenn wir jetzt an verschiedenen Stellen der Stadt Schilder antreffen, die eindeutig besagen, daß an diesem oder jenem Platz Juden unerwünscht sind, so war das eine notwendige Maßnahme, nachdem sich die Juden überall in provozierender Weise breit gemacht hatten und sich keinesfalls so verhielten, wie sich das für Leute ziemt, die Gastrecht in einem Land genießen. Hinweise, daß an diesem oder jenem Ort Juden unerwünscht sind, sehen wir jetzt auch bereits in den kleinsten Dörfern und vor allem an den Erholungsplätzen, die die Juden glaubten, für sich gepachtet zu haben.
In vielen Ortschaften der Umgebung Mannheims finden wir am Ortseingang aufgestellte Tafeln oder Schriftbänder, die über die Straße gespannt sind, auf denen zu lesen steht: »In diesem Ort sind Juden unerwünscht!« Andere wieder schrieben: »Juden haben bei uns nichts zu suchen«, während man anderwärts noch deutlicher wurde und die Warnung erließ: »Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr!« [14]
An einem Ortseingang befindet sich ein Schild mit der Aufschrift: »Der Weg nach Jerusalem führt nicht durch diesen Ort«. Daß solche Hinweise bei allen deutschen Volksgenossen verständnisinnige Heiterkeit und Genugtuung auslösen, ist selbstverständlich.

[14] Schilder, die in ihrem Text eine Drohung enthielten, wurden für das Jahr 1936 wegen der Olympischen Spiele verboten.

Nr. 134
Hakenkreuzbanner 11. September 1935

Käfertal will euch nicht!

Die Ortsgruppe Käfertal darf mit Genugtuung melden, daß in ihrem Bereich keine Juden mehr wohnen, nachdem die letzten den Staub von den Füßen geschüttelt haben und verschwunden sind. Man kann es darum doppelt begreifen, wenn jetzt am Ortseingang von Käfertal an der Abzweigung der Umgehungsstraße von der Mannheimer Straße ein großes und nicht zu übersehendes Holzschild auf soliden Balken aufgestellt worden ist, auf dem in großen Buchstaben geschrieben steht: »Käfertal will euch nicht!«

Damit auch kein Zweifel darüber auftauchen kann, wer gemeint ist, wurde neben dem Text die Fratze eines Juden hingemalt. Die gegen die Ortschaft zugekehrte Seite der Tafel trägt neben einem typischen Judenkopf die Inschrift »Frei von Juden wollen wir sein.« Auch an den anderen Ortsausgängen sind Transparente mit der Aufschrift »Jude bleib hier weg« gespannt.

Nr. 135
Auszug aus dem Stadtratsprotokoll 31. Juli 1940

k) Benützung öffentlicher Anlagen durch Juden

Ratsherr Sieberling klagt darüber, daß die Bänke in den öffentlichen Anlagen vor O 7 und P 7 häufig von Juden besetzt seien.

Der Oberbürgermeister wird veranlassen, daß den Juden die Benützung der Bänke in öffentlichen Anlagen untersagt wird.

Nr. 136
Auszug aus dem Stadtratsprotokoll 23. Oktober 1935

o) Beseitigung der Judenfriedhöfe [15]

Ratsherr Quatfasel hielte es für richtig, wenn der jüdische Friedhof in F 7 und die dort befindlichen kleinen Häuschen baldigst verschwinden würden.

Vom *Oberbürgermeister* wird hierzu ausgeführt, daß die Stadt mit der Israelitischen Gemeinde wegen des Judenfriedhofes in Verbindung getreten sei, die jedoch Schwierigkeiten mache, weil angeblich ein Gesetz bestehe, das die Erhaltung der Judenfriedhöfe vorschreibe. Der Platz werde jedoch mit der Zeit benötigt werden, da in dieser Stadtgegend Mangel an freien Plätzen bestehe. Wenn die Israelitische Gemeinde weiterhin Schwierigkeiten mache, so werde man einmal in Berlin die Frage aufrollen müssen, ob man nicht die alten Judenfriedhöfe in Deutschland ganz verschwinden lassen sollte.

Weitere Meinungsäußerungen erfolgen nicht.

---

[15] Siehe Band I, S. 60 ff.

Nr. 137
Neue Mannheimer Zeitung 31. Juli 1938

Endlich muß auch der alte Judenfriedhof in F 7 aus dem Stadtbild weichen und bereits ist eine Bresche in die alte häßliche, durch das Alter schwarz gewordene Mauer geschlagen. Wer das kaum sichtbare Schild las: »Judenfriedhof, eröffnet 1645, geschlossen 1842«, besonders der Fremde, mußte den Kopf schütteln: Ein solcher Friedhof mitten in der Stadt! Es war mehr als ein Schönheitsfehler, was sich da vor dem Auge auftat. Schaut man durch die durch Bretter verschalte Bresche, so sieht man einige Grabsteine inmitten einer ungepflegten Wildnis – bisher war es ja, als hüte er ein Geheimnis, von der Mauer dicht umschlossen. Auf dem neuen Judenfriedhof ist eine große Grube gegraben, in der die Gebeine aus den zu beseitigenden Gräbern gemeinsam bestattet werden sollen. Es wird also Ernst auch mit der Erweiterung der Straße in G 7 [16].

Nr. 138
a) Rundschreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers – Preisüberwachungsstelle – an die Landräte, Polizeipräsidenten und Oberbürgermeister der 7 Kreisstädte vom 30. Oktober 1941 – Nr. 38559 – betr.: Grundstückspreise, hier: die Judenfriedhöfe in Baden (Jüdisches Vermögen, Einzelfälle)

Der Herr Minister des Innern hat den Herren Landeskommissären, Landräten, Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren sowie den Herren Oberbürgermeistern der sieben Stadtkreise mit Erlaß vom 12. September 1941 Nr. 76652 bekanntgegeben, daß einstweilen lediglich noch die Judenfriedhöfe in Konstanz, Freiburg, Offenburg, Nordrach, Baden-Baden, Karlsruhe, Pforzheim, Mannheim und Heidelberg weiter offen gehalten werden. Die bereits geschlossenen [17] oder noch zu schließenden sonstigen jüdischen Friedhöfe sollen alsbald in das Eigentum der Gemeinden überführt werden.
Um einen Überblick über die Höhe des von den Gemeinden zu zahlenden volkswirtschaftlich gerechtfertigten Kaufpreises zu erlangen, ersuche ich um Bericht bis zum 20. November 1941, welche qm-Preise für die im dortigen Land- bzw. Stadtkreis gelegenen und nach den Weisungen des Herrn Ministers des Innern zu schließenden Judenfriedhöfe bei einem Verkauf an die Gemeinden als volkswirtschaftlich gerechtfertigt zu betrachten sind. Den Gemeinden ist zunächst Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Bei der Preisbemessung dürfte zu berücksichtigen sein, daß die Friedhöfe wegen der Ruhezeit von 20 bis 25 Jahren (§§ 5 Absatz 2, 12 der Bad. Verordnung über die Begräbnisplätze und Beerdigungen vom 20. Juli 1882) ... und der vor einer wirtschaftlichen Verwertung noch entstehenden Abräumungskosten nur einen verhältnismäßig geringen wirtschaftlichen Wert darstellen.

---

[16] Zur doppeldeutigen Berichterstattung der NMZ siehe auch Band I, S. 202 und Band II, Nr. 227.
[17] Siehe auch Sauer II, Nr. 520.

Da die Abwicklung der Angelegenheit beschleunigt erfolgen soll, ist die für die Vorlage des angeforderten Berichts gesetzte Frist unbedingt einzuhalten. Fehlanzeige ist erforderlich.

b) Abschrift eines Schreibens des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an den Polizeipräsidenten – Abt. IV 3 – vom 28. November 1941 – betr.: Grundstückspreise, hier: die Judenfriedhöfe in Baden

Im Stadtkreis Mannheim sind folgende geschlossene bzw. noch zu schließende Judenfriedhöfe vorhanden, die nach dem Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 12. September 1941, Nr. 76652 in das Eigentum der Stadt Mannheim überführt werden sollen:

a) der geschlossene alte Judenfriedhof in Mannheim-Feudenheim an der Scheffelstraße, Lgb. Nr. 21891 a im Flächenmaß von 427 qm – siehe Lageplan Anlage 1 –,

b) der noch zu schließende neue Judenfriedhof in Mannheim-Feudenheim, Lgb. Nr. 21438 im Flächenmaß von 485 qm – siehe Lageplan Anlage 2 –.

Der volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preis für das Gelände zu a) (alter Judenfriedhof Mannheim-Feudenheim) ist mit höchstens 5,– RM je qm anzusetzen. Es ist hierbei jedoch, wie in meinem Bericht an den Herrn Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister in Sachen F. vom 30. Mai 1939 bereits ausgeführt, zu berücksichtigen, daß das Grundstück nur eine geringe Tiefe hat und daß der Wert von 5,– RM je qm durch die noch vorzunehmende Beseitigung der im Grundstück befindlichen Gebeinreste und des auf dem Grundstück vorhandenen Steinmaterials eine entsprechende Minderung auf etwa 3,– RM erfahren sollte.

Nach der zur Zeit bestehenden Planlegung ist das Gelände zu a) noch als öffentliche Grünanlage ausgewiesen. Doch ist beabsichtigt, diese Planlegung zu ändern und das Gelände zur Bebauung mit Wohngebäuden freizugeben. Zu dem Kaufpreis von 5,– RM bzw. 3,– RM je qm kommen noch die auf dem Grundstück ruhenden Straßenkosten für die Scheffelstraße, welche den qm Gelände mit rund 3,50 RM belasten, ebenso für Randstein- und Gehwegkosten.

Zum Vergleich werden nachstehende Kaufpreise (ohne Straßenkosten), die für benachbarte Grundstücke – siehe den Lageplan Anlage 1 – bezahlt wurden, mitgeteilt:

Lgb. Nr. 21891	im Jahre 1925	je qm	=	4.— RM
Lgb. Nr. 21891	im Jahre 1940	je qm	=	4.— RM
1				
Lgb. Nr. 21891	im Jahre 1925	je qm	=	4.— RM
2				
Lgb. Nr. 21896	im Jahre 1939	je qm	=	9.—RM
Lgb. Nr. 21897a	im Jahre 1927	je qm	=	4.— RM
Lgb. Nr. 21897	im Jahre 1924	je qm	=	5.— RM
1				
Lgb. Nr. 21898	im Jahre 1932	je qm	=	6.65 RM

An dem Erwerb des Geländes zu a) besteht seitens der Stadt heute ein besonderes Interesse, da eine zweckmäßige Bebauung desselben und der beiden benachbarten unbebauten Grundstücke Lgb.-Nr. 21898/1 und 21890 a erst nach vorheriger Neueinteilung möglich ist. Ich bitte daher, dafür besorgt zu sein, daß ein Verkauf dieses Grundstücks an den Antragsteller F. nicht stattfindet.

An dem Ankauf des Geländes zu b) (neuer Judenfriedhof in Mannheim-Feudenheim, Lgb. Nr. 21438 – Anlage 2 –) ist die Stadt Mannheim ebenfalls interessiert. Dieses Gelände grenzt an den öffentlichen Friedhof im Stadtteil Mannheim-Feudenheim unmittelbar an und wird u. U. für eine etwa später notwendig werdende Erweiterung dieses Friedhofes benötigt. Die Schließung des neuen jüdischen Friedhofs in Mannheim-Feudenheim wird zur Zeit veranlaßt. Für das Friedhofsgelände ist ein qm-Preis von höchstens 1,– RM als volkswirtschaftlich gerechtfertigt anzusehen, zumal dasselbe im Hinblick auf §§ 5 und 12 der Badischen Verordnung über die Begräbnisplätze und Beerdigungen vom 20. Juli 1882 (GVBl. S. 202) vor Ablauf von 20 Jahren einer wirtschaftlichen Verwertung nicht zugeführt werden kann.

Auf dem neuen Judenfriedhof in Mannheim-Feudenheim befindet sich noch eine Leichenhalle im Feuerversicherungswert von 600,– RM und eine Remise im Feuerversicherungswert von 300,– RM. Diese beiden Gebäulichkeiten, die sich in einem baulich schlechten Zustand befanden, sind im Jahre 1938 im Zuge der Bauplatzumlegung »Winterbuckel« von der Stadt Mannheim und auf deren Kosten mit einem Aufwand von 1200,– RM auf ihren heutigen Standort versetzt worden. Bei einem Erwerb des Friedhofsgeländes hat die Stadt für diese beiden Bauten keine Verwendung; sie belasten sie vielmehr nur noch mit den notwendigen Abbruchkosten, weshalb hierfür eine besondere Vergütung seitens der Stadt nicht gewährt werden kann.

Weitere geschlossene oder noch zu schließende jüdische Friedhöfe befinden sich im hiesigen Stadtkreis nicht. Doch umfaßt der noch offen zu haltende jüdische Friedhof in Mannheim (Nr. 39 des im Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 12. September 1941 Nr. 76652 mitgeteilten Verzeichnisses – Anlage 3 –) unter anderem folgende, im Eigentum der israelitischen Gemeinde Mannheim in Liquidation stehenden, für Friedhofzwecke jedoch noch nicht in Anspruch genommene Grundstücksflächen: Teil von Lgb. Nr. 537, tiefgelegene Fläche, zur Zeit als Kleingartenland verpachtet mit etwa 19 241 qm
– auf dem Lageplan Anlage 3 dunkelrosa gefärbt –,
Teil von Lgb. Nr. 537, hochgelegene Fläche, zur Zeit von der Stadtgärtnerei für den Mannheimer Hauptfriedhof genützt mit etwa 4 340 qm
– auf dem Lageplan Anlage 3 hellrosa gefärbt –,
zusammen: 23 581 qm

Diese beiden Flächen sind wie folgt zu bewerten:

19 241 qm (tiefgelegene Fläche) zu 1.– RM/qm =	19 241 RM
4 340 qm (hochgelegene Fläche) zu 2.– RM/qm =	8 680 RM
zusammen:	27 921 RM

Es wäre erwünscht, wenn im Zusammenhang mit dem Erwerb des alten und neuen Judenfriedhofs in Mannheim-Feudenheim durch die Stadt auch das vorerwähnte Grundstück Lgb. Nr. 537 in das Eigentum der Stadt übertragen werden könnte, zumal der tiefgelegene Teil zur Zeit zu der unmittelbar benachbarten Kleingarten-Daueranlage »Sellweiden« gehört, welche städtisches Eigentum ist, und der hochgelegene Teil, wie bereits erwähnt, schon heute von der Stadtgärtnerei für den Mannheimer Hauptfriedhof benützt wird und auch künftig als Bestandteil des Hauptfriedhofes Verwendung finden soll.
Als staatliche Stelle zur Bewertung des jüdischen Friedhofgeländes bringe ich das Bezirksbauamt Mannheim in Vorschlag.
Sobald der Übernahme des oben erwähnten jüdischen Friedhofgeländes nähergetreten werden kann, bitte ich um Mitteilung.
Die hierher überlassenen dortigen Akten folgen anbei zurück.

Nr. 139

a) Anfrage des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim bei dem Deutschen Gemeindetag, Berlin, vom 30. April 1941 – betr.: die israelitischen Friedhöfe in Mannheim (Bundesarchiv R 36/2101; Stadtarchiv Mannheim 16/67-5)

Die Städtische Friedhofsverwaltung, hier, hat seit 22. Oktober 1940 die vorläufige Betreuung und das Bestattungswesen für die in Mannheim vorhandenen beiden israelitischen Friedhöfe übernommen, nachdem die Verwaltung der israelitischen Friedhöfe durch die frühere israelitische Kultusgemeinde, hier, nicht mehr in Frage kommt.
Ich bitte um Mitteilung, ob bezüglich der zukünftigen Betreuung der israelitischen Friedhöfe Reichsrichtlinien zu erwarten sind, da die Stadt Mannheim an der Erwerbung des israelitischen Friedhofsgeländes und der vorhandenen Friedhofsgebäude (Wohnhaus und Leichenhalle) interessiert ist.
Gleichzeitig bitte ich um Stellungnahme bezüglich der Übernahme der gärtnerischen Pflege von Gräbern in den israelitischen Friedhöfen durch die Städtische Friedhofsverwaltung, da die hier vorhandenen Privatgärtnereien die Pflege von Gräbern in den jüdischen Friedhöfen ablehnen.

b) Schreiben des Deutschen Gemeindetags, Berlin, an den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim vom 12. Mai 1941 – betr.: israelitische Friedhöfe in Mannheim

Sondervorschriften für die Behandlung von jüdischen Friedhöfen sind bisher weder ergangen noch in nächster Zeit zu erwarten. Es ist zwar seit langem ein Reichsfriedhofsgesetz in Vorbereitung, das auch die Fragen des jüdischen Friedhofswesens, insbesondere die Frage der Entwidmung von jüdischen Friedhöfen, regeln soll. Da die zuständigen Reichsbehörden jedoch zur Zeit mit vordringlichen kriegswich-

tigen Arbeiten überlastet sind, ist mit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu rechnen.
Solange Sonderbestimmungen über die Behandlung jüdischer Friedhöfe nicht erlassen sind, gelten auch für sie die allgemeinen Vorschriften weiter. Das gilt insbesondere für die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen ein jüdischer Friedhof geschlossen werden kann. Die Beantwortung dieser Frage richtet sich ausschließlich nach dem zur Zeit geltenden Landesrecht. Da mir die dortigen diesbezüglichen Bestimmungen nicht bekannt sind, habe ich die Landesdienststelle Baden des Deutschen Gemeindetages gebeten, Ihnen gegenüber zu dieser Frage Stellung zu nehmen.
Ohne dieser Auskunft vorgreifen zu wollen, möchte ich meinen, daß die für die Schließung von Friedhöfen im Lande Baden zuständige Behörde ihre Entscheidung im wesentlichen davon abhängig machen wird, ob noch weitere Beerdigungen von Juden künftig zu erwarten sind oder nicht. Die Bestattung von Juden kann nach dem nicht veröffentlichten Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 31. Oktober 1940 nur verweigert werden, wenn im Gemeindegebiet oder im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde, dem die Gemeinde angehört, ein israelitischer Friedhof vorhanden ist. Andernfalls müßte den Juden die Bestattung auf anderen, also möglicherweise auch auf gemeindlichen Friedhöfen gestattet werden. Da dies in jedem Falle unerwünscht und lediglich als Notbehelf gedacht ist, wäre für den Fall, daß in Mannheim noch Juden vorhanden sind, also auch mit der Notwendigkeit ihrer Bestattung gerechnet werden muß, die Offenhaltung eines der dortigen israelitischen Friedhöfe angebracht.
Für die Grabpflege zu sorgen, ist in erster Linie Sache der Grabstelleninhaber und deren Angehörigen. Die Gemeinde kann meiner Ansicht nach daran, daß die Gräber von Juden noch besonders gepflegt werden, kein Interesse haben. Ich halte es darüber hinaus auch für untunlich, die gärtnerische Pflege von jüdischen Gräbern durch die gemeindliche Friedhofsverwaltung durchführen zu lassen. Wenn die Juden ihre eigenen Gräber verwahrlosen lassen, dann bliebe meiner Ansicht nach nur die Möglichkeit, die nach Landesrecht zuständige Behörde auf diesen Zustand hinzuweisen und sie um Abhilfe zu bitten. Diese könnte durch vorzeitige Schließung des Friedhofs oder des betreffenden Friedhofteiles und die Einebnung der mangelhaft gepflegten Grabstätten erfolgen.

Nr. 140

Schreiben des Finanzamts Mannheim-Stadt, Verwaltung des jüdischen und reichsfeindlichen Vermögens – Stelle VI 12 a – an Firma Schaaf, Atelier für Grabmalkunst, Mannheim, vom 17. April 1944 – betr.: Veräußerung der Grabsteine auf den jüdischen Friedhöfen in Mannheim (Stadtarchiv Mannheim 16/67–42)

Ich erinnere an die baldige Abgabe Ihres Angebots über die auf den jüdischen Friedhöfen befindlichen Grabdenkmäler.

Das Angebot bitte ich mit Angaben nach Materialart (Marmor, Granit, Syenit usw.) und zahlenmäßig einzureichen. Sollten Sie kein Interesse an einem Erwerb haben, bitte ich mir die Gründe kurz mitteilen zu wollen.

Nr. 141

Antwortschreiben der Firma Schaaf an das Finanzamt Mannheim-Stadt vom 15. Mai 1944 – betr.: Veräußerung der Grabsteine auf den jüdischen Friedhöfen in Mannheim (Stadtarchiv Mannheim 16/67–42)

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 17. April habe ich Ihnen schon vor einiger Zeit diesbezügliche Mitteilung zugehen lassen. Teile Ihnen nochmals mit, daß die fraglichen Steine zum großen Teil von mir selbst ausgeführt und auch prompt bezahlt wurden.
Ein Angebot kann deshalb schon aus Pietätsgefühl nicht in Frage kommen.

Nr. 142

Beglaubigte Abschrift einer öffentlichen Urkunde des Notariats Mannheim VII vom 31. August 1939, 7 H 1010/39 – betr.: Kaufvertrag zwischen der Israelitischen Gemeinde Mannheim und der Stadt Mannheim (Jüdisches Vermögen, Einzelfälle)

– am 31. August 1939 –
Vor dem Notariat Mannheim VII

Gegenwärtig: Justizrat Karl Weinkauff in Mannheim als Notar.

Es sind erschienen:

1. Herr Dr. Eugen Isa[a]k Neter, Vorsteher in Mannheim,
2. Herr Siegfried Israel Plato in Mannheim,
beide handelnd für die Israelitische Gemeinde Mannheim,
3. Herr Stadtamtmann Jakob Greiner in Mannheim,
handelnd für die Stadt Mannheim, eine Vertretungsmacht.

Die Erschienenen sind dem Notar von Person bekannt. Dieselben erklären zur Beurkundung folgenden Kaufvertrag:

§ 1

Im Grundbuch von Mannheim – Band 255 Blatt 3 – ist die Israelitische Gemeinde, Mannheim, als Eigentümerin des Grundstücks Lgb.-Nr. 2608, 11 a 30 qm Hofreite mit Gebäuden, Stadtetter Lit. F. 2, Nr. 13/15 eingetragen. Das Grundstück ist lastenfrei.

§ 2

Die Eigentümerin verkauft hiermit das obenbezeichnete Grundstück zum Preise von 34 000,– RM. – Vierunddreißigtausend Reichsmark – an die Stadt Mannheim.

§ 3

Von dem Kaufpreis sind 23 000,– RM. fällig nach Genehmigung dieses Vertrages durch die ob. Verwaltungsbehörde und Eintragung des Eigentumsübergangs im Grundbuch. Den Restbetrag mit 11 000,– RM. ist am 1. April 1941 zur Zahlung fällig; wieder 34 000,– RM.

§ 4

Die Besitzübergabe bezüglich des Synagogengebäudes mit Requisitenhäuschen – F. 2, Nr. 13 – erfolgt auf den ersten des auf die Genehmigung durch die ob. Verwaltungsbehörde folgenden Monats. Die Besitzübergabe der beiden Wohnhäuser F. 2, Nr. 14 und Nr. 15 erfolgt am 1. April 1941. Steuern und Abgaben sind vom Tage der Besitzübergabe an von der Käuferin zu bezahlen. Der Einheitswert für das Synagogengebäude F. 2, 13 beträgt 124 300,– RM. und für F. 2, 14 und F. 2, Nr. 15 – 41 300, – RM.

§ 5

Mitverkauft ist alles, was wand-, band-, niet- und nagelfest ist, insbesondere Öfen und Herde, soweit sie im Eigentum der Verkäuferin stehen.

§ 6

Die Anwesen gehen in den Zustand auf die Käuferin über, in dem sie sich zur Zeit befinden und der derselben bekannt ist. Gewähr für Sachmängel wird nicht geleistet.

§ 7

Sämtliche Kosten einschließlich der Grunderwerbssteuer trägt die Käuferin. Eine etwaige Wertzuwachssteuer geht zu Lasten der Verkäuferin.

§ 8

Soweit das Kaufobjekt in die künftige Straßenverbreiterung fällt, wird Befreiung von der Grunderwerbssteuer beantragt.

§ 9

Die Genehmigung der Stadt Mannheim zu diesem Vertrag bleibt vorbehalten. Der erste Notariatsbeamte wird beauftragt, im Namen der Beteiligten die Genehmigung entgegenzunehmen.

Auflassung

Die Beteiligten sind darüber einig, daß das Eigentum an dem obenbezeichneten Grundstück auf die Käuferin Stadt Mannheim übergehen soll und bewilligen und beantragen die Eintragung des Eigentumsübergangs im Grundbuch.

Schlußbestimmungen

1. Die Genehmigung der ob. Verwaltungsbehörde gemäß V. O. über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 bleibt vorbehalten. Die Genehmigung wird beantragt.
2. Es wird eine Bescheinigung des Finanzamts nach § 189 d RAO. beantragt.

3. Ausfertigung für das Grundbuchamt, sowie die Stadt Mannheim, begl. Abschrift für die ob. Verwaltungsbehörde, die Devisenstelle und das Finanzamt, sowie eine unbegl. Abschrift für die Verkäuferin werden erbeten.
Hierüber Urkunde, welche den Erschienenen vorgelesen, von ihnen genehmigt und von ihnen und dem Notar eigenhändig unterschrieben wurde:

gez.: Dr. Eugen Israel [18] Neter, Simon [18] Israel Plato, Jakob Greiner, Weinkauff.

Nr. 143

Angaben aus dem Vernehmungsprotokoll des Vorsitzenden der Gemeinde Eugen Neter vom 24. November 1939 – betr.: Diebstahl von Orgelpfeifen (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim Js 2051/39)

»Neter gab an: Ich bin Vorsitzender der jüdischen Gemeinde hier. U. a. habe ich auch die Arbeiten in der Synagoge unter mir. Die Synagoge ist seit dem 10. November 1938 nicht mehr in Benützung. Bis etwa gegen März 1939 wurde die Synagoge kaum betreten. Seit dieser Zeit sind dort geschenkte Gegenstände, wie Schränke, Betten, sonstige Möbel usw. untergestellt. Ferner werden in der Synagoge seit dieser Zeit Arbeiten verrichtet. Sie bestehen hauptsächlich in dem Kleinmachen des Holzes, das nach der Zerstörung der Synagoge von der Einrichtung übrig geblieben war. Es sind dies etwa 10–15 jüdische Arbeiter, die dort schaffen. Die Aufsicht hat ein gewisser Pollak, der mir jeden Morgen und Abend Bericht erstattet.
Im Mai 1939 waren bereits mit der Stadt Verhandlungen wegen Verkaufs der Synagogen. Die weiteren Verhandlungen wurden auf den Herbst vertagt. Ende August 1939 wurden sie wieder aufgenommen und führten am 1. September 1939 zur Protokollierung. Der Kaufvertrag von der Stadt ist vom Ministerium noch nicht genehmigt.
In der Synagoge stand u. a. auch eine Orgel. Im November 1938 wurde die Orgel auch teilweise zerstört. Ich weiß, daß z. B. der Spieltisch unbrauchbar gemacht worden ist. Auch daß sonst an der Orgel Beschädigungen vorhanden waren, kann ich mich erinnern.
Vor etwa 8 Tagen inspizierte Herr Amtmann Greiner die Synagoge. Bei einer telefonischen Rücksprache mit Herrn Greiner teilte er mir mit, daß die Pfeifen aus der Orgel entfernt seien. Er fragte mich, wohin diese gekommen seien. Ich erklärte, daß ich nichts wisse, d. h. daß ich mich an nichts erinnere.
Im Anschluß daran fragte ich Pollak, was dies mit den Pfeifen von der Orgel wäre. Er erzählte, daß eine Anzahl von Pfeifen herausgehängt hätten aus der Orgel und daß die Pfeifen herausgenommen worden und verkauft worden seien. Ich glaube, daß er noch gesagt hat, daß ich die Erlaubnis dazu gegeben hätte, und das erlöste Geld sei unter die Arbeiter verteilt worden. Wenn Pollak sagt, daß ich

[18] Namen falsch geschrieben – siehe Kopf der Urkunde.

die Erlaubnis zum Verkaufen der Pfeifen gegeben habe, so wird dies wohl richtig sein. Es lag damals viel in der Synagoge herum, darunter auch Alteisen. Ich habe mehrmals gesagt, daß sie (die Arbeiter) das Zeug fortschaffen sollen, weil es doch da herum liegt, und daß ich in diesem Zusammenhang gesagt haben kann, daß die Pfeifen der Orgel fort sollen, halte ich für möglich. Ich habe mich hierzu für berechtigt gehalten, weil dies alles Eigentum der jüdischen Gemeinde war.
Über den Verkauf der Sachen habe ich mich weiter nicht darum gekümmert. Pollak muß angeben können, wieviel Pfeifen es waren und wo er sie hinverkauft hat.«

4. ARBEITSVERMITTLUNG, SCHUTZHAFT UND LEBENSMITTELVERSORGUNG VON JUDEN

Siehe auch Band I, S. 176 ff. und Sauer II, S. 59 ff.

Nr. 144
Arbeitsamt Mannheim, Auszug aus Mitteilungsblatt Nr. 46, 4. Juli 1935

Vermittlung von Juden: Einer Vermittlung von Juden durch das Arbeitsamt – auch bei namentlicher Anforderung – wird die Öffentlichkeit nie Verständnis entgegenbringen, da dies politisch zu berechtigten Unruhen arbeitsloser Kameraden führt. Das Arbeitsamt als öffentliche Behörde ist verpflichtet, in erster Linie die Volksgenossen arischer Abstammung zu vermitteln, zumal die Arbeitslosigkeit von den Juden verursacht wurde.

Nr. 145
a) Bericht der Abteilung II a des Arbeitsamts Mannheim vom 26. Oktober 1938 – Geschäftszeichen 5431 – (Arbeitsamt Mannheim)

Wie auf beiliegendem Formblatt angegeben, sind bei der Angestellten-Vermittlung insgesamt 45 arbeitslose Juden gemeldet.
Einsatzmöglichkeiten in ihrem Beruf ergeben sich bei der Weiterführung der Arisierung jüdischer Geschäfte immer weniger und sind so gut wie nicht mehr vorhanden. Ob die gemeldeten jüdischen Arbeitskräfte für den Einsatz bei anderen Arbeiten, z. B. im Baugewerbe, unter bestimmten Voraussetzungen eingesetzt werden können, bedarf einer näheren Prüfung und Feststellung durch Abtlg. II b.
Bei dieser Gelegenheit mache ich darauf aufmerksam, daß es sich im Laufe der Zeit immer mehr als ein unmöglicher Zustand herausgestellt hat, wenn Juden zusammen mit arischen Arbeitskräften zu gleicher Zeit an den Vermittlungsschaltern erscheinen. Nach meiner Auffassung wird es daher, um aus den jüdischen Provozierungen heraus sich ergebende Weiterungen zu vermeiden, erforderlich sein, für

die in sämtlichen Abteilungen gemeldeten Juden gesonderte Kontrollzeiten in einem gesonderten Raum einzuführen. Ich schlage die Vormittagsstunden des Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag jeder Woche als hierfür geeignete Zeiten vor.

b) Bericht des Arbeitsamts Mannheim an den Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland vom 26. Oktober 1938 auf Erlaß vom 20. Oktober 1938

Angeschlossen lege ich die mit nebenbezeichnetem Erlaß angeforderte Meldung in doppelter Fertigung vor.
Einsatzmöglichkeiten für Juden in größeren oder kleineren Gruppen im Bezirk sind nicht vorhanden. M. E. müssen dazu erst besondere Lager geschaffen werden. Überdies ist die Zahl der arbeitslosen Juden, die ihrem Beruf nach für gewerbliche Arbeit in Frage kommen im Verhältnis zu den arbeitslosen jüdischen kaufmännischen Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts gering. Von insgesamt 56 bei meinem Amt gemeldeten Juden sind 45 kaufmännische Angestellte, davon 19 weibliche! Bei der fortschreitenden Arisierung der Judengeschäfte ergeben sich gerade für diese Angestellte immer weniger Einsatzmöglichkeiten. Ob arbeitslose jüdische kaufmännische Angestellte in größerer Zahl bei gewerblichen Arbeiten eingesetzt werden können, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich habe dies in einzelnen Fällen schon versucht und erreicht, daß dieselben vom Arbeitsamt weggeblieben und dadurch dann aus der Unterstützung ausgeschieden sind. Ich habe auch schon den Einsatz von arbeitslosen weiblichen jüdischen Angestellten in jüdischen Haushaltungen versucht, jedoch mit verhältnismäßig geringem Erfolg. Nachdem für arbeitslose Juden kaum mehr Einsatzmöglichkeiten bestehen, dieselben daher auch nicht vermittlungsfähig sind, halte ich den Zeitpunkt für gekommen, sie von dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung allgemein auszuschließen und auf die öffentliche Fürsorge zu verweisen. Ich glaube, daß die meisten von ihnen dann von selbst vom Arbeitsamt fern bleiben. Ich bemerke noch, daß weitaus die Mehrzahl der hier gemeldeten arbeitslosen Juden Unterstützung bezieht.

Unter Verfügungsziffer 3 dieses Schreibens heißt es: Herrn G. zur Einrichtung gesonderter Kontrollzeiten für die arbeitslosen Juden des Hauptamtes, im Einvernehmen mit den Leitern der Abt. II a und II b.

Nr. 146
Aktenvermerk vom 3. Dezember 1938 – betr.: arbeitslose Juden (Arbeitsamt Mannheim)

Z. Z. sind hier noch 37 arbeitslose Juden gemeldet und zwar 32 Angestellte, davon 16 Männer und 16 Frauen, ferner 5 Arbeiter, davon 4 Männer und 1 Frau. Wegen

ihrer Unterbringung wurde mit der Stadt, dem Fürsorgeamt und der DAF in Verbindung getreten. Z. Z. sieht keine der genannten Stellen irgendwelche Möglichkeit. Stadtrat Hofmann wird sich die Angelegenheit durch den Kopf gehen lassen. Er wird dem AA [Arbeitsamt] Mitteilung geben, sobald er eine Gelegenheit findet.

Nr. 147

Bericht des Arbeitsamts Mannheim an den Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland vom 13. Januar 1939
(Arbeitsamt Mannheim)

Die Zahl der arbeitslosen Juden hat sich in meinem Bezirk nicht erhöht. Die Verschiedenartigkeit der arbeitslosen Juden – eine geringe Zahl Arbeiter, überwiegend Angestellte und davon die Hälfte Frauen – ermöglichte es mir nicht, im Benehmen mit den verschiedensten Stellen eine für Juden geeignete Arbeit ausfindig zu machen. Einem Träger von Maßnahmen oder einem Unternehmer ist es auch nicht möglich, seiner Gefolgschaft einen Teil jüdischer Arbeitskräfte beizugeben, dazu vielleicht gesondert Aufsichtspersonal zu stellen, um sie gesondert von den deutschen Volksgenossen einzusetzen. Auch dürften Maßnahmen innerhalb oder in der Nähe einer Großstadt sich zum Einsatz von Juden nicht eignen.
Ich halte es zweckmäßig, im Lande Baden die arbeitslosen einsatzfähigen Juden in einem Lager (vielleicht Lager Ankenbuck) zur Arbeit zusammenzufassen.

Nr. 148

Interner Bericht des Arbeitsamts Mannheim [Juni 1939]
(Arbeitsamt Mannheim)

Im Berichtsabschnitt wurden insgesamt 35 jüdische Arbeitskräfte, darunter 12 Unterstützungsempfänger an der Reichs-Autobahn-Strecke bei Mannheim-Sandhofen im Abschnitt des Bauunternehmers Herd in Frankfurt a. M. in einer geschlossenen Gruppe eingesetzt. Infolge körperlicher Untauglichkeit mußten 15 Juden wieder entlassen werden. Da nach den Bestimmungen jüdische Arbeitskräfte an den Straßen des Führers nicht beschäftigt werden dürfen, erfolgt deren Überführung an den von der Stadt Mannheim veranlaßten Bau einer Umleitungsstraße.
Acht jüdische Arbeitskräfte sind nach dem Stand vom 8. ds. Mts. als Unterstützungsempfänger bei der Vermittlung wieder gemeldet. Im übrigen wurde festgestellt, daß die Nachfrage nach entsprechenden Stellen durch Juden nach wie vor weiter besteht und, daß die Juden hierbei sich auf den über die Wirtschaftskammer Baden bekannt gewordenen Erlaß über den Arbeitseinsatz der Juden beziehen.

Nr. 149

Schreiben der Deutschen Arbeitsfront, Gau Baden, Der Kreisobmann, an den Leiter des Arbeitsamts Mannheim vom 9. Juni 1939 (Arbeitsamt Mannheim)

Von seiten unserer zuständigen Ortswaltung wird uns gemeldet, daß bei dem Bäckermeister Emil Wolf, Mannheim, J 1, 19, der Jude Doiny als Geselle beschäftigt sei. Nach unseren Feststellungen wurde der Jude vom Arbeitsamt zugewiesen.
Wenn uns auch bekannt ist, daß in Anbetracht des Mangels an Arbeitskräften neuerdings auch die Juden als Arbeiter eingesetzt werden müssen, so können wir trotzdem nicht verstehen, daß ein Jude in einem Nahrungsmittelbetrieb tätig sein soll. Man kann schlechthin unseren Volksgenossen [nicht] zumuten, daß sie das Brot bei einem Bäcker kaufen, der dasselbe durch einen Juden herstellen läßt.
Weiterhin müßte man auch die besonders gelagerten Verhältnisse bei einem Kleinbetrieb berücksichtigen, wo der Geselle normalerweise, bedingt durch das Wohnen und Essen im Hause, zur Familiengemeinschaft gerechnet wird.
Unseres Erachtens wäre die Beschäftigung an der Reichsautobahn oder einer ähnlichen Baustelle für den Juden geeigneter.

Nr. 150

Schreiben der Deutschen Arbeitsfront, Kreiswaltung Mannheim, an das Arbeitsamt Mannheim vom 28. Dezember 1943 (Arbeitsamt Mannheim)

Wir haben kürzlich davon Kenntnis bekommen, daß in dem obengenannten Betrieb ein Volljude beschäftigt sei. Daraufhin haben wir die Betriebsführung um nähere Stellungnahme gebeten.
In diesen Tagen ist nun der Betriebsführer Herr Knauer persönlich bei uns vorstellig geworden und gab an, daß es sich um den Volljuden Eugen Klingler, geb. 10. Oktober 1905, handle, der mit der Lichtpause bei ihm beschäftigt sei.
Knauer hat angeblich von seinem Betriebsobmann nachträglich erfahren, daß es sich bei Klingler um einen Volljuden handelt. Daraufhin habe er sich an das Arbeitsamt Mannheim gewandt mit der Bitte, zu diesem Beschäftigungsverhältnis Stellung zu nehmen. Angeblich ist dieses Schreiben im Monat November 1943 an Ihre Dienststelle abgegangen, doch habe Knauer bis heute noch keinen Bescheid bekommen.
Bei Klingler handelt es sich – den Ausführungen des Betriebsobmannes zufolge – um einen totalgeschädigten Juden, dessen Papiere durch Brandschaden vernichtet seien. Dieser Jude wurde vom Betriebsführer Knauer seinerzeit ohne irgendwelche Papiere als Arbeiter in den Betrieb aufgenommen. Bemerken möchten wir noch, daß dieser Volljude inzwischen entlassen wurde.
Wir sind nicht restlos überzeugt davon, daß Knauer von der Abstammung des Klingler nichts gewußt hat, und auch die Art seines Vorbringens auf unserer Dienststelle läßt verschiedene Zweifel offen.

Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie uns baldmöglichst mitteilen wollten, ob und wann von der Fa. Knauer an Ihre Dienststelle im Monat November 1943 ein Schreiben des erwähnten Inhalts abgegangen ist.
Gegebenenfalls würde uns auch Ihre diesbezügliche Stellungnahme zu dem ganzen Sachverhalt interessieren.
Abschließend möchten wir noch bemerken, daß im Betrieb Knauer, wie wir inzwischen vernommen haben, noch ein Halbjude beschäftigt sein soll.

Nr. 151

Auszug aus dem Schnellbrief des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 13. Mai 1943, Geschäftszeichen II B 2 a – 1450, – betr.: Änderung der Fleischration (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

I.

8. Juden im Arbeitseinsatz in Gemeinschaftslagern

Die wöchentliche Fleischration für Juden und Jüdinnen, die im Arbeitseinsatz in Lagern gemeinsam verpflegt werden, wird von 300 g auf 250 g herabgesetzt. Die Sonderzuteilung an Gerstengrütze usw. sind nicht zuzuweisen.

IV.

Die gemäß meinem Fernschreiben vom 10. Mai 1943 – II B 1 – 50/II – mit Wirkung ab 50. Zuteilungsperiode zu gewährenden zusätzlichen Zuteilungen an Brot und Fett (300 g bzw. 50 g je Kopf und Zuteilungsperiode) treten bei den in Nr. I unter Ziffer 7 (Ostarbeiter im Lagereinsatz) und Ziffer 8 (Juden im Arbeitseinsatz) aufgeführten Verbrauchergruppen nicht ein.

Nr. 152

Rundschreiben des Präsidenten des Gauarbeitsamts und Reichstreuhänders der Arbeit Baden und Elsaß, Straßburg, an die Leiter der Arbeitsämter in Baden und Elsaß vom 24. Mai 1944 – Nr. 472 Geschäftszeichen 5431/44 (g) – betr.: Behandlung der Wehrunwürdigen, jüdischen Mischlinge, jüdisch Versippten usw. im Kriege (Arbeitsamt Mannheim)

Aus Gründen der gleichmäßigen und gerechten Behandlung beabsichtige ich, die aus irgendwelchen Gründen befristet zurückgestellten tauglichen und abkömmlichen Angehörigen des nebenerwähnten Personenkreises nunmehr ebenfalls für den Sondereinsatz heranzuziehen. Um die notwendigen Vorbereitungen treffen zu können, bitte ich mir bis 5. Juni 1944 zu berichten, wieviele Kräfte für einen weiteren Sammeltransport bereitgestellt werden können.

Nr. 153

Vorladung des Dr. Kurt Weigert, Mannheim, durch den Kommandeur der Sicherheitspolizei für Baden und Elsaß, Außenstelle Mannheim – IV – vom 9. Februar 1945 – betr.: Arbeitseinsatz von Juden (Aus Privatbesitz Dr. Kurt Weigert)

Sie werden hiermit zum geschlossenen Arbeitseinsatz auf Dienstag, den 13. Februar 1945 [19] um 23 Uhr nach Z 15 Nr. 7/8, III. Stock vorgeladen.
Es sind Lebensmittel für 5–6 Tage mitzubringen. Die Lebensmittelkarten können deshalb vorgegriffen werden, und der Rest Ihrer Karten ist hier abzuliefern. An Gepäck kann mitgenommen werden, was Sie zu tragen in der Lage sind. Falls Sie der Vorladung keine Folge leisten, haben Sie Ihre Festnahme und Einlieferung in ein KZ zu gewärtigen.
Die Kennkarte und das Schreiben sind mitzubringen.

Nr. 154

Schreiben des Kommandeurs der Sicherheitspolizei für Baden und Elsaß, Außenstelle Mannheim – IV – an das Städtische Ernährungs- und Wirtschaftsamt Mannheim vom 20. Februar 1945 – Tagebuch Nr. 270/45 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–16)

Betrifft: Arbeitseinsatz von Juden und Jüdinnen aus Mischehen und Geltungsjuden
Am 15. Februar 1945 wurden 49 Juden zum geschlossenen Arbeitseinsatz gebracht. Dieselben wurden am 14. Februar 1945 nachmittags 18 Uhr auf die hiesige Dienststelle vorgeladen, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß bei Nichterscheinen Festnahme und Einweisung in ein KZ-Lager erfolgt.
Folgende Juden haben der Vorladung keine Folge geleistet:
1. Herzberg Karl Israel, geb. am 29. August 1884 in Groß-Tremken,
2. Herzberg Ilse Sara, geb. 29. Juni 1923 in Mannheim,
3. Herzberg Doris Sara, geb. 15. April 1928 in Mannheim, sämtliche wohnhaft P 6, Nr. 3/4.
Am 17. Februar 1945 habe ich die Wohnung der Familie Herzberg durch einen Schlosser öffnen lassen und dabei wurde festgestellt, daß der genannte Jude mit seiner arischen Ehefrau und seinen beiden Kindern flüchtig gegangen ist.
Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte die Lebensmittelkarten der genannten Personen bis auf weiteres sperren zu wollen.
Sollte die Ehefrau Herzberg bei der nächsten Kartenperiode erscheinen, bitte ich ihr keine Lebensmittelkarten auszuhändigen und sie an die hiesige Dienststelle zu verweisen [20] oder fernmündlich unter Nr. 41 921 oder 43 059 Nachricht geben zu wollen.

---

[19] Der »Arbeitseinsatz« wurde um einen Tag verschoben. Siehe Dokument Nr. 154.
[20] Familie Herzberg entzog sich der Deportation indem sie »untertauchte«. Ein früherer Geschäftspartner von Herrn Karl Herzberg, Herr Wilhelm Burger, hatte die Familie schon

Nr. 155
Hakenkreuzbanner 24. April 1933

Sie kommen nach Kislau!

In der Landesarbeitsanstalt Kislau wird mit sofortiger Wirkung ein Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge errichtet. Es werden dort 65 politische Schutzhäftlinge untergebracht. Davon entfallen 30 auf das Polizeipräsidium Mannheim, 20 auf die Polizeidirektion Heidelberg und 15 auf das Polizeipräsidium Karlsruhe.

Die Schutzhäftlinge werden von den Polizeibehörden, die die Schutzhaft angeordnet haben, ausgewählt; sie sollen mit Arbeiten inner- oder außerhalb der Anstalt beschäftigt werden. Die Schutzhäftlinge sind in bezug auf Beköstigung, Unterbringung usw. den anderen Insassen der Landesarbeitsanstalt gleichgestellt und unterstehen der Hausordnung, dürfen jedoch eigene Kleider tragen. Soweit möglich, werden die Schutzhäftlinge von den anderen Insassen der Landesarbeitsanstalt getrennt untergebracht und beschäftigt. Mit der Bewachung wird Hilfspolizei beauftragt.

Nr. 156
Auszug aus einem Rundschreiben des Reichsministers der Justiz an die Landesregierungen vom 27. April 1933 – Nr. II r 994 Sf – (Stadtarchiv Mannheim 16/67–15)

Aus Kreisen der Kleiderfabrikanten sind dem Reichsjustizministerium und dem Reichsministerium des Innern verschiedentlich Anfragen darüber zugegangen, wie sich die Vorschrift des § 1 Abs. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 135) auf Unternehmungen auswirke, die Uniformen oder Uniformstücke eines hinter der Regierung der nationalen Erhebung stehenden Verbandes herstellen oder auf Lager halten.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern sowie den Herren Preußischen Ministern der Justiz und des Innern nehme ich folgende Stellung ein: Sinn und Zweck der genannten Vorschrift wie der Verordnung vom 21. März 1933 überhaupt ist, die Befugnis zum Besitz von Uniformen der genannten Verbände

---

während des Kriegs regelmäßig mit Lebensmittelkarten versorgt, um die knappen Rationen, die Juden und Kindern aus »nicht privilegierten Mischehen« zugebilligt waren, auszugleichen. Als dieser von der bevorstehenden Deportation erfuhr, vermittelte er die Familie zu Herrn Georg und Fräulein Trude (Gertrud) Hammer, die ein Haus in der Schönausiedlung bewohnten. Dort erkrankte die jüngere Tochter Doris an Lungenentzündung. Durch das nächtliche Husten und andere kleine Begebenheiten wurden Nachbarn aufmerksam. Da die Helfer glaubten, daß die Sicherheit der Herzbergs in der Schönausiedlung nicht mehr gewährleistet sei, vermittelten sie die Familie an ihre Wäscherin Frau Frieda Müller in Ziegelhausen (bei Heidelberg). Diese war zusammen mit ihrem Ehemann, Herrn Mathias Müller, bereit, die Familie auf dem Speicher ihres abgelegenen Hauses bis zur Befreiung durch die alliierten Truppen zu verbergen und zu verköstigen.

von dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Einverständnis des Verbandes abhängig zu machen. Es sollte durch die Verordnung nach Möglichkeit verhindert werden, daß Personen, die nicht Mitglieder der Verbände sind, durch Kauf oder in sonstiger Weise in den Besitz von Verbandsuniformen kommen.
Die Frage, was unter Uniform zu verstehen ist, kann im einzelnen Fall zu Zweifeln Anlaß geben. Meines Erachtens müssen solche Kleidungsstücke ausscheiden, die üblicherweise auch von Personen, die nicht Mitglieder der Verbände sind, häufig getragen werden, z. B. Kletterwesten oder schwarze oder braune Breecheshosen für sich allein. Ferner wird man von einem strafbaren »Besitz einer Uniform« wohl nur sprechen können, wenn jemand die Summe der Kleidungsstücke besitzt, die in ihrer Gesamtheit den Eindruck erwecken, daß es sich um die einheitliche Kleidung eines Verbandes handelt.

Nr. 157

a) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an die Polizeidirektion Ludwigshafen/Rh. vom 21. Juni 1938 – betr.: Haftsache O. B. (Stadtarchiv Mannheim 18/65–12)

B. ist am 15. Oktober 1935 lediglich deswegen verurteilt worden, weil er eine schwarze Wanderhose verkauft und gleichartige Wanderhosen vorrätig gehalten hat, welche den HJ-Hosen zum Verwechseln ähnlich waren. Wegen dieses verhältnismäßig geringfügigen Verstoßes hatte er zwei Monate Gefängnis bekommen. Ich übergebe zwei Rechnungen der Fabrik, aus welcher B. diese Hosen bezogen hat, und weise dadurch nach, daß er solche Hosen schon im Jahre 1932, also vor der Machtübernahme, bezogen hat. Diese Hosen wurden von den katholischen Jugendvereinen gekauft.
Das Vergehen, wegen dessen B. die Vorstrafe erlitten hat, ist also kein schwerwiegendes. Sein Vergehen beruht wohl in der Hauptsache auf Fahrlässigkeit ... Ich bitte in Erwägung zu ziehen, ob er nicht zum Zweck der Vorbereitung dieser Auswanderung aus der Haft beurlaubt werden kann.

b) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an Dr. Otto Weiler, München, vom 16. Juni 1938 – betr.: Strafsache O. B.

Da ich höre, daß Sie in der Reichsvertretung der Juden in München tätig sind, gestatte ich mir, Ihnen folgende Angelegenheit zu unterbreiten:
Herr O. B. geboren am 2. April 1891 in Winnweiler, wohnhaft in Schifferstadt, Inhaber des Kaufhauses B. daselbst, ist gestern vormittag um 5½ Uhr von der Gendarmerie geholt worden und in das Bezirksgefängnis Ludwigshafen/Rhein verbracht worden. Man hat ihm gesagt, es handle sich nicht um eine kriminelle Angelegenheit, sondern um eine allgemeine Anordnung, die sich auf arbeitslose oder asoziale oder vorbestrafte Juden beziehe, wenn die Vorstrafe vier Wochen Gefängnis übersteigt.

Die Frau des O. B. behauptet, daß ihr Ehemann ein Schulkamerad von Ihnen sei. Der Rat, sich an Sie zu wenden, kommt aber von mir. Frau B. hatte an Sie gar nicht gedacht.
Meine Anfrage an Sie geht dahin, ob Sie darüber unterrichtet sind, was Herr B. in diesem Falle zu erwarten hat, oder in der Tat eine allgemeine Anordnung besteht, was mit den Leuten geschehen und wie lange die Freiheitsentziehung voraussichtlich dauern wird. O. B. ist jetzt vor zwei Jahren mit zwei Monaten Gefängnis bestraft worden, weil er als jüdischer Kaufmann eine schwarze Wanderhose verkauft hat, die einer HJ-Hose zum Verwechseln ähnlich sah. Es handelt sich also um ein politisches Delikt, das außerordentlich hart bestraft worden ist. Berufung hat B. damals leider nicht eingelegt.
Ich bin gestern nachmittag schon in der Polizeidirektion Ludwigshafen/Rhein bei der Kriminalpolizei vorstellig gewesen. Man hat mir gesagt, ich könne für B. gar nichts tun, da er ja nicht krank oder hilfsbedürftig, sondern a r b e i t s f ä h i g sei. Man hat auf dieses Wort ein besonderes Gewicht gelegt. Als ich fragte, ob er nach Dachau komme, hat man mir keine Auskunft gegeben, man hat mir anheim gegeben nach einer Woche wieder anzufragen.
Ich wäre Ihnen persönlich sehr dankbar, wenn Sie mir sofort bei Empfang dieses Briefes eine kurze Nachricht zukommen ließen, weil die Familie außerordentlich beunruhigt ist. Vielleicht werde ich versuchen, Sie morgen nachmittag zwischen 4 und 6 Uhr unter der mir angegebenen Nr. 34540 anzurufen, weil die Frau darauf drängt, womöglich morgen schon etwas zu hören. Sie möchte auch wissen, ob dem Herrn B. erlaubt wird, sich selbst zu verköstigen, ob sie ihn besuchen und ob sie ihm Geld schicken darf. Er hatte RM 50,– eingesteckt, hat diese aber samt seiner Uhr und seinem Füllfederhalter durch die Gendarmerie zurückgeschickt. Es ist ungewöhnlich, daß für solche Gefangene die Gefängnisverwaltung das Geld nicht in Verwahrung nimmt und ihm gestattet, sich zu verköstigen. Schließlich bitte ich Sie, mir mitzuteilen, ob von hier oder von München aus etwas für die Freilassung des O. B. geschehen kann. Man hat mir bei der Kriminalpolizei in Ludwigshafen gesagt, über die Entlassung lasse sich reden, wenn die Auswanderungspapiere für B. vorgelegt würden. In dieser Richtung ist aber bisher noch gar nichts geschehen. In zwei anderen früheren Schutzhaftfällen hat mir die Behörde erklärt, eine Auswanderung nach USA oder nach einem europäischen Lande sei kein Entlassungsgrund. In der Regel käme nur Palästina oder Südamerika als Auswanderungsziel in Frage. Wenn ich Sie bitten dürfte, mir auch darüber Auskunft zu geben, wäre ich Ihnen besonders dankbar.

Nr. 158
Neue Mannheimer Zeitung 12. September 1935

In Schutzhaft genommen
Das Geheime Staatspolizeiamt meldet: Der Jude Arthur Heinemann, wohnhaft in Mannheim, Rupprechtstr. 14, wurde wegen seines rasseschänderischen Verhaltens in Schutzhaft genommen. Das Judenliebchen A. K., wohnhaft in Mannheim, S 3,

wurde ebenfalls festgenommen, da es allen Warnungen zum Trotz weiterhin sein schamloses artvergessenes Treiben fortsetzte. Die K. wird in das Arbeitshaus Kislau übergeführt.

Nr. 159

a) Anordnung der Staatlichen Kriminalpolizei, Karlsruhe, an den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 18. Juni 1938 – betr.: Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei (Landespolizeidirektion Nordbaden, Kriminalhauptstelle)

In der Anlage übersende ich gegen Rückgabe eine Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft zur Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen, den am 21. Mai 1900 in Mannheim geborenen und daselbst Viktoriastraße 8 wohnhaften F. D. festzunehmen und ihm die Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft unter Angabe der Begründung zu eröffnen.
D. ist sofort durch einen beamteten Arzt auf seine Arbeits- und Haftfähigkeit untersuchen zu lassen; das Ergebnis der Untersuchung ist schriftlich niederzulegen.
Über die Eröffnungsverhandlung ist eine Niederschrift unter Verwendung anliegender Formulare dreifach zu fertigen und unverzüglich mit dem Ergebnis der Untersuchung hierher zurückzusenden.
Sofern D. für arbeits- und haftfähig erklärt wird, ist er mit dem nächsten Gefangenensammeltransport dem Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg zuzuführen mit dem Ersuchen, die Einlieferung des D. der Staatlichen Kriminalpolizei – Kriminalpolizeistelle K III – Karlsruhe anzuzeigen.

b) Bestätigung der Eröffnungsverhandlung gegen F. D. durch den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim, Abteilung E/26 vom 21. Juni 1938

Vorgeführt erscheint der (die) . . . . . F. D. . . . . .
(Beruf, Vor- und Zuname)
geb. am . . . . 21. Mai 1900 . . . . . in . . . . Mannheim . . . .
zuletzt wohnhaft . . . . . Mannheim, Viktoriastraße 8 . . . . . .
und erklärt:
Es ist mir eröffnet worden, daß ich aufgrund des Erlasses des RuPr.MdJ. vom 14. Dezember 1937 – S – Kr. 3 Nr. 1682/37 – 2098 – mit Wirkung vom 18. Juli 1938 als . . . . . asoziale Person . . . . . .
in Vorbeugehaft genommen wurde.

c) Auszug aus einem Schreiben des Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim, Abt. E/26, an die Staatliche Kriminalpolizei, Karlsruhe, vom 27. Juni 1938 – betr.: Polizeiliche Vorbeugehaft gegen D. Stempelvermerk: »Haft«

Nach dem Gutachten des Staatl. Gesundheitsamts ist D. nicht arbeitsfähig. Er leidet an Tuberkulose. Wie der Leiter der Lungenfürsorgestelle, hier, Dr. Mittermeier, erklärt, konnte z. Z. wenigstens noch keine offene Tuberkulose festgestellt werden. Es sei aber damit zu rechnen.
Falls von dort keine Freilassungsweisung erfolgt, werde ich gemäß Rücksprache mit Dr. Mittermeier den D. in zwei Wochen nochmals röntgen lassen. Fürsorglich habe ich angeordnet, daß D. in Einzelhaft verbleibt. Eine Eingabe des Rechtsanwaltes Dr. Katz ist zur weiteren Veranlassung angeschlossen.

d) Schreiben der Staatlichen Kriminalpolizei, Karlsruhe, an den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim – Abt. E/26 – vom 30. Juni 1938 – betr.: Polizeiliche Vorbeugehaft des F. D.

Da der im Betreff genannte Häftling infolge Tuberkulose nicht arbeitsfähig ist, ersuche ich, ihn umgehend auf freien Fuß zu setzen.

Nr. 160
Gesuch der Ehefrau des verhafteten Kaufmanns E. M. an die Geheime Staatspolizei, Landesleitstelle Karlsruhe, vom 18. November 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–9)[21]

Als Ehefrau des oben genannten E. M. erlaube ich mir, folgendes Gesuch vorzutragen. Mein Ehemann ist am 10. lfd. Mts. in Schutzhaft genommen und, wie ich höre, nach Dachau verbracht worden. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, daß mein Ehemann schwerkriegsbeschädigt ist. Er wurde am 3. Juli 1916 in Frank-

[21] Es handelte sich um die Verhaftung männlicher Juden im Verlauf der Kristallnacht. Die Wirkung einer solchen Inhaftierung auf alte ehrenhafte Bürger ist wohl kaum nachzuvollziehen. Frau Lotte Gruenwald schreibt zum Beispiel über die Inhaftierung ihres Vaters, des Mannheimer Kinderarztes Dr. Julius Strauss: »Er kam nach seiner Entlassung [aus Dachau] über Stuttgart, wo ich lebte. Völlig verändert. Äußerlich natürlich schon: die geschorenen Haare des Verbrechers – unser Vater mit der weißen Künstlermähne! Und seelisch – daß all das möglich war, er konnt[e]es nicht verstehen. Kam immer wieder auf etwas ziemlich Äußeres zurück: daß es möglich ist unter den Deutschen, daß junge Burschen da oben auf dem Wachtturm im Pelzmantel stehn und lachend zusehen, wie die Alten unten auf dem Appellplatz frieren – irgendwie schien ihm das bezeichnender für das völlig Neue, das er erlebt hat, als die grausigen Dinge, die geschahen. Vielleicht, weil er damals noch glaubte, das Furchtbarste, das seien eben Taten von Einzelnen, während, was ihn so stark traf, das Verhalten der ganzen herrschenden Masse war.«

reich durch einen Granatsplitter am rechten Knie schwer verletzt. Er ist zu 60 % als schwerkriegsbeschädigt erklärt worden und bezieht eine Militärrente von ungefähr RM 60,– monatlich. Ich bin in der Lage, den Militärpaß meines Mannes vorzulegen, in dem die Verwundung festgestellt ist. Ich füge auch eine schriftliche Bestätigung des Versorgungsamtes Heidelberg bei. Mein Mann ist infolge seiner Kriegsverletzung im Gehen stark behindert, sein Zustand hat sich nicht gebessert, sondern verschlimmert. Zeitweise bestand die Gefahr, daß das Bein abgenommen werden müsse.
Ich bitte, diese Tatsache gütigst zu beachten und in Erwägung zu ziehen, ob mein Ehemann nicht seiner schweren Verletzung wegen aus der Schutzhaft entlassen werden kann. Er bearbeitet seine Auswanderung nach Nordamerika. Diese Auswanderung könnte beschleunigt werden, wenn mein Ehemann jetzt entlassen würde. Er wird sich auch um eine Einwanderung nach England bemühen.
Ich wäre sehr dankbar, wenn meinem Gesuch entsprochen werden könnte. Ich habe heute auch das Lagerkommando telegrafisch um Entlassung gebeten.

Nr. 161
Auszug aus einem Schreiben des Rechtsanwalts A. F. Coyle, New York, an Rechtsanwalt Joseph Gentil, Mannheim, vom 16. Mai 1939 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–9)

Ich kam am letzten Mittwoch nach meiner Europareise wieder hier an und erhielt inzwischen Ihren Brief vom 2. Mai, den ich sofort beantworten will, um Ihnen mitzuteilen, daß ich bis heute noch nichts von Herrn K. gehört habe, obwohl ich ihm vor meiner Reise, etwa vor 2 Monaten, nach A. geschrieben habe und ihm mein Honorar von Dollar 250 in Rechnung gestellt habe. Dieses war das Honorar, das ich seinerzeit mit Frau K. vereinbart hatte, und ich möchte nur noch einmal wiederholen, daß es für die Arbeit und Zeit, die ich auf diesen Fall verwandt habe, sehr gering ist.
In den Schutzhaft-Fällen ist es einfach unmöglich für einen derjenigen Anwälte, die die Freilassung bearbeiten, zu sagen, wer nun am Ende die Freilassung des Verhafteten erwirkt hat, meistens erfolgt sie zuletzt aufgrund aller zusammen geleisteten Arbeit. In Herrn K.'s Fall war ich allerdings einige Tage länger in Berlin, als ich seinerzeit beabsichtigt hatte, und hatte täglich neue Verhandlungen mit der Gestapo wegen Herrn K.'s Freilassung. Wenn er nicht mit einer Arierin verheiratet gewesen wäre, die sich weigerte, sich von ihm scheiden zu lassen, so wäre die Freilassung viel eher erfolgt. Mir wurde aber von einem Beamten der Gestapo gesagt, daß, da die Frau und ihre Familie aus sehr angesehenen, adeligen Kreisen stammen, man Herrn K. nicht freilassen konnte, da es sonst den Anschein gehabt hätte, als sei man mit dieser Heirat einverstanden. Ich habe ferner nach meiner Rückkehr nach New York im vorigen Oktober ein Transatlantisches Telephongespräch von hier nach Berlin mit Herrn Dr. Berndorff geführt, um die Erwirkung von Herrn K.'s Freilassung zu beschleunigen.

Nr. 162

a) Rechtsanwalt Joseph Gentil, Mannheim, an Rechtsanwalt und Notar Dr. W. F. P., Berlin, vom 17. Juli 1941
(Stadtarchiv Mannheim 16/67–10)

Rein persönlich wende ich mich heute mit einer Bitte an Sie. Die Familie eines Freundes von mir, die bis zum August 1938 in Mannheim gewohnt hat und dann ordnungsmäßig nach Amsterdam ausgewandert ist, ist in große Betrübnis und Unruhe dadurch versetzt worden, daß der 25jährige ledige Sohn dieser Familie am 11. Juni in Amsterdam, zugleich mit einer größeren Anzahl junger Leute gleicher Abstammung und Lebenslage, festgenommen worden ist. In den Zeitungen wurde offiziell bekanntgegeben, daß diese jungen Leute in ein Arbeitslager kommen und daß es sich um eine Repressalie handelt. Zwölf Tage waren diese jungen Leute in der Nähe von Amsterdam in einem Internierungslager, wo es ihnen sehr gut ging. Am 23. Juni sind sie von dort weggebracht worden. Den Eltern war bei Abgang ihres letzten Briefes an mich, nämlich am 2. lfd. Mts., noch nicht bekannt, wohin der Sohn gebracht worden ist. Es geht das Gerücht, daß er nach Mauthausen bei Linz an der Donau verbracht worden sei. Der junge Mann war im Begriffe, nach Kuba auszuwandern. Das Visum nach Kuba ist in seinem Paß eingetragen, den er bei sich führt.

Jetzt im Augenblick handelt es sich darum zu ermitteln, wo er sich befindet, und ich nehme an, daß man darüber vertrauliche Erkundigungen in Berlin einziehen kann, da es sich wohl um eine Maßnahme handelt, die von einer Zentralbehörde in Berlin ausgeht.

Wenn Sie die Möglichkeit hätten, sich vertraulich und unter der Hand zu erkundigen, was man in Berlin über diese Maßnahme weiß, die ja in holländischen Zeitungen von seiten der Behörde offenbar offiziell erklärt worden ist, so wäre ich Ihnen herzlich dankbar. Ich bin selbstverständlich auch damit einverstanden, daß Sie Ihre Tätigkeit als eine berufliche betrachten, und bitte, mir Ihre Liquidation zu übersenden.

b) Rechtsanwalt und Notar Dr. W. F. P., Berlin, an Rechtsanwalt Joseph Gentil, Mannheim, vom 21. Juli 1941

Ich habe Ihren Brief in der Sache Georg Reiss erhalten. In der Sache selbst kann ich hier nichts unternehmen. Ich müßte dazu eine Sondergenehmigung haben. Offenbar handelt es sich um eine Gestapo-Angelegenheit. Ich habe den Fall mit dem Konsulenten Israel Max Michaelis, Berlin W 15, Kurfürstendamm 185, besprochen. Er war Rechtsanwalt am Kammergericht und wohl auch Notar und ist mir von früher her bekannt, zuverlässig. Er ist bereit, den Fall zu übernehmen, und ich habe ihm Ihren Brief vom 17. d. Mts. zugesandt. Die Vorgänge in Amsterdam waren ihm bekannt. Er sagte mir, daß Mauthausen ein Konzentrationslager sei.

Ich hoffe, daß Sie mit der Übergabe der Sache an Herrn Michaelis einverstanden

sind. Sie ist dort in guten Händen. Einen anderen Weg hatte ich nicht. Um die Sache zu beschleunigen, habe ich ihm dann gleich den Brief geschickt. Die Honorarforderungen werden durchaus normal sein.

c) »Konsulent« Michaelis, Berlin, an Rechtsanwalt Joseph Gentil, Mannheim, vom 26. Juli 1941

In der Sache Reiss bestätige ich den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 24. d. M. und habe davon Kenntnis genommen, daß die Eltern des jungen Mannes bereits mit ihm haben Verbindung aufnehmen können.
Was eine etwaige Entlassung aus dem Konzentrationslager anlangt, so war in früherer Zeit Vorbedingung hierfür der Nachweis der Möglichkeit alsbaldiger Auswanderung sofort nach der Freilassung. Seit Beginn des Krieges erfolgen aber, wie die zuständigen Stellen ausdrücklich erklärt haben, Entlassungen grundsätzlich nicht mehr. Ob dies die Möglichkeit von Ausnahmefällen ausschließt, vermag ich nicht zu sagen. Mir sind aber Fälle von Entlassungen seit Beginn des Krieges nicht mehr bekannt geworden, und es müßte, wenn ein Entlassungsantrag auch nur mit geringer Aussicht auf Erfolg gestellt werden soll, mindestens ein besonderer Ausnahmefall auch wirklich vorliegen. Die bloße Auswanderungsmöglichkeit genügt nach meinen Erfahrungen nicht.
Ich habe übrigens den Lagerdirektor des Konzentrationslagers Mauthausen für alle Fälle darauf aufmerksam gemacht, daß sich in dem Reisepaß des Herrn Reiss ein Einreisevisum nach Kuba befindet. Zuständig für Entlassungsanträge ist aber der Lagerdirektor nicht.
Für meine bisherigen Bemühungen erlaube ich mir, einen Betrag von 20,– RM zu berechnen.

d) »Konsulent« Michaelis, Berlin, an P. Reiss, Amsterdam, vom 22. Oktober 1941, Abschrift an Rechtsanwalt Joseph Gentil, Mannheim

In der Angelegenheit Ihres Herrn Sohnes habe ich erneut Erkundigungen eingezogen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich nicht empfiehlt, von hier aus einen Antrag zu stellen. Zuständig hierfür ist aus Gründen, deren Auseinandersetzung zu weit führen würde, ausschließlich der Joodsche Rat in Amsterdam. Es sind freilich auch von hier aus des öfteren Anträge gestellt worden, und zwar begründet sowohl mit der Auswanderung als auch mit Arbeitseinsatz, zum Teil mit sehr guten Unterlagen (fertige Auswanderung, Feinmechaniker mit Bescheinigung über sofortige Einstellungsmöglichkeit usw.). Kein einziger Antrag hatte aber Erfolg.
Wenn ich nun auch durchaus verstehe, daß Sie in dieser Situation alles nur Erdenkliche, selbst wenn es noch so wenig Aussichten bietet, tun möchten, so glaube ich doch, Ihnen von einem Schritt hier durch mich oder ähnlich abraten zu sollen. Es

besteht auch die Möglichkeit, daß ein solcher Schritt störend wirken könnte. Empfehlen kann ich Ihnen nur, was Sie vermutlich schon getan haben werden, sich dieserhalb mit dem dortigen Joodschen Rat in Verbindung zu setzen. Ich bedauere sehr, Ihnen nichts anderes vorschlagen zu können, halte es aber für das Richtigste, die Sache vollkommen ungeschminkt darzustellen. Mit Persönlichkeiten, die – gegen erhebliche Honorare – sich in solchen Fällen bemühen wollen, habe ich, zum mindesten in den letzten Jahren – früher war die Situation anders –, sehr ungünstige Erfahrungen gemacht.
Zurückkommend auf Ihr gefl. Schreiben vom 26. August d. J. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß nach Auskunft der hierfür zuständigen leitenden Stellen des Hilfsvereins von hier aus irgend etwas zur Auswanderung in Amsterdam Ansässiger nicht geschehen kann. Den fraglichen Stellen ist nicht bekannt, daß solche Anträge an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Amsterdam bisher jemals Erfolg gehabt hätten. Sollte Ihnen vielleicht ein Fall bekannt sein, in dem die Auswanderung bereits bewilligt worden wäre, so wäre ich Ihnen für eine entsprechende Mitteilung im Interesse der guten Sache dankbar. Jedenfalls – und das ist das für Sie wesentlichste – ist von hier aus eine Unterstützung des Gesuchs nach der mir erteilten Auskunft nicht möglich.
Ich weiß, daß sich Advocaat en Procureur Mr. W. S. Lanz in Amsterdam C, Herengracht 545/549, mit der Auswanderung von dort seit längerer Zeit eingehend beschäftigt. Vielleicht suchen Sie ihn einmal in dieser Frage auf.

e) »Konsulent« Michaelis, Berlin, an Rechtsanwalt Joseph Gentil, Mannheim, vom 22. November 1941

In Sachen Reiss danke ich Ihnen für Ihre Mitteilung vom 14. d. M., die mich, wie Sie sich denken können, tief bewegt hat. Ich habe dem Vater mein herzlichstes Beileid ausgesprochen.

Nr. 163
Aktennotiz des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts vom 13. November 1939 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Herr Kreisleiter Schneider läßt durch sein Büro heute mitteilen, er wünsche, daß Juden auf ärztliches Zeugnis keine Lebensmittelzulagen mehr erhalten sollen.

Nr. 164
Anfrage des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an den Gauhauptstellenleiter K. im Amt für Kommunalpolitik der NSDAP in Karlsruhe vom 17. November 1939 – betr.: Lebensmittelzulagen für Juden (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Mit Bezug auf die Besprechung in Baden-Baden ersuche ich um Erkundigung, ob es gestattet ist, Juden auf ärztliches Zeugnis für erforderlich erachtete Lebensmittel-

zulagen zu verweigern. Da Juden nur von Judenärzten behandelt werden dürfen, somit die Gefahr besteht, daß diese entgegenkommend sind, wird auch die Frage zu prüfen sein, ob Zeugnisse für Juden nicht durch einen Amtsarzt ausgestellt werden sollten. Eine Nachprüfung des Zeugnisses eines jüdischen Arztes ohne persönliche Untersuchung wird nicht genügen.
Handschriftliche Aktennotiz des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts Mannheim vom 16. Dezember 1939: Juden erhalten z. Z. nach wie vor Lebensmittelzulagen auf ärztl. Zeugnis nach Genehmigung. Dasselbe auch v. ärztl. Prüfungsausschuß.

Nr. 165

a) Anfrage des Dr. Leo Müller, Mannheim, bei dem Reichswirtschaftsminister, Berlin, vom 22. November 1939 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Nachdem schon seit vielen Wochen wohl die meisten Geschäfte in Mannheim einheitliche, jedoch von keinerlei Stelle signierte, gedruckte Plakate aushängen haben, des Inhalts, daß »Juden nur zwischen 14.30 und 16 Uhr bedient« werden, sind nun einzelne Geschäfte in hiesiger Stadt dazu übergegangen, Plakate mit der Aufschrift »An Juden wird keine Ware abgegeben« auszuhängen. Auch diese Plakate sind mit keinerlei Stempel irgendeiner Stelle und keiner Unterschrift versehen.
Da in den Tageszeitungen nichts davon zu lesen war, daß es ein derartiges Reichsgesetz gibt, wäre ich dem Herrn Reichswirtschaftsminister für eine gefl. Mitteilung verbunden, ob es ein derartiges Reichsgesetz gibt bzw. in welcher Nummer des Reichsgesetzblattes dieses Gesetz veröffentlicht worden ist.

b) Schreiben des Reichswirtschaftsministers, Berlin, an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister, Karlsruhe, vom 8. Dezember 1939 – betr.: Abgabe von Konsumgütern an Juden

In der Anlage übersende ich eine Eingabe des Juden Dr. Leo Israel Müller vom 23. [22.] November 1939 zur weiteren Veranlassung. Ich weise darauf hin, daß Plakate, die besagen, daß an Juden allgemein keine Waren abgegeben werden, unzulässig sind. (Nach ausdrücklicher Anordnung des Herrn Beauftragten für den Vierjahresplan sollen auch die Juden ihren notwendigen Bedarf in deutschen Geschäften decken, da es nicht beabsichtigt ist, für die noch in Deutschland lebenden Juden besondere jüdische Geschäfte zuzulassen.)

c) Rundschreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministeriums an die Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren vom 16. Dezember 1939 – betr.: Abgabe von Konsumgütern an Juden

Das Anbringen von Plakaten in Einzelhandelsgeschäften, daß an Juden keine Ware abgegeben wird, hat den Herrn Reichswirtschaftsminister unterm 8. Dezem-

ber 1939 – III L 5/24895/39 – veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß derartige Plakate unzulässig sind. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß nach ausdrücklicher Anordnung des Herrn Beauftragten für den Vierjahresplan auch die Juden ihren notwendigen Bedarf in deutschen Geschäften decken sollen, da es nicht beabsichtigt ist, für die noch in Deutschland lebenden Juden besondere jüdische Geschäfte zuzulassen. Ich nehme hierwegen auch auf den vertraulichen Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 12. Dezember 1938 Nr. 108311, der heute noch gilt, Bezug, wonach Juden Gelegenheit zu geben ist, in deutschen Geschäften zu kaufen. Ich gebe hiervon Kenntnis und ersuche, nötigenfalls das Erforderliche zu veranlassen.
Über das Veranlaßte ersuche ich mir bis 2. Januar 1940 zu berichten.

d) Benachrichtigung des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers durch den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 28. Dezember 1939 – betr.: Abgabe von Konsumgütern an Juden

In der Stadt Mannheim und Vororte wurden keine Einzelhandelsgeschäfte festgestellt, die Plakate angebracht hatten, daß an Juden keine Waren abgegeben werden dürften.

e) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers an Dr. Leo Müller, Mannheim, vom 26. Januar 1940

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat Ihre Eingabe vom 22. November 1939 zur weiteren Behandlung an mich abgegeben. Ich ersuche Sie daher, mir im einzelnen diejenigen Geschäfte zu bezeichnen, die Plakate mit der Aufschrift »An Juden werden keine Konsumwaren abgegeben« angebracht haben.

f) Schreiben des Dr. Leo Müller, Mannheim, an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 31. Januar 1940

Ihrem Ersuchen vom 26. ds. gemäß nenne ich Ihnen unter 1. und 2. die beiden hiesigen Geschäfte, aufgrund deren Plakataushang »An Juden wird keine Ware abgegeben« ich am 22. November 1939 mich an den Herrn Reichswirtschaftsminister mit der Bitte gewandt hatte, mir das diesbezügl. Reichsgesetz bekanntgeben zu wollen.
Die unter 3. und 4. aufgeführten hiesigen Geschäfte haben inzwischen inhaltlich gleiche, doch etwas anders formulierte Aushänge angebracht, und zwar:
3. »Juden werden nicht bedient«
4. »Juden werden überhaupt nicht bedient.«
Die in Ihrem Schreiben vom 26. ds. angewandte Formulierung »An Juden werden keine Konsumwaren abgegeben« ist mir bisher nirgends begegnet.

Die Geschäfte heißen:
1. Emil Böttcher & Co., Das Haus für Bürobedarf, D 4. 7
2. Schmitt & Zimmermann. Zigarrenfachgeschäft, E 4. 17 und 0 7. 16
3. Karl Erle, Kaffee-, Tee- u. Schokoladegeschäft, D 5. 5
4. Lina Reichling, »Das bunte Lädchen« (Textilwaren), N 3. 10
Ich gestatte mir noch darauf hinzuweisen, daß mir die vorgenannten Geschäfte nur zufällig auf meinen täglichen kleinen Ausgängen als Träger bezeichneter Aushänge aufgefallen sind, daß die angegebene Zahl daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann.

g) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftministeriums an den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 3. Februar 1940 – betr.: Abgabe von Konsumgütern an Juden

Entgegen dem dortigen Bericht vom 28. Dezember 1939 sind, wie mir inzwischen mitgeteilt wurde, in Mannheim bei folgenden Geschäften Plakate mit der Aufschrift: »An Juden wird keine Ware abgegeben« angebracht:
1. Emil Böttcher & Co., Das Haus für Bürobedarf, D 4, 7
2. Schmitt & Zimmermann, Zigarrenfachgeschäft, E 4, 17 und 0 7, 16
3. Karl Erle, Kaffee-, Tee- u. Schokoladegeschäft, D 5,5
4. Lina Reichling, »Das bunte Lädchen« (Textilwaren), N 3, 10
Unter Bezugnahme auf meinen Erlaß Nr. 35 808 vom 16. Dezember 1939 ersuche ich, für die sofortige Entfernung dieser Plakate Sorge zu tragen.
Über das Veranlaßte ist bis zum 25. Februar 1940 zu berichten.

h) Schreiben des Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim an den Bad. Finanz- und Wirtschaftsminister vom 19. Februar 1940

Die Plakate mit der Aufschrift »An Juden werden keine Waren abgegeben« sind entfernt.

Nr. 166

a) Eingabe des R. S., Mannheim, an das Städtische Ernährungs- und Wirtschaftsamt Mannheim vom 12. Februar 1940 – betr.: Gesuch um volle Zuteilung der Lebensmittelkarten (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Als 100% Schwerkriegsbeschädigter erlaube ich [mir] hiermit, ein Gesuch zu unterbreiten, daß ich künftighin die Lebensmittelkarten in voller Höhe und nicht teilweise entwertet zugeteilt bekomme.
Lt. einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums fanden die Vorschriften bzw. der

Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes sowohl für arische als auch für nichtarische Kriegsbeschädigte in gleicher Weise Anwendung; demgemäß wurde mir auch lt. Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums vom 8. Dezember 1939 II Chem. 11361/39 die zusätzliche Belieferung von Seife zugesprochen bzw. zuerkannt.
Wie dortseits aus beiliegendem Rentenbescheid, den ich nach Kenntnisnahme zurückerbitte, zu entnehmen ist, habe ich eine 3fache Kriegsverstümmelung mit Pflegebedürftigkeit, und darf ich daher zuversichtlich hoffen, daß meinem Antrag dortseits entsprochen werden wird.

b) Erlaß des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers, Landesernährungsamt Baden, Abteilung B, Karlsruhe, an den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim – Ernährungsamt – vom 12. Juni 1940 – betr.: Zuteilung von Lebensmitteln an Juden

Der Stellvertreter des Führers hat zur Eingabe des Schwerkriegsbeschädigten R. S. in Mannheim, U 1. 14, vom 12. Februar 1940 dahingehend Stellung genommen, daß keine Bedenken bestehen, den Antragsteller bei der Lebensmittelversorgung der arischen Bevölkerung gleichzustellen und daher auch an den Sonderzuteilungen zu beteiligen.
Das Erforderliche wolle sofort veranlaßt und dafür Sorge getragen werden, daß der Aufdruck »J« auf den Lebensmittelkarten entfernt wird.

c) Abschrift des vorstehenden Erlasses vom Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamt Mannheim an dessen Zweigstelle Q 2, 16 vom 20. Juni 1940 zum Vollzug mit Weisung

S. hat demnach künftig keine Lebensmittelkarten mehr zu erhalten, die mit dem Aufdruck »J« versehen sind. Außerdem kann er sämtliche Sonderzuteilungen erhalten.

d) Schreiben des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts Mannheim an R. S. vom 20. Juni 1940

Der Stellvertreter des Führers hat entschieden, daß Sie bei der Lebensmittelversorgung der arischen Bevölkerung gleichzustellen und daher auch bei den Sonderzuteilungen zu beteiligen sind. Ihre zuständige Zweigstelle Q 2. 16 wurde hiervon verständigt.
Der uns seinerzeit übersandte Rentenbescheid folgt in der Anlage zurück.

e) Schreiben des R. S. an das Städtische Ernährungs- und Wirtschaftsamt vom 25. Juni 1940

Vom Inhalt Ihrer sehr gefl. Zuschrift vom 20. Juni 1940 habe ich mit dankbarer Freude Kenntnis genommen.
Da ich infolge meiner verschiedenen schweren Kriegsdienstbeschädigungen hilfsbedürftig, d. h. auf fremde Hilfe u. Wartung angewiesen bin und meine Frau diese Betreuung versieht, setze ich voraus, daß die Gleichstellung bei der Lebensmittelversorgung usw. auch für meine Frau Geltung hat.
Ich bitte um diesbezügliche Bestätigung, damit ich das Nötige wegen der Lebensmittelkarten auch für meine Frau bei der Zweigstelle in Q 2. 16 anfordern kann.

f) Bescheid des Städtischen Wirtschafts- und Ernährungsamts an R. S. vom 26. Juni 1940

Da vom Herrn Reichsernährungsminister nur die Genehmigung ausgesprochen wurde, für Ihre Person die Lebensmittelkarten unverändert auszugeben, kann Ihrem Antrag, auch für Ihre Ehefrau die Karten ohne Kürzung auszugeben, nicht entsprochen werden.

g) Anweisung des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts an dessen Zweigstelle Q 2, 16 vom 1. Oktober 1940

Nach der Verfügung vom 20. Juni 1940 sind an den schwerkriegsbeschädigten Nichtarier R. S., wohnhaft U 1, 14, keine Lebensmittelkarten mit dem Aufdruck »J« auszugeben. Aufgrund einer neuen Entscheidung des Stellvertreters des Führers müssen kriegsbeschädigte Nichtarier Lebensmittelkarten mit dem Aufdruck »J« erhalten, da nur das Verbot der Sonderzuteilung, nicht aber die Kennzeichnung als Jude, in Wegfall kommen soll. Im Falle der Ausgabe von Sonderzuteilungen erhalten schwerkriegsbeschädigte Nichtarier auf Antrag Berechtigungsscheine über die in Frage kommenden Mengen.
S. erhält daher von der nächsten Kartenperiode an wieder Karten mit dem Aufdruck »J«. Für etwaige Sonderzuteilungen können auf Antrag Berechtigungsscheine ausgegeben werden.
Sofern die 2. Reichskleiderkarte an S. noch nicht ausgegeben ist, hat er beim Bezirkswirtschaftsamt Wiesbaden entsprechenden Antrag zu stellen.

h) Bescheid des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts an R. S. vom 1. Oktober 1940

Aufgrund einer neuen Entscheidung des Stellvertreters des Führers erhalten Sie von der nächsten Kartenperiode von Ihrer Zweigstelle wieder Lebensmittelkarten

mit dem Aufdruck »J«. Dagegen können Sie im Falle der Ausgabe von Sonderzuteilungen von der Zweigstelle auf Antrag Berechtigungsscheine erhalten. Die Zweigstelle wurde entsprechend angewiesen.

Nr. 167

a) Nachricht der Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft an das Haupternährungsamt Mannheim vom 3. August 1940 – betr.: Freigabe von Mazzen (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Wie mir inzwischen mitgeteilt wird, hat das Israelitische Krankenhaus in Mannheim 10 kg Mazze und Dr. Eugen Isaak Neter, dortselbst, 150 kg Mazze aus dem Auslande eingeführt.
Da die Warenabgabe gegen Abschnitte der Reichsbrotkarte vorzunehmen ist, und zwar für 100 g der Reichsbrotkarte 70 g Mazze abgegeben werden, bitte ich Sie, die Ernährungsämter anzuweisen, bei der nächsten Zuteilung der Reichsbrotkarte die entsprechenden Brotkartenabschnitte einzubehalten.

b) Schreiben des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts Mannheim an die Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft vom 7. August 1940

Sowohl das Israelitische Krankenhaus in Mannheim als auch Dr. Isaak Neter, dortselbst, haben die für den Bezug von Mazzen aus dem Ausland erforderlichen Brotmarken bereits abgeliefert.

Nr. 168

a) Schreiben des Israelitischen Krankenhauses Mannheim an das Städtische Ernährungs- und Wirtschaftsamt vom 12. Dezember 1940 – betr.: Zuteilung von Konserven (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Wie wir erfahren haben, erhielten hiesige Krankenanstalten Zuteilung in Obst- und Gemüsekonserven. In Anbetracht unserer derzeitigen hohen Belegung (64, gegenüber früher durchschnittlich 35 Kranken), unter welcher sich eine große Anzahl Diätköstler befinden, bitten wir erg., uns ebenfalls bei Zuteilung von Konserven zu berücksichtigen.

b) Bescheid des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts an das Israelitische Krankenhaus Mannheim vom 18. Dezember 1940

Nach den Anordnungen des Reichsernährungsministers können Sie keine Zuteilung von Gemüse- und Obstkonserven erhalten.

Nr. 169

a) Antrag des E. L. an den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim vom 19. Oktober 1942 – betr.: volle Zuteilung von Lebensmittelmarken – Vermerk: »Einschreiben durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland e. V. – Südwestdeutschland« (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Hiermit gestatte ich mir, Antrag auf Zuteilung der vollen Lebensmittelmarken zu stellen.
Dem Herrn Direktor N. vom hiesigen Ernährungs- u. Wirtschaftsamt habe ich durch meine Ehefrau meine Militärdienstbescheinigung, ärztliches Attest und Urkunde über verliehenes Ehrenkreuz für Frontkämpfer vorlegen lassen.
Als Frontkämpfer und Kriegsteilnehmer des Weltkrieges 1914–1918 zog ich mir im Frühjahr 1915 ein schweres Nervenleiden zu, nachdem ich während des Stellungskrieges vor Hollebeke in Flandern mehrere Tage im Wasser lag. Dieses Leiden hat sich im Laufe der Jahre derart verschlimmert, daß ich seit 1932 vollständig erwerbsunfähig und seit 5 Jahren bewegungsunfähig und dauernd bettlägerig bin.
Vom 29. Dezember 1914 bis 11. April 1916 nahm ich an den Gefechten der 3. und 7. Komp. des 23. bayr. Inf.-Regt. teil und wurde als Vizefeldwebel am 11. April 1916 zum Divisionsstab abkommandiert, da mein körperlicher Zustand, der, durch die oben erwähnte Kriegsbeschädigung verursacht, eine Verwendung im Schützengraben unmöglich machte. Bei Entlassung aus dem Militärdienst habe ich aus freien Stücken auf eine Rente verzichtet.
Es bedeutet nunmehr für mich eine außerordentliche Härte, daß ich im Vergleich zu meinen jüdischen, kriegsbeschädigten Kameraden nicht die vollen Lebensmittelkarten etc. erhalte, nachdem ich doch ebenso wie meine Kameraden meine Pflicht als Soldat getan habe und mich infolge der vorerwähnten Kriegsbeschädigung in einem vollkommen hilflosen Zustand befinde, der mir nicht einmal das Aufsitzen im Bett gestattet.
Einer politischen Partei oder einer Logenvereinigung habe ich nie angehört. Politisch habe ich mich nie betätigt. Vorbestraft bin ich nicht.
In Anbetracht der außerordentlich schwierigen Lage und Härte meines Falles hoffe ich gerne, daß der vorliegende Antrag bewilligt wird.

b) Aktennotiz des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts vom 26. Oktober 1942 – betr.: Ausgabe von Lebensmittelmarken an Juden

Nach dem Erlaß des REM [Reichsernährungsminister] vom 18. September 1942 II B 1 – 3530 können Juden, die nachweislich am Kriege oder an innerdeutschen Kämpfen als Zeitfreiwillige usw. teilgenommen und hierbei eine Verwundung erlitten, haben auf Antrag die Lebensmittelversorgung wie die deutschstämmige Bevölkerung erhalten. Voraussetzung hierfür ist das Einverständnis der zuständigen Dienststelle der Geheimen Staatspolizei, damit diesen die Sonderstellung nicht in

solchen Fällen zugebilligt wird, in denen sie etwa wegen staatsfeindlicher Betätigung usw. dem gesunden Volksempfinden widersprechen würden. Andere Kriegsverletzungen als Verwundungen bleiben unberücksichtigt. Für den Fall der Bewilligung gilt diese nur für den verwundeten jüdischen Kriegsteilnehmer selbst, nicht für seine Angehörigen, auch nicht für Witwen gefallener oder an den Folgen einer Verwundung verstorbener Weltkriegsteilnehmer.
Da L. keine Verwundung nachweisen kann, ist auch die Zubilligung der Lebensmittelversorgung der deutschstämmigen Bevölkerung nicht möglich.

c) Schreiben des Bad. Finanz- und Wirtschaftsministers – Landesernährungsamt Baden – an den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim vom 21. November 1942 – Nr. B 3517 – betr.: Lebensmittelversorgung von Juden

Die im REM[Reichsernährungsminister]-Erlaß vom 18. September 1942 II B 1 – 3530 unter Ziffer 11 getroffene Regelung ist endgültig. Weitere Ausnahmen können nicht zugelassen werden. Der Antrag des Juden E. J. L. in Mannheim ist daher abzulehnen.

Nr. 170

a) Abschrift einer Eingabe von Frau H. H., Mannheim, an das Bad. Innenministerium vom 4. Februar 1943 – betr.: Lebensmittelversorgung der Juden (Stadtarchiv Mannheim 16/67–8)

Infolge der letzten Verordnung der Lebensmittelversorgung der Juden habe ich für meine 8 Kinder (Mischlinge I. Grades) nur die beschränkte Anzahl der Lebensmittelkarten erhalten.
In Anbetracht, daß mein Ehemann P. H. rein arischer Abstammung ist und durch mein zuletzt geborenes Kind meine Ehe als privilegiert gilt, bitte ich höflichst, mir auch für die oben erwähnten 8 Kinder die volle Lebensmittelzuteilung wie der übrigen Bevölkerung zuzuweisen.
Mein Mann ist bereits seit 1939 ständig als Arbeiter im Westen, ist Besitzer des Westwall-Abzeichens und jetzt Frontarbeiter an der Westküste Frankreichs bei der Organisation Todt [22].
Ich wäre Ihnen daher sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir meine Bitte gewähren würden und mein Gesuch vordringlich und wohlwollend behandeln würden.
Ihrer zustimmenden Antwort sehe ich gerne entgegen.

---

[22] Die Organisation Todt beschäftigte in »Mischehen« lebende »Wehrunwürdige«. Sie war benannt nach dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition Todt (Ernennung am 17. März 1940, gest. 8. Februar 1942.).

b) Aktenvermerk des Städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamts auf der Abschrift dieser Eingabe vom 24. Februar 1943

Die Ehe des P. H. (Arier) mit der Jüdin H. S. wurde lt. Heiratsurkunde am 30. Oktober 1928 geschlossen. Aus ihr sind die nachstehend genannten Kinder hervorgegangen:

1. H., Kurt Israel geb. am 6. 8. 1924
2. H., Ilse Sara geb. am 22. 9. 1929
3. H., Helga Sara geb. am 23. 10. 1930
4. H., Lore Sara geb. am 15. 11. 1931
5. H., Ruth Sara geb. am 1. 1. 1933
6. H., Erich Israel geb. am 1. 1. 1933
7. H., Johanna Sara geb. am 25. 7. 1934
8. H., Herbert Israel geb. am 21. 2. 1938
9. H., Anna geb. am 6. 12. 1940

Hiernach gelten die unter Ordnungsziffer 1–8 aufgeführten Kinder als Juden, weil sie bei Erlaß des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben. Sie erhalten daher nach dem Erlaß vom 18. September 1942 II B 1 – 3530 die gekürzten Rationssätze.

Das am 6. Dezember 1940 geborene Kind Anna gehört seit Geburt der christlichen Religionsgemeinschaft an und gilt als Mischling 1. Grades. Es erhält daher die volle Zuteilung wie die deutschstämmige Bevölkerung.

5. DIE VERDRÄNGUNG DER JURISTEN UND ÄRZTE AUS IHREN BERUFEN

Siehe auch Band I, S. 179 ff. und Sauer I, S. 112 ff.

Nr. 171
Schreiben des Mitglieds des Reichstags Hanemann, Mannheim, an den Staatskommissar für Justiz, Karlsruhe, vom 31. März 1933 (GLA 234/4052)

Im Zusammenhang mit den Abwehrmaßnahmen gegen die Greuel-Propaganda sind unbedingt auch dauernde Maßregeln erforderlich, die einer alten nationalen Forderung entsprechen und jetzt stürmisch verlangt werden. Provisorische Anordnungen, wie sie zur Vermeidung von Unruhen und lokalen Eingriffen besonders in die Rechtspflege getroffen worden sind, stellen nur einen Notbehelf dar.

Aufgrund des Ermächtigungsgesetzes erscheinen gesetzliche Bestimmungen unerläßlich über

a) die Beschäftigung von Juden als Beamte und Richter in Unterricht und Lehrfach,

b) die Tätigkeit von Juden in allen sogenannten freien öffentlichen Stellungen, Anwälte, Ärzte, Theater, Handelskammer, Verbände und dergleichen,
Grundsatz: Zulassung nur entsprechend der Bevölkerungsquote, kurze Übergangszeit, Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer,
c) Aufenthaltsregelung bzw. Ausweisung der seit 1. August 1914 eingewanderten Juden,
d) Aufhebung der zahlreichen Einbürgerungen dieser Personen,
e) Ausnahmen zu c und d im Falle des Nachweises erheblicher Verdienste um die deutsche Heeresmacht im Feindesland in den Jahren 1914–1918,
f) Aufhebung der zahlreichen Namensänderungen seit 1. August 1914 usw.
Ich werde verschiedentlich ersucht, diese Vorstellungen den maßgebenden Stellen nochmals zu machen und darauf hinzuwirken, daß der Erlaß solcher gesetzlichen Vorschriften möglichst bald im Interesse friedlicher Regelung, Beruhigung der Öffentlichkeit und der Wirtschaft erfolgt. Ich kann diese Wünsche nur unterstützen und die Bitte vortragen, daß sobald wie möglich, nicht erst in 2–3 Wochen, jene allgemeine Regelung erfolgt.

Nr. 172

Abschrift eines Berichts des Präsidiums des Landgerichts Mannheim vom 13. April 1933 – betr.: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Justizministerium Baden-Württemberg)

1. Nach § 3 Abs. 2 blieben sämtliche Richter jüdischer Abstammung Beamten beim Landgericht Mannheim, mit Ausnahme des Landgerichtsrats Dr. Silberstein. Sonach blieben rund 1/3 aller Richter des Landgerichts Herren jüdischer Abstammung, ein nach Sachlage unter den gegebenen Verhältnissen untragbarer Zustand.
2. Das Präsidium des Landgerichts Mannheim schlägt daher dem Justizministerium folgende Regelung vor:

I. Landgericht

a) Die Herren Landgerichtspräsident Dr. Wetzlar und Landgerichtsdirektor Dr. Bodenheimer erreichen in diesem Sommer sowieso die Altersgrenze. Das Präsidium bittet das Ministerium, geeignete Schritte zu unternehmen und die Herren zur Einreichung ihres schriftlichen Abschiedsgesuches zu ersuchen, wobei man ihnen ja hinsichtlich des Zeitpunkts weitgehendst entgegenkommen könnte. Dagegen hält das Präsidium nicht für opportun, daß diese Herren ihren Dienst wieder aufnehmen.
b) Landgerichtsdirektor Dr. Leser, der seit Jahren leidend und krank ist, wird sich wohl auch damit einverstanden erklären, wenn er vom Ministerium angefragt wird, ob er mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand sein Abschiedsgesuch einreichen will.
c) Landgerichtsdirektor Dr. Bär, gegen dessen berufliche und wissenschaftliche Tätigkeit nichts zu erinnern ist, wird als geeignet vorgeschlagen zum Oberlandesgerichtsrat. Hierdurch wird vermieden, daß die Herren jüdischer Abstammung nach wie vor als Vorsitzende von Kammern tätig sind.

d) Gegen die Wiederaufnahme des Dienstes durch die Herren Landgerichtsräte Dr. Schweizer, Dr. Darmstädter, Dr. Bär II bestehen keine Bedenken. Dr. Darmstädter und Dr. Bär sind Kriegsteilnehmer, Dr. Schweizer ist ein vertriebener Elsässer; alle drei sind am 1. August 1914 Beamte gewesen, sie sind auch in keiner Weise politisch irgendwie aufgefallen.
Wir beabsichtigen, Herrn Landgerichtsrat Dr. Schweizer der Zivilkammer IV beizugeben, sein Vertreter, Amtsgerichtsrat Stroh könnte dann nach Bonndorf zurückberufen werden. Landgerichtsrat Dr. Darmstädter käme zur Zivilkammer II, Amtsgerichtsrat Dr. Kampp von Offenburg könnte nach dort zurück. Landgerichtsrat Dr. Bär würde zur Zivilkammer III kommen, Amtsgerichtsrat Dr. Huber wäre sodann für Buchen frei.
e) Landgerichtsrat Dr. Frank war schon am 1. August 1914 Beamter und Offizier des Beurlaubtenstandes. Er war Kriegsteilnehmer und wurde auch verwundet. Soweit uns bekannt ist, ist er politisch nie hervorgetreten, so daß seine Entlassung nach § 4 nach unserer Kenntnis der Verhältnisse schlecht zu rechtfertigen ist. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, möchten wir vorschlagen, daß er im Dienst belassen, aber versetzt wird. Eine Versetzung wird um so eher durchführbar sein, weil er ohne Familie ist.

II. Amtsgericht

Beim Amtsgericht hätten auszuscheiden die Herren: Amtsgerichtsrat Dr. Leser nach § 4, Amtsgerichtsrat Oettinger nach § 3, Amtsgerichtsrat Marx ist bereits nach § 4 ausgeschieden.
Amtsgerichtsrat Dr. Jordan war unseres Wissens Beamter vor dem 1. August 1914 und müßte demnach bleiben. Aber das Präsidium hat doch mit Rücksicht auf die äußere Persönlichkeit des Dr. Jordan Bedenken, ihn als Einzelrichter auf exponiertem Posten hier zu belassen und regt deshalb an, seine Versetzung an ein auswärtiges Landgericht zu veranlassen.

III. Notariat

Justizrat Dr. Appel soll nach § 4 ausscheidbar sein. Jedenfalls sind gegen seine Weiterbeschäftigung außerordentlich schwere Bedenken vorgebracht worden, die unter Umständen doch zur Ausscheidung führen könnten.
Die Herren Oberjustizrat Oppenheimer und Justizrat Dr. Weil könnten bleiben. Wir möchten aber empfehlen, dem ersteren unter Anwendung des § 5 die Geschäfte des Dienstvorstands abzunehmen.

Nr. 173
Neue Mannheimer Zeitung 26. April 1933

Zurruhesetzung höherer Justizbeamten. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Beauftragte des Reichskommissars für das Ministerium des Kultus, Unterrichts und der Justiz hat den Oberstaatsanwalt Dr. Richard Fleuchaus in Konstanz mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres beurlaubt. Der Landgerichts-

präsident Dr. Heinrich Wetzlar und die Landgerichtsdirektoren Dr. Siegfried Bodenheimer und Dr. Walter Leser, sämtlich beim Landgericht Mannheim, sind, ihrem Antrag entsprechend, auf 1. August 1933 in den Ruhestand versetzt worden. Bei den Genannten handelt es sich um jüdische Richter beim Landgericht Mannheim, die sich schon einige Zeit außer Dienst befinden.

Nr. 174
Protest des Amtsgerichtsrats M. vom 28. April 1933 an das Bad. Justizministerium gegen seine Entlassung (Justizministerium Baden-Württemberg)

Durch Erlaß vom 20. April 1933 Nr. 23020 wurde mir eröffnet, daß mich das Staatsministerium – Der Beauftragte des Reichs – aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 aus dem Staatsdienst entlassen hat. Dieser Entscheidung, die meine Existenzgrundlage vollständig erschüttert, stehe ich wehrlos gegenüber. Ich protestiere aber dagegen. Das Recht zu diesem Protest leite ich ab aus dem Bewußtsein, in allen den Stellungen, die mir der Staat bisher übertragen hatte, mit Erfolg in vollem Maße meine Pflicht getan zu haben, und aus einer großen Zahl von Vertrauenskundgebungen, die mir früher und jetzt aus den Kreisen der Wirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung ohne Rücksicht auf deren politische Einstellung zugegangen sind, und die zum Ausdruck bringen, daß ich der mir gestellten Aufgabe, Recht zu finden, gerecht geworden bin.

Nr. 175
Hakenkreuzbanner 20. Juli 1933

Sie werden wieder frech!

Die Schriftleitung der Deutschen (!) Juristen-Zeitung (Berlin) hat anscheinend aus übertriebener Rücksichtnahme dem Mannheimer jüdischen RA. Dr. Max Hachenburg auch nach der Märzrevolution die Bearbeitung ihrer juristischen Rundschau überlassen. Dieser jüdische Herr belohnt dies in der letzten Nummer der Deutschen Juristenzeitung mit einer unerhört anmaßenden Sprache, die jeden unserer hart um seine Existenz ringenden Volksgenossen aufs schwerste zu verletzen geeignet ist.

Es handelt sich um folgenden Fall: Im Anschluß an einen auf Boykott jüdischer Großhandelsfirmen gerichteten Antrag des Mitglieds einer Goldschmiedeinnung hatte das Reichspropagandaministerium es nicht für gangbar erklärt, solange ein Geschäftsmann sich loyal verhalte, mit Sondermaßnahmen vorzugehen. Aus diesem Einzelfall glaubt nun der Jude Hachenburg mit echt jüdischer Verdrehungskunst folgern zu können, daß die Regierung die Aufforderung an unsre Volksgenossen, jüdische Geschäfte zu meiden, mißbillige und versteigt sich dabei zu der unglaublichen Behauptung, zivilrechtlich sei hierin ein Fall unlauteren Wettbewerbs zu sehen!! Wenn also unser »Hakenkreuzbanner« durch den Ruf »Der Jude ist unser

Unglück« vor jüdischen Geschäftsleuten warnt, macht es sich nach der jüdischen Rechtsauffassung des Herrn Hachenburg des unlauteren Wettbewerbs schuldig!! Herr Hachenburg hat sicher sein fürstliches Auskommen; ihn kümmern nichts die schwerringenden Volksgenossen aus dem Mittelstand, deren Existenz durch die jüdischen Warenhauskonzerne ruiniert wurde. Ist es nicht unerhört: Wer dem notleidenden Volksgenossen hilft, macht sich nach Ansicht dieses Hebräers ersatzpflichtig oder gar strafbar. Sie werden wieder frech, die Herrschaften; sie mögen aber ja nicht glauben, daß wir deutschen Menschen solche Frechheiten mit Ruhe hinzunehmen gewillt sind! Darum erst recht, Ihr deutschen Volksgenossen: Meidet den jüdischen Geschäftsmann! Dem Juden Hachenburg aber sei gesagt: Für jüdisches Gemauschel ist im deutschen Recht kein Ort mehr. Deutsches Recht ist eine Sache artgleicher Menschen, alles andere sollte den Anstand aufbringen, möglichst lautlos abzutreten!

Nr. 176

a) Eingabe des Dr. E. M. Mannheim an das Reichsjustizministerium Berlin vom 14. August 1933 (Justizministerium Baden-Württemberg)

Hierdurch gestatte ich mir folgendes vorzutragen:
Seit dem 19. April 1930 war ich als Referendar im badischen Vorbereitungsdienst bei Justiz- und Verwaltungsbehörden beschäftigt. Aufgrund der Anordnung des Herrn Reichskommissars für das Land Baden vom 5. April 1933 Nr. 34953 über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung bin ich als Referendar jüdischer Abstammung durch die Anordnung des Herrn Dienstvorstandes des Amtsgerichts Mannheim vom 8. April 1933 Nr. 1313 mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres beurlaubt worden. Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen hat der Herr Dienstvorstand des Amtsgerichts Mannheim unterm 7. Juni 1933 meine Entlassung aus dem badischen Vorbereitungsdienst ausgesprochen.
Zu meinen persönlichen Verhältnissen bemerke ich folgendes:
Ich bin am 25. Juni 1906 in Straßburg i/Els. geboren. Meine Eltern haben bis zum Jahre 1921 in Straßburg gewohnt, wo mein Vater ein sehr großes Geschäft im eigenen Hause betrieben hat. Bereits 1920 ist das ganze Vermögen meiner Eltern (Haus und Geschäft) durch die französische Verwaltung sequestriert worden. Die Liquidierung des Vermögens ist dann 1921 erfolgt. Im Spätjahr 1921 haben meine Eltern mit mir, um unser Deutschtum zu erhalten, das Elsaß verlassen und den Wohnsitz nach Mannheim verlegt. Meine Eltern ließen mich Rechtswissenschaft studieren, um mir meine Existenz zu ermöglichen. Mein Vater ist 67 Jahre alt. Ich bin daher nunmehr die einzige Hoffnung meiner Eltern.
Mein Bruder M. M. – andere Geschwister habe ich nicht – war Student der Rechtswissenschaft. Mein Bruder ist im Dezember 1914 in den Krieg gezogen und am 15. Juli 1915 als Angehöriger des Füsilierregiments Nr. 34, 2. Bataillon, 8. Kompanie, 6. Brigade, an der Ostfront vor Warschau gefallen.
Alle diese Tatsachen habe ich in einem Gesuch an das Badische Justizministerium in

Karlsruhe i/B. eingehend dargelegt. Hierauf habe ich unterm 30. Juni 1933 den Bescheid erhalten: Da die Vorschrift in § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und der Dritten Durchführungsvorschrift hierzu vom 6. Mai 1933 zwingendes Reichsrecht darstelle und keine der Voraussetzungen in § 3 Abs. 2 des genannten Gesetzes bei mir vorliege, könne meinem Gesuch um Belassung im Vorbereitungsdienst nicht stattgegeben werden.

Da ich bereits 3 Jahre im Vorbereitungsdienst tätig war, hätte ich bis zum Spätjahr 1933 die zweite juristische Staatsprüfung ablegen können. Durch diesen Bescheid ist mir die Möglichkeit hierzu genommen.

In der am 16. Juli 1933 erschienenen Nr. 28 der Elsaß-Lothringischen Mitteilungen (Verlag: Elsaß-Lothringischer-Hilfsbund-Verlag, GmbH, Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Straße Nr. 27) habe ich folgende Mitteilung gelesen:

»Die Durchführung des Beamtengesetzes.

Von den maßgebenden preußischen Stellen sind jetzt die Durchführungsbestimmungen für die Angestellten und Arbeiter im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bekanntgegeben worden. Sie ordnen an, daß die Durchführung des Gesetzes nun auch bei Angestellten und Arbeitern unverzüglich einzuleiten ist. Kommunisten, mit denen nach dem 8. November 1918 ein privatrechtlicher Dienstvertrag abgeschlossen worden ist, werden auf jeden Fall entlassen. Dabei ist die Mitgliedschaft bei der KPD ebensowenig erforderlich wie eine kommunistische Betätigung im eigentlichen Sinne des Wortes, als Redner, Funktionär, Mitglied der RGO oder Antifa. Es genügt die nachweisbare kommunistische Einstellung. Bis zum Nachweis des Gegenteils ist der angebliche Austritt aus der KPD nur als Täuschungsmanöver zu werten. Dagegen soll die Tatsache, daß Angestellte und Arbeiter aus Elsaß-Lothringen, Oberschlesien oder anderen entrissenen oder zeitweise besetzten Gebieten von einer fremden Macht bestraft, verfolgt oder ausgewiesen sind, bei der Beurteilung zu ihren Gunsten berücksichtigt werden.«

Es steht somit fest, daß bei den Angestellten und Arbeitern die Tatsache der Vertreibung aus Elsaß-Lothringen zu deren Gunsten berücksichtigt werden kann. Die Verdrängung als solche und die hiermit verbundenen Verluste des Vermögens sind doch sicherlich mit dem Dienst an der Front gleichzustellen, da ja die Vertreibung aus Elsaß-Lothringen doch ausschließlich auf das Deutschtum der Betroffenen zurückzuführen war. Daß sich dies so verhält, ergibt sich auch aus der oben angeführten Stelle aus den Elsaß-Lothringischen Mitteilungen.

Auch habe ich am 30. Mai 1933 in der Neuen Badischen Landeszeitung Mannheim, Morgenausgabe, folgenden Artikel gelesen:

»Die aus den entrissenen Gebieten (Posen, Korridor, Elsaß-Lothringen, Ost-Oberschlesien) verdrängten jüdischen Anwälte, die erst nach ihrem Wegzug Notare geworden sind und nicht Frontkämpfer waren, mußten nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus ihrem Amt entfernt werden. Es sind Bestrebungen im Gange, für diese Männer, die für ihr Deutschtum gelitten und ihre Heimat verloren haben, eine Ausnahmebestimmung zu erreichen.«

Ich gestatte mir daher höfl. die Bitte auszusprechen, mir die Rückkehr in den Vor-

bereitungsdienst zu ermöglichen, da die vorgetragenen Tatsachen erkennen lassen, daß meine Eltern und ich, um unser Deutschtum zu erhalten, schwer gelitten und große Opfer dem Vaterlande gebracht haben. Ich bemerke noch, daß ich auf dem Boden der nationalen Regierung stehe. Meine Eltern stammen beide aus Baden. Auch waren deren Vorfahren schon Jahrhunderte in Baden ansässig.
Für das Vorgetragene kann ich die betr. Unterlagen unterbreiten.

b) Bescheid des Bad. Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz – Abteilung Justiz – an Dr. E. M. vom 9. Oktober 1933 – betr.: Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Der Herr Reichsminister der Justiz hat Ihr Gesuch vom 14. August d. J. zuständigkeitshalber an mich abgegeben mit dem Anfügen, daß nach Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern Ausnahmebestimmungen zugunsten nichtarischer, aus den abgetretenen Gebieten verdrängter Beamter nicht in Aussicht genommen seien. Ihre Ausführungen geben mir daher keine Möglichkeit, meine Ihnen durch Erlaß vom 30. Juni 1933 Nr. 37770 mitgeteilte Stellungnahme zu ändern. § 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums schreibt im Gegensatz zu der z. B. für Rechtsanwälte geltenden Regelung zwingend die Entlassung nichtarischer Beamten vor.

c) [In einem Gesuch aus dem Jahre 1938 bittet der Vater des Gesuchstellers um die Verlängerung seiner Reiselegitimationskarte, da er sowohl seine 71jährige Frau wie seinen Sohn ernähren muß. Er weist dabei darauf hin, daß einer seiner Söhne, ein Bruder des Gesuchstellers, im Weltkrieg für Deutschland gefallen sei und daß ihm selber das Kriegsehrenzeichen verliehen worden sei.]

Nr. 177
Schreiben des Bad. Ministers des Kultus, des Unterrichts und der Justiz – Abteilung Kultus und Unterricht an Abteilung Justiz vom 17. August 1933 – A 20979 – betr.: Gesuch des Landgerichtsrats Privatdozent Dr. F. Darmstädter um Genehmigung der Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit (Justizministerium Baden-Württemberg)

Da der nichtarische Privatdozent, Landgerichtsrat Dr. Friedrich Darmstädter, bereits am 1. August 1914 planmäßiger Beamter gewesen und seitdem ununterbrochen Beamter geblieben ist, wurde dem engeren Senat der Universität Heidelberg mit Erlaß vom 18. Juli 1933 Nr. A. 18532 mitgeteilt, daß eine Entziehung der Lehrbefugnis gemäß Nr. 8 zu § 7 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6. Mai 1933 nicht in Betracht kommt und daß die mit Erlaß vom 6. April 1933 Nr. A. 7842 ausge-

sprochene Beurlaubung hiermit hinfällig wird. Unbeschadet dieser aufgrund gesetzlicher Bestimmungen erfolgten Maßnahme bemerke ich, daß mir die Lehrtätigkeit nichtarischer Dozenten grundsätzlich nicht erwünscht erscheint.

Nr. 178
Neue Mannheimer Zeitung 18. August 1933

Die Maßnahmen gegen nichtarische Rechtsanwälte haben für eine Reihe von Angestellten die Kündigung des Dienstverhältnisses mit sich gebracht. Diese unerwünschte Folge hat Anlaß gegeben, im Einvernehmen mit der Badischen Anwaltskammer geeignete Schritte zu errgeifen, um die baldige Wiederanstellung der auf diese Weise brotlos gewordenen Personen zu erreichen. Bei den örtlichen Anwaltsvereinen werden von nun an Listen über die stellenlos gewordenen Angestellten nichtarischer Rechtsanwälte geführt. Den Mitgliedern der Vereine wird nachdrücklich nahegelegt, bei Bedarf von Angestellten auf die eingetragenen Personen zurückzugreifen. Es kann erwartet werden, daß die Mitglieder der Anwaltsvereine diesem Verlangen nachkommen, zumal in geeigneten Fällen nicht davon Abstand genommen wird, nochmals besonders darauf hinzuweisen. Außerdem werden die neu zugelassenen Anwälte über die Liste und ihre Bedeutung unterrichtet werden. Auf diese Weise wird es möglich sein, wenigstens einen Teil der arbeitslos gewordenen Angestellten wieder in ähnlichen Stellungen unterzubringen.

Nr. 179
Hakenkreuzbanner 2. Januar 1934

Der Mannheimer Anwaltsverein e. V. aufgelöst

Wie die Bewegung Adolf Hitlers im großen sich als allumfassend erwiesen hat, so hat sie nicht nur das Alte, Morsche aus vergangener Zeit beseitigt, sondern es mußten auch gute, bewährte Bauten abgebrochen werden, wenn sie dem großen Gedankenflug des Neuen im Wege standen. Der Mannheimer Anwaltsverein e. V., der von jeher eine Pflegestätte gesunden Standesbewußtseins und ausgezeichneter Kollegialität war und über soziale Einrichtungen verfügte, die seinen Namen weit über die Grenzen der Stadt und des Landes hinaus bekannt machten, hat neben der neu geschaffenen Deutschen Rechtsfront und dem Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, der alle arischen Berufsgenossen im Reich umschließt, keine Daseinsmöglichkeit mehr. Er hielt heute im Schwurgerichtssaal des Landgerichts seine letzte außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die der kommissarische Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Friedrich Ludwig Meyer, mit einleitenden Worten und einem Heil auf den Führer eröffnete, worauf er den Vorsitz an den bisherigen geschäftsführenden Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Ludwigs, abgab. Herr Rechtsanwalt Dr. Ludwigs widmete dem Mannheimer Anwaltsverein e. V., dessen Auflösung später beschlossen werden sollte, herzliche Worte des Abschieds.

Er durfte hervorheben, daß der Verein in den langen Jahren seines Bestehens von seinen Vorsitzenden, den Rechtsanwälten Geh. Hofrat Selb, Hachenburg sen. und Lindeck, stets vorbildlich geführt wurde und sich die Achtung und Dankbarkeit nicht nur seiner Mitglieder, sondern auch der Gerichtsbehörden und weiter Kreise der Bevölkerung erfreuen durfte. Es soll deshalb das Gute, welches der Mannheimer Anwaltsverein e. V. geschaffen und gehütet hat, auch in die neue Zeit mit hinübergenommen werden, und es soll insbesondere dafür Sorge getragen werden, daß die sozialen Einrichtungen des Vereins (Sterbekasse, Hilfskasse) in irgendeiner Form weitergeführt werden können.

Die Versammlung beschloß alsdann einstimmig die notwendigen Satzungsänderungen, die Auflösung des Vereins auf 31. Dezember 1933, die Übertragung des Vermögens auf Treuhänder und deren gleichzeitige Bestellung zu Liquidatoren.

Die Mannheimer arischen Rechtsanwälte werden in Zukunft die Fachgruppe Rechtsanwälte der Bezirksgruppe Mannheim im Gau Baden des BNSDJ bilden. Mit der Führung der Fachgruppe ist Herr Rechtsanwalt Dr. Ludwigs beauftragt, zu seinen Stellvertretern sind ernannt die Rechtsanwälte Friedrich Ludwig Meyer und Brechter; weitere Mitglieder eines Führerbeirats werden später bestimmt werden.

Der Fachgruppenleiter brachte in seinen weiteren Ausführungen zum Ausdruck, daß die Fachgruppe, dem Führerprinzip gemäß geleitet, in Zukunft das früher dem Rechtsanwalt häufig eigene Einzelgängertum, geboren aus dem übersteigerten Individualismus, nicht mehr dulden wird. Jeder Anwalt muß sich bewußt sein, daß die Ausübung seiner Praxis zugleich Dienst am Recht und Dienst am Volk zu sein hat. Die neue Zeit, die von jedem deutschen Staatsbürger Opfer verlangt, geht hier nicht am Rechtsanwalt vorbei, sondern verlangt gerade von ihm, daß er sich in den Dienst des Ganzen stellt und die früher vorhanden gewesene innere Verbundenheit mit dem Volk besser und erneut wieder herstellt. Die Mannheimer Fachgruppe Rechtsanwälte wird deshalb in den nächsten Wochen bereits, dem Aufruf des Reichsjuristenführers Staatsminister Dr. Frank entsprechend, in Mannheim eine Rechtsberatungsstelle für unbemittelte Volksgenossen einrichten und es wird die Pflicht jedes einzelnen dem BNSDJ angehörigen Rechtsanwalts sein, seine Dienste dieser Rechtsauskunftsstelle zur Verfügung zu halten. Damit wird auch der unbemittelte Volksgenosse in den Stand gesetzt werden, vom Rechtsanwalt als dem allein berufenen Rechtsberater angehört und betreut zu werden.

Der Fachgruppenleiter schloß die Versammlung mit einem Rückblick auf das für die deutsche Geschichte und die deutsche Anwaltspolitik so ereignisreiche Jahr 1933 und konnte der begründeten Hoffnung auf ein arbeitsreiches Jahr 1934 keinen besseren Ausdruck verleihen, als daß er durch ein dreifaches »Sieg Heil« auf den Führer der Nation und den Führer der Deutschen Rechtsfront die denkwürdige Versammlung schloß.

Nr. 180

a) Schreiben des Kreisleiters der NSDAP des Kreises Weinheim an die Firma Carl Freudenberg GmbH, Weinheim, vom 13. Februar 1936 – Br. B. Nr. 667/36 (Landesamt für die Wiedergutmachung EK 9145)

Dem Herrn Reichsstatthalter ist mitgeteilt worden, daß sich die Firma C. Freudenberg GmbH oder deren Gesellschafter auch heute noch durch den nichtarischen Rechtsanwalt Dr. Hachenburg in Mannheim beraten lassen. Unsere Erkundigungen haben ergeben, daß auch auf dem Gebiet des Handelsrechts und etwa des internationalen Privatrechts gerade im Landgerichtsbezirk Mannheim eine genügende Auswahl tüchtiger arischer Rechtsanwälte zur Verfügung steht, deren Anschrift bereitwilligst durch die Bezirksfachgruppe Rechtsanwälte Mannheim des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (Mannheim – L 8,7) auf Anfrage mitgeteilt wird.

Ich kann daher die Notwendigkeit, noch heute im Jahre 1936 einen jüdischen Rechtsanwalt zu beschäftigen, nicht erkennen. Ich teile das dem Herrn Reichsstatthalter mit, der wünscht, daß Sie sich als deutsche Firma von einem deutschen Rechtsanwalt vertreten lassen.

b) Schreiben der Firma Carl Freudenberg GmbH, Weinheim, an die Kreisleitung der NSDAP des Kreises Weinheim vom 14. Februar 1936 – betr.: Br. B. Nr. 667/36

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. ds., von dem wir Kenntnis genommen haben.

Wir müssen ganz grundsätzlich – abgesehen davon, ob wir Herrn Dr. Hachenburg sen., der ja einer der erfahrensten Juristen in Deutschland ist, in der letzten Zeit zugezogen haben oder nicht – eine Vorschrift in dieser Richtung als eine Einmischung in die Wirtschaft ablehnen. Diese unsere Ansicht würde sich natürlich sofort ändern, wenn eine uns nicht bekannte Anweisung der Regierung vorläge, daß arische Firmen nichtarische Anwälte auch in Handelsberatung nicht zuziehen dürfen. Sollte eine derartige Verordnung bestehen, wären wir um Überlassung dankbar.

Nr. 181

a) Auszug aus dem Zulassungsgesuch des Dr. Hans Hachenburg an den Präsidenten des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 7. November 1938 (Privatbesitz Dr. Hans Hachenburg)

Hierdurch suche ich um Zulassung als jüdischer Konsulent nach[23]. Zu diesem Zwecke führe ich aus:

[23] Nach der Fünften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 27. Sept. 1938 erloschen die Zulassungen sämtlicher jüdischer Rechtsanwälte zum 30. November 1938. Jüdische Anwälte konnten ihre Zulassung als Konsulenten, die nur zur Vertretung von Juden zugelassen waren, beantragen.

a) Ich heiße Doctor iuris Hans Heinrich Hachenburg. Eine Kennkarte ist mir noch nicht ausgestellt. Ich beantrage sie gleichzeitig bei der Polizeidirektion Heidelberg als der für meinen Wohnort zuständigen Behörde.
b) Als Ort meiner künftigen Niederlassung bezeichne ich Mannheim. In erster Linie bitte ich, mich für die Bezirke der Landgerichte Mannheim, Heidelberg und Mosbach, hilfsweise bei den Landgerichten Mannheim, Frankenthal und Landau zuzulassen.
c) Ich bin am 24. Dezember 1897 in Mannheim geboren. Seit 3. Juli 1924 bin ich mit Dr. philosophiae Hildegard geb. Thomas verheiratet. Ich habe ein Kind, Ulrich Hachenburg, geboren am 15. Januar 1926 . . .
d) Ich bin Frontkämpfer im Sinne des § 6 der 5. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz. An Kriegsauszeichnungen besitze ich das Eiserne Kreuz II. Kl., die Badische Silberne Verdienst-Medaille am Bande der Militärischen Karl-Friedrich-Verdienst-Medaille und das Ehrenkreuz der Frontkämpfer.
e) Strafen, Dienststrafen oder ehrengerichtliche Strafen habe ich nicht erlitten, schriftliche Mißbilligungen sind mir nicht erteilt worden. In der Verfügung über mein Vermögen bin ich nicht beschränkt
f) Bis zum 30. November 1938 bin ich beim Landgericht Mannheim als Rechtsanwalt zugelassen.

b) Zulassung des Dr. Hans Hachenburg als Konsulent durch den Oberlandesgerichtspräsidenten, Karlsruhe, vom 28. November 1938 Vermerk: »Eilt«

Auf Ihren Antrag vom 5. November 1928 werden Sie ab 1. Dezember 1938 bis längstens 31. Dezember 1938 als jüdischer Konsulent für den Landgerichtsbezirk Mannheim mit dem Sitz in Mannheim zugelassen.
Mit dieser Zulassung erwerben Sie keine Anwartschaft auf eine endgültige Zulassung als jüdischer Konsulent.
Ihre Büroanschrift ersuche ich mir sofort mitzuteilen. Etwaige Änderungen der Anschrift sind mir unverzüglich bekanntzugeben.

c) Schreiben des Oberlandesgerichtspräsidenten, Karlsruhe, an den Landgerichtspräsidenten, Mannheim, vom 24. Dezember 1938 – H 18 – betr.: Konsulent Dr. Hachenburg – Vermerk: »Sofort! Heute noch!«

Im Anschluß übersende ich eine Abschrift meines Schreibens vom 29. 11. 1938 an den Konsulenten Dr. Hans Hachenburg in Mannheim sowie dessen am 3. und 5. 12. 1938 hier eingegangene Schreiben zur Kenntnis und weiteren Behandlung.
Ich habe Bedenken dagegen, daß Dr. Hachenburg die Weiterbeschäftigung einer deutschblütigen Schreibhilfe [24], wenn auch angeblich nur für Bürogeschäfte der

[24] Vergleiche Nr. 199 und 201.

früheren Anwaltsgemeinschaft, gestattet wird, vermag jedoch die Verhältnisse von hier aus nicht genügend zu überblicken.

Nr. 182
Siehe Reproduktion Seite 34

Nr. 183
Schreiben des Beauftragten für die Rechtsanwälte für den Landgerichtsbezirk Mannheim an die Mitglieder des NSRB vom 17. November 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–18)

Ich teile nachstehend eine eilige Anordnung der Reichsführung und Gauführung des NSRB mit: »Durch telegraphisch den Gauen übermittelte Anordnung der Reichsführung des NSRB ist sämtlichen Bundesmitgliedern die Fürsprache für inhaftierte Juden untersagt.«

Nr. 184
Auszug aus einem Rundschreiben des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Karlsruhe an die Mitglieder der Reichs-Rechtsanwaltskammer im Bezirk der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe vom 7. März 1942 – betr.: Erhebung eines Sonderbeitrags zum Kriegsausgleichsstock für das Jahr 1940 und Beitragsfestsetzung für das Geschäftsjahr 1941/42 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–18)

5. Rechtsanwälte, die mit Genehmigung einer Dienststelle der NSDAP oder des Präsidenten einer Rechtsanwaltskammer die Vertretung von Juden übernommen haben, haben 40 v. H. der daraus im Jahre 1940 erzielten Einkünfte als Sonderbeitrag abzuführen. Ausgenommen sind Mandate, die im Auftrage des Reichskommissars für die Behandlung feindlichen Vermögens oder sonst in behördlichem Auftrage übernommen worden sind. Die um 40 v. H. gekürzten Einkünfte aus der Vertretung von Juden sind den zur Bemessung des Sonderbeitrages im übrigen zugrunde gelegten Einkünften weiter hinzuzurechnen.

Nr. 185
a) Eingabe von Rechtsanwalt Joseph Gentil an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe vom 30. März 1942 – betr.: Sonderbeitrag zum Kriegsausgleichsstock 1940 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–18)

Ich übergebe anbei die von mir verlangte Erklärung zur Festsetzung des Sonderbeitrages. Es trifft mich zwar nicht der Sonderbeitrag aus Mehrverdienst gegen-

über dem Vergleichsjahr 1938, wohl aber in einer geradezu vernichtenden Weise derjenige für Einkünfte aus der Vertretung von Juden.
Gemäß Ziffer 6 der Anordnung des Herrn Präsidenten der Reichsrechtsanwaltskammer vom 14. Februar 1942 bitte ich zu prüfen, ob die Sonderabgabe von mir gefordert werden soll oder ob die Aufforderung nicht vielmehr auch in einer sehr stark herabgesetzten Höhe eine unbillige Härte mit sich bringen würde, weil diese Einkünfte im Jahre 1940 74 % meiner gesamten Berufseinkünfte betragen haben und mir nach Abzug der Steuern, der Sonderabgaben und der regelmäßigen Beiträge zur Reichsrechtsanwaltskammer nur ein Betrag von RM 3380,– zur Deckung des Betrages verbleiben würde, der mir zur Bestreitung des Lebensunterhaltes für meine Frau und mich aus dem Einkommen verfügbar war. Eine Abgabe von 40 % würde in der Tat die Wegnahme von fast 30 % meines Gesamteinkommens bedeuten, das in Steuergruppe II mit insgesamt 52,5 % Personalsteuern belastet war, so daß mir davon ohne die sonstigen Minderungen nur etwa 17,5 % verbleiben würden.
Zur näheren Begründung trage ich vor:
Ich bin am 5. September 1875 geboren, stehe also im 67. Lebensjahr und lebe mit meiner über 60 Jahre alten Ehefrau seit 1927 in kinderloser Ehe und habe daher in den Jahren 1939 und 1940 der Steuergruppe II angehört.
Die befremdliche Erscheinung, daß 74 % meiner Einnahmen 1940 aus der Vertretung jüdischer Sachen geflossen sind, erklärt sich daraus, daß mir die arische Klientel seit 1935 fast ganz verlorengegangen ist, weil ich nicht dem NSRB angehören kann. Die Tatsache, daß die im Jahre 1809 geborene Mutter meiner Mutter Jüdin war, daß ich also einen jüdischen Großelternteil habe, verschloß mir den Zugang zum NSRB und damit nahezu vollständig auch die arische Praxis. Ich würde jüdische Mandate nicht in dem Umfang angenommen haben, wenn ich die Möglichkeit gesehen hätte, mich aus der arischen Praxis zu ernähren. Ich bedauere es außerordentlich, daß mir diese so gut wie verschlossen ist, ich kann es aber nicht ändern, da ich ohnehin in meinem 67. Jahre keine werbende Kraft mehr bin. Meine Praxis ist jetzt, nach dem Wegfall jüdischer Mandate, zum völligen Absterben verurteilt. Ich habe daher auch nicht die Möglichkeit, diese Sonderabgabe künftig zu decken, zumal wenn im nächsten Jahre die Einkünfte des Jahres 1941 aus jüdischen Vertretungen einer gleichen Sonderabgabe unterworfen werden sollten. Bei diesen jüdischen Vertretungen handelt es sich übrigens fast ausschließlich um die Abwicklung der Vermögensangelegenheiten ausgewanderter Juden, also um devisenrechtliche und steuerrechtliche Erledigungen und um den Verkehr mit den Behörden und Banken. In allen Fällen war festgestellt worden, daß im überwiegenden Interesse des deutschen Volkes die Übernahme der Vertretung durch einen deutschen Rechtsanwalt geboten war, so daß ich diese Mandate ruhig übernehmen zu können glaubte.
Ich habe seit Monaten so gut wie kein Mandat mehr bekommen, meine Tätigkeit besteht in der Bearbeitung weniger außergerichtlicher Sachen, in der Abrechnung alter jüdischer Vermögensverwaltungen, die durch die Verfallserklärung der jüdischen Vermögen beendet sind, und in zwei Hausverwaltungen.

Ich sehe mich genötigt, meine seit 1903 bestehende selbständige Kanzlei in meine Wohnung zu verlegen, weil ich voraussehe, daß ich demnächst kaum mehr die Spesen werde verdienen können.
Nebenbei gestatte ich mir zu bemerken, daß ich mit einem Zuschlag auf den Beitrag zur Reichsrechtsanwaltskammer von 3 % statt 2 % belastet bin, weil ich als Nichtmitglied des NSRB nicht zur Vertretung der zur Wehrmacht einberufenen Berufsgenossen herangezogen wurde, obwohl ich mich am Tage des Kriegsbeginnes dazu ausdrücklich gemeldet habe. Diese schmerzliche Übergehung hat also auch diesen nicht vorausgesehenen wirtschaftlichen Nachteil für mich neben dem ganz ungeheuren, nie zu verwindenden, dauernden moralischen und wirtschaftlichen Druck, den die Beiseitestellung seit 1933 für mich bedeutet. Wäre ich Mitglied des NSRB, so hätte ich mir meine alte arische Klientel erhalten und neue erwerben können. Eine Sonderabgabe auf jüdische Mandate, welche in diesem Falle nur eine geringe Bedeutung haben würde, wirkt sich für mich, so wie die Dinge liegen, geradezu vernichtend aus. Ich bitte um wohlwollende Entscheidung.

b) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an Rechtsanwalt Dr. Ludwigs vom 30. März 1942 – betr.: Sonderabgabe zur Reichsrechtsanwaltskammer – Vermerk: »Persönlich«

Auf dem vorgeschriebenen Dienstwege habe ich meine Erklärung zur Festsetzung des Sonderbeitrages an den Herrn Präsidenten der Rechtsanwaltskammer in Karlsruhe abgeschickt und das abschriftlich beiliegende, für den Herrn Schatzmeister der Reichsrechtsanwaltskammer bestimmte Ersuchen um eine Billigkeitsentscheidung beigefügt.
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Güte hätten, diese Eingabe zu prüfen, und mich, wenn Sie es für angebracht halten, zu einer Besprechung mit Ihnen einzubestellen. Die Abgabe von 40 % würde mich bei den drückenden Steuern vor ein Nichts stellen und deswegen bitte ich Sie, der Sie die Verhältnisse kennen, meine Eingabe zu befürworten. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß ich in den Jahren 1939 und 1940 ein Reineinkommen von

	RM 37 707.– und	RM 34 850.—
also zusammen		RM 72 557.—
hatte und daß ich im Laufe dieser zwei Kalenderjahre in		
Steuergruppe II an Einkommensteuer		RM 37 285.—
Mehreinkommensteuer		RM 2 232.—
Bürgersteuer		RM 750.—
Landeskirchensteuer		RM 2 770.80
Ortskirchensteuer		RM 422.—
	zusammen	RM 43 459.80

bezahlt habe, das sind 59,9 % meiner reinen Einnahmen. Es verblieben mir aus

den Eingängen dieser beiden Jahre nach Begleichung aller in diesen Jahren fälligen Steuern RM 29 097.—
nach Abzug der Lebensversicherungsprämien etc.
und Darlehenszinsen RM 5 517.—
nur noch RM 23 580.—
für die zwei Jahre, also nicht einmal RM 12 000,– pro Jahr. Daraus konnte ich leider keine RM 10 300,– für diese Sonderabgabe eines Jahres erübrigen. Wenn Sie es für richtig halten, werde ich das meinem Gesuch noch nachtragen.

Nr. 186
Hakenkreuzbanner 13. April 1933

Sonderkommissar Pg. Schütz greift durch:
Die Säuberungsaktion durch den Sonderkommissar für das Heilwesen in Baden geht weiter. Der praktische Arzt Dr. med. Bodenheimer in Mannheim-Waldhof wurde mit Wirkung ab 10. April 1933 dauernd von der Krankenkassenpraxis ausgeschlossen. An seiner Stelle wurde der praktische Arzt Dr. med. Volmari mit sofortiger Wirkung zur Krankenkassenpraxis in Mannheim-Waldhof zugelassen.

Nr. 187
a) Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern an die Bad. Staatskanzlei, Karlsruhe, vom 31. Januar 1936 – Nr. III P. 3710/317 – betr.: Boykott jüdischer Mischlinge – Vermerk: »Vertraulich« (GLA 233/26162)

Ich übersende in der Anlage Abschrift einer Eingabe mehrerer Mannheimer Ärzte ergebenst mit dem Ersuchen um Bericht.
Wenn die Angaben der Einsender zutreffen, sind sie nicht als Juden anzusehen. Den jüdischen Mischlingen muß nach dem Rundschreiben Nr. 228/35 des Stellvertreters des Führers vom 2. Dezember 1935 die freie Betätigung auf dem Gebiet der Wirtschaft gewährleistet werden.

b) Abschrift einer Eingabe Mannheimer Ärzte an den Reichsinnenminister Dr. Frick, Berlin, vom 6. Dezember 1935 – betr.: Boykott jüdischer Mischlinge – Vermerk: »Vertraulich«

Die unterzeichneten Mannheimer Ärzte bitten ergebenst, dem Herrn Reichsinnenminister nachfolgende Angelegenheit vortragen zu dürfen:
Bei den sieben unterzeichneten Ärzten handelt es sich um Persönlichkeiten, die im Sinne der Ausführungsbestimmungen der Nürnberger Gesetze als Mischlinge ersten und zweiten Grades keine Juden sind und nach dem Gesetz zur Wiederherstellung

des Berufsbeamtentums als Ärzte zu den Krankenkassen zugelassen sind. Nach den durch den Herrn Reichsinnenminister erlassenen Erläuterungen zu den Ausführungsbestimmungen sollen diese Mischlinge den deutschblütigen Volksgenossen in wirtschaftlicher Beziehung völlig gleichgestellt werden. Neuerdings werden hier in Mannheim bei Gliederungen und Organisationen der Partei, sowie bei den der Partei angeschlossenen Verbänden, der Stadtgemeinde, Beamten usw. Listen jüdischer Ärzte aufgelegt oder verlesen, auf welchen die unterzeichneten Ärzte aufgeführt sind, obwohl die Ausführungsbestimmungen der Nürnberger Gesetze klar zum Ausdruck bringen, daß die Unterzeichneten n i c h t zu den Juden zu rechnen sind. Da mit dem Zirkulieren dieser Listen gleichzeitig eine Warnung bzw. ein Verbot des Aufsuchens jüdischer Ärzte verbunden ist, tragen diese Listen ausgesprochenen Boykottcharakter. Es ist klar, daß durch das Führen der unterzeichneten Ärzte auf diesen Listen ihre wirtschaftliche Existenz bereits jetzt schon schwerstens geschädigt ist und in kürzester Zeit vernichtet sein wird. Gelegentlich einer Rückfrage bei dem hiesigen Kreisleiter Herrn Dr. Roth wurde mitgeteilt, daß der Kreisleitung von dieser Maßnahme nichts bekannt sei, daß aber nicht verhindert werden könne, wenn bei solchen Veröffentlichungen die Betreffenden ausdrücklich als Mischlinge bezeichnet würden. Auch eine Trennung dieser Boykottliste in jüdische Ärzte und Mischlinge würde dem Sinn der wirtschaftlichen Gleichstellung mit den Deutschblütigen entgegenlaufen und die gleiche Boykottwirkung erzielen.
Da die Unterzeichneten der Ansicht sind, daß dieses Vorgehen in striktem Gegensatz zu der Absicht des Gesetzgebers steht, bitten sie um ergebenste Prüfung und beschleunigte Abhilfe, wenn die Existenzvernichtung noch aufgehalten werden soll.
Die Unterzeichneten bitten die Stellungnahme des Herrn Reichsministers des Innern zu den oben aufgeführten Fragen an die Anschrift eines der unterzeichneten Ärzte übermitteln zu wollen.
Heil Hitler!
gez.: Dr. W. Achtnich, G 7. 24; Dr. O. Barber, N 2. 10; Dr. A. Keller, Friedrichsring 2 a; Dr. K. Laemmle, Friedrichsplatz 12; Dr. H. Nettel, O 5. 9; Dr. R. Seubert, M 7. 1 a; Dr. E. Traumann, O 5. 14.

c) Schreiben des Bad. Innenministers an die Bad. Staatskanzlei, Karlsruhe, vom 17. März 1936 – Nr. 31718 – betr.: Boykott jüdischer Mischlinge

Nach den Feststellungen des Herrn Polizeipräsidenten in Mannheim sind die Angaben der beschwerdeführenden Ärzte in der Eingabe vom 6. Dezember 1935 zutreffend. Nach dem Bericht des Herrn Polizeipräsidenten in Mannheim vom 6. März 1936 ist inzwischen durch ein Rundschreiben der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands vom 2. März 1936 angeordnet worden, daß die genannten Ärzte aufgrund einer Anordnung des Reichsärzteführers vom 13. Februar 1936 künftig als arische Ärzte zu führen und das kassenärztliche Verzeichnis entsprechend zu berichtigen sei.

Die Beschwerde der genannten Ärzte wird damit als gegenstandslos betrachtet werden können. Eine Abschrift des Berichts des Herrn Polizeipräsidenten in Mannheim vom 6. März 1936 ist angeschlossen.

Nr. 188

a) Weisung des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim an das Tiefbauamt vom 27. Juli 1936 (Stadtarchiv Mannheim 3/68–1063)

Wie mir bekannt geworden ist, haben die nachstehend aufgeführten Arbeiter trotz meines Verbotes nichtarische Ärzte in Anspruch genommen:

Name des Arbeiters:	Wohnung:	Arzt:
1 M., Karl	Wingertsbuckel 20	Helfenstein
2. F., Wilhelm	Schwetzinger Str. 68	H. Weil
3. A., Eugen	Lindenhofstr. 102	Glaser
4. G., Friedrich	Kobellstr. 3	Geissmar
5. B., Eduard	B 5. 2	Seubert
6. K., Willi	N 2. 13	Barber [25]

[Folgen weitere Namen]

Ich ersuche jeden einzelnen der Vorgenannten verantwortlich zu hören und dabei im besonderen festzustellen, ob der Beginn der Behandlung vor oder nach dem Erlaß der Verfügung vom 3. Juni 1936 lag, in der den Bediensteten gegen Unterschrift zu eröffnen war, daß sie ihre Dienstentlassung zu gewärtigen haben, wenn sie sich von jüdischen Ärzten behandeln lassen. Die Angaben sind gegebenenfalls noch anhand des bezahlten Krankenlohnes nachzuprüfen und mir vorzulegen.

b) Protokoll des Tiefbauamts vom 13. August 1936 über die Einvernahme von städtischen Arbeitern – betr.: Inanspruchnahme jüdischer Ärzte

Wir haben die einzelnen Arbeiter einbestellt und in der Angelegenheit vernommen:

1. Karl M. wohnt jetzt in Feudenheim, Neckargrün 3, und hat erklärt, daß er seine Zahnbehandlung von dem arischen Zahnarzt Dr. Helfenstein, Langstr. 39 a, vornehmen lasse. Jüdische Ärzte würden von ihm und seinen Familienangehörigen nicht in Anspruch genommen.

2. Wilhelm F. wohnt seit 25 Jahren in der Kleinfeldstr. 26. Vor zwei Jahren habe er einmal den Kinderarzt Dr. H. Weil, Kaiserring 18, zur Behandlung seines Kin-

[25] Man beachte, daß hier das Herbeiziehen eines Arztes zu einem sterbenden Kind, der, wie aus den vorhergehenden Dokumenten ersichtlich, als Vierteljude »Ariern« gleichgeachtet werden sollte, dem Vater des Kindes zum Nachteil gereichte.

des gehabt. Seine Frau habe schon damals sofort einen anderen Arzt gerufen, da ihr nicht bekannt war, daß Dr. Weil Jude ist. Von seiner Familie werde kein jüdischer Arzt besucht.
F. erklärte schließlich, daß es sich bei der Wohnungsangabe Schwetzinger Str. 68 wohl um seinen Neffen handeln solle, der allerdings Schwetzinger Str. 134 wohne und dort einen selbständigen Haushalt habe.
3. Eugen A., Lindenhofstr. 102, hat auf Vorhalt erklärt, seine Frau war im März dieses Jahres gerade dabei, zum Hausarzt, Dr. Herth, Waldparkstr. 9, zu gehen. Auf der Treppe ihres Hauses sei sie zu Fall gekommen; Dr. Glaser sei in diesem Augenblick im Hause eingetroffen, um einen anderen Mieter zu besuchen. Dr. Glaser habe seiner Frau dann einen Verband angelegt und sie wenige Tage später nochmals besucht. Er habe für die Behandlung nichts berechnet und auch den Krankenschein, den ihm Frau A. besorgt habe, nicht angenommen. A. hat den damals bei der Krankenkasse geholten Krankenschein zum Beweis seiner Ausführungen vorgelegt; der Schein ist hier beigefügt.
4. Friedrich G. wurde ab 14. Juni 1936 zum Straßenbahnamt versetzt.
5. Eduard B. ist bei der Gemeinnützigen Baugesellschaft beschäftigt.
6. Willi K., wohnhaft N 2. 13, hat auf Vorhalt erklärt, daß während seiner Abwesenheit beim Militär das Kind Eugen plötzlich erkrankte und am gleichen Morgen noch verstarb. Ein Mitbewohner habe einen Arzt gerufen und Dr. Barber gebracht, der nur noch den Tod des Kindes feststellen konnte.
K. wurde wegen dieser Angelegenheit bereits bei der SA vernommen und dann die Weiterbehandlung des Falles dem Kreisgericht übergeben. Eine Bestrafung habe er nicht erhalten.
[Folgen weitere Vernehmungen]
Die Genannten wurden nochmals in aller Strenge auf die gegebenen Vorschriften hingewiesen und nicht im Zweifel darüber belassen, daß sie bei Nichtbeachtung des Verbotes der Inanspruchnahme jüdischer Ärzte Dienstentlassung zu erwarten haben.

Nr. 189
Schreiben der Kreisgeschäftsführung der NSDAP an den BDM-Untergau 171, Mannheim N 2, 4 vom 11. Oktober 1937
(GLA, Doc. center)

Die bei der Firma Christliche Kunst GmbH, Mannheim, 0 7, 2, beschäftigte V[olks]g[e]n[ossin] Friedl Gäng, geb. 6. 5. 1921, wohnhaft Mannheim-Neckarau, Friedhofstr. 15 hat den jüdischen Arzt Dr. Marx in Anspruch genommen, obwohl sie Mitglied des BDM ist und außerdem bei einem Parteigenossen ihr Brot verdient. Der Arbeitgeber hat Frl. Gäng schon einmal verwarnt. Nachdem aber die Genannte nun doch wieder zum Judenarzt gegangen ist, wurde sie gefragt, ob sie nicht wüßte, daß ein solches Benehmen gegen die Grundsätze der Partei verstoße, zumal sie im BDM ist, worauf sie antwortete, daß sie das wüßte. Aufgrund dieser Antwort wurde Frl. Gäng sofort entlassen, da die Firma deren Vorgehen als be-

wußte Sabotage nationalsozialistischer Grundsätze ansah.
Wir bitten um Kenntnisnahme und zuständigen weiteren Veranlassung.

Nr. 190
Hakenkreuzbanner 20. Januar 1937

Volksgenossen meiden jüdische Ärzte
Wer sie dennoch aufsucht, zeigt damit seine wahre Gesinnung

Der Nationalsozialismus hat den Begriff der Gesundheitsführung geprägt und die Einheit von Arzt und Volk wiederhergestellt. Der Pressereferent des Hauptamts für Volksgesundheit, P. E. Rings, zieht daraus in »Ziel und Weg«, der Zeitschrift des NS-Ärztebunds, die Folgerungen, die sich für jeden Volksgenossen in der Beurteilung der Judenfrage ergeben.

Es sei nicht nur Sache der Juden allein, den in den Nürnberger Gesetzen zum Ausdruck gekommenen Willen des Nationalsozialismus und des Gesetzgebers zu respektieren, sondern jedem deutschen Volksgenossen werde allein schon durch die Tatsache des Erlasses der Nürnberger Gesetze gesagt, daß er sich vom Juden fernzuhalten und den Juden und seinen Einfluß in seinem Dasein auszuschalten habe. Das sei nicht mehr allein eine Frage des guten Geschmacks und des völkischen Takts, sondern ganz einfach Pflicht jedes Volksgenossen, der Wert darauf lege, diese Ehrenbezeichnung mit Recht für sich in Anspruch zu nehmen.

Gewiß praktiziere in Deutschland noch eine Überzahl jüdischer Ärzte, und auch die Frage des jüdischen Kassenarztes sei noch nicht ihrer vollständigen Lösung zugeführt. Das langsame, durch die Umstände bedingte Fortschreiten der Entwicklung sei jedoch keineswegs ein Freibrief für diejenigen, die der Ansicht seien, daß erst gesetzliche Regelungen ihnen in gewissen Dingen Pflichten auferlegten.

Der Referent verweist auf Urteile von Arbeitsgerichten, die das Recht des Betriebsführers festlegten, ein Gefolgschaftsmitglied, das nach wie vor jüdische Ärzte bevorzugt, zu entlassen. Hier werde der sehr richtige Standpunkt vertreten, daß ein solches Gefolgschaftsmitglied jenen völkischen Anstand und jenes Maß von völkischer Zuverlässigkeit vermissen lasse, die vorhanden sein müßten, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Betriebsführung und Gefolgschaft in nationalsozialistischem Sinn zu garantieren. Die Frage der Arztwahl sei mehr als jede andere Vertrauensfrage. Niemand werde behaupten wollen, daß ein solches Vertrauensverhältnis zwischen Juden und Deutschen möglich sei. Wer nach wie vor den jüdischen Arzt aufsuche, beweise damit nicht nur sein mangelndes völkisches Sauberkeitsempfinden, sondern auch seine Absicht, dem Wollen des Nationalsozialismus auf gesundheitlichem Gebiet nicht zu folgen.

Nr. 191

Bekanntmachung durch Dr. Rohrhurst für die jüdischen Behandler vom 31. Oktober 1938 (Privatbesitz Dr. K. Weigert)

1. Als Beauftragter für die Überwachung der hiesigen jüdischen Krankenbehandler ist Herr Dr. Gaa ernannt worden.
2. Das Genehmigungsschreiben des Reichsministeriums des Innern ist mit einer schriftlichen oder mündlichen Meldung Herrn Dr. Gaa zu übergeben.
3. Bei Verzicht (Auswanderung, Invalidität, längere Krankheit) muß das Genehmigungsschreiben an den Beauftragten zurückgegeben werden.
4. In allen ärztlichen Angelegenheiten ist der Beauftragte maßgebend, und ist deshalb an ihn zu wenden. In allen rein jüdischen Angelegenheiten des Krankenhauses etc. sind die jüdischen Instanzen, Gemeinde usw. zuständig. Es bleibt den jüdischen Krankenbehandlern unbenommen, sich in ihren Fragen an die Gemeinde, Oberrat, Reichsvertretung etc., zu wenden.
5. Nach dem 1. Januar 1939 ist in allen Eingaben etc. der zweite Vorname Israel anzuwenden und voll auszuschreiben.
6. Evtl. Verträge mit Krankenhäusern oder gemeindlichen Institutionen müssen dem Beauftragten zur Genehmigung vorgelegt werden.
7. Herr Dr. Rohrhurst vertritt bis auf weiteres den Beauftragten im Publikumsverkehr.
8. Die in der Gestattung aufgeführte Fachbezeichnung schließt eine Tätigkeit in anderen Fächern nicht aus. Die entgegengesetzten strengeren Bestimmungen der Ärzteordnung bezgl. der Fachtätigkeit werden für die jüdischen Krankenbehandler außer Kraft gesetzt. Jüdische Krankenbehandler sollen sich gegenseitig vertreten. Auch die Behandler sogenannter benachbarter Fächer. Es darf aber kein jüdischer Krankenbehandler angehalten werden, ein bestimmtes Fachgebiet zu vertreten, wenn er glaubhafte Gründe vorbringt, daß er dieses Gebiet nicht beherrscht.
9. In der Privatpraxis bestehen bezgl. des Praxisbereiches (Besuch und Konsultationen) keine örtlichen Beschränkungen. Sprechstunde darf jedoch nur an dem Ort abgehalten werden, der in der Gestattung erwähnt ist oder von dem Beauftragten ausdrücklich erlaubt ist.
10. Nirgends darf die Bezeichnung Arzt erscheinen, auch nicht die Bezeichnung Krankenhausarzt etc.
11. Für die Bemerkung »nur zur Behandlung etc.« auf Rezepten und Briefbogen wird ein einfarbiger Stempel gestattet, kein farbiger Davidstern. Am Krankenhaus braucht kein Schild mit Arztnamen angebracht werden.
12. Entgegen anderen Mitteilungen dürfen von den jüdischen Behandlern Geschlechtskrankheiten behandelt werden und Morphiumrezepte, Leichenschaubescheinigungen ausgestellt werden.

Nr. 192

Schreiben des Amts für Volksgesundheit der NSDAP – Verwaltungsstelle Mannheim – an die Kreisleitung der NSDAP, Kreisgeschäftsführung Mannheim, vom 12. November 1938 – betr.: Schreiben der Ortsgruppe Horst-Wesselplatz (GLA, Doc. center)

Bekanntlich wurde durch die 4te Notverordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. Juli 1938 den jüdischen Ärzten die Bestallung (Approbation) entzogen.
Der Reichsminister des Innern ist jedoch nach § 2 dieser Verordnung ermächtigt, einzelnen jüdischen Ärzten die Ausübung des Ärzteberufes widerruflich zu gestatten.
Diese jüdischen Behandler (Ärzte dürfen sie sich nicht mehr nennen) dürfen nur Juden behandeln.
An dem jüdischen Krankenhaus Mannheim dürfen mit Genehmigung des Reichsinnenministeriums folgende früheren jüdischen Ärzte für die jüdische Bevölkerung behandeln.

1. Professor Weyl (kommt aus Stuttgart)
2. Dr. Fuchs (kommt aus Heidelberg)
3. Dr. Wolf (bisher schon in Mannheim)
4. Dr. Marx (bisher schon in Mannheim-Neckarau)
5. Dr. Kaufmann, Paul (bisher schon in Mannheim)

Der deutsche Arzt ist verpflichtet, jeden jüdischen Kassenpatienten, also auch Fürsorgepatienten, zu behandeln, weil in der Sozialversicherung auch diese widerruflich zugelassenen früheren jüdischen Ärzte nicht mehr tätig sein dürfen.
Einen Privatpatienten-Juden braucht er nicht zu behandeln, denn dafür sind die obengenannten jüdischen Behandler da.
Da in Mannheim noch viele deutsche Ärzte keine Parteigenossen sind, kann der Pg.-Arzt – das ist allerdings meine persönliche Einstellung – abgesehen von Not- u. Unglücksfällen, den jüdischen Kassenpatienten an einen Nichtparteigenossen-Arzt verweisen.
Ich hoffe, daß darüber in Kürze noch eingehende Ausführungen erfolgen.
Ist ein jüdischer Behandler bei Not- und Unglücksfällen nicht greifbar, dann ist jeder deutsche Arzt verpflichtet, dem Juden erste Hilfe zu leisten.

Nr. 193

Schreiben der Kreisleitung der NSDAP Mannheim an die Arbeitsgemeinschaft der Gemeinnützigen Krankenanstalten Mannheim vom 24. November 1938 – betr.: Aufnahme von Patienten jüdischer Abstammung in die Mannheimer Krankenhäuser (GLA, Doc. center)

Wir bestätigen dankend den Erhalt Ihres Schreibens vom 14. November d. J. Zur Sache teile ich Ihnen zunächst folgendes mit:

1. Jeder arische Arzt ist verpflichtet, jeden jüdischen Patienten, sofern er Kassenpatient ist, zu behandeln, da nichtarische Ärzte zur Kassenpraxis nicht zugelassen sind.
2. Jeder arische Arzt – somit auch jedes arische Krankenhaus – ist verpflichtet, bei Not- und Unglücksfällen, sofern ein nichtarischer Arzt oder das Israelitische Krankenhaus nicht in der Nähe sind, den jüdischen Patienten aufzunehmen, bis die unmittelbare Gefahr vorüber ist und Transportmöglichkeit besteht. Das betreffende Krankenhaus hat sich dann unmittelbar mit dem Israelitischen Krankenhaus in Verbindung zu setzen. Verweigert das jüdische Krankenhaus die Aufnahme, so ist eine genaue Begründung anzufordern und dieselbe zur eingehenden Prüfung dem Kreisamtsleiter Dr. Gaa vorzulegen.
Im übrigen darf erwartet werden, daß auch auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit genaue Richtlinien herauskommen.
Formell darf ich Sie vielleicht noch darauf aufmerksam machen, daß es etwas überraschend wirkt, wenn die Arbeitsgemeinschaft der gemeinnützigen Krankenanstalten Mannheim sich in dieser Frage an uns wendet und zu gleicher Zeit in ihren Briefbogen als Mitglied Ihrer Arbeitsgemeinschaft das Israelitische Krankenhaus aufführt. Dieser Eindruck ist um so peinlicher, als dann Ihr Schreiben mit dem deutschen Gruß »Heil Hitler« schließt. Ich benütze diese Gelegenheit, Sie vertraulich auf diese Tatsache hinzuweisen.

6. DIE VERDRÄNGUNG DER JUDEN AUS DER GESELLSCHAFT – NÜRNBERGER GESETZE –

Die Beamtengesetzgebung, die Verdrängung einzelner Berufsstände und schließlich der völlige Entzug der wirtschaftlichen Grundlagen waren nur Teile – oftmals die am wenigsten beachteten – eines Ganzen. Zwar hätten diese administrativen Maßnahmen auf längere Sicht auch alles jüdische Leben in Deutschland vernichtet, da die betroffenen Bürger zur Auswanderung gezwungen waren, aber einmal blieben Aktionen gegen Juden ein geeignetes Ventil für Personen, die sich nur schwer von der Kampfzeit lösen konnten, zum anderen waren administrative Maßnahmen nicht immer zum gewünschten Zeitpunkt zu erreichen; sei es, daß man die deutsche Bevölkerung erst darauf vorbereiten mußte, sei es, daß die internationale Lage dies (noch) nicht erlaubte. Die folgenden Dokumente zeigen die Bestrebungen der Nationalsozialisten, Juden und Deutsche gesellschaftlich zu trennen, und hierbei schien es angesichts der hohen Zahl von »Mischehen« insbesondere geboten, weitere Familienverbindungen zwischen »Ariern« und Juden zu verhindern. Dies geschah durch die sogenannten »Nürnberger Gesetze«. Da für diese Fragen, die naturgemäß auch die Phantasie gehässiger Mitmenschen anregen konnten, die ordentlichen Gerichte zuständig waren, gibt es eine Fülle von Akten, denn eine bloße Denunziation genügte häufig, eine Verhaftung herbeizuführen. (Siehe auch Sauer I, S. 15 ff.)

Nr. 194

Aufruf des Hakenkreuzbanners im Anschluß an einen Artikel »Am Juden zerbrochen« vom 25. März 1933

Deutsche Mädchen! Ihr seid die Hüterinnen des deutschen Blutes und die Wahrerinnen deutscher Ehre. Wahrt sie! Bleibt weg vom Juden! Meidet ihn wie die Pest. Deutsche Mütter! Klärt Eure heranwachsenden Töchter auf, es ist Eure Pflicht. Vermeidet es, daß Eure Töchter in Warenhäusern, den Brutstätten der von Juden gewollten Unzucht, dem Juden und seinen Schlichen unterliegen. Ihr tut damit ein gutes Werk am deutschen Volke. Tiger.

Nr. 195

Hakenkreuzbanner 2. Juni 1933

Den Juden-Liebchen ins Stammbuch

Vor ganz kurzer Zeit noch hatte der Jude den größten Einfluß und die größte Macht in unserem Vaterlande. Mit Hilfe seines Kapitals, das er fast ausschließlich dem ehrlichen deutschen Staatsbürger abgegaunert hatte, beherrschte er Finanzwesen, Geschäftsleben, Theater, Film und Zeitungsredaktionen und war bestimmend für die Stellungen in all diesen Betrieben.

Furchtbar nützte der Jude diese Machtstellung aus. Besonders die deutschen Frauen und Mädchen bekamen sie zu verspüren. Er, der trotz seines nach Außen hin so sicheren Auftretens, im Tiefinnersten an unheilbaren, wohlberechtigten Minderwertigkeitskomplexen leidet, weil er weiß, daß die Besten unseres Volkes ihn nie als voll betrachten, immer ablehnen, empfand es als Befriedigung ihnen gegenüber dem Hasse seiner Rasse gegen alles Nichtjüdische, insbesondere seiner Rachsucht gegen die arische Rasse, die Zügel schießen zu lassen. Die Frauen und Mädchen, die ihm durch die wirtschaftlichen Verhältnisse meist wehrlos in die Hand gegeben waren, waren ihm hierzu das willkommenste Objekt. Schamlos nützte er sie für seine tierischen Gelüste aus. Skrupel kannte er nicht. Mochten sie — stehen gelassen — zerbrechen, — was lag ihm daran? Er wollte seine Geilheit befriedigen, sonst nichts! So zerstörte er bewußt Körper und Seele der arischen Frauen, die sich ihm aus Not hingaben, für Zeit und Ewigkeit.

Heute liegen die Verhältnisse aber wesentlich anders. Die Macht liegt in den starken und reinen Händen der Männer unserer Bewegung, und der Jude muß dankbar dafür sein, wenn sie ihn auch fernerhin in unserem Vaterlande dulden. Trotzdem müssen wir deutsche Frauen, die wir mit offenen Augen durch die Welt gehen, immer wieder die schmerzliche Wahrnehmung machen, daß es noch Geschlechtsgenossinnen gibt, die „Freundschaften" mit Juden unterhalten und sich nicht scheuen, sich öffentlich mit diesen zu zeigen. Scham erfüllt uns, wenn wir zusehen müssen, wie die, die wir Schwestern nennen sollen, mit diesen Volksschädlingen kokettieren, innig an sie geschmiegt, sie hingebungsvoll anlächelnd, mit ihnen durch die Straßen gehen und in den Kaffeehäusern sitzen. Scham, grenzenlose Scham erfüllt uns bei dem Gedanken, daß auch sie, die Leib nnd Seele verkaufen, lächerlichen Tandes u. Firlefanzes wegen, deutsche Frauen sind!

Sie seien noch einmal im Guten verwarnt! Heute gibt es keine Entschuldigungsgründe mehr für ihre provozierende, würdelose Handlungsweise! Wenn sie unsere Mahnung ungehört verhallen lassen, sich nicht endgültig von ihren jüdischen Liebhabern lossagen, dann werden wir deutsch denkenden und empfindenden, verantwortungsbewußt auf die Reinerhaltung unserer Rasse bedachten Frauen uns mit aller Kraft und Intensität dafür einsetzen, daß diese Judenliebchen ein für allemal unschädlich gemacht werden: durch — Sterilisation, Eheverbot und Ueberweisung ins Arbeitshaus ... Lisa Schreck-Elz.

Nr. 196
Hakenkreuzbanner 11. August 1933

Juden-Liebchen Nr. 3

Lina Benninger, Chamissostraße 5
legt keinen Wert auf die Bezeichnung deutsche Frau, denn sie verkehrt mit dem

Juden H. Manes,
dem früheren Mitinhaber der verflossenen Firma Gebr. Manes.

Fortsetzung folgt!

Nr. 197
Hakenkreuzbanner 17. Juli 1935

Jetzt positiver Rasseschutz!

Fast täglich kann man die Feststellung machen, daß Tageszeitungen ihre Leser über die Verhaftung von Juden unterrichten, die Sittlichkeitsverbrechen begangen haben. Kürzlich erst erregte der Fall des Juden Hirschland, der in Magdeburg eine Privathandelsschule unterhielt und sich dort in unglaublichster Weise an deutschen Mädchen verging, berechtigtes Aufsehen. In Karlshafen a. d. Weser wurde nach einer Meldung der »Frankfurter Zeitung« der jüdische Arzt Dr. Brück verhaftet, weil er Patientinnen, die ihn vertrauensvoll aufsuchten, vergewaltigte und zum Teil unter Ausschaltung des freien Willens in der Hypnose geschlechtlich mißbrauchte. Der erst 15½ Jahre alte Darmstädter jüdische Fleischerlehrling Manfred Eckstein wurde ebenfalls nach einer Meldung der »Frankfurter Zeitung«, wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem neunjährigen Mädchen, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Den Abschluß dieser in wenigen Tagen bekanntgewordenen Reihe jüdischer Verbrechen auf diesem Gebiet bildete die vom »Völkischen Beobachter« gemeldete Verhaftung des Düsseldorfer Rabbiners Mannheimer, der seine Hausangestellte vergewaltigt hatte.

Ein wahrhaft aufschlußreiches Register jüdischer Schandtaten, dessen Vollständigkeit keineswegs erschöpft ist, da zahllose weitere Fälle derartiger Verbrechen gar nicht der Öffentlichkeit zur Kenntnis gelangen!

In dem amtlichen Bericht der Justizpressestelle für den Bezirk des Oberlandesgerichts Darmstadt heißt es zu dem Fall des Fleischerlehrlings Eckstein u. a., daß von der z. B. in bedingtem Strafaufschub bestehenden, bei Jugendlichen üblichen Vergünstigung abgesehen wurde, da Eckstein »seine nur teilweise ausgesprochene Einstellung, er dürfe sich zwar nicht an jüdischen, wohl aber an deutschen Kindern vergehen, durch die Tat klar bewiesen hat«. Mit anderen Worten heißt das, Eckstein hat erklärt, seine »Religion« gestatte ihm, sich an nichtjüdischen Kindern zu vergreifen.

Bisher hatten die Juden stets das Bestehen einer solchen »Religionsvorschrift« bestritten, obwohl durch die unermüdliche Aufklärungsarbeit nationalsozialistischer Kreise und die Durchforschung jüdischer Schriften das diesbezügliche Talmudgebot allgemein bekanntgeworden war. Aus dem Wortlaut der amtlichen Verlautbarung kann man aber entnehmen, daß Eckstein das Bestehen eines Schändungsgebotes zugab und entsprechend den Weisungen seiner »Religion« handelte.
Auch für noch nicht erwachte Volksgenossen müßte nach den geschilderten Vorfällen klargeworden sein, daß die Schändungen deutscher Frauen und Mädchen und damit die Vergiftung deutschen Blutes nach Weisung höherer jüdischer Gesichtspunkte systematisch betrieben wird. Mit Vorsatz und Überlegung, Tatbestandsmerkmale, wie sie der Todesstrafe bedingende Mordparagraph des Strafgesetzbuches vorsieht, wird von jüdischer Seite ein todeswürdiges Verbrechen nach dem anderen am deutschen Volk begangen. Keine dieser geschändeten Frauen ist jemals wieder in der Lage, wirklich rassereine Kinder zur Welt zu bringen, abgesehen von der Vergiftung ihrer Seele. Gegen diese Taten der Juden muß zur Verhütung weiteren Schadens mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Staatsnotstandes eingeschritten werden. Es wäre daher wünschenswert, wenn zunächst dem Juden unter Androhung der Todesstrafe verboten würde:
1. Nichtjuden als Untermieter oder Mieter zu haben;
2. nichtjüdisches Hauspersonal zu beschäftigen;
3. als Arzt oder Rechtsanwalt Nichtjuden zu betreuen.
Das deutsche Volk hat bisher mit einer vom Juden schlecht belohnten Großmut dem volksschänderischen Treiben zugesehen. Diese Geduld ist erschöpft! Gebietet die jüdische »Religion«, wie aus dem Eingeständnis des Juden Eckstein ersichtlich, die Schändung von Nichtjuden, so möge der vom Nationalsozialismus geschaffene Staat den Juden den Umgang und Verkehr mit Nichtjuden durch Androhung höchster Strafen verbieten. Im »freien« Nordamerika hängt man die Rasseschänder! Wn.

Nr. 198
a) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an H. L. vom 13. August 1935 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–4)

Auf meinen Brief vom 26. vor. Mts. habe ich nichts von Ihnen gehört. Ich nehme an, daß Sie eine weitere Auskunft nicht wünschen. Der Vollständigkeit halber teile ich Ihnen aber mit, daß am 27. vor. Mts. ein Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern an sämtliche Standesämter ergangen ist, der den badischen Standesämtern und dem Badischen Minister des Innern bekannt gegeben worden ist und vor wenigen Tagen bei diesen Stellen eingelaufen ist. Hiernach erhalten die Standesbeamten die Anordnung, Aufgebote und Eheschließungen zwischen Volljuden und Vollariern bis zur gesetzlichen Regelung zurückzustellen. Wenn ein Teil Ausländer ist, oder wenn seitens der Beteiligten Beschwerde eingelegt wird, so haben die Standesbeamten dem Herrn Minister des Innern sofort Bericht zu erstatten.
Es muß nunmehr also das Gesetz abgewartet werden.

b) Konzept von Rechtsanwalt Joseph Gentil für eine rechtsverbindliche Vereinbarung zwischen X. Y. und Z. (ohne Datum)

Vereinbarung zwischen Herrn X. Y. und Fräulein Z., beide in Mannheim.
Die Änderung der politischen Verhältnisse hat es mit sich gebracht, daß die jahrelangen Beziehungen zwischen Herrn X. Y. und Frl. Z., die nicht zu einem Verlöbnis geführt haben, nicht fortgesetzt und auch nicht durch eine spätere Eheschließung legitimiert werden können. Obwohl also diese Folgen gegen den Willen des Herrn X. Y eingetreten sind, sieht er sich aus persönlicher Rücksicht für Frl. Z. und geleitet von dem Wunsche, ihr beizustehen, veranlaßt, ihr eine Beihilfe zu gewähren, die ihr den Übergang in die geänderten Verhältnisse und die Begründung wirtschaftlicher Selbständigkeit erleichtern soll. Zu diesem Zweck wird er ihr für die Dauer von sechs Monaten je RM 300,–, i. W. dreihundert Reichsmark, monatlich und nach Ablauf dieser Zeit ein Kapital von RM 10 000,–, i. W. zehntausend Reichsmark, zukommen lassen und übernimmt diese Beihilfe als freiwillige Rechtspflicht.
Frl. Z. anerkennt diese Erklärung und die Gründe des Herrn X. Y. und erklärt sich mit der versprochenen Beihilfe als völlig zufrieden gestellt. Sie anerkennt, daß sie keinerlei Ansprüche gegen Herrn X. Y. besitzt und verpflichtet sich, solche nach Erhalt der obigen Beträge in keiner Form geltend zu machen.
Alle Beziehungen zwischen Herrn X. Y. und Frl. Z. sind damit endgültig gelöst.

Nr. 199
Ein zur Veröffentlichung bestimmtes Rundschreiben des Arbeitsamts Mannheim an sämtliche Tageszeitungen im Arbeitsamtsbezirk Mannheim vom 18. September 1935 (Arbeitsamt Mannheim)

Das Gesetz zum Schutze deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 verbietet in § 3 ab 1. 1. 1936 die Beschäftigung weiblicher Staatsangehöriger deutschen oder artverwandten Blutes in jüdischen Familien. Um denjenigen Hausgehilfinnen, die aus jüdischen Haushalten auszuscheiden haben, mit Rat und Tat beistehen zu können, hat das Arbeitsamt Mannheim, M 3 a, nachmittags – mit Ausnahme von Samstag – von 3 bis 5 Uhr eine besondere Sprechstunde eingerichtet, die in der Frauenabteilung Aufgang C –Türe 10 – abgehalten wird.
Da tüchtige Hausgehilfinnen sehr gesucht sind, wird die geeignete anderweitige Unterbringung kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Jedoch ist baldige Anmeldung erwünscht, um die rechtzeitige Vermittlung sicherzustellen.
Aber auch den Hausfrauen, die sich wegen des seitherigen starken Mangels an Hausgehilfinnen allein beholfen haben, wird empfohlen, offene Stellen bald zu melden, damit ihnen rechtzeitig tüchtige Kräfte zugewiesen werden können.

Nr. 200

Schreiben des Arbeitsamts Mannheim an das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland, Stuttgart, vom 28. Juni 1941 – betr.: Beschäftigung von deutschblütigen Arbeitskräften in jüdischen Haushaltungen (Arbeitsamt Mannheim)

Meine Feststellungen haben folgendes ergeben:
Zur Zeit sind in 6 jüdischen Haushaltungen noch deutschblütige Hausgehilfinnen beschäftigt.
Davon wurden:
1 anderweitig vermittelt
1 wurde belassen, da bereits 64 Jahre alt
1 scheidet durch Heirat aus
1 z. Z. krank, wird nach ihrer Gesundung anderweitig eingesetzt
1 hat Hausmeisterstelle gefunden
1 der Haushalt wird aufgelöst, Einsatz erfolgt alsdann

Nr. 201

Arbeitsamt Mannheim, Auszug aus Mitteilungsblatt Nr. 54 20. September 1935

Vermittlung zu Juden:
Nach dem Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre dürfen vom 1. Januar 1936 ab deutsche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in den Haushalten von Juden beschäftigt werden. Mit sofortiger Wirkung dürfen deshalb in jüdische Haushalte nur noch Personen über 45 Jahre zugewiesen werden, dies nur nach ausdrücklicher Belehrung, daß es sich um einen jüdischen Haushalt handelt.

Nr. 202

Schreiben des Zellenwalters G. an die Kreisleitung der NSDAP, Mannheim, vom 2. Oktober 1935 – betr.: Ausbildung jüdischer Mädchen in der Kochschule des Frauenvereins vom Roten Kreuz in Mannheim L 3 (GLA, Doc. center)

Es ist mir zur Kenntnis gelangt, daß in der obengenannten Kochschule eine Anzahl jüdischer Mädchen im Kochen ausgebildet werden.
Es wäre im Interesse der nationalsozialistischen Weltanschauung und der arischen Kochschülerinnen, nicht zuletzt auch der dort weilenden Gäste, die jüdischen Schülerinnen aus dem Kochkurs auszuschließen.

Nr. 203

a) Brief von A. S. an S. B. vom 16. September 1935 (lose bei den Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim 5 a Js 112/37)

Meine liebe Susi!
Ich habe im Leben schon viele schwere Stunden mitgemacht und erlebt, aber das neue Gesetz [26] ist der schlimmste Schlag, der mich je getroffen hat. Ich habe Todesfälle mitgemacht, die mir sehr nahe gegangen sind, aber dies ist der schwerste Schlag meines Lebens. Trotzdem ich ja alles vorausgeahnt habe, habe [ich] doch nicht gedacht, daß es mal so kommt; doch was nützt das Reden. Es tut mir entsetzlich leid, und ich bedaure es um so mehr, weil wir uns gerade in der letzten Zeit besonders gut verstanden haben.
Ich habe noch ein paar Tage frei, und wenn es Dir recht ist, oder wenn Du Lust dazu hast, würde ich Donnerstag oder Freitag einige Tage nach München kommen, wir könnten uns wenigstens öfters sehen und aussprechen. Bitte gib mir sofort Bescheid, ob ich kommen soll. Ich weiß bald keinen Ausweg mehr, das hat mir den letzten Treff gegeben.
Gestern war [ich] auf dem Kohlhof und habe H. mit seiner Schwester dort getroffen, es war nett oben, auch das Wetter war ganz annehmbar; ich bin mit H. im Auto zurückgefahren, und als wir hier waren, brach ein mächtiges Gewitter los. H. lud mich zu sich zum Abendessen ein und blieb da, um die Rede anzuhören. Ich war bis um 1/212 Uhr dort und ging dann ganz geknickt nach Hause und versuchte zu schlafen, doch es war unmöglich. Es war auch zu viel, was in letzter Zeit auf einen hereinstürmte. Es ist wenigstens gut, daß wir auch schöne Stunden zusammen erlebt haben, die kann niemand wegnehmen, und davon müssen wir zehren. Was noch kommt, weiß [ich] noch nicht, aber ich sehe sehr schwarz, und das Schlimmste ist ja jetzt passiert. Also, lieber Schatz, sei stark, ich muß es ja auch sein, und schau, daß Du Deine Gesundheit behältst. Nur nichts überstürzen und n[ie] sich von unüberlegten Handlungen hinreißen lassen. Vielleicht wird es wieder mal anders, doch müssen wir abwarten. Frau H. habe [ich] heute gesprochen, ist auch ganz verzweifelt, doch weiß [ich] nicht, ob es H. bei seiner flatterhaften Art so sehr nahe geht. Ich könnte den ganzen Tag weinen.
Ich will morgen K. nochmals anrufen und ihm sagen, daß er die 6 M[ark] bezahlt, doch ist mir alles egal, mich quälen zur Zeit andere Sorgen.
Ich sehe nicht ein, daß Du Deinen Besuch freihalten mußt, jeder soll seine Sachen zahlen, anders ist es, wenn Fritz dabei ist, der kann das machen.
Eventuell, wenn es Dir nicht paßt, wenn Du Donnerstag Besuch bekommst, daß ich auch komme, könnte auch Sonntagabend bis Mittwoch kommen. Auf jeden Fall gib mir umgehend Bescheid.

---

[26] Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. 9. 1935 (RGBl. I, S. 1146), welches Eheschließungen zwischen Juden und »Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes« verbot.

Ich laufe herum und weiß nicht, wohin ich gehöre, und weiß nicht, wie [ich] meinen Kummer verschmerzen soll. Vielleicht werde [ich] mit der Zeit ruhiger, doch das Schlimme ist, daß niemand für uns[re] Lage Verständnis hat und ich mich mit niemand aussprechen kann. Der einzige wäre Alf., doch den treffe [ich] nicht. Er war zwar heute früh da und hat die Sache äußerst bedauert, doch das hilft alles nichts. Ich will den Brief noch zur Post tun und will dann ins Bett.

Leb wohl, gute Nacht Dein unglücklicher A.

b) Auszug aus einer letztwilligen Verfügung der S. B. vom 2. März 1937 (Akten der Staatsanwaltschaft Mannheim 5 a J s 112/37)

Testament

... Sollte es dazu kommen, daß man Herrn A. S., Mannheim, derartig hetzt, daß er die Nerven verliert, dann will auch ich nicht länger auf dieser verleumderigen Welt bleiben, aber noch einmal sage ich es laut in alle Welt, daß eine fanatische Regierung die Juden in den Tod treibt, auch dann, wenn sie sich an ihren fanatischen Gesetzen gehalten haben. Herr S. und ich haben nicht gegen das Gesetz der Rassenschande verstoßen, wohl aber hat uns gerade dieser Gewaltakt seelig noch mehr verbunden.

Geschrieben am 2. März 1937, nachdem Herr S. schon drei Wochen unschuldig in Haft gehalten wird.

Nr. 204

a) Abschiedsbrief des Richard L. an Clara L. vom 12. Februar 1917 (Stadtarchiv Mannheim 18/65-26)

Innigstgeliebte Frau!

Da ich zu der festen Überzeugung gekommen bin, daß mein Leiden unheilbar ist, möchte ich Euch nicht mehr zur Last fallen und scheide deshalb freiwillig aus dem Leben. Dir selbst danke ich von ganzem Herzen für alles, was Ihr während meiner Krankheit an mir getan habt. Ich bitte Curt herzlichst, sich seiner Mutter zeit ihres Lebens anzunehmen, was er auch, das bin ich gewiß, tun wird. Herrn Fleischer lasse ich bitten, Euch nach wie vor während der schweren Zeit, soweit es in seinen Kräften steht, zu unterstützen und mich in gutem Angedenken zu behalten.

Auch Ihr wollt meiner gedenken so, wie ich es nach meinem Leben verdient habe.

Laßt mein Ableben nicht bekannt machen und mich so beisetzen, wie es mir zukommt, als freiwillig aus dem Leben geschieden.

Letzte Grüße an Herrn Fleischer, Frau Trautmann und die Kinder.

Noch ein herzliches Lebewohl an Dich, herzensgute Clara, und Curt.

Dein Richard

b) Hakenkreuzbanner 7. September 1937

Rasseschänder erhält Zuchthaus
Jüdische Umgehungskünste /
Ein langjähriges Verhältnis wird durch Bestrafung beendet

Der Jude Ernst Fleischer lebte seit über zwanzig Jahren in Untermiete bei der Familie L. in Mannheim. Während des Krieges, im Jahre 1917, starb Herr L. Kurze Zeit darauf machte der Jude Fleischer Frau L. einen Heiratsantrag. Die beiden hatten bereits ein Liebesverhältnis miteinander. Vor dieser Verehelichung bewahrte die Frau lediglich der heftige Widerstand des Sohnes, der sich mit allen Mitteln der Verheiratung der Mutter mit einem Juden entgegensetzte.

Über all die folgenden Jahre hin, während derer der Jude bei Frau L. wohnen blieb, lebten sie miteinander wie Mann und Frau, wenn er auch – um nach außen hin den Schein zu wahren – ein möbliertes Zimmer mit eigener Schlafgelegenheit behielt. Obwohl der Angeklagte Fleischer heute 60 Jahre alt ist, Frau L. bereits 63 Jahre alt, machten sie mit ihrem rasseschänderischen Verhältnis auch nach Inkraftsetzung der Nürnberger Gesetze nicht Schluß. Während der Jude, der sich wohl über die Tragweite seiner Handlungsweise klar sein mußte, wohnen blieb, band er die Frau immer mehr an sich, indem er sie in wirtschaftliche Abhängigkeit brachte. In der Voruntersuchung, die dadurch ins Rollen kam, daß deutsche Volksgenossen an dem die deutsche Ehre besudelnden Treiben der beiden Alten Anstoß nahmen, gaben beide schließlich auch zu, auch nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze noch intime Beziehungen unterhalten zu haben.

An sich war man etwas zurückhaltend, weil man bei dem Alter und des nicht gerade guten Gesundheitszustandes des Angeklagten und der Zeugin nicht recht an die Beziehungen glauben wollte. Es erschienen in den Aussagen des Juden insbesondere aber so präzise und genaue Angaben über Zeit und Umstände des Verbrechens, daß kein Zweifeln mehr zulässig war.

Und nun versuchte der Angeklagte, in der Hauptverhandlung sein früheres, auch dem Richter gegenüber gemachtes Geständnis einfach in Abrede zu stellen. Und die Zeugin, die unverkennbar unter dem Einfluß dieses Menschen stand – aus dem Untersuchungsgefängnis heraus vermachte er ihr sein Eigentum! – bestritt ebenfalls, nach der Wirkung der Nürnberger Gesetze sich vergangen zu haben. Das Gericht aber konnte keinesfalls diesen kümmerlichen Rettungsmanövern folgen und verurteilte den Juden Fleischer zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und vier Monaten[27].

Dr. A.

---

[27] Rechtsanwalt Gentil legte gegen das Urteil Revision ein. Sie wurde mit der Verletzung verfahrensrechtlicher Vorschriften und durch das Aufzeigen innerer Widersprüche des Urteils begründet. Mit Schreiben vom 10. Dezember 1937 mußte Gentil jedoch Eugen Neter mitteilen, daß das Reichsgericht dem Revisionsantrag nicht entsprochen habe.

Nr. 205

a) Schreiben der Kreisgeschäftsführung der NSDAP Mannheim an die Geheime Staatspolizei Mannheim vom 4. Februar 1938 – betr.: H. S. / Dr. Cohn (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim 2 a Js 162/38)

Wir haben festgestellt, daß der V[olks]g[enosse] S. bei einem jüdischen Arzt in Behandlung war und erhielten von der Ortsgruppe Deutsches Eck folgenden Bericht, den wir Ihnen zu Ihrer Kenntnisnahme zugehen lassen:
»S. war verheiratet, seine Frau hat vor etwa 5 Jahren Selbstmord verübt. Aus dieser Ehe sind zwei Kinder im Alter von jetzt etwa 13 und 15 Jahren hervorgegangen. Seit jener Zeit besteht ein Verhältnis mit einer 25–30jährigen Jüdin mit Namen R. Die Jüdin hat ein etwa 3 Jahre altes Kind von S. Sie ist anscheinend in einer Monatsstelle tätig. Nach verschiedenen Äußerungen verläßt S. seine Wohnung Q 7 gewöhnlich morgens und begibt sich zur Jüdin R. nach R 3. Abends etwa um 10, auch 11 Uhr, kommt er wieder nach Q 7 zurück. Er geht mit der Jüdin auch spazieren. Der Arbeit weicht er aus und hat z. Z. keine Beschäftigung. Nach Aussage eines Hausverwalters hat S. im Haus R 4, mit der Jüdin R. in wilder Ehe zusammengelebt und wurde dieserhalb 1937 bestraft.«

b) Aus den zweimonatlichen Lageberichten der Staatsanwaltschaft Mannheim an den Generalstaatsanwalt vom 24. März 1938 (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim E 401 a, Bd. I, 1935–45)

Der am 28. Mai 1895 in Mannheim geborene deutschblütige Möbelpacker H. S. ist seit 24. Februar 1938 hier in Untersuchungshaft unter der Beschuldigung, bis zu seiner Festnahme mit der 23jährigen staatenlosen Jüdin E. R. geschlechtsvertrauliche Beziehungen unterhalten zu haben. Da die R. wie auch S. derartige Beziehungen in Abrede stellt, ist sie seit 5. III. 1938 wegen Begünstigung in Untersuchungshaft (2 a Js 163/38)[28].

c) Schreiben der Geheimen Staatspolizei Karlsruhe an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mannheim vom 11. Juni 1938 – Nr. II B 4 (L II/2) – Z 1567/38 – betr.: Rassenschande des H. S.

Beiliegend gebe ich die dortigen Akten über H. S. zurück.
Ich habe der Jüdin R. die Auflage gemacht, bis 1. 9. 1938 das Reichsgebiet zu verlassen und ihren ständigen Wohnsitz nach dem Auslande zu verlegen. Sollte sie der Auflage bis zum genannten Zeitpunkt nicht nachgekommen sein, werde ich gegen sie das förmliche Ausweisungsverfahren durchführen und sie in Ausweisungshaft nehmen.

---

[28] gemeint ist 2 a Js 162/38.

d) Handschriftliche Aktennotiz des Oberstaatsanwalts vom 16. Juni 1938

H. S. wurde heute nochmals eingehend zu den Beschuldigungen gehört. Er bestreitet hartnäckig, mit der R. seit Verkündung der Rassengesetze Geschlechtsverkehr gehabt oder Ersatzhandlungen vorgenommen zu haben. Man könne ihn noch 5 Jahre festhalten, und er werde auch dann keine anderen Angaben machen.
Bei S. handelt es sich um einen waschechten, robusten Mannheimer Möbelpacker. Ein Geständnis ist bei ihm nicht zu erwarten.

Nr. 206

a) Schreiben des Generalstaatsanwalts Karlsruhe an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mannheim vom 17. Februar 1938 – Nr. 1120-2 – betr.: Begünstigung zur Rassenschande (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim – Az. 112 – Generalakten, Staat und Rasse)

Im Ministerium steht zur Zeit die Frage zur Erörterung, ob auf eine Bestrafung der an einem Verbrechen der Rassenschande beteiligten Frau wegen Begünstigung verzichtet werden kann oder soll, wenn die Begünstigung lediglich darin besteht, daß die betreffende Frau einen Geschlechtsverkehr mit dem Täter, sei es vor der Polizei, sei es vor der Staatsanwaltschaft oder dem Gericht uneidlich in Abrede gestellt hat. Der Herr Oberreichsanwalt bei dem Reichsgericht hat neben rechtlichen Bedenken u. a. darauf hingewiesen, daß in Verfahren wegen Rassenschande die Ermittlung der Wahrheit häufig wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde, wenn nicht neben dem Einschreiten gegen den nach dem Blutschutzgesetz allein strafbaren Mann ein Einschreiten gegen die an dem verbotenen Geschlechtsverkehr beteiligte Frau dann möglich sei, wenn sie die Unwahrheit sage und dadurch den Täter begünstige. Gerade unter dem Druck der bevorstehenden Strafverfolgung und Untersuchungshaft seien aber regelmäßig wahrheitsgemäße Angaben von der Frau zu erhalten. Andererseits wird die Auffassung vertreten, daß gerade die völlige Freiheit der Frau von der Gefahr einer Strafverfolgung ihre Bereitwilligkeit zur Aussage fördern wird.
Ich ersuche um Bericht über die zu diesen Fragen dort gemachten Erfahrungen bis spätestens 21. Februar 1938.

b) Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Mannheim an den Generalstaatsanwalt in Karlsruhe vom 19. Februar 1938 – betr.: Begünstigung zur Rassenschande

Die kriminalpolitische Frage der Verfolgung der geschlechtliche Beziehungen abstreitenden Geschlechtspartnerin bei einer Rassenschande liegt ganz ähnlich wie die

Frage der Strafverfolgung wegen Begünstigung gegen die Dirne, die Zuwendungen an den Zuhälter abstreitet. Es kommt vor, daß die Dirne den treulosen Zuhälter »hochgehen« läßt und die Zuwendungen wahrheitsgemäß angibt und sogar selbst Anzeige erstattet. In der Regel ist es aber so, daß die Dirne wegen der einmal bestandenen oder bestehenden menschlichen Beziehungen zugunsten des Zuhälters lügt und erst nach Ankündigung der Strafverfolgung, evtl. der Verhaftung, die Wahrheit sagt, oft erst nach längerer Untersuchungshaft. Kein Praktiker wird erklären, auf diese Druckmittel verzichten zu können.
Es ist statistisch nicht erfaßbar, kommt in den Ermittelungsakten meist auch nicht zum Ausdruck, in welchen Rassenschandefällen die Polizei überhaupt erst wahrheitsgemäße Angaben von der Geschlechtspartnerin erlangt hat, nachdem er [sie] auf die strafrechtliche Folge der Verfolgung evtl. Verhaftung wegen Begünstigung hingewiesen hat.
In einem Fall hat die jüdische Teilnehmerin an dem verbotenen Geschlechtsverkehr erst nach längerer Untersuchungshaft die Beziehung eingeräumt. In einem andern Fall blieb allerdings die arische Geschlechtspartnerin auch in nahezu dreimonatiger Untersuchungshaft im Leugnen in der Hauptsache standhaft, gleich dem jüdischen Rasseschänder, sie hat aber mindestens unter dem Druck der Untersuchungshaft Vorgänge eingeräumt, die stark an Versuch der Rassenschande grenzten (das Verfahren mußte eingestellt werden) [29].
Da mindestens nach den hiesigen Erfahrungen ein recht großer Prozentsatz der Rasseschänder Arier sind, die Partnerinnen also Jüdinnen, wird mindestens insoweit kein Grund ersichtlich sein, die zugunsten des Hauptbeschuldigten lügenden Jüdinnen besonders glimpflich zu behandeln oder gar straffrei zu stellen.
Es ist nicht bloß eine Erfahrung aus der Strafrechtspraxis, sondern auch aus der Zivilpraxis und darüber hinaus eine allgemeine Tatsache, daß über geschlechtliche Beziehungen, abgesehen von der Dirne, durchweg gelogen wird. Zumal die Frau wird alles eher einräumen als einen Geschlechtsverkehr. Die völlige Freiheit von Strafverfolgungsgefahr wird die Wahrheitsliebe insoweit nicht fördern [30].

Nr. 207

a) Auszug aus einem Schreiben der Geheimen Staatspolizei – Außenstelle Mannheim – an die Stapoleitstelle Karlsruhe vom 1. Juli 1938 (GLA, Doc. center)

Das Original des in der Anlage befindlichen fotokopierten Briefes wurde von dem am 30. 3. 1890 in Zürich geborenen, verheirateten Schauspieler R. K., wohnhaft

---

[29] Siehe Nr. 203.
[30] Entgegen den Vorstellungen des Oberstaatsanwalts Mannheim wurde in der Ersten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 16. 2. 1940 (Reichsgesetzblatt I, S. 394) festgelegt, daß die Frau nicht wegen Teilnahme, Begünstigung, Verhehlung oder falscher uneidlicher Aussage zu bestrafen sei.
Bei »Rassenschande« zwischen einem Deutschen und einer jüdischen Frau wurde diese

hier am Pfalzplatz 1, geschrieben; K. ist arischer Abstammung. Die Empfängerin des Briefes, R. O., geb. W. soll aus Basel stammen und Schweizerin sein. Z. Z. dürfte sie sich in Paris in der Rue Dobropol 12 aufhalten. Aufgrund ihres Namens und Mädchennamens ist die Genannte zweifellos Jüdin.
Das erwähnte Schreiben wurde vom Zoll bei der Devisenüberwachung kontrolliert und bezüglich der auf Seite 2 Abs. 3 befindlichen Äußerung in devisenrechtlicher Hinsicht beanstandet. Da es zu einer strafbaren Handlung seitens des K. noch nicht gekommen war, wurde er von der hiesigen Zollfahndungsstelle nur darauf aufmerksam gemacht, bei einer etwaigen Auslandsreise nicht etwa aus Unwissenheit oder Fahrlässigkeit gegen die bestehenden Devisengesetze zu verstoßen ...
Nach Erledigung der eigenen Interessen übergab dann das hiesige Hauptzollamt den Brief bezüglich seines übrigen Inhaltes der hiesigen Dienststelle zur Kenntnisnahme und Verwertung. Der Briefinhalt muß als eine bodenlose Ungehörigkeit des K., als kunstschaffender Deutscher, angesehen werden, da er durch seine freundschaftlichsten und ehrerbietigen Worte an eine Jüdin sich in Gegensatz zu der Haltung des Nationalsozialismus in der Jugendfrage bringt. Während der anständige Deutsche bei jeder sich bietenden Gelegenheit bemüht, dem Juden gegenüber seine Verachtung zum Ausdruck zu bringen, um ihm auch auf diesem Weg seinen Aufenthalt bei uns zu verleiden und ihn dadurch zum Auswandern zu veranlassen, bringt es K. fertig, einen vor Ergebenheit triefenden Brief an Juden im Ausland zu schreiben und diese noch zu bitten, ihm einen Tip zu geben, wie er seines Vergnügens willen, unerlaubt in den Besitz von Devisen kommt, mit denen er eine Auslandsreise in die Schweiz machen will ...
K. möchte heute den ganzen Vorfall ungeschehen machen; er will nicht einsehen, daß aus seinem Verhalten auf eine Einstellung geschlossen werden kann, die zum Nationalsozialismus im Gegensatz steht. Er behauptet von sich, schon seit Jahren hinter der Bewegung zu stehen ...
Bei der hiesigen Dienststelle und beim Erkennungsdienst sind über K. keine Vorgänge vorhanden.

b) Schreiben des R. K. an Frau Ruth O., Paris, vom 27. Mai 1938 [31]

Meine liebe, verehrte Frau Ruth!
Ich glaube, Dein getreuer Gatte wird es einem langjährigen Schauspieler, dem Du Deine v o l l e B e g e i s t e r u n g und G u n s t s c h e n k t e s t seit Deiner Backfischblüte, nicht übel nehmen, wenn ich auch heute noch mir erlaube, trotz Deines

---

meist nach Abschluß des Gerichtsverfahrens in Schutzhaft genommen (Blau Nr. 125). Vergleiche dagegen die Behandlung der Angelegenheit R. durch die Geheime Staatspolizei Karlsruhe, Nr. 205. – Eingehende Ausführungen über »Die Behandlung der an Fällen von sogenannter Rassenschande beteiligten ›deutschblütigen‹ Personen« siehe Graml, Gutachten S. 72 ff.

[31] Die belastenden Aussagen dieses Briefes sind im Druck durch gesperrten Satz hervorgehoben. Sie sind im Original z. T. mehrfach unterstrichen und am Rande mit ! versehen. Ganz besonders hervorgehoben wurde der Satz »wann werden wir ... die Ehre haben«.

jungen Ehestandes das Freundschafts-Du in Anrede zu bringen. – Wenn auch unser Korrespondenzwechsel in den letzten Jahren zum Schweigen gebracht wurde, hauptsächlich bedingt durch die im Jahre 1933 erfolgte Ehescheidung mit meiner ehemaligen Frau Hansi, so war ich in Gedanken oft bei Dir und Deiner Freundin Helene, den damalig begeisterten Basler Theateranhängern. Über das mich betroffene schwere Schicksalskapitel möchte ich nicht wieder ausführlich werden, vielleicht führt uns der Weg bald mal zusammen, um Aug in Aug mehr davon zu erzählen; soviel sei Dir und Deinem verehrten Gatten verraten, daß ich schuldlos geschieden wurde. Weiter sei Dir auch mitgeteilt, daß ich inzwischen wieder verheiratet bin, und auch Vater eines halbjährigen strammen Jungen bin. Lebe in meiner neuen Ehe wieder auf, fühle mich glücklich, habe eine fleißige junge Hausfrau und treubesorgte Gattin und Mutter.
Die endgültige Veranlassung, wieder etwas von mir hören zu lassen, gab mir, wie Du, liebe Ruth, ja wissen wirst, Herr Dr. Sch., den ich hier durch sein hier aufgeführtes Stück »Richter – nicht Rächer« kennen und verehren gelernt habe. Er hat mir gleich auf der Generalprobe, der er beiwohnte, als ich ihn kennenlernte, mir erzählt, er würde meinen Namen und mein Schauspielerrenommee bereits aus Barcelona kennen, und zwar von einer theaterbegeisterten Ruth W. Wie ich mich darüber gefreut habe, kann ich Dir, liebe Ruth, gar nicht sagen. Nach der Premiere von »Richard III.« saßen wir einige Stunden zusammen, auch in Gesellschaft eines spanischen Geschäftskollegen von Herrn Dr. Sch., eines gewissen Herrn G., in unserer Wohnung. Ich nehme an, daß Du die Karte von diesem Abend mit meinen persönlichen Grüßen ebenso von meiner Frau bekommen hast? Heute endlich finde ich bei meiner enormen Beschäftigung Gelegenheit, diesen Brief an Dich zu schreiben. Von meinem Berliner Pech wirst Du wohl gehört haben; ich wurde damals von Graf Solms engagiert, derselbe flog, ehe ich noch ins Engagement trat, und Klöpfer wurde Generalintendant. Der brachte einen Harem von Freunden und Freundinnen mit, und mein Schauspielerdasein stand in Berlin von Anfang an unter einem unseligen Stern. Ich bekam keine anständige Rolle zu spielen, rasch entschlossen kehrte ich, ehe es zu spät war, Berlin sofort wieder den Rükken und schloß auf drei Jahre mit einem ausgezeichneten Vertrag an das Mannheimer traditionsreiche Nationaltheater ab. Mein Beschäftigungsfeld hier ist geradezu phantastisch, eine schöne Rolle nach der anderen, ein Erfolg löst den anderen ab, fühle mich künstlerisch wieder oben auf, und freue mich in dieser Situation auch wieder mit Dir, und hoffentlich auch mit Deinem verehrten Gatten Sympathie zu gewinnen. Wie Du siehst, habe ich mir erlaubt, zwei meiner neuesten Rollenbilder Deinem Gatten und Dir zum Gedenken zu übermitteln, und zwar den »Richard III.« und den »Samsonow« aus »Der andere Feldherr«. Mein Schaffensfeld hat sich seit der damaligen Zeit ganz und gar aufs menschliche Darstellen konzentriert, und würdest Du, liebe Ruth, Deinen Schauspieler R. K. heute in einem anderen Lichte sehen. Mein heutiges Rollenschöpfen geht ganz und gar aufs Menschliche, Einfache hinaus; lege Dir auch zwei Kritiken bei.
Nun hegen ich und meine Frau nur einen Wunsch: Wann werden wir uns

wiedersehen und die Ehre haben, auch Deinen Gatten kennenzulernen?
Was macht Ihr im Sommer? Meine Ferien beginnen erst nach dem 20. Juli und dauern 6 Wochen. Meine Frau und ich möchten so gerne nach der Schweiz, will unbedingt meiner Frau mein Mutterland mit all seinen Schönheiten zeigen, aber aber ... Devisen? Wir möchten so gerne auf 2 oder 3 Wochen ins Schweizergebirge, Berner Oberland oder Graubünden. Wir wollten mit unserm »Hanomag-Sturm« in die schöne Schweiz stürmen, aber aber ... Könnt Ihr uns nicht irgendwie helfen? Mehr vermag ich nicht zu sagen.
Ehe ich meinen heutigen ersten Brief nach langen Jahren wilder Geschehnisse und Fährnisse an Deine Anschrift abschließe, hoffe ich Dich und Deinen verehrten Gatten gesund und ebenso glückselig im Ehehafen und begrüße Euch beide im Sinne alter Zugehörigkeit zueinander und voller freundschaftlicher Gefühle, auch von seiten meiner Frau, als

Euer ergebener R. K.

Nr. 208

a) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an Rechtsanwalt Dr. Karl Rosenthal, Würzburg, vom 20. Juni 1938 (Stadtarchiv Mannheim 18/65–103)

In Sachen Dr. R. habe ich eine Aktennotiz aufgenommen, die ich Ihnen in Abschrift beifüge. Ich bitte, diese, wo es nötig ist, zu ergänzen und zu berichtigen.
Soeben erhalte ich die Mitteilung, daß kein hiesiges Detektivinstitut einen solchen Auftrag übernehmen darf[32]. Es läuft Gefahr, daß ihm die weitere Ausübung seines Berufes untersagt wird und daß die Akten bei ihm beschlagnahmt werden. Man hat mir ein Detektivinstitut namens Rückert in Stuttgart genannt, die genaue Adresse werde ich noch feststellen. Ich werde mich auch sonst bemühen, ein solches Institut ausfindig zu machen.
Das Verbot besteht angeblich nur in Mannheim und rührt von dem Oberstaatsanwalt her.

b) Schreiben der Rechtsanwälte Dr. Kann und Dr. Fromm, Frankfurt, an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 20. Juni 1938

Sehr geehrter Herr Kollege!
Unter Bezugnahme auf unsere telefonische Unterredung teile ich Ihnen mit, daß folgende Detekteien sich ausdrücklich bereit erklärten, nichtarische Angelegenheiten anzunehmen: Frankfurter Detektiv-Auskunftei, Inh. Hugo Knopf, Schillerstraße 31, Tel. 2 77 12 und Schöffer, Fr., Krim.-Wachtmeister a. D., Schillerstraße 42, Tel. 2 46 28.

---

[32] Siehe Band I, S. 18. Es handelt sich darum, für einen jüdischen Auftraggeber in einem »Rassenschande«-Verfahren tätig zu werden.

Nr. 209

a) Anfrage des Rechtsanwalts Joseph Gentil bei der Hans-Soldan-Stiftung, Wissenschaftliche Hilfsstelle deutscher Rechtsanwälte, Leipzig, vom 4. August 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–15)

Ich bitte Sie um Erstattung eines Rechtsgutachtens in folgender Frage:
Es soll geprüft werden, ob die seit mehr als dreißig Jahren bestehende Ehe eines rein deutschblütigen Mannes mit einer Jüdin geschieden werden kann. Die Ehefrau ist bei der Eheschließung ev. getauft worden. Aus der Ehe sind drei Kinder hervorgegangen, die alle selbständig sind. Zwei Kinder leben im Auslande, eine Tochter ist in Deutschland verheiratet. Die Ehe ist seit vielen Jahren auf das schwerste zerrüttet, sie war es schon lange vor der Gesetzgebung des Jahres 1933. Es besteht seit vielen Jahren keine innere Verbundenheit mehr, das äußerliche Zusammenleben der Eheleute ist erfüllt von Streitigkeiten in der schlimmsten Art. Die Frau beleidigt und beschimpft ihren Mann in häßlicher Weise, sie will ihn offenbar zu Gewalttätigkeiten reizen, wahrscheinlich um dadurch sich selbst und ihn in ein gemeinschaftliches Unglück hineinzureißen. Es sind auch in der Erregung Tätlichkeiten vorgekommen. Das Verhältnis zwischen den Ehegatten hat sich seit dem Jahre 1933 sehr verschlimmert. Die Zurücksetzungen, welche die Ehefrau als Jüdin durch die Gesetzgebung und im gesellschaftlichen Leben erfährt, haben die Frau natürlich sehr verbittert. Diese Bitterkeit macht sich in den heftigsten Ausdrücken Luft. Sie führt zu schweren Depressionen und zu wiederholten Selbstmordversuchen. Der Ehemann andererseits, Inhaber eines sehr bedeutenden Handelsgeschäfts, der große Lieferungsaufträge für Staat, Reichsbahn, Gemeinden usw. hat, der Ehrenämter in den Organisationen seiner Fachgruppen einnimmt, ist in seiner geschäftlichen Tätigkeit, in seiner Stellung innerhalb der Fachgruppen und gegenüber seinem Kommanditisten und ferner auch gesellschaftlich auf das schwerste bedroht. Die Konkurrenz nützt den Umstand, daß seine Ehefrau Jüdin ist, gegen ihn aus, um ihn aus dem Geschäft zu drängen, insbesondere, um ihm die Aufträge öffentlicher Stellen zu entziehen. Der Kommanditist, eine sehr große Industriefirma, beurteilt die Zukunft seines Unternehmens wegen dieser Umstände sehr ungünstig und wird vielleicht den Kommanditvertrag kündigen, wenn es dem Ehemann nicht gelingt, sich aus dieser Ehe zu lösen. Er hat mich darauf hingewiesen, daß die Zurücksetzung, die er als Ehemann einer Jüdin erfährt, und die Gefahren, in welche er dadurch gebracht wird, für ihn unerträglich sind. Er hat mich hingewiesen auf das Flaggengesetz, das ihm verbietet, die Reichsflagge zu zeigen, ferner auf das Verbot, öffentliche Lokale, Theater, Bäder usw. mit seiner Frau zu besuchen, ferner auf den Zwang, als Ehemann einer Jüdin, eine Anmeldung seines Vermögens zu machen, wie es für die Juden vorgeschrieben ist. Er hat mich ferner auf die Kennkarte hingewiesen, auf die Schwierigkeit, eine Mietwohnung zu finden, ferner auf die Schwierigkeiten, die jetzt in der ärztlichen Versorgung der Familien voraussichtlich eintreten werden. Die Ehe zermürbt beide Ehegatten, die Gesundheit der Frau ist ohnedies auf das schwerste erschüttert, jedes Zusammensein der Ehegatten bringt neue gegenseitige Verwundungen mit sich. Die beiden Leute reiben sich in dieser Ehe körperlich, gei-

stig und seelisch auf. Es erhebt sich die Frage, ob nach dem heutigen Stande der Rechtsprechung aufgrund des BGB und der zu erwartenden Rechtsprechung aufgrund des Ehegesetzes vom 8. Juli 1938 damit gerechnet werden darf, daß die Ehescheidungsklage des Ehemanns Erfolg haben würde. Der Ehemann, der sich in nicht ungünstiger Vermögens- und Einkommenslage befindet, ist selbstverständlich bereit, in vollem Umfange für den Unterhalt seiner Ehefrau zu sorgen, und diesen Unterhalt in gewissem Umfange auch sicherzustellen. Ich bitte Sie höfl., mir in einem möglichst ausführlichen Gutachten mitzuteilen, wie Sie diese Frage beurteilen. Ich bitte Sie, dabei auch die Entscheidungen genau anzuführen, auf welche Sie Ihre Rechtsauffassung stützen.
Zur Deckung der Portoauslagen füge ich einstweilen RM 2,– in Briefmarken bei. Ich bitte mir sofort aufzugeben, welche Kostenvorlage Sie verlangen. Jedenfalls bitte ich Sie, das Gutachten so bald als möglich zu erstatten.

b) Gutachten der Hans-Soldan-Stiftung, Nr. 4323 – Absatz I – vom 13. August 1938

Wir fassen das Ergebnis unseres Gutachtens vorweg dahin zusammen, daß
a) die Scheidung der geschilderten Ehe w a h r s c h e i n l i c h möglich ist,
b) daß die Aufhebungsklage des Mannes aus § 37 des neuen Ehegesetzes vom 6. Juli 1938, RGBl. I, S. 807, mit Sicherheit durchdringen wird. [Folgt ausführliches Gutachten]

c) Anfrage des Rechtsanwalts Joseph Gentil bei der Hans-Soldan-Stiftung vom 1. Oktober 1938

Im Zusammenhang mit Ihrem Gutachten Nr. 4323 bitte ich, mir zu bestätigen, ob Sie in folgender Frage meine Rechtsauffassung teilen.
Ich bin zwar meiner Ansicht sehr sicher, mein Auftraggeber wünscht aber, daß ich Ihre gutachtliche Äußerung einhole.
Der Sohn meines Auftraggebers aus dessen Ehe mit seiner inzwischen verstorbenen jüdischen Ehefrau, also ein jüdischer Mischling ersten Grades, beabsichtigt, ein rein deutschblütiges Mädchen zu heiraten. Seit etwa zwei Jahren verlangt er Befreiung von dem Verbot des § 2 der Ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz und gemäß § 1 des Gesetzes selbst, indem er bei den zuständigen Stellen dahingehende Gesuche eingereicht und mit allen Mitteln weiter verfolgt hat. Das Gesuch ist schließlich abgelehnt worden. Der junge Mann ist inzwischen nach dem Auslande verzogen, er will aber infolge des Todes seiner Mutter nach Deutschland zurückkehren. Er spricht von der Absicht, sich mit dem deutschblütigen Mädchen in England zu verheiraten, und stellt die Frage, ob er sich dadurch nicht strafbar macht und ob er nach Deutschland zurückkehren kann.
Diese Frage ist m. E. aufgrund der §§ 1 und 5 des Blutschutzgesetzes und aufgrund

des § 2 der Ausführungsverordnung unbedingt zu verneinen. Die besonderen Umstände des Falles würden jedenfalls zu der Annahme führen, daß die Ehe zur Umgehung des Gesetzes im Auslande geschlossen worden sei. Anders läge der Fall bei einem jahrelangen und für die Dauer bestimmten Aufenthalte im Auslande, und wenn es sich um eine Eheschließung mit einer im Auslande wohnhaften deutschblütigen Frau handelte. Diese Voraussetzungen liegen aber nicht vor. Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, ob meine Auffassung Ihrer Ansicht nach begründet ist oder ob sich auch dann eine andere Auffassung rechtfertigen ließe.

d) Anfrage des Rechtsanwalts Joseph Gentil bei der Hans-Soldan-Stiftung vom 6. Oktober 1938

Gutachten Nr. 4413.
Ich empfing Ihr gesch. Schreiben vom 4. ds. Mts. sowie Ihr Gutachten und mache von Ihrem freundlichen Angebot Gebrauch, indem ich Sie bitte, eine Anfrage an den Herrn Reichsjustizminister zu richten. Ich bemerke dazu, daß der Sohn meines Auftraggebers Mischling ersten Grades und kein Jude ist, da keine der Voraussetzungen des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz für ihn zutrifft. Er ist übrigens gleich nach seiner Geburt evangelisch getauft worden und gehört der evangelischen Kirche an. Im übrigen verweise ich zur Frage der Strafbarkeit auf den Kommentar von Stuckart-Globke, Anmerkung 4 zu § 5 des Blutschutzgesetzes. Hiernach machen sich Verlobte strafbar, wenn sie die Ehe zur Umgehung des Gesetzes im Auslande geschlossen haben. Die Tatsache, daß die strafbare Handlung im Auslande begangen ist, steht der Strafverfolgung nicht entgegen. Ich verweise auf die dortigen Ausführungen über das Verhältnis dieser Sonderbestimmung zu § 4 des St. G. B. Die neuere Rechtsprechung des Reichsgerichts geht ebenfalls dahin, daß im Auslande begangene Verstöße gegen das Blutschutzgesetz nach deutschem Recht strafbar sind. Übrigens haben Sie sich nicht zu der Frage geäußert, die nur für den Fall gestellt wird, daß die im Auslande erfolgte Eheschließung rechtswirksam und nicht strafbar wäre. Es ist dies die Frage, ob der junge Mann in diesem Falle mit seiner Frau nach Deutschland zurückzukehren könnte oder ihm zum mindesten die Einwanderung unmöglich gemacht würde. Meine persönliche Ansicht ist nach wie vor, daß diese Eheschließung in England unter keinen Umständen erfolgen darf, wenn die jungen Leute Wert darauf legen, jemals nach Deutschland zurückzukehren. Sie werden übrigens auch im Auslande Schwierigkeiten haben, wenn sie wegen ihrer Pässe auf das Deutsche Konsulat angewiesen sind [33].

[33] Eine Antwort der Stiftung ist in den Akten nicht enthalten.

Nr. 210
Neue Mannheimer Zeitung 6. Oktober 1938

Zum zweiten Male wegen Rassenschande vor Gericht

Die Große Strafkammer verurteilte den 50jährigen Richard Kümmling aus Edersleben unter Versagung mildernder Umstände wegen fortgesetzter Rassenschande zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Sieben Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet. Obwohl er erst Anfang dieses Jahres nach Verbüßung von neunzehn Monaten Gefängnis wegen Rassenschande aus dem Gefängnis entlassen war, nahm er die alten engen Beziehungen zu einer 41jährigen Jüdin wieder auf.

Die Große Strafkammer I kam aufgrund der Beweisaufnahme und des eigenen Geständnisses des Angeklagten zu dem Ergebnis der Schuldbejahung. K. hatte nach der Anklage im Juli und August dieses Jahres mit der Jüdin unerlaubte Beziehungen. Er war bei dem ersten Fall gewarnt, wußte auch, daß es eine Jüdin ist, zu der er in Beziehungen trat. Aus den intimen Beziehungen blieben die Folgen nicht aus. Die Jüdin war mit dem Vorhaben des Angeschuldigten einverstanden. Ein Zwillingspaar und ein weiteres Kind kam zur Welt. K. hatte die Vaterschaft anerkannt. Er wollte die Frau auch heiraten, machte ein Gesuch um Beseitigung des Ehehindernisses, erhielt aber den eindeutigen Bescheid, daß eine Heirat mit ihr abgelehnt werden müsse. Trotzdem unterhielt er auch weiter die verbotenen Beziehungen zu ihr.

Die Jüdin wurde als Zeugin gehört und zur Wahrheit ermahnt. Aber daran störte sie sich wenig. Die Staatsanwaltschaft sah sich daher veranlaßt, sie in Haft zu nehmen, da sie im dringenden Verdacht der Begünstigung steht.

Die Strafkammer kam dann zu dem obengenannten Urteil.

Nr. 211
a) Eingabe des Rechtsanwalts Joseph Gentil an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mannheim vom 7. Dezember 1938 – betr.: Untersuchungssache gegen Nathan Seeliger wegen Verbrechens gegen das Blutschutzgesetz – Vermerk: »Haft« (Stadtarchiv Mannheim 18/65–127)

Als Verteidiger des Beschuldigten Seeliger beehre ich mich, folgendes vorzutragen: Die Familie des Beschuldigten vermutet, daß die Anzeige gegen Seeliger von dem Möbelhändler Karl W., dahier, F 4, Nr. 5 ausgeht. Dieser W. ist ein Nachbar des Beschuldigten Seeliger. Das Haus, in dem er wohnt, liegt dem Haus des Beschuldigten Seeliger gegenüber.

Seeliger, der mich schon früher in seinen Angelegenheiten zu Rate gezogen hat, wird schon seit längerer Zeit von dem genannten Karl W. verfolgt, belästigt und bedroht. W. hat im Frühjahr dieses Jahres die Leute, die an den Schaufenstern des Beschuldigten stehen blieben, angehalten und hat sie aufgefordert, seinen Laden

nicht zu betreten mit der Bemerkung, »Seeliger sei ein dreckiger Jud«. Wenn Leute zu ihm in den Laden kamen, deutete er auf das Geschäft des Beschuldigten Seeliger und sagte, dort wohnt ein Jud. W. hat dreimal hintereinander am Laden des Seeliger Zettel angeklebt mit der Aufschrift: »Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter.«

Ich hatte am 27. April an W. namens des Seeliger einen Brief geschrieben und habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß Einzelaktionen gegen Juden verboten seien, und habe ihn gewarnt, sein Treiben weiter fortzusetzen. Ich füge den Durchschlag dieses Briefes vom 27. April 1938 bei.

Es wird mir weiter mitgeteilt, daß Karl W. schon seit Jahren sich ein Geschäft daraus macht, unrichtige Anzeigen zu erstatten und die ganze Umgebung zu bedrohen, zu belästigen und zu verfolgen. Er genießt, wie ich höre, einen sehr schlechten Ruf. Seine Behauptungen gelten allgemein als unwahr.

Herr RA. Willy Groß, dahier, Kaiserring 40 ist über die Persönlichkeit des Karl W. unterrichtet. Herr RA. Groß hat mir mitgeteilt, er sei der Ansicht, daß W. an Verfolgungswahn leide und nicht klar im Kopfe sei. Herr RA. Groß vertritt eine Frau in einer Beleidigungssache gegen W. Auch in diesem Falle scheint es sich um eine gänzlich unrichtige Behauptung zu handeln.

Ich bitte ergebenst, Herrn RA. Groß darüber zu hören, er wird vielleicht auch angeben können, wo man sonst Erkundigungen über diesen W. einziehen kann. Ich habe den Eindruck, als ob die Anzeige gegen Seeliger aus Rache erfolgt ist oder um dem Seeliger zu schaden. Allgemein hält man die Anzeige für völlig grundlos.

Bezeichnend für Seeliger ist folgendes:

Seeliger ist schwerkriegsbeschädigt, bezieht eine 70%ige Rente. Der linke Unterschenkel mußte ihm infolge einer Granatschußverletzung abgenommen werden, der rechte Unterschenkel ist durch Granatsplitter schwer verletzt. Karl W. hat nun herumerzählt, Seeliger sei gar nicht kriegsbeschädigt, er habe die Krätze gehabt, und infolge dieser Krankheit habe ihm das Bein abgenommen werden müssen. Das wird von den Frauen in der Nachbarschaft allgemein erzählt, und das wird auch durch Erhebungen leicht festzustellen sein.

b) Benachrichtigung des Oberstaatsanwalts beim Landgericht Mannheim durch Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 23. September 1938 – betr.: Untersuchungssache Nathan Seeliger wegen Verbrechens gegen das Blutschutzgesetz – Vermerk: »Haft«

Ich bringe zur Kenntnis des Herrn Oberstaatsanwalts, daß Seeliger sich nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft nicht nach Hause, sondern zu Verwandten hier in Mannheim begeben hat, weil er neue unbegründete Anzeigen seines Nachbarn W. befürchtet, wenn er diesem unter die Augen kommt. Aus dem gleichen Grunde wird er jetzt mit seiner amerikanischen Schwester zu Verwandten nach Berlin reisen und sich dort einige Zeit aufhalten. Der Aufenthalt des Herrn Seeliger kann jederzeit bei seiner Ehefrau hier in Erfahrung gebracht werden.

c) Bescheinigung für Nathan Seeliger durch Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 17. Oktober 1938

Bescheinigung

Ich bestätige dem Herrn Nathan Seeliger, Bäckermeister, in Mannheim, daß er etwa am 20. August lfd. Jhs. aufgrund einer falschen Anzeige wegen Rassenschande verhaftet wurde und bis zum 22. September lfd. Jhs. in Untersuchungshaft war. An diesem Tage wurde das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt.
Seeliger befürchtet nicht ohne Grund, daß der Anzeiger, der ihm seit langer Zeit feindlich gesinnt ist und ihn schon wiederholt verfolgt hat, ihn erneut grundlos anzeigen könnte. Ich habe das auch der Staatsanwaltschaft am 23. September schriftlich mitgeteilt. Herr Seeliger darf wohl mit Recht sagen, daß er dauernd gefährdet ist.

Nr. 212

a) Schreiben von Marg. W. an N. K. vom 17. Februar 1937 (Stadtarchiv Mannheim 18/65-59)

Herr K.
Hilde hat mir soeben erzählt, was Sie schon mehrmals in sittlicher Hinsicht an ihr unternommen haben. Ich bin nicht wenig davon erschüttert und habe nicht geglaubt, daß man sich in dieser Hinsicht so hinter Ihnen täuschen kann. Sie haben immer den feinen, großzügigen Mann gespielt und doch ... Jetzt kann ich auch Ihre »Großzügigkeit« verstehen!
Sie werden wissen, wessen Sie sich dieserhalb schuldig machten, wenn ich Sie hierwegen zur Anzeige bringen würde, was ich auch am liebsten tun möchte. Andererseits bin ich jedoch nicht der Mensch dazu, der einen anderen ins Unglück stürzen und Existenz und alles vernichten möchte. Es ist nun einmal geschehen und nicht wieder zu ändern! Aber ich verlange von Ihnen für Ihre Handlungsweise und der Schmach, die Sie meinem Kinde antaten, einen Tribut, und zwar fordere ich Sie auf, bis heute (17. Februar 1937) mittags 12 Uhr mir die Summe von RM 100,– (hundert Mark) in meiner Wohnung abgeliefert zu haben, andernfalls ich Sie zur Anzeige bringen werde. Sie tun damit mir einen notwendigen und ich Ihnen einen großen Gefallen.
Nur unter dieser Bedingung werde ich Stillschweigen bewahren. Es weiß außer mir noch eine Person davon, die jedoch auf meinen Wunsch hin bestimmt stillschweigen wird.

b) Vernehmungsprotokoll des Amtsgerichts Neustadt/W. vom 20. Februar 1937 in der Strafsache N. K. – Abschrift –

In der Strafsache gegen N. K., Althändler in Mannheim, wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde die nachgenannte Person als Beschuldigter vernommen. Es wurde eröffnet, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt werde.

Beschuldigter befragt, ob er auf die Beschuldigung etwas erwidern wolle, erklärte zunächst:
Ich heiße: N. K., die übrigen Pers. wie im Akt.
Sodann zur Sache: Ich kann auch heute nur das sagen, was ich gestern dem Kriminalbeamten angegeben habe. Ich bleibe also nach wie vor dabei, dem Kinde nicht zu nahe getreten zu sein. Wenn ich das Kind wirklich angefaßt haben sollte, so habe ich dies, wie ich ebenfalls bereits angegeben habe, höchstens in einem Zustand des alkoholischen Rausches getan. Daß ich aber dabei sogar meinen Geschlechtsteil entblößt und ihn an das Kind gebracht habe, ist bestimmt unrichtig, denn solches mache ich auch nicht im Rauschzustand, und wenn ich es gemacht hätte, wäre mir doch bestimmt irgendeine dunkle Erinnerung zurückgeblieben.
Ich gebe zu, daß ich durch den Brief der Frau W. und dadurch, daß ich diesen Brief nicht gleich der Polizei gab, sondern der Frau Geld zukommen ließ, belastet werde. Ich glaubte aber durch Zahlen des Geldes am besten aus allen Scherereien herauszukommen. Ich besitze ein größeres Vermögen, so daß mir der Betrag auch gar nicht wehe getan hat. Es ist richtig, daß ich in dieser Angelegenheit 2mal auf die Kriminalpolizei bestellt worden war, das 1. Mal sagte man mir jedoch gar nichts von den gegen mich erhobenen Vorwürfen, sondern man ließ mich nur eine Zeitlang warten, und zwar etwa 1½ Stunden, dann kam der Kriminalbeamte B. wieder zu mir und sagte, zu mir als Althändler kämen viel unzuverlässige Leute, ich solle daher vorsichtig sein. Im übrigen hätte sich die Sache zu meinen Gunsten geklärt. Innerlich hatte ich jedoch damit gerechnet, daß ich wegen der Sache W. vorgeladen war. Da aber von dieser auf der Polizei keine Rede war, bin ich beruhigt weg. Kaum war ich zu Hause, als Frau W. zu mir in den Hof meines Anwesens in der Hetzelstraße kam. Sie sagte, Herr B. sei bei ihr gewesen und sie wolle wissen, was los sei. B. habe sie wegen ihres Kindes ausgefragt. Sie sagte dann, die ganze Geschichte sei nur eine Rederei von den Kindern. B. sei auch bei ihrem Kinde in der Schule gewesen, und dort habe es auch gesagt, daß ich nichts an ihm gemacht hätte. Darnach fragte Frau W., ob ich ihr nicht die restlichen RM 50,–, die ich ihr doch versprochen hätte, geben könne. Sie brauche das Geld sehr nötig. Ich sah mich dann veranlaßt, der Frau noch RM 25.– zu geben. Den Rest stellte ich in Aussicht. Ich gebe zu, daß dies von mir in der Verwirrung nicht hinreichend überlegt worden war. Denn jetzt, nachdem die Polizei mich hatte wieder laufen lassen, bestand ja an sich gar kein Anlaß, der Frau nochmals einen Geldbetrag auszuhändigen. Ich erklärte nochmals, daß ich mit Wissen dem Kind bestimmt nichts gemacht habe.
Dem Beschuldigten wurde um 10½ Uhr vormittags der beiliegende Haftbefehl eröffnet. Der Beschuldigte erklärte hierauf: Gegen den Haftbefehl lege ich Beschwerde ein.

c) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an die Strafkammer des Landgerichts Frankenthal vom 17. Januar 1938 – betr.: Strafsache N. K., Mannheim, wegen Rassenschande (Stadtarchiv Mannheim 18/65–58)

Als Verteidiger des N. K. lege ich zwei Briefe des Schneidermeister P. J. Neustadt/a. d. W., Landauerstr. 5, vom 4. und 8. Januar 1938 vor, ebenso die Antwort, welche Frau K. mit J. am 7. Januar gegeben hat. Dieser Brief mit der versteckten Drohung in dem zweiten Brief erwecken den Anschein eines Erpressungsversuches. Frau K. hat diese Briefe dem Staatsanwalt vorgelegt, der ihr dringend riet, gegen J. eine Anzeige wegen Erpressungsversuchs zu machen. Frau K. will davon absehen, ich halte es aber als Verteidiger für richtig, diese Briefe, die der Herr Staatsanwalt als äußerst verdächtig bezeichnet hat, dem hohen Gerichtshofe vorzulegen, um darzutun, was man sich einem Juden gegenüber, der sich in Untersuchungshaft und im Anklagezustand befindet, erlaubt. Manche Leute scheinen einen Juden in solcher Lage als Freiwild zu betrachten. Aus einer ähnlichen Gesinnung hat offenbar Frau W. den Erpressungsbrief an den Angeklagten geschrieben, obwohl sie genau wußte, daß der Angeklagte sich an ihrem Kinde gar nicht vergangen und überhaupt nichts mit ihm gemacht hat. Sie hat bei der Verhaftung des Angeklagten K. gegenüber drei Zeugen erklärt, der Angeklagte habe mit ihrem Kinde gar nichts gemacht, sie sei daher froh, daß er wieder aus der Haft entlassen sei. Zu diesen Zeugen gehört die bereits mehrfach vernommene Frau Br. in Neustadt/a. d. W. Die weitere Zeugin ist Frau K. L., Neustadt/a. d. W., Hetzelstr. 15, ebenso deren Ehemann, ebenda. Ich berufe mich auf diese als Zeugen und bitte, die Eheleute L. zur Hauptverhandlung zu laden. Ich bitte um baldige Mitteilung, ob meinem Antrag entsprochen wird, damit ich im Falle der Ablehnung die Eheleute L. unmittelbar als Zeugen laden kann.
Ich nehme an, daß Frau Br. ohnedies von Amts wegen als Zeugin geladen wird.

d) Schreiben des Verbands der Polnischen Staatsbürger, Mannheim, an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 4. März 1937 – betr.: Strafsache N. K.

Sehr geehrter Herr Rat!
Wie wir erfahren haben, vertreten Sie unser Mitglied Herrn N. K. Wir bitten höfl. um Mitteilung, wie weit die Untersuchung vorgeschritten ist, damit wir dem Generalkonsulat berichten können.
Da Herr K. u[nseres] W[issens] nicht unvermögend ist und in Neustadt/Weinstr. Grundbesitz hat, erwägen wir die Möglichkeit einer Kautionsstellung.

e) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an Frau K. vom 5. Februar 1938

In der Sache Ihres Mannes habe ich bei Gericht eine Abschrift des Urteils und des Protokolls bestellt. Ich werde Ihnen Abschrift des Urteils nach Eingang zusenden. Ich kann nicht raten, eine Revision an das Reichsgericht in Leipzig einzulegen, weil diese vollständig aussichtslos ist. Sie könnte nur darauf gestützt werden, daß das Gericht einen Formfehler gemacht hat oder daß ein entscheidender Rechtsirrtum unterlaufen ist. Das Reichsgericht wiederholt die Verhandlung nicht, es vernimmt keine Zeugen, es entscheidet lediglich aufgrund der Akten darüber, ob ein Verstoß gegen das Gesetz vorliegt. Wird die Revision verworfen, was wahrscheinlich ist, so wird die Zeit, die bis dahin vergeht, das sind etwa drei bis vier Monate, Ihrem Mann auf die Strafe nicht angerechnet. Die Folge ist also, daß er drei bis vier Monate länger sitzen muß, als wenn er die Strafe jetzt annimmt. Nimmt er sie an, so besteht immer noch die Möglichkeit mit Hilfe des polnischen Generalkonsulats ein Gnadengesuch um teilweisen Straferlaß zu machen, wenn Ihr Mann $^2/_3$ oder $^3/_4$ der Strafe verbüßt hat. Das ist m. E. die günstigste Lösung, die es gibt. Ein Gnadengesuch wird vielleicht Aussicht auf Erfolg haben, wenn es von dem polnischen Generalkonsulat unterstützt wird und wenn gleichzeitig ausgeführt wird, daß Ihr Mann mit seiner Familie aus Deutschland auswandern wird. Ich bedauere außerordentlich, daß kein anderer Erfolg zu erzielen war, immerhin aber ist das Urteil noch viel, viel günstiger ausgefallen, als der Staatsanwalt es beantragt hatte.

f) Neue Mannheimer Zeitung 9. Februar 1938

Jüdischer Kinderschänder verurteilt [34]

Vor der Jugendschutzkammer des Landgerichts Frankenthal wurden am letzten Verhandlungstage fünf Fälle abgeurteilt, die zeigten, wie notwendig die Errichtung der Jugendschutzkammer war, um die heranwachsende Jugend vor dem schändlichen Treiben von Verderbern zu bewahren. Für diese Verbrecher sind nur die härtesten und schwersten Strafen angebracht.

Der schwerste Fall, der an diesem Tage zur Verhandlung stand, war die Hauptverhandlung gegen den verheirateten, 49 Jahre alten Rassejuden N. K. aus Mannheim, der sich seit 21. Dezember 1937 in Untersuchungshaft befindet und wegen Rasseschande und wegen seines fortgesetzten Verbrechens der Unzucht an Kindern angeklagt war. Auf der Anklagebank saß außerdem die 34 Jahre alte Witwe M. W., die sich einer Erpressung schuldig gemacht hatte. Dem Juden K. wurde zur Last gelegt, daß er sich in seinem Altmaterialienlager in Neustadt a. d. Weinstraße fünfmal dem achtjährigen Mädchen der Mitangeklagten W. genähert und unzüch-

[34] Die Veröffentlichung erfolgte im Original mit vollem Namen. Nach dem späteren Freispruch von Herrn K. erfolgte keine Richtigstellung.

tige Handlungen vorgenommen habe, die außer einem Unzuchtverbrechen auch ein Verbrechen der Rassenschande darstellten. Am 16. Februar 1937 hatte die Mutter des Kindes von diesem die abscheulichen Vorgänge erzählt bekommen. Statt nun, wie es die selbstverständliche Pflicht gewesen wäre, den Juden anzuzeigen, schrieb die Frau einen Brief an den Juden, in dem sie diesen aufforderte, eine Buße von 100 Mark zu bezahlen. Der Jude bezahlte darauf 75 Mark.
In der Verhandlung stritt der Angeklagte nun alle Punkte der Anklage ab, während er im Vorverfahren noch die Möglichkeit eingeräumt hatte, sich verfehlt zu haben. Das Schweigegeld will er aus Angst bezahlt haben, doch stellte er sofort unter großem Wortschwall in Abrede, daß er aus Angst vor der Verfolgung etwaiger Straftaten bezahlt habe. Die Vernehmung des Mädchens brachte aber volle Klarheit über das wüste Treiben des Juden und bestätigte die einzelnen Punkte der Anklageschrift hinsichtlich der Unzuchtverbrechen, während die Tatbestandsmerkmale eines Verbrechens der Rassenschande nicht erbracht werden konnten.
In seiner Anklagerede setzte sich der Staatsanwalt besonders mit dem Angeklagten K. auseinander, der als Ausländer und Nichtarier das Gastrecht auf das schmählichste mißbraucht hat. Ihn müsse eine besonders harte Strafe treffen, weshalb er drei Jahre Zuchthaus beantrage. Die Angeklagte W. habe ein Verhalten an den Tag gelegt, das einer deutschen Mutter unwürdig sei. Gegen sie wurde eine Strafe von drei Monaten Gefängnis beantragt.
Das Urteil lautete gegen K. wegen eines fortgesetzten Verbrechens der Unzucht mit Kindern auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft. Die Angeklagte W. wurde wegen Vergehens der Erpressung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Fortdauer der Haft wurde angeordnet.

g) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an das Generalkonsulat der Republik Polen, Frankfurt, z. H. von Herrn Dworowski, vom 17. Februar 1938 – betr.: Strafsachen N. K.

In der Strafsache N. K., Mannheim, erlaube ich mir, Ihnen folgendes mitzuteilen: Zu meiner Überraschung hat der Staatsanwalt gegen das Urteil der Strafkammer Frankenthal vom 4. Februar Revision an das Reichsgericht eingelegt, während K. am letzten oder vorletzten Tag der Frist auf Revision verzichtet hat. Auf meine tel. Anfrage teilt mir der Staatsanwalt mit, er habe am 10. ds. Mts. vom Reichsjustizministerium in Berlin telefonisch die Weisung erhalten, sofort Revision einzulegen. Die Gründe kenne er nicht. Er vermute aber, daß das Reichsjustizministerium daran Anstand nimmt, daß N. K. nicht wegen Rassenschande, sondern nur wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen verurteilt worden ist, und daß das Ministerium nicht weiß, daß der Staatsanwalt selbst die Anklage wegen Rassenschande hat fallen lassen. Er vermutet ferner, daß das Ministerium aus Zeitungsberichten eine ungenaue Kenntnis des Falles geschöpft hat. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal ist von Berlin angewiesen, sobald das Urteil schriftlich vorliegt, die Revision zu begründen und dann einen genauen schriftlichen Bericht nach Berlin zu

schicken. Der Staatsanwalt nimmt an, daß er daraufhin Weisung erhalten wird, die Revision zurückzuziehen. In diesem Falle wird der Strafvollzug mit der Stunde beginnen, in welcher N. K. selbst auf die Revision verzichtet hat. Der Staatsanwalt hat mir weiter erklärt, er sei in seiner Überzeugung von der Schuld des Angeklagten durch mein Plädoyer stark erschüttert worden. Er habe selbst angefangen, an der Schuld des Angeklagten zu zweifeln. Dieser Zweifel habe sich verstärkt durch das Schlußwort des Angeklagten selbst, der nach Urteilsverkündung, wie Sie wissen, erklärt hat, daß er unschuldig sei, und aus dessen Worten deutlich herauszuhören war, daß er das Urteil gar nicht verstand, weil er eben wirklich unschuldig ist. Das hat auf den Staatsanwalt offenbar einen tiefen Eindruck gemacht, und ich halte es daher für möglich, daß die Staatsanwaltschaft nach Ablauf einer gewissen Zeit sich einem Gnadengesuch nicht widersetzen wird. Ich wollte nicht versäumen, Ihnen davon heute schon Kenntnis zu geben.

b) Abschrift des Reichsgerichtsurteils vom 24. Mai 1938 – Nr. 1 D 333/38 –

Im Namen des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen den Kaufmann N. K. in Mannheim, zur Zeit in Untersuchungshaft im Gerichtsgefängnis zu Frankenthal, wegen Sittlichkeitsverbrechens u. a., hat das Reichsgericht, 1. Strafsenat, in der Sitzung vom 24. Mai 1938, an der teilgenommen haben

[es folgt Namensliste]

auf die Revision der Staatsanwaltschaft nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Das Urteil des Landgerichts in Frankenthal vom 4. Februar 1938 wird mit den ihm zu Grunde liegenden Feststellungen, soweit es den Angeklagten K. betrifft, aufgehoben. In diesem Umfang wird die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Gründe

Nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils hat der Angeklagte, der »seiner Abstammung nach der jüdischen Rasse angehört«, in der Zeit von Ende 1936 bis Mitte Februar 1937 die am 30. November 1929 geborene, deutschblütige Kriemhilde W. wiederholt unzüchtig berührt, indem er ihr in wollüstiger Absicht mit einem Finger zwischen die entblößten Oberschenkel gegriffen und sie am nackten Körper oberhalb des Geschlechtsteils betastet hat. Er ist deshalb eines fortgesetzt begangenen Verbrechens nach dem § 176 Abs. 1 Nr. 3 StGB für schuldig befunden worden. Dagegen hat das Landgericht es abgelehnt, ihn wegen eines damit in Tateinheit begangenen Verbrechens der Rassenschande zu verurteilen, weil nicht erwiesen worden sei, daß der Angeklagte mit seinem Geschlechtsteil den entblößten Körper des Kindes berührt und beischlafsähnliche Handlungen an ihm vorgenommen habe (UA S. 7).

Diese Begründung ist rechtsirrig. Nach dem Beschluß des Großen Senats für Strafsachen vom 9. Dezember 1936 (RGSt, Bd. 70, S. 375) umfaßt den Begriff »Geschlechtsverkehr« zwar nicht jede unzüchtige Handlung, wohl aber über den Beischlaf hinaus den gesamten natürlichen und naturwidrigen Geschlechtsverkehr, also auch alle geschlechtlichen Betätigungen mit einem Angehörigen des anderen Geschlechts, die nach der Art ihrer Vornahme bestimmt sind, anstelle des Beischlafs der Befriedigung des Geschlechtstriebes mindestens des einen Teils zu dienen. Darauf, ob der Angeklagte mit seinem Geschlechtsteil den entblößten Körper des Kindes berührt hat, kommt es danach nicht entscheidend an; ebenso wenig darauf, ob seine Handlungen etwa »beischlafsähnliche« im Sinne der Rechtsprechung zu dem § 175 a. F. StGB waren. RGSt, Bd. 71, S. 7, 8.

Allerdings gehört zum Begriff des Verbrechens gegen die §§ 2 und 5 Abs. 2 BlutSchGes, daß der Verkehr »zwischen« zwei Personen verschiedenen Geschlechts stattfindet. Daraus folgt, daß es sich nicht um rein einseitige Verfehlungen geschlechtlicher Natur handeln darf, der andere Teil muß wenigstens äußerlich bei der geschlechtlichen Betätigung, sei es handelnd, sei es duldend, mitwirken. RGSt Bd. 71, S. 129, 132. Daß im vorliegenden Falle das siebenjährige Mädchen zum mindesten duldend mitgewirkt hat, ist, bei der Häufung der Fälle in verhältnismäßig kurzer Zeit, nicht auszuschließen. Der Anwendung des § 5 Abs. 2 BlutSchGes steht auch nicht entgegen, daß das beleidigte Kind erst 7 Jahre alt, also noch nicht geschlechtsreif war. Wie der erkennende Senat in seiner Entscheidung RGSt Bd. 71, S. 129, 130 mit ausführlicher Begründung dargelegt hat, kann das Verbrechen der Rassenschande auch als sogenannte Ersatzhandlung an unreifen Kindern begangen werden; insbesondere kommt es nicht darauf an, daß das Kind das Wesen der Tat erkannt hat.

Allein entscheidend ist demnach, ob der Angeklagte die festgestellten Handlungen zur Befriedigung seines Geschlechtstriebes vorgenommen hat. Gerade zu diesem entscheidenden Punkte enthält das angefochtene Urteil aber keine Feststellungen. Wollte der Angeklagte, was nach dem Urteilsinhalt naheliegt, sich auf diese Weise geschlechtlich befriedigen, dann hätte er wegen vollendeter Rassenschande verurteilt werden müssen. Ob er tatsächlich zur Befriedigung seines Geschlechtstriebes gelangt ist oder nicht, ist für die Frage, ob das Verbrechen der Rassenschande vollendet ist, unerheblich (Urteil des Reichsgerichts vom 5. Juni 1937, 5 D 422/37 – HRR 1938 Nr. 53).

Nach alledem muß das angefochtene Urteil auf die Revision der Staatsanwaltschaft entsprechend dem Antrage des Oberreichsanwalts aufgehoben werden. In der neuen Verhandlung wird das Landgericht unter Berücksichtigung der im Vorstehenden mitgeteilten Rechtsgrundsätze den Sachverhalt erneut zu ermitteln und zu würdigen haben. Dabei wird genauer, als es im angefochtenen Urteil geschehen ist, die Judeneigenschaft des Angeklagten zu erörtern und zu belegen sein. Die bloße Bemerkung, »der Angeklagte gehöre seiner Abstammung und seinem Äußeren nach der jüdischen Rasse an« ist unzureichend, weil sie dem Revisionsgericht keine Nachprüfung ermöglicht, ob der § 5 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz ohne Rechtsirrtum angewandt worden ist (zu vgl. das Urteil des Reichsge-

richts vom 29. März 1938 – 4 D 261/37 –, das in dem hier einschlagenden Teil zur Veröffentlichung bestimmt ist).

i) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an das Generalkonsulat der Republik Polen, z. H. von Herrn Dworowski, Frankfurt vom 24. September 1938 – betr.: Strafsache N. K.

Sehr geehrter Herr Dworowski!
In der Strafsache gegen den polnischen Staatsangehörigen N. K. aus Mannheim kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß in der gestrigen erneuten Hauptverhandlung vor der Strafkammer der Angeklagte von der erhobenen Anklage freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen worden ist.
Das frühere Urteil vom 4. Februar in der Verhandlung vom 4. Februar, der Sie selbst beigewohnt haben, hatte K. 6 Tage später angenommen, indem er auf die Revision verzichtete. Dagegen hat der Staatsanwalt auf Veranlassung des Reichsjustizministeriums Revision eingelegt, weil K. nicht auch wegen Rassenschande verurteilt worden war. Es sollte also eine schärfere Bestrafung herbeigeführt werden. Das Gegenteil des von der Staatsanwaltschaft gewünschten Erfolges ist eingetreten, da K. nun vollständig freigesprochen worden ist. Einer der Richter hat mir nach der Verhandlung gesagt, daß dieses Urteil nun endgültig sei, da für eine Revision an das Reichsgericht keine Begründung mehr gegeben werden könne. K. ist freigesprochen worden, weil die Beweise gegen ihn sehr dürftig waren und zu einer Verurteilung nicht ausreichten. Das Kind hat seine Aussagen abermals eingeschränkt, und was übrig blieb, war so wenig, daß ich mit einer Freisprechung rechnete, obwohl der Staatsanwalt drei Jahre Zuchthaus beantragt hatte.

Nr. 213

a) Auszug aus einem Schreiben von Rechtsanwalt Joseph Gentil an Marie H. vom 24. Dezember 1940 (Stadtarchiv Mannheim 18/65–22)

Was Ihre Frage nach dem Vornamen angeht, so bestimmt § 3 der Verordnung vom 7. August 1938 folgendes:
Sofern es im Rechts- und Geschäftsverkehr üblich ist, den Namen anzugeben, müssen Juden stets auch wenigstens einen ihrer Vornamen führen, und zwar auch den zusätzlichen Vornamen Israel. Es ist nur fraglich, ob die Ausstellung eines Zeugnisses für eine Hausangestellte oder Hausdame in den Rechts- und Geschäftsverkehr fällt. Man kann die Frage bejahen oder verneinen. Ich muß die Entscheidung darüber Herrn E. selbst überlassen. Eine Übertretung der Vorschrift ist strafbar, und zwar ausschließlich mit Gefängnis.

b) Auszug aus einem Brief von Marie H. an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 3. Mai 1941

Sehr geehrter Herr Rat!
Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für die Nachricht von dem Tode Herrn E. Ich weiß, Sie fühlen, wie weh es mir tut, besonders jetzt, nachdem ich weiß, wie er noch seelisch gelitten hat, denn ich hörte, es sei ein Verfahren gegen ihn angestrengt, und ich muß nun zugeben, daß ich an allem schuld bin, und sind die Selbstvorwürfe unglaublich schwer für mich und somit auch schuld an seinem Tode. Da ich nicht weiß, ob Sie im Bilde sind, möchte ich Sie von Herzen bitten, mir doch mal ausführlich alles mitzuteilen, es handelt sich um ein Zeugnis, ich bat Herrn E., da man mich hier so quälte, weil ich bei ihm war, und wohl auch allerhand in den Weg legen wollte, wegen einer Stelle, mir das Zeugnis ohne üblichen Vornamen [Israel] auszustellen, was er auch tat. Weil ich nun eine Stelle in Aussicht hatte, sandte ich auf Verlangen das Zeugnis ein, nun muß dieserseits etwas gegen Herrn E. unternommen worden sein, es kann auch sein hier von der Behörde, auf jeden Fall hörte ich seit dem 10. 3. dieses Jahres nichts mehr von Herrn E., konnte mir nun gar nicht denken warum und schrieb an verschiedene Bekannte und hörte dann, dies nun auch durfte er mir nicht schreiben, ich unterließ es dann auch. Wie ich hörte, muß er sehr viel geweint haben und ihm viel zugesetzt haben, was ich verstehen kann, denn in den 14 Jahren, die ich bei ihm war, war er außerordentlich korrekt und tat nichts, was er nicht tun durfte, er war in dieser Beziehung sogar sehr ängstlich und überlegte oft tagelang. Auch Sie hatten ja damals etwas gegen ihn, und bitte ich Sie, ihm dies zu vergessen, denn ein Mensch, der sein Leid so tapfer und heldenhaft getragen, kann nur ein anständiger und von Gott geliebter Mensch sein, da er ihm die Kraft dazu gab. Ich hoffe, Sie verstehen mein Vertrauen zu Ihnen, und darf ich Sie bitten, mich wissen zu lassen, worum ich Sie bitte und ob es wirklich so tragisch für ihn war, auch möchte ich gerne wissen, ob er mir dieserhalb böse war und ob sein Sterben ein leichtes war, auch ob er wußte, daß er sterben mußte, auch ob jemand bei ihm war. Denn wenn ich mich in alles hineinvertiefe, ist mein Schmerz sehr groß, da ich ihn in 14 Jahren nur schätzen und achten mußte.

Nr. 214
a) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an Anna-Maria Oppenheimer, Wwe. vom 15. Februar 1940 (Stadtarchiv Mannheim 16/67-18)

Auf mein Ersuchen hat Herr Kollege Dr. Ludwigs mit Herrn Justizrat Dr. W. von der I. G. Farbenindustrie gesprochen und von ihm erfahren, daß es vorläufig unmöglich ist, Sie einzustellen, solange Sie den Namen Ihres verstorbenen Gatten führen. Wenn dieses Hindernis beseitigt sei, lasse sich über eine Anstellung reden.
Herr Kollege Dr. Ludwigs meint, man soll beim Polizeipräsidium versuchen, eine Ausnahme dahin zu erwirken, daß Ihr Gesuch um Namensändern weiter bearbeitet

wird. Die ablehnenden Mitteilungen sind von dem Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Hanemann unterschrieben, der seit seiner Pensionierung beim Polizeipräsidium vertretungsweise tätig ist. Vielleicht können Sie durch eine persönliche Vorsprache bei Herrn Präsidenten Hanemann auf dem Polizeipräsidium am besten etwas erreichen, sonst bin auch ich bereit, mit ihm zu sprechen.

b) Antrag der Anna-Maria Oppenheimer an den Polizeipräsidenten der Stadt Mannheim vom 20. März 1940 – betr.: Änderung des Familiennamens

Ich, die unterzeichnete Witwe des Rechtsanwalts Karl Oppenheimer, Anna Maria geb. Hachgenei, in Mannheim, N 7, 15 beehre mich, folgendes Gesuch ergebenst vorzutragen:
Schon im Oktober 1939 habe ich beim Herrn Polizeipräsidenten um die Genehmigung nachgesucht, meinen Familiennamen Oppenheimer, den ich durch meine Verehelichung erworben habe, ablegen und statt dessen meinen Mädchennamen Hachgenei wieder führen zu dürfen. Darauf wurde mir zuletzt durch Zuschrift des Herrn Polizeipräsidenten, Abteilung P. II, vom 27. Oktober 1939 mitgeteilt, daß durch Erlaß des Reichsministers des Innern vom 20. Oktober 1939 Reichsministerialblatt Nr. 43 die Bearbeitung von Namensänderungsangelegenheiten bis auf weiteres einzustellen sei.
Da es aber, wie ich aus vielen Bemühungen ersehen habe, für mich unmöglich ist, meine Kinder und mich in Deutschland zu ernähren, wenn ich den Namen Oppenheimer weiterführen muß, so habe ich mir auf Ermutigung des Herrn Präsidenten der Rechtsanwaltskammer, des Herrn Justizrat Dr. Ludwigs, erlaubt, bei dem Herrn Sachbearbeiter, dem Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Hanemann, vorzusprechen, und um eine Wiederaufnahme meines Gesuches und um eine sozusagen gnadenweise Bewilligung der notwendigen Namensänderung zu bitten.
Zur Begründung dieses mündlich vorgetragenen Gesuchs erlaube ich mir, folgendes vorzutragen:
1. Ich selbst bin rein deutschblütiger Abstammung, ich bin geboren am 24. Juni 1888 in Essen a. d. R. und bin am 28. gleichen Monats katholisch getauft. Die rein deutschblütige Abstammung meiner Eltern ergibt sich aus meinem Ahnenpaß, den ich vorzulegen bereit bin. Ich habe am 20. März 1908 vor der Königl. Prüfungskommission in Münster i. W. die Prüfung als Schulamtsbewerberin für Volks-, Mittel- und Höhere Mädchenschule bestanden. Das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts hat mir am 8. November 1912 die Eigenschaft eines Beamten im Sinne des § 1 Absatz 1 des Bad. Beamtengesetzes verliehen. Am 16. November 1912 habe ich vor dem Großherzoglichen Kreisschulrat C. Ischler den Beamteneid abgeleistet. Die Urkunde hierüber werde ich auf Verlangen vorlegen. Vom Jahre 1910 bis zum Jahre 1920 war ich als Lehrerin im Luisen-Institut Mannheim tätig. Ich habe in sämtlichen Klassen, besonders in den mittleren und oberen, in Deutsch, Englisch, Französisch, Physik und Chemie unterrichtet. Am 11. Oktober

1921 habe ich mich mit Rechtsanwalt Karl Sigmund Oppenheimer in Mannheim, der Jude war, verheiratet und bin katholisch getraut worden. Aus dieser Ehe sind meine beiden Kinder hervorgegangen, nämlich:
a) Rosemarie Oppenheimer, geboren am 5. August 1922, katholisch getauft am 26. August 1922,
b) Hildegard Dorothea Katharina Oppenheimer, geboren am 2. April 1924, katholisch getauft am 10. Mai 1924.
Mein Ehemann ist am 2. Juni 1938 im Alter von 49 Jahren gestorben. Er war bis zuletzt Rechtsanwalt, zugelassen am Landgericht Mannheim. Er hat als tapferer Soldat den Weltkrieg in vorderster Front bis zu seiner sehr schweren Verwundung am 19. September 1916 mitgemacht, lag dann ein Jahr im Lazarett und war dann wegen der Folgen dieser Verwundung späterhin nicht mehr kriegsverwendungsfähig. Mein Mann starb, ohne Vermögen zu hinterlassen, und ich war daher darauf angewiesen, den Lebensunterhalt für meine Kinder und für mich selbst zu verdienen.
2. Hierbei war mir der jüdische Name Oppenheimer ein unüberwindliches Hindernis. Diesen Namen nach Ablauf des Trauerjahres abzulegen, konnte ich mich trotz des Rates wohlmeinender Freunde aus Verehrung für das Andenken meines Mannes nicht entschließen, mit dem ich in glücklicher Ehe gelebt habe, und der meine Verehrung durch den Adel seiner Persönlichkeit, durch sein vornehmes Denken und Handeln in höchstem Maße verdient hat.
Ich mußte aber im Laufe der Zeit erkennen, daß gerade der Name Oppenheimer es mir unmöglich macht, einen Arbeitsplatz zu finden, der meiner Ausbildung, meinen Kenntnissen und Fähigkeiten entspräche. Ich habe mich beim Rektorat der Städt. Volksschule in Mannheim um eine Stellung als Lehrerin beworben und bin dieserhalb auch beim Oberschulrat in Karlsruhe vorstellig geworden. Es wurde mir aber und auch dem Herrn Anwaltskammerpräsidenten, Herrn Justizrat Dr. Ludwigs, der sich dieserhalb beim Ministerium erkundigte, eröffnet, daß es grundsätzlich unmöglich sei, mich als Lehrerin zu beschäftigen, da ich den jüdischen Namen Oppenheimer trage.
Ich habe mich dann auf Anregung des Herrn Justizrat Dr. Ludwigs bei der Firma Knoll AG in Ludwigshafen um den Posten einer Übersetzerin in der Wissenschaftlichen Abteilung beworben; meine Aussichten waren gut, nach zwei Monaten kam aber eine Absage meines Namen wegen.
Auf Anregung des Herrn Justizrat Dr. Ludwigs habe ich mich dann bei der Direktion der I. G. Farbenindustrie (Herrn Justizrat Dr. W.) um eine entsprechende Stellung beworben. Ich habe aber auch von dieser Firma eine Ablehnung mit der gleichen Begründung erhalten.
Die Lebensschwierigkeiten sind für mich und meine Kinder deswegen besonders groß. Meine 17jährige Tochter Rosemarie ist noch in der Ausbildung begriffen (in der Hedwigsklinik in Mannheim).
Meine 15jährige Tochter Hildegard ist infolge einer tuberkulösen Infektion seit Sommer 1937 bettlägerig krank und befindet sich jetzt noch in einer alpinen Klinik in der Schweiz, wo allein die Heilung für ihr schweres Leiden zu erwarten ist. Der

Zustand hat sich in den 5/4 Jahren, wo sie sich dort befindet, schon erheblich gebessert. Sie darf aber, wenn eine völlige Heilung erzielt werden soll, diese Klinik vor August oder September dieses Jahres nicht verlassen. Alles, was ich besaß und verdienen konnte, habe ich für die Kosten der Operationen des Krankenhauses und der Klinik ausgegeben. Die Ärzte erklären mit Bestimmtheit, daß mein Kind vollkommen gesund werden wird, wenn ich ihm noch ein Jahr lang sorgfältige Pflege angedeihen lassen kann.
Das ist aber nicht möglich, wenn ich auf das unsichere Brot einer Zimmervermieterin und einer Privatlehrerin für Fremdsprachen angewiesen bin. Ich habe nach meiner Ausbildung, meinen Kenntnissen und Fähigkeiten Anwartschaft und Aussicht, eine dauernde Stellung zu erhalten, die mir und meinen Kindern eine bescheidene Lebensgrundlage sichert, wenn mir gestattet wird, meinen Mädchennamen Hachgenei wieder zu führen. Der Name Oppenheimer gibt auch immer wieder Anlaß zu Demütigungen und Willkürhandlungen, denen ich ausgesetzt bin. Als Beispiel will ich folgendes erwähnen:
Unter Vorlage meines Ahnenpasses und der Taufscheine meiner Kinder habe ich um einen Bezugschein für ein Paar Schuhe für meine kranke Tochter Hildegard gebeten, die jetzt nach 2 1/2jähriger Krankheit zum erstenmal wieder aufstehen darf und daher ein paar Schuhe unbedingt benötigt. Die zuständige Ortsgruppe der NSDAP Mannheim hat mir am 20. Februar den anliegenden ablehnenden Bescheid erteilt, worin als Begründung angegeben wird, daß J u d e n durch die Ortsgruppen nicht mit Schuhwaren-Bezugsscheinen bedient werden. Meine Kinder werden entgegen der gesetzlichen Vorschrift hier als Juden bezeichnet, und es wird ihnen das Notwendigste verweigert. Diese Lage wird für mich und meine Kinder unerträglich, sie macht es uns unmöglich in Deutschland unseren Lebensunterhalt auch nur in der bescheidensten Weise zu bestreiten. Wir sind dem Elend und der Vereinsamung des Namens Oppenheimer wegen preisgegeben, obwohl ich rein deutschblütiger Abstammung bin, und obwohl meine Kinder als sog. Mischlinge ersten Grades keine Juden sind und als solche nicht behandelt werden dürfen.
Ich glaube hiernach, daß ein ungewöhnlich schwerer und dringender Fall vorliegt, und bitte deswegen ganz ergebenst, im Wege der Gnade, mein Gesuch um Namensänderung weiter zu bearbeiten und zu genehmigen.

c) Brief der Anna-Maria Oppenheimer an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 12. Juni 1940

Ich danke Ihnen für Ihren Brief und die Überweisung des Honorars, das ich sehr angemessen finde. Leider trägt es ja durch die von Ihnen erwähnten Umstände fast den Charakter eines Almosens.
Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir gegebenenfalls weitere Übersetzungen zukommen ließen. Oft wird sich die Gelegenheit wohl nicht bieten.
Rechtsanwalt Mayer habe ich aufgesucht. Er versprach mir, sich bei der Stadtverwaltung für mich zu verwenden. Gehört habe ich nichts mehr von ihm. Auf jeden

Fall war es sehr interessant für mich, mich mit ihm zu unterhalten. Ich weiß jetzt, daß ich keine Anstellung finde, weil das Weltjudentum die Schuld am Kriege trage. Es scheint sich niemand zu sagen, daß eine kleine arische Frau doch wirklich keinen Einfluß auf das Weltgeschehen ausüben kann – selbst wenn sie den Willen dazu hätte. Wäre es nicht so grotesk traurig. Dieselben Behörden gratulierten mir vor 20 Jahren und nannten es einen ganz besonderen Glücksfall, daß ich einen Mann bekäme, der nicht nur ungewöhnlich begabt und gebildet, sondern auch von selten hohen Charakter- und Herzensgaben sei. Für Rosemarie hat sich trotz der Bemühungen des Arbeitsamtes auch noch nichts gefunden. Glauben Sie, daß Hildegard, wenn sie zurückkommt, eine höhere Schule besuchen kann?
Zum Schluß nochmals: Ich halte mich für englischen und französischen Sprachunterricht und für Übersetzungen empfohlen und verbleibe mit den besten Grüßen.

d) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an Anna-Maria Oppenheimer vom 14. November 1940

Leider war es bisher nicht möglich, über den Fall der Namensänderung etwas Genaueres zu hören. Dagegen wird mitgeteilt, daß hier in Mannheim eine arische Frau Rosenthal oder Rosenbaum, die ihres Namens wegen keine Arbeit finden konnte, sich an die Kreisleitung gewendet hat, worauf die Kreisleitung beim Arbeitsamt erreichte, daß diese Frau sofort eine Anstellung erhielt. Es könnte sich also empfehlen, daß Sie selbst ebenfalls bei der Kreisleitung vorsprechen. Näheres kann ich Ihnen leider nicht mitteilen.

Nr. 215

a) Aus dem Vernehmungsprotokoll M. Z. – betr.: Vorwurf der Rassenschande (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I a Js 719/41)

1. Zur Person:
»Ich bin am 2. Januar 1882 in Minsk/Rußland als ehelicher Sohn des Landwirts S. Z. und dessen Ehefrau L. geb. G. geboren. Als kleines Kind sind meine Eltern nach Samara (Wolga) verzogen. Als ich 8 Jahre alt war, ist meine Mutter verstorben, während mein Vater in Samara blieb, wurde ich zu Bekannten nach Odessa gebracht, wo ich erzogen wurde und auch die Schule besuchte. Mein Vater ist 1908 vermutlich in Samara verstorben, genau weiß ich es nicht, ich habe nur diese Mitteilung von meiner Schwester erhalten. Bis zu meinem etwa 16. Lebensjahr war ich in Odessa und anschließend weitere 4 Jahre in Samara und Umgebung. Ich habe dort als Gelegenheitsarbeiter gearbeitet. 1907 bin ich dann nach Mannheim zugezogen. Bis zu meiner Einberufung zum Heeresdienst im Jahre 1916 habe ich in verschiedenen Berufen gearbeitet, inzwischen war ich auch (1915) in den Bad. Staatsverband aufgenommen worden. Im März 1916 habe ich mich als Kriegsfreiwilliger beim Inft.-Regt. 40 gemeldet. Ich wurde in Rußland als Dolmetscher ver-

wendet. Am 16. Juli 1916 habe ich mich mit P. K. geb. R. aus Frankenthal verheiratet, sie ist am 20. März 1920 verstorben. Aus der Ehe ist ein Sohn hervorgegangen, der sich z. Z. bei der Wehrmacht befindet.
Mein Sohn ist nach Mitteilung des Leiters der Reichsstelle für Sippenforschung vom 24. Januar 193[9] vorerst als Mischling 1. Grades anzusehen. Meine verstorbene Frau war Dentistin und hatte in der Seckenheimer Straße 9 eine eigene Praxis. Ich habe von Mai 1915 bis März 1916 bei meiner Frau den Dentistenberuf erlernt und im November 1934 in Stuttgart die staatl. Prüfung als Dentist abgelegt und bestanden. Ich war in meiner Eigenschaft als Dentist zu keiner Krankenkasse zugelassen, weil ich nicht in der Lage war, den Nachweis meiner arischen Abstammung zu erbringen. Ich habe mich seit 1933 bemüht, den Nachweis meiner Abstammung zu erbringen, habe aber bis heute noch nichts in Händen.
Der Vorladung nach München zu kommen, um dort mich einer Rasseuntersuchung [zu] unterziehen, habe ich nicht Folge leisten können, da ich die erforderlichen Mittel zur Fahrt nicht aufbringen konnte.
Ich bin nicht in der Lage nachzuweisen, daß ich arisch bin, wiederum bin ich auch nicht in der Lage nachzuweisen, daß ich von jüdischen Eltern stamme.
Bezüglich der heute beim Polizeiarzt in Mannheim erfolgten Untersuchung möchte ich als Mitteilung anführen, daß ich als Kind an meinem Geschlechtsteil operiert worden bin. Aus diesem Grund ist der Anschein erweckt, als ob ich nach jüdischer Art beschnitten worden bin.

b) Abschrift des Abstammungsbescheids von M. Z. durch den Direktor des Reichssippenamts vom 30. August 1941

Abstammungsbescheid

Maxim Israel Z. in Mannheim, geboren zu Minsk am 9. 1. 1882, ist Jude im Sinne der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. I S. 1333).
Die Abstammung wurde hier nachgeprüft.
Gründe:
I. Der Prüfling ist im Jahre 1907 nach Mannheim gekommen und seitdem hier ansässig. Nach den Einbürgerungsakten, Militärpapieren, sonstigen behördlichen Unterlagen und der Heiratsurkunde des Standesamts Mannheim vom 18. 7. 1916 ist der Prüfling der Sohn des Landwirts Seelman Z. und dessen Ehefrau Luise, geb. G., die später in Samara wohnten. Der Prüfling behauptet, lutherisch getauft worden zu sein und in Odessa die Stadtschule besucht zu haben. Er erhielt im Jahre 1916 die Staatsangehörigkeit in Baden. Z. hat sich in Deutschland stets als freireligiös bezeichnet.
II. Abstammungsurkunden des Prüflings konnten nicht ermittelt werden. Dagegen sprechen sich zahlreiche dienstlich eingeholte gutachtliche Äußerungen – mit Bezug auf die Namen der Eltern – für die jüdische Herkunft des Prüflings aus. Insbesondere bestehen nach den umfangreichen Ermittlungen der russischen Vertrauens-

stelle in Deutschland gegen die Annahme der jüdischen Herkunft keine Bedenken. Auch haben die Angehörigen des verstorbenen Maxim C., der Z. von Odessa her kannte, diesen als einen Juden bezeichnet.
III. Nach einer von mir behelfsmäßig angeordneten rassenkundlichen Untersuchung des Universitäts-Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt/M. zeigen die Wuchsverhältnisse des Körpers des Prüflings eine Anzahl der für die jüdische Rasse typischen Merkmale. Außer diesen objektiv feststellbaren, vorwiegend erbbedingten, morphologischen Merkmalen ergab nach dem abschließenden Gutachten des genannten Instituts vom 3. 4. 1941 auch der subjektive Eindruck beim Prüfling für die jüdische Rasse typische Eigenarten. Die Vermutung, daß Maxim (Israel) Z. als Volljude anzusehen ist, konnte zwar vom Gutachter nicht mit hinreichender Sicherheit bestätigt werden, doch war ein solches Ergebnis aufgrund der anthropologischen Untersuchung allein auch nicht zu erwarten. Immerhin betont der Gutachter, daß jüdische Abstammung irgendwelcher Art mit hinreichender Sicherheit anzunehmen sei.
IV. Eine weitere, von der Geheimen Staatspolizei angeordnete Untersuchung des Prüflings durch den Polizeiarzt in Mannheim am 12. 4. 1941 ergab folgendes: »Am Glied fehlt vollkommen jegliche Vorhaut, so daß der Befund demnach einer rituellen Beschneidung gleichkommt. Die Angabe des Maxim Z., daß das Fehlen der Vorhaut auf eine Phymosenoperation in den 90er Jahren in einem Krankenhaus in Odessa zurückzuführen sei, erscheint nicht recht glaubhaft.« Diesem Gutachten trete ich bei. Der Aufforderung im Abstammungsprüfungsverfahren, ein Zeugnis darüber vorzulegen, ob er beschnitten sei, war der Prüfling nicht nachgekommen: er dürfte daher aller Wahrscheinlichkeit nach von mosaischen, volljüdischen Eltern, die die Beschneidung vornehmen ließen, abstammen.
V. Von der Kreisleitung der NSDAP Mannheim und dem Fürsorgeamt Mannheim, die sich mit Z. eingehend befaßt haben, wird dieser ebenfalls als Jude angesehen. Durch die langjährigen Erhebungen und die beiden vorerwähnten Untersuchungen des Prüflings halte auch ich seine volljüdische Abstammung für hinreichend erwiesen. Es ist anzunehmen, daß der Prüfling sogar selbst vor seiner Einwanderung nach Deutschland noch der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat (Judenpogrom 1905). Er hat nicht angegeben, welcher lutherischen Gemeinde er in Rußland angehört habe (z. B. fehlen nachprüfbare Angaben über Religionsunterricht, Konfirmation usw.).
VI. Nach alledem ergibt sich die oben festgestellte rassische Einordnung des Prüflings als Jude.

c) Abschrift eines Briefes von M. Z. an seinen Sohn H. Z. vom 27. Oktober 1941

Mein lieber Sohn!
Nun muß ich Dirs mitteilen, ich kann nicht anders, es ist meine Pflicht als Vater, aber fasse Dich und sei stark. Am 22. ds. M. habe ich meine sämtlichen Papiere,

die ich vor 7 Jahren an das Schiedsamt für Zahnärzte und Dentisten zwecks Zulassung zur Krankenkassenbehandlung infolge meiner damaligen abgelegte[n] und mit Erfolg bestandene[n] Staatsprüfung zurück[erhalten], mit einem Schreiben, daß das Sippenamt mich als nichtarisch erklärte, d. h. Jude. Hansel, ich sage Dir nochmals, weder ich sowie mein Vater und bestimmt meine Mutter soviel mir bekannt ist keine Juden waren.

Ich bin jetzt 34 Jahre in Mannheim und habe mich während dieser Zeit mit keinem Juden abgegeben, es wird auch keiner das Gegenteil behaupten können. Hansel, ist das nicht schrecklich? Mein Verstand kann das nicht fassen. Hansel, was haben wir in den letzten 7 Jahren gekämpft und gehofft, es wird doch bald anders werden, und jetzt soll das Unmögliche möglich werden, ist das der Dank des Vaterlandes? Was habe ich im Weltkrieg alles für mein deutsches Vaterland geleistet und Du in diesem Kriege und jetzt? Wo ist da die Gerechtigkeit? Ich kann es nicht fassen. Meist, wenn es nur um mich allein war, da werde ich sagen: Ich bin jetzt 60 Jahre alt, habe doch nicht viel zu leben, aber Du, Du junger Mensch, Du armer, armer Bub, was soll aus Dir werden, Hansel, wievielmal hast Du s. Z. geweint, meinst Du, ich hätte es nicht gesehen, ich hatte nur geschwiegen, da ich konnte doch nicht helfen, aber mein Herz zersprang mir vor Schmerz, jetzt offenbare ich es Dir und immer die gereizte Stimmung zwischen uns beiden, das waren doch nur die traurigen Verhältnisse, die wir auszuhalten hatten – und jetzt? Hansel, verdamme mich nicht, ich bin nicht schuld daran, nein, dies spricht ein unglücklicher Mensch, der Dir nicht nur Vater ist, Hansel. Ich habe in meinem Leben nur gearbeitet und wollte auch jetzt bis zu meinen letzten Stunden nur arbeiten; so geht es mir, ich verzweifle bald. Glaube mir, seit ich diese Nachricht erhielt, kann ich keine Nacht mehr schlafen – was soll aus mir werden? Wo habe ich es verdient? Hansel, ich bitte Dich, sobald Du diesen Brief bekommst, so sorge, daß Du sofort in Urlaub kommen kannst, vielleicht kann man was unternehmen, denn ich von mir aus kann nichts machen, mir sind Hände und Füße gebunden, aber wenn Du da bist, können wir uns besprechen, Du darfst mit mir sprechen, denn so kann es nicht bleiben. Hansel, hast Du bzw. Deine Batterie auch was bekommen? Und was sagt Dein Batteriechef dazu? Also, Hansel, sei stark und sorge, daß Du sofort in Urlaub kommen kannst, um mit mir alles zu besprechen. Du mußt kommen. Weißt, Hansel, dieses Urteil kann nur auf Verleumdung beruhen, denn ein urkundlicher Beweis kann unmöglich vorhanden sein, denn in meinem damaligen Paß aus Rußland war ganz genau *lutherische Religion* eingetragen, und der Paß muß sich doch bei den Einbürgerungsakten befinden, selbst die Sippenforschung hat im Jahre 1937 an das Schiedsamt wörtlich geschrieben: »Einen urkundlichen Beweis für eine jüdische Abstammung haben wir nicht erbracht.« Warum hat man in Samara, dem Wohnort meiner Eltern, nicht nachgefragt, ich habe doch s. Z. die Brauerei mit Namen angegeben, wo mein Vater als Landwirt tätig war, und in Samara durften in der damaligen Zeit keine Juden wohnen, also ich sage nochmals: Es kann nur auf Verleumdung beruhen. Also, mein lieber, armer Bub, sorge bitte und komm sofort, alles andere dann mündlich, auf ein Wiedersehen.

Es grüßt Dich Dein unglücklicher Vater. Du kannst mir sofort Bescheid geben,

aber sofort, die Adresse ist die gleiche, Hansel, es ist die erste Allerheiligen, wo ich nicht auf dem Grabe Deiner Mutter bin.
Da kannst Du mit den Wohnungseinrichtungen und Praxis regeln, Du brauchst meine Mietschulden nicht zu zahlen.

Nr. 216

Rundschreiben des Generalstaatsanwalts, Karlsruhe, an die Oberstaatsanwälte in Baden vom 16. Juli 1941 – betr.: Trennung von Strafverfahren gegen Deutsche, Polen und Juden (Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim, Sammelakten Bd. II – Staat und Rasse)

Ich ersuche, im Vorverfahren und im gerichtlichen Verfahren Strafsachen gegen Deutschstämmige (Reichsdeutsche, Elsässer und andere Volksdeutsche) einerseits sowie Polen und Juden andererseits, die wegen Mitbeteiligung an der Tat oder aus sonstigen Gründen an sich verbunden werden könnten, voneinander zu trennen, bzw. durch persönliche Rücksprache mit dem Gericht darauf hinzuwirken, daß diese Verfahren nicht verbunden werden, und gegebenenfalls den Antrag auf Trennung der Verfahren zu stellen (nach deutschem Recht vgl. §§ 2–5, 237 RStPO). Es muß vermieden werden, daß Deutsche neben Polen und Juden in demselben Verfahren behandelt oder gar in derselben Hauptverhandlung abgeurteilt werden.

7. AKTIONEN GEGEN JUDEN

Siehe auch Band I, S. 195 ff.; zur Kristallnacht siehe auch Sauer II, S. 7.

Nr. 217
Hakenkreuzbanner 1. August 1933

Wir winken! – Ist das Herweck-Bad ein Judenbad?
Es mehren sich die Stimmen, die sich mit Empörung über das Breitmachen des Judentums im Rheinbad Herweck äußern. Auf Schritt und Tritt soll man dort den plattfüßigen und kraushaarigen Libanonern begegnen. Man nennt in Mannheim ein solches Bad »Judenaquarium«. Vielleicht wird es noch in dieser Badezeit notwendig, wie in dem badischen Städtchen Emmendingen, eine besondere Badezeit für Beschnittene einzuführen, damit das deutsche Badepublikum von dem Anblick der Jünger Mosis verschont bleibt.

Nr. 218
Hakenkreuzbanner 11. August 1933

Im Judenaquarium Herweck

»Ich habe der Bevölkerung Mannheims ein Bad gebaut, um das Mannheim von sämtlichen Städten am Rhein beneidet wird.« So erklärte Herr Herweck und setzte gleichzeitig dazu, daß es ihm nicht möglich ist, die Hakenkreuzfahne zu hissen, weil 70 Prozent seiner Kundschaft aus Juden besteht.

So sieht bei Herrn Herweck die Bevölkerung Mannheims aus.

Es wusselt. Was nicht nach Palästina oder sonstwohin geflohen ist, wälzt sein faules Fett auf den Brettern im Herweck. Wer sich dorthin verirrt, steigt unentwegt über unappetitliche Klumpen, die rücksichtslos ständig im Wege liegen. Hier sitzt ein schlitzäugiger Judas auf der Treppe, als wär's am Jordan. Mit Intelligenshornbrillen sausen freche Judendirnen und noch viel frechere Jünglinge im Wasser herum. Vor ihren Blicken kann das anständige Mädchen (es ist schon lange kein anständiges deutsches Mädchen mehr in diesem Bad zu sehen) nur aus dem Bade fliehen. Wir kennen diese geilen Mongolenaugen.

Wir stellen Herrn Herweck nochmals anheim, sein Bad der Bevölkerung Mannheims freizumachen, indem er für bestimmte Stunden den Eintritt für Juden verbietet. Wir können nicht verhindern, daß Deutsche ihrer Antipathie gegen die Juden dadurch Ausdruck verleihen, indem sie einfach wegbleiben.

Nr. 219
Hakenkreuzbanner 28. Juni 1935

Das Volk fordert: Die Juden hinaus!

Gestern nachmittag hat das Volk gesprochen, und sein Urteil ist eindeutig und klar ausgefallen. Schon seit Beginn der diesjährigen Badesaison war es kein Geheimnis mehr, daß auch in diesem Jahre das Rheinbad Herweck oberhalb der Rheinbrücke die Bezeichnung »Judenaquarium« vollauf verdient. Denn schon beim ersten Blick konnte man feststellen, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Besucher dieses Bades jener Rasse angehört, die in deutschen Landen und hoffentlich auch recht bald im übrigen Europa und in der Welt ein für allemal ausgespielt hat.

Und dagegen lehnte sich der gesunde Sinn der Mannheimer Bevölkerung auf. Lehnte sich auf gegen diese Provokation und protestierte immer lauter und vernehmlicher. Wenn gewisse Leute nun davon nichts gemerkt haben wollen, muß man sie nur aufrichtig bedauern, denn damit mußte man von vornherein rechnen, daß die Mannheimer Bevölkerung zu dieser Herausforderung auf die Dauer nicht schweigen konnte.

Und so ist gestern nachmittag eingetreten, was wir längst vorausgesehen hatten:

Die Mannheimer Bevölkerung hat demonstrativ die Säuberung des Rheinbades Herweck von Juden gefordert!

Und sie hat es erreicht! Gestern nachmittag gegen 5.15 Uhr verlangten die deutsch-

bewußten Besucher des Bades immer lauter und deutlicher, daß die Juden das Bad zu verlassen haben. Da einige Juden sich dieser eindeutigen Aufforderung widersetzen zu können glaubten und eine Sprache führten, die die höchste Erregung aller deutschen Volksgenossen hervorzurufen geeignet war, mußte ein Überfallkommando der Polizei auf dem Platz erscheinen. Die Polizei verhaftete sofort den frechsten Juden, der durch unflätige und unerhörte Bemerkungen gegen den Nationalsozialismus die Empörung und Wut der nach Hunderten zählenden Menschenmenge herausgefordert hatte. Immer wieder erschallte der alte Kampfruf der nationalsozialistischen Bewegung: »Deutschland erwache!«, Kampflieder wurden angestimmt, und während die Juden unbehelligt abzogen, erklang es immer wieder aufs neue: »Parole, die lautet: Die Juden hinaus!«
Inzwischen waren am Eingang des Bades Schilder mit der Aufschrift: »Juden sind hier unerwünscht!« angebracht worden, und an verschiedenen Stellen war zu lesen: »Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!«
Von 6 Uhr ab aber war das Rheinbad Herweck vollkommen judenfrei, worüber bei den nunmehr zahlreichen Besuchern große Freude und Genugtuung herrschte.

Damit ist aber noch nicht alles gesagt. Gestern abend war am Eingang des Bades zu lesen: »Juden sind hier unerwünscht!« Wie wird es aber damit heute, morgen und in den kommenden Wochen und Monaten stehen? Das ist die Frage, die sich die Mannheimer Bevölkerung vorlegt. Ist es doch nicht unbekannt, daß in den letzen Tagen bereits die Juden aus unserer Nachbarstadt Ludwigshafen in das Mannheimer Rheinbad Herweck gekommen waren, da die Ludwigshafener Rheinbäder auf ihre Anwesenheit keinen Wert mehr legten und das Betreten eines deutschen Rheinbades durch Juden untersagten. Dabei spielt auch die Frage eine nicht unbedeutende Rolle, ob der Besitzer Herweck nicht durch die Ehe seiner Tochter mit einem Rassejuden in seiner Stellungnahme bedingt ist.
Für heute wollen wir diese Frage noch offen lassen, betonen aber ausdrücklich, daß wir uns dieses Falles erneut annehmen müssen, wenn das Rheinbad Herweck nochmals und trotz dieser offensichtlichen Ablehnung durch die Mannheimer Bevölkerung sich als »Judenaquarium« erweisen sollte.
Denn die Forderung des Volkes lautet:
Das deutsche Rheinbad den deutschen Volksgenossen! Die Juden haben dort nichts verloren! F. H.

Nr. 220

a) Auszug aus der Niederschrift des C. B. vom 10. Januar 1946 – Anklage wegen »Beteiligung an der Judenaktion 1935 im Rheinbad Herweck«. (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I Kls 30/46)

Am Tage vor der Judenaktion im Rheinbad Herweck im Jahre 1935 wurden die Unterführer der SA zusammengerufen und der damalige Standartenführer H. sagte uns: »Es muß ein Volksauflauf provoziert werden, um zu erreichen, daß die

Juden nicht mehr in das Rheinbad Herweck gehen. Es muß ein Plakat angeschlagen werden des Inhalts: Eintritt für Juden verboten. Die Polizei, die Gruppe Kurpfalz ist verständigt.«

b) Auszug aus einer Niederschrift des C. B. vom 9. Februar 1946

Die Öffentlichkeit und jedermann weiß heute aus der in Nürnberg veröffentlichten Anklage hinsichtlich Juden- und Kirchenverfolgung, wie die Aktionen vorbereitet und ins Werk gesetzt worden sind. Sie wurden aufgrund eines gegebenen Befehls von der SA oder SS oder SD oder zusammen durchgeführt, wobei die befohlenen Einheiten die »spontan empörte Volksmenge« zu bilden hatten. Polizei und Presse waren jeweils entsprechend verständigt.
Wie eingangs geschildert, spielte sich die Sache in Mannheim ab bei:
a) dem Rheinbad »Herweck« (1935)
b) dem »Mannheimer Volksblatt«, Gremm, S 2, 3 (1934)
c) der Jesuitenkirche, A 4 und
d) der großen Judenaktion (1938), wo befehlsgemäß die ganze SA zum Einsatz alarmiert worden war.
Die Aktion »Herweck« war die erste und letzte, die ich mitmachte. Wer sie befahl, ob SA-Gruppe oder Standarte, weiß ich nicht. Tatsache ist, daß die Führer (Unterführer) des Sturmes 45/171 (Jugendsturm) zum Standartengebäude einbestellt waren. Welche Unterführer von einzelnen fehlten, weiß ich natürlich nicht mehr. Dort wurde uns, soviel ich mich erinnere, von Sturmführer H. sinngemäß das Folgende gesagt und befohlen: »Die Klagen über die Aufdringlichkeit der Juden, die ›Herweck‹ übervölkern, reißen nicht ab (den Juden war damals Theater, Kino, Luisenpark, Rhein-Neckardamm, Mhm – Lido etc. verboten). Herweck, der jüdisch versippt sein soll, lehnte die Anbringung von Verbotstafeln für Juden ab. Entspr[echende] Bericht[e] im HB (Hakenkreuzbanner) blieben unbeachtet. Es wird ein ›Volksauflauf‹ gemacht. Der Sturm 45 macht das Volk. Bedenken aus unseren Reihen wurden damit abgetan: Die Gruppe und die Polizei wissen Bescheid. Ebenso sei die Presse (HB) verständigt. Bedenken, weil ›Zivil‹ befohlen wurde. – Von allen Seiten soll das ›Volk‹ herbeiströmen. Es wurden SA-Lieder angestimmt und Sprechchöre schreien: ›Juden raus!‹ – Die guten Schwimmer (namentlich genannt worden) sind vorher schon drin. Der Rest vor dem Bad.«

c) Protokoll des Military Government – Investigation Section – Mannheim vom 22. März 1946

Es erscheint auf Einbestellung Harry H. Wertheimer, War Department Agent, C. C. D. – APO. 205 C/o P. M. New York, NY US Army und ist über den Gegenstand seiner Vernehmung in deutscher Sprache vertraut gemacht und zur Wahrheit ermahnt und darauf besonders hingewiesen worden, daß seine Angaben vor Gericht verwendet werden. Seine Angaben macht er frei und ungezwungen.

Der Zeuge gibt an: »Ich bin in Mannheim als Sohn des Hugo Wertheimer und seiner Ehefrau Rika, geb. Weil, geboren. Im Jahre 1936 wanderte ich nach USA aus. Ich bin seit 1942 amerikanischer Staatsbürger und diene z. Zt. in der amerikanischen Armee. Ich bin bereit, meine Aussagen nach bestem Wissen und Gewissen zu machen, und insbesondere bin ich bereit, über all das, was mir in Erinnerung ist aus der Zeit der Erlebnisse, die sich im Rheinbad Herweck abgespielt haben, hier zu Protokoll zu geben.

Ich war an jenem Tag im Sommer 1935 von 2 Uhr mittags an wie beinahe jeden Tag ein Badegast im Rheinbad Herweck. Wir lagen friedlich auf der Terrasse des Bades bis ungefähr 4 Uhr nachmittags. Als wir durch Sprechchöre wie z. B. »Kein Judenschwein im deutschen Rhein« aufgeschreckt wurden. Ich hatte Gelegenheit, über den Zaun des Bades nach außen zu schauen, und stellte fest, daß sich eine Horde von ca. 20 Männern in Zivilkleidung dort aufgestellt hatte und diese Sprechchöre im Gleichmaß zum Vortrag brachte. Ich stellte weiterhin fest, daß der Besitzer des Bades, Herr Herweck, und seine Familie sich sofort dagegen wandten, daß Menschen in das Bad eindringen, ohne Eintrittsgeld zu bezahlen. Schließlich und endlich mußte die Familie Herweck den wild gewordenen Massen weichen. Die sich inzwischen vergrößernde Volksmenge trat vom Schloßgartendamm aus in das Bad ein. Die sich daran entwickelnde Panik ist mir ein Menschenleben lang unvergeßlich. Herr Herweck versuchte, seine Badegäste mit der Sturmglocke zu warnen. Er versuchte fernerhin, sofort das Überfallkommando zu erreichen, was ihm scheinbar erst auf Umwegen gelang. Jedenfalls, als das Überfallkommando am Tatort erschien, war die Aktion beinahe beendet.

Das Bad war voll besetzt, wovon meiner Schätzung nach ca. 40 % der Anwesenden jüdische Gäste waren, aber nicht nur diese, sondern auch die anwesenden christlichen Gäste wurden angepöbelt, beschimpft, geschlagen, in das Wasser gestoßen, teilweise ins Bassin und teilweise in den freien Rhein. Die Panik wurde besonders ausgelöst durch minderjährige Knaben und Mädchen im Alter von ca. fünf Jahren an aufwärts, die als erstes natürlicherweise ihre Kleider haben wollten, um die Flucht zu ergreifen. Die Kleiderausgabe war unter diesen Umständen dem Ansturm nicht mehr gewachsen. Ich persönlich konnte mich in meiner Einzelkabine sofort anziehen und habe auf meinem Weg nach Hause ein Spießrutenlaufen durchgemacht wie nie in meinem Leben zuvor. Bei dieser Gelegenheit habe ich mindestens zehn schwere Fußtritte von SA-Stiefeln in meinem Gesäß zu spüren bekommen. Auf diesem Weg nach außen habe ich folgende Vorfälle bemerkt: Die Eindringlinge hatten erstens die im Terrassenrestaurant angebrachte große Kaffeemaschine geöffnet und die nackten Badegäste mit heißem Wasser begossen.

Sie haben Jungens und Männer, die teilweise aus Angst und teilweise wahrheitsgemäß zum Ausdruck brachten, daß sie nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören, körperlich untersucht auf freier Fläche, um festzustellen, ob diese Angaben der Wahrheit entsprechen.

Zur näheren Beleuchtung: Sie haben diesen männlichen Badegästen die Badehosen heruntergerissen, um ihre Feststellungen an deren Geschlechtsteil vorzunehmen.

Ich habe mich als damaliger Führer der Sportgruppe des Reichsbundes jüdischer

Frontsoldaten Mannheim verpflichtet gefühlt, soweit wie möglich die kleinen Kinder aus dem Bade hinauszugeleiten, habe zwei Transporte mit meinem auf dem Parkplatz vor dem Herweck-Bad befindlichen Kraftwagen von insgesamt ca. 25 Kindern in nassen Badehosen nach Hause gefahren. Um einen zweiten Transport schnell durchzuführen, habe ich meinen ersten im Hause der Familie Berend, deren Tochter dabei war, in Mannheim, Luisenring abgeliefert und bin sofort wieder hinausgefahren. Mein Vetter Mr. Fred Lorch, Union City, N. J., USA, ist in den freien Rhein gesprungen, rheinabwärts geschwommen und am Lagerhaus der Speditionsgesellschaft Lerch & Kruse, Mannheim, Rheinhafen an Land gegangen und dann nackend per Taxameter nach seinem Heim Werderstraße gebracht worden. Er, amerikanischer Bürger, kann sich genau so gut wie ich selbst dieser Tatsachen erinnern. Der damals 16jährige Gerd Koblenzer, Sohn des Prof. Dr. Koblenzer, Mannheim, wurde in der übelsten vorstellbaren Weise von den Eindringlingen mißhandelt. Er war ca. 3 Wochen bettlägerig und wurde nur am Leben erhalten durch das Überfallkommando, das ihn im bewußtlosen Zustand blutüberströmt in ›Schutzhaft‹ nahm.

Noch zu bemerken: Die ›Schlacht‹ von seiten der Bekleideten mit Schuhen an ihren Füßen gegen die Unbekleideten, Barfüßigen wurde mit SA-Knüppeln, Stühlen des Restaurants, Tischbeinen, Biergläsern, Kaffeetassen ausgefochten.

Es wäre für die maßgeblichen Stellen sicherlich interessant, die Ausgabe des Regierungsorgans »Hakenkreuzbanner« Mannheim des darauffolgenden Tages zum Vorschein zu bringen, in welchem diese Kampfhandlung gemäß den Idealen des dritten Reiches gebührend glorifiziert wurden. Ich erinnere mich der ungefähren Überschrift, die da besagte: ›Säuberung des Judenaquariums im Rheinbad Herweck Mannheim vollzogen‹.

Noch zu erwähnen ist, daß Frauen und Mädchen ebenfalls körperlich mißhandelt wurden.

Zeugin: Meine damalige Begleiterin, die amerikanische Bürgerin Mrs. Rose Weil, New York, geborene Rennert, Mannheim G 3, 5.

Ich bin auf Wunsch des Gemeindevorsitzenden der israelitischen Gemeinde Mannheim, Herrn Rabbiner Dr. Max Grünewald, und auf den Wunsch des jüdischen Sportbeauftragten für Mannheim, Herrn Dr. Hans Goetzel, an jenem Abend nach Einbrechen der Dunkelheit ein drittes Mal zum Herweck-Bad gefahren, um die dort verbliebenen Kleidungsstücke und andere persönliche Gegenstände der Betroffenen zu retten. In beschränktem Maß ist mir das auch gelungen, und bei dieser Gelegenheit hat mir Frau Herweck ihr außerordentliches Bedauern über den Vorfall zum Ausdruck gebracht.

Der bekannte Mannheimer Steuersyndikus Herr Dr. Arthur Lehmann, Oberleutnant d. Res., 4 Jahre Kriegsteilnehmer 1914–1918, der das EK I und II an jenem Nachmittag offiziell zur Schau trug, ist ebenfalls schwer mißhandelt worden, nachdem er wie ich versucht hatte, die jüdischen Kinder und Frauen in Schutz zu nehmen.

Ich bin Herrn Eugen Klinger, Mannheim, Waldhofstr. 120, meinem jahrelangen Freund, zu außerordentlichem Dank verpflichtet, daß er mich als Augenzeuge

in dieser Pogromaktion benannt hat und mir damit Gelegenheit gegeben hat, eine jahrelang in meinem Herzen schlummernde seelische Mißhandlung, von der körperlichen ganz zu schweigen, am richtigen Platz zum Ausdruck zu bringen.
Weitere Aussagen kann ich zu dem Fall selbst nicht mehr machen.
Ich habe nicht die Absicht, den einen oder anderen mehr bestraft zu wissen, sondern ich will objektiv und nach dem Rechtsstandpunkt des deutschen Strafrechts die Verurteilung der beteiligten Personen wissen.«

Nr. 221
a) Abschrift eines Berichts der Strandbadwache des 7. Reviers an das Polizeipräsidium Mannheim vom 17. Juni 1936 – betr.: Betreten des Strandbades durch einen Juden (Stadtarchiv Mannheim 18/65–138)

Am 17. Juni 1936 um 17.30 Uhr hat der Jude W., led. Kaufmann, geb. am 25. September 1895 in Graben, wohnh. Akademiestraße 7 hier, das Strandbad betreten und sich bei dem Zigarrenverkaufsstand unter der Wirtschaft »Nord« aufgehalten.
W. war im Straßenanzug und wurde von den Mitgliedern der NSDAP W. Z. und O. H. nach der Strandbadwache gebracht. Der Jude W. gab an:
»Ich habe gehört, daß sich im Strandbad ein gewisser Albrecht, von dem ich noch Geld zu bekommen habe, aufhalten soll. Um den Albrecht zu suchen, ging ich nach dem Strandbad. Die Verbotstafeln am Eingang zum Strandbad habe ich nicht gesehen. Ich betreibe hier ein Preisschildergeschäft. Da ich Albrecht nicht fand, fragte ich an dem Zigarrenstand, ob der Inhaber keine Preisschilder benötigte. In demselben Augenblick wurde ich von zwei Männern angehalten und nach der Wache gebracht.«
Unterzeichneter: An den Zugängen zum Strandbad sind deutlich sichtbare Schilder mit der Aufschrift: »Zutritt für Juden verboten« angebracht. Nach Feststellung der Persönlichkeit des W., und da ihm eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden konnte, wurde er entlassen.
Gestapo (Schmitt) wurde verständigt.

b) Strafbefehl des Amtsgerichts Mannheim gegen L. W. vom 11. August 1936 – Aktenzeichen: 6 Cs 334/36

Gegen den am 25. September 1895 zu Graben geborenen, zu Mannheim, Akademiestr. 7 wohnhaften led. Kaufmann L. W. wurde durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Mannheim vom 29. Juli 1936 wegen Hausfriedensbruchs eine Geldstrafe von 40.– RM, im Unbeibringlichkeitsfalle eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen, festgesetzt.

Nr. 222

Auszug aus einem Schreiben der SA der NSDAP – Brigade 50 (Starkenburg) – vom 11. November 1938 an die SA-Gruppe Kurpfalz Mannheim (IMT, Dokument 1721–PS)

Am 10. 11. 1938 3 Uhr erreichte mich folgender Befehl: »Auf Befehl des Gruppenführers sind sofort innerhalb der Brigade 50 sämtliche jüdischen Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen.
Nebenhäuser, die von arischer Bevölkerung bewohnt werden, dürfen nicht beschädigt werden. Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Meutereien oder Plünderungen sind zu unterbinden. Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr an Brigadeführer oder Dienststelle.«
Die Standartenführer wurden von mir sofort alarmiert und genauestens instruiert und mit dem Vollzug sofort begonnen.

Nr. 223

Auszug aus einem Vernehmungsprotokoll der Military Government, Special Branch, Mannheim, den 25. Januar 1946 (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I Kls 29/46)

An dem fraglichen Tage, wo die Judenaktion stattfand, es war am 10. November 1938, wurde ich morgens gegen 6 Uhr von dem SA-Sturmführer W. geweckt. Er sagte zu mir: »Alla, raus, wir müssen am Schulplatz antreten.« Warum ich antreten mußte, wußte ich damals noch nicht. Als ich am Schulplatz ankam, waren ungefähr 20 Mann anwesend. Die SA-Leute waren teilweise aus Feudenheim, Seckenheim und Ilvesheim... Wir wurden teilweise mit Werkzeugen, die wir in der Synagoge fanden, darunter auch ein Pickel, ausgerüstet. Dann bekamen wir von W. den Befehl, alles, was in der Synagoge war, kurz und klein zu schlagen. Ich möchte noch bemerken, daß wir nicht alles allein zu zerstören brauchten, da die Bevölkerung kam, teils mit Beilen und Äxte bewaffnet, um Teile der Inneneinrichtung für Brennzwecke nach Hause zu fahren. Ich beteiligte mich am Zusammenschlagen der Bänke und Einrichtungsgegenstände und ging nachdem, mit F. auf den Speicherboden und sah zu, wie meine anderen Kameraden Bücher und Talare, die in der Synagoge waren, vor die Synagoge warfen und verbrannten. Wer diese Sachen angezündet hat, kann ich nicht sagen, da ich in diesem Augenblick mich im Speicher befand und erst heraus sah, als die Sachen bereits brannten. Ich tat einige Schläge gegen den Giebel des Daches, wozu ich einen Pickel verwendet habe, überlegte dies mir aber noch einmal, weil ich dachte, ich könnte mir aus der Synagoge eine Wohnung für meine Familie machen. Für uns war die Aktion an der Synagoge beendet, während die Bevölkerung, nachdem wir weggegangen waren, weiter die Einrichtungsgegenstände nach Hause trugen. Während die Kameraden des Trupps entlassen waren und nach Hause gegangen sind, kam zu mir der Sturmführer W. und S. und sagten, daß bei dem Halbjude E. noch eine Haussuchung zu machen sei, ob sich in

dessen Wohnung Waffen befänden. Während ich mich mit dem Scharführer P., wohnhaft in Feudenheim, Paulusbergstr. im Hofe des Hauses von E. aufhielt, machten Sturmführer W. und Truppführer S. in der Wohnung des E. eine Durchsuchung nach Waffen. W. und S. kamen mit E. in den Hof und gaben uns denselben (mir und P.), nach der Polizeiwache zu verbringen. Nachdem ich den Befehl ausgeführt hatte, ging ich gegen 10 Uhr morgens nach Hause.

Nr. 224

Auszug aus der Vernehmungsniederschrift des K. W. (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim I Kls 4/49)

Am 10. November 1938, morgens gegen 4 Uhr, erschien K. L. in meiner Wohnung, und er sagte zu mir, daß ich mit ihm kommen solle. Ich zog meine Kleider an und ging mit ihm. Ich hatte einen »Diener bezw. Chauffeur-Anzug« angehabt. Ich wohnte damals in der Xstr. 1, part. Von da aus ging ich mit dem K. L. zur Straße, und dort bestieg ich mit [ihm] einen Personenwagen. L. fuhr mich nach der Firma Eisbender, wo der Direktionswagen stand. Ich holte meinen Direktionspersonenwagen aus der Garage. Inzwischen fuhr L. nach der Kreisleitung, und er gab mir den Auftrag, nach der Kreisleitung nachzufahren bezw. mich dorthin zu begeben, was ich auch tat. Es ist möglich, daß ich den L. frug, ob denn die Direktion davon Bescheid wisse und es erlaubt sei, den Wagen zu benützen. Ich glaube noch, mich erinnern zu können, daß L. zu mir gesagt hatte, daß die Direktion darüber Bescheid weiß, daß der Personenwagen für L. benützt werden darf. An der Kreisleitung angekommen, kam L. noch mit einigen Männern, die ich nicht gekannt hatte, ans Auto heran. Diese alle Männer waren in Zivilkleidung mit langen Mänteln ausgestattet und sahen ganz entstellt aus. Ich erhielt nun den Auftrag, nach dem Schlageterhaus zu fahren. Dort angekommen, stiegen diese Männer mit L. aus und begaben sich nach dem Innern des Schlageterhauses in M 3, 4. Nach kurzer Zeit kamen diese wieder aus dem Hause und trugen in den Händen kleine Säckchen. Sie bestiegen den von mir gelenkten Personenwagen der Firma Eisbender, und wir fuhren dann über den Paradeplatz nach dem E-Quadrat, vor der früheren jüdischen Fa. Metzger & Oppenheimer, woselbst die Herren dann ausstiegen. Sie begaben sich nach der jüdischen Synagoge. Vorher wurde mir durch L. erklärt, daß ich das Licht am Personenwagen auszumachen habe und so lange zu warten habe, bis sie wieder zurückkommen werden. Die Herren begaben sich, wie vorerwähnt, in Richtung Synagoge. Ich blieb im Wagen sitzen. Die Herren stiegen aus und nahmen die vorher im Schlageterhaus mitgebrachten bezw. dort geholten Säckchen mit in Richtung Synagoge und plötzlich, nach kurzer Zeit, gab es eine Explosion, und die Fensterscheiben fielen auf die Straße. Aus der Umgebung der Nachbarschaft hatten Leute aus den Fenstern zuvor geschaut, wahrscheinlich wegen dem Geräusch durch den angefahrenen Wagen und dem Herumhantieren der Leute um L. Nach dem Knall eilten die Leute nach dem Wagen und bestiegen diesen wiederum, und L. sagte zu mir: »Los, Richtung Kreisleitung!« Kaum war der Knall erfolgt, sahen

auch schon die Leute aus den Fenstern. Bei der Kreisleitung angekommen, die damals noch in der Rheinstraße war, gingen die Herren dort ins Gebäude, während [ich] vor demselben wartete. Es mag etwa 1–1½ Stunden gedauert haben, bis die Herren um L. wieder herauskamen. Während dieser Zeit kamen viele Autos heran, und es eilten die Männer ins Gebäude. Schließlich bekam ich den Befehl von L., der noch mit zwei mir unbekannten Herren ins Auto stieg und mir befahl, in Richtung Bahnhof zu fahren. Am Kaiserring mußte ich halten, und zwar dort, wo das Bismarckdenkmal stand. Wir fuhren noch um die Ecke herum, wo ich dann halten mußte. Die drei Männer (L. und die zwei Begleiter desselben) stiegen aus und gingen in ein Haus. Das Haus stand im Kaiserring. Nach kurzer Zeit brachten diese einen Mann, dem Aussehen nach einen Juden, und später sagte er mir es auch, daß er Jude sei. Wir fuhren dann alle zusammen in Richtung Friedrichsbrücke vor das Haus der K., Breitestraße, wo sie auch einen Juden herausholten und in das Auto miteinluden. Von da aus in Richtung Marktplatz, wo wir in die Richtung Jungbuschstraße fuhren. Dort hielten wir vor dem Hause eines jüdischen Südfrüchteladens, gegenüber von Gummiwalter, wo sie einen jungen Mann in den 30er Jahren herausholten und ebenfalls in das Auto eingeladen haben. Von da aus hieß es durch L.: »Jetzt in Richtung Landesgefängnis fahren«, wo wir auch dort die Leute einlieferten. Nach dem Landesgefängnis hieß es dann: »Richtung Kreisleitung!« An der Kreisleitung begaben sich die Herren mit L. nach dieser, und ich wartete vor dem Gebäude. Von da aus ging L. mit seinen Begleitern und sonstigen umstehenden Leuten in Richtung der Firma Gerngroß. Ich selbst blieb im Wagen sitzen und beteiligte mich nicht an dem Geschehen. Ich konnte auch nicht sehen, was vor sich ging. Ich hörte die Fensterscheiben klirren und dachte mir, daß sie dort die Einrichtung der Firma Gerngroß zusammenschlagen.

Dies war dann gegen Mittag. Ich sagte noch vorher dem L., daß ich allmählich Hunger habe, und ich doch nicht auf ein derartiges Erlebnis vorbereitet sei und nichts zum Essen bei mir habe, worauf L. mir erwiderte, jetzt sei keine Zeit dazu und momentan ginge es nicht anders, und zog mit seinen Begleitern in Richtung Gerngroß. –

Nachdem ging L. in die Kreisleitung. Er kam dann wieder mit einer Mappe in der Hand aus dem Gebäude der Kreisleitung und gab mir an, daß ich jetzt in Richtung Paradeplatz zu fahren habe. Dort hielten wir direkt an der Ecke D 1. L. und die Begleiter stiegen aus. Sie begaben sich nach der Etage Samson, D 1, wo Stoffballen uns auf die Straße geworfen wurden. Es war eine große Menschenmenge anwesend, und es waren auch viele Nazi in der Firma Samson, die sich an den Zerstörungen beteiligten. Ich begab mich an den Paradeplatz, wo ich sah, wie ein Wagen (LKW) meiner Firma (Eisbender) vor dem Geschäft neben Fischer-Riegel (Unterzeichneter: es handelt sich um die Firma Etam) Gegenstände auflud. Hierbei kam die Schwester des K. L., frug mich, wo der K. sei. Ich sagte ihr, er sei in der Stoff-Etage Samson in E 1. Schließlich kam L. und wieder andere Begleiter, um in Richtung Wasserturm zu fahren. Dort bogen wir in Richtung Augusta-Anlage ein und hielten vor der Werderstraße und Mollstraße. Dort gingen sie in ein Haus, ich glaube bei dem Juden Seelig, der dort früher wohnte, genau kann ich es aber nicht

sagen. Sie brachten Gegenstände wie Radios, Silberbestecke und dergleichen, Teppiche usf. zu mir an den Wagen, was ich dann auf Anordnung des L. zur Kreisleitung fahren mußte. Ich habe selbst keine Gegenstände getragen oder geholt, sondern diese wurden mir in den Wagen eingeladen durch L. und seine Begleiter. Vor der Kreisleitung dann standen wiederum Leute, die die Wagen leerten und alles nach der Kreisleitung brachten. –

Nr. 225

Die Ereignisse des 10. November 1938 in Mannheim und Umgebung. Zusammengefaßte Kurzberichte durchaus zuverlässiger Augenzeugen, darunter zwei Altparteigenossen; niedergeschrieben im November 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67-3)

Allgemeines

Daß die Aktion zur Zerstörung jüdischer Wohnungen und damit letzten Endes zur Vernichtung deutschen Volksvermögens planmäßig und organisiert vor sich ging, konnte zweifelsfrei daran festgestellt werden, daß SA-Leute und Politische Leiter in Uniform, letztere unter Führung des Kreispropagandaleiters F., auf offener Straße die Einteilung der »Kommandos« vornahmen wie auch die Einzelaktionen in den Wohnungen der Juden von SA-Leuten in Uniform vorgenommen wurden. Auch HJ in Uniform beteiligte sich an der Zerschlagung und Verbrennung von jüdischen Wohnungseinrichtungen.

Am 10. November wurden sämtliche Einzelhandelsgeschäfte in Mannheim veranlaßt, an ihren Schaufenstern etwa 10 cm breite und etwa 1 m lange Streifen anzukleben, die die Inschrift »An Juden wird nichts verkauft« aufwiesen. Die Anweisung zur Anbringung dieser Streifen und die gleichzeitige Warnung, an Juden nichts zu verkaufen, ging, wie sich aus der Anlage ergibt, von der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Ortsstelle Mannheim, aus. Den Geschäftsinhabern wurde dabei erklärt, wenn sie trotz dieser Weisung an Juden Waren, auch Lebensmittel, verkauften, hätten sie mit der sofortigen Schließung ihres Geschäftes zu rechnen. Mit Rundschreiben vom 15. 11. 1938, von dem gleichfalls ein Exemplar anliegt, gab dann dieselbe Stelle an die Einzelhandelsgeschäfte die Weisung aus, die Streifen wieder zu entfernen. Aus der Karte vom 15. 11. 1938 ergibt sich, daß die Weisung vom 10. 11. 1938 eine »von den örtlichen Parteidienststellen eingeleitete Sondermaßnahme« war.

Während für die Zerstörung der jüdischen Geschäfte und der Synagogen noch weitgehend Verständnis aufgebracht werden konnte, stießen die gegen die jüdischen Privatwohnungen und deren Bewohner gerichteten Maßnahmen, die in den meisten Fällen die Vernichtung wichtiger Lebensgüter und oft unersetzlicher Kulturgüter mit sich führten, auf fast allgemeine Ablehnung; in der überwiegenden Mehrzahl weigerten sich die Volksgenossen, mit einem »Volkswillen« identifiziert zu werden, der solche bolschewistischen Methoden wolle oder auch nur billige. Die Rede, die Gauleiter Bürckel in Steyr hielt, wurde begrüßt und nur als leider zu spät bezeichnet. Zahlreiche Mitglieder von Parteigliederungen, die zu sogenann-

ten »Rollkommandos« eingeteilt waren, haben sich geweigert, diesen »Dienst« zu verrichten; ein bekannter in Ludwigshafen a. Rh. ansässiger Parteigenosse mit dem goldenen Ehrenzeichen der Partei hat einen SA-Mann, den er bei einer derartigen Zerstörungsaktion antraf, in hellem Zorn niedergeschlagen.
Im folgenden werden verbürgte Einzelfälle niedergelegt:

Mannheim Einzelfälle

1. Bei Fritz Bloch, D 7, 6 wurde die ganze Wohnungseinrichtung demoliert, die Tastatur des Flügels durch Axthiebe schwer beschädigt.
2. Die 65jährige Witwe Josephine Levi, Rupprechtstraße 5, die sich allein in der Wohnung befand, wurde befragt: »Haben Sie Geld?« Auf ihre bejahende Antwort wurde sie aufgefordert, das Geld herzugeben. Das Geld wurde mitgenommen. Betrag unbekannt.
3. Bei Doernberg, Große Merzelstraße 7, wurden 6000,– RM, stammend aus dem vor wenigen Tagen abgeschlossenen Verkauf eines Einzelhandelsgeschäfts, ohne jede Quittung mitgenommen, desgleichen wurden dem 75 Jahre alten Vater der Frau Doernberg 300.– RM abgenommen, gleichfalls ohne Quittung.
4. Bei Siegfried Plato, Augusta-Anlage 12, wurde die Wohnung bei Abwesenheit der Bewohner aufgebrochen. Es fehlen: eine silberne Toilettengarnitur, ein silbernes und ein goldenes Zigarettenetui, wahrscheinlich auch Wäsche.
5. Bei Dr. Eugen Siegel, Karl-Ludwig-Straße 31, schwere Zerstörung der Wohnungseinrichtung. Darunter eine Sammlung Frankenthaler Porzellan, deren Stücke einzeln zertrümmert wurden.
6. Bei Max Lipmann, Konzertsänger, Elisabethstraße 11, der in Vorbereitung zur Auswanderung stand, wurden sämtliche, d. h. Dutzende von zum Teil wertvollen Opern-Klavierauszügen sowie handgeschriebene nieder auf die Straße geworfen und verbrannt. Die Tastatur des Flügels wurde durch Axthiebe schwer beschädigt.
7. Bei Viktor Odenheimer, Augusta Anlage 29, wurde vernichtet: eine »Meistersinger«-Partitur, mit eigenhändiger Widmung Richard Wagners, eine alte Meistergeige (mit der Axt zerschlagen), alt-chinesische Vasen im Wert von etwa 20 000.– RM sowie ein wertvolles Mosaik. Der Wohnungsinhaber machte auf den unschätzbaren Wert dieser Dinge aufmerksam und erklärte sich bereit, alles einem Museum zu schenken. Trotzdem wurde alles vor den Augen der Wohnungsinhaber zertrümmert. Außerdem wurde eine Menge Noten auf die Straße geworfen und verbrannt sowie die beiden Flügel mit Axthieben schwer beschädigt.
8. Im jüdischen »Viktoria-Club von 1910«, L 11, 17 wurden bei der Zerschlagung der gesamten Einrichtung auch alle Schriftstücke, Mitgliederlisten und Korrespondenz vernichtet, so daß die Gestapo, die später die Beschlagnahmen vornehmen wollte, nichts mehr als Trümmer vorfand.
9. Bei Rhonheimer, D 7, 4 wurden nicht nur alle, auch sehr wertvolle Gebrauchsgegenstände, Möbel, geschnitzte alte Stühle, Schränke, Spiegel, Teppiche bis aufs kleinste zerstört, zerbrochen, zerschnitten und besudelt, sondern auch Kunstgegenstände, Vitrinen mit Inhalt, und zwar Stück für Stück, so auch eine wertvolle Porzellansammlung. Daneben stand das Skelett eines Flügels, vor dem splitter-

artige Überreste einer alten Geige und eines Cellos lagen. Eine wertvolle Bibliothek war zum größten Teil zerstört; unter anderem lag ein vielbändiges, in Schweinsleder gebundenes Werk über Friedrich den Großen zerfetzt und zertreten auf dem Boden. Im übrigen war die ganze Einrichtung, einschließlich Badewannen, Waschtischen und Closettschüsseln in Splitter geschlagen.
10. Bei Sigmund Keller, B 6, 10 war die Zerstörung so vollkommen, daß weder ein Stuhl, noch ein Glas, noch eine Tasse oder ein Teller mehr heil und gebrauchsfähig war.
11. In einem Hause in H 7, gegenüber G 7, Wohnungseigentümer nicht bekannt, wurde eine Menge neuer Wäsche auf die Straße geworfen und dort geraubt.
12. In zahlreichen weiteren Wohnungen wurden Rundfunk-Geräte, Schreibmaschinen, Bargeld und Sparkassenbücher ohne Quittung »beschlagnahmt«.
13. Der Jude Stefan Oppenheimer, Elisabethstraße 3, ist seit langen Jahren mit einer Arierin verheiratet. Als das Rollkommando in Abwesenheit des Oppenheimer in die Wohnung kam, erklärt die Frau: »Ich bin Arierin, die Möbel sind mein Eigentum.« Antwort: »Halt's Maul, Du Sau«, und alsbaldige, weitgehende Demolierung der ganzen Wohnung, sogar die Betten wurden auf der Straße verbrannt.
14. Am 8. 11. 1938 drangen abends mehrere Leute in das jüdische Lokal Schloß (früher »Großer Meyerhof«) ein und verprügelten die dort befindlichen Juden. Darunter auch einen 75 Jahre alten Juden, welcher nach 10 Tagen noch starke Blutergüsse im Gesicht und an der Bindehaut aufweist.
15. Der Jude Julius Blün, L 14, 18 öffnete auf Läuten die Tür. Er erhielt sofort einen Faustschlag ins Gesicht, so daß der künstliche Oberkiefer in mehrere Teile zerspringt und eine blutende Wunde entsteht. Der Mann ist 66 Jahre alt.
16. Der Sohn des jüdischen Cafetiers Schmeidler, D 3, 12 wird mehrfach geschlagen und bekommt einen Nachttisch ins Kreuz geworfen. Er weist zahlreiche, stark blutende Verletzungen im Gesicht und an der linken Hand auf sowie schwere Blutergüsse im Rücken, Krankenhausaufnahme und chirurgische Behandlung erforderlich.
17. Am 10. 11. 1938 mittags gegen 1/2 1 Uhr wurde der Eingangsbau des jüdischen Friedhofs in die Luft gesprengt. Die Detonation war in der ganzen Stadt hörbar. Der jüdische Friedhof liegt in unmittelbarer Nähe des großen städtischen Krankenhauses.

Nr. 226
Hakenkreuzbanner 11. November 1938

So mußte es kommen /
Kompromißlose Maßnahmen / An Juden wird nichts verkauft! [35]

Die Scheiterhaufen vor den jüdischen Geschäften und Wohnungen sind niedergebrannt. Der erste Teil der Vergeltungsmaßnahme gegen die in Deutschland lebenden Juden hat seinen Abschluß gefunden, nachdem sich – nach den Worten von

[35] Siehe Band I, S. 151 f. und Nr. 165.

Reichsminister Dr. Goebbels – »die gerechte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in umfangreichen Maße Luft verschafft hat«. Mit der gewohnten und selbstverständlichen Disziplin, die dem deutschen Volke zu eigen ist, wurde, nach Bekanntwerden des Aufrufs von Dr. Goebbels, wie überall auch in Mannheim von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum abgesehen. Der Schlußsatz des Aufrufes, daß die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris dem Judentum auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. Verordnung erteilt wird, hat in allen Schichten unseres Volkes tiefste Befriedigung hervorgerufen. Von einem Alpdruck befreit, erblicken alle Volksgenossen darin einen entscheidenden Schritt zur endgültigen Lösung eines Problems, das seit der nationalsozialistischen Machtergreifung immer klarer und deutlicher in Erscheinung trat.

Das Verbot weiterer Vergeltungsaktionen, die nur zu begreiflich waren, wird vor allem verhindern, daß deutsches Volksvermögen der Zerstörung anheimfällt. Denn zweifelsohne handelt es sich bei dem noch im jüdischen Besitz befindlichen Vermögen um Nationalvermögen, da es früher oder später auf dem Wege der Gesetzgebung doch in deutsche Hände übergeführt werden wird.

Wir hatten am 10. November Gelegenheit, in Mannheim zahlreiche jüdische Versammlungsstätten, Lokale, Geschäfte und Wohnungen zu besichtigen und konnten als Gesamteindruck mitnehmen, daß die Juden dem deutschen Volke dankbar sein können, von der Welle berechtigter Empörung nicht gänzlich weggefegt worden zu sein. Sie können das vor allen Dingen den Männern der nationalsozialistischen Bewegung danken, die in gewohnter Disziplin Menschen und Eigentum vor weiteren Vergeltungsmaßnahmen schützten. Daß diese Aktion im Interesse der Sauberkeit notwendig war, kam wohl am klarsten durch die Aufstellung eines sogenannten Eisschrankes am Paradeplatz zum Ausdruck, an dem gewissermaßen symbolhaft der ganze Schmutz und Dreck des Judentums vor Augen geführt wurde.

Seit vielen Stunden stehen Politische Leiter und Männer der SA und SS vor jüdischen Gaststätten, Geschäften und Wohnungen in aufopferndem Dienst Wache. Die Schaufenster sind mit Brettern zugenagelt, und nur noch an den Synagogen drängen sich die Menschen, um rasch einen Blick in die »Judentempel« zu werfen. Dabei vergessen sie natürlich nicht, in die aufgestellten Sammelbüchsen für das W[inter - H[ilfs]-W[erk] eine Spende zu werfen und damit ihren Dank zum Ausdruck zu bringen.

Wenn die Juden diesmal auf die leider nur zu bekannte deutsche Sentimentalität rechneten, so haben sie sich gründlich geirrt. Jetzt wird endgültig reiner Tisch geschaffen. An allen deutschen Geschäften hängen bereits rote Plakate mit der Aufschrift: »An Juden wird nichts verkauft!« Der gerechte Volkszorn, der am 10. November in spontaner Weise zum Ausbruch kam, hat damit den Weg frei gemacht für eine endgültige und kompromißlose Scheidung zwischen Deutschen und Juden!

Nr. 227
Neue Mannheimer Zeitung 10. November 1938

Rauch [36]

Es ist zeitig am Morgen, und über die Adolf-Hitler-Brücke flutet der eben von der Nachtruhe erwachte Verkehr. Der Zementbelag des Radfahrerwegs ist schon merklich abgeschliffen. Still, fast befangen geht der Neckar seinen gewohnten Weg. Wohin das Auge auch blickt, überall hängen graue Schleier, ganz zart und fein, wie Spinnengewebe. Kein Zweifel mehr, es wird doch Winter werden! Das hat sich heute kundgetan.

Dieses schmutzige Grau, das dem ausschreitenden Morgen nicht weichen will, hat Tränen in den Augen, und man fühlt, davon benetzt zu werden. Es ist wohl mit sich selbst nicht zufrieden. So müssen denn die schwarzen Rauchwolken, die aus den hohen Kaminen weit im Halbrund aufsteigen, in heilloser Vereinsamung durch den tristen Raum irren. Auch sie lehnen sich gegenseitig ab, und so erscheinen sie denn am Firmament als langgestreckte Fahnen, die über der Stadt stehen.

Da ist nichts mehr von Jubel, von Farbe und Licht. Grau und Schwarz sind Diktator geworden. Werden sie stehen bleiben, werden sie weiter gehen? Wenn ihr Beharrungszustand über unsern Häusern sich löst, dann wird es viel Ruß regnen, der nur mit viel Seife wird wieder wegzuwaschen sein. h.

Nr. 228
Erlaß der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Karlsruhe – an die Bezirksämter, Polizeipräsidien, etc. in Baden vom 15. November 1938 – Nr. II B 4 (Abgedruckt in der Zeitung Badische Neueste Nachrichten 2. Dezember 1948 – Stadtarchiv Mannheim 16/67–3)

Betrifft: Wiederaufbau von Synagogen

Auf Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei Berlin ist ein Wiederaufbau zerstörter oder ausgebrannter Synagogen bis auf weiteres nicht zuzulassen.

In Vertretung: gez. Elchlepp

Nr. 229
Aus der Abschrift eines Briefes von Dr. Chaim Lauer, Rabbiner der Klaussynagoge Mannheim, über die Zerstörung der Synagoge am 10. November 1938 – geschrieben etwa Mitte Dezember 1938 – (Stadtarchiv Mannheim D 9–3 K)

Soeben erhalte ich Ihr Schreiben vom ... Ich hätte Ihnen schon längst geschrieben, aber ich kann mich auch jetzt noch nicht fassen, um das, was an jenem schwarzen

[36] Zur Berichterstattung der Neuen Mannheimer Zeitung siehe auch die Zeilen zur Beseitigung des Judenfriedhofs Nr. 137 und Band I, S. 202 f. und S. 209.

Tag geschehen ist, niederzuschreiben. Ich weiß nur das, was bei mir vorkam, was sonst in der Stadt geschehen ist, wissen andere. Um 6 Uhr morgens des 10. Novembers, als ich gerade im Begriffe war, mich anzukleiden, ertönten 3 Kanonenschüsse zum Zeichen des Aufbruchs ... Unser Simon wie auch unser jüdisches Mädchen kamen erschreckt herein. Wir beruhigten sie. Im gleichen Moment hörten wir ein heftiges Schlagen und Einbrechen der Haustür und der Synagoge, ein Sprengen und Krachen im Gotteshause, wo alles kurz und klein zerschlagen wurde, selbst die Marmorplatten vor dem »Aron Kodesch« [37] wurden gesprengt. Die Thorarollen herausgeschleift und verbrannt. Menschen (diese Bezeichnung ist falsch) gingen vorbei und lachten. Ich telefonierte an meinen Konsul, er versprach mir Hilfe, die kam nicht. Telefonierte mehrmals an die Polizei, die ebenfalls Hilfe versprach, aber vergebens. Endlich antwortete mir die Polizei, sie könne mich nicht schützen, sie habe nicht Leute genug, und ich müsse das Schicksal der anderen teilen. Unten im Hof waren die Einbrecher in Uniform. Wir konnten nicht aus dem Haus. Die Synagoge, das Schulzimmer etc. waren verwüstet. Auf der Straße sahen wir vor dem Laden des Herrn Oppenheimer Bücher und Thorarollen verbrennen. Die Leute in unserem Hause versammelten sich bei uns. Die Mutter von Marx hatte Herzbeschwerden. Meine Frau ließ ein Auto kommen, expedierte sie und mit ihr alle anderen Leute ins Krankenhaus. So kamen alle anderen aus dem Hause. Wir blieben mit einigen Jeschiwa-Bachorim [38] noch gefangen. Wir waren auf alles gefaßt und sagten »Sch'mah« [39], unser Kind mit uns. Gegen 10 Uhr begann das Plündern und Zerstören im ganzen Hause. Ich saß am Telefon. Billigheimer, Richter, Löffler, Otto riefen an, ich antwortete, daß wir noch am Leben sind. Am Telefon erfuhr ich, daß Darmstädter verhaftet sei, ich soll mich um ihn kümmern, dabei war ich selbst hilflos. Endlich versprach mir mein Konsul, seinen Sekretär, ausgestattet mit einem Schutzbrief, mir zu Hilfe zu schicken. Dieser kam noch nicht. Inzwischen wurde die Wohnung von Frau Salomon und Zarnitzer demoliert. Mit einem Geschrei und Johlen kam die Horde zu uns, brach die Tür ein und schrie: »Wo ist der Rabbiner? Den Rabbiner wollen wir, den Rabbiner müssen wir haben!« Ich nahm die Pässe in Händen (ich hatte sonst nichts bei mir wie eine kleine Tefilla und Tefilin [40] und die bei mir aufbewahrten »Z'doke-Gelder« [41]) führte meinen Simon und meine Frau, ging voraus und sprach: »Ihr könnt alles im Haus haben, laßt uns hinaus, wir sind Schweizer Bürger.« Ich zeigte die Pässe vor und der Anführer rief mir zu: »Leider!«, hielt mich aber weiter noch feste am Arm. Es entstand ein Tumult, ich riß mich los und tauchte in der Menge unter und entkam mit Frau, Kind, Mädchen und drei Jeschiwa-Bachorim; einer wurde inzwischen verhaftet. Auf der Straße wurde ich vom Pöbel insultiert. Ein älterer Herr rief mir zu: Du Mörder, Blutsauger und Wucherer etc... Ich flüchtete mich mit Frau und Kind und

---

[37] Aufbewahrungsort der Thora-Rollen.
[38] Schüler der Lehranstalt.
[39] Gottesanruf (Höre Israel ...); er wird von frommen Juden angesichts des Todes gesprochen (Deuteronomium 6, 4).
[40] Tefilla = Gebetsbuch; Tefilin = Gebetsriemen.
[41] Spenden-Gelder.

Mädchen in das Konsulat. Inzwischen ging das Demolieren und Plündern der jüdischen Geschäfte weiter. Da kam der obengenannte Sekretär des Konsuls herein und erzählte, daß zwei Zimmer meiner Wohnung demoliert wurden. Der Sekretär drängte sich durch die Menge mit seinem Schutzbrief, und der Anführer machte vor meinem Bibliothekszimmer halt. (Dadurch wurde auch die Klausbibliothek gerettet.) Der Sekretär klebte an die zertrümmerte Haustür ein Plakat: »Schweizer«. Leider haben die »R'schoim« [42] meine Thorarolle und Megilla mitgenommen, denn darauf hatten sie es, wie es scheint, abgesehen. Was nun tun? Beide Synagogen zerstört, fast der ganze Synagogenrat und alle Beamten verhaftet, nach Dachau verschleppt; kann ich helfen? Wenn ich bei der Polizei keinen Schutz finde, kann ich auch den andern nicht helfen. Diese Frage richtete ich an den Konsul, worauf der mir antwortete, am leichtesten kann ich Sie schützen, wenn Sie nach Basel verreisen. In meine Wohnung konnte ich nicht mehr zurück, wollte aber dableiben, wenn Frau und Kind ohne mich reisen wollten. Das lehnte meine Frau strikte ab. Schweren Herzens entschloß ich mich, mit Frau und Kind nach Biel zu reisen, übergab alles, was ich bei mir hatte, dem Konsul und fuhr mit meiner Familie, ausgerüstet mit 10.– RM in der Tasche nach Biel.
Diese meine frühere Gemeinde ist, seitdem ich sie verlassen habe, kleiner geworden. Mit einem bescheidenen Gehalt hat mich nun diese Gemeinde ab 1. 1. [1939] angestellt. Mich ließ nun meine Frau nicht mehr nach Mannheim zurück. Ausgerüstet mit einer Vollmacht ging meine Frau vor drei Wochen (22. November) nach Mannheim, um dort unsere Rückwanderung zu regeln. Bis heute ist sie noch nicht im Besitze der Packgenehmigung. Ich hoffe, daß sie bis 22. Dezember zu uns kommt. Wir verzichten gerne auf die Kleinigkeiten, wenn sie schon bald bei uns wäre. Ich bin mit meinem Simon hier in Bex bei Dr. Asher. Sie haben gewiß gehört, daß auch Kantor Kohn verhaftet war. Er wurde freigelassen, weil er sofort nach Montevideo abreisen konnte. K. hat mir vom Schiff aus geschrieben. Otto Simon war ebenfalls verhaftet, auch der kleine Eli wurde mitgenommen; wurden frei und sind mit Ben nach Palästina abgereist. Gita kommt mit dem alten Simon und Raly nach. Wann, weiß ich nicht. Was mit der Klausbibliothek geschieht, entzieht sich meines Wissens. Ich schlug einmal vor, sie nach Palästina zu senden. Ob der Staat es gestatten wird, ist sehr fraglich. Vorläufig habe ich noch meine Bibliothek nicht. Jeden Tag kommen neue »G'seros« [43] heraus. Das Memorbuch und der größte Teil der heiligen Geräte sind gerettet. Sehr viele Menschen sind noch in D[achau]. Auch die Friedhofshalle ist dem Boden gleichgemacht. Seitdem ich Mannheim verlassen habe, habe ich schlaflose Nächte. Die Jüdische Gemeinde ist zertrümmert.
Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus bin ich Ihr Ch. Lauer

---

[42] Bösewichte.
[43] Verhängnis.

Nr. 230

Auszug aus einem Bericht von Peter Purfürst, der als Schüler in Mannheim die Judenverfolgungen miterlebte – geschrieben am 8. Juli 1967 (Stadtarchiv Mannheim D 9–3 P)

Morgens um 6 Uhr also ging diese Aktion los. Als erstes brannte die Synagoge und die Feuerwehr mußte ausrücken. Ich hatte natürlich an diesem Tage den ganzen Tag Schule. Nachmittags war der Lehrer außerstande, seinen Unterricht fortzusetzen, weil im Hause gegenüber ein jüdischer Büroinhaber eigenhändig sein Inventar auf die Straße warf. So war ich nicht Zeuge von Verhaftungsszenen, wohl aber Zeuge von angerichteten Schäden, die sich den Vorübergehenden darboten: Eingeschlagene Schaufenster, Glassplitter überall auf der Straße waren augenfällig. Ebenso zahlreich wie dies alles standen überall SA-Leute mit drohendem Ton: »Bitte weitergehen, bitte weitergehen!« In der Nähe unserer Wohnung [= L 14,1] damals, ich glaube L 13, war ein großes Parterre-Appartement demoliert; beschädigte, leicht bewegliche Gegenstände lagen in wirrem Durcheinander außerhalb vor den Fenstern. Man könne die Bescherung gegen Entgelt von 20 Pfennig zugunsten des Winterhilfswerks besichtigen, war die allgemeine Rede. Im Affekt dieser Aktion, kam es auch zu Versehen, daß man z. B. sich an einem »Arier« mit jüdischklingendem Namen vergriff und mit ihm das gleiche machte wie mit vielen Juden. Ein französischer Jude, der sich besonders geschädigt fühlte, machte mittels seines Passes geltend, daß man ihm Schadenersatz schuldig sei.

Abends gegen 5 Uhr gingen Extrablätter heraus, mit den Schlagzeilen: »Der Führer habe befohlen, es dürfe den Juden nichts mehr gemacht werden!« Vielfach haben Juden ihre Wohnungseinrichtungen an die Nachbarschaft verschenkt und verteilt. Vielfach kam es denn auch so, daß viele Juden auch weiterhin bis auf Abruf dort blieben, wo sie bisher wohnten. Als dann der Bombenkrieg begann, kam die Verfügung heraus, daß noch erhaltene jüdische Wohnungen an Ausgebombte zu übereignen seien. Antiquitätengeschäfte quollen über mit jüdischen Wertgegenständen. Auf dem Judenfriedhof waren auch einige Beschädigungen an Grabstätten festzustellen...

Es war verboten, Juden in jenen Tagen mit Speise zu versorgen, aber man hörte doch allgemein, daß Nachbarn und Freunde dies mißachteten.

Nr. 231

»Erinnerung an die Kristallnacht«, Rundfunkansprache von Leo Baeck, gehalten am 8. November 1953 (Niederschrift aus der Sammlung Wolff im Landtag Mainz)

Wie oft sind die Bilder jener Nacht, in der vor 15 Jahren der große Frevel geschah, daß die jüdischen Gotteshäuser zerstört wurden, wieder, ob wir es wollten oder nicht, vor uns hingetreten? Wieder, wenn wir die Ohren abwandten, die Stimmen zu hören, die in jener Nacht uns zugerufen hatten: »Die Synagogen bren-

nen!« Was ist es, was damals zerstört worden ist? Nicht nur die jüdischen Gotteshäuser wurden zerschlagen, sondern mit ihnen brachen Pfeiler und Stützen eines menschlichen Bundes, auf den wir vertraut hatten. Eines – so hatten wir gedacht – binde alle doch noch immer zusammen, eine Ehrfurcht vor der Stätte, zu der Menschen kommen, damit sie aus der Enge und Not des Tages sich zu dem Ewigen erheben, dorthin, wo das Unsichtbare an sie herantritt und die unendliche Stille sich an sie wendet. Damals, in jener Nacht, ob man damals es wissen wollte oder nicht, ist auch an die Kirchen im Lande handangelegt worden. An sie auch, denn die Synagoge ist geschichtlich und geistig die Mutter der Kirche. Eine und dieselbe Gewißheit, die hier und dort sich offenbart, mögen auch Weise und Weg verschieden sein. Jüdische und christliche Gotteshäuser haben am letzten Ende ein unteilbares Schicksal, was dem einen angetan wird ist zugleich dem anderen zugefügt. So mancher Tag danach hat in Deutschland dies deutlich gezeigt, und nur der, der blind sein wollte, hat es weder damals noch späterhin gesehen. Noch ein anderes ist damals zerstört worden. Eine lebendige Geschichte, die auf dem deutschen Boden und aus deutschem Boden aufgewachsen war und die eine Verheißung fruchtbarer Zukunft in sich trug, ist damals zerbrochen worden. Von alten Tagen her ward sie. Die Juden sind eines der großen Kolonisationsvölker der Geschichte. Seit der Zeit Alexanders des Großen sind sie von der alten Heimat wagemutig ausgezogen und haben das Mittelmeer entlang und die Flüsse hinauf ihre Gemeinden gegründet, Kolonien der Wirtschaft und Kolonien des Geistes. So sind sie auch zum Rhein und zur Donau hingekommen, schon ehe Deutschland in der Völkerwanderung sich geformt hatte; zur Weser, zur Elbe und zur Oder sind sie dann weiter hinauf. Bis zur Düna und zum Dnjepr hin haben sie später die deutsche Sprache, die ihre Sprache geworden war, hingetragen. Eine lebendige Geschichte ist es die Jahrhunderte hindurch, und sie ist zerstört worden. Wird sie wieder aufgebaut werden können? Einer bedeutungsvollen Kultur ist damit zugleich ein gewaltsames Ende bereitet worden. In den jüdischen Gemeinden hatte immer der Geist gelebt und stetig sich entwickelt. Er war dann über die Grenzen der Gemeinden hinausgeschritten, eine Liebe zur Wissenschaft und zur Kunst, ein starker Sinn für neue Formung und Gestaltung, eine seelische Dynamik hat sich hier in diesen Menschen der jüdischen Gemeinden offenbart und hat nun dem Namen »Deutscher Jude« den gesunden Klang in der Welt [gegeben].

Was alles ist hier geschaffen worden? Aus der großen Geschichte des Geistes kann diese Leistung nicht fortgedacht werden. Und auch das ist auseinandergebrochen worden. (Ein Satz unverständlich.) Manch einer erinnert sich, wie er in jener Nacht auf der Straße stand (ein Satz fehlt). Aber das Schweigen hub dann zu sprechen an, und wenn das Schweigen zu sprechen beginnt, dann ist es eine erschütternde, eine gewaltige Sprache, und der, der sie hörte, sah zugleich etwas. Es war eine dunkle Nacht, und es dünkte ihm, als sehe er wie an dem nächtlichen Horizont weit über das größte Land hin (5 Worte fehlen) drei Worte, die wie einst der Prophet geschaut hatte, die Worte »Meneh tekel upharsin« und die der Prophet gedeutet hatte: gezählt ist worden, gewogen ist worden und zerteilt wird werden. Jedoch, das will nicht das letzte Wort sein. Das letzte, das entscheidende Wort ist das einer

Hoffnung, einer Hoffnung, welche bleibt, der echten, der wahren Hoffnung, und der Jude darf sagen, der alten jüdischen Hoffnung. Aus dem ewigen Gebote, aus dem ewigen »Du sollst« des Wortes Gottes spricht sie, diese Hoffnung, Gebot und Trost und Zuversicht in einem; denn das ist die bleibende Hoffnung in der Menschheitsgeschichte. Der Mensch, der einzelne wie das Volk, kann und soll neu beginnen zu jeder Zeit. Die Kraft der Umkehr zu Gott ist in jeden Menschen hineingelegt und vor jedem öffnet sich der Weg des Ewigen. Aus der Zerstörung hervor spricht diese Mahnung, die zugleich die Hoffnung ist, damit dem ewigen (ein Wort fehlt); denn durch das Dunkel bricht das Licht hervor.

Nr. 232

Gesuch der Ehefrau des Ludwig Oppenheim, Mannheim F 2, 15, an die Geheime Staatspolizei, Mannheim, vom 22. November 1938 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–3)

Ich erlaube mir, folgendes Gesuch vorzutragen: Am 10. November sind in meiner Wohnung die in dem beiliegenden, mit der Hand geschriebenen Verzeichnis aufgeführten Gegenstände beschlagnahmt und abgeführt worden. Mein Mann ist nach Dachau verbracht worden. Ich besitze keine Wohnungseinrichtung mehr, nicht einmal mehr ein Bett aus meinem Eigentum. Es ist mir ein Notbett zur Verfügung gestellt worden.

Ich bitte dringend, mir wenigstens diejenigen Gegenstände freizugeben, die erforderlich sind, um wenigstens schlafen und notdürftig wohnen zu können, mir vor allen Dingen meine Kleider, meine Leibwäsche und meine Bettwäsche und meine Betten freizugeben, ferner die orthopädischen Schuhe für meinen kriegsbeschädigten Ehemann. Ich füge ferner bei eine Bescheinigung des Heeresarchivs Stuttgart vom 21. lfd. Mts., aus der sich ergibt, daß mein Ehemann zweimal verwundet worden ist, das EK II erhalten hat und als 30 % kriegsbeschädigt erklärt worden ist.

Ich füge ferner bei eine Bescheinigung der Gegenstände, die meiner Schwester Gretel Dahlerbruch gehören und die ebenfalls in unserer Wohnung, wo meine Schwester sich befand, beschlagnahmt und entfernt worden sind. Ich bitte, auch meiner Schwester das Notwendigste freizugeben, insbesondere ihre Kleider und ihre Wäsche. Für die Erfüllung dieser Bitten wäre ich sehr dankbar.

Nr. 233

Hakenkreuzbanner 6. Juli 1933

Ein Judenlümmel lernt arbeiten

Von welcher erbärmlicher Unverschämtheit die Juden sind, aber auch welchen Lohn diese Ausbeuter im neuen Deutschland erwartet, bewies ein nettes Schauspiel, das wir gestern abend im Hofe des Rathauses erleben durften. Der Möbeljude

Finkel erlaubte es sich, einem Deutschen für fünf Stunden Arbeit den Lohn von einer Mark zu zahlen. So werden sie reich, diese Blutegel am deutschen Volkskörper. Aber es sollte anders kommen. Einige SA-Kameraden des Spielmannszuges holten sich den schmutzigen Herrn und zeigten ihm praktisch, was arbeiten heißt. Nachdem der freche Ausländer mit zwei Plakaten behängt seinen Marsch zum Arbeitsplatz im Hofe des Kaufhauses angetreten hatte, wurde er mit Kehrarbeiten beschäftigt. Natürlich beherrschte er dies Handwerk nicht so gut wie das Ausplündern unserer Volksgenossen, aber unsere SA-Leute gaben sich zur Freude aller Zuschauer redliche Mühe, um dieser jämmerlichen Gestalt das Kehren durch eine ausgedehnte Übung beizubringen. »Ich bin ein Ausbeuter« steht auf einem Schild und »Jüdischer Ausbeuter, bezahlte eine Mark für fünf Stunden Arbeit. Guter Lohn für Christen« auf dem andern. Nach getaner Arbeit durfte der Möbeljude noch einen Propagandamarsch für seine »Kollegen«, denen das Ganze zur Warnung diene, durch die Straßen der Stadt machen. Ob er das nächste Mal wieder für fünf Stunden Arbeit eine Mark bezahlt, nachdem er nun gelernt haben dürfte, was Arbeiten heißt?

Nr. 234
Schreiben von F. D. an den Kreisleiter der NSDAP, Dr. R. Roth, vom 24. Juni 1934 (Stadtarchiv Mannheim 16/67-2)

Da es mir bekannt ist, daß Sie an der Verhinderung ungerechtfertigter Ausschreitungen gegen Juden in der Stadt Mannheim das größte Interesse haben, bin ich überzeugt, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich Ihnen im folgenden von einem Vorfall Kenntnis gebe, der mir in der Nacht von Donnerstag, 21. / Freitag, 22. d. Mts. widerfahren ist: Nachdem ich den Donnerstag Abend in einer hiesigen Familie zugebracht hatte, war ich mit einer jungen jüdischen Frau aus Karlsruhe, die die polnische Staatsangehörigkeit besitzt und vorübergehend hier weilt, auf dem Nachhauseweg in dem Café »Hauptpost«, P 3. 3, zu einer Tasse Kaffee eingekehrt. Es dürfte etwa 1/21 Uhr gewesen sein – wir waren ungefähr 10 Minuten da – als etwa 10 Herren, die das Abzeichen der NSDAP trugen, das bis dahin ziemlich leere Lokal betraten und an einem Tisch in meiner Nähe Platz nahmen. Ich bemerkte sofort, daß man sich mit uns beschäftigte und daß sich eine Stimmung gegen mich zeigte, die m. E. der Annahme entsprang, die in meiner Begleitung befindliche Dame sei Nichtjüdin. Die Folge hiervon war, daß die betr. Herren nach kurzer Zeit aufstanden und – indem sie mit den Fingern auf uns deuteten – im Sprechchor mehrmals: »1, 2, 3, Judenliebchen« riefen. Um dieses Mißverständnis auf eine möglichst korrekte Art aufzuklären, bat ich den Besitzer des Cafés, Herrn Karl Hog, der mich als ruhigen Gast seit langem kennt, die Herren darauf hinzuweisen, daß sie sich im Irrtum befänden und die Dame Jüdin sei. Kurz darauf kam einer der Herren an meinen Tisch, setzte sich zwischen meine Begleiterin und mich und verlangte, nachdem die Dame auch ihm erklärt hatte, daß sie Jüdin sei, ihren

Paß zu sehen, den sie nicht bei sich führte und einer Civilperson wohl auch nicht zu zeigen nötig gehabt hatte. Um der unangenehmen Situation ein Ende zu machen, zahlte ich und war im Begriff, das Lokal zu verlassen. Nun drängten sich einige ebenfalls anwesende SA-Männer, die in Uniform waren und sich mit oben genannten Herren mehrfach besprochen hatten, vor und hinter uns; gleichzeitig folgten einige der Herren in Civil, die ebenfalls aufgestanden waren. Ich hörte noch hinter mir: »Eben gehen sie«, habe mich jedoch nicht mehr umgedreht, um auch den Anschein einer Provokation zu vermeiden. Unmittelbar vor der Tür des Cafés bekam ich, ohne daß irgendein Wort gefallen war, mehrere Faustschläge ins Gesicht, so daß ich meine Brille verlor und zu Boden fiel. Die Dame wurde von mir abgedrängt und, wie sie mir später sagte, ebenfalls geschlagen und mit dem Wort »Hure« bezeichnet. Als ich mich erhoben hatte, um mich zu entfernen, verfolgte man mich um die Ecke und schlug mich zwischen P 3 und Q 3 zum zweiten Male zu Boden. Ich verlor meine Aktenmappe, Hut und Portemonnai. Der Hut und die Mappe wurden von einem Straßenreiniger gefunden und mir wieder zugestellt, Brille und Geldbörse waren verschwunden. Mein fast neuer Anzug ist zerrissen und ebenso wie das Hemd mit Straßenschmutz und Blut befleckt; denn ich blutete stark aus Mund und Nase. Nachdem ich mich wieder erheben konnte, sprang ich zur Polizeiwache Q 6 und suchte Schutz. Zwei Polizei-Wachtmeister begleiteten mich sofort nach dem Tatort zurück, konnten jedoch, da die SA-Männer sowie die Herren in Civil inzwischen weggegangen waren – soviel mir bekannt – keine weiteren Feststellungen machen.

Von allen beteiligten Personen ist mir mit Sicherheit nur ein Herr mit Namen bekannt; es ist dies ein Herr Dr. H., der angeblich Syndikus einer Versicherungsgesellschaft ist. Ein anderer Herr soll Ha. heißen (Baugeschäft Firma Ha. & Söhne). Es besteht für mich kein Zweifel, daß Herr Hog, der Besitzer des Lokals, zumindest mehrere der beteiligten Personen mit Namen kennt. Vielleicht kann auch das Servierfräulein hierüber Angaben machen.

Abgesehen von den körperlichen Schäden, deren Spuren noch sichtbar sind, ist der mir erwachsene materielle Schaden für mich im Augenblick um so empfindlicher, als ich mich in einer sehr bedrängten wirtschaftlichen Lage befinde. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Gelegenheit gäben, obige Angaben vor der Kreisleitung persönlich vortragen zu dürfen; denn, wie ich eingangs sagte, bin ich überzeugt, daß die Kreisleitung bestrebt ist, derartige Ausschreitungen zu unterbinden. Unerheblich für den geschilderten Vorfall, jedoch nicht ganz bedeutungslos dürfte es sein, wenn ich zum Schluß noch erwähne, daß ich gebürtiger Mannheimer bin, daß mein Vater, der seit 60 Jahren hier ansässig ist, aus einer alteingesessenen Pfälzer Familie stammt und daß wir uns niemals irgendwie politisch betätigt haben.

Nr. 235

Anzeige wegen Hausfriedensbruchs (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim 2 Js 364/38)

I. Am 4. 5. 38, gegen 21 Uhr, sind drei bis jetzt unbekannte Männer in die Wohnung des obengenannten O., Seckenheimerlandstraße 204 hier, unter Vorhalten einer Schußwaffe eingedrungen und haben dort eine Anzahl Geschirr, Spiegel und Möbel zertrümmert. Die Höhe des entstandenen Schadens konnte noch nicht angegeben werden.

II. Täter sind bis jetzt unbekannt.

III. Zeugen sind: 1. R. O. lediger Kaufmann, geboren am 4. 8.1869 in Mannheim, 2. A. F., led. Hausangestellte, geb. am 21. 10. 1875 in Frankfurt a/M., beide Sekkenheimerlandstraße 204 hier.

Am 4. 5. 38, um 23.10 Uhr, wurde vom 2. Polizeirevier (Hauptwachtmeister Gern) telefonisch mitgeteilt, daß am gleichen Tage etwa um 9 Uhr nachmittags, in die Wohnung des O., Seckenheimerlandstraße 204 hier (bei der Feudenheimer Fähre), drei unbekannte Männer unter Vorhalten einer Schußwaffe eingedrungen seien und, als sie in der Wohnung waren, Geschirr, Spiegel und Möbel zertrümmert hätten.

Bei der hierauf erfolgten Vernehmung gab der geschädigte R. O. an: »Ich bin seit 40 Jahren Eigentümer des Anwesens Seckenheimerlandstraße 204. Auf diesem Grundstück steht eine große Fabrikhalle von 1100 qm, Wohn- und Bürogebäude. Seit dem Jahr 1909 hatte ich dieses Anwesen vermietet. Ich wohne seit dem Jahr 1935 hier, weil mein Anwesen seit 1933 leer stand.

Am 11. März 1938 habe ich einen Teil meines Anwesens an die Firma F. und F. Schwetzingerstaße 58 verkauft. Die Firma F. u. F. hat sich, seit sie sich hier eingerichtet hat, Übergriffe erlaubt, die ich unmöglich dulden konnte. So mußte ich eines Tags sehen, wie auf dem mir jetzt noch gehörenden, angrenzenden Gartenstück ein Flaggenmast errichtet werden sollte. Da ich Nichtarier bin, darf ich doch nicht dulden, daß auf meinem Grundstück das Hohheitszeichen angebracht wird. Ich sah mich daher gezwungen, mich an die Geheime Staatspolizei zu wenden, um mir Unannehmlichkeiten zu ersparen. Da ich von dieser Stelle keinen Bescheid erhalten habe, habe ich mich am 11. 4. 38 an das Amtsgericht gewandt. Das Amtsgericht hat dann veranlaßt, daß die Firma F. u. F. die Montage auf meinem Grundstück entfernen mußte. Seither werde ich von dieser Firma dauernd belästigt, und es wurde mir sogar mit der Polizei gedroht.

Die Firma F. u. F. hat mich ferner wegen angeblichen Wuchers angezeigt, obwohl ich das erwähnte Gartenstück noch nie zum Kaufe angeboten hatte. Sie hat mir mit Schreiben vom 22. 4. 38 mitgeteilt, daß sie jetzt bereit wäre, das Gartenstück zu dem heutigen amtlichen Schätzungswert zu kaufen. Da ich die Firma F. u. F. wissen ließ, daß ich nicht geneigt sei, an diese das Gartenstück zu verkaufen, bin ich der Ansicht, daß dies für diese Leute wieder ein Anlaß war, sich an mir zu rächen. Ich könnte noch weitere Erlebnisse, die ich mit der Firma F. u. F. hatte, erwähnen, es würde aber zu weit führen.

Um weiteren Differenzen aus dem Weg zu gehen, habe ich mich entschlossen, so rasch wie möglich auszuziehen, obwohl ich vertraglich noch bis Ende Juni 1938 wohnen bleiben könnte. Am 3. 5. 38 habe ich meinen Entschluß der Firma F. u. F. mit Einschreibebrief mitgeteilt.

Am 4. 5. 38, gegen 9 Uhr abends, klopfte es an die Eingangstüre zu meiner Wohnung. Meine Haushälterin frug, wer da sei. Eine Antwort habe ich nicht gehört. Ich ging mit meiner Haushälterin nach unten, um zu sehen, wer da ist. Als die Haustüre geöffnet war, drangen sofort drei Männer in die Wohnung, wovon einer einen Revolver in der Hand hatte. Dieser drängte uns, unter Vorhalten des Revolvers, ins Innere der Wohnung. Er sagte: ›Hinein mit Euch, kein Wort!‹ Die beiden anderen gingen in die verschiedenen Wohnräume und zertrümmerten dort eine Anzahl Geschirr, einen großen Wandspiegel und Möbel. Den Schaden kann ich noch nicht angeben. Solange die beiden ihre Wut an meinem Eigentum ausließen, blieb der andere mit dem Revolver vor uns stehen. Nach 5 Minuten sind die drei wieder verschwunden. Wir haben uns während der Anwesenheit der Eindringlinge sehr bedroht gefühlt.

Keiner dieser Männer hat Geld oder sonst etwas verlangt, so daß ein Raub nicht in Frage kommt. Ebenso hat keiner der Männer etwas mitgenommen. Meine Haushälterin und ich wurden nicht angegriffen. Außer den erwähnten Worten wurde von den drei Männern überhaupt nichts gesprochen. Mir kam die ganze Sache sehr sonderbar vor.

Ich bin der Ansicht, daß die Eindringlinge bestellt waren, um mir Schaden zuzufügen. Mir war keiner der drei Männer bekannt. Ich kann nur zwei beschreiben, weil der andere sich so verhalten hat, daß man sein Gesicht nicht sehen konnte.«

Zeugin 2, A. F., gab an: »Ich kann die Angaben des O. nur bestätigen. Ich war derart überrascht, nachdem ich die Haustüre geöffnet hatte, daß ich vor Schreck am ganzen Körper zitterte und bebte. Ich habe geglaubt, der Mann mit dem Revolver würde uns beide erschießen. Da uns aber keiner ein Leid angetan hat, glaube ich, daß es sich um einen Racheakt handelt und die drei Männer zur Ausführung gedungen waren.«

Bemerkung: Das hier in Frage kommende Anwesen, das mit einer Einfriedigung umgeben ist, liegt zwischen der Feudenheimer Fähre und Seckenheim. In unmittelbarer Nähe befinden sich keine Wohnhäuser. Da um die fragliche Zeit das Tor zum Anwesen noch nicht verschlossen war, konnten die Täter leicht an das Wohnhaus, das ziemlich weit von der Straße entfernt steht, gelangen. Wer als Täter in Betracht kommen könnte, konnte noch nicht festgestellt werden. O. hat einen bestimmten Verdacht nicht geäußert.

Personenbeschreibung von zwei Tätern, soweit diese angegeben werden konnte, und ein Strafantrag ist angeschlossen.

Nr. 236

Rundschreiben der Kreisleitung der NSDAP Mannheim an die Kreisamtsleiter und Ortsgruppenleiter vom 26. Juli 1938 – Nr. 39/38 K/Wi – Vermerk: »Vertraulich« (GLA, Doc. center)

In den letzten Tagen ist es vor verschiedenen jüdischen Geschäften zu Ansammlungen von Volksgenossen gekommen. Bei diesen Ansammlungen sollen auch Parteigenossen und Parteigenossinnen bemerkt worden sein, die sich geäußert hätten, sie würden im Auftrage der Partei handeln.

Ich stelle hiermit eindeutig fest, daß weder von der Partei noch ihren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden Aktionen in dieser Richtung eingeleitet oder befürwortet worden sind.

Ich bitte die Ortsgruppenleiter, unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß bei derartigen Anlässen keinerlei Meinungen entstehen können, die Partei sei der Urheber der Demonstrationen gegen jüdische Geschäfte.

Auf keinen Fall darf es vorkommen, daß bei diesen Ansammlungen Parteigenossen oder Parteigenossinnen festgestellt werden können.

IV. Die antijüdischen Maßnahmen im Spiegel der Umwelt

1. DIE PRESSE

Die erhaltenen Schriftzeugnisse zur Mannheimer Presse lassen keinen Blick hinter die Kulissen zu. – Im Frühjahr 1933 drängte sich das Hakenkreuzbanner in kurzer Zeit in den Vordergrund, wobei das Verhalten des Direktors des Lessinggymnasiums dem Vordringen dieser NS-Lektüre gegenüber für das Verhalten weiter Teile der Beamtenschaft dem Nationalsozialismus gegenüber symptomatisch sein dürfte (Nr. 242).
Die Art der Nachrichtenübermittlung des Hakenkreuzbanners, insbesondere der von ihm ausgehende Terror, ist gut aus vorhergehenden Kapiteln zu ersehen, so daß hier nur wenige Erzeugnisse wiedergegeben sind. Besonderes Interesse verdient die Berichterstattung des Hakenkreuzbanners zum Verbot, jüdische Zeitungen an den Kiosken auszulegen (Nr. 248). Berücksichtigt man die Verhältnisse des totalitären Staats, so braucht das Herausstellen der jüdischen Presse keineswegs nur die Jagd nach Profit gewesen zu sein, sondern kann auch als Sympathiekundgebung einiger Zeitungsverkäufer mit den Unterdrückten gewertet werden.
Die Aufforderung des Hakenkreuzbanners an die Juden, ihre Zeitungen nicht mehr in der Öffentlichkeit zu lesen, stellt zudem eine weitere lokale, für die Juden geltende Sonderbestimmung dar. (Siehe auch Band I, S. 205 ff.)

Nr. 237
Bericht über die Familie Bensheimer in Mannheim. Dem Stadtarchiv Mannheim im Jahre 1961 von H. Gütermann übergeben (Stadtarchiv Mannheim D 9–5 B)

Die Bensheimer in Mannheim
Die drei Brüder Albert, Julius und Sigmund Bensheimer waren geborene Mannheimer, Söhne des 1863 verstorbenen Jakob Bensheimer. Dieser gründete die gleichnamige Buchhandlung, die in den 90er Jahren an den Buchhändler Carl Aletter überging und heute noch von dem ältesten Sohn auf dem Lindenhof betrieben wird. Ferner gründete Jakob Bensheimer den Verlag J. Bensheimer, spezialisiert für badisches und rheinisches Landrecht. Die Buchhandlung war vor O 3, 3 in M 1, 1 (Wannerhaus). Mannheimer Vereinsdruckerei und J. Bensheimer Verlag waren zwei handelsgesetzlich von einander unabhängige Unternehmen, vereint durch Per-

sonalunion der Inhaber und ihrer Mitarbeiter. Die Mannheimer Vereinsdruckerei, Verlag der »Neuen Badischen Landeszeitung«, war im Jahre 1856 von Johannes Schneider, dem Schöpfer des Deutschen Buchdruckereivereins, gegründet worden. Er verkaufte sie 1870 an eine Aktiengesellschaft, bestehend aus demokratischen Gesinnungsgenossen. Die Aktiengesellschaft war nicht erfolgreich, und 1876 erwarben die Brüder Sigmund und Albert Bensheimer die Zeitung. Die Druckerei pachtete später die Mannheimer Plakatsäulen, hatte sich darnach auf den Druck von Plakaten spezialisiert und druckte für die Mannheimer Stadtverwaltung, für die wachsende Mannheimer Großindustrie und Umgebung sowie für den verschwisterten Buchverlag. Die Mannheimer Vereinsdruckerei war die erste Druckerei in Mannheim, die in ihrem Betrieb Setzmaschinen, den Typograph, aufstellen ließ.

Albert Bensheimer war der kaufmännische Leiter des Unternehmens; er war Zeitungsmann und fühlte sich auch als solcher. Als großer Liebhaber der Künste mit musikalischer Veranlagung war er, wenn möglich, jeden Abend im Mannheimer Hof- und Nationaltheater in Begleitung seiner Gattin Johanna, geb. Heidenheimer, zu sehen. Auch dem Pferdesport brachte Albert Bensheimer großes Interesse entgegen. Seine immer schön gepflegten, feurigen Rappen erregten stets Bewunderung bei Pferdekennern wie bei der Bevölkerung, war es auf der Fahrt im »Landauer« zum Geschäft, in den Waldpark oder bei der Auf- und Abfahrt zu den Mannheimer Pferderennen, die er stets besuchte. Albert und Sigmund Bensheimer gehörten zu den Gründern der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik in Neckarau, deren führende Persönlichkeit ihr Schwager Friedrich Bensinger war. Als Finanzier wurde Albert Bensheimer auch in den Aufsichtsrat dieses Unternehmens gewählt.

Julius Bensheimer, der jüngste der drei Brüder, war der Praktiker in dem Betrieb. Eine temperamentvolle, energiegeladene Persönlichkeit. Er war überall, wo es galt, einzugreifen, in der Setzerei, im Maschinensaal, in der Stereotypie, in der Buchbinderei, beim Versand der Zeitungen, der Drucksachen. Keine, selbst die schwerste Arbeit war ihm zuviel. Nach der Übersiedlung des Unternehmens von O 3 nach der vom Staat erworbenen Alten Bahnpost am Kaiserring und dem Tode seines Bruders Albert mußte sich Julius Bensheimer mehr dem kaufmännischen Betrieb widmen, behielt aber dazu auch immer noch das Technische im Auge. Zuletzt gehörte er auch dem Mannheimer Bürgerausschuß als Mitglied der Demokratischen Partei an und war Lamey-Logenbruder. Sein plötzlicher Tod während des ersten Weltkrieges kam allgemein überraschend.

Sigmund Bensheimer, der älteste der drei Brüder, war wohl der bekannteste von ihnen bei der Mannheimer Bevölkerung und im politischen Leben Mannheims als demokratisches Fraktionsmitglied des Bürgerausschusses, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Er war ein sehr geschätzter Kommunalpolitiker. Seine von ihm selbst geschriebenen kommunalpolitischen Artikel in der »Neuen Badischen Landeszeitung« fanden immer größte Beachtung und Interesse. Seine Tätigkeit im Bürgerausschuß war stets getragen von dem Willen, der Stadt Mannheim und seinen Bürgern zu dienen. Wenn Sigmund Bensheimer, eine mit viel Humor und Witz begabte Person, im Bürgerausschuß das Wort ergriff, da wartete alles schon gespannt auf einen seiner Witze, für die er bekannt war. Auf solch einer Sitzung fiel auch

das in der ganzen Stadt, besonders bei der alten Generation bekannte Wort von dem »Blooe Aff«, als er bei der Beratung einer Vorlage einen Gegenstand mit einem »Blooe Aff« verglich. Und dieser Schalkname blieb dann an der »Neuen Badischen [Landes]zeitung« bis zu ihrem Eingehen hängen. Sein Hinscheiden 1897 wurde in der Mannheimer Bürgerschaft sehr bedauert, was auch in dem großen Geleit vom Trauerhaus O 3, 3 bis zur Neckarbrücke (heute Kurpfalzbrücke) deutlich zum Ausdruck kam. Mit Sigmund Bensheimer war ein waschechter »Mannemer« dahingegangen.

Alice Bensheimer, die Gattin von Julius Bensheimer, war die einzige Frau der drei Brüder, die in der Öffentlichkeit hervortrat. Sie gehörte dem Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine an und war Vorsitzende von vielen Frauenorganisationen Mannheims. Mit ihrem Tode verloren die Mannheimer wie die Frauen im ganzen Reich einen der eifrigsten Vertreter ihrer Interessen. Im Jahre 1934 segnete sie das Zeitliche; sie ruht auf dem Mannheimer israelitischen Friedhof wie die drei Brüder Albert, Julius und Sigmund. Der aus ihrer Ehe mit Julius Bensheimer hervorgegangene Dr. Ernst J. Bensheimer verstarb im Jahre 1923 im jugendlichen Alter. Johanna Bensheimer, die Gattin von Albert Bensheimer, siedelte einige Jahre nach dem Tode ihres Gatten nach Frankfurt über, von wo sie im Jahre 1942 im Alter von 86 Jahren nach Theresienstadt deportiert wurde und nach acht Tagen dort verstarb. Sie war die letzte der Mannheimer Bensheimer, aber ihr war auch das schwerste Schicksal beschieden. Wie so viele Namen Mannheimer jüdischer Bürger ist auch der der Mannheimer Bensheimer ausgelöscht.

Heinrich Gütermann, geboren im Januar 1880 in Bamberg, Neffe des Albert Bensheimer und seiner Gattin Johanna, Schwester seiner Mutter, trat nach Absolvierung des Bamberger Gymnasiums und Einjährigenjahr 1899 in das Bensheimersche Unternehmen ein. Stenograph, Korrektor, Berichterstatter, Buchhaltung, Verlag, Chefsekretär waren seine Anfangs- und Einarbeitungsposten. 1900 wurde er Feuilletonredakteur und Schauspielkritiker, 1906 Juniorchef der Firma, 1907 nach dem Tode seines Onkels Albert B. gleichberechtigter Sozius mit Julius B. Im August 1914 als Unteroffizier einberufen, stand er an der Ost- und Westfront des ersten Weltkrieges, wurde Leutnant der Landwehr bei einer Maschinengewehr-Kompanie und infolge des plötzlichen Todes von Julius B. 1917 vom Bezirksamt Mannheim für den kriegswichtigen Betrieb reklamiert. Nun lag die ganze Leitung in seinen Händen und eine große Verantwortung in den damaligen schweren Nachkriegszeiten auf seinen Schultern, die er mit einem Stab tüchtiger Mitarbeiter und seinem Organisationstalent wie Unternehmungsgeist glänzend meisterte bis zum Beginn des »Tausendjährigen Reichs«, wo er dann aus seinem, ihm so lieb gewordenen, Unternehmen ausscheiden mußte.

Zunächst ging Heinrich Gütermann an den Ausbau des Verlags J. Bensheimer. Der juristische Verlag gehörte zu den führenden seiner Art, insbesondere auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und internationalen Rechts. Er gewann als Autoren die prominentesten Persönlichkeiten dieser Wissenschaften. Leider fielen die von jüdischen Autoren verfaßten, richtungweisenden Werke dem Naziterror zum Opfer durch Verbrennen. In der Allgemeinen Verlagsanstalt München, die zu dem Mannheimer

Unternehmen gehörte, wurden mehrere dortige belletristische Verlage vereint; eine maßgebliche Beteiligung und persönliche Mitarbeit an dem italienischen Verlag Casa Editrice Apollo, Bologna, wirkte sich fruchtbar für den Austausch deutscher und italienischer Buchkultur aus.

Sein weiteres großes Interesse galt dem Ausbau und der Entwicklung der »Neuen Badischen Landeszeitung«. Sein kühner Gedanke, die »Neue Badische Landeszeitung« von der bisherigen Mittags- in eine Morgenzeitung umzuwandeln, brachte vollen Erfolg. Die Auflage stieg in kurzer Zeit rapide an und war bald die gelesenste und verbreiteste Zeitung von ganz Baden. Nachts gedruckt, kam die Zeitung in den frühen Morgenstunden mit den letzten, neuesten Nachrichten in die Hände der Abonnenten und Leser; in sämtlichen Bahnhofszeitungsständen bis nach Konstanz lag sie zum Kauf der Reisenden bereit.

Im Jahre 1922 wurde in Gemeinschaft mit der Stadtverwaltung Mannheim die Stadtreklame gegründet.

Die »Neue Badische Landeszeitung« war auch die Agentur des amtlichen Wolffschen Telegraphen-Bureaus A.-G., Berlin, die die Mannheimer und Ludwigshafener Zeitungen mit deren Material zu versorgen und selbst an das Bureau in Berlin bzw. Frankfurt/M. Berichte über politische wie wirtschaftliche Ereignisse aus dem Raume Mannheim-Ludwigshafen zu liefern hatte, bis auch dieses Bureau in Deutsches Nachrichtenbureau umgewandelt wurde. Die Feier des 75jährigen Bestehens der »Neuen Badischen Landeszeitung« im Jahre 1931 vereinte etwa 400 Betriebsangehörige im »Friedrichspark«. Die Ausdehnung des Aufgabenbereichs bedingte auch die Erweiterung des technischen Betriebs durch Aufstellung weiterer Setzmaschinen, einer zweiten Rotationsmaschine für die Zeitung und großer Reklamezeitungsbeilagen, mehrerer Tiegeldruckmaschinen, mittlerer und großer Schnellpressen sowie einiger Offsetdruckmaschinen. Die Setzerei und Druckerei mußte in Schichtbetrieb übergehen, um die vielen Aufträge prompt erledigen zu können. Auf der Höhe des Unternehmens kam das Unheil im Jahre 1933. Der Boykott der Zeitung durch die Nazis verringerte die Auflage von Monat zu Monat, die Anzeigen ließen nach, so daß keine Rentabilität mehr vorhanden war und die Betriebsleitung sich genötigt sah, das weitere Erscheinen der Zeitung einzustellen. Sämtliche städtischen und staatlichen Verträge wurden gebrochen und annulliert. Wegen des nichtarischen Inhabers mußte der Verlag 1936 an die Weidmannsche Buchhandlung in Berlin verkauft werden; diese gab ihn weiter an den Verlag Franz Vahlen, Berlin. Auch die Druckerei konnte infolge eines dauernden Boykotts nicht allein mehr bestehen. Sie mußte von dem Besitzer um einen Bruchteil ihres Wertes an einen Herrn Krug aus Leipzig, jetzt Möbelhändler in Ludwigshafen/Rh., verkauft werden. Die dann als Deutsches Druck- und Verlagshaus GmbH firmierende Druckerei ging von Krug auf die Firma Waldkirch (Hahn'sche Druckerei, Mannheimer Tageblatt) in Mannheim und von dieser vor einigen Jahren auf die Großdruckerei GmbH., Mannheim, über. Mit der Ausbootung von der Leitung, dem Eingang der Zeitung und dem Verkauf der Druckerei war das Schicksal Heinrich Gütermanns in Mannheim entschieden. Das so stolz aufgebaute, blühende Unternehmen sollte sein Lebenswerk sein, so hoffte er. Aber es war ihm leider nicht beschieden. Er ver-

ließ mit seiner Gattin, Tochter des Großkaufmanns Jacob Feitel in der Augusta-Anlage, schweren Herzens die ihnen so lieb gewordene Heimatstadt Mannheim und wanderte nach Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, aus, wo sie zusammen als Fremde unter schwierigsten Verhältnissen sich eine neue Buchhandlung, zugleich Grossist und Vertretung ausländischer Verlage, aufbauten, die bald sehr gutes Ansehen gewann. Im Schillerjahr 1955 übergab der damalige deutsche Botschafter die von der Bundesrepublik gestiftete Schiller-Medaille an Gütermann als einer Person, die sich um die Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen Uruguay und der Bundesrepublik besonders verdient gemacht habe. Die Albert-Bensheimersche Villa in L 10, zuletzt bewohnt von der Familie Gütermann, wurde ausgeplündert und durch Bomben zerstört.
Das Druck- und Verlagshaus am Kaiserring fiel feindlichen Bomben im vorderen Teil zum Opfer, das Rückgebäude, das den technischen Teil darstellte, diente zuletzt als Lager der Chemikalien-Großhandlung Andreae Noris Zahn & Co., Frankfurt/M., Filiale Mannheim. Das gesamte Gelände dient jetzt als Autoparkplatz.

Nr. 238

Bericht über die Aussprache zwischen Kreisgeschäftsführung der NSDAP und Leitung der Neuen Badischen Landeszeitung, Mannheim, vom 3. August 1933 (GLA, Doc. center)

Nach Rücksprache mit Herrn Kreisgeschäftsführer F. haben die Herren H. und Dr. R., Kreispropagandawart und Kreisgeschäftsführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes, am Donnerstag, den 3. August 1933 Herrn Knapp von der Neuen Badischen Landeszeitung aufgesucht, zwecks Klärung der Gleichschaltung des Verlages der NBL.
Der Eindruck, den ich von der ganzen Angelegenheit hatte, ist der, daß der Verlag der NBL infolge der Boykottmaßnahmen stark ins Hintertreffen geraten ist und nun versucht, durch Ausbootung des bisherigen jüdischen Mitteilhabers zu retten, was zu retten ist.
Die Übergangsverträge sind vor allen Dingen noch nicht notariell festgelegt. Deren Festlegung soll erst erfolgen. Herr Knapp will eine GmbH gründen mit einem Kapital von RM 50 000.–. Diese wird als juristische Person die Gebäude im Werte von ca. RM 600 000.– und den Maschinenpark im Werte von ca. RM 1 000 000.– von Herrn Gütermann gegen eine jährliche Pacht von DM 24 000.– pachten!! Diese Pacht ist derartig nieder, daß an der Reellität des Pachtvertrages gezweifelt werden kann. Die gesamten rechtlichen Verträge wurden im Entwurf vom Rechtsbeistand des Herrn Knapp, sowohl Herrn Oberbürgermeister Renninger, wie auch Herrn Rechtsanwalt Schüssler vom NS-Juristenbund und angeblich auch dem Reichsstatthalter Wagner vorgelegt. Herr Oberbürgermeister Renninger soll durch seinen Vertreter erklärt haben, daß, wenn die Verträge durchgeführt werden würden, die Stadtreklame weiterhin durch den Verlag der NBL betrieben werden dürfe. Herr Dr. Schüssler und die Berliner Herren der NSDAP hätten es

sehr begrüßt, wenn in irgendeiner Form der frühere rechtswissenschaftliche Verlag Bensheimer erhalten bleiben würde. Dieser Verlag soll vermutlich Deutscher Buchverlag, vorm. Bensheimer, Mannheim, als Firmenbezeichnung tragen. Herr Dr. Ley hat zugesagt, daß ein arbeitsrechtliches Blatt von diesem neuen Verlag gedruckt werden dürfe. (Die freien Gewerkschaften hatten früher zahlreiche Schriften im Verlag Bensheimer drucken lassen.)
Durch Verträge wurden uns diese Angaben nicht glaubhaft gemacht.
Herr Knapp bat, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß der Boykott gegen die NBL eingestellt werden würde, da sonst bei einer Auflösung der Firma über 250 Personen brotlos werden würden. Am stärksten wurde die NBL durch den Boykott des Mannheimer Einzelhandels getroffen.
Wir ersuchten Herrn Knapp, da uns weiter keine näheren Angaben gemacht wurden, uns die Verträge zur Einsichtnahme zu senden.
Die Kreiskampfbundleitung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es für Mannheim nur eine Zeitung, das ist das »Hakenkreuzbanner«, gibt. Nachdem wir den Einzelhandel so weit erzogen haben, daß er zu 95 % nur noch im »Hakenkreuzbanner« inseriert, können wir durch nachträgliches Abstoppen nicht den Erfolg dieses ganzen Kampfes zunichte machen.
Wir nehmen an, daß die Kreisleitung der NSDAP unseren Standpunkt billigt und die gleiche Ansicht vertritt. Wenn Herr Oberbürgermeister Renninger und Reichsstatthalter Wagner gewisse Zusicherungen gemacht haben, so dürften diese sich wohl auf den Verlag erstrecken, um die Arbeiter und Angestellten am Verdienst zu erhalten, nicht aber auf die vom Verlag Bensheimer herausgegebene NBL. Diese als Organ des Mannheimer Judentums hat zu verschwinden.
Im Laufe der Unterredung betonte Herr Knapp außerdem, daß außer dem Juden Gütermann keine jüdischen Personen im Betrieb der NBL beschäftigt seien.
Um die Durchhaltung des Verlages zu ermöglichen, hätten sich sämtliche Angestellte und Arbeiter mit beträchtlichen Gehaltsabzügen einverstanden erklärt.

Nr. 239
Neue Mannheimer Zeitung 22. Februar 1934

Arbeitsbeschaffung!
Auf Anregung des Herrn Treuhänders der Arbeit für Südwestdeutschland und unter Vorsitz des Herrn Landeskommissärs Dr. Scheffelmeier hat am 20. Februar d. J. im Bezirksamt eine Besprechung stattgefunden, die sich mit der Absicht des Verlages der »Neuen Badischen Landeszeitung« beschäftigte, das Erscheinen des genannten Blattes am 1. März 1934 einzustellen.
Da durch diesen Vorgang naturgemäß eine größere Zahl von Arbeitern und Angestellten ihre Arbeitsstätte verliert, befaßten sich die gestrigen Verhandlungen in erster Linie mit dem Problem der anderweitigen Unterbringung der Betroffenen. Es wurde vereinbart, etwa einem Drittel der in Frage kommenden Personen bei der »Neuen Mannheimer Zeitung« Beschäftigung zu geben. Dafür sollten nach

Möglichkeit die Leser der NBL auf die NMZ überführt werden. Der Verlag der »Neuen Mannheimer Zeitung« hätte die Verpflichtung gehabt, nicht nur für eine größere Zahl von Mitgliedern der Belegschaft der NBL Arbeitsstätten zu schaffen, sondern für die Überlassung der Abonnentenlisten der NBL noch eine geldliche Entschädigung zu geben.

Der oben geschilderte Vorgang gibt dem »Hakenkreuzbanner« Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

»Betrüblich bei dieser Liquidation ist lediglich, daß 150 arme Teufel auf die Straße fliegen, die der Jude Gütermann und seine Hintermänner auf dem Gewissen haben.« ... »Unsere Voraussage ist eingetroffen. Das gesunde Blut des deutschen Menschen, der gesunde politische Instinkt der Volksgenossen obsiegte gegen den Mammon des jüdischen Verlegerkapitalisten. Es wird auch gegen den Mammon der bürgerlichen Verlegerkapitalisten den Sieg davontragen. Sie werden die Erfahrung machen müssen, daß man mit lumpigen 21 000 Mark keinen ehrlichen Leser kaufen kann, der auf Gesinnung hält.«

Hierzu ist zu sagen: Daß Gesinnung keine Marktware ist, weiß die NMZ so gut wie das »Hakenkreuzbanner«. Da das HB als Sinn der Verhandlungen, die, wie oben bemerkt, unter dem Protektorat eines Vertreters der Landesregierung und des Treuhänders der Arbeit geführt worden sind, lediglich ein kapitalistisches Schachergeschäft gelten lassen will, tritt die NMZ von diesen Verhandlungen, die übrigens noch nicht zum Abschluß gekommen waren, zurück.

Es muß nunmehr dem »Hakenkreuzbanner« überlassen werden, denjenigen brotlos werdenden Buchdruckern usw. Arbeit und Brot zu geben, zu deren Übernahme die NMZ bereit gewesen wäre, trotzdem von einer zusätzlichen Arbeitsbeschaffung bei der NMZ durch das Eingehen der NBL keine Rede sein konnte.

Verlag der Neuen Mannheimer Zeitung.

Nr. 240

Auszug aus Hakenkreuzbanner 20. Januar 1932

»Wenn hier noch jemand kaltblütig zusehen kann, wie diese koschere Rasse unser deutsches Volk knechtet und aussaugt, dann verdient er tatsächlich nicht mehr den Namen Deutscher! Aber es ist ja noch nicht aller Tage Abend gewesen! Es wird eine Zeit kommen, wo man diesen unangenehmen Vertretern Jerusalems das Handwerk legen wird, und zwar gründlich im Interesse unseres Volkes! Verlaßt Euch darauf! Auf den Tag!

Und wir werden nicht ruhen noch rasten zu trommeln, bis auch der letzte deutsche Volksgenosse im Juden den Todbringer des Volkes und Staates erkannt hat. Jetzt ›handelt‹ihr noch! Morgen werden wir handeln!« HM.

Nr. 241
Auszug aus Hakenkreuzbanner 23. April 1932

»Vielleicht geht nun denjenigen, die glauben, ... ›der Jude ist doch auch ein Mensch‹... ein Licht auf. Es ist eben ein Unterschied, ob ich als anständiges Glied die menschliche Gesellschaft durch mein Vorhandensein beehre oder als Hochstapler ein jüdisches Parasitendasein führe.«

Nr. 242
a) Abschrift eines Schreibens der Vertriebsabteilung des Hakenkreuzbanners an die Direktion der Lessingschule, Mannheim, vom 13. Februar 1933 (aus Akten Lessinggymnasium III l, jetzt k)

Wir erlauben uns hiermit die höfl. Anfrage, ob wir unsere Zeitung auch in Ihrem gesch. Hause täglich in den Lehrerzimmern auflegen dürfen. Die Lieferung würden wir ebenso wie die anderen hiesigen Tageszeitungen kostenlos vornehmen.
Ihrem gefl. Bescheid sehen wir mit Interesse entgegen.

b) Anfrage der Direktion des Lessinggymnasiums, Mannheim, beim Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 15. Februar 1933 betr.: Bezug von Tageszeitungen

Angeschlossen bringe ich eine Anfrage der Zeitung »Hakenkreuzbanner« ergebenst zur Kenntnis. Es wird nur eine Tageszeitung für das Lehrerzimmer gehalten, die wir zum halben Preise beziehen, und zwar ist dies auf Wunsch des Kollegiums die »Neue Badische Landeszeitung«. Die Annahme, daß die anderen hiesigen Zeitungen Freistücke für das Lehrerzimmer liefern, trifft nicht zu.
Ich bin der Meinung, daß das Ersuchen des Hakenkreuzbanners infolgedessen abzuweisen sei, bitte aber wegen der eventuellen politischen Bedeutung der Angelegenheit das Ministerium um Stellungnahme.

c) Schreiben des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts an die Direktion des Lessinggymnasiums, Mannheim, vom 20. März 1933 – betr.: Bezug von Tageszeitungen

Es bestehen keine Bedenken, daß die Direktion das Anerbieten der Vertriebsabteilung des »Hakenkreuz-Banner« im Schreiben vom 13. Februar d. J. auf Überlassung der Zeitung »Das Hakenkreuz-Banner« zwecks Auflage im Lehrerzimmer annimmt.

d) Schreiben der Direktion des Lessinggymnasiums, Mannheim, an das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 30. März 1933 – betr.: Bezug von Tageszeitungen

Wir haben infolge der Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse das Angebot der Vertriebsabteilung des »Hakenkreuzbanners« vom 13. Februar schon mit Schreiben vom 14. März d. J. angenommen.

Nr. 243
Verfügung des Bad. Ministers des Kultus und Unterrichts – Staatskommissar – an die Direktionen der Höheren Lehranstalten vom 8. April 1933 – Nr. D 4041 – betr.: Greuelnachrichten in ausländischen Zeitungen (Akten Lessinggymnasium III l, jetzt k)

Ausländische Zeitungen, welche Greuelnachrichten über Juden- und Sozialistenverfolgungen in Deutschland gebracht haben, sind sofort abzubestellen.

Nr. 244
Hakenkreuzbanner 21. August 1933

Der ehemalige SPD-Stadtverordnete und Hetzjude Hirschler hat seinen Wohnsitz in Saarbrücken in der Mainzer Straße aufgeschlagen. Er erzählt dort Greuelmärchen und behauptet, daß die Leute gezwungen würden, in die NSDAP einzutreten, daß die Arbeiter in den Betrieben geschlagen würden und daß sich deshalb Hunderte von Deutschen aufgehängt hätten. Kommentar überflüssig.

Nr. 245
Stadtratsprotokolle vom 16. Januar 1935, S. 106 – betr.: Entlassung des Arbeiters Wilhelm Braun bei den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken

Der Arbeiter Wilhelm Braun, der seit 5. Dezember 1918 bei den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken beschäftigt war, wurde wegen seiner politischen Einstellung (erst kommunistisch, dann sozialdemokratisch) am 13. Mai 1933 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums fristlos entlassen. Auf seine Beschwerde hin hat der Landeskommissär am 13. Oktober 1933 entschieden, daß die Kündigung des Dienstverhältnisses nach dem genannten Gesetz nicht begründet ist. Am 17. Dezember 1934 wurde Braun wieder den Wasser- etc. Werken zur Wiederaufnahme der Arbeit zugewiesen, nachdem sich die Unterbringung in einem anderen städtischen Betriebe als unmöglich erwies. Bei Aufnahme der Arbeit im

Gaswerk Luzenberg kam es zwischen Braun und einem Teil der Belegschaft zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf Braun derart verprügelt wurde, daß er sich ins Krankenhaus begeben mußte. Am 5. Januar 1935 wurde Braun als geheilt aus dem Krankenhaus wieder entlassen. Heute hat er sich wieder zur Arbeitsaufnahme gemeldet. Bei dieser Gelegenheit hat Braun, wie auch bei allen früheren Vorsprachen, beim Betreten und Verlassen der Büros des Herrn Störz, der Beigeordneten Landgerichtsrat Dr. Müller und Professor Brehm sowie des Sekretariats für Arbeiterangelegenheiten es unterlassen, den deutschen Gruß, auf den sowohl auf den Treppen und Gängen, als auch in allen Büros des Rathauses durch Anschlag besonders hingewiesen wird, anzuwenden.
Bei diesem Verhalten unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß Braun sich immer noch nicht innerlich umgestellt hat, also sich im Gegensatz zur neuen Bewegung befindet und deshalb für den öffentlichen Dienst untragbar ist. Braun wurde daher durch den Beigeordneten Professor Brehm unter Hinweis auf diese Tatsache die fristlose Entlassung aus dem städtischen Dienst mündlich eröffnet.

Nr. 246
Hakenkreuzbanner 31. August 1933

Aus unserer schwarzen Mappe
Die katholische Ehefrau Bertel, des jüdischen Rechtsanwalts Florian Waldeck schlechtere Ehehälfte, kann es nicht lassen, auf die neue Regierung zu schimpfen und unverantwortlich zu stänkern. So verbreitet diese Dame seit neuestem das Märchen von dem vergifteten »Judenliebchen« aufgrund unserer berechtigten Anprangerungen. Nach unseren Informationen handelt es sich bei diesem Selbstmord um eine Liebestragödie, deren Opfer dazu noch Mischling war – also gar keine Veranlassung hatte, sich vor einer Anprangerung zu fürchten. Ihnen, Frau Bertel, aber wollen wir raten, in Zukunft die Lästerklappe schön geschlossen zu halten – andernfalls wir Ihnen Gelegenheit geben müßten, Ihre staatsfeindlichen »Vorträge« in der Frauen-Abteilung in Kislau zu popularisieren. Sie, die »deutsche« Frau eines jüdischen Rechtsanwalts, der noch das Glück hat, seine Praxis ausüben zu dürfen, hätten allen Grund, sich recht hübsch im Hintergrund zu halten. –[Es folgen weitere Anprangerungen und Drohungen kleinlichster Art.]

Nr. 247
Hakenkreuzbanner 1. Juli 1935

Ein weiterer Schritt vorwärts im Kampf gegen die Juden
Der »Stürmer«, das Kampfblatt Julius Streichers, führt den Kampf gegen die Juden mit der Schärfe, welche der Gefährlichkeit der semitischen Rasse entspricht. Der »Stürmer« ist in Mannheim an verschiedenen Plätzen zu lesen, unter anderem auch am Schaukasten des »Hakenkreuzbanner«. Ein eigener Schaukasten für den

»Stürmer« bestand jedoch bisher nicht. Nun ist vorige Woche ein solcher am Schlageterhaus aufgehängt und dieser Akt mit einer Feier verbunden worden. Die Bedeutung dieser Stunde würdigte Standartenführer Hansel in einer Ansprache. Gerade die Aufgabe der SA ist es, so führte er aus, Deutschland von artfremden Elementen rein zu erhalten. Er wies auf das gegenüberliegende Arbeitsamt hin und machte diejenigen, welche heute immer noch arbeitslos sind, darauf aufmerksam, daß sie ihre Not niemand anderem als dem Juden zu verdanken haben. Nach einem dreifachen »Sieg Heil« auf unseren Führer stimmte die zahlreiche Zuhörerschaft spontan das Horst-Wessel-Lied an. Die Standartenkapelle veranstaltete anschließend ein Platzkonzert. Es braucht kaum betont zu werden, daß der Stürmerkasten sofort von eifrigen Lesern umlagert war. vs.

Nr. 248
Hakenkreuzbanner 11. September 1935

Keine Judenblätter mehr in Zeitungsständen / Eine Anordnung des Pg. Amann / Weitere Säuberung im Pressewesen

Der Präsident der Reichspressekammer, Pg. Reichsleiter Amann, hat auf Grund des § 25 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1935 das öffentliche Anbieten und der Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften, die sich ganz oder zum Teil, sei es dem Titel oder dem Inhalte nach, an die jüdische Bevölkerung richten, verboten ist.

Damit hat der Parteigenosse Amann nicht nur einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Ausmerzung alles Jüdischen auch im öffentlichen Leben getan, sondern auch allen Nationalsozialisten und guten deutschen Volksgenossen eine Freude bereitet. Es war manchmal für viele von uns eine harte Geduldsprobe, neben den Blättern der Bewegung an den öffentlichen Zeitungsständen die jüdische Presse mit ihren gar nicht bescheidenen, ja oft polemischen Schlagzeilen sehen zu müssen.

Daneben war es oft gar nicht zu übersehen, daß gewisse Zeitungshändler, auf der Jagd nach Profit, in Städten mit starker Judenbevölkerung, diese jüdische Presse besonders herausstellten und so, geradezu würdelos, ihren Kotau vor den Fremdrassigen machten.

Das hat nun alles aufgehört. Rebekka und Moses mögen nach wie vor ihr Judenblatt lesen. Aber nun ist die deutsche Öffentlichkeit davon verschont, dieses Blatt in aufdringlicher Form immer wieder vor Augen gebracht zu bekommen. Darüber hinaus aber werden nun eine ganze Anzahl von Zeitgenossen davor bewahrt, um des Zehners aus Judenhand willen Würdelosigkeit zu demonstrieren.

In diesem Zusammenhange ist es auch wohl angebracht, den jüdischen Bevölkerungsteil selbst zur Zurückhaltung und Bescheidenheit zu mahnen. Nachdem die Judenpresse aus dem öffentlichen Handel verschwunden ist, wollen wir auch nicht mehr sehen, daß uns irgendein Jude in der Öffentlichkeit, sei es im Verkehrsmittel oder sonstwo, seine Zeitung aufdringlich unter die Nase hält; und schließlich

dürfte jetzt auch die Judenzeitung aus gewissen Lokalen, so sie überhaupt noch Wert auf deutsche Gäste legen, endgültig verschwinden.
So ist also wiederum ein Schritt vorwärts getan. Keine große einschneidende Verfügung wurde erlassen, keine Umwälzung auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet wurde verkündet.
Wohl aber der Wille des Nationalsozialismus nach Sauberkeit in allen Dingen neuerdings unterstrichen. Ein Wille, der sich manchmal zwar langsam, aber darum desto sicherer und bestimmter durchsetzt.

2. DIE KIRCHEN

Siehe auch Band I, S. 223 ff. und Sauer II, Nr. 302 und 303.

Nr. 249
a) Schreiben der Petruspfarrei, Weinheim, vom 5. April 1933 (Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe)

Sehr geehrter Herr Prälat!
Gestatten Sie bitte, daß ich mich in einer Angelegenheit, die m. E. in Ihren Zuständigkeitsbereich gehört, unmittelbar an Sie persönlich wende. Es handelt sich um folgendes: Am Montag abend kam der zu meiner Pfarrei zählende Fabrikant, Herr Walter Freudenberg, Bismarckstr. 13, Mitglied des Kirchengemeindeausschusses, zu mir in die Wohnung und richtete an mich die Frage: »Was tut die Kirche gegen die gegenwärtige Kulturschande, die Verfolgung der Juden? Hat die Kirche ein Wort dazu?« Ich verwies zunächst auf Ihren Hirtenbrief und darin insbesondere auf die Stelle, wo Sie deutlich sagen, daß wir nicht mit Menschen zu kämpfen haben und daß unsere Waffen nicht Haß und Gewalt sein dürfen, sondern die Liebe. Herr Freudenberg meinte darauf: das genüge nicht; die Kirche müsse ein konkretes Wort zu der ganzen Judenhetze sagen, und zwar müsse das von höchster Stelle und so gesagt werden, daß es weithin vernommen werden könne. Der Judenboykott sei zwar abgeblasen und werde wohl auch nicht wieder, schon aus rein wirtschaftlichen Gründen, aufgenommen werden; aber das Volk sei weithin so verhetzt, daß ein Wort der Beruhigung und der Klärung von seiten der Kirche unbedingt nötig sei. Die Kirche könne ein solches Wort um so leichter sagen, als sie durchaus positiv zu dem gegenwärtigen Staat und seiner Regierung eingestellt sei, sie könne es sagen unter voller Anerkennung des Kampfes gegen die von gewissen jüdischen Kreisen verursachten Zersetzungserscheinungen in unserem Volk und auch unter voller Anerkennung der berechtigten Seite der Rassenfrage, sie müsse es aber unbedingt sagen, weil die Judenhetze Formen angenommen habe, die unmoralisch und unchristlich seien.
Ich hatte den starken Eindruck, daß Herr Freudenberg wirklich aus rein ethischen

und christlichen Erwägungen heraus und zugleich aus einer großen Sorge um Volk und Kirche heraus seine Fragen an mich gerichtet hat. Ich habe es auch nicht als Drohung oder Druckmittel empfunden, als er nebenbei bemerkte, daß er mit einer Kirche, die dazu kein Wort fände, keine Verbindung mehr haben könne. Ich muß gestehen, daß ich, sosehr ich die nationale Erhebung begrüße, mich dem Gewicht seiner Ausführungen nicht entziehen konnte und seine große Sorge teile. Ich habe Herrn Freudenberg zugesagt, daß ich an Sie schreiben werde, um Sie zu bitten, mir mitzuteilen, was in dieser Angelegenheit geschehen ist oder geschehen kann, sei es seitens des Ev. Oberkirchenrats oder der Ev. Pressestelle oder auch des Deutschen Ev. Kirchenausschusses. Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Prälat, sehr dankbar, wenn Sie mir bald eine Antwort zugehen lassen könnten, die ich dann auch Herrn Freudenberg mitteilen dürfte.
Heute vormittag ist Herr Freudenberg nochmals bei mir gewesen und zeigte mir die Nr. 80 der Rhein-Mainischen Volkszeitung vom 4. 4. 33, in der unter der Überschrift 2. Mos. 21, 24 u. Matth. 5, 38 ff. ein katholischer Pfarrer Alois Eckert in sehr guter Weise zu der Frage Stellung genommen hat.
Indem ich Ihrer Antwort entgegensehe, grüße ich ergebenst H. Brecht, Pfr.

b) Konzept eines Antwortschreibens des Evangelischen Oberkirchenrats, Karlsruhe, vom 25. April 1933

An Herrn Pfarrer Brecht in Weinheim
Sehr geehrter Herr Kollege!
Auf Ihre Anfrage vom 5. April betr. die Judenfrage darf ich erwidern, daß der deutsche evang. Kirchenausschuß heute u. a. besonderen Problemen auch das der Juden behandelt. Von unserer Seite besteht bereits der Entwurf zu einer Veröffentlichung in dieser Sache, den wir aber noch zurückgehalten haben, bis der deutsche evang. Kirchenausschuß Stellung genommen hat.
Mit freundl. Gruß K[ühlewein]

Nr. 250
Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung der Kirchenregierung vom 7. April 1933 (Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe)

ad 5 i. Pfarrer R. bringt noch einige aktuelle Fragen zur Sprache, die nach seiner Ansicht eine grundsätzliche Stellungnahme erheischen; zunächst die Frage, wie wir uns zu den rel[igiös] sozi[alistischen] Pfarrern zu stellen haben; man müsse mit den in Betracht kommenden Herren eine grundsätzliche Aussprache herbeiführen, wie sie sich in Zukunft zur Kirche stellen wollen.
Ferner: Die Art, wie die Judenfrage behandelt wird, habe in kirchlichen Kreisen einige Aufregung hervorgerufen, namentlich wenn es sich um Leute jüdischer Abstammung handelt, die vielleicht schon seit Generationen Christen sind.
Endlich bereite auch die neue Kirchenbewegung wie sie von der Glaubensbewe-

gung »Deutsche Christen« repräsentiert wurde, weithin Unruhe, da viele Kirchenglieder darin eine Gefahr für unsere Kirche sehen.
Unsere Kirchenleitung müsse die Öffentlichkeit wissen lassen, daß sie all diesen Fragen ernsteste Beachtung schenke, zumal da in engem Zusammenhang damit auch die Frage der Selbständigkeit der Kirche stehe.
Was die Frage der Judenchristen betreffe, so müsse die Kirche klar und deutlich ihre Stellung kundgeben und der Öffentlichkeit sagen, daß sie diejenigen schützt, die zu ihr gehören. – Dem stimmt der Kirchenpräsident zu und weist überdies noch daraufhin, daß die in Betracht kommenden Leute als Steuerzahler auch noch kirchliche und rechtliche Ansprüche geltend machen können. Eine andere Frage sei die, ob hier nicht die Gesamtvertretung der deutschen evangelischen Kirchen berufen sei, mit einer Verlautbarung an die Öffentlichkeit zu treten. – Zur Judenfrage bemerkt Landeskirchenrat V., für die Kirche im 3. Reich sei es untragbar, daß sich sogar der theol[ogische] Nachwuchs z. T. aus Juden oder Halbjuden rekrutiere. Der vom Staat gegenwärtig unternommenen Abwehr des Judentums solle die Kirche nicht in den Arm fallen. Dazu erklärt der Kirchenpräsident, dem Staat habe die Kirche nichts zu sagen, aber den Leuten, die etwas von ihr erwarten, vor allem denen, die sich vom Judentum abgewandt haben und Christen geworden sind. Dem fügt Pfarrer R. hinzu, es dürfe von der Weisheit der Kirchenleitung erwartet werden, daß sie so redet, daß nach keiner Richtung hin Zweifel darüber bestehen kann, wo die Kirche steht. Dem Staat in der Judenfrage dreinzureden, hat die Kirche nach Dr. D.s Ansicht kein Recht und auch um so weniger Anlaß, als die Christen gewordenen Juden eben doch Juden seien und bleiben. Der Kirchenpräsident ist anderer Meinung; es gebe Zeiten, wo die Kirche reden m ü s s e; die Judenchristen hätten ein Recht, etwas von uns zu hören. – Auch der Rechtsreferent widerspricht Dr. D.; gewiß, biologisch betrachtet seien die Judenchristen noch Juden; aber für uns evang[elische] Christen bedeute doch die Aufnahme in die Kirche und die Annahme des Evangeliums eine innere Umwandlung. Wenn wir für Judenchristen eintreten, so treten wir nicht für das Judentum ein, sondern für Glieder unserer Kirche, die ein Wort des Verständnisses und des Trostes von ihrer Kirche erwarten dürfen. – Da eine Aussprache über die neue Kirchenbewegung nicht stattfindet, wird die Debatte geschlossen.

Nr. 251
Ausschnitt aus der Niederschrift über die Sitzung des Deutsch-evang. Kirchenausschusses in Berlin am 26. April 1933 (Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe)

Auf der Tagesordnung steht die Behandlung der Judenfrage.
Den Teilnehmern liegt anliegender Abdruck einer von theologischer Seite zur Verfügung gestellten Privatarbeit »Die Kirche und die Judenfrage in Deutschland« vor, ferner eine ebenfalls anliegende seitens der badischen evangelischen Landeskirche zur Verfügung gestellte Ausarbeitung »Die evangelische Kirche und ihre Judenchristen«...

Kirchenpräsident D. Wurth legt an Hand der Anlage 3 den Standpunkt der badischen Landeskirche dar. In Baden habe man sich gefragt, was die Kirche innerhalb ihres kirchlichen Bereichs zu tun und ob sie nicht ihren evangelischen Judenchristen etwas zu sagen habe. Einerseits stehe man vor der Tatsache, daß eine Überfremdung fürchterlicher Art in einzelnen Berufen eingesetzt habe; andererseits würden hier Elemente, die den christlichen Glauben angenommen haben, aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen. Innerhalb ihres Bereichs könne die Kirche vielleicht zum Ausdruck bringen, wie in dem Entwurf geschehen sei, daß die Judenchristen unsere Brüder seien und Anspruch auf das Neue Testament hätten. Es bestehe aber das Bedenken, daß einzelne Sätze des Entwurfs, aus dem Zusammenhang gerissen, gegen die Kirche verwendet werden können. So hätte man die Erklärung nicht herausgegeben. Es wäre aber immerhin die Frage, ob man nicht Einzelnen, die kämen, im Sinne der Erklärung antworten könne.

Anlage 3: Die evangelische Kirche und ihre Judenchristen

Seit dem Turmbau zu Babel bestehen zwischen den Völkern und Rassen starke Spannungen, die nur zu oft zerreißen. Dafür legt die ganze Weltgeschichte ein erschütterndes Zeugnis ab. Unter blutigen und von Jahrhundert zu Jahrhundert sich wiederholenden Kämpfen sucht sich eine Rasse gegen die andere zu behaupten und freien Lebensraum für sich zu schaffen.

Auch unser deutsches Volk ist von alters her in solch erbittertes Ringen um die Erhaltung seiner Eigenart gestoßen worden. Ungarn und Slaven, Polen und Litauer haben die Deutschen allzeit gehaßt und bis aufs Blut bekämpft. Der Raub des deutschen Domes in Riga, das unermeßliche Märtyrerblut der Deutschen in Rußland, das gegen Himmel schreiende Unrecht, das dort an unsern Brüdern geschieht, die Haßpropaganda wider unsere Deutschen von Prag bis Memel schafft eine Geschichte unserer deutschen Nation, die mit Blut und Tränen gezeichnet ist.

Und auch im Innern unseres Reiches entstanden durch Überfremdung mit nichtdeutschen und andersrassigen Elementen jeweils starke Spannungen, die von Zeit zu Zeit stürmische Volksbewegungen auslösen und zu gewaltsamer Verdrängung oder Niederhaltung solcher artfremden Einschläge führten. Eben dies geschieht auch heute wieder in unserem Vaterland zu Selbstschutz und Erhaltung der eigenen Art. Daß dies nicht möglich ist ohne harte Maßnahmen, haben hunderttausende von Deutschen bitter genug erfahren, als sie infolge des Weltkrieges aus allen Erdteilen, auch von evangelischen Völkern mit brutaler Rücksichtslosigkeit unter Beraubung ihres Vermögens und Vernichtung ihrer Existenz nur um ihres Deutschseins willen in unser Vaterland zurückgejagt wurden. Das Urteil des Neuen Testaments darüber lautet: »Eine Welt voll Ungerechtigkeit« (Jac. 3, 6).

Von den augenblicklichen Maßnahmen des Staates gegen eine Überfremdung, die in einzelnen Berufsständen völlig unerträglich geworden ist, werden nun aber auch Angehörige unserer evangelischen Kirche selbst betroffen. Männer und Frauen jüdischer Abstammung haben vor Jahren unseren evangelischen Glauben angenommen. Ihnen und ihren Kindern wird nun, von rückwärts bis ins dritte Geschlecht gerechnet, die bisherige Gleichberechtigung in allen Dingen mit ihren deutschen

Volksgenossen entzogen und sie werden künftig den Angehörigen mosaischen Glaubens jüdischer Rasse, von denen sie sich ja getrennt haben, gleich gewertet.
In ihrer begreiflichen Trübsal fragen sie nach einem Wort unserer, ihrer Kirche und deren Schweigen wäre ihnen unverständlich. Unsere evangelische Kirche ist auch reich für alle, die in Not irgend welcher Art sind[1]. Sie darf und muß unseren jüdischen Glaubensgenossen und ihren christlichen Kindern sagen: Für die evangelische Kirche bleibt das Gebot der Liebe zum Nächsten und zu den Brüdern unantastbar. Davon wird unsere Kirche nicht weichen. Solche Liebe haben wir auch an den fremdstämmigen evangelischen Brüdern zu betätigen. Des sollen diese auch stets gewiß und getrost sein.
Rechtliche Ansprüche vermag unsere evangelische Kirche ihnen freilich nicht zu verbürgen; aber innerhalb ihres eigenen Bereiches wird unsere Kirche diesen ihren Gliedern, die willens sind, sich auch volks- und stammesmäßig in das deutsche Wesen einzuleben, die unverkürzte brüderliche Liebe und Barmherzigkeit entgegenbringen. Die Kirche erwartet dabei allerdings, daß diese unsere fremdstämmigen Glaubensbrüder und -schwestern ernstlich versuchen, die ihnen von ihren Vätern her angeborenen deutschfremden Eigenschaften abzulegen, sich unserem Volkstum einzugliedern und sich im öffentlichen Leben einer weisen Zurückhaltung zu befleißigen, damit die Ausübung der brüderlichen Liebe nicht gehindert und die vorhandene Lebens- und Glaubensgemeinschaft nicht erschwert oder gestört werde.
Verbunden im selben Glauben an unseren gekreuzigten und auferstandenen Herrn

---

[1] Ein Fall aus der Praxis: Eine Mannheimer Pfarrwitwe, die in Wiesbaden im Ruhestand lebte, zählte nach den Gesetzen des NS-Staats als Jüdin. Da ihre Ehe kinderlos geblieben war, war sie verpflichtet, den Judenstern zu tragen. Bereits im April 1940 geriet sie in Konflikt mit der dem Reichskirchenminister unterstehenden Finanzabteilung des Evangelischen Oberkirchenrats in Karlsruhe, weil sie eine Eingabe an die Kirchenkasse »Mit deutschem Gruß« statt mit dem Zwangsvornamen »Sara« unterzeichnet hatte. Ende November 1941 wandte sich die bedrängte Pfarrwitwe direkt an den Landesbischof in Karlsruhe und bat, daß man beim Reichsinnenminister Frick (unter Hinweis auf die 40jährige Dienstzeit ihres Mannes) für sie eine Ausnahme von den antijüdischen Gesetzen erwirken möge. Die vom 2. Dezember 1941 herrührende Antwort aus Karlsruhe lautete: »Bei der strengen Handhabung des Gesetzes über die Nichtarier hält es der Oberkirchenrat für völlig aussichtslos, in Ihrer Sache sich an den Reichsinnenminister zu wenden. Das Gesetz betrifft eben die Rasse und nimmt auf konfessionelle Verhältnisse keine Rücksicht. So sehr wir die schwere Lage, in der Sie sich befinden, bedauern und an dem besonderen Mißgeschick teilnehmen, das Sie betrifft, bin ich leider nicht in der Lage, in diesem Fall Schritte für Sie zu unternehmen.« Auch der Bischof i. R. Kortheuer, Vorsitzender des Evangelischen Vereins für Innere Mission in Nassau, wandte sich an den Badischen Landesbischof. Doch auch ihm teilte dieser mit, daß er jeden Schritt für aussichtslos halte.
Am 23. Mai 1942 schrieb der Verein für Innere Mission in Nassau nach Karlsruhe, daß Frau H. »heute vormittag, ohne Angabe eines Ziels abtransportiert worden« sei. Als aktenmäßig feststellbare Reaktion auf die Deportation der Pfarrwitwe, der wegen der nachfolgenden Ermordung keine Ruhestandsbezüge mehr überwiesen werden mußten, findet sich in ihren Personalakten folgender Eintrag der Finanzabteilung des Evangelischen Oberkirchenrats: »Im Hinblick darauf, daß die Pfarrwitwe H. am 23. Mai 1942 wohl nach Polen abtransportiert worden ist, wird zunächst von Weiterungen abgesehen. Sollte jedoch die Pfarrwitwe H. nochmals an die Evangelische Landeskirchenkasse unter Weglassung des Vornamens Sarah schreiben, so wolle die Landeskirchenkasse nochmals berichten.«

und Heiland und in gleich treuem Bekenntnis zu unserer Reformationskirche seien alle Mühseligen und Beladenen unserer Landeskirche herzlich gegrüßt mit dem apostolischen Gruß: Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des heiligen Geistes sei mit euch allen!

Nr. 252

Verfügung des Bad. Ministers des Kultus und Unterrichts an das Stadtschulamt Mannheim vom 26. Oktober 1938 – Nr. B 38449 – betr: Biblische Geschichte – (Akten Lessinggymnasium XIV b1 Lehrmittel 2. Teil, 4. 3. 38–12. 8. 47)

Bei der im Herder'schen Verlag erschienenen katholischen »Neuen Biblischen Geschichte« handelt es sich um eine Neubearbeitung. Nach einem Erlaß des Reichserziehungsministeriums dürfen aber neue Lehrbücher auch im Religionsunterricht bis auf eine entsprechende andere Anordnung im Einzelfall nicht mehr eingeführt werden.

Im Gegensatz dazu ist die »Biblische Geschichte« für die evangelisch-protestantische Kirche in Baden vom Jahre 1936 nur eine Neuauflage; sie fällt daher nicht unter das Verbot der Einführung neuer Lehrbücher. Allerdings bestehen auch gegen diese »Biblische Geschichte« – insbesondere gegen das in ihr enthaltene »Alte Testament« – allerernste Bedenken, so daß die Weiterbenützung an sich, worauf ich die Kirchenbehörde schon wiederholt aufmerksam gemacht habe, kaum mehr vertretbar erscheint.

Der Herr Landesbischof der evangelisch-protestantischen Landeskirche hat sich bereits unterm 15. März d. J. damit einverstanden erklärt, daß die Geschichte Nr. 13 »Jesus und die Samariterin« künftig ohne den beanstandeten Satz »Denn das Heil kommt von den Juden« durchgenommen werden soll. Es sollte daher veranlaßt werden, daß der genannte Satz in den in der Schule zur Verwendung kommenden »Biblischen Geschichten« gestrichen wird, damit auch die Gefahr einer Behandlung dieses Satzes im Unterricht nicht mehr besteht.

Ich ersuche, hierwegen das Weitere zu veranlassen.

Nr. 253

Auszug aus einem Bericht von Peter Purfürst, der als Schüler in Mannheim die Judenverfolgung miterlebte – verfaßt am 8. Juli 1967 (Stadtarchiv Mannheim D 9–3 P)

Als Bibelersatz für den Religionsunterricht gab es im Dritten Reich eine Auswahl zusammengefaßter biblischer Geschichten, wobei das Neue Testament im Religionsunterricht den Vorzug hatte. Der damalige Rektor in der Luisenschule, ein »Religionslehrer mit Parteiabzeichen«, befahl eines Tages, bestimmte Zeilen aus dem »Biblischgeschichtenbuch« mit Tinte dick auszustreichen, und achtete genau darauf, daß jeder dem nachkam.

Nr. 254

Auszug aus einem Vortrag von Karl Barth, gehalten am 5. Dezember 1938 in der Kirchengemeinde Wipkingen vor der Versammlung des »Schweizerischen evangelischen Hilfswerkes für die Bekennende Kirche«. Diese vom evang. Pfarrkandidaten Ernst Leopold Münz verbreitete Rede zeigt u. a. die Bedeutung der von Goebbels inszenierten Novemberpogrome (Staatsanwaltschaft Mannheim-Sondergericht – So KMs 93/39; dieser Auszug des Vortrags wurde in die Anklageschrift gegen Münz übernommen).

1. Ist es nicht Tatsache, daß der Nationalsozialismus seine Herrschaft in Deutschland auf eine der größten, weil bewußtesten Betrügereien der Weltgeschichte begründet hat – auf eine Betrügerei, wie sie m. W. nun doch weder am Anfang der englischen noch dem der französischen Revolution zu finden ist – nämlich auf den wie man heute wissen kann (vgl. Hermann Rauschning »Die Revolution des Nihilismus«, Europaverlag Zürich – New York, S. 74; Der Reichstagsbrand, von Parteimitgliedern auf Befehl deutscher Minister zu politischen Zwecken angelegt, ist das weitleuchtende Beispiel einer allgemein gültigen Methode. Der das schreibt, weiß, was er schreibt, er war 1933 selber führender Nazi.), von den Nazis selber veranstalteten Reichstagsbrand, aufgrund dessen die Presse und politische Arbeit der Opposition unterdrückt und jene knappe »nationale« Mehrheit bei der Reichstagswahl 1933 erzielt wurde, aus der dann wieder mit Tücke und Gewalt die NS-Alleinherrschaft hervorging?
2. Ist es nicht Tatsache, daß der NS heute in Deutschland selbst nur noch von einer verhältnismäßig kleinen Clique aktiv gewollt und vertreten wird und als Vertretung und Regierung des Deutschen Volkes nur darum handeln kann, weil er es verstanden hat und versteht, die Stimme des übrigen, man darf wohl sagen, des wirklichen deutschen Volkes durch seine Pressepolitik, durch notorisch gefälschte Abstimmungen, durch einen das Leben der ganzen Nation ständig regulierenden Terror stumm und unwirksam zu machen?
3. Ist es nicht Tatsache, daß im Bereich des NS kein Mensch an keinem Ort und Tag sicher ist davor, ohne Anklage, Verhör, Kontrolle und Appellation von Instanzen ohne öffentliche Verantwortlichkeit, oder auch einfach von aufgeregten Scharen unlegitimierter angeblicher Vertreter des »Volksgemütes« verhaftet, gefangen gesetzt, gefoltert, getötet und schließlich als Inhalt einer Aschenurne seiner Familie zurückgegeben zu werden? ...
Hat es einen Sinn, dagegen zu halten, daß es im Bereich des NS doch auch Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Winterhilfe, K.d.F., Autostraßen und dgl. gebe? Ich frage: Was ändert das (auch wenn zu dem allem nicht so viel zu sagen wäre, wie es der Fall ist) an den in den genannten Beispielen nur eben angedeuteten Grundzügen der Sache? Dieser Betrug, diese Unfreiheit, diese grundsätzliche Rechtlosigkeit – genügt das alles etwa nicht? Genügt nicht ganz für sich die Figur des Hohepriesters, des großen danielischen Maules im Ministerium des nationalsozialistischen Wortes: Eines Redners, wie er nun doch auch in der an Reden so reichen Geschichte

der europäischen Politik so auffallend redend noch nicht so bald dagewesen sein dürfte – genügte nicht einzig und allein diese Figur zu der ruhigen Feststellung, dieser Staat besteht in der Auflösung des rechten Staates, dieser Staat ist die durch Tyrannei temperierte Anarchie oder die durch Anarchie temperierte Tyrannei, aber gerade kein Staat? Oder eben Staat gerade nur noch insofern, als er in einigen Restbeständen noch nicht NS ist? ...

... hinsichtlich des obrigkeitlichen NS dürfen und sollen die Christen in Deutschland und in der ganzen Welt allen Ernstes das beten, was nach der alten Baseler Liturgie bis ins 19. Jahrhundert hinein gebetet worden ist: »Zerstöre die Bollwerke des falschen Propheten Mohamet!« ...

Nr. 255

a) Fragebogen, der von den badischen Pfarrkandidaten vor der Übernahme in den Dienst der Landeskirche ausgefüllt werden mußte (Privatbesitz Professor Dr. Philipp Vielhauer)

Erklärung des cand. theol.... in... über seine arische Abstammung, seine Zugehörigkeit zur NSDAP und über sein Militärverhältnis.

a) 1) Sind Sie arischer Abstammung im Sinne der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. 4. 1933 (RGBl. I S. 195) zu § 3, Nr. 2 Abs. 1? . . . . . .

2) Wodurch ist Ihre und Ihrer Ehefrau deutschblütige Abstammung nachgewiesen? . . . . . .

b) 1) Sind Sie Mitglied der NSDAP? . . . . . .

2) Seit wann? . . . . . .

3) Mitgliedsnummer: . . . . . .

4) Ämter in der Partei: . . . . . .

5) Dienstrang und Führerstelle in der SA, SS, NSKK, HJ, usw. (Angabe des Sturmes usw.) . . . . . .

c) Militärverhältnis: . . . . . .

d) Welchen politischen Parteien und Verbänden haben Sie früher angehört und wielange? (Ämter?) . . . . . .

e) Haben Sie einer Loge angehört? (Ämter?) . . . . . .

f) Haben Sie vor dem 30. 1. 1933 staatsfeindlichen Organisationen angehört? . . . . . .

g) Angaben über Strafen
1) der ordentlichen Gerichte . . . . . .
2) der Parteigerichte . . . . . .

h) Angabe der Wohnungen seit 1. 1. 1932 und Dauer des Bewohnens derselben: . . . . . .

Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen gemacht habe. Ich weiß, daß ich bei wissentlich falschen Angaben die fristlose Entlassung, die Anfechtung der Anstellung oder ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen habe.

. . . . . ., den . . . . . 19[39]

. . . . . .
(Unterschrift)

b) Erklärung, die von den badischen Pfarrkandidaten vor ihrer Übernahme in den Dienst der Badischen Landeskirche abgegeben werden mußte

Ich erkläre, daß ich vorbehaltlos auf dem Boden des nationalsozialistischen Staates stehe und daß ich alle Anordnungen des Herrn Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten in Beziehung auf die Deutsche Evang. Kirche und die Evang. Landeskirchen, insbesondere die Fünfzehnte und Siebzehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evang. Kirche anerkenne und befolgen werde.
Ich bin mir bewußt, daß ich aufgrund dieser Erklärung gehalten bin, mich von allen Unternehmungen fernzuhalten, durch welche ich mich in Widerspruch zu meiner eigenen Erklärung setzen werde und daß die Voraussetzungen meiner Verwendung im Dienste der Bad. Evang. Landeskirche hinfällig werden, wenn ich entgegen dieser Erklärung handle.

. . . . . ., den . . . . . 19[39]

. . . . . .
(Unterschrift)

Nr. 256
Badischer Beobachter 1. Juli 1933

Erlaß des Erzbischofs

Der Herr Erzbischof hat folgenden Erlaß an den Seelsorgsklerus der Erzdiözese gerichtet:

»Die Ausübung des Predigt- und katechetischen Amtes stellt an die Seelsorger in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, erhöhte Anforderungen. Sie werden zwar auch jetzt die katholische Lehre in ihrer vollen Integrität vortragen, dabei aber diejenigen Wahrheiten besonders betonen, welche zur Erhaltung des Friedens und der Einigkeit, zur Stärkung der staatlichen Autorität und zur seelischen Aufrichtung unseres Volkes geeignet sind. Im Interesse der Seelsorger selbst und der Kirche sehen wir uns weiter zu der mahnenden Weisung veranlaßt, in Predigt, Christenlehre und Religionsunterricht sowie in der Vereinstätigkeit und privaten Aussprache alles zu vermeiden, was als Kritik der leitenden Persönlichkeiten in Staat und Gemeinden oder der von ihnen vertretenen staatspolitischen Anschauungen ausgelegt werden könnte.«

Nr. 257
a) Empfehlungsschreiben von Pfarrer C. Spinner, Mannheim, für Familie Alperowitz vom 26. August 1938 (Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg)

Der Überbringer dieses Schreibens muß auswandern, und zwar will er nach Holland. Hierzu braucht er Förderung und Empfehlung durch den Herrn Erzbischof und durch den Vorsitzenden des Caritasverbandes Deutschlands h. H. Prälaten Dr. Kreutz. Ich bitte Dich, den Herrn Heinrich Alperowitz, der mit seiner Familie zu meiner Pfarrei gehört, dem h. Herrn Erzbischof vorzustellen und ihm die Wege zu h. Herrn Präl. Dr. Jauch und Dr. Kreutz zu bahnen. Herr A. ist mit seiner Familie kath., hat einen Sohn, er selber ist von Abstammung nichtarisch. Da nach der allgemeinen Lage die Sache für Herrn Alperowitz brennend wird, bitte ich Dich und durch Dich die betr. hochw. Herrn, daß man sich um die Familie recht annimmt. Herr Alperowitz und seine Familie ist sehr gut. Sie kann unbedenklich nach Holland empfohlen werden. Ich kann nur das beste Zeugnis ausstellen nach jeder Richtung.

In der Hoffnung, daß Deine Bemühungen von baldigem Erfolg gekrönt sein werden, grüßt Dich Dein Bruder

b) Empfehlungsschreiben des Erzbischofs von Freiburg für Familie Alperowitz vom 21. September 1938

Empfehlung

Herr Heinrich Alperowitz aus Frankfurt/Main beabsichtigt, Deutschland zu verlassen und sich in Holland niederzulassen. Auf Ersuchen bescheinige ich hiermit, daß Herr H. Alperowitz seit fast 40 Jahren getauft ist und der katholischen

Kirche angehört. Seine Frau und sein Sohn sind gleichfalls katholisch. Die Familie Alperowitz hat sich rege am katholischen Leben der Stadt Mannheim beteiligt und ihre religiösen Pflichten gewissenhaft erfüllt. Herr Alperowitz verdient es, nachdem er seine kaufmännische Stelle in Mannheim verloren hat und in Deutschland keine Beschäftigung in seinem Beruf mehr finden kann, daß er bei katholischen Glaubensgenossen die Hilfe erfährt, die ihm zur Erlangung einer neuen Berufsstellung notwendig und nützlich ist.

Nr. 258

a) Schreiben des Erzbischofs von Freiburg an Padre Mathias Kraus, Buenos Aires, vom 29. Dezember 1938
(Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg)

Hochwürdiger, sehr verehrter Herr Pater!
Vom St. Raphaelsverein in Hamburg 1, Große Allee 42, erfahre ich, daß sich Se. Eminenz, der Hochwürdigste Herr Kardinalstaatssekretär Pacelli, an den Hochwürdigsten Herrn Kardinal Copello in Buenos Aires gewandt habe mit der Bitte, zur raschen Unterbringung nichtarischer deutscher Katholiken in Argentinien möglichst rasch ein katholisches Hilfs-Komitee in Buenos Aires zu gründen und daß der Herr Kardinal Copello Sie, Hochwürdiger Herr Pater, mit dieser Aufgabe betraut habe. Diese Tatsache gibt mir Veranlassung, mich in einem dringenden Fall der Auswanderungshilfe vertrauensvoll an Sie zu wenden. Es handelt sich um die Eheleute Fritz Rosenfeld, Rechtsanwalt, geb. 13. 10. 1877 in Mannheim, und seine Ehefrau Margarita Rosenfeld, geb. Hammel, geb. 16. 8. 88 in Dreibrunnen i. Elsaß, beide nichtarischer Abstammung, beide katholisch getauft und getraut. Die beiden Eheleute sind in der Lage, die erforderlichen Mittel der Auswanderung gut aufzubringen. Den nachzuweisenden Geldbetrag, dessen Höhe nach dem Stand der Einreisenden von der argentinischen Einwanderungsbehörde festgesetzt wird und in der Einreisegenehmigung vermerkt ist, wird Herr Rosenfeld nach seiner Ausreise durch Verwandte im Ausland zur Verfügung gestellt erhalten. Er verfügt über persönliche Beziehungen zu einem seit 20 Jahren in Argentinien ansässigen Reichsdeutschen, welcher mit Herrn Pater Holzer gut bekannt ist. Rosenfeld besitzt englische und französische Sprachkenntnisse. Seine Frau beabsichtigt, eine kleine Pension zu eröffnen.
Nun möchte ich Sie, Hochwürdiger Herr Pater, dringend ersuchen, für die beiden Eheleute Fritz Rosenfeld bei der Einwanderungsbehörde in Buenos Aires die Einreisegenehmigung zu beschaffen. Ich zweifle nicht daran, daß sich die beiden Eheleute Rosenfeld, die fleißig und sparsam sind, in Argentinien ehrlich und redlich durchbringen könnten.
In Deutschland gibt es rund 250 000 nichtarische Christen. Es ist uns eine große Sorge, für diese draußen in der Welt mit Hilfe der katholischen Glaubensbrüder eine neue Existenz zu beschaffen. Wir deutschen Bischöfe würden es deshalb sehr begrüßen und wären Seiner Eminenz, dem Kardinal Copello in Buenos Aires, zu großem Dank verpflichtet, wenn durch seine Förderung das Katholische Hilfs-

Komitee für Unterbringung nichtarischer Katholiken recht bald in Aktion treten könnte. Ich wäre zu großem Danke verpflichtet, wenn Sie mir bezüglich der Eheleute Fritz Rosenfeld recht bald eine günstige Nachricht zukommen lassen könnten. Falls noch weitere Erfordernisse zur Erlangung des Visums notwendig wären, bin ich gern bereit, das Nötige hierzu zu veranlassen.

b) Schreiben des Erzbischofs von Freiburg an den Apostolischen Nuntius vom 24. Oktober 1940

Exzellenz, Hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius!

Ew. Exzellenz wird von den Ereignissen der letzten Tage, die Juden betr., gehört haben. Mich als katholischen Bischof hat es vor allem geschmerzt, daß eine große Anzahl katholischer Juden genötigt worden ist, Haus und Stellung zu verlassen, um mit 50 Pfund beweglichen Eigentums und 100.– RM Geld einem unsicheren Schicksal in der Ferne entgegenzugehen. Es handelt sich bei diesen sehr häufig um lobenswert praktizierende Katholiken, die sich durch mich an den Heiligen Vater wenden, damit er, soweit es ihm möglich ist, ihr Los ändere oder wenigstens verbessere. Ich entspreche diesem Wunsche um so eher, als es sich um eine pflichtgemäße Fürsprache des Diözesanbischofs handelt, und ich ersuche Ew. Exzellenz dringend, den Hl. Stuhl von dem Schicksal dieser katholischen Christen zu unterrichten. Ich bitte Ew. Exzellenz auch persönlich Ihren diplomatischen Einfluß geltend zu machen.

Mit dem Ausdruck meiner ganz besonderen Verehrung und Dankbarkeit Ew. Exzellenz treu ergebener

gez.: Gröber
Erzbischof.

c) Schreiben des Prälaten Dr. Kreutz, Freiburg, an den Erzbischof von Freiburg vom 26. Oktober 1940

Ew. Exzellenz bestätige ich den Eingang des Briefes. Morgen, im Laufe des Sonntags, wird Herr Dr. Becker, der Statistiker des Werthmannhauses, der heute morgen nach Freiburg zurückgereist ist, Ew. Exzellenz nähere Einzelheiten über die in Frage stehende Evakuation, die nur Baden und die Bayer. Pfalz betrifft, bringen. Ich habe ihn angewiesen, möglichst bald im Laufe des Sonntags bei Ew. Exzellenz um eine Unterredung zu bitten. Mit Herrn Dr. Engelhardt, dem Leiter der Caritas-Reichsstelle für nichtarische Katholiken (Postanschrift: Caritas-Reichsstelle, Berlin C 2, Niederwallstraße 11) habe ich wiederholt über den Ernst der Lage gesprochen. Er hat auch bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die die offizielle Vertretung der Juden auch der Regierung gegenüber ist, in meinem Namen die nötige Auskunft eingeholt. Leider konnte er auch nicht viel mehr erfahren, als ich bereits Herrn Dr. Becker mitgeteilt habe. Als Ziel der Reise wird von den Behörden im allgemeinen die Stadt Lyon angegeben. Die rassischen Mischehen (ein Eheteil Jude, der andere Teil Arier) sind nicht betroffen, d. h. sie können hier bleiben.

Ich war gestern auch im Reichsministerium des Innern. Nach den mir dort gewordenen Auskünften scheint es sich lediglich um eine Angelegenheit des Herrn Gauleiters Wagner zu handeln. Im Ministerium weiß man nichts, man war auch sehr überrascht, zumal im Februar ein ähnliches Vorgehen des Gauleiters in Stettin zu einer grundsätzlichen Ablehnung seitens des Herrn Reichsministers des Innern geführt hat. Etwaige Schritte zur Linderung der Not müßten unmittelbar beim Herrn Reichsstatthalter unternommen werden als dem Träger der Aktion. Ob das Reichssicherheits-Hauptamt in Berlin (Gestapo) sich einschalten wird, wie es damals in Stettin war, konnte ich bis jetzt noch nicht feststellen. Man hofft aber, bis Montag oder Dienstag die Entschließungen dieser Behörde zu erfahren. Ein längerer Aufenthalt in einem Transitlager scheint nicht geplant zu sein. Man müßte also den nichtarischen Katholiken vielleicht über den H. H. Bischof von Lyon eine Hilfe zuteil werden lassen.
Sobald ich Näheres weiß, gebe ich weitere Mitteilung. Es dürfte sich meiner Ansicht nach empfehlen, daß Ew. Exzellenz telefonisch mit der entsprechenden Stelle beim Reichsstatthalter sich in Verbindung setzen.
Handschriftlicher Vermerk des Erzbischöflichen Ordinariats vom 30. Oktober 1940:
Der Herr Erb. hat bereits mit Lyon Verbindung gesucht. Vorerst Z. d. A.

Nr. 259
Schreiben des Erzbischofs von Freiburg an den Apostolischen Nuntius vom 5. November 1940
(Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg)

Exzellenz, Hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius!
Im folgenden beehre ich mich, Ew. Exzellenz die Bitte zu unterbreiten, sich der nichtarischen Christen wegen an den Hl. Stuhl zu wenden. Im Verlauf des letzten Monats wurden viele Nichtarier, darunter brave Katholiken aus Baden und der Pfalz in einer plötzlichen Aktion fortgeschafft. Es wurde ihnen erlaubt, 100 Mark an Geld und 50 Pfd. bewegliches Gut mitzunehmen. Die Folge davon war, daß sich nicht wenige der zu Deportierenden das Leben nahm. Andere, namentlich auch katholische Nichtarier, befinden sich jetzt in bitterer Not. Wie mir gestern zuverlässig mitgeteilt worden ist, wurden sie in ein vorher von spanischen Rotfrontisten belegtes Lager 30 km von Toulouse in der Nähe von Pau untergebracht. Ich wollte mich an den Herrn Erzbischof von Toulouse wenden, ich unterließ es aber, weil der Briefverkehr mit dem unbesetzten Frankreich großen Schwierigkeiten begegnet. Es scheint mir, daß nur durch die Vermittlung des Hl. Stuhles eine Unterstützung und Besserung der Lage der katholischen Nichtarier erreichbar ist. Diese vertrauen auch auf die Hilfe des Hl. Vaters und würden in einer Aktion zu ihren Gunsten eine wesentliche Stärkung ihres Glaubens und katholischen Gemeinschaftsgefühls erblicken. Ich unterbreite Ew. Exzellenz diese Bitte sowohl aus persönlichem Interesse als auch, weil nichtkatholische Christen, erschüttert durch das Los der Deportierten, mich zu einem Schritt beim Hl. Stuhl veranlassen.

Nr. 260
St. Konradsblatt Nr. 16, 25. Jg., Karlsruhe, 20. April 1941

Zum Geburtstag des Führers / 20. April

Die Geschichte wird gemacht; sie ist kein Zufall, kein zufälliges Spiel von Kräften, schon gar nicht rein von wirtschaftlichen Kräften, wie es in gewesenen Jahrzehnten ohne Scham behauptet werden konnte. Sie wird gemacht und aufgestoßen, wenn sie festgefahren ist, von Bewegungen und Männern. Dann beginnt ein Neues. In einem solchen Augenblick der Geschichte stehen wir und steht Adolf Hitler, der als Führer des deutschen Volkes dessen eigenes inneres Schicksal aufgestoßen und es zur Einheit zusammengeschweißt, und der dann dessen äußeres Schicksal aufgerissen hat, um die blutenden Wunden von 1918 wieder gut zu machen. Daraus ist er zum Schicksal unseres Erdteils, Europas, geworden, eines neuen Europas, einer neuen Denkweise und Haltung der Völker unseres Kontinents. Als letztes Beispiel sei angeführt, daß Frankreich nach deutschem Muster eben den 1. Mai als Tag der nationalen Arbeit eingeführt hat! Nicht nur das deutsche Volk, die Völker Europas erfahren durch ihn die deutsche Führerberufung in diesem Erdteil, die zerstreuten deutschen Bluts- und Volkssplitter zieht er wie ein Magnet in den alten deutschen Raum. Diese Geschichte entfiel der Hand Gottes nicht zufällig, gleichsam in einem unbewachten Augenblick, wie der Buddhismus meint. Sie ist in seiner Hand! Groß ist Aufgabe, Berufung und Verantwortung des Führers. Daß er sie erfülle und zu Ende führe, einer glücklichen, großen Zukunft des deutschen Volkes entgegen, ist der heiße Wunsch des deutschen Volkes an diesem Geburtstage. Die christliche Liturgie besitzt sozusagen von Amts wegen das Gebet für die Obrigkeit. Sie kennt Größe und Schwere der Verantwortung des Führungsberufes und lehrt das Volk, um seinetwillen zu Jenem zu beten, der die Geschichte und Geschicke in jedem Augenblick in seiner Hand behält.

3. VERHALTEN DER BEVÖLKERUNG

Siehe auch Band I, S. 228 ff.

Nr. 261
Brief von G. L. an die Frau des Kreisleiters Dr. Roth vom 26. August 1933 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–30)

Erlaube mir, auf die angebliche nationale Gesinnung der Frl. Emilie Graf, die Zellenleiterin in der NS-Frauenschaft ist, aufmerksam zu machen.
Dieselbe gibt sich als Leiterin des Clubheims in D 3, 2 aus. Daselbst hat sie noch kurz vor der Machtübernahme unseres Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler meiner Braut, die Mitglied der NS-Frauenschaft ist, verboten, das Hakenkreuz zu tragen, ferner hat sie im Februar ds. J. die Jüdinnen Geschw. Baum, Maskenver-

leih, dahingehend unterstützt, indem sie geraume Zeit bei ihnen in Untermiete wohnte, außerdem hat sich ein SA-Mann vom Sturm 13 namens W. G. geweigert, an einem gemeinsamen Tisch mit polnischen Juden nicht teilzunehmen, daraufhin hat genanntes Frl. veranlaßt, daß sich die Geschw. Baum bei Frau Dr. Ströble beschweren, was sie auch taten. Frau Dr. Ströble hat dann dem SA-Mann verboten, am Mittagstisch teilzunehmen. Ich habe mich als alter Nationalsozialist dieses Mannes angenommen, worauf auch von Frau Dr. Ströble ermahnt, daß dieser Tisch auch für Juden zugänglich sei, da diese auch Menschen wären, ich würde bei Wiederholung eines solchen Vorfalles an obigem Tische ausgeschlossen.
Auch ein Herr Seeliger hat bei Frau Dr. Ströble Gehör gefunden mit seiner Beschwerde, weil ein Amtswalter namens P. in Uniform zum Essen erschien, es wurde ihm hierauf untersagt, in Uniform zu erscheinen. Dieser Herr Seeliger (Jude) ist heute noch ein Teilnehmer an diesem Tische.
Ich bin der Überzeugung, daß Frl. Graf die Triebfeder zu allen diesen Vorfällen ist, da sie durch ihr schmeichelhaftes Wesen bei allen sehr gut zu schmarotzen versteht, und daß dies meiner Ansicht nach mit ihrer nationalen Gesinnung nicht zu vereinbaren ist, vielmehr betrachte ich sie, wie man sie in unseren Reihen nennt, als Konjunktur-Kämpferin.
Bin jederzeit gerne bereit, mit Beweisen anzutreten und bitte Sie, die Angelegenheit nachprüfen zu wollen und gegebenenfalls mit mir eine persönliche Unterredung in die Wege zu leiten.

Nr. 262

Eingabe des Rechtsanwalts Joseph Gentil an die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Mannheim vom 13. November 1934 – betr.: Untersuchungssache Dr. Alfred Stern wegen politischen Vergehens (Stadtarchiv Mannheim 18/65–130)[2]

1. Ich nehme Bezug auf die Vollmacht als Verteidiger des Beschuldigten Dr. Stern und bitte um die gefällige Erteilung der Besuchserlaubnis.
2. Ich bitte, den Haftbefehl gegen Herrn Dr. Stern aufzuheben, da keine Fluchtgefahr besteht und da die dem Beschuldigten zur Last gelegte Tat wohl kaum den Tatbestand einer strafbaren Handlung erfüllen dürfte. Selbst wenn das der Fall wäre, dürfte die Geringfügigkeit der Sache die Aufrechterhaltung des Haftbefehls nicht rechtfertigen. Es wird mir folgender Tatbestand mitgeteilt:
Der Beschuldigte Dr. Stern saß in einer Wirtschaft in K. mit mehreren Personen am Tisch zusammen. Ein gewisser H., der gleichfalls festgenommen worden sein soll, habe dem Beschuldigten Dr. Stern in flüsterndem Tone einen sogenannten Witz erzählt. Jedenfalls hat H. seine Erzählung als einen Witz bezeichnet. Der gleichfalls am Tisch sitzende E. S. ersuchte den Beschuldigten Dr. Stern, ihm diesen Witz

[2] Gentil hatte die Vertretung im Auftrag der jüdischen Akademikerhilfe übernommen. Rechtsanwalt Buchsweiler dankte am 22. November 1934 seinem Kollegen im Namen der Akademikerhilfe für die »wirkungsvolle Vertretung«.

ebenfalls zu erzählen, wobei er bemerkte, daß er die Erzählung des H. nicht habe genau hören können. Diesem Ersuchen des S. entsprach Dr. Stern. Vermutlich hat nun S. gegen Dr. Stern Anzeige wegen der Wiedergabe dieses sogenannten Witzes erstattet. Dr. Stern hat also nicht aus eigenem Antrieb diesen sogenannten Witz weitererzählt, sondern er hat lediglich dem Ersuchen des S., den er seit vielen Jahren kennt, und mit dem er lange Zeit auf das intimste befreundet war, entsprochen.
Ich glaube nicht, daß man diese Handlungsweise des Beschuldigten Stern als strafbar bezeichnen kann.
3. E. S., der, wie es scheint, die Anzeige erstattet hat, war früher mit dem Beschuldigten Dr. Stern eng befreundet. Dr. Stern hatte ihn, da es ihm schlecht ging, in seine eigene Wohnung aufgenommen und hat ihm 3/4 Jahre lang Kost und Wohnung gegeben. Späterhin hat S. gegen Dr. Stern in K. stark gehetzt und hat wiederholt geäußert: »Der Jude muß raus, er muß hin, wo er hingehört, ich bringe ihn entweder ins Zuchthaus oder nach Kislau.« Es handelt sich auf seiten des S. um einen Akt der Rache gegen Dr. Stern. S. war gegenüber der Ehefrau des Beschuldigten Dr. Stern, die Christin ist, frech und beleidigend geworden, und Dr. Stern hat ihn dieserhalb seinerzeit zur Rede gestellt. Die Auseinandersetzungen endeten mit einer Prügelei zwischen beiden. Seitdem ist S. dem Dr. Stern aufsässig und versucht, sich an ihm zu rächen. Auch dieser Tatbestand muß bei Prüfung des Sachverhalts berücksichtigt werden.
Die mir gewordenen Mitteilungen ruhen von dem Schwager des Beschuldigten Dr. Stern, Herrn B., Heidelberg, her, den ich hiermit als Zeugen benenne.
4. Zur weiteren Begründung für mein Gesuch auf Aufhebung des Haftbefehls führe ich folgendes an:
Der Beschuldigte Dr. Stern lebt in den ärmlichsten Verhältnissen. Er ist von der Kassenpraxis ausgeschlossen und versucht, sich von dem Rest seiner kleinen Privatpraxis zu ernähren. Seine Möbel sind gepfändet. In seiner Familie herrscht Elend. Die Frau lag die ganze Zeit schwerkrank darnieder, ein ärztliches Zeugnis werde ich vorlegen. Wenn Dr. Stern nicht alsbald auf freien Fuß gesetzt wird, sind seine Frau und sein dreijähriges Kind dem Elend preisgegeben.

Nr. 263
Schreiben des F. G. an die Schriftleitung des Hakenkreuzbanners vom 23. Mai 1935 – betr.: Familie Hermann Kalker (GLA, Doc. center)

Möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß obig genannte Familie sehr intime Freundschaft mit den Juden hält.
Herr Kalker sitzt oft in der Wohnung seines Hausherrn Sigmund Würzweiler, B 7, 3[3] beim Kartspiel. Sigmund Würzweiler ist der Vater des berüchtigten Bank-

[3] Das Haus B 7, 3 übereignete die Familie Würzweiler, die im Jahre 1937 emigrierte, im Jahre 1938 der israelitischen Gemeinde.

juden Gustav Würzweiler, der für Mannheim als erster Goijim-Vernichter gekennzeichnet ist und auch wiederholt von Ihrer Presse an den Pranger gekommen ist.
Familie Kalker hatte am Sonntag, den 5. Mai, den Juden Köster vom Hause parterre und die Jüdin Sternheimer von B 7, 1 zum Essen. Familie Kalker ist gut katholisch; jeden Morgen Kirchgang. Ein Sohn von 10 Jahren ist jetzt nach St. Blasien in die Jesuitenschule gekommen. Man sieht hier wieder einmal, wie der Katholizismus der Steigbügelhalter des Judentums ist. Da in Mannheim Rom-Juda noch eine gewisse Machtstellung besitzt, so wäre es sehr erwünscht, wenn von Obigem die Öffentlichkeit unterrichtet wird.
In der Anlage eine eidesstattliche Erklärung.

Nr. 264
Beschwerde von W. F. an die Kreisleitung der NSDAP Mannheim vom 25. September 1935 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–30)

In der Nacht vom 24. auf den 25. September wurden an meinem Haus S 2, Nr. 8 vier Plakate angeklebt folgenden Inhalts:
J u d e n s i n d h i e r e r w ü n s c h t ! Eine derartige Provozierung kann ich auf keinen Fall dulden. Ich habe meine nationalsozialistische Gesinnung schon lange vor dem Umsturz bewiesen. Denn ich habe seinerzeit schon die Patenschaft von der SA übernommen, wie die Quittungen ausweisen, bis auf den heutigen Tag. Außerdem ist mein Sohn FW [Freiwilliger] der SS. Ferner bin ich Mitglied der NSV, des DLV und der Deutschen Arbeitsfront.
Ich ersuche deshalb um strengste Untersuchung in obiger Angelegenheit.

Nr. 265
Parteiamtliches Schreiben an die Gauleitung der NSDAP in Karlsruhe vom 30. Oktober 1936 – betr.: Begründung zum Verbot des Kaffee Weiß, Mannheim (Stadtarchiv Mannheim 16/67–44)

Der Inhaber des Kaffee Weiß wurde aus der Partei wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen, weil er duldet, daß in seinem Kaffee 90% Juden verkehren. Weiß erklärt sich außerstande, diesen Zustand abzustellen, und ist daher ein Verbot gerechtfertigt.

Nr. 266
Auszug aus einem Bericht an den Reichsjustizminister vom 14. April 1937 (Akten Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim 7 Js 90/37)

Angeschlossen lege ich die Ermittlungsakten gegen den am 24. 4. 1912 in Frankfurt a/M. geborenen, in Mannheim, Rupprechtstr. 8 wohnhaften, ledigen Gärtner

J. O. vor mit der Bitte um Entschließung, ob die Strafverfolgung gemäß § 2 Abs. 3 des Heimtückegesetztes vom 20. 12. 34 anzuordnen ist.
Am 19. 1. 1937 schrieb der Beschuldigte 5 Briefe, und zwar an den Turnlehrer Hermann Jung, den Hauptlehrer Karl Marsch, den Möbelhändler Anton Ötzel, den Gummiarbeiter Franz Rettig, sämtliche in Mannheim, und einen Brief an sich selbst. Die 5 Briefe unterschrieb er alle teils mit »Albert Schott, Rupprechtstr. 8«, teils mit der Unterschift »Albert Schott und Frau, Rupprechtstraße 8«.
Albert Schott ist Jude, von Beruf Kaufmann und wohnt im gleichen Hause wie der Beschuldigte. Der Beschuldigte wollte mit den Briefen den Eindruck erwecken, als habe Schott sie abgesandt. Abschriften der Briefe befinden sich A[kten]-s[eite] 9, 11, 13, 15 und 57. Von den Urschriften befinden sich vier in der roten Mappe und eine As. 55. Die Briefe haben folgenden Inhalt:
a) Brief an Jung: »Sie Hauptmächer in dieser Gegend haben am längsten gelebt. Sie werden wie Gustloff ermordet werden. Sie Nazischwein sind ganz besonders schuld, daß mein Geschäft so ruiniert ist. Deutschland wird bolschewistisch werden, dafür sorgt Juda. Hitler, der Bluthund, dieser Generalverbrecher wird noch diese Woche ermordet, ob ihr wollt oder nicht. Die ganze Regierung wird gestürzt. Die gesamten Mordpläne von Mannheim werden nie gefunden werden, so schlau seid ihr gar nicht.
Es lebe die deutsche blutige Revolution. Es lebe Stalin. Heil Moskau
Albert Schott und Frau, Rupprechtstr. 8«

[b–d: Briefe ähnlichen Inhalts]

e) Brief an O.: »Ihr Nazischweine quält uns nicht mehr länger. Ihr Leben ist bald zu Ende. Der Stab über sie ist gebrochen. Sie werden ermordet wie Gustloff. Euer Hitler, das Schwein, erlebt nicht mehr seinen Geburtstag, dafür sorgt die antifaschistische Partei in Deutschland, die schon etliche Millionen Mitglieder zählt.
Es lebe Juda! Es lebe Stalin! Heil Moskau! Albert Schott und Frau
Rupprechtstr. 8«
Als Jung seinen Brief erhalten hatte, benachrichtigte er fernmündlich die Geheime Staatspolizei. Da es sofort als unwahrscheinlich erschien, daß Schott diese Briefe geschrieben habe, wurde der Beschuldigte kurz darauf als Täter ermittelt. Da der Beschuldigte sich bisher politisch einwandfrei verhalten hat und bei ihm die Voraussetzungen des § 51 Abs. 2 StGB vorliegen, wird trotz des gehässigen Inhalts der Briefe die Anordnung der Strafverfolgung nicht empfohlen.
Der Oberstaatsanwalt als Leiter der Anklagebehörde beim Sondergericht

Nr. 267
Streng vertraulicher Fragebogen der NSDAP, Zelle 09, vom 18. 12. 1937 (GLA, Doc. center)

A. Wieviel vom Hundert der Einwohner sind weder in der Partei noch in einer Gliederung oder in einem angeschlossenen Verband?

1. Errechnet von der Gesamtzahl der Einwohner ohne Juden.

bei 534 Einwohner
= 260 ergibt 48,7 %

2. Errechnet von der Gesamtzahl der Einwohner mit Juden.

bei 596 Einwohner
= 260 ergibt 43,6 %

B. Wieviel vom Hundert der Wähler bekannten sich bei der Reichstagswahl am 6. November 1932

1. z. Nationalsozialismus
2. z. Kommunismus
3. z. d. Sozialdemokraten
4. zum Zentrum
5. z. Christl. soz. Volksdienst
6. z. Reaktion DVP, DDP, BNOP
7. z. den übrigen Parteien

siehe Beilage

C. Sind Vereine, Verbände, konfessionelle Gruppen und Sekten mit deutlich spürbaren Tendenzen gegen Partei und Staat vorhanden:

1. Welche?

Hilfsverein der Deutschen Juden, D 3.6
Niederbronner Schwestern, D 4.5

2. In welcher Form betätigen sie sich gegen Partei und Staat?

Unterstützen die ein- und durchreisenden Juden
Pol. Katholizismus

D. Haben Sie in Ihrem Zellenbereich politische Gegner, die auch jetzt noch gegen unseren Staat eingestellt sind, und sich nicht einwandfrei verhalten? Wenn ja:

1. Wer sind diese? (Name)

Walter Grob
Stiefbruder von Pohl (früher D 2.2 wohnhaft)
Franz Sellmann

2. Wo wohnen diese? Wohnung

D 1.12 b. / Dussel
D 2.2

3. Wo sind diese beschäftigt und als was?

Fensterputzerei Moser
als Fensterputzer
arbeitslos

4. Wie sind diese polit. bzw. weltanschaul. bzw. priv. eingestellt?

kommunistisch
durch Auskunft von dritter Seite kommunistisch eingestellt

E. Besondere noch nicht erfüllte Wünsche in Hinsicht auf: Zusammenarbeit, Organisationsfragen, Arbeitsverhältnisse, Wohnungen usw.

1. Partei 2. Verwaltung (Behörden)
3. Wirtschaft

Nr. 268
Bericht der Ortsgruppe Erlenhof an die Kreisleitung der NSDAP Mannheim vom 7. Februar 1938 – betr.: Beschwerde von Frau R. G. an den Stürmer (GLA, Doc. center)

Zu der Beschwerde der Frau R. G., Mannheim, Stockhornstr. 30, an den Stürmer gerichtet, nehmen wir wie folgt Stellung:
Was die Vorwürfe der Frau G. gegenüber der Frau Gr. Wwe. anbelangt, so dürften dieselben ihre Richtigkeit haben und auch keineswegs übertrieben sein. Fest steht jedenfalls, daß der Jude Seeliger bei der Frau Gr. verkehrt ist, insofern als er bei der Frau Gr. für eine Firma Str., Manufakturwaren, Geld für gelieferte Waren kassierte. Frau Gr. wurde vom Hausleiter darauf aufmerksam gemacht, daß der Verkehr mit Juden einer deutschen Frau unwürdig ist, worauf sie auf eine Weise reagierte, die jegliches Verständnis für das Wollen des nationalsozialistischen Staates vermissen läßt. Bemerkenswert ist noch, daß der Junge von Frau Gr., der im Jungvolk Jungscharführer war, auf Veranlassung des Rektors der Neckarschule, Pg. F., abgesetzt wurde, weil eben auch dort der Verkehr der Frau Gr. mit Juden ruchbar geworden war. Sie verkehrt nämlich auch privat mit Juden, und zwar einer Familie S. in der Riedfeldstraße.
Der Ortsamtsleitung der NSV haben wir entsprechend Meldung gemacht, weil Frau Gr. WHW bezieht, damit dasselbe gesperrt wird. Den uns überlassenen Bericht der Frau G. lassen wir Ihnen in der Anlage wieder zugehen.

Nr. 269
Bericht des R. B., Mannheim, an den Stürmer, Nürnberg, vom 14. Juni 1938 (GLA, Doc. center)

Jud Nathan Seeliger, F 3. 14, Frau I. Witwe, F 3. 14, Frl. L. D. im Hause des Juden, Frau J. F., F 4. 5., Frau A. S., F 4. 5., Frau M. O., F 4. 5 dürfen es sich in Mannheim erlauben, den Straßenblock-Obmann der DAF zu bedrohen und zu beleidigen.
Ich schicke voraus, daß der Straßenblock-Obmann rein arischer Abstammung ist, wofür seine auf Jahrhunderte zurückgehenden Dokumente bürgen. Was schert es den Juden? Ausgerechnet er mit negroiden Blut kann einen Nat.Sozialisten wie folgt bedrohen:
Der Jude: »Das war der Stromer dadrüben, wenn ich den erwisch, dreh ich ihm den Hals ab, ich zahle es ihm heim, ich schneide Dir den Hals ab, Du Halbjud u.s.f.«

Frau J. F.: »Das Arschloch, der gehört totgeschlagen, der Bankert.« Frau F. hetzt die Leute auf zum Totschlagen und zum Aufruhr. Ihr Mann sagte am 2. Mai: »Ein Schlag auf den Kopf, dann steht er nicht mehr auf.« Seit Jahren ruft Frau F. dem Straßenblockobmann in den Laden hinein: »Du Hakenkreuzbannerarschloch.« Am 13. Mai mußte der DAF Block-Obmann durch Auftrag der DAF für Karteizwecke die Personalien bei dem F. feststellen und die F. hatte wieder den gleichen Ausdruck auf ihrem Schnabel. Selbst die 65jährige Mutter des Obm. wird als »Schneppe« tituliert. Kommt der Obm. mit der Dienstmütze der DAF nach Hause, ruft die F.: »Mit Dir Arschloch kann man Krabben fangen.«
F. und F.'in versuchten sogar, den Obm. in seinem Laden zu überfallen, bekamen aber auf den Schnabel.
Frau I., F 3. 14 schrie über die Straße: »Zigeunerpack, Seeliger braucht sich nicht zu schämen, daß er Jude ist. Am Samstag, vor dem Wahltag, 9. April, kamen die Kinder der Frau I. nachts 1/4 12 heim (Tochter M., ca. 8 Jahre alt) und riefen in die Wohnung zu ihrer Mutter: »Wir haben den Scheißfackelzug gesehen«, vorher rissen sie am Gesellschaftshaus die Fähnchen und Illuminationslämpchen herunter. Als der DAF Straßenblock-Obmann das Bild des Führers in seinem Schaufenster hatte, sagte der Sohn M. der Frau I., ca. 11 Jahre alt: »Der ist ein Aschloch und Du bist ein Aschloch« dabei zeigte er auf das Bild des Führers und auf den Obm. Frau I. führt dem Juden den Haushalt, geht mit ihm spazieren, trägt die Judenbackware fort und verteidigt die Juden wie eine Löwin ihre Jungen.
Nathan Seeliger hetzte aus einem Laden heraus den W. S., E 3. 1a. geb. 23. Nov. 1881 zu Haslach, in den Laden des DAF Obmanns, wurde aber von dem anwesenden Blockleiter und dessen Frau zum Laden herausgeschmissen. Auf Befehl des Juden Seeliger werden Zellenfrau L. und Blockleiter L. sowie der Straßenblock-Obmann K. W. auf ihren Dienstgängen von Anhängern des Juden belästigt und bedroht. Ein H. T., F 3. 12 wagte es sogar, die über 60 Jahre alte Zellenfrau tätlich anzugreifen. Eine Privatklage ergab, daß der Jude aus dem Geschlecht der Libanon Salon Tiroler mit 150.– RM Geldstrafe bestraft wurde.
Die ganze Sache entwickelt sich nun zu einem Drama. Am 8. Juni kam die Freundin des Judenbäckers Nathan Seeliger, die H. R., F 4. 4 in den Laden des Straßenblock-Obm. hineingestürzt, sie ist sehr kräftig und schrie: »Ich mach Dich hin«; Es gab ein Ringen und Halszudrücken und schließlich eine Flucht der R. Inzwischen wurde der Notruf alarmiert. Der Straßenblock-Obm. der DAF wurde gefesselt im Schaufenster seines Ladens zum Gaudeum der 150 Gaffer, man schrie sogar: »Jetzt ist es soweit, jetzt werden schon die Hitler gefesselt.« Bei der Durchsuchung ergab sich, daß sich in der Tasche eine Flachzange als Revolver und eine Taschenlampe als Gewehr entpuppte, mit denen die »Schüsse« abgegeben worden wären.
Jud Seeliger, Rebeckchen und die Judenknechte guckten zu und freuten sich über die Fesselung des DAF-Obm., der ein offenes Möbelgeschäft betreibt. So geschehen in Mannheim.

Eine andere Sache: Bei dem Judenbäcker Reinhold, S 6, 2 sind Frau Kuni Henke, S 6, 10, Frau Müller, T 6, 34, Friseuse Brand, S 6, 15, Nachtwächter Warenhaus Schmoller, ständige Kunden.
Bei Ziegelmaier, Zigarrenladen, S 6. 15 wickelt sich großer Juden-Verkehr mit längeren Unterredungen ab. Z. grüßt Heil Hitler mit einem Finger. Bis vor 4 Wochen hat er noch Brot beim Judenbäcker bezogen. Z. hat Vertretung der Mainzer Bausparkasse. Die Direktion soll aus Pg. bestehen.

Nr. 270
Stimmungsbericht des Zellenleiters der Ortsgruppe Friedrichspark der NSDAP vom Juli 1938 (GLA, Doc. center)

Punkt 33, Kirchliche Fragen, b, Katholische Kirche.
Der Halbjude Schmich, dessen Vater Arier, die Mutter getaufte Volljüdin ist, Wohnung Mannheim, Ortenaustraße 7, feierte am 10. 7. 1938 in der katholischen Kirche Mannheim/Lindenhof seine Primizfeier. Die Kirche war stark besucht von Halb- und Volljuden.
Beweis: Pg. B. H. Orgru Lindenhof, Meerfeldstr. 82, sowie eine größere Anzahl Partei- und Volksgenossen.
Fünf Jahre nach der Nationalsozialistischen Revolution können Halbjuden immer noch katholische Geistliche werden, und die Kinder unserer katholischen Deutschen Volksgenossen werden diesen Menschen dann auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, um an Leib und Seele verdorben zu werden. Hier klafft noch eine große Lücke in den Nürnberger Gesetzen, welche im Interesse unserer deutschen Volksgesundheit unbedingt geschlossen werden müßte.

Nr. 271
Meldung der Geheimen Staatspolizei Mannheim – Revierzweigstelle Seckenheim – vom 19. August 1938 (GLA, Doc. center)

Am 19. 8. 1938, um 13.30 Uhr, erschien ein hiesiger Geschäftsmann, welcher seinen Namen nicht genannt haben will, auf der Wache der Revierzweigstelle Seckenheim und gab folgendes an: »Es ist mir aufgefallen, daß die L. R., led. Hausangestellte, geb. am 4. 8. 1912 in Seckenheim, z. Zt. in Mannheim-Seckenheim, Villingerstr. 13 b. d. Eltern wohnhaft, welche seit etwa 8 Jahren bei Juden in Amerika in Stellung ist, seit 1933 schon zum zweitenmal hier ist. Das erstemal war sie von 1935/36 hier. Am 17. August 1938 zwischen 13 u. 13.30 Uhr, stand die R. an der OEG-Haltestelle am Rathaus. Als auf der anderen Straßenseite der Jude F. O., led. Kaufmann, geb. am 15. 3. 1920 in Mannheim, wohnh. in Mannheim-Seckenheim, Seckenheimer-Hauptstr. 105, vorbeiging, nickte sie diesem zu und lächelte, was O. auch erwiderte. O. ging auch gleich wieder zurück, worauf sie wieder mit ihm

lächelte. Ich vermute nun, daß die R. von dem Juden in Amerika nach Deutschland geschickt wird, um hier Material zu sammeln und mit nach Amerika zu bringen. Ich glaube nicht, daß die R. in Amerika soviel Geld verdient, daß sie so oft nach Deutschland fahren kann, denn sie ist seit 1933 bestimmt schon zum zweitenmal, wenn nicht auch schon zum drittenmal hier. Meldung liegt in doppelter Fertigung vor.

Akteneintrag der Geheimen Staatspolizei – Außendienststelle Mannheim – vom 20. August 1938 – Nr. 5415/787 P:

H. Skischally zur Feststellung, wo die R. in USA tätig ist, unauffällige Feststellung, wann sie wieder nach USA zurückreist. Von wo und mit welchem Schiff fährt sie ab. Falls dies festgestellt werden kann, ist die zuständige Gestapostelle der betr. Hafenstadt zu verständigen, damit unter dem Deckmantel der Devisennachschau eine gründliche Durchsuchung der R. und ihres Gepäcks vorgenommen werden kann.

Nr. 272

Aus der in Paris erschienenen Emigrantenzeitschrift »Die Zukunft« – Untertitel: Ein neues Deutschland, ein neues Europa! – vom 12. Mai 1939 (Privatbesitz Prof. M. Morgenthal)

Gespräche mit deutschen Beamten

Ein früherer deutscher jüdischer Staatsbeamter, der vor kurzer Zeit Deutschland verlassen hat, schildert uns Gespräche und Erlebnisse mit deutschen Beamten.

Wenn man, als Jude erst vor kurzem aus Deutschland emigriert, sich und anderen Rechenschaft über die letzten Erlebnisse und Eindrücke ablegen möchte, so muß dies mit dem Vorbehalt geschehen, daß manches dabei subjektiv sein mag. Aber man hört aus so vielen anderen Teilen Deutschlands, auf der Reise und in der Emigration selbst so viele Bestätigungen des Wesentlichen, daß das folgende höher denn als rein subjektives Stimmungsbild bewertet werden mag.

Die Liquidation der Existenz in Deutschland beginnt mit der Auflösung der Haushaltung. Schon beim Verkauf des Mobiliars häufen sich die Eindrücke. Da Inserate durch Juden nicht aufgegeben werden können, bittet man den Milchhändler, den Fleischer, die Putzfrau und derlei hilfsbereite Leute, Interessenten zu schicken. Der Erfolg (in unserem Falle) ist überraschend, noch überraschender die Haltung der Leute. Kaum einer, abgesehen von den Wiederverkäufern und »Sehleuten«, der sich nicht entschuldigt, weil er aus dem Unglück anderer Nutzen ziehe, viele, besonders natürlich die Frauen, mit Tränen in den Augen beim Anblick einer in Auflösung begriffenen Haushaltung, sehr viele, vor allem die Beamtenfrauen, die um unbedingte Diskretion bitten, damit ihnen aus dem natürlich strengstens verbotenen Ankauf jüdischen Besitzes keine Unannehmlichkeiten erwüchsen. Geradezu stereotyp aber ist die Empörung und die Scham über die an den Juden seit dem 10. November begangenen und zum ersten Male allgemein offensichtlich gewordenen Schandtaten und über die verheerenden moralischen Folgen für eine Jugend, vor der dies alles durch die Lehrer glorifiziert wird, – soweit sie nicht aktiv her-

angezogen war. Und das Ende fast jeder Unterhaltung die bange Frage: wann werden wir an die Reihe kommen? – gleichgültig, ob es sich um Katholiken oder Protestanten, um wohlhabenden Mittelstand oder Kleinbürger handelt. Oft genug bekommt man hierbei oder auch z. B. bei Ärzten oder Beamten deutschnationaler Observanz zu hören: alles gäben wir darum, wenn wir auswandern dürften! Über das allgemeine Grauen vor der Gefahr und dem Ausgang eines Krieges braucht an dieser Stelle nicht mehr viel gesagt zu werden. Außer den Nutznießern des Systems und den stupidesten Mitläufern macht sich keiner darüber Illusionen. Jeder ist sich über die Schuldfrage im klaren, die sich noch für die »Befreiung« Österreichs und des Sudentenlandes erwärmen konnten, sind entsetzt über die Eingliederung rein slawischen Gebietes.

Der Umgang mit Behörden vollzieht sich fast ausnahmslos ohne Reibung, ja überraschend erfreulich. (Anderswo mag es auch oft anders sein.) Hat man gar als ehemaliger Beamter in den Ministerien mit alten Beamten zu tun, so ist man vollends sprachlos, wie höflich und hilfsbereit sie sind. Man erlebt, daß einer vorschlägt, ihm persönlich zu schreiben, wenn man bis zu einem bestimmten Termin keinen Bescheid habe.

Im ganzen betrachtet, ist die überwiegende Mehrzahl der Beamten von den Segnungen des Nationalsozialismus schwer enttäuscht, selbst und nicht am wenigsten die älteren oder alten Kämpfer. Jedenfalls wird unter Beamten weit hemmungsloser und unvorsichtiger geschimpft als in den Jahren zuvor.

Ein Kapitel für sich sind die Zollbeamten. Hierbei gibt es natürlich einen gewaltigen Unterschied zwischen den regulären Beamten und den Kreaturen der Herren Göring und Himmler. Die alten Beamten sind zum größeren Teil anständig. Dabei können sie und wollen sie nicht alles sehen. Für die Packer ist es übrigens Ehrensache (aus ihrer politischen Grundeinstellung heraus) die nicht genehmigten oder nicht auf den Listen stehenden Dinge von sich aus hineinzubugsieren. Bei den vielen Zollbeamten, mit denen man zu tun hatte, wurde der Bann allemal schnell gebrochen, wenn man als Beamter zum Beamten sprach. Ein älterer, sehr korrekter Mann erzählt plötzlich von Schikanen, die sein wohl oder übel aus einer katholischen Schule herausgenommenes Kind von den Lehrern zu erleiden habe, wie wenig die Kinder lernen usw. Bei dem Stichwort »Presse« fragt er, ob etwa in den deutschen Zeitungen z. B. etwas von den Lausbübereien der Studenten der Technischen Hochschule Danzig und von den Repressalien gegen Deutsche in Warschau gestanden habe. Er höre regelmäßig die deutschen Nachrichten des Straßburger und englischen Senders. In einer Stadt geschieht es, daß ein älterer Beamter gleich mit dem Zuschnüren der Bücher beginnt, ohne sich überhaupt um den Inhalt zu kümmern, und entschuldigend bemerkt, er müsse aber für eine längere Arbeitszeit liquidieren, damit es »oben« nicht auffalle. Er rät, alles Handgepäck gleich unter Zollverschluß nehmen zu lassen; er selbst habe ja kein Interesse daran, aber die SS-Leute an der Grenze hätten ja keine Menschlichkeit in sich, sondern nur Haß. An der Grenze erfolgt dann die erwartete Leibesvisitation sehr großzügig durch einen älteren Beamten mit hohen Kriegsauszeichnungen, der zwischenhinein über die »Maßnahmen vom grünen Tisch« spricht und ironisch abwinkt, als man sich weiter ausziehen

will. Von Mitreisenden hört man, wie sadistisch sich dagegen SS-Leute am gleichen Grenzübergang benommen haben.
Das sind Eindrücke, die im ersten Viertel des Jahres 1939 persönlich gewonnen wurden und die durch zahllose, von anderen gemachte Beobachtungen erweitert werden könnten. Sie beweisen, daß die mittleren Schichten enttäuscht und angeekelt sind, daß große Teile des Beamtentums nur widerstrebend ihre Funktion ausüben, wenn sie sie nicht gar sabotieren. Es würde zu weit führen, von den Gesprächen mit kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern zu berichten, die das Ende ihrer Selbständigkeit vorausberechnen können, wofern sie es nicht bei den völlig ungenügenden Verdienstmöglichkeiten wegen Mangels an Ware und Material selbst herbeiwünschen. Dabei macht die Partei nach wie vor verzweifelte Anstrengungen, auch die letzten, noch nicht zu ihr Gehörenden zum Beitritt zu nötigen, trotz der dauernd behaupteten Aufnahmesperre. Die Zahl derer, die dieser unverhüllten Geldmacherei gegenüber standhaft bleiben, ist gar nicht gering. Sehr wichtig erscheint auch die Feststellung, daß die, deren Schicksal es schon vor 1933 war, in Opposition zu den großen Parteien bleiben zu müssen, die Leute von der SAP, von den pazifistischen Verbänden und den oppositionellen katholischen Jugendorganisationen, sich durch nichts in ihren Anschauungen beirren lassen. Daß diese an politisch selbständiges Denken gewohnten Menschen nur von einem Krieg den Zusammenbruch dieses Systems erwarten zu dürfen glauben, ist ihre nicht überraschende, aber um so tragischere Erkenntnis. [M. Morgenthal]

Nr. 273
a) Aktennotiz von Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 13. Juni 1939
(Stadtarchiv Mannheim 16/67–20)

Der Besitzer Anton Körner, dahier Luisenring 5, hat eine Bäckerei und Weinwirtschaft. Bei ihm verkehrten ab und zu noch jüdische Gäste. Am Samstag, den 27. Mai, wurde dem Besitzer plötzlich die Wirtschaft und die Bäckerei geschlossen. Er will nun eine Beschwerde dagegen einlegen und wünscht zugleich, daß die Sache direkt nach Berlin gehen soll. – 77 Jahre alt, will Geschäft verkaufen oder vermieten; Herr Körner erhielt den Brief des Polizeipräsidiums heute zurück.

b) Aktennotiz von Rechtsanwalt Joseph Gentil – ohne Datum –
über eine Besprechung, die Rechtsanwalt Vollberg in
Sachen Körner mit dem Sachbearbeiter
beim Polizeipräsidium hatte

Gemäß § 22 des Gaststättengesetzes hat die Polizeibehörde eine Entscheidung getroffen, wonach der Betrieb geschlossen bleibt bis zur Entscheidung des Bezirksrats. Diese Entscheidung ist aber nicht anfechtbar. Der Sachbearbeiter erklärte, daß Körner des öfteren schon gewarnt worden sei. Er äußerte sich, daß es doch besser sei, wenn Körner sein Geschäft verkaufe, da er selbst doch keine Konzession mehr

bekomme, und wenn er selbst auf die Konzession verzichte, daß diese dann einem anderen übertragen werden kann.
Herrn Rechtsanwalt Vollberg scheinen die Hauptpunkte zu sein, daß Körner sich jetzt um den Verkauf des Geschäfts bemühe und die Frage der Konzession.
Ich habe nun der Tochter des Körner mitgeteilt, daß ihr Vater sich um den Verkauf des Geschäfts bemühen solle, etwa eine Annonce aufgeben, . . ., sie bemerkt aber daß ihr Vater sehr schwer von seinem alten Standpunkt abzubringen sei.

Nr. 274
Bericht des Blockleiters S. an den zuständigen Zellenleiter der NSDAP vom 23. Oktober 1939 (GLA, Doc. center)

In Ausübung meines Dienstes am Sonntag, den 22. 10. 39 (Opfersonntag) kam ich zu Bäckermeister Körner, Luisenring Nr. 5. Die Tochter frug mich, was ich wolle, ich erklärte, daß Opfersonntag sei und legte meine Sammelliste vor. Frl. Körner ging in den Nebenraum und fragte ihre Schwester, was sie geben solle. Darauf erklang die Stimme der Schwester in ganz entrüstetem Tone: »Vater hat gesagt, nichts wird gegeben, die haben ja auch unseren Laden schließen lassen.« [4]

Nr. 275
Schreiben von H. D. an die Geheime Staatspolizei Mannheim vom 8. Oktober 1941 (GLA, Doc. center)

Hiermit erstatte ich Anzeige gegen die ledige Hausgehilfin Johanna Hecht, geboren am 7. 12. 1911 in Otterstadt, Kreis Speyer, Arbeitsbuch Nr. 344/121 688, Berufsgruppe 22, Berufsart A.
Begründung: Johanna Hecht hat meiner Hausgehilfin, Frau S. D. gegenüber ihre judenfreundliche Einstellung dadurch bekundet, daß sie ihrem Bedauern mit dem Schicksal der Juden Ausdruck gab. Auch beim Reichstreuhänder der Arbeit und bei der Polizeibehörde mußte ich gegen sie Anzeige erstatten. Je einen Durchschlag dieser Schreiben füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Nr. 276
Auszug aus dem Urteil des Sondergerichts Mannheim vom 9. Juli 1943 – Aktenzeichen: So KLs 65/43 (Stadtarchiv Mannheim 18/65–39)

In der Strafsache gegen
1. den verheirateten Physiker Dr. Karl Heinrich Hermann aus Lehe (jetzt Wesermünde) [5],

---

[4] Die Weiterleitung des Berichts erfolgte mit dem Zusatz: »Zur Kenntnisnahme der Kreisleitung – Körner ist Judenfreund; diesbezügliche Vorgänge liegen auf der Kreisleitung«.
[5] Siehe Band I, S. 106 f.

2. die verheiratete Eva Emilie Anna Elise Hermann geb. Lüddecke aus Grünenplan, wegen Rundfunkverbrechens, hat das Sondergericht in Mannheim in der Sitzung vom 9. Juli 1943 an der teilgenommen haben:
[es folgt Namensliste]
für Recht erkannt:
Die Angeklagten Dr. Karl Heinrich Hermann aus Lehe (jetzt Wesermünde), Eva Emilie Anna Elise Hermann geb. Lüddecke aus Grünenplan werden wegen absichtlichen Abhörens von Auslandsendern, der Angeklagte Dr. Karl Hermann außerdem wegen Verbreitung zersetzender Nachrichten ausländischer Sender, verurteilt, und zwar Dr. Karl Hermann zu 8 – acht – Jahren Zuchthaus, Eva Hermann zu 3 – drei – Jahren Zuchthaus.
Die Ehrenrechte eines deutschen Volksgenossen werden dem Dr. Karl Hermann auf die Dauer von 8 – acht – Jahren und der Eva Hermann auf die Dauer von 3 – drei – Jahren aberkannt.
Das Rundfunkgerät »Lorenz W 395« der Angeklagten wird eingezogen.
Die Angeklagten tragen die Kosten.

Gründe.

Die Täter:

I.

Der Angeklagte Dr. Karl Heinrich Hermann ist am 17. 6. 1898 in Lehe (jetzt Wesermünde) als Sohn des Kaufmanns und Kapitäns Gerhard Heinrich Hermann und dessen Ehefrau Klara Auguste geb. Leipoldt geboren. In Bremen absolvierte er nach Besuch einer privaten Vorschule von 1907 bis 1916 ein humanistisches Gymnasium und legte an ihm im November 1916 die Reifeprüfung ab.
Danach wurde er zum Heeresdienst eingezogen, war mit der I. Marine-Division an der Westfront eingesetzt, wurde einmal leicht verwundet und kam im Januar 1919 als Vizefeldwebel, ausgezeichnet mit dem EK II, ordnungsgemäß zur Entlassung. Auf seine spätere Anfrage soll ihm das Marine-Kommando I Nordsee die Beförderung zum Leutnant der Reserve mitgeteilt haben. Jedenfalls hat das Wehrmeldeamt und später das Wehrbezirkskommando Mannheim bis zum Frühjahr 1943 an ihn dienstliche Schreiben als an den Leutnant der Reserve gerichtet.
Nach der Entlassung vom Heeresdienst studierte er in Göttingen Mathematik, Physik und physikalische Chemie, promovierte im Februar 1923 mit der Note »Sehr gut« zum Dr. phil. und beendete das Studium im Mai 1924 mit dem Staatsexamen, um sodann eine Assistentenstelle am Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie in Berlin anzutreten. In Berlin legte er Ende 1925 die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ab.
Von 1925 bis 1930 war Dr. Hermann Privatassistent von Professor Ewald an der Technischen Hochschule in Stuttgart, 1930 habilitierte er sich dort als Privatdozent für Kristall-Physik und Strukturlehre. Seine ganze Stuttgarter Tätigkeit wurde durch Notgemeinschafts- und andere Stipendien finanziert.
Am 16. Januar 1935 wurde er als Physiker bei der I.G. Farbenindustrie, Werk Oppau, eingestellt und in einem Forschungslaboratorium beschäftigt. Seitdem

wohnt er in Mannheim, Lameystr. 30. Er bezog zuletzt einen Monatsbruttogehalt von 750.– RM, außerdem eine Jahresgratifikation von 4800.– RM. Wegen vorliegender Straftat wurde von der I. G. Farbenindustrie am 29. 5. 1943 das Anstellungsverhältnis fristlos gekündigt.

Als Physiker hat Dr. Hermann in seinem Spezialfach, der Kristallphysik, ganz Außerordentliches geleistet. Er gilt als einer der bedeutendsten Forscher auf dem Gebiete der röntgenologischen Strukturforschung. Professor Ewald bezeichnete ihn schon 1934 als einen der ersten Fachleute der ganzen Welt. In ähnlicher Weise beurteilen ihn die I. G. Farbenindustrie und Professor Dr. Brill, der Direktor des Eduard-Zintl-Instituts der Technischen Hochschule in Darmstadt, mit dem er lange zusammenarbeitete. Nach der Beurteilung der I. G. Farben wurde durch seine Mitarbeit ein neuartiges Verfahren zur Untersuchung der chemischen Bindungskräfte ermöglicht, das in der ganzen physikalischen Welt Aufsehen erregte und für die deutsche Wissenschaft die Führung auf einem Gebiet zurückgewann, das im Ausland zu hoher Entwicklung gebracht worden war. Im Laufe dieses Krieges leistete Dr. Hermann insbesondere wichtige Forschungsbeiträge auf dem Farbstoffgebiet und dem Gebiet der Kunststoffentwicklung. Andere Beurteilungen, die mit den genannten im Endergebnis übereinstimmen, stellen bei Dr. Hermann »gelegentlich übergroße Abstraktheit, schwere Verständlichkeit und vielleicht sogar etwas Weltfremdheit« fest, bezeichnen ihn infolgedessen als »nicht alltäglichen, etwas ungewöhnlichen Fall« (Prof. Mark, Wien), nennen ihn »verschroben und weltfremd«.

Als Leiter eines Werkluftschutzabschnitts der I. G. Farben hat Dr. Hermann sich durch die Planung von Sicherungsmaßnahmen und vor allem durch hervorragenden persönlichen Einsatz unter schwierigen Verhältnissen bei einem Luftangriff, durch den das Werk in Mitleidenschaft gezogen wurde, besondere Verdienste erworben, die am 30. 10. 1940 zur Verleihung des Luftschutzehrenzeichens 2. Stufe führten.

Mit der Mitangeklagten Eva geb. Lüddecke ist der Angeklagte seit 1924 in kinderloser Ehe verheiratet. Er hat im November 1940 einen Jungen adoptiert; außerdem hatte er ein 1½-jähriges Mädchen als Pflegekind, das er ebenfalls an Kindesstatt annehmen wollte.

Dr. Hermann ist evangelisch erzogen, ein Bruder ist Pastor in Wuppertal. Er ist 1927 aus der evangelischen Kirche ausgetreten und bezeichnet sich heute als gottgläubig. Im Jahre 1935 trat er der »Religiösen Gesellschaft der Freunde« (Quäker) bei, wurde bald Mitglied des »Benennungsausschusses«, welcher der alljährlich einmal in Bad Pyrmont stattfindenden »Jahresversammlung« die Ämterverwalter für das kommende Jahr vorzuschlagen hatte, und gehörte zu den engeren Mitarbeitern des »Schreiber« (Clerk-Leiter der Versammlung), in welcher Eigenschaft er zudem Mitglied des die laufenden Geschäftsangelegenheiten beratenden »Arbeitsausschusses« war.

Während der Angeklagte, der weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen oder Verbände angehörte, behauptet, daß er kein prinzipieller Gegner des Nationalsozialismus sei, vielmehr wesentliche Punkte dieser Weltanschauung, wie Feststellung der Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein Volk und den Grundsatz

»Gemeinnutz geht vor Eigennutz«, begrüße, lehnt er entsprechend der allgemeinen Einstellung der Quäker die NS-Rassenlehre, Rassengesetzgebung und insbesondere die tatsächliche Behandlung der Juden ab. Er hat deshalb bis zur Evakuierung der Juden aus Mannheim im Oktober 1940 gesellschaftlichen Verkehr mit Juden unterhalten, evakuierte Juden in legalem Rahmen mit Lebensmittel- und Kleiderpäckchen unterstützt, wobei es ihm weniger auf eine materielle Hilfe als den Ausdruck des menschlichen Mitgefühls mit dem Schicksal der Betroffenen ankam und nach der Evakuierung den Verkehr mit zwei jüdisch versippten Berufskameraden nicht abgebrochen. Aus demselben Grunde duldete er nach Überredung durch seine Ehefrau, daß sich das jüdische bzw. halbjüdische Ehepaar Rosenthal aus Berlin – die Frau war eine Schulfreundin der Ehefrau Hermann –, das sich unter dem falschen Namen Rasch der drohenden Evakuierung durch Reisen im deutschen Reichsgebiet zu entziehen suchte, später jedoch festgenommen werden konnte, im Januar/Februar 1943 etwa drei oder vier Wochen und im März 1943 über ein Wochenende in seiner Wohnung versteckt hielt.

In seiner Grundhaltung ist Dr. Hermann Pazifist; nach seiner Angabe würde er einer Einberufung zum Heeresdienst wohl Folge leisten, jedoch aufgrund seiner religiösen Überzeugung sich lieber töten lassen als selbst zu töten.

Wegen dieser Stellungnahme zur Frage des Wehrdienstes hat er es seinerzeit unterlassen, die Verleihung des Frontkämpferehrenkreuzes zu beantragen.

Unbestritten ist, daß sowohl Dr. Hermann wie auch seine Ehefrau, die beide der NSV nicht angehörten und zu offiziellen Sammlungen (WHW, DRK), gemessen an ihrem Einkommen, recht geringe Spenden von 2 bis 5 RM gaben, in Erinnerung an ihre finanziell schwierige Stuttgarter Zeit und in praktischer Betätigung der caritativen Grundsätze der Quäker in ihrem Bekannten- und Freundeskreis außerordentlich wohltätig und hilfsbereit waren und sich zu diesem Zwecke sogar weitgehend wirtschaftlich und in ihren Lebensgewohnheiten einschränkten. So wurde von ihnen monatelang eine Mutter mit mehreren Kindern beherbergt und verköstigt. Daß sie bei ihrer caritativen Betätigung keinen Unterschied machten, ob ihre Hilfe einem Volksgenossen oder einem Juden zuteil wurde, muß ihnen zum Vorwurf gemacht werden.

Von besonderer Bedeutung im Rahmen der Anklage ist, daß Dr. Hermann mit seiner Frau seit 1936 mit gewisser Regelmäßigkeit dem einmal wöchentlich abwechselnd in der Wohnung der einzelnen Teilnehmer stattfindenden »englischen Leseabend« angehörte, der vor Jahren von bei den IG Farben tätigen Berufskameraden des Angeklagten zwecks Fortbildung ihrer beruflich benötigten englischen Sprachkenntnisse als »Shakespeare-Abend« gegründet und später als gesellschaftlicher Unterhaltungs- sowie Sprachabend gestaltet wurde, auf dem klassische und moderne englische Schriftsteller (in der Tauchnitz- und Albatros-Ausgabe) mit verteilten Rollen unter Leitung des sprachgewandtesten Teilnehmers, zuletzt des Angeklagten, gelesen wurden. An dem Leseabend nahmen in früheren Jahren auch Juden teil; seit 1940 gehörten ihm an: die Angeklagten und die jetzt in anderem Verfahren wegen Rundfunkverbrechens abgeurteilte IG-Chemikerin Dr. A. Rosenbach (Arierin), der Chemiker Dr. Schuster mit seiner jüdischen Ehefrau, seit Februar

1943 außerdem der IG-Chemiker Dr. Herbst, der ebenfalls mit einer Jüdin verheiratet ist. Die Beweisaufnahme ergab keine Anhaltspunkte für die Behauptung, daß diese Abende neben der Vervollkommnung der Teilnehmer in der englischen Sprache auch der Pflege englischen Volks- und Brauchtums dienten.
Vor der Machtübernahme war Dr. Hermann, der auch früher keiner politischen Partei oder Organisation angehörte, eifriger Besucher der Veranstaltungen des sogenannten Versöhnungsbundes.
Der nicht vorbestrafte Angeklagte befindet sich in dieser Sache seit dem 4. Mai 1943 in Schutzhaft und seit dem 18. Mai 1943 in gerichtlicher Untersuchungshaft aufgrund Haftbefehls des Amtsgerichts SG 1 Mannheim vom gleichen Tage.

II.

Die Angeklagte Ehefrau Eva Emilie Anna Elise Hermann ist am 24. Mai 1900 als Tochter des evangelischen Pfarrers Ewald Lüddecke und dessen Ehefrau Elisabeth geb. Freystedt in Grünenplan geboren. Sie besuchte dort die Volksschule, anschließend das Lyzeum in Goslar und das Oberlyzeum in Droyssig, wo sie 1920 das Lehrerinnen-Examen ablegte und dann 2 1/2 Jahre als Privatlehrerin in Burg Chemnitz tätig war. Im Jahre 1924 verheiratete sie sich mit dem Mitangeklagten.
Eva Hermann gehört der badischen evangelischen Landeskirche an. Sie ist seit 1934 Mitglied der Quäker, mit denen sie schon seit 1924 in Verbindung stand. Dem sogenannten Arbeitsausschuß gehörte sie zunächst als Protokollführerin an, außerdem war sie Mitglied des Woodbrooke-Ausschusses, eines die Verleihung von Stipendien erledigenden Unterausschusses der Deutschen Quäker. Sie gehörte bis zu seiner Auflösung dem Versöhnungsbund an, der sich nach ihrer Auffassung für einen Frieden auf christlicher Grundlage betätigte.
Wie ihr Ehemann war die Angeklagte von einer außerordentlichen praktischen Wohltätigkeit.
Bis einige Monate nach Kriegsausbruch war sie in der Auswanderungshilfe für Juden, soweit die Quäker sich damit befaßten, tätig. Für die Unterstützung evakuierter Juden durch die schon erwähnten Lebensmittel- und Kleiderpäckchen und die Aufnahme des jüdischen Ehepaares Rosenthal, wozu sie sich aus persönlicher Freundschaft zu ihrer früheren Schulfreundin verpflichtet gefühlt habe, ist sie in erster Hinsicht verantwortlich. Nach der Evakuierung der Juden aus Mannheim im Oktober 1940 informierte sie bekannte deutsche Quäker schriftlich über die Vorgänge anläßlich dieser Evakuierung, wobei sie die Zahl der vorgekommenen Selbstmorde angab, die ruhige Haltung der Betroffenen erwähnte und zum Ausdruck brachte, daß jetzt ihre Tätigkeit in der Auswanderungshilfe ihr Ende gefunden habe [6]. Daß diese Schreiben Unwahrheiten oder sonstige hetzerische Äußerungen enthielten, konnte nicht festgestellt werden. Bemerkenswert ist, daß die Angeklagte Ende 1942 über den Juden Israel Fritz Rosenthal einer ihr unbekannten Jüdin, um diese vor der Evakuierung zu schützen, ihren eigens zu diesem Zwecke erworbenen Postausweis zur Verfügung stellte.

---

[6] Zu den Briefen siehe Nr. 39.

Nr. 277

Bescheinigung des Adolf Loebl für Herrn Karl Kaus vom Dezember 1946 (Stadtarchiv Mannheim, Widerstandsdokumentation)

Ich bescheinige hiermit dankbarst, daß die Eheleute Karl Kaus, Mannheim, jetzt Waldhof-Gartenstadt, Baldurweg 50 unser Kind Ellen Loebl [geboren am 19. Januar 1927 in Karlsruhe] in ihrer Wohnung in Mannheim vor der Gestapo zwei Jahre versteckt gehalten haben.
Unser Kind sollte ins Konzentrationslager Ravensbrück kommen, als Frau Clara Kaus, uns persönlich bis dahin unbekannt, zu uns kam, um uns zu warnen und sich sofort bereit erklärte, unser Kind aufzunehmen und ihm Schutz und Zuflucht vor dem Zugriff der Nazis und Gestapo, ungeachtet der eigenen Lebensgefahr, zu geben. Herr und Frau Kaus haben für die Unterkunft und Verpflegung unseres Kindes bestens gesorgt. Darüber hinaus haben sie trotz größter Gefahren sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für eine Verbindung unserer Tochter mit ihren Angehörigen eingesetzt, was bei den damaligen Verhältnissen außergewöhnlich schwer und gefährlich war. Herr und Frau Kaus haben diese edle und hochherzige Tat nicht aus materiellen Vorteilen, sondern aus wahrer Humanität getan und verdienen, als aktive Nazigegner in jeder Weise unterstützt zu werden.

Nr. 278

Brief von Prof. M. Morgenthal an seinen früheren Schulkameraden und Kollegen Ü. vom 19. August 1947 (Privatbesitz M. Morgenthal)

Lieber Ü., ich habe Deinen Brief vom 7. dieses Monats erhalten und möchte Dir zunächst die Adresse von H. Zatzkis mitteilen. Sie lautet: 1015 Southern Boulevard, New York 59, USA. Ich bin überzeugt, daß Dir Zatzkis jene Angelegenheit mit dem Buchpreis wunschgemäß bestätigen wird. Ich selbst kann mich nicht mit genügender Bestimmtheit daran erinnern, so daß ich sie selbst bezeugen könnte.
Der Brief, den ich s. Z. Deiner Frau schrieb, hätte keines weiteren Danks bedurft[7]. Er entsprang aus einem primitiven Gefühl der Wahrheitsliebe und der Hilfsbereitschaft, ist aber ganz gewiß noch kein Beweis für »wahres Menschentum«, wie Du schreibst. Daß Du einem alten Freund, dessen persönliche Integrität Du seit unseren Schuljahren kanntest, in dessen Familie Du ungezählte Male kamst, geholfen hast, sich gegen die hysterischen Denunziationen eines Herrn Köllenberger zu verteidigen, auch das wäre ja unter normalen Umständen eine Selbstverständlichkeit, über die niemand ein Wort verloren hätte. Unter Hitler mag es eine Heldentat gewesen sein. Viel entscheidender als Dein Verhalten zu mir persönlich im Anfangsstadium der Hitlerei ist für meine Beurteilung, was Du Dir als nationalso-

[7] M. Morgenthal hatte auf die Bitte von Frau Ü. einen entlastenden Brief für den in Internierungshaft befindlichen Ehemann Ü. geschrieben.

zialistischer Funktionär geleistet hast. Und die Wahrheitsliebe zwingt mich, auch das eindeutig auszusprechen. Jemand, der ein Schmutz- und Revolverblatt wie den »Stürmer« in seiner Schule (einer Mädchenschule!) aufhängt, ist für mich erledigt. An dem schwarzen Brett den »Stürmer« und im Unterricht Goethe, das ist typisch für das Verbrechen der deutschen Intelligenz, ihre Feigheit und ihren Verrat (selbstverständlich geschah alles »auf Befehl«![8]). In einer Diktatur gibt es natürlich so wenig Sinn für Komik wie Raum für Ritterlichkeit, Menschlichkeit, Toleranz und ähnliche liberalistisch-jüdische Erfindungen. So hast Du vermutlich den hübschen kleinen Betriebsunfall vergessen, den ich über allem Schlimmen, das ich erlebt habe, nicht vergaß. Oder erinnerst Du Dich vielleicht doch noch an Mali Freund, an der Du bei einer Klasseninspektion die typischen Merkmale der arischen Rasse demonstriertest, bis sich herausstellte, daß sie Jüdin war?! Aber Instinkt und Sinn für Lächerlichkeit, die anderswo tötet, war im deutschen Volk nie stark entwickelt. Sonst wäre es ja auch nicht möglich gewesen, daß ein Adolf Hitler, der mit Recht völlig unbekannte Gefreite des ersten Weltkriegs, mit einem Analphabetenelaborat wie »Mein Kampf« und mit einem Gefolge von Verbrechern, Psychopathen, gescheiterten Existenzen und Dummköpfen, die sich in Deutschland manchmal Idealisten zu nennen belieben, zur Macht gekommen wäre. Aber lassen wir die große Politik. All Eure »Parteibuchbeamten« und »Systemgrößen«, wie Ihr in den »Kampfjahren« die anderen zu nennen liebtet, – in keinem anständigen System hätten sie Karriere machen können. Es ist ja letzten Endes wirklich nicht sehr wichtig, ob einer gewöhnlicher Schulmeister war oder Direktor wurde, aber ein Parvenu und Zyniker wie A. M., der ebensowenig an den nationalsozialistischen Schwindel glaubte wie der dafür viel zu kluge »Philosoph« M., ein Hanswurst wie E. K. und zahllose andere, deren Namen ich zum Glück vergessen habe, – das waren Eure Repräsentanten. Eines hatten sie fast ausnahmslos gemeinsam: daß sie nie ihre Pflicht und Schuldigkeit erfüllten oder daß irgendetwas in ihrem Privatleben faul war. Aber dieser Spuk ist ja nun vorüber. Nur hat er die Menschheit ungezählte Millionen Toter, Verkrüppelter, Kranker, Heimatloser gekostet.

Vielleicht hat es Dich und Deine Frau eigentümlich berührt, daß ich kein Wort des Bedauerns für Deine damalige Situation schrieb. Sicher ist es nicht angenehm, zwei Jahre lang interniert zu sein. Aber, soviel ich hörte, haben es die Herrschaften in den SS- und ähnlichen Lagern (wohl aufgrund der Genfer Konvention, die sie immer verhöhnten) weit besser als die Displaced Persons in ihren Lagern, die Überlebenden von Belsen[9], ja, sogar der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung und unter ihnen die Hunderttausende, die die deutschen Konzentrationslager überstanden haben.

Du fragst, wie es mir in England gefällt. Wenn es so etwas wie eine zweite Heimat überhaupt geben sollte, dann hoffe ich sie hier für das Ende meines Lebens gefunden zu haben. Ich lebe gerne in einem Land, in dem der Gegner respektiert und

---

[8] Siehe hierzu die lesenswerten Ausführungen von Golo Mann in: »Deutsche und Juden«, edition suhrkamp 196, Frankfurt 1967, S. 49 ff., insbesondere S. 66.

[9] Konzentrationslager Bergen-Belsen bei Celle.

nicht verunglimpft wird, in dem es »sense of proportion« und Humor, Kritik und vor allem Selbstkritik gibt, in dem man sogar über sich selbst zu lachen liebt, in dem man kurze Zeit nach Ende eines Kriegs, der dem Land die schwersten Wunden geschlagen hat, die deutschen Kriegsgefangenen menschlich behandelt und in die Familien, Kirchen, Schulen einlädt, in dem man von den eigenen, nicht zu reichen Portionen an die früheren »Feinde« gerne abgibt. Daß wir selbst zu Weihnachten 46, als dies erlaubt wurde, und nachher mehrere deutsche Kriegsgefangene zu uns einluden, von denen wir nicht wußten, mit wieviel und welchem Blut ihre Hände befleckt waren, kostete uns einige Überwindung, und ich will nicht viel Aufhebens daraus machen. Denn die jetzt so bescheiden auftretenden Vertreter der einstmaligen Herrenrasse waren ja vielleicht nur betrogene Betrüger.

Ich werde nie vergessen, was meine wirkliche Heimat war, was meine Muttersprache ist. Aber um einen Emigrantendichter zu zitieren:

Die Heimat hat mir Treue nicht gehalten. Sie gab sich ganz den bösen Trieben hin.

Nach dem, was ich in Dachau sah, nach dem, was mit meinen irgendwo in Polen vergasten oder verbrannten Schwestern geschehen ist, nach alledem, was ich schon längst vor Hitlers Machtergreifung wußte und seitdem tausenfach bestätigt fand (Ihr w o l l t e t es nicht wissen), nach alledem gibt es für mich kein Zurück mehr, und wenn das Leben hier für unsereinen noch so schwer und unsicher ist. Manchmal kommt das alte Heimweh über einen: wenn man Briefe von Gesinnungsfreunden liest, die einem immer und trotz allem die Treue bewahrt haben oder wenn man Zeitungen oder Bilder aus Heidelberg bekommt. Und um noch einmal einige Verse zu zitieren, geschrieben von einer Frau irgendwo in USA:

Einmal möcht ich es noch sehen, jenes Land,
Das in fremde Welten mich verbannt,
Durch die wohlbekannten Gassen gehen,
Vor den Trümmern meiner Jugend stehen,

aber nicht, wie der darauf folgende, letzte Vers sagt:

Heimlich, ungebeten, unerkannt...

sondern mit dem Bewußtsein, daß mich dort Menschen erwarten, die sich durch keine noch so glänzenden Verlockungen und Erfolge in ihrem Instinkt, in ihren Überzeugungen und Handlungen beeinflussen ließen. Dein Morgenthal

V. »Mischehen«, »Mischlinge«

Mischlinge, christliche *Mischehen* und andere *rassisch* Verfolgte trafen die Maßnahmen des NS-Staats besonders schwer, da sie außerhalb der Schicksalsgemeinschaft der Juden standen. Die Auswirkungen auf verschiedene Menschen dieser Personengruppe soll in den folgenden Schriftzeugnissen zu Wort kommen. (Siehe auch Sauer II, S. 359 ff.)

Nr. 279

a) Schreiben von A. T., La Coupole, an Ph. M. vom 16. Mai 1933
(Stadtarchiv Mannheim 18/65–138)

Sehr geehrter Herr M.
Es war eine Schuftigkeit sondersgleichen von Ihnen, mein Kind taufen zu lassen! Wer hat Ihnen dazu ein Recht gegeben? Ich will mit Ihnen nicht über Religion diskutieren, aber wenn ich sehe, was 2000 Jahre Christentum z. B. aus dem deutschen Volke gemacht haben, dann habe ich weder für mich noch für mein Kind die Ambition, dieser Religion näher zu treten. Aber auch wenn ich anders dächte, wäre es eine grenzenlose Frechheit, Unverschämtheit gewesen, mit der Sie über mein Kind disponiert haben, für die ich Sie verantwortlich machen werde. Selbstverständlich wird dieser Schritt sofort rückgängig gemacht, das Kind – entgegen meiner ursprünglichen Absichten – nunmehr in p o s i t i v j ü d i s c h e m Sinne erzogen werden.

b) Brief von A. T. an seine Frau L. T. – ohne Datum –

Liebe L.
Der Spitzbubenstreich Deines Vaters gegen mich hat mich auf das tiefste erschüttert, und Du wirst begreifen, daß ich daraus für die Erziehung unseres Kindes Konsequenzen ziehen muß. Übrigens kann ich Dir den Vorwurf nicht ersparen, gegen meinen ausdrücklichen Willen das Kind nach Bonn gegeben zu haben. Auch kann ich nicht glauben, daß Du die Geschichte erst vor vier Wochen erfahren hast. Ich kenne doch unser Kind und seine Psyche zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß es Dir bereits Weihnachten bei Deinem Aufenthalt in Bonn davon erzählt hat. Das Traurige und wahrhaft Schmerzende für mich ist, daß diese Tatsache durch nichts

mehr aus der Welt zu schaffen ist. Was ich darum leide, ist entsetzlich, und man hätte mir keine größeren seelischen Qualen zufügen können, als Dein Vater mit seinem unverschämten Eingriff in meine Rechte. Aber trotzdem, man muß handeln. Zunächst bitte ich Dich um Gottes Willen, die Sache niemandem zu sagen, es wäre schrecklich, wenn meine Eltern etwas erfahren würden. Selbstverständlich wäre jetzt die erste Bedingung für ein Verbleiben des Kindes bei Dir eine positiv jüdische Erziehung. Du weißt, ich habe es nicht gewollt, aber jetzt muß es sein. Wenn Du einverstanden bist, würde ich mich deswegen mit dem Mannheimer Rabbiner in Verbindung setzen. Das Kind wird eine jüdische Schule oder zunächst jüdischen Religionsunterricht besuchen und in zionistische Kreise kommen. Das ist meine Bedingung sine qua non. Zweitens: Muß das Kleine jedes Jahr mindestens acht Wochen bei mir resp. meinen Eltern sein, und zwar möglichst so, daß es das jüdische Osterfest mitfeiern kann. Drittens: Darf mein Kind nie wieder mit Deinen Leuten, die mir so elend weh getan haben, in Verbindung kommen. Das ist meine conditio sine qua non. Über alles andere können wir reden. Aber in jüdischen Dingen gibt es in Deutschland für mich keine Alternative mehr.
Sonst werde ich Dir entgegenkommen, wo ich kann. Gemeinsame Freuden und Leiden haben noch immer ein tiefes Gefühl für Dich in mir zurückgelassen. Ich denke an die Tage in Bremen, an den »geordneten Haushalt« – aber mehr war mir ein Blick im Polizeipräsidium in Mannheim. Du wirst es nicht mehr wissen. Aber ich werde es Dir nie vergessen und danke Dir dafür.
So, ich muß wieder zur Arbeit. Schreibe mir, ob Du auf meinen Vorschlag eingehst. Viele Küsse für mein armes Kleines. Herzlichst A.

c) Brief von A. T. an seine Frau L. T. vom 11. September [1933]

Liebe L.
Wir wollen zunächst feststellen, daß wir in puncto Scheidung einig sind. Ich verlange kein Opfer von Dir. Selbstverständlich will und darf ich für Deine Karriere kein Hindernis sein. Aber Du mußt mir schon zugeben, daß ich für mein Kind ebenso das Beste will wie Du. Zunächst rein persönlich – ich habe so eine grenzenlose Sehnsucht nach ihm, daß ich zuweilen ganz verzweifelt bin. Alle Morgen höre ich bei mir im Hofe ein Kind rufen, genau wie ich Schöppchens Stimme im Ohr habe: Mama, Mama! Damit fängt die Sehnsucht an, und sie ist das Ornament meines Tages. Aber das ist persönlich und Dir gewiß egal. Wir wollen beide das Beste für das Kind, das nicht bloß eine jüdische Großmutter, sondern dazu einen jüdischen Großvater und zu allem Überfluß gar einen jüdischen Vater hat, und damit beginnt das Leid für ein Kind von heute in D[eutschland]. Das will ich dem Kind ersparen – gewiß, es ist ebenso Arier wie Jude, aber Du weißt, daß diese Menschenkategorie ebenso wie wir »Reinrassigen« – vielleicht noch mehr – negiert wird. Damit würde der Leidensweg für unser Kleines beginnen – und wenn es Dir gelänge, es zu »tarnen«, würde es in der Schule gegen mich, das ist gegen das Blut, das es im eigenen Körper hat, erzogen werden – und so uneigennützig, das

zuzugeben, bin ich nun wieder nicht. Ferner glaube ich, in geistiger Beziehung würde es für das Kleine hier ganz andere, größere Anregungen geben. Ich habe hier einen Kreis auserwählter Menschen um mich. Du darfst mir also keinen Vorwurf machen, wenn ich das Kind hier haben will – zuerst hatte ich Dir ja den Vorschlag gemacht, mit ihm zu kommen, das hast Du – und ich kann Dir nicht verdenken, daß Du nicht soviel Edelmut aufbringen willst – abgelehnt; dann hast Du mir selbst geschrieben, daß Du es für das Beste hältst, wenn das Kind herkommt. Und jetzt machst Du mir einen Vorwurf von Eigennutz und von Absichten, Dir das Leben zu verbittern. Wo steckt da die Logik? Vielleicht ist das A . . . . – Logik. Die kenne ich nicht. Dagegen – Du hast gegen meinen ausdrücklichen Willen das Kind zu Deinem Vater gegeben, der es zu meinem größten Schmerz hat taufen lassen, Du hast mir versprochen, die Taufe rückgängig zu machen, Du hast mir versprochen, das Kind in meinem Sinne zu erziehen.
Keinen meiner Wünsche hast Du erfüllt, mit Ausnahme, vielleicht, ich weiß es nicht, des letzten – und dessen weitere Erfüllung ist in Kürze nicht mehr von Dir, sondern von der Schule abhängig, die entweder einen gedrückten Menschen oder ein Kind, das mich hassen muß – also im Endeffekt auf jeden Fall ein armes Menschlein – machen wird.
So, nun überleg Dir mal, wer klarer sieht, Du dort – oder ich hier in einem Milieu, in dem Gedankenfreiheit Alpha und Omega ist. Wie gesagt, ich möchte mich von einer Frau, an die mich eine abgöttische Liebe gebunden hat – deren Strahlen mir noch heute nicht Ruhe lassen – nicht als Feind trennen und gebe Dir Gelegenheit, in Ruhe nachzudenken. Aber laß mich bitte nicht wieder auf Antwort warten, bis ich Dich daran erinnern muß. Alles Gute A.

d) Brief von L. T. an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 17. September 1933

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!
Auf Ihr freundliches Schreiben muß ich Ihnen mitteilen, daß ich die Briefe, die irgend etwas Belastendes – (nicht Persönliches) enthielten, vernichtet habe. Grund dazu waren zwei SA-Leute, die sich nach meinem Mann erkundigt haben. Einige andere Briefe lege ich bei, obwohl ich nicht glaube, daß man irgend etwas verwerten kann. –
Ich war in der letzten Woche etwas belastet und werde in dieser Woche zu Ihnen kommen. Hochachtungsvoll! L. T.

e) Brief von L. T. an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 5. Oktober 1933

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!
Im Anschluß an unser heutiges Gespräch gebe ich Ihnen einliegend ein Bild und den letzten Brief meines Mannes. Ich fühle mich unglücklich und belastet, einesteils

meiner Kleinen wegen, wenn ich daran denke, daß der Zeitpunkt, wo sie nicht mehr sicher ist – immer näher rückt – und anderenteils meines Mannes wegen. Ich habe mich geprüft, habe mir vorgestellt, daß ich trotz aller äußeren Gründe nach Paris fahren würde. Und ich fühle so gewiß, daß ich es nicht kann. Es würde uns zermürben, und es käme die Zeit, wo wir uns doch trennen würden. Sie können sich leicht denken, ein Künstler, der mit seiner Arbeit so verwachsen ist wie mein Mann, braucht einen Menschen, in diesem Falle die Frau – mich – nur als Gegengewicht und zur Besorgung seiner täglichen Dinge. Es gibt solche Frauen. Ich habe es – so glaube ich – meinen Mann nie fühlen lassen, daß ich nicht sehr glücklich bei ihm war, aber ich bin so herausgewachsen aus der Bahn, die mir in dieser Ehe vorgezeichnet war. –

Das, was Sie heute früh von dem rassischen Unterschied und den daraus erwachsenen, innerlichen Konflikten sagten, hat vieles beleuchtet, worüber ich mir früher nicht klar war. Sie haben recht. Mein Mann ist ein Volljude seiner ganzen Gesinnung nach. Ich habe das alles begriffen, die stolze Art, das Bewußtsein seiner Herkunft und die geistige Überlegenheit. Begriffen habe ich es, aber nicht selbst gefühlt. Und darum stand ich immer etwas außerhalb. Ich habe wunderbare Menschen gekannt. Viele Juden, und der überzeugteste war H. J. Rehfisch, der Autor der »Affäre Dreyfuß«. Sie werden ihn kennen. Dieser Mann war mein Mentor. Und trotzdem blieb mir das Innerste des Judentums fremd. Ich kenne nur wenig Christen, die anders denken wie ich, ich meine jetzt Menschen, die zu meinen Freunden zählten. Sie sind heute alle geächtet. – F

Ich will Sie nicht langweilen, Herr Rechtsanwalt. Aber glauben Sie mir, ich tue diesen Schritt nicht unüberlegt. Schreiben muß ich obiges, weil mir oft die Worte fehlen, wo die Feder nicht schnell genug den Gedanken folgen kann. Ich bin nicht gewohnt, viel über mich zu sprechen.

Verstehen Sie es, wenn ich Sie bitte, meinem Mann nichts von meinem Unbefriedigtsein in unserer Ehe zu schreiben? Ich hielt es für nötig, so gut ich konnte, ihm dieses zu verbergen.

Ich habe sehr viel Vertrauen zu Ihnen, Herr Rechtsanwalt. L. T.

Einfügung: F Ich bin oben nicht ganz logisch gewesen. Hier fehlt noch, daß ich seit meiner Kindheit immer in Kreisen verkehrt habe, die loyal gedacht und gehandelt haben. Und das war wohl bestimmend für meine ganze geistige Entwicklung. So trug ich ja keine Bedenken, mit einem Juden die Ehe zu schließen. Ich weiß nicht, ob man sich so assimilieren kann, daß man vollkommen aufgeht in einer anderen Anschauung. Das ist so etwas wie die Aufgabe des eigenen Ichs.

f) Schreiben des Rechtsanwalts Joseph Gentil an A. T., Paris, vom 13. Oktober 1933

Ihre Frau hat mich mehrfach zu Rate gezogen und mich ersucht, die zur Auflösung Ihrer Ehe erforderlichen Schritte einzuleiten.

Ich habe mit Ihrer Frau sehr eindringlich über dieses Vorhaben gesprochen und ihr alle die Bedenken vorgestellt, die sich in diesem Falle jedem unbefangenen und vernünftigen Berater aufdrängen. Ich habe auch auf die menschliche Seite hingewiesen und hervorgehoben, wie hart es für Sie ist, wenn nun die Ehe geschieden wird und Sie dadurch Frau und Kind verlieren. Andererseits muß ich Ihrer Frau recht geben, wenn sie mir sagt, daß es ihr unmöglich sei, sich von Deutschland zu trennen und daß sie als Deutsche und als Christin nicht lösen kann und will, was sie mit ihrem Vaterlande, mit der deutschen Sprache und mit ihrer Familie verbindet. Sie glaubt, das auch ihrem Kinde schuldig zu sein.

Nun braucht ja die Scheidung der Ehe trotzdem nicht zu erfolgen, wenn Ihre Frau mit dem Kinde in Deutschland bliebe und man sich über ein Getrenntleben verständigte. Ihre Frau sagt mir aber, daß das Fortbestehen der Ehe mit einem Juden, noch dazu mit einem Ausländer, es ihr unmöglich machen wird, weiterhin in ihrer Stellung beim Nationaltheater zu verbleiben, und daß man seitens der Verwaltung des Theaters wiederholt an sie dieserhalb herangetreten ist.

Wenn Ihre Frau sich also nicht entschließen kann, Ihnen nach Paris zu folgen, und wenn sie also gezwungen ist, ihre Existenz in Deutschland zu behaupten, dann muß die Lösung dieser Ehe erfolgen.

Wenn ich nach den Ehescheidungsgründen suche, so könnte ich ja vielleicht darauf hinweisen, daß die Verschiedenheit der Nationalität und der Rasse nach den heute in Deutschland geltenden Anschauungen vielleicht als Grund für eine Ehescheidung gelten könnten. Es ist möglich, aber immerhin zweifelhaft, daß das Gericht diese Tatsache als einen Ehescheidungsgrund für eine deutsche Frau gelten lassen wird, zumal da das Kind bisher der jüdischen Religion angehörte, jetzt aber getauft ist und da nach Ihrem Wunsche das Kind wieder der jüdischen Religion zugeführt werden soll. Es könnte sein, daß gerade dieser Punkt für das Gericht ein Ehescheidungsgrund von besonderer Wichtigkeit wäre.

Es widerstrebt mir aber, diese Dinge als Gründe anzuführen, noch weniger möchte ich geltend machen, daß zwischen Ihnen und Ihrer Frau tiefgehende Zerwürfnisse entstanden seien, die aus einer Verschiedenheit der Weltanschauung, der Rassen und der Religion hervorgehen. Es liegt mir nicht, solche Dinge als Ehescheidungsgrund vorzutragen, und ich möchte auch alles vermeiden, was das menschliche Verhältnis zwischen Ihnen und Ihrer Frau trüben und was Sie, der Sie Ihre Frau aus Liebe geheiratet haben, und der Sie, wie ich aus Ihren Briefen ersehe, Ihr Kind abgöttisch lieben, in Ihren Gefühlen als Gatte und Vater verletzen könnte.

Diese Bedenken haben mich veranlaßt, mit Ihrer Frau selber zu sprechen, ob es nicht ein viel einfacheres Mittel gäbe, um die Scheidung herbeizuführen, ob nämlich nicht ein so absoluter Ehescheidungsgrund vorgebracht werden könnte, dies wäre – verzeihen Sie mir dieses etwas brutale Wort – ein Ehebruch auf Ihrer Seite.

Es ist begreiflich, wenn man als Mann und Rechtsanwalt daran denkt, daß bei all Ihrer Liebe zu Ihrer Frau in den vielen Monaten der Trennung ein solcher Ehebruch vorgekommen sein könnte; es liegt auch nahe, daran zu denken, daß Sie inzwischen Beziehungen zu einer anderen Frau angeknüpft hätten. Es wäre auch möglich, daß eine solche »Eheirrung« schon während Ihres Aufenthalts in Berlin

vorgekommen wäre, von der Ihre Frau bis jetzt nichts weiß. Wenn das der Fall ist, so wäre es am besten, Sie würden den Namen einer in Betracht kommenden, in Deutschland wohnenden Frau und deren Adresse angeben, und ich würde diese Frau als Zeugin für die Tatsache des Ehebruchs benennen. Diese Frau hat, wenn ein solcher Ehebruch geschehen ist, das gesetzliche Recht, das Zeugnis zu verweigern; die gerichtliche Vernehmung wird sich also sehr rasch und ohne jede Peinlichkeit erledigen.
Verzeihen Sie, wenn ich mit dieser Frage heute an Sie herantrete; es geschieht aber in wohlüberlegter Rücksicht auf beide Teile, die sich sicherlich nicht gegenseitig dadurch verletzen wollen, daß Sie in der Ehescheidungsklage Gegensätze der Rasse, der Religion und der Weltanschauung hervorkehren und als einen unvermeidlichen Ehescheidungsgrund bezeichnen.
Ich möchte ganz besonders betonen, daß dieser Gedanke nicht von Ihrer Frau, sondern von mir stammt. Ihre Frau hat mir im Gegenteil gesagt, sie glaube nicht, daß Sie ihr untreu geworden seien; aber sie hat mir die Erlaubnis gegeben, diese Frage an Sie zu richten, weil es sicherlich am besten wäre, wenn ein Ehebruch als Scheidungsgrund angegeben werden könnte.
Ich bitte Sie, mir zu glauben, daß ich Verständnis dafür habe, wie sehr Sie dieser Streit um die Ehescheidung kränken und verletzen muß, und daß es Ihnen vielleicht höchst unangenehm ist, über die Ehescheidungsgründe mit mir zu korrespondieren. Ihre Frau ist aber überzeugt, daß sie eine ruhige und einigermaßen gesicherte Existenz in Deutschland nur dann finden kann, wenn diese Ehe geschieden wird, und sie glaubt, daß diese durch die jetzigen Ereignisse aufgerissenen Gegensätze der Weltanschauung sich nur sehr schwer überbrücken lassen. Sie leben in einer anderen Welt als Ihre Frau, und Ihre Frau kann sich nicht entschließen, Ihnen in diese Welt zu folgen. Sie ist noch zu jung, um für immer als verheiratete, aber von ihrem Mann dauernd getrennte Frau zu leben, man muß es ihr wünschen, daß es ihr nach einiger Zeit gelingen möge, sich ein neues Leben aufzubauen. Auch diesem Ziele sucht mein heutiger Brief zu dienen.
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Antwort recht bald zukommen lassen.

g) Brief von A. T. an seine Frau L. T. vom 17. Oktober 1933

Meine liebe L.!
Beinahe hätte ich über der Lektüre Deines Briefes vergessen, rechtzeitig aus der Metro auszusteigen. Ich danke Dir, daß Du so lieb und freundschaftlich schreibst, aber die Antwort Schöppchens, »er soll sein Geld für sich behalten« – hat mich restlos entgeistert. Das ist nicht die Sprache eines Kindes gegen jemand, den es lieb hat, gegen einen Vater. Wo hat es so reden gelernt?
Aber ich will nicht davon sprechen – abgesehen davon, ich bin heute völlig überzeugt, daß es dort nicht bleiben darf. Im Frühjahr müßte es in die Schule und da beginnt die wirkliche Gefahr. Glaube mir, ich weiß, wie es Kindern, christlichen Kindern jüdischer Abstammung, ergangen ist und fürchte. Sag, warum habe ich seit

Bonn kein Bild mehr vom Kind gesehen, wo es lacht? Was hat man aus meinem Schöppchen gemacht? Ich bin sehr beunruhigt. Liebe L., ich denke, in 2–3 Monaten meine Eltern hier zu haben, dann ist es eine Kleinigkeit, das Kind zu mir zu nehmen. L., ganz ohne Egoismus von Dir und mir. Glaube mir, es wird Dir von hier aus nicht antworten: »Sie soll ihr Geld nur behalten.« Ich weiß, was eine Mutter ist, aber die beste Mutter von der Welt kann in solcher übermächtigen Situation eine zarte Seele nicht vor schrecklichen Einflüssen schützen. Und der Schutz, den Du dem Katholizismus zuschreibst – ist in analogen Fällen ausgeblieben. Also es ist mir klar, was zu tun ist. Aus der Kirche werde ich es abmelden, nachdem Du jetzt einen Rückzieher machst. Du versprachst – aber ich muß handeln im Interesse des Kindes einzig und allein. Glaube mir, es wird hier ein Milieu vorfinden, das auch Deine Zustimmung finden würde. Die Atmosphäre dieser einzigen Stadt kann aus Schöppchen den Menschen machen, so wie Du ihn Dir geträumt und mir mehr als einmal geschildert hast, nicht aber das Mannheim von heute. Also, L., wenn Du das Kind lieb hast, gibt es nur eine Lösung, die vielleicht salomonisch ist. Ich betreibe die Dinge mit größtem Eifer, auch meiner Eltern wegen, die in einer unmöglichen Situation sind. Wenn es soweit ist, bringst Du das Kind her und überzeugst Dich, wie es untergebracht ist. Und dann kommst Du jedes Jahr auf 1, 2 Monate oder mehr her. – Du bist mir jederzeit willkommen, das weißt Du. Heiraten tu ich vorläufig doch nicht wieder... In bezug auf meine Eltern täuschst Du Dich – sie wissen nicht mehr, als daß wir in Scheidung sind – sonst schreibe ich kein Wort darüber.

Mir geht es – unberufen – beruflich sehr gut. Ich arbeite im Theatre des Capucines, wir spielen eine entzückende Revue »Diòle d'Époque« von C. et D., die wohl die beliebtesten Autoren von Paris sind und selbst mitspielen. Wir haben kein Orchester, ich begleite am Piano. Gestern abend höre ich in der Pause deutsch reden. Sie unterhielten sich: »Eigentlich ist es gar nichts und doch so voller Charme und Grazie, wie es bei uns nie möglich wäre! Und der Pianist, was der Junge ein Feuer und dabei eine Zartheit hat – ist allein unbeschreiblich!« Wenn die gewußt hätten, wie gut ich deutsch verstehe!

Meine Kollegen sind – unberufen – alle entzückend. Die Komödie ist fast täglich ausverkauft und ich jeden Abend ausgepumpt. Ich gebe viel Stunden. Auch meine Lady, deren Einladung nach der Côte d'Azur ich im Sommer nicht annehmen konnte, arbeitet wieder. Und es ist so gut wie sicher, daß ich im nächsten Monat einen großen Operettenfilm mit F. komponieren werde. Und durch die süßeste aller hiesigen Bekannten – meine F., hoffe ich, die Farart [?] zu verwirklichen. Auch C. und D. wollen mit mir arbeiten. Vorgestern habe ich mit D. im Französischen Autoclub getingelt und bis 3 Uhr nachts – geachelt. Da war ein Balett – sowas Nacktes kannst Du Dir gar nicht vorstellen. Gestern war der Sohn von O. St., nicht der E., der andere, im Theater; wir waren danach bis um 2 im Café. Es war sehr nett. Weißt Du, daß G. A. ein Baby erwartet? Weißt Du, daß sich A. und H. R. das Leben genommen haben? Es passiert soviel in der Welt.

M. ist vorgestern angekommen – Montag will ich Schöppchens Geburtstagsbrief schreiben. Für heute, L. – ich rede Dir ins Gewissen – denke Dir, was ich schon

im letzten Briefe gesagt habe, das Kind wird nach mir, nicht nach Dir gewertet – und kein Kummer würde ihm in der Schule erspart bleiben – ganz unegoistisch. – Gib mir die Adresse der Bonner Kirchengemeinde – sonst wird wohl auch ein Brief an dies[e] Adresse sein Ziel erreichen. Alles Gute und herzliche Grüße

Dein A.

b) Erwiderung von A. T., Paris, an das Landgericht Berlin vom 28. Februar 1934 – Geschäftsnummer: 289 As. 37.34 – betr.: T. gegen T.

In Sachen T. ·/. T. erwidere ich auf die Klageschrift folgendes:
Es ist richtig, daß ich mit der Klägerin... die Ehe geschlossen habe und daß aus dieser Ehe unsere Tochter Lucie-Irene hervorgegangen ist.
Es ist auch richtig, daß ich den Beruf eines Kapellmeisters habe und daß die Klägerin Chorsängerin am Nationaltheater in Mannheim ist.
Wir leben seit September 1932 getrennt. Es ist aber unrichtig, daß seit dieser Zeit eine Entfremdung zwischen mir und meiner Ehefrau eingetreten ist. Ich habe Deutschland verlassen, weil ich keine Existenzmöglichkeit mehr dort gesehen habe. Ich bin zunächst alleine ins Ausland gegangen, um mir eine Existenz zu schaffen, da es zu gefahrvoll gewesen wäre, sofort mit Frau und Kind Deutschland zu verlassen. Sobald ich jedoch festgestellt habe, daß ich mit meiner Familie von meiner Arbeit leben konnte, habe ich meiner Frau geschrieben und sie aufgefordert, mit dem Kind nach Paris zu kommen.
Wenn die Klägerin mir vorwirft, daß ich das Kind im jüdischen Glauben erziehen lassen will, so kann hier von Schuld gar keine Rede sein, denn da ich Jude bin, so ist das Kind auch Jude, und es ist nur selbstverständlich und natürlich, daß es dann im jüdischen Glauben erzogen wird.
Ferner hätte die Klägerin sich überlegen müssen, als sie die Ehe schloß, ob sie mit einem Juden die Ehe schließen kann, aber nachträglich kann sie aus der Tatsache, daß ich Jude bin, während sie rein arischer Abstammung ist, keine Schuld konstruieren, die zur Scheidung der Ehe führen könnte. Vielleicht hätte die Klägerin die Ehe nach den neuen Gesetzen des nationalsozialistischen Staates anfechten können, aber keinesfalls kann sie nunmehr eine Scheidungsklage erheben und sie so begründen, wie sie es getan hat. Ich bemerke auch, daß die Klägerin zum jüdischen Glauben übergetreten ist.
Die Art und Weise, wie die Klägerin gegen meinen Willen und hinter meinem Rücken das Kind hat taufen lassen, dürfte bei objektiver Betrachtung schwerlich als meine Schuld bezeichnet werden, sondern als ein schwerer Verstoß der Klägerin gegen die elementarsten Ehepflichten. Die Klägerin müßte wissen, daß sie durch diese Taufe das Kind – so wie die Dinge nun einmal liegen – in eine sehr schwierige Lage bringt, während das offene Bekenntnis eines Juden zum Judentum wohl schwerlich angefochten werden kann.
Aus all diesen Gründen scheint mir die Klage gegen mich aussichtslos zu sein, und ich bitte, der Klägerin das Armenrecht zu verweigern.

i) Brief von A. T., London, an L. T. vom März–April 1935

Sonntag-Nachmittag

Liebe L., mit dem Rechtsanwalt ist es eine dumme Sache. Er sitzt irgendwo in Paris – ich habe seine Adresse nicht. Und hab' auch momentan gar nicht genug Geld, ihn zu bezahlen. Ich bin glücklich, daß ich Dir Schöppchen diesen Monat abnehmen konnte und hoffe, es auch nächsten Monat zu können – aber für den Rechtsanwalt reicht es nicht. Ich mache Dir den Vorschlag, geh zu Deinem, arbeite irgend etwas aus, schicke es mir, ich gehe damit zu irgend einem Armen-Anwalt und werde Dir dann sagen, reiche das so ein oder nicht. Aber nicht wieder einreichen, ohne mir zu sagen! Nicht wahr?

Betreffs der rel. Erziehung Schöppchens hast Du mich mal wieder falsch verstanden. Daß die katholische Religion »kulant« ist, spielt keine Rolle. Nur, wenn es Dir ernst ist, mir das Kind zu lassen, sobald ich irgendwo Fuß gefaßt habe, mußt Du einsehen, daß das Kind eine Enttäuschung haben wird, wenn es zu mir kommt und sieht mich fremd allen diesen Sachen gegenüber, die man es jetzt – in den eindrucksvollsten Jahren für so etwas – lieben gelehrt hat. Das möchte ich vermeiden und bitte Dich um Antwort, ob ich nicht recht habe. – Ich will sehen, wenn alles gut geht, schicke ich Dir einen kleinen Zuschuß zur Reise nach Rottach.

Du tu bloß achtgeben auf deine Lunge, Bronchien – und richte Dich nicht kaputt – iß tüchtig, schlafe regelmäßig – und schreibe regelmäßig. Dein A.

j) Schreiben des Rechtsanwalts H. Reinefeld, Berlin, an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 20. Dezember 1935

In Sachen T. habe ich heute mit dem Anwalt des Ehemannes gesprochen, der jetzt in London war und dort mit Herrn T. und seinen Anwälten gesprochen hat. Die Gegenpartei verlangt nach wie vor, daß das Kind nach England herausgegeben wird. Für diesen Fall will die Gegenseite ehewidrige Beziehungen zugeben, die Alleinschuld übernehmen, und die Kosten des Prozesses sollen geteilt werden. Der Ehemann T. behauptet, daß er Ehescheidungsgründe gegen unsere Mandantin habe. Ich bitte, nunmehr eine kurze Stellungnahme unserer Mandantin herbeizuführen, ob sie etwa das Kind dem Vater überlassen will. Es werden von der Gegenseite die uns bekannten Gründe angeführt, die ich hier nicht noch einmal zu wiederholen brauche. Es fragt sich also, ob tatsächlich die Gegenseite trifftige Ehescheidungsgründe gegen uns hat. Es besteht in diesem Fall zweifellos die Gefahr, daß die Arbeitgeberin unter Umständen die dann im Prozeß zur Sprache kommenden Gründe als Kündigungsgründe heranziehen wird, wenn die Ehescheidung durchgeführt wird. Ich habe heute nochmals alle Briefe durchgelesen, die ich ja wohl im Ernstfalle im Original dem Gericht zum Zwecke des Beweises vorlegen muß. Ich bin doch etwas unsicher, ob nicht das Gericht daraus den Verdacht einer vereinbarten Ehescheidung schöpfen kann und dann die Klage überhaupt abweist. Mit einem derartigen Ausgange wäre uns in keiner Weise gedient. Ich bitte Sie, deshalb nochmals

mit der Mandantin zu sprechen und mir die Stellungnahme so rasch als möglich zukommen zu lassen.

k) Brief von A. T. an seine Frau L. T. vom 10. Januar 1936

Liebste L.!
Sei doch einmal vernünftig! Überleg doch mal, wohin Dich die Politik Deines juristischen Beraters, vor dem ich Dich nach seinem ersten Brief instinktiv gewarnt habe, führen muß! Allenfalls, daß Du das Kind behalten und ich höchstens die Möglichkeit bekommen kann, es nur einmal im Jahre zu sehen! Das, wenn ich mich gar nicht wehre! Da ich aber weiß, daß trotz allem und trotz angeblicher Besserung Schöppchen dort nur ein Mensch zweiter Klasse werden kann (daß Du das nicht verstehst!), während es hier ein freier, ganzer Mensch wird, deshalb muß ich mich wehren und zur Taktik Deines Anwalts übergehen, und das bedeutet, daß für Dich außer dem Kind alles, was Du bist und hast, auf dem Spiele stehen wird. Ich bitte Dich inständig, lasse es nicht so weit kommen – nochmals nicht meinetwegen, sondern weil bei mir im Gegensatz zu Dir ein unlöschbarer Funke mich zurückhält, den Menschen, den ich einmal tief und heilig geliebt habe, zu vernichten! Ich überlasse es Dir, diesen Brief als persönlich zu betrachten oder Deinem Freund und Anwalt zu übergeben.

l) Gesuch der geschiedenen Ehefrau L. T., geb. M., Mannheim, um Genehmigung zur Wiederannahme ihres Mädchennamens an das Standesamt S. durch Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 1. Februar 1937

Ich lege Vollmacht für Frau L. T. vor, ebenso die mit Rechtskraft versehene Ausfertigung des Ehescheidungsurteils des Landgerichts Berlin vom 28. März 1936. Frau L. T., die rein arischer Abstammung ist, bittet um die Genehmigung, daß sie ihren Mädchennamen M. wieder annehmen und sich künftighin Frau L. M. nennen darf.

Nr. 280
Neue Mannheimer Zeitung 7. März 1934

Die arisch-jüdische Mischehe anfechtbar

Als erstes deutsches Obergericht hat das Oberlandesgericht Karlsruhe durch ein Urteil[10] vom 2. März 1934 die Anfechtung einer arisch-jüdischen Mischehe wegen Irrtums über Wesen und Bedeutung der Rasse zugelassen.

---

[10] Laut Israelitischem Familienblatt vom 8. März 1934 handelt es sich um das Urteil II. ZBR 208/33. Siehe dazu auch NS-Kurier, 5. März 1934, S. 6 (abgedruckt bei Sauer I, Nr. 9).

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Man hat heute erkannt, daß die jüdische Rasse hinsichtlich des Blutes, des Charakters, der Persönlichkeit und der Lebensauffassung etwas ganz anderes ist als die arische Rasse, und daß eine Verbindung und Paarung mit einem Angehörigen dieser Rasse für den Angehörigen der arischen Rasse nicht nur nicht wünschenswert, sondern verderblich ist, weil sie den Arier als einzelnen, namentlich aber auch in seiner Eigenschaft als Volksgenosse, in die Gefahr bringt, seiner Rasse und seinem Volkstum fremd zu werden und darüber hinaus artfremde Kinder zu erzeugen. Der Gegensatz der Rassen, wie er heute erkannt ist, ist ein so tiefgehender, daß er kaum noch zu einer Ehe zwischen Arier und Nichtarier führen wird. Das Gericht ging deshalb davon aus, daß der Kläger bei Kenntnis der wahren Sachlage die Ehe nicht geschlossen haben würde.

Nr. 281

a) Eingabe von Frau F. H., Mannheim, an das Deutsche Rote Kreuz – Präsidium – Amt Auslandsdienst, Berlin, vom 28. Dezember 1942 (Stadtarchiv Mannheim 18/65–40)

Zum Zwecke der Ehescheidung benötige ich eine Bescheinigung des Roten Kreuzes, daß mein Mann Alfred Israel H., geb. 28. 11. 1901 in Aachen, zuletzt wohnhaft in Mannheim, Karl-Mathy-Straße 7, ausgewandert nach Belgien Ende Januar 1939, später in das Camp de Gurs (Südfrankreich) gebracht worden ist, von dort aber Anfang September 1942 nach unbekannten Orten abtransportiert worden und daß sein gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt und nicht zu ermitteln ist. Als Beleg füge ich einen Brief meines Mannes sowie eine Karte von einer seiner Schweizer Verwandten bei.
Die hiesige Stelle des Roten Kreuzes verwies mich an Sie, und ich wäre dankbar für baldmöglichste Übersendung dieser Bescheinigung. Rückporto liegt bei.

b) Benachrichtigung von Frau F. H. durch Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 2. Juli 1943

In Ihrer Sache hat das Gericht heute Urteil auf Scheidung der Ehe verkündet. Ausfertigung des Urteils werde ich Ihnen nach Eingang zusenden.

c) Anordnung des Landgerichts Mannheim, Zivilkammer 2, in Sachen Ehescheidung H. gegen H. an Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 5. Juni 1943 – Aktenzeichen: 2 R 333/42

Die öffentliche Zustellung des Scheidungsurteils an den Beklagten wird angeordnet.

Nr. 282

a) Strafanzeige der Geheimen Staatspolizei – Außendienststelle Mannheim – gegen H. K. vom 2. Dezember 1942 – II B 3427/42 – wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre und wegen Devisenvergehen – Vermerk: »Haft« (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim II a Js 1788/42)

Am 24. 4. 1942 sollte der beschuldigte K. durch die Geheime Staatspolizei evakuiert werden. Dies wurde ihm Mitte März 1942 eröffnet und ihm mitgeteilt, daß sein Vermögen eingezogen ist und daß er kein deutsches Geld mit in das Ausland nehmen darf. K. versuchte nun, durch seinen Arbeitgeber von der Evakuierung befreit zu werden, was aber abgelehnt wurde. Am 14. 4. 1942 flüchtete K. dann nach Frankreich, und konnte sein Aufenthalt bisher nicht festgestellt werden.
Am 6. 10. 1942 teilte ein V-Mann der Abwehrstelle Wiesbaden mit, daß der Stiefvater des Beschuldigten, der in Weinheim bei der Hühnerfarm Fo. beschäftigt ist, näheres über die Flucht weiß und daß auch diesem Personen bekannt sind, die die Flucht begünstigt haben. Es erfolgte dann durch die Abwehrstelle eine Verständigung der Geheimen Staatspolizei, welche wiederum die Kriminalpolizei Weinheim beauftragte, die Vernehmung des K. sen. durchzuführen. Diese Vernehmung, die angeschlossen ist, erfolgte im Beisein eines Abwehroffiziers.
Diese Vernehmung hat ergeben, daß der Adoptivvater des K. dem Beschuldigten Geld zur Ausreise aus Deutschland zur Verfügung stellte und daß er gemeinsam mit der angeblichen Braut des Juden K. franz. Geld in dessen Rock einnähte.
Auch diese Vernehmungsniederschriften sind angeschlossen. Daraufhin wurden von der Geheimen Staatspolizei weitere Feststellungen gemacht und hierbei festgestellt, daß die ledige Hausangestellte B. G. aus Bonsweiher mit dem Juden K. ein Verhältnis unterhalten hat, das auch zum mehrmaligen Geschlechtsverkehr führte. Die G. wurde am 27. 11. 1942 festgenommen und befindet sich im Gerichtsgefängnis Mannheim in Schutzhaft.

Weinheim, den 26. November 1942.

Auf Vorladung erscheint der verw. Gärtner K. K., geb. am 30. 9. 1871 in Lahr, Kreis Offenburg, wohnhaft in Weinheim, Breitwieserweg (Geflügelfarm) und gab auf Befragen an:
»Im Jahre 1922 holte meine Frau das etwa 3–4 Monate alte Kind mit dem damaligen Namen Karl Heinz F. in Schriesheim bei einer Frau H. ab. Letztere ist jetzt verstorben. Meine Ehefrau erhielt eine monatliche Vergütung in Höhe von RM. 35.–. Dieses Geld wurde von dem Großvater Dr. F. in Mannheim bezahlt. Die Mutter des Kindes kannten wir nicht. Einmal wohnte sie vorübergehend in der Wirtschaft zur »Pfalz« in Schriesheim. Dort machte sie erhebliche Schulden. Von Schriesheim aus hat sie uns auch einmal besucht. Das Verpflegungsgeld erhielt ich m. W. bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes. Dr. F. war nervenleidend und nahm sich selbst das Leben. Von diesem Zeitpunkt an bekam ich nichts mehr ver-

gütet. Dies war nach dem Jahre 1927. Ich berichtige, daß sich Dr. F. erst nach der Adoptierung des Kindes das Leben nahm. Dies war also nach 1927. Von diesem Zeitpunkt an hörte jede Verbindung mit der Familie F. auf. Von der Mutter wissen meine Frau und ich überhaupt nichts. Wir ließen das Kind evangelisch taufen und schickten es später in die Volksschule in Schriesheim. Ich wohnte damals in Schriesheim. Ich arbeitete s. Zt. in Friedrichsfeld bei einer Firma.
Das angenommene und adoptierte Kind Karl Heinz war ein guter Schüler und kam in der 8. Klasse aus der Schule. Im Jahre 1936 kam er aus der Schule. Nach der Schulentlassung brachte ich den Jungen auf dem Hofgut Frömersberg [gemeint: Fremersberg] in Baden-Baden unter, weil er schon als Schüler reges Interesse für die Landwirtschaft zeigte. Nach 6 Monaten wurde er von der Landesbauernführerin weggeholt und zu dem Hauptmann Behrens, Geflügelhof, in Achern verbracht, wo er die Geflügelzucht erlernte. Dort befand er sich etwa 3/4 Jahr. Um diese Zeit mußte er den arischen Nachweis erbringen. Ich selbst sollte ihm die Papiere besorgen. Bei der Beschaffung der Papiere stellte sich heraus, daß die Mutter und die Großeltern Juden sind. Der Junge befand sich beim Jungvolk, in der Hitlerjugend war er nicht. Am 9. Mai 1939 kam er von Dr. Behrens aus in die Geflügelfarm Fo. in Weinheim. Beim Kriegsausbruch, als der Besitzer der Geflügelfarm Fo. zur W e h r m a c h t eingezogen wurde, kam ich ebenfalls in die Geflügelfarm. In der Hauptsache betätigte ich mich als Gärtner. Der Sohn Karl Heinz hatte somit die Geflügelfarm selbständig zu führen. Frau Fo. kam jeden Tag zu ihm in die Farm. Den täglichen Anfall der Eier schrieb er in eine Liste ein, machte sie zum Abholen fertig, so daß die Frau Fo. nicht mehr viel zu tun hatte. Es kann sich in der Hauptlegezeit um eine tägliche Menge von 230–250 Stück Eier gehandelt haben. Karl Heinz hatte auch die Verwaltung und die Einteilung des Hühnerfutters. Der Bestand dürfte sich durchschnittlich auf etwa 50 Zentner belaufen haben. Als Hilfe für die zu erledigenden Arbeiten war ihm die jetzt 19 Jahre alte R. K., wohnhaft Hauptstraße Nr. 1 hier, zugeteilt. Dieses Mädchen ist jetzt noch bei Fo. beschäftigt. Ich selbst schlafe in der Geflügelfarm, habe aber wenig mit dem Geflügel zu tun. Seit etwa zwei Monaten ist auch eine Russin in der Farm beschäftigt. Letztere schläft ebenfalls in der Geflügelfarm. Ich bemerke, daß mein Sohn bis zu seiner Flucht bei mir im Zimmer schlief. Er bekam auch öfters Besuch von seinen Freunden. So kam ein Bäckergeselle und ein Schneider von Viernheim öfters zu ihm in die Farm. Außerdem wurde er von einem Albert Hannemann, Paul Billet-Straße, und Karl Quick sowie Hans Quick (Bruder) vom Stahlbad besucht. Mein Sohn war mit den Genannten gut bekannt. Mein Sohn besuchte seine Freunde auch in ihren Wohnungen. Ich glaube nicht, daß er von seinen Freunden ausgenutzt wurde. Im März ds. Js. sagte mir die Frau Fo., daß 44 Stück Hühner fehlen würden. Zuerst hieß es, es seien 14 dann 44 Stück. Herr Fo. machte eine Bestandsaufnahme und errechnete den Fehlbestand auf etwa 100 Stück. Herr Fo. sagte mir, daß ich für den Schaden in Höhe von 140 Mark aufkommen müsse. Mit diesem Vorschlag war ich einverstanden, weil ich keinen Zweifel hegte, daß mein Sohn den Schaden verursachte. Wie mein Sohn es mit den Hühnern machte, weiß ich nicht. Ich habe nicht bemerkt, daß er solche fortschaffte. Ich bin aber der festen

Überzeugung, nachdem mir Fo. den Fehlbestand einwandfrei meldete, daß die Hühner von meinem Sohn fortgeschafft wurden. Wenn er abends fortging, benutzte er meistens das Fahrrad. Etwas Auffälliges habe ich nie bei ihm bemerkt. Am 4. Mai 1942, um 3.15 Uhr, verließ mein Sohn die Geflügelfarm mit dem Bemerken, daß er nach Frankreich gehe, da er nicht mit den Juden fortgehen könne. Er erklärte weiter, daß er evangelisch erzogen sei und sich nicht zu den Juden bekennen könne. Von der Zeit an, als ihm mit Schreiben der Geheimen Staatspolizei Mannheim mitgeteilt wurde, daß er sich für den Abtransport bereit halten solle, bereitete er sich für seine Flucht vor. Er ließ sich Stunden von einem in Weinheim wohnenden Fräulein geben, und zwar zur Erlernung der englischen Sprache. Er entschloß sich dann aber, nach Frankreich zu gehen. Am Sonntagmorgen, den 2. 5. 1942, stand ein Personenkraftwagen (dunkelblau) gegenüber der Hühnerfarm auf der Straße. Ich kam auf dem Heimweg von der Stadt gerade dazu, wie sich mein Sohn mit den zwei Insassen, junge Leute, unterhielt. Bis ich etwa an die Ziegelei kam, war der Wagen aber bereits abgefahren. Mein Sohn sagte mir auf Befragen, daß es Bekannte von ihm seien. Um die Mittagszeit sagte mir mein Sohn, daß er nach Mannheim müsse, ich solle ihm am Abend das Geflügel füttern. Am folgenden Tag, Montag, den 3. 5. 1942, sagte mir mein Sohn abermals, daß er noch einmal nach Mannheim müsse. Er fuhr dann auch an diesem Abend dorthin. Gegen 22.30 Uhr kam er von dort zurück. Wir unterhielten uns noch im Zimmer, als er zurückgekommen war. Dabei erzählte er mir unter gleichzeitigem Vorzeigen, daß er französisches Geld in Mannheim geholt habe. Ich glaube, daß es etwa 1500 Franken waren; mein Sohn mußte angeblich 50 Mark dafür bezahlen. Mein Sohn erklärte mir noch, daß er am nächsten Morgen (4. 5. 42) fortfahre. Sein Reiseziel sei zunächst Mühlhausen i/E. Von Ludwigshafen aus fuhr mein Sohn morgens um 4.25 Uhr ab. Einen Reisepaß hatte er nicht im Besitz. Ich weiß genau, daß er nur sein Arbeitsbuch und den Geburtsschein im Besitz hatte. Sein Sparguthaben, welches er auf der Volksbank in Weinheim angelegt hatte, holte er vorher ab. Der Sparbetrag wird sich etwa auf 290 Mark belaufen haben. Als mein Sohn wegging, nahm er seine Leibwäsche und das Fahrrad mit sich. Ich selbst gab meinem Sohn etwa 200 Mark von meinem Geld. Er nahm noch einige Schmuckstücke (Gold) von meiner verst. Frau mit. Meine Frau hat vor ihrem Ableben gesagt, daß diese Stücke dem Karl Heinz gehören sollen. Es handelt sich um zwei goldene Broschen, eine goldene Kette und eine goldene Quaste. Der Wert dürfte etwa 100 Mark betragen. Ich kaufte ihm auch eine Hose, die etwa 17 Mark kostete. Mein Sohn hatte hier ein bekanntes Mädchen, B. G. von Bonsweiher, die hier in Stellung war. Das Mädchen befindet sich seit Mai ds. Js. bei ihren Elten in Bonsweiher. Am Montagabend, den 3. 5. 1942, gegen 21 Uhr, kam das Mädchen zu mir in die Geflügelfarm, um sich von meinem Sohn zu verabschieden. Sie mußte aber bis etwa 22.30 Uhr warten, bis mein Sohn von Mannheim kam. Das Mädchen war ihm dann noch etwas behilflich, da er am nächsten Morgen die Abfahrt festgelegt hatte. Das Mädchen nähte ihm sein französisches Geld in den Rock. Um 23 Uhr begab sie sich nach Hause. Mein Sohn kam am letzten Abend nach Hause und zeigte mir einen Zettel, auf dem geschrieben stand, daß er mit dem Fahrrad nach Ludwigshafen fahren

solle. Dort solle er das Fahrrad aufgeben und nach Straßburg fahren. Ich berichtige, daß geschrieben war, er solle vor Straßburg aussteigen und mit dem Fahrrad durch Straßburg fahren, dann soll er wieder mit dem Zug bis Kolmar fahren, aber vor Kolmar aussteigen und wieder mit dem Fahrrad fahren. Dann solle er wieder den Zug nach Mühlhausen benutzen und dort über die Grenze gehen. Wer den Zettel geschrieben hat, weiß ich nicht. Ich habe darüber auch nicht mit meinem Sohn gesprochen. Bei der Aussprache sagte mir mein Sohn, daß er den Herrn W. von Mannheim getroffen habe. Ich kenne diesen Herrn auch, da er öfters in die Geflügelfarm kam. Ob sich Herr W. am Sonntag, den 2. Mai 1942, bei dem Auto, welches auf der Straße bei der Farm stand, befunden hat, weiß ich nicht. Nach meiner Ansicht war er nicht dabei. Ich gebe zu, daß der Zettel von dem Kriegsverwaltungsrat W. geschrieben und meinem Sohn übergeben worden war. Bei seiner Abreise sagte mein Sohn, daß er sich in Frankreich einen falschen Paß ausstellen lassen kann.«

b) Schreiben des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Lyon an den Oberstaatsanwalt in Mannheim vom 16. Juni 1944 – Az: P. A. Nr. 270/44 IV A 2

Betrifft: Jude Karl Heinz Israel K., geb. 6. 5. 22 in Mannheim.
Vorgang: Dortiges Ausschreiben Aktz.: II a Js 1788/42.
Der Obengenannte wurde am 2. 5. 44 bei einem Einsatz gegen ein Terroristenlager in der Gegend von Belmont, Dep. Loire, festgenommen. Am 20. 5. 44, als er bei einem erneuten Einsatz den Weg zu einem anderen Terroristenlager zeigen wollte, ergriff er die Flucht und wurde dabei erschossen.
Die Löschung des Ausschreibens ist von hier aus nicht veranlaßt worden.

Nr. 283

Gesuch der Mutter des Gefreiten A. F. an die Kanzlei des Führers und Reichskanzlers in Berlin um Belassung des Sohns bei der Wehrmacht vom 10. August 1943 (Stadtarchiv Mannheim 16/67–33)

Als Mutter des obengenannten Gefreiten A. F. trage ich folgendes Gesuch ergebenst vor. Ich war niemals verheiratet. Der Erzeuger meines obengenannten Sohnes war der jüdische Kaufmann Jakob B. aus Mannheim, Sohn des Weinhändlers B. daselbst. Er ist nach vorausgegangener zweimaliger Verwundung am 15. April 1915 bei Verdun als Unteroffizier gefallen, also sieben Monate vor der Geburt des von ihm erzeugten Sohnes. Meinem Sohn war von diesem Sachverhalt nichts bekannt. Ich war zu arm, um ihn großzuziehen, und habe ihn schon in frühester Jugend in die Obhut von Pflegeeltern gegeben. Diese starben, als mein Sohn noch nicht sechs Jahre alt war, worauf er in das Erziehungshaus Vincentinum in Würzburg kam, wo er bis zu seinem 17. Jahre verblieb. Er hat acht Jahre die Volksschule

und drei Jahre die Fortbildungsschule besucht und den Beruf eines Vulkaniseurs erlernt. Als solcher war er zuletzt vor dem Kriege bei der Vulkaniseuranstalt Karl Steinert in Würzburg, Horst Wesselstr. 51 in Arbeit. Im Jahre 1936 erwarb er den Führerschein, schon im Jahre 1934 hat er während einer Dauer von 9½ Monaten seine Arbeitsdienstpflicht erfüllt, er war dann zwei Monate auf einer SA-Sportschule und hat im Jahre 1935 das SA-Sportabzeichen erworben.
Seit 23. November 1937 gehört er der Wehrmacht an und hat die Feldzüge gegen Polen und Frankreich mitgemacht. Für die Zeit vom 20. Oktober 1940 bis zum 6. Februar 1942 wurde er auf Antrag der genannten Firma Karl Steinert in Würzburg als Vulkaniseur u. k. gestellt. Als diese u. k.-Stellung aufgehoben war, kam er an die Ostfront und hat den Krieg gegen Rußland bis vor kurzem als Kraftfahrer mitgemacht. Kurz vor den Ereignissen in Stalingrad wurde er nach Frankreich zur Aufstellung der 6. Armee versetzt. Von dort nahm er Urlaub nach seinem früheren Wohnsitz nach Würzburg, um zu heiraten, weil seine Verlobte sich von ihm in anderen Umständen befand. Als die Abstammungspapiere vorgelegt werden mußten, ergab sich die Notwendigkeit, diese Papiere an das Reichssippenamt zur Prüfung der Frage einzusenden, ob meinem Sohn gestattet werden könne, ein deutsches Mädchen zu heiraten. Der Bescheid des Reichssippenamts lautet dahin, daß er als jüdischer Mischling I. Grades zu behandeln sei und daß ihm daher die Eheschließung nicht gestattet werden könne. Es wurde darauf hingewiesen, daß er in seiner Eigenschaft eigentlich schon aus der Wehrmacht entlassen sein müßte.
Die Frage der Abstammung war aber bisher nicht geprüft worden. Die Feldeinheit meines Sohnes, namentlich das Pionier-Ersatzbataillon 389, Feldpostnummer: 38 173 und seine frühere Feldeinheit, das Panzerregiment 4, wußten von seiner Abstammung nichts. Seine ganzen Papiere wurden in den Kämpfen vor Stalingrad vernichtet. Es erging dann die Anordnung an die Einheit meines Sohnes, seine Entlassung aus der Wehrmacht in die Wege zu leiten. Daraufhin hat ihn die Feldeinheit zum Zwecke der Entlassung aus der Wehrmacht an das Pionier-Ersatzbataillon 34 in Koblenz geschickt.
Mein Sohn ist mit Leib und Seele Soldat und wehrt sich mit allen Kräften gegen seine Entlassung aus der Wehrmacht. Er weist weder in seinem Äußeren noch in seinem Charakter irgendwelche jüdischen Rassenmerkmale auf. Sein soldatisches Verhalten ist von seinen Vorgesetzten stets anerkannt worden, ich höre, daß seine Einheit ihn sehr ungern verlieren würde und bereit wäre, ein Gesuch um Belassung in der Wehrmacht zu unterstützen. Mein Sohn ist an mich mit der Bitte herangetreten, ein Gesuch an die Kanzlei des Führers einzureichen, um durch die Gnade des Führers zu bewirken, daß von seiner beabsichtigten Entlassung aus der Wehrmacht Abstand genommen und er in der Wehrmacht belassen wird.
Ich komme diesem Wunsche gerne nach, weil ich weiß, daß das Herz meines Sohnes daran hängt, seinem Vaterlande, dem er ein treuer Sohn ist, auch weiterhin als Soldat in diesem Kriege und in jeder Lage zu dienen. Seinem Leben würde Aufgabe und Inhalt genommen, wenn er aus der Wehrmacht entlassen würde, er würde diese Entlassung als eine unverdiente Zurücksetzung empfinden und dadurch schwer getroffen werden. Er hat sich immer als vollberechtigter deutscher

Volksgenosse gefühlt und hat mit freudiger Hingabe die Pflichten eines solchen erfüllt. Ich glaube, daß ihm dies von allen seinen Vorgesetzten bestätigt werden würde. Indem ich alles dies zusammenfasse und nur nebenbei noch darauf hinweise, daß mein Sohn im Besitze der Ostmark- und der Sudentenlanderinnerungsmedaille ist, trage ich das ergebenste Gesuch vor, es möge meinem Sohn durch die Gnade des Führers gestattet werden, auch fernerhin in der Wehrmacht seinem Vaterlande zu dienen.

Nr. 284

Aus den zweimonatlichen Lageberichten der Staatsanwaltschaft Mannheim an den Generalstaatsanwalt vom 6. November 1940 (Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Mannheim E 401 a, Bd. I 35/45)

C. Sonstiges

Der am 1. November 1918 in Mannheim geborene, led. Dreher Kurt Ignatz Krükkel, der Halbjude ist, wurde im Juli 1938 in Mannheim gemustert, für tauglich Infanterie befunden und sollte im November 1938 zum Reichsarbeitsdienst einrükken. Alsbald nach der Musterung verschwand er aus Mannheim. Nach einem Jahr schrieb er an seine Mutter aus Marseille einen Brief, worin er die Absicht äußerte, in die französische Fremdenlegion einzutreten.

Am 11. April 1940 gab das Wehrbezirkskommando Mannheim über Krückel die in § 437 der StPO [Strafprozeßordnung] vorgeschriebene Erklärung ab und erstattete gegen ihn Anzeige. Mit Urteil des Amtsgerichts SG 2 Mannheim vom 19. Juli 1940 wurde Krückel im Abwesenheitsverfahren wegen Wehrdienstentziehung, § 140 Abs. 1 StGB [Strafgesetzbuch], zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Die von der Mutter Krückel eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer am 3. Oktober 1940 zurückgewiesen. Nach Rechtskraft hat das Wehrbezirkskommando Mannheim I darauf hingewiesen, daß Halbjuden seit April dieses Jahres nicht mehr zum Wehrdienst herangezogen werden dürfen. Es handle sich hierbei um eine geheime Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht. Seine frühere Erklärung gem. § 437 StPO hat das Wehrbezirkskommando nicht zurückgenommen oder für unrichtig erklärt.

Ich bin der Auffassung, daß die erwähnte geheime Verfügung an der Rechtslage hinsichtlich der §§ 140, 140 a StGB nichts ändert.

Nr. 285

a) Schreiben von M. R. an Rechtsanwalt Joseph Gentil – ohne Datum – (Stadtarchiv Mannheim 16/67–10)

Ihr Schreiben vom 13. d. Mts. habe ich erhalten, und danke Ihnen dafür. Ich hätte Sie gerne noch einmal gesprochen, aber ich bin krank. Daß Sie meinen Mann allein

sprechen wollen ist recht. Ich habe nur Bedenken, wie sich mein Mann verteidigt, weil ich ihn zu gut kenne. Er ist furchtbar fertig mit den Nerven, dann ist er so vergessen, daß er das Wesentliche vergißt, wenn Sie ihn verlassen haben, fällt es ihm wieder ein. Ich will Ihnen daher Einiges mitteilen, Sie können ihm an Hand meines Schreibens diese wesentlichen Fragen stellen, wenn er sie von sich aus vergessen sollte. Er wird sie Ihnen dann schon beantworten. Als sein Bruder, G. R. mit seiner Familie am 20. März deportiert wurde, wurde mein Mann von einem Beamten um 1/2 6 Uhr geholt, um die lebenden Tiere dort in Empfang zu nehmen. Da sagte sein Bruder, den Radio gebe ich meinem Bruder, mein Bruder nimmt den Radio mit. Der Mann dachte, wenn ich schon mein Sach hergeben muß, so soll dies Stück mein Bruder haben. Es waren sehr viele Beamten dort, einer sagte, es bleibt alles da, nur die Tiere nimmt er mit. Es sagte aber auch sein Bruder ihm in seiner Aussprache, daß im Stall in einem alten Ofen ein Revolver sei. Er hat ihm aber nicht gesagt, daß der Revolver ein alter Walzenrevolver, kaputt, kein Schuß Munition habe. War die Aufmerksamkeit der Beamten zu groß. Es war furchtbar für meinen Mann das mit anzusehen, den Jammer und das Weinen der Frau und der vielen kleinen Kinder. Sie durften nichts mitnehmen, denn einige Kleidungs- und Wäschestücke alles andere wurde abgelehnt. Wie mein Mann aussah als er wieder kam, vergesse ich nie. Die Angst um seine alten Eltern hat ihn gleich wieder aufgepeitscht, und ist nach Sandhofen gejagt um nach ihnen zu sehen. Sie waren da und blieben auch da, aber ein jüngster Bruder, ihr Ernährer war auch fort. Die ganze folgende Zeit quälte sich der Mann mit dem Gedanken an den Revolver, wenn er gefunden wird, wird sein Bruder erschossen. Dann kam die ganzen Wochen keine Nachricht von den fortgebrachten, er sagte oft, ich glaube die leben nicht mehr, sie sind vielleicht alle erschossen. So arbeiteten seine aufgepeitschten Nerven Tag und Nacht hin und her. Er ist an dem folgenden Tag nach dem 21. März, der Deportierung im Geschäft zusammengebrochen und war die laufende Woche krank.
Am 11. April war Konfirmation bei den Schwiegereltern meiner Tochter, wir fuhren alle hin, er konnte durch den Zwangsaufenthalt und auf der Arbeit nicht fehlen dürfen, nicht mit nach Straßburg. So war er allein hat die Nerven verloren und diesen dummen Streich gemacht, und dann war es ein alter Walzenrevolver der kein Schuß Munition hatte. So wie ein Beamter sich ausdrückte, sei auch der Kasten von Radio es nicht wert. Ich selbst kenne den Radio nicht. Jetzt kommt das seiner Handlungsweise von ihm. Er klopfte die Nachbarfrau nebenan raus, die ihm aufmachte, wirft den Radio auf deren Tisch, sagte: ich hab bei meinem Bruder eingebrochen, den Radio geholt, eine Pistole von einem französ. General, da knalle ich ein paar ab. Ob aber diese in einem solch unzurechnungsfähigen Zustand gesprochenen Worte in die Akten kamen, weiß ich nicht. Jedenfalls hat keiner der Beamten bei denen ich in der Sache war, etwas davon gesagt. Die Frau sagte, er sei ganz verzerrt im Gesicht gewesen, Schaum habe ihm vor dem Mund gestanden, die Augen seien ganz glasig gewesen. Er sei nicht mehr zurechnungsfähig gewesen, so habe sie den Mann in all den Jahren, die wir zusammenwohnen nicht gesehen. Wenn die Worte meines Mannes nicht in den Akten stehen, wäre es besser die Frau käme nicht als Zeugin, denn er weiß ja bestimmt nicht mehr was er in die-

sem Zustand gesagt hat, man kann doch unmöglich so etwas für voll nehmen. Ich kann seine Handlungsweise hier nicht verstehen, er mußte doch die Frau in all den Jahren soweit kennen, daß er wissen mußte, daß sie da nicht ruhig dazu ist. Die Frau hat ihre Schwester Sonntags angerufen, die Partei ernst.[!] fähig ist, und so kam die Anzeige. Über die Tätigkeit dieser Schwester der Frau, über die Hörigkeit der Frau von ihrer Schwester, wußte mein Mann und doch ging er hin und klopfte diese Frau raus. Er war doch bestimmt da nicht normal. Er hätte den Radio verstecken können auf den Gang unter der Speicherstege, wo noch mehr Zeug steht, da wir unsern Keller als Luftschutzkeller abgeben mußten. Es wäre da gar nicht aufgefallen, hätte er noch gestanden als ich nach Hause gekommen wäre, und noch keine Anzeige erstattet, so hätte ich die Sache schon weiter geregelt. In unserem Hause ist gute Hausgemeinschaft, in all den Jahren kein Streit. Es sind alles anständige Leute, einer hilft dem andern und mein Mann war bei allen beliebt und geachtet. So in der ganzen Nachbarschaft, Umgebung ebenso auf seinem Arbeitsplatz, denn er war fleißig und ein guter Arbeitskamerad. Die Kameraden bedauerten alle sein Unglück. Auch daß er als ehemaliger Frontsoldat mit EK II unter das Sondersteuergesetz fiel, kein Urlaub und Frontsoldatenurlaub mehr bezahlt bekam. Er war brav, und hat seine Lohntüte ungeöffnet mir abgegeben, da fehlte kein Pfennig. Auch das nebenberuflich verdiente Musikgeld. Er kränkte sich sehr über das auch hier allabendlich abgezogene Sondersteuergeld. Musikhaus Markus hatte keine Instrumenten-Reparatur, aber machte er noch die Reparaturen für ihn, bis das Geschäft zumachte. Er ist ein seit jahrhundert von Generation geborener Musiker, denn das arbeiten mit Musikinstrumenten ein Lebensbedürfnis war, wäre in einer Instrumentenlehre am Platze gewesen. Aber nicht in der Gießerei des Strebelwerkes, wo er schon gar keine Körperkonstruktion hatte. Drei Jahre schwere dauernde Nachtarbeit, 1½ Jahre schwere Tagesarbeit, er Gußkasten, die durch die Steuerverluste bedingte 2te Arbeit. Er kam Nachts um 12–1 Uhr ins Bett, morgens um ½ 5 Uhr wieder raus, um 6 Uhr fing die Arbeit an, das brachte den Mann körperlich herunter. Die Gesetzesverordnungen, die ihn und seine Angehörigen trafen. Sein ältester Bruder der sechs Jahre Soldat, mehrere Kriegsauszeichnungen beim Grenzschutz in Danzig, keine Stunde Strafe hatte, war vor über zwei Jahren als die Pfalz ausgekämmt wurde, mit seiner Familie nach Polen deportiert. Er ist weil er einer den tschech-jüdischen Frau, die für ihre hungernden Kinder Brot bei ihm bettelte, und ihr auch gab, ins Konzentrationslager gekommen, wo er über ein Jahr sich befindet, und schon längere Zeit keine Nachricht mehr von ihm kommt. Eine verheiratete Schwester deren Mann auch im Konzentl. gestorben, kam damals mit ihren zwei Kindern auch fort.
Daß ein Mensch da mit seinen Nerven fertig wird ist doch zu verstehen. Dann in den letzten zwei Jahren die Angst, unsere einzige, schöne gut erzogene Tochter, und deren beide noch 12% fremdrassigen Kinder würden deportiert, vielleicht noch sterilisiert. Um uns von all dem zu erlösen, meldete er sich freiwillig zur Front. Er sagte ich habe keine Angst, ich war ja schon mal dabei, in Frankreich, sowie in Rußland, triffts mich gut, dann habe ich Euch diesen Dienst erwiesen, und ihr seid dadurch wieder freie Menschen. Aber man hat ihn nicht genommen, so fraß

die Sorge immer weiter an ihnen. Wer nicht in solcher Lage ist, weiß nicht was das für Sorgen sind. Wenn ich zu Hause gewesen wäre, würde die Sache nicht vorgekommen, davon waren selbst die Beamten überzeugt. Wenn der Radio noch dagewesen und keine Anzeige erstattet, als ich kam, er hätte ihn wieder hintragen müssen. Auch die Männer der Hausgemeinschaft hätten den Mann wieder zur Besinnung gebracht, daß er den Radio wieder hingetragen hätte, wenn er ihnen geklagt hätte, oder in den Weg gekommen wäre. Herr Rechtsanwalt, Sie werden mein Schreiben nicht dem Staatsanwalt geben. Ich weiß ja nicht, ob man überhaupt das alles so schreiben durfte, und ich schreibe vom Krankenbett aus. Ich habe Vertrauen zu Ihnen Herr Rechtsanwalt. Nehmen Sie bitte aus meinem Schreiben zur Verteidigung was Sie brauchen können. Mein Mann steht der Geistesschärfe eines Staatsanwaltes und Untersuchungsrichters wie ein hilfloses Kind gegenüber. Er braucht einen Menschen, der beiden geistig ebenbürtig ist und darum braucht er dringend Ihre Hilfe. Mein Mann ist kein gemeiner Verbrecher. Er war ein körperlich und seelisch kranker Mann, der eher in ein Krankenhaus gehört hätte, denn ins Gefängnis.

b) Strafbefehl des Amtsgerichts Mannheim – Abt. SG. 2 – gegen Otto R. vom 12. Juni 1943 – Nr. 2 Cs 166/43

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen den am 25. 7. 1894 zu Ödekoven, Kreis Bonn, geborenen, in Mannheim, Mittelstraße 67 wohnhaften, verheirateten Hilfsarbeiter, den Zigeunermischling Otto R. – vorläufig festgenommen am 12. 4. 43, in Untersuchungshaft seit 14. 4. 43 in der Untersuchungshaftanstalt Mannheim (Strafgefängnis Abt. für Untersuchungsgefangene) – eine Gefängnisstrafe von drei Monaten festgesetzt. Von der Strafe gelten zwei Monate und drei Wochen als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt. Zugleich werden dem Beschuldigten die Kosten auferlegt. Der Genannte wird beschuldigt: R. nahm in der Nacht vom 10./11. 4. 43 in Mannheim in der Ackerstraße 38 aus dem Anwesen seines Bruders, des abgeschobenen Zigeunermischlings Georg R., einen Radioapparat und eine Pistole weg, obwohl die gesamte Habe seines Bruders von der Kriminalpolizei Mannheim beschlagnahmt und die Haustüre versiegelt worden war. Er hat somit Sachen, die durch die zuständige Behörde in Beschlag genommen worden waren, beiseitegeschafft. Vergehen, strafbar nach § 137 RStGB [Reichsstrafgesetzbuch]. Zeuge: Kriminalsekretär Knecht, Mannheim. Die Untersuchungshaft wird als fortdauernd erklärt.

c) Schreiben von Rechtsanwalt Joseph Gentil an O. R. vom 19. Juli 1943

In Ihrer Sache hat mir das Amtsgericht eine Abschrift des Strafbefehls vom 12. lfd. Mts. zugestellt. Nach Rücksprache mit Ihrer Frau möchte ich Ihnen dringend raten, gegen den Strafbefehl keinen Einspruch zu erheben, sondern den Strafbefehl sofort anzunehmen, dann ist die Sache in Kürze für Sie erledigt.

d) Handschriftlicher Aktenvermerk von Rechtsanwalt Joseph Gentil vom 29. Juli 1943

Der Mann ist in das K[on]z[entrationslager] gekommen.

Bildverzeichnis

(Personen – oder deren Ehefrauen –, die ebenfalls im Besitz des betreffenden Bildes sind, wurden mit * gekennzeichnet).

1. »Denen die kein Grab fanden«, Ehrenmal auf dem Israelitischen Friedhof in Mannheim (Stadtarchiv Mannheim).
2. Die zerstörte Mannheimer Synagoge in F 2, 13 (Stadtarchiv Mannheim).
3. Samuel Billigheimer * (Stadtarchiv Mannheim).
4. Kurt Norbert Berg * (Stadtarchiv Mannheim).
5. Mia Neter * (Stadtarchiv Mannheim).
6. Siegfried Bruchsaler*, Dora Grünbaum (Stadtarchiv Mannheim).
7. Max Grünewald (Leo-Baeck-Institut New York).
8. Pauline Maier (Stadtarchiv Mannheim).
9. Eugen Neter (Wilhelmine Seith, Mannheim).
10. Hermann Maas (Stadtarchiv Heidelberg).
11. Eva Hermann* (Stadtarchiv Mannheim).
12. Carl Hermann (Stadtarchiv Mannheim).
13. Hakenkreuzbanner 29. Oktober 1938 (Stadtarchiv Mannheim).
14. Mitglieder der Chewra Kadischa (Beerdigungsbruderschaft) der Klaus-Synagoge (Leo-Baeck-Institut New York).
15. Israelitisches Krankenhaus (und Altersheim), (Stadtarchiv Mannheim).
16. Sammelgrab auf dem neuen Friedhof für die Gebeine der auf dem 1938 aufgehobenen alten Friedhof Bestatteten mit repräsentativen Grabsteinen (Stadtarchiv Mannheim).
17. »Arisierungsmitteilung« der Mannheimer Bettfedernfabrik (im Original: Farbdruck) (Stadtarchiv Mannheim).

Die bei Dokument 13 wiedergegebenen Schriftstücke »Besitzurkunde«, »Im Namen des Führers- und Reichskanzlers« und die Postkarte »An den Schutzhaftjuden J. Appel« stammen aus dem Besitz von Herrn Rudy Appel, USA. – Die Plakate bei Dokument 98 befinden sich in der Plakatsammlung des Stadtarchivs Mannheim. Das Plakat der Deutschnationalen Volkspartei mißt im Original 43,5×71 cm, das Plakat des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Mannheim, 85×61 cm und das Plakat zur Reichstagswahl 83×59 cm.

Abkürzungsverzeichnis

Vorbemerkung: In das Abkürzungsverzeichnis wurden alle im Text und in den Dokumenten vorkommenden Verschlüsselungen aufgenommen, soweit es sich nicht um allgemein verständliche in den Dokumenten, d. h. zumeist in den Briefen, vorkommende Auslassungen von Endsilben oder auch nur Buchstaben handelt. Leicht verständliche Abweichungen von Abkürzungen in Dokumenten (z. B. PG, Pg., P.G.) wurden nicht einzeln angeführt.

a.a.O	am angegebenen Ort
a. D.	außer Dienst
Abt.	Abteilung
AG	Aktiengesellschaft
Bad.	Badisch
BdM	Bund deutscher Mädel in der HJ
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Blutschges.	Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre
BNOP	ungeklärt. Nach Auskunft des Instituts für Zeitgeschichte könnte es sich um einen Druckfehler: DNVP handeln

BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer deutscher Juristen
ca.	circa
C. C. A	Comite Central d'Assistance
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V.
DAF	Deutsche Arbeitsfront (NS Arbeitnehmerorganisation)
Dep.	Departement
DLV	Deutscher Luftsport-Verband
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
Dok.	Dokument
ds. Js.	dieses Jahres
DVO	Durchführungsverordnung
DVP	Deutsche Volkspartei
EK I bzw. II	Eisernes Kreuz (Kriegsauszeichnung)
EK	(in Verbindung mit Nummer) Entschädigungsakten Karlsruhe
Fa.	Firma
GA	Generalanzeiger
gesch.	geschätzt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
H.	Hochwürdig
HB	Hakenkreuzbanner
H. H.	Hochwürdigster Herr
HJ	Hitler-Jugend (NS Jugendorganisation)
hl.	heilig
IGBl.	Israelitisches Gemeindeblatt
Inft. Regt.	Infanterie-Regiment
i. S.	in Sachen
i. W.	in Worten
JWHW	Jüdisches Winterhilfswerk
KdF	Kraft durch Freude
KL oder KZ	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kr.	Kreis
LgB.	Lagebuch
l. J.	laufenden Jahres
lt.	laut
M.	Mark
MdR	Mitglied des Reichstags
m. E.	meines Erachtens
Mhm	Mannheim
NBL oder NBLZ	Neue Badische Landeszeitung
NJ.	New Jersey
NMZ	Neue Mannheimer Zeitung
NS	Nationalsozialistisch (-e, -er, -es)
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NY.	New York

OB	Oberbürgermeister
OEG	Oberrheinische Eisenbahngesellschaft
OT	Organisation Todt
ORT	Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden (s. a. Index)
OSE	Oeuvre de Secours aux Enfants et de Protection de la Santé des Populations Juives
PA	Personalakten
Pfd.	Pfund
Pg. (PG)	Parteigenosse
RA	Rechtsanwalt
RAO	Reichsabgabenordnung
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre (Rote) Gewerkschaftsopposition (-organisation)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
R. j. F.	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RM oder RMk	Reichsmark
RMBliV	Reichsministerialblatt der inneren Verwaltung, bzw. Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern
RMdJ	Reichsminister der Justiz
RMin. Amtsbl. Dtsch. Wiss.	Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder.
RMK	Reichsmusikkammer
RStPO	Reichsstrafprozeßordnung
RWM	Reichswirtschaftsminister
s.	siehe
s. a.	siehe auch
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD (auch SHD)	Sicherheitsdienst
sen.	senior
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffeln der NSDAP
StGB	Strafgesetzbuch
s. Z.	seiner Zeit
TH	Technische Hochschule
UA	Untersuchungsakten
u. a.	unter anderem
u. k.	unabkömmlich
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
u. U.	unter Umständen
V-Mann	Verbindungs-Mann
v. Mts.	vorigen Monats
VO	Verordnung
VR	Vereinsregister
WHW	Winterhilfswerk des deutschen Volkes
Z. d. A.	Zu den Akten
z. Zt.	zur Zeit

Studia Delitzschiana

Abhandlungen und Texte aus dem Institutum Judaicum Delitzschianum Münster/Westfalen
Herausgegeben von Karl Heinrich Rengstorf

Band 1:
Franz Freiherr von Hammerstein
Das Messiasproblem bei Martin Buber
119 Seiten. Engl. brosch. DM 8.40

Band 2:
Walter Sulzbach
Die zwei Wurzeln und Formen des Judenhasses
2. Aufl. 55 Seiten. Engl. brosch DM 5.40

Band 3:
Bernhard Brilling
Geschichte der Juden in Breslau von 1454–1702
110 Seiten. Engl. brosch. DM 9.–

Band 4:
Hugo Duensing
Verzeichnis der Personennamen und der geographischen Namen in der Mischna
48 Seiten. Engl. brosch. DM 8.40

Band 5:
Karl Heinrich Rengstorf
Hirbet Qumran und die Bibliothek vom Toten Meer
81 Seiten. Engl. brosch. DM 9.30

Band 6:
Reinhold Mayer
Christentum und Judentum in der Schau Leo Baecks
145 Seiten. Engl. brosch. DM 13.50

Band 7:
Ernst Hammerschmidt
Stellung und Bedeutung des Sabbats in Äthiopien
XV und 82 Seiten. Engl. brosch DM 18.–

Band 8:
Siegfried Riemer
Philosemitismus im deutschen evangelischen Kirchenlied des Barock
83 Seiten. Engl. brosch. DM 9.60

Band 9:
John Toland
Gründe für die Einbürgerung der Juden in Großbritannien und Irland
Englischer Text eingeleitet, übersetzt und erläutert von Herbert Mainusch
106 Seiten. 1 einfarbige Tafel.
Engl. brosch. DM 15.–

Band 10:
Leo Prijs
Die Jeremia-Homilie Pesikta Rabbati Kapitel 26
Eine synagogale Homilie aus nachtalmudischer Zeit über den Propheten Jeremia und die Zerstörung des Tempels.
Kritische Edition nebst Übersetzung und Kommentar
104 Seiten. Engl. brosch. DM 22.–

Band 11:
Bernhard Brilling, Helmut Richtering
Westfalia Judaica
Urkunden und Regesten zur Geschichte der Juden in Westfalen und Lippe
Teil 1: 1005–1350
239 Seiten. Engl. brosch. DM 39.–

Band 12:
Werner Weinberg
Die Reste des Jüdischdeutschen
116 Seiten. Engl. brosch. DM 28.–

Band 13:
Gisela Marianne Prenzel
Die Pacht im antiken hebräischen Recht
96 Seiten. Kart. DM 16.–

Verlag W. Kohlhammer, 7 Stuttgart 1, Urbanstraße 12–16, Postfach 747

ZEITTAFEL

Verfolgung der Juden in Deutschland
Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen

1933

30. 1. Machtübernahme durch Hitler

28. 2. Aufhebung wichtiger Grundrechte (RGBl. I, S. 83)

24. 3. Ermächtigungsgesetz (RGBl. I, S. 141)

1. 4. Boykott

7. 4. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (RGBl. I, S. 175)

7. 4. Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (RGBl. I, S. 188)

22. 4. Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen (RGBl. I, S. 222)

25. 4. Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen (RGBl. I, S. 225)

14. 7. Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (RGBl. I, S. 480)

22. 9. Errichtung der Reichskulturkammer; beginnender Ausschluß auf kulturellem Gebiet (RGBl. I, S. 661)

1934

9. 4. Einrichtung besonderer Schulklassen in Mannheim

1935

15. 9. Nürnberger Gesetze:
1. Reichsbürgergesetz (Juden sind von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen) (RGBl. I, S. 1146)
2. Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Eheschließung zwischen »Ariern« und Juden werden verboten; außereheliche Beziehungen zwischen Juden und »Ariern« unter Strafe gestellt) (RGBl. I, S. 1146)

14. 11. Entlassung aller jüdischen Beamten einschließlich der Frontkämpfer (RGBl. I, S. 1333 u. 1334)

1938

28. 3. Aberkennung des öffentlich-rechtlichen Status der jüdischen Kultusvereinigungen (RGBl. I, S. 338)

26. 4. Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden (RGBl. I, S. 414)

14. 6. Registrierung und Kennzeichnung der jüdischen Gewerbebetriebe (RGBl. I, S. 627)

25. 7. Zulassungsverbot für alle jüdischen Ärzte (RGBl. I, S. 969)

27. 9. Zulassungsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte (RGBl. I, S. 1403)

28. 10. Ausweisung der Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit

9./10. 11. Kristallnacht

12. 11. Sühneleistung der Juden von zunächst 1 Milliarde Reichsmark (RGBl. I, S. 1573)

12. 11. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (RGBl. I, S. 1580)

15. 11. Entfernung aller jüdischen Kinder aus den deutschen Schulen

3. 12. Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens (RGBl. I, S. 1709)

1939

6. 2. Erfassung der Entjudungsgewinne durch das Reich (Ministerialblatt S. 265)

4. 7. Gründung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RGBl. I, S. 1097)

1. 9. Kriegsbeginn. Internierung der im Ausland lebenden deutschen Juden als Angehörige eines Feindstaates

1940

22./23. 10. Deportation der badischen und pfälzischen Juden nach Südfrankreich

1941

1. 9. Einführung des Judensterns (RGBl. I, S. 547)

1942

30. 6. Schließung der jüdischen Schulen

Juli Beginn des Transports der badischen und pfälzischen Juden von Frankreich nach Auschwitz